

JahrBuch

für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Mai 2014

II

NDZ-GmbH

Inhaltsverzeichnis

Zum Ersten Weltkrieg

- Annelies Laschitzka*: Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht
im Kampf gegen den drohenden Krieg 1911 bis 1913.7
- Lucas Poy*: Die Sozialistische Partei Argentiniens und
der Erste Weltkrieg21
- Jörn Wegner*: Die Antikriegsproteste der deutschen Arbeiter
am Vorabend des Weltkrieges und ihre Entwaffnung durch
die SPD-Führung39
- Ottokar Luban*: Der Kampf der Berliner SPD-Basis im ersten
Kriegsjahr gegen die Kriegskreditbewilligung53
- Veronika Helfert*: „Unter Anführung eines 13jährigen Mädchens“.
Gewalt und Geschlecht in unorganisierten Protestformen
in Wien während des Ersten Weltkrieges66
- Antje Strahl*: Krise als Emanzipationsschub?
Beschäftigungsbedingungen für Arbeiterinnen am Beispiel
mecklenburgischer Rüstungsbetriebe 1914 bis 191883

<i>Marco Swiniartski</i> : Der Beginn der gegenseitigen Entfremdung. Arbeiter und Deutscher Metallarbeiter-Verband im Chemnitzer Maschinenbau 1914 bis 1918	106
<i>Helge Döbring</i> : Berliner Syndikalisten im Streik 1914 bis 1916 (Dokumentation).....	124
<i>Christian Stappenbeck</i> : Kriegsbeginn 1914 – ein Dorfmädchen in der Mark Brandenburg notiert	131
<i>William A. Pelz</i> : Proletarischer Internationalismus vor 1914. Internationale Konferenz (Bericht).....	134

Weitere Aufsätze

<i>Günter Benser</i> : 50 Jahre ITH – aus der Sicht eines Wegbegleiters	140
<i>Richard Albrecht</i> : Über Armut. Und über Armut hinaus	153
<i>Andreas Morgenstern</i> : „Material für die berühmte Spaltung innerhalb der Partei“. Die „Sozialistischen Monatshefte“ als Blatt der Revisionisten in der SPD 1912	162

Diskussion

<i>Karsten Heinz Schönbach</i> : Reformismus und Kapitalismus im Deutschen Kaiserreich	183
--	-----

Miszelle

<i>Daniela Fuchs</i> : „Zu Breslau ein Friedhof. Ein Toter im Grab. Dort schlummert der Eine der Schwerter uns gab.“ (Arbeiterlied). Ferdinand Lassalle zum 150. Todestag	199
---	-----

Berichte

- Anja Krucke*: Arbeiterbewegung und Digital Humanities.
44. Konferenz der IALHI209
- Tobias Kühne*: „Neues über die Arbeiterbewegung in Berlin und Brandenburg“. Eine Tagung über Schicksale und Strukturen216
- Ingo Schmidt*: Demokratie und Revolution in den Werken
Rosa Luxemburgs. Internationale Konferenz.....220
- Harald Lange*: Mehr Gerechtigkeit wagen. Willy Brandts
globales Engagement. Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung223

Information

- Holger Czitrich-Stabl*: Eine herausragende Enzyklopädie
für die Arbeiterklasse. Das „Volks-Lexikon“,
durchgesehen nach 120 Jahren227

Buchbesprechungen

- Bernard Degen u. a. (Hrsg.): Gegen den Krieg. Der Basler
Friedenskongress 1912 und seine Aktualität (*Hartmut Henicke*)231
- Heiner Karuscheit: Deutschland 1914. Vom Klassenkompromiss
zum Krieg (*Henning Holsten*)234
- Christopher Clark: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten
Weltkrieg zog (*Jakob Müller*)237
- Oliver Janz: 14 – der große Krieg (*Jakob Müller*)239
- Erich Mühsam: Tagebücher, Bd. 3: 1912-1914; Bd. 4: 1915; Bd. 5:
1915-1916, hrsg. von Chris Hirte/Conrad Piens (*Julian Nordbues*)242
- Klaus-Jürgen Bremm: Propaganda im Ersten Weltkrieg
(*Gerhard Engel*)245

Wolfgang Niess: Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung. Deutungen von der Weimarer Republik bis ins 21. Jahrhundert (<i>Axel Weipert</i>)	247
Zum Wirken von Marx und Engels und zur Editionsgeschichte ihrer Werke (<i>Martin Hundt</i>)	249
Diana Ecker: Der Freiheit kurzer Sommer. Auf Mathilde Franziska Annekes Spuren durch die pfälzisch-badische Revolution von 1849 (<i>Wilma Ruth Albrecht</i>)	251
Helga Grebing/Siegfried Heimann (Hrsg.): Arbeiterbewegung in Berlin. Der historische Reiseführer (<i>Herbert Mayer</i>)	252
Victor Grossman: Rebel Girls. 34 amerikanische Frauen im Porträt (<i>Gisela Notz</i>)	255
Dario Azzellini/Immanuel Ness (Hrsg.): „Die endlich entdeckte politische Form“. Fabrikräte und Selbstverwaltung von der Russischen Revolution bis heute (<i>Axel Weipert</i>)	257
Kateřina Čapková/Michal Frankl: Unsichere Zuflucht. Die Tschechoslowakei und ihre Flüchtlinge aus NS-Deutschland und Österreich 1933-1938 (<i>Veronika Arndt</i>)	259
Michael Berger/Gideon Römer-Hillebrecht (Hrsg.): Jüdische Soldaten – Jüdischer Widerstand in Deutschland und Frankreich (<i>Herbert Mayer</i>)	261
Axel Ulrich: Wilhelm Leuschner. Ein deutscher Widerstandskämpfer (<i>Horst Klein</i>)	263
Sabine Friedrich: Wer wir sind. Der Roman über den deutschen Widerstand; Sabine Friedrich: Wer wir sind. Werkstattbericht, mit Bildern (<i>Helga W. Schwarz</i>)	266
Jochen Hellbeck: Die Stalingrad-Protokolle. Sowjetische Augenzeugen berichten aus der Schlacht (<i>Jens Ebert</i>)	267

Jan Foitzik (Hrsg.): Sowjetische Interessenpolitik in Deutschland 1944-1954. Dokumente (<i>Günter Benser</i>)	270
Martin Morgner: DDR-Studenten zwischen Anpassung und Ausrasten. Disziplinarfälle an der Friedrich-Schiller-Universität Jena von 1965 bis 1989 (<i>Christoph Meißner</i>)	273
Daniel Limberger: Polen und der „Prager Frühling“ 1968. Reaktionen in Gesellschaft, Partei und Kirche (<i>Stefan Bollinger</i>)	274
Dieter Schiller: Einzelheiten und Beispiele. Gelesenes und Geschriebenes aus vierzig Jahren (<i>Sigrid Bock</i>)	277
Denis Goldberg – Freiheitskämpfer und Humanist (<i>Ulrich van der Heyden</i>)	280
Markus Meckel/Steffen Reiche (Hrsg.): „Nichts muss bleiben, wie es ist“. Gedanken zur Gründung der Ost-SPD (<i>Heinz Niemann</i>)	282
Michael Zeuske: Kuba im 21. Jahrhundert. Revolution und Reform auf der Insel der Extreme (<i>Volker Wirth</i>)	283
Autorenverzeichnis	287
Impressum	289

Zum Ersten Weltkrieg

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Kampf gegen den drohenden Krieg 1911 bis 1913¹

Annelies Laschitza

Die Aktivitäten Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts gegen Militarismus und Krieg sind nach wie vor für viele Menschen unbestritten. Rosa Luxemburg hatte bereits auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Paris 1900 mit ihrem Referat „Über den Völkerfrieden, den Militarismus und die stehenden Heere“ für Furore gesorgt.² Auf dem Stuttgarter Internationalen Sozialistenkongress 1907 hatte sie zusammen mit Martow und Lenin für die Präzisierung der Bebel'schen Resolution gesorgt, wodurch die Möglichkeit des Ausbruchs eines Weltkrieges ins Kalkül gezogen wurde. Die dadurch entstehende Situation sollte ausgenutzt werden, um die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.³ Karl Liebknecht war durch seine Schrift „Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung“ von 1907, durch den gegen ihn inszenierten Hochverratsprozess und durch seine zeitweilige Präsidentschaft in der Jugendinternationale für Anregungen zu verstärktem Kampf gegen den Krieg prädestiniert.⁴

Während des Basler Sozialistenkongresses 1912 traten beide jedoch nicht so stark in Erscheinung, wie es ihr Engagement für Frieden hätte vermuten lassen. Sie gehörten nicht zu den 76 Delegierten der deutschen Sozialdemokratie. Rosa Luxemburg nahm mit dem Mandat der Sozialde-

1 Überarbeiteter Beitrag auf der Internationalen Tagung „Krieg & Frieden 1912-2012. 100 Jahre Außerordentlicher Kongress ‚Gegen den Krieg‘ der Sozialistischen Internationale von 1912 in Basel und die Frage des Friedens heute“ vom 22. bis 24. November 2012 an der Universität Basel.

2 Siehe Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke (GW), Bd. 1, Erster Halbbd., 8. überarb. Aufl., Berlin 2007, S.807-809 – Die ausführlichere Version in Übersetzung GW, Bd. 6: 1893 bis 1906, hrsg. und bearb. von Annelies Laschitza und Eckhard Müller. Mit einem Vorwort v. Annelies Laschitza, Berlin 2014, Berlin 2014, S.304-307.

3 Siehe ebenda, Bd. 2, 6. überarb. Aufl., Berlin 2004, S.235f.

4 Siehe Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften (GRS), Bd. I, 2. Aufl., Berlin 1983, S.249-456, und Bd. 2, 2. Aufl., Berlin 1985, S.81-162.

mokratie des Königreiches Polen und Litauens (Sojaldemocracja Królestwa Polskiego i Litwy; SDKPiL) teil,⁵ als deren Vertreterin sie seit 1904 Mitglied des Internationalen Sozialistischen Büros (ISB) war. Karl Liebknecht reiste zum Kongress nicht an.

Warum konnten beide auf dem Kongress in Basel 1912 nicht als Redner auftreten?

Sowohl Luxemburg als auch Liebknecht hatten zu dieser Zeit persönlich bzw. familiär komplizierte Situationen zu bewältigen. Rosa Luxemburg hatte sich 1911 durch ihre Kritik am Verhalten des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie in der Marokkokrise gegen Argwohn und Verleumdung zu erwehren. Autoren der „Sozialistischen Monatshefte“ forderten sogar ihren Parteiausschluss. Zwischen der SDKPiL sowie der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR) und deren Strömungen spitzten sich die Auseinandersetzungen um Spaltungstendenzen und Intrigen zu. Neben ihrer Lehrtätigkeit an der Parteischule absorbierte ihr Forschungsprojekt „Die Akkumulation des Kapitals“ Luxemburgs ganze Kraft. Sie lebte bei dieser Arbeit wie im Rausch – bis zur völligen Erschöpfung. Statt sich 1912 am Chemnitzer Parteitag und an den Imperialismusdebatten beteiligen zu können, musste sie sich für 14 Tage ins Krankenhaus begeben, aus dem sie am 28. September 1912 geschwächt entlassen wurde.⁶ Auch den in den „Baseler Nachrichten“ für den 25. November 1912 angezeigten Auftritt in einer Frauenversammlung im Universitätsgebäude „Bernoullianum“ musste sie aus gesundheitlichen Gründen absagen.⁷

Karl Liebknecht war am 22. August 1911 plötzlich seine Frau Julia, geb. Paradies, die 38-jährige Mutter seiner drei Kinder Wilhelm, Robert und Vera, verstorben. Wider die Bedenken von Verwandten und Freunden schloss er am 1. Oktober 1912 eine neue Ehe mit Sophie Ryss aus Rostow am Don, die er seit Anfang 1906 heimlich und innig liebte. Dass

5 Siehe Rosa Luxemburg an Leo Jogiches, [8. Februar 1913], in: Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe (GB), Bd. 4, 3. überarb. Aufl., Berlin 2001, S.262.

6 Siehe GB, Bd. 4, S.247, 243-249. – Annelies Laschitzka: Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie, Berlin 1996, S.376-421. – Taschenbuch, 3. Aufl., Berlin 2009.

7 Siehe Basler Nachrichten, Nr. 321, 24.11.1912, in: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem (GStA), Rep. 77 CBS, Nr. 811, Bd. III, Bl. 112, und Basler Nachrichten, 27.11.1912, in: Bernard Degen u.a. (Hrsg.): Gegen den Krieg. Der Basler Friedenskongress 1912 und seine Aktualität, Basel 2012, S.215.

„Du nicht ehelos bleiben würdest, nahm ich an“, schrieb August Bebel. Er wünschte Liebknecht, die passende Frau gewonnen zu haben. Sie werde keinen leichten Stand haben. „Erstens soll sie Dich an die Zügel nehmen, was Dir nicht schaden dürfte, und dann soll Dein Ältester ein schwer zu behandelnder Bursche sein. Mit zwei so obstinaten Burschen fertig zu werden wie Du und Dein Sohn, das ist ein Meisterstück.“⁸ Doch für die Familie blieb wenig Zeit. Nach aufregendem Wahlkampf hatte Karl Liebknecht im Januar 1912 in der Stichwahl seines Wahlkreises Potsdam-Spandau-Osthavelland über den konservativen Gegenkandidaten gesiegt. Seitdem war er Parlamentarier auf allen drei möglichen Ebenen: Stadtverordneter von Berlin seit 1902, Landtagsabgeordneter in Preußen seit 1908 und nun auch Reichstagsabgeordneter. In allen drei Gremien focht er unermüdlich um die Verbesserung des Lebens der Menschen, um Demokratie und für Frieden. In Hatz lebte er fast nur noch im Parlament, in Sitzungen und auf Versammlungen.

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ließen sich durch die persönlichen Probleme keineswegs von ihrem politischen Engagement abhalten. An der Vorbereitung des Basler Kongresses beteiligten sie sich aktiv. Karl Liebknecht sprach eine Woche vor dem Kongress, am 17. November 1912, in Budapest auf einer der Großkundgebungen, die an diesem Tag auf Anregung des ISB in allen europäischen Hauptstädten stattfanden. Die Zeiten der Kabinettskriege seien vorbei, rief er in die unübersehbare Menschenmenge. Aus einem Krieg wie auf dem Balkan könne angesichts der Hochrüstung und der Einmischungsgelüste der Großmächte rasch ein Weltbrand entstehen. Angesichts der auf Massenheere berechneten modernen Waffentechnik würde es für die Herrschenden allerdings immer aussichtsloser, Europa gegen den Volkswillen in Brand zu stecken. „Nieder mit den Kriegshetzern!“, rief er den Versammelten zu.⁹

Rosa Luxemburg hatte am 28. Oktober 1912 in der Sitzung des ISB in Brüssel ihre Meinung zum Manifest, das dem Kongress zur Annahme vorgelegt werden sollte, in konkrete Forderungen gefasst: „Wir müssen uns von der Stuttgarter Resolution inspirieren lassen. Mit bloßen Protesten und Manifesten ist indes wenig getan. Wir müssen aussprechen 1., daß der jetzige Krieg der Einzelfall einer allgemeinen Tendenz der kapitalistischen Entwicklung ist, 2., daß die *Massenaktion* notwendig ist, 3., daß das Proletariat seine Aktion *verschärfen* muß, 4., daß das internationale Pro-

8 Zit. nach: Annelies Laschitzka: Die Liebknechts. Karl und Sophie – Politik und Familie, Berlin 2007, S.189.

9 Karl Liebknecht: GRS, Bd. V, 3. Aufl., Berlin 1987, S.424.

letariat in allen Ländern die Pflicht hat, auf einen Krieg mit energischen Aktionen zu antworten. Wir müssen empfinden, daß wir in einer neuen geschichtlichen Epoche stehen und dies durch die Kühnheit unserer Beschlüsse zum Ausdruck bringen.“¹⁰

Luxemburgs Verlangen stützte sich nicht zuletzt auf Erfahrungen, die sie 1911 in heftigen Debatten mit dem Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie und Vertretern des ISB über das verzögerte Reagieren auf die Marokkokrise gewonnen hatte. Nach ihrer Meinung müsse bei solchen Konflikten sofort über die drohende Kriegsgefahr und deren wahre Ursachen aufgeklärt und offensiv mit Massenaktionen protestiert werden. Sie warnte vor der Illusion, in „staatsmännischer“ Manier in die Geheimnisse der Diplomatie eindringen und imperialistische Rivalitäten durch Schiedsgerichte oder „Vereinigte Staaten von Europa“ eindämmen zu können. Appelle an die Vernunft und Moral der Regierenden seien nutzlos. Da sie sich in ihrer Polemik auf Briefwechsel zwischen Vertretern der leitenden Gremien der deutschen und internationalen Sozialdemokratie bezog, wurde sie der Indiskretion bezichtigt und argwöhnisch diffamiert. Ihre leidenschaftlichen Attacken, den antimilitaristischen Kampf zu steigern und die altbewährte Taktik durch neue Formen wie den politischen Massenstreik zu ergänzen, fanden bei den Autoritäten der II. Internationale wenig Anklang.

Auf dem Außerordentlichen Internationalen Sozialistenkongress zu Basel 1912 hatten die tonangebenden Führer der Bewegung wie Hermann Greulich, Marie-Eduard Vaillant, Keir Hardy, Victor Adler, Jean Jaurès, August Bebel und Clara Zetkin das Sagen.¹¹ Als Mitbegründer der II. Internationale und in den bisherigen Kämpfen erfahren und erfolgreich, verteidigten sie die altbewährte antimilitaristische Taktik und vertrauten fest auf die wachsende Kraft der internationalen Arbeiterbewegung. Dieser Stärke rechneten sie zugute, dass es in Europa bis dahin zu keinem Krieg zwischen den europäischen Großmächten und deren Bündnissen gekommen war. Die Betonung ihrer Reden lag auf der Einigkeit der Antikriegskräfte. Einigkeit und Einmütigkeit zu demonstrieren, vertrug sich aber nicht mit Taktikdebatten, in denen die Vertreter unterschiedlicher Meinungen in Polemik hätten geraten können. Rosa Luxemburg hatte folglich keine Aussicht, als Rednerin auf dem Kongress vor-

10 Vorwärts (Berlin), Nr. 254, 30.10.1912. – In Rosa Luxemburg, GW, Bd. 3, 6. überarb. Aufl., Berlin 2003, S.177, wird eine schwächere Version aus der „Leipziger Volkszeitung“ Nr. 253 vom 30. Oktober 1912 wiedergegeben. Hervorhebung im Original.

11 Siehe Außerordentlicher Sozialisten-Kongress zu Basel am 24. und 25. November 1912, Berlin 1912.

gesehen zu werden. Ihre Gedanken wurden aber zum Teil von Clara Zetkin ausgesprochen.¹²

Die Schwäche der Linken Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Franz Mehring und Clara Zetkin bestand darin, dass sie sich meistens als Einzelpersonlichkeiten positionierten und ihre Initiativen in entscheidenden Situationen nicht bündelten. Da sie, außer Clara Zetkin, keinem Leitungsgremium angehörten, kein eigenes Presseorgan besaßen und ihr Einfluss auf die Mitglieder und Wähler nicht als konstante Größe existierte, lag die Entscheidungshoheit über die Politik der deutschen Sozialdemokratie, auch über die Delegierten- und Rednerauswahl, bei den traditionell orientierten Kräften um den Parteivorstand, bei der Fraktion und bei der Presse. Es gibt jedoch auch keine Quellen, aus denen hervorgeht, ob Luxemburg und Liebknecht in Basel überhaupt als Redner auftreten wollten.

Es vermag verwundern, dass Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht bis 1914 nicht gemeinsam agierten. Obwohl sie in ihrem antimilitaristischen Kampf objektiv weitgehend übereinstimmende Ansichten vertraten und dementsprechend konsequent tätig waren, bezogen sie sich in ihren Aktivitäten so gut wie nicht aufeinander. Ihre Charaktere, Freundeskreise, Kampfes- und Lebensgewohnheiten waren offensichtlich zu verschieden. Durch ihre unterschiedliche Herkunft und die wenig vergleichbaren Tätigkeitsbereiche wich ihr Verhältnis zur Partei, deren Entwicklung und Tradition so voneinander ab, dass ein direktes Zusammenwirken erst nach Ausbruch des Krieges zustande kam.¹³

Was war das Anliegen des Friedenskampfes von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht 1911 bis 1913?

Die Vorstellungen von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gingen über die bloße Manifestation von internationaler Einigkeit im Kampf um die Erhaltung des Friedens hinaus. Ihr Engagement zielte darauf ab,

1. tiefer die Ursachen der Militarisierung, des Wettrüstens und der zunehmenden Weltkriegsgefahr zu ergründen und zu entlarven;

12 Gemeint sind das Verhältnis von entfaltetem Kapitalismus und Krieg und die Notwendigkeit verstärkter Massenaktionen. Siehe Außerordentlicher Internationaler Sozialisten-Kongress, S.34-36; auch in: Clara Zetkin: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 1, Berlin 1957, S.564-569.

13 Siehe Annelies Laschitzka: Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Ein biographischer Vergleich, in: Klaus Kinner/Helmut Seidel (Hrsg.): Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes, Berlin 2002, S.215.

2. auch in außenpolitischer Hinsicht mutiger auf Massenaktionen zu setzen und den Massenstreik nicht nur innenpolitisch in Erwägung zu ziehen, falls Wahlrechts- und Koalitionsrechte bedroht würden;
3. den Friedenskampf grundsätzlich international zu führen und sich jeglicher nationalistischer Verklärung zu erwehren. Dem internationalen Proletariat müsse geholfen werden zu begreifen, „daß es *zusammengehört* und der internationale Kapitalismus ein gemeinsamer Feind ist“.¹⁴

In einer bisher unbekanntenen Wahlkampfrede im Volkspark in Halle/Saale am 3. Dezember 1911 erklärte Rosa Luxemburg vor 2.000 Personen: „Kolonialkriege sind seit den letzten 40 Jahren eigentlich eine ständige Erscheinung, und es gehört angesichts dieser Tatsache ein sonderbarer Optimismus dazu, von einem ‚40jährigen europäischen Frieden‘ zu reden, wie das sogar Sozialdemokraten tun. Zu den Vertretern dieser Ansicht gehört neben anderen sozialdemokratischen Führern namentlich der französische Genosse Jean Jaurès. Der Glaube, daß wir allmählich in den *Weltfrieden* ‚hineinwachsen‘, hat sich als eine kindliche *Illusion* erwiesen. Die Genossen, und vornehmlich Jaurès, die dem Köhlerglauben an einen europäischen Frieden huldigten, stützten ihre Meinung auf die bestehenden Bündnisse zwischen den Großmächten Europas, den Dreibund und die Tripelallianz Frankreich-Rußland-England und das *Haager Schiedsgericht*. Besonders ist es wieder Jaurès, der der letzten Institution gewaltige schwärmerische Verehrung entgegenbringt und in ihr neben den Bündnissen der Großmächte eine Gewähr für den Weltfrieden sah.¹⁵ Die durch die *Marokkoaffäre* in den letzten Monaten heraufbeschworene *drohende Kriegsgefahr* und der infame *Tripolisraubzug* der Italiener wird diese Genossen hoffentlich für immer von ihren Illusionen geheilt haben. Das Haager Schiedsgericht ist schon deshalb nicht *mehr* als ein *blutiger Witz*, da bekanntlich der blutige *Nikolaus* von Rußland der Urheber dieser famosen Einrichtung war, die höchstens dafür bezeichnend ist, wie man heute noch die Völker an der Nase herumführen kann! [...] Die Annahme, daß sich Kapitalismus und ruhige, friedliche Zeiten vertragen, ist überhaupt nichts als ein *kindlicher Optimismus*. Im Gegenteil: alles deutet darauf hin, daß uns *eine Periode gewaltiger Erschütterungen* bevorsteht, wofür der brutale, grausame Tripoliskrieg nur *eine* Erscheinung ist.“¹⁶

14 Die politische Lage und die Sozialdemokratie, Vortrag von Rosa Luxemburg im Volkspark Halle (Saale) am 3. Dezember 1911, in: Volksblatt (Halle/Saale), Nr. 284, 5.12.1911. Hervorhebung im Original. Dieser Text wird in Bd. 7 der GW erscheinen.

15 Zur gegenteiligen Meinung Rosa Luxemburgs siehe Ein neues zaristisches Rundschreiben, in: Leipziger Volkszeitung, Nr. 20, 25.1.1899 – siehe GW, Bd. 6, S.255-260.

16 Siehe Fußnote 14.

Drei der wichtigsten Anliegen von Luxemburg waren: Erstens, jüngste Entwicklungstendenzen des Kapitalismus zu analysieren und mit bisherigen Ansichten über seine Praktiken und Perspektiven zu vergleichen; zweitens, auf den ökonomischen Entwicklungsstand in anderen Erdteilen und auf die weltweite Einmischung der europäischen Großmächte aufmerksam zu machen; drittens, über das Phänomen „Imperialismus“ bzw. „imperialistische Weltpolitik“ immer wieder neu zu reflektieren und gründlich zu debattieren. Der Marxismus sei doch eine revolutionäre Weltanschauung, begründete sie ihr Anliegen, „die stets nach neuen Erkenntnissen ringen muß, die nichts so verabscheut wie das Erstarren in einmal gültigen Formen, die am besten im geistigen Waffengeklirr der Selbstkritik und im geschichtlichen Blitz und Donner ihre lebendige Kraft gewährt“.¹⁷ Ausführlich und konkret versuchte sie das in ihrem Werk „Die Akkumulation des Kapitals“, das im Januar 1913 erschien und an dem bis heute weltweit das Interesse nicht erloschen ist.

Das Hauptmerkmal des Imperialismus sah Rosa Luxemburg „in der Ausbreitung der Kapitalherrschaft aus alten kapitalistischen Ländern auf neue Gebiete und im wirtschaftlichen und politischen Konkurrenzkampf jener Länder um solche Gebiete“.¹⁸ Der ihr unterstellte Gedanke eines automatischen Zusammenbruchs lag ihr fern. In ihrer „Einführung in die Nationalökonomie“, aber auch in jetzt erst aufgefundenen bzw. entzifferten Notizen dazu, macht sie auf die vielen Reserven aufmerksam, über die der Kapitalismus verfügt bzw. die er auszunutzen weiß, um sich immer wieder aus seine Existenz bedrohenden Krisen herauszuwinden, solange die antikapitalistischen Kräfte nicht stark genug sind.¹⁹

Wider alle Verketzerung als „Revolutionsromantikerin“ und Verfechterin eines „Generalstreikunsinns“ ließ sie nicht nach, für den politischen Massenstreik zu agitieren. Viele Artikel, Versammlungs- und Parteitage reden bezeugen, dass es ihr dabei um Klarheit über internationale Erfahrungen und über die notwendigen Voraussetzungen für dieses Kampfmittel ging. Ihre Auffassungen vom Massenstreik werden missdeutet, wenn ihr, auch noch nach 100 Jahren, unterstellt wird, sie rief ohne Beachtung der Situation und der Einsicht der Massen „als radikale Linke“ skrupellos zum Massenstreik auf.

17 GW, Bd. 5, 4. Aufl., Berlin 1990, S.523.

18 Ebenda, S.432.

19 Siehe ebenda, S.770-778. – Handschriftliche Notizen zur Nationalökonomie u. Wirtschaftsgeschichte, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), NY 4002/75, Bl. 33-139. – Diese werden in Bd. 7 der GW erscheinen.

In einem bisher unbekanntem Artikel „Der Massenstreik vor dem Reichstag“ polemisierte sie Ende 1911 besonders aufschlussreich: „Wenn sie behaupten, die Sozialdemokratie hätte beschlossen, die Mannschaften im Kriegsfall zur Dienstverweigerung aufzufordern, so ist das offenbar eine blanke Lüge, die in keiner einzigen Resolution oder auch nur in einem Antrag eines sozialdemokratischen Parteitages oder internationalen Sozialistenkongresses einen Anhaltspunkt findet. [...] Eine Aufforderung von Partei wegen an die Soldaten zur Gehorsamsverweigerung wäre eine Torheit, nicht weil sie zum Konflikt mit dem Staatsanwalt führt, sondern weil sie unwirksam oder überflüssig ist, weil sie einer geschichtlichen Situation künstlich würde vorgreifen wollen, deren Reife nicht von uns allein bestimmt wird.“²⁰ Da auf dem Basler Kongress kein Wort über den Massenstreik fiel, konnte Herr Wunderlich, der deutsche Konsul in Basel, beruhigt an Bethmann-Hollweg berichten, dass „der Kongress es nicht gewagt hat [...], im Falle eines Krieges offen zur Auflehnung gegen die Obrigkeit aufzufordern“.²¹

Noch gänzlich unveröffentlicht sind Polizeiberichte über drei Massenstreik-Reden Rosa Luxemburgs, über ihr Auftreten am 7. August 1913 in einer erweiterten Parteivorstandssitzung mit Gewerkschaftsvertretern, über ihre Ausführungen im September 1913 in einer nichtöffentlichen Sitzung mit über 100 Delegierten während des Jenaer Parteitages 1913 und über ihr Referat am 14. Januar 1914 in der Reichstagsfraktion. Sie zeigen, wie ernst Rosa Luxemburg 1913/1914 genommen werden musste.²² Am 14. Januar 1914 wurde sie in die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu einem Vortrag über die Frage gebeten: „Kommt der Massenstreik als Verteidigungsmittel des Proletariats in einer veränderten politischen Konstellation in Betracht?“ Eine solche Einladung war erstmalig und erklärt sich aus der Heftigkeit der Massenstreikdebatten 1913 im Kampf für ein demokratisches Wahlrecht in Preußen. Rosa Luxemburg, die wegen des fehlenden Frauenwahlrechts keine Abgeordnete sein konnte, sprach an

20 Leipziger Volkszeitung, Nr. 264, 14.11.1911.

21 Zit. nach: Jürgen Lampe u. a.: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen. Militärpolitik der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung 1830 bis 1917, Berlin 1990, S.342.

22 Zu den ersten beiden Reden siehe Ottokar Luban: Rosa Luxemburg zum Massenstreik. Zwei unbekannte Reden vom Sommer 1913, in: Narihiko Ito/Annelies Laschitzka/Ders. (Hrsg.): Rosa Luxemburg. Ökonomische und historisch-politische Aspekte ihres Werkes. Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft in Tokio, April 2007, und Berlin, Januar 2009, Berlin 2010, S.80-85.

diesem Tage vor einer Männerrunde von über 100 Parlamentariern, in der viele ihrer ärgsten Widersacher saßen.

Rosa Luxemburg stellte zunächst die These in den Raum, der Gedanke des politischen Streiks gegen die Staatsgewalt lebe in Haupt und Herz aller sozialistischen Arbeiter.²³ Fälschlicherweise werde ihr nachgesagt, sie missachte die Organisationen der Arbeiterbewegung und wiegle die Unorganisierten gegen die Organisierten auf. Sie wolle die Gefahr des politischen Streiks für die Arbeiterorganisationen angesichts der staatlichen Gegenwehr nicht verkleinern, aber zugleich betonen, dass er für die Arbeiterorganisationen nicht verderblich sei. Ihr Credo sei: „Ein mit Kraft und Solidarität durchgeführter Streik ist immer unverloren, weil er das ist, was er bezweckt, eine Machtentfaltung des Proletariats, bei der die Kämpfenden ihre Kraft und ihr Verantwortungsgefühl stählen und die herrschenden Klassen der Stärke des Gegners bewußt werden.“²⁴ Es sei unrichtig, den politischen Massenstreik ausschließlich als den letzten und großen Kraftakt anzusehen, der die Gesellschaft wie eine Revolution grundlegend erschüttern und umstürzen soll. Zur Vorbereitung eines solchen Entscheidungskampfes bedürfe es einer langen Periode von Massenkämpfen. Denn wie „sollen plötzlich die preußischen Staatsarbeiter, die Eisenbahner, Postbeamten usw., die heute im Kadavergehorsam erstarrt sind, die Landarbeiter, die kein Koalitionsrecht haben, die breiten Schichten der Arbeiter, die noch in gegnerischen Organisationen, in christlichen, Hirsch-Dunckerschen, gelben Gewerkschaften stecken und die Masse des deutschen Proletariats, die weder der gewerkschaftlichen Organisation noch der sozialdemokratischen Agitation zugänglich war [...], mit einem Male für einen letzten Massenstreik, für einen Kampf auf Leben und Tod reif sein?“ Nur durch entschlossene Kämpfe müssten und könnten diese Menschen „nach und nach aus ihrer Starrheit, ihrem Kadavergehorsam, ihrer Zersplitterung losgelöst und der Gefolgschaft der Sozialdemokratie angegliedert werden“.²⁵ Eine wirkliche Massenaktion großen Stils für wichtige Ziele sei keine trockene Exerzierübung nach dem Taktstock und Gutdünken der Parteileitung, sondern müsse als Klassenkampf geführt werden, „in dem alle bedeutenden wirtschaftlichen Konflikte ausgenutzt, alle Momente, die die Massen erregen, in den Strudel der Bewegung geleet werden müssen und in dem man nicht einer steigenden Verschärfung

23 Siehe den von Eckhard Müller entdeckten Polizeibericht, in: Landesarchiv Berlin (LAB), A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 15910, Bl. 1. Der Text wird in Bd. 7 der GW erscheinen.

24 Ebenda, Bl. 2/2 R.

25 Ebenda, Bl. 2 R.

der Situation und entscheidenden Kämpfen ausweicht, sondern ihnen mit einer entschlossenen konsequenten Taktik entgegengeht“.²⁶ Die von Rosa Luxemburg aufgewählten Geister der Fraktion gerieten in Zwiespalt, wichen einer gründlichen Aussprache aus und bildeten zur Prüfung der Massenstreikfrage, nach echt parlamentarischem Brauch, eine 15-gliedrige Kommission. Rosa Luxemburg hatte von diesem Gremium gewiss nichts anderes erwartet.

Was vollbrachte Karl Liebknecht zu dieser Zeit?

Es gehört zu den Glücksumständen eines Parlamentariers, wenn er an Dokumente herankommt, die ihm ermöglichen, in geheime Machenschaften der Kriegstreiber Einblick zu erhalten. In eine solche Situation geriet Karl Liebknecht im November 1912. Es wurden ihm ein anonymes Schreiben und die Abschrift von vertraulichen Berichten mit militärischen Interna aus dem Kriegsministerium und der Heeresverwaltung zugespielt. Der lange Zeit unbekannte Absender war Herr von Metzén. Der im September 1912 entlassene Direktor des Berliner Büros der Friedrich Krupp AG hatte Liebknecht ausgesucht, „als einen Vertreter derjenigen Partei, von der ich erwarte, daß sie ohne Rücksicht auf die Macht u. die soziale Stellung der Schuldigen für eine strenge Verfolgung dieses schmutzigen u. gemeingefährlichen Treibens eintritt“.²⁷ Karl Liebknecht ließ offiziell die Echtheit der Dokumente prüfen und nahm die Sendung zum Aufhänger für einen Enthüllungsfeldzug gegen die Friedrich Krupp AG, einen der einflussreichsten Konzerne der Rüstungsindustrie, mit dem er 1913 im In- und Ausland für enormes Aufsehen sorgte. Zwietracht, Kriegsgefahr und Krieg seien die Nahrung für die Rüstungsindustrie. „Je mehr Völkerhaß, umso mehr Profit!“²⁸ Auf die entlarvenden Geheimdokumente gestützt, zog er alle Register parlamentarischer Möglichkeiten und außerparlamentarischer Taktik und fand von unterschiedlicher Seite große Beachtung. Hellmuth von Gerlach empfand es als einen „wahren Segen“, dass es Sozialdemokraten wie Karl Liebknecht gab. Bertha von Suttner pries den Wert der Enthüllungen für die Erweiterung des Kreises der Friedenskräfte.²⁹ Die durch den Coup Aufgescheuchten versuchten vergeblich, aus dem Krupp-Skandal einen Fall Liebknecht zu konst-

26 Ebenda, Bl. 3.

27 Zit. nach: Laschitza, Die Liebknechts, S.200.

28 Liebknecht, GRS, Bd. VI, S.298.

29 Siehe Laschitza, Die Liebknechts, S.207f.

ruieren. Der öffentliche Druck erzwang „Krupp-Prozesse“, die allerdings zur Farce verkamen.

1913/1914 dehnte Karl Liebknecht seine Angriffe auf ebenso skrupellose Praktiken der Rüstungskonzerne Ehrhardt, Loewe, Goerz, Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken, Daimler-Benz und Nobel-Dynamit AG aus. Er brauche ihm wohl nicht zu sagen, hieß es in einem Schreiben von Zsigmond Politzer (Csapo) aus Paris an Max Grunwald vom 4. Mai 1913, „welche Beachtung hier die Liebknecht’schen Enthüllungen gefunden haben. Meines Erachtens und ich glaube im Geiste unseres unvergesslichen Jules [Guesdes] zu handeln, wenn ich Ihnen sage, daß wir eigentlich die von Liebknecht gesammelten Daten vervollständigen müßten“³⁰. Er nannte diverse Tatsachen.

Es entstand die Idee, mit Verbündeten wie Walton Newbold von der Independent Labour Party und André Morizet von der „Humanité“ eine Anklageschrift gegen die „Internationale der Rüstungsindustrie“ zu verfassen. Ihre Recherchen gingen bis ins enthüllende Detail. Auf Liebknechts Schreibtisch häuften sich Informationen, Statistiken, Exzerpte aus Hand- und Jahrbüchern, Zeitungsausschnitte, Gedankenskizzen. Ganze Manuskriptteile entstanden, blieben allerdings Fragment mit unterschiedlich ausformulierten Passagen.³¹ Darin hielt er u. a. fest: „Die Waffen- und Munitionsfabriken und ihr Anhang in Deutschland sind mit österreichischen, belgischen, französischen und russischen Firmen zusammengeschlossen, sie haben den ganzen Erdball in Interessensphären zur Exploitation unter sich verteilt.“³² Diese Räubergesellschaft sei wie die Räubermoral international und verkörpere die imperialistische Weltentwicklung.

Während der Reichstagsverhandlungen über den Militäretat am 11. Mai 1914 zeigte Karl Liebknecht die Verbindung der Rüstungsmonopole zu den Großbanken, ihre Verflechtung mit der Sprengstoff-, Motoren- und optischen Industrie auf. Unter hasserfüllten Blicken seiner Gegner gab er Dutzende Namen von Ministern, Parlamentariern, Offizieren, Generalen und Admiralen preis, die in den Leitungsgremien der Rüstungskonzerne Sitz und Stimme hatten. Er deckte auf, wie viele ausländische Kapitalisten den Aufsichtsräten der „patriotischen“ Firmen der deutschen Waffen- und Sprengstoffindustrie, der Kriegswerften und Panzerplattenfabriken angehörten.³³ Alle Zwischenrufe gekonnt parierend, versicherte er, er

30 Zit. nach: ebenda, S.213f.

31 Siehe Karl Liebknecht: GRS, Bd. VII, 3. Aufl., Berlin 1985, S.3-33.

32 SAPMO-BArch, NY 4001/64, Bl. 146f. – zit. nach: Laschitzka, Die Liebknechts, S.215.

33 Siehe Liebknecht, GRS, Bd. VII, S.243, 257.

könne die Strukturen dieses „Teufelstruts“, der „Rüstungsinternationale genau belegen: einmal insofern die einzelnen Rüstungsunternehmen selbst international ausgestaltet sind [...], weiter insofern sich die einheimischen Rüstungsunternehmen mit Kapital, mit Patenten usw. an ausländischen Rüstungsunternehmen beteiligen und schließlich, indem die einzelnen deutschen Rüstungsunternehmen sich den internationalen Verbänden, Kartells, Trusts usw. anschließen. Dazu tritt die Internationale des *Rüstungshandels* und die Internationale des Handels mit militärischen Konstruktionen, Patenten, Lizenzen, Erfindungen. Und schließlich die Internationale des Finanzkapitals in der Rüstungsindustrie, die gewissermaßen die Krönung bildet.“³⁴ Die letzten 14 Tage des Juli 1914 arbeitete er noch einmal in der Schweiz an dem Manuskript über die Internationale der Rüstungsindustrie.³⁵

Kriegsverursacher und Kriegshetzer das erste Mal dokumentarisch so konkret angeprangert zu haben war Karl Liebknechts Hauptverdienst 1912 bis 1914.

Gibt es Einschätzungen von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht über den Basler Kongress?

Von Karl Liebknecht sind keine direkten Äußerungen über den Basler Kongress 1912 erhalten geblieben. Rosa Luxemburg erinnerte 1915 in ihrer Schrift „Die Krise der Sozialdemokratie“ ausdrücklich an die beschwörenden Reden auf dem Kongress, um auf Ursachen des gegensätzlichen Verhaltens der meisten Parteien der II. Internationale zu Beginn des Ersten Weltkrieges aufmerksam zu machen.³⁶ Sehr herbe Urteile fällt Rosa Luxemburg in handschriftlichen fragmentarischen Notizen,³⁷ mit denen sie sich 1918 im Breslauer Frauengefängnis auf einen 2. Teil ihres Buches über die Krise der Sozialdemokratie und auf die nach dem Krieg unbedingt notwendigen Auseinandersetzungen mit dem Versagen

34 Ebenda, S.258. Hervorhebung im Original.

35 Siehe Laschitzka, Die Liebknechts, S.225.

36 Siehe GW, Bd. 4, S.59-74, 130, 141.

37 SAPMO-BArch, NY 4002/75, Bl. 1-32. Einige Passagen, Bl. 20-22 u. 24-26, wurden von mir zitiert in: Laschitzka, Im Lebensrausch, S.580-583 – Siehe außerdem Annelies Laschitzka: Über ein Fragment von Rosa Luxemburg zur Geschichte der I. und II. Internationale, in: Theodor Bergmann/Wolfgang Haible (Hrsg.): Reform – Demokratie – Revolution. Zur Aktualität von Rosa Luxemburg, Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 1997, H. 5, S.42-50.

der deutschen Sozialdemokratie und dem Zusammenbruch der II. Internationale vorbereitete.³⁸

Wie konnte sich die vermeintlich mächtige II. Internationale zu Beginn des Ersten Weltkrieges plötzlich so ohnmächtig erweisen? Das war eine der Fragen, die Rosa Luxemburg über die vier Kriegsjahre hinweg quälten. Auf dem ersten Blatt ihrer Notizen hielt sie wenige Stichworte fest: „Inter[nationalen] u. ihre Geschichte. 1. 1864. 2. 1889.“ Neben 1889 schrieb sie „Maifeier“.³⁹ Danach heißt es: Der Beschluss des Pariser Kongresses von 1889 über die Maifeier sprach „das eigentliche geschichtliche Problem der zweiten Internationale lapidar aus: Die Internationale wird zur Massenbewegung, zur eigenen Aktion der Arbeitermassen in allen Ländern oder sie wird nicht sein“⁴⁰. Und sie verstärkte ihre Feststellung noch, indem sie notierte: „Die Maifeier war die *einzig*e Form der unmittelbaren Betätigung der proletarischen Massen im Geiste der internationalen Solidarität; was sonst von der zweiten Internationale übrig blieb, waren Kongresse u. Manifeste, d. h. Demonstrationen kleiner Häuflein von Vertretern *im Namen* der Massen, waren Worte, Instanzen u. Zeremoniell. Die Maifeier sollte die einzige internationale *Tat, eigene* Tat von Millionen sein.“⁴¹ Entsprechend scharf rechnete Rosa Luxemburg mit dem Schicksal der Maifeier am Beispiel des Umgangs mit ihr in der deutschen Sozialdemokratie ab. Deren Führer hätten die Feier zu einer leeren Demonstration degradiert. Führer der Gewerkschaften hätten sie in der Schlinge der Unterstützungsklausel erdrosselt. Verbittert hielt sie drastisch fest: Die Maifeierbeschlüsse vor dem Kriege „schrieben bereits mit feurigen Lettern das Menetekel an die Mauern der Internationale. Als die einzige Massenaktion von internationalem Charakter aus offen ausgesprochener Angst vor Opfern kaltblütig abgewürgt wurde, war die Internationale innerlich eine Leiche, der prunkvolle Baseler Kongreß war bereits ein unbeußter Leichenschmaus.“⁴²

38 Mathilde Jacob an Clara Zetkin, 25. Januar 1919, in: SAPMO-BArch, NY 4005/79, Bl. 19-23. – Siehe auch Ottokar Luban: Die „innere Notwendigkeit, mithelfen zu dürfen“. Zur Rolle Mathilde Jacobs als Assistentin der Spartakusführung bzw. der KPD-Zentrale, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1993, H. 4, S.421-470, hier S.452.

39 SAPMO-BArch, NY 4002/75, Bl. 1. Hervorhebung im Original. Der Text von Bl. 1-32 wird in Bd. 7 der GW erscheinen.

40 Ebenda, Bl. 4.

41 Ebenda. Hervorhebungen im Original.

42 Ebenda, Bl. 5f.

Auf weiteren Blättern ihrer handschriftlichen Notizen vermerkte sie: „Der Weltkrieg ist die Kritik u. der Abschluß der 2. Periode“ der Internationalen, d. h. der II. Internationale.⁴³ Der äußerliche Bankrott habe sich am 4. August 1914 gezeigt, der innerliche sich schon seit Jahrzehnten vollzogen, vor allem wegen Verkleisterung der Gegensätze und des Parlamentarismus als einzige Politik. Besonders symptomatisch sei die Scheu vor dem Massenstreik gewesen. Worin lag der Irrweg in der Entwicklung der Internationale begründet, fragte sie sich abermals. „Sie hat eine Taktik, die ihr nur einige Jahrzehnte gute Dienste leistete, verewigen u. auch auf die Periode des Imperialismus erstrecken wollen. Sie wich einfach vor dem offenen Kl[assen]k[ampf] um den Soz[ialismus] zurück. Sie nahm ihr Endziel nicht ernst u. wollte nicht vom bürg[erlichen] Parlamentarismus ablassen, obwohl er schon geschichtl[ich] verjährt u. bankrott war mit dem Ausbruch des Krieges.“⁴⁴

Auf einem weiteren Blatt formulierte sie zur Thematik nicht weniger kritisch: „Die D[eu]tsche Sozdem[okratie] – u. noch weniger die intern[at]ionale – hatte irgendeine allgemeine Orientierung ihrer Politik. Sie lebte von der Hand in den Mund, von Wahl zu Wahl. Sie schwätzte vom kommenden Weltkrieg, ohne sich dabei was zu denken (Basell) u. ging geflissentlich allen strittigen Fragen aus dem Wege. (so die intern[at]ionalen Kongresse u. die d[eu]tschen Parteitage.)“⁴⁵ Am Ende des Krieges war sich Rosa Luxemburg bewusst: Mit der Vergangenheit müsse kritisch abgerechnet werden. Hauptaufgabe der revolutionären Kräfte jedoch bleibe, auf die Massen zu vertrauen, aus den Volksmassen zuverlässige und bewusste Mitstreiter zu gewinnen. Eine revolutionäre Taktik, die mit der Entwicklung Schritt hält, sei das einzige Mittel, Idealismus in den Massen zu erzeugen und die Kriegstreiber zu überwältigen.

Durch den grausamen Meuchelmord am 15. Januar 1919 wurde Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht die Chance genommen, im Umgang mit den kriegsmüden Massen und im Kampf gegen die Konterrevolutionäre erfolgversprechende Formen und Mittel für die Wiederbelebung eines solidarischen internationalen Zusammenwirkens zu finden und zu erproben.

43 Ebenda, Bl. 26.

44 Ebenda, Bl. 28.

45 Ebenda, Bl. 29.

Die Sozialistische Partei Argentiniens und der Erste Weltkrieg¹

Lucas Poy

Einleitung

Der Ausbruch des „Großen Krieges“ im August 1914 stellte einen historischen Wendepunkt dar, dessen Bedeutung kaum überschätzt werden kann. Er markierte das Ende jenes, wie Eric Hobsbawm sagte, „langen 19. Jahrhunderts“, als die Hoffnungen auf friedliche Entwicklung und Wirtschaftswachstum vorherrschten. Größtenteils war auch die internationale sozialistische Bewegung Teil jenes Jahrhunderts – und der Ausbruch des Krieges unterbrach ihre Aktivitäten als internationale Organisation erheblich. Obwohl es hinreichend Literatur zu dem Thema gibt, nehmen wir den 100. Jahrestag des Krieges zum Anlass, diesen kritischen Moment in der Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung weiter zu erforschen. Außerdem ist – trotz zahlreicher Einschätzungen hinsichtlich der Haltung der sozialistischen Bewegung in Europa zum Krieg – bisher nicht genügend untersucht, wie sozialistische Parteien anderer Weltregionen auf den Kriegsausbruch reagierten.

Dieser Aufsatz bietet eine Analyse der Positionen der Sozialistischen Partei Argentiniens (Partido Socialista de Argentina) zum Ersten Weltkrieg. Dabei stütze ich mich auf die Schriften von Juan Bautista Justo, des bedeutendsten der argentinischen Sozialisten, und die Leitartikel der Parteizeitung „La Vanguardia“ (Die Vorhut) von 1912 bis 1915. Durch die Einschätzung der Positionen einer der wichtigsten nichteuropäischen Parteien soll einerseits ein Beitrag zu unseren Erkenntnissen über die Geschichte der Zweiten Internationale geleistet werden. Andererseits ist beabsichtigt, neuere wissenschaftliche Arbeiten, die ein komplexeres Bild von Justos Ansichten lieferten, zu ergänzen. Zuerst stelle ich dar, dass Justos Gedanken zum Krieg nicht einfach die Analysen der europäischen Sozialisten imitierten, obwohl er sicherlich Elemente ihrer Ideen übernahm. Sein Gedankengang war ein origineller intellektueller Vorgang, der im Zusammenhang mit der besonderen und eklektischen Theorie der argentinischen sozialistischen Führung analysiert werden muss. Zweitens möch-

1 Überarbeitete Version eines Artikels, der unter dem Titel „Argentine Socialism and the Question of War (1909-15)“ in „Socialist History“, Nr. 42 (2012) veröffentlicht wurde.

te ich die *Veränderungen* aufzeigen, denen seine Interpretation des Krieges unterworfen war, von den Aussagen in seinem Buch „Teoría y Práctica de la Historia“ (Theorie und Praxis der Geschichte) am Ende der ersten Dekade des 20. Jahrhunderts bis hin zu den Positionen, die die Führer der sozialistischen Partei Anfang 1917 im Parlament vertraten, als sie den Abbruch der Beziehungen zu Deutschland unterstützten.

Argentinien wurde 1816 von Spanien politisch unabhängig, aber erst in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts wurde die politische Einheit endgültig erreicht, und zwar unter anderem durch umfangreiche, insbesondere britische, Auslandsinvestitionen. Das wiederum bewirkte eine massenhafte Immigration aus Europa, und so hatte Argentinien 1895 eine Bevölkerung von etwa vier Millionen, von denen mehr als 660.000 in Buenos Aires lebten. Vor dem Hintergrund tief greifender sozialer Veränderungen fanden erste Streiks statt. Es wurden Gewerkschaften geschaffen, die hauptsächlich von Immigranten gefördert wurden, die ihre politischen Erfahrungen aus Europa mitbrachten.

Die Ursprünge der argentinischen sozialistischen Bewegung sind unmittelbar mit den europäischen Immigranten verbunden. Diese gründeten in Buenos Aires in den letzten drei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts die ersten sozialistischen Gruppen und politischen Zeitungen. Während der 1870er-Jahre schufen französische Kommunisten die ersten Organisationen, die in Verbindung zur Ersten Internationale standen. Es gibt Aufzeichnungen über eine Korrespondenz zwischen Marx und einem Delegierten der Ersten Internationale in Buenos Aires.² Im darauf folgenden Jahrzehnt spielten deutsche Immigranten die Hauptrolle. Sie kamen ins Land auf der Flucht vor Bismarcks Sozialistengesetz und gründeten einen Verein namens „Vorwärts“. Dieser gab eine Zeitung mit dem Titel „Vorwärts. Organ für die Interessen des arbeitenden Volkes“ heraus, von der von Oktober 1886 bis März 1901 696 Ausgaben erschienen – die erste sozialdemokratische Publikation im Land. In der ersten Hälfte der 1890er-Jahre entstanden als Folge der Wirtschaftskrise und von Arbeiterunruhen unter französischen und italienischen Immigranten neue sozialistische Gruppen, und die ersten ständigen spanischsprachigen sozialistischen Publikationen wurden herausgegeben. Im April 1894 erschien die erste Ausgabe von „La Vanguardia“, eine Wochenzeitschrift, welche die unterschiedlichen Gruppen vereinigte und später zum Hauptorgan der offiziell 1896 gegründeten sozialistischen Partei wurde.

² Wieder veröffentlicht in: Horacio Tarcus: Marx en la Argentina. Sus primeros lectores obreros, intelectuales y científicos, Buenos Aires 2007, S.504-511.

Die Hauptperson in diesem Prozess war Juan Bautista Justo (1865-1928), ein argentinischer Arzt und Chirurg. Er stand in Verbindung mit frühen sozialistischen Gruppen, ermöglichte die Publikation von „La Vanguardia“ und wurde bald ihr Herausgeber. Bis zu seinem Tod war Justo der bedeutendste Führer der argentinischen sozialistischen Bewegung. In diesen Jahrzehnten gelang es ihm, der Partei seine besondere Interpretation der sozialistischen Bewegung zu vermitteln – einer moderaten, reformistischen und parlamentarischen Partei, welche Wahlen als Möglichkeit betrachtete, die Lage der Arbeiterklasse zu verbessern. Da Wahlbetrug bis 1912 weit verbreitet war, hatten es die Sozialisten schwer, auf parlamentarischer Ebene Fortschritte zu machen (obwohl 1904 Alfredo Palacios das erste sozialistische Kongressmitglied in Lateinamerika wurde), und ihre moderate Politik begünstigte die Entwicklung von anarchistischen Einflüssen in der Arbeiterbewegung. Nach der Verkündung des sogenannten Sáenz-Peña-Gesetzes von 1912 (benannt nach dem damaligen Präsidenten), welches die geheime Wahl festschrieb und dem Wahlbetrug ein Ende setzte, gab es bei Wahlen große Zuwächse für die Sozialistische Partei, besonders in Buenos Aires. Justo wurde für mehrere Wahlperioden Mitglied des Parlaments. Während dieser Zeit erhielten die Sozialisten jedoch einen ernsthaften Konkurrenten in der Radikal-Bürgerlichen Union (Unión Cívica Radical), einer Partei mit großer Beliebtheit im Volk und stark in der Mittelklasse verwurzelt. Sie kam 1916 an die Macht und regierte bis 1930, als ihr ein Militärputsch ein Ende setzte.

Die argentinische Historiografie zu den Ursprüngen der Sozialisten wurde lange dominiert von Intellektuellen und Führern der Partei selbst, die Justos Führungstätigkeit außerordentlich apologetisch interpretierten.³ In letzter Zeit erschienen objektivere Darstellungen, die die Komplexität und den außergewöhnlichen Charakter der Überlegungen Justos verstanden.⁴ Sie gingen hinaus über eine einfache Rechtfertigung der Parteilinie oder eine simple Kritik, die ihn als Anhänger von Eduard Bernsteins

3 Siehe u. a. Jacinto Oddone: *Historia del Socialismo Argentino*, Buenos Aires 1934; Américo Ghioldi: *Juan B. Justo. Sus ideas históricas, sus ideas socialistas, sus ideas filosóficas*, Buenos Aires 1933; Nicolás Repetto: *Juan B. Justo y el movimiento político-social argentino*, Buenos Aires 1964.

4 José Aricó: *La hipótesis de Justo*, Buenos Aires 1999, war zukunftsweisend; neuer: Tarcus, *Marx en la Argentina*. Siehe auch Patricio Geli/Leticia Prislei: *Una estrategia socialista para el laberinto argentino. Apuntes sobre el pensamiento político de Juan B. Justo*, in: *Entrepasados*, 3 (1993), 4/5, S.21-39.

Reformismus und nicht als „orthodoxen“ Marxisten betrachteten.⁵ Obgleich sowohl der Einfluss des „Großen Krieges“ auf Intellektuelle und politische Organisationen der Zeit als auch die theoretischen Äußerungen der argentinischen Sozialisten die Aufmerksamkeit von Historikern auf sich zogen, wurden die Positionen der Sozialistischen Partei vor und während der ersten Kriegsjahre noch nicht im Detail untersucht. Angesichts der Bedeutung des Ersten Weltkrieges und der Revolution in Russland für die Krise der Partei 1917/1918 – welche zur Gründung der kommunistischen Partei führte – tendierte die Analyse der Auffassungen der argentinischen Sozialisten zum Krieg dazu, sich auf kurze Einführungen in Schriften zu beschränken, die die Ursprünge der argentinischen Kommunisten untersuchen. Deshalb haben Historiker den Positionen der Sozialistischen Partei nach 1917 mehr Aufmerksamkeit gewidmet als jenen in den Jahren davor.⁶

Die Analyse von Justos Gedankengängen in den Jahren unmittelbar vor dem Krieg als auch von 1914 bis 1915 kann dazu beitragen, unser Verständnis der argentinischen sozialistischen Bewegung zu bereichern. Justo pflegte über sich selbst zu sagen, er sei Sozialist geworden „ohne Marx zu lesen“. Somit ist es wichtig, seine Ideen als ein komplexes Resultat sich überschneidender Sichtweisen zu analysieren, innerhalb derer der Marxismus nur eine von vielen war, etwa neben Positivismus und Liberalismus. Justo entwickelte seine Auffassungen auch im Kontext der Kontrover-

5 Diese Argumentationslinie wurde entwickelt von Autoren, die der kommunistischen Partei und maoistischen Gruppen nahestehen. Siehe José Ratzter: *Los marxistas argentinos del 90*, Córdoba 1970, und Leonardo Paso (Hrsg.): *La clase obrera y el nacimiento del marxismo en la Argentina*, Buenos Aires 1974. Eine kritische Einschätzung bei Lucas Poy/Daniel Gaido: *Under German Eyes: Germán Avé-Lallemant and the Origins of Marxism in Argentina*, in: *Science & Society*, 75 (2011) 4, S.99-107.

6 Siehe z. B. Emilio J. Corbière: *Orígenes del comunismo argentino: el Partido Socialista Internacional*, Buenos Aires 1984. Dem Autor gebührt sicherlich Dank für die erste Untersuchung der Ursprünge der kommunistischen Partei, die über die Orthodoxie der Partei hinausging. Bei ihm heißt es: „Als der Krieg begann, kämpfte die Sozialistische Partei dagegen und betrachtete sie als Produkt der Mächenschaften der imperialistischen Bourgeoisie“ (S.26). Das stimmt, wie wir sehen werden, nicht. Leser, die an neuerer Forschung interessiert sind, welche jedoch immer noch hauptsächlich darauf gerichtet ist, was gegen Ende des Krieges passierte, sollten Daniel Campiones Arbeiten heranziehen. Siehe Daniel Campione: *El comunismo argentino. Sus primeros pasos*, Buenos Aires 2005, und Ders.: *Partido revolucionario o partido de gobierno? La fundación del Partido Socialista Internacional*, in: Hernán Camarero/Carlos M. Herrera (Hrsg.): *El Partido Socialista en Argentina. Sociedad, política e ideas a través de un siglo*, Buenos Aires 2005, S.145-157.

sen, mit denen sich die internationale Sozialdemokratie auseinandersetzen musste. Diese inneren Konflikte sind von den Historikern noch nicht gründlich erforscht worden.

Der Aufsatz besteht aus zwei Teilen. Der erste befasst sich mit den Ideen, denen die Sozialistische Partei Argentiniens in der Zeit unmittelbar vor dem Krieg anhing. Besonderes Augenmerk gilt dabei den in der Zweiten Internationale, in der die argentinische Partei eine aktive Rolle spielte, weit verbreiteten Charakterisierungen und Diskussionen, aber auch Justos ursprünglichem Standpunkt. Um den Einfluss des Ersten Weltkrieges auf seine konzeptionellen Vorstellungen und seine Gedankengänge zu verstehen, konzentriert sich der zweite Teil auf die Interpretation, wie sie von Justo auf den Seiten von „La Vanguardia“ nach Ausbruch des Krieges entwickelt wurde.

Die argentinische sozialistische Bewegung und der Kampf gegen den Militarismus (1900-1914)

Ab der zweiten Hälfte der ersten Dekade des 20. Jahrhunderts nahmen innerhalb der internationalen Sozialdemokratie Erklärungen gegen Krieg und Militarismus einen zentralen Platz ein. Dennoch war, wie Historiker gezeigt haben, die sozialistische Bewegung von vielen Widersprüchen hinsichtlich des Krieges, welcher im Sommer 1914 ausbrechen sollte, geprägt. Aus der detaillierten Analyse der Haltung der Zweiten Internationale zu Militarismus und Krieg in den Jahren vor Ausbruch der Feindseligkeiten schlussfolgerte Georges Haupt, dass allgemeine Appelle alle verfügbaren Mittel zu nutzen, um den Beginn der Katastrophe „zu verhindern“, verbunden waren mit einem kompletten Mangel an praktischen Maßnahmen, die im Falle eines tatsächlichen Kriegsausbruchs zu unternehmen wären.⁷

So verdeckte die Betonung von „Präventivmaßnahmen“ – hauptsächlich die Ablehnung von Militarismus und Rüstungsausgaben – in Wirklichkeit eine Reihe unklarer Positionen. Sie verschleierten alle Widersprüche, die 1914 zum Vorschein kommen sollten. Auf dem Kopenhagener Kongress 1910 wurden Krieg und Militarismus zum Hauptdiskussionsthema in einem Kontext, bei dem Wettrüsten und Wettbewerb unter den Großmächten gefährlich in Form mehrerer „kolonialer Zwischenfälle“ eskalierten. Zwar erhielt die Idee internationaler Schiedsgerichte als ein

⁷ Siehe Georges Haupt: *Socialism and the Great War. The Collapse of the Second International*, Oxford 1972.

Mittel zur Kriegsverhinderung breite Zustimmung, und es wurden Kampagnen zur Rüstungsreduzierung befürwortet. Doch entwickelte sich eine Kontroverse über den Vorschlag von Keir Hardie und Édouard Vaillant, im Falle eines Kriegsausbruchs einen Generalstreik der im militärischen Bereich tätigen Arbeiter zu unterstützen. Angesichts der Ablehnung der deutschen Führung, die der Meinung war, dass der Kongress 1907 in Stuttgart die Debatte bereits entschieden und ein derartiger Antrag eine verstärkte Repression durch die Regierung zur Folge hätte, entschied der Kongress, dem Vorschlag des Belgiers Emile Vandervelde zu folgen und die Diskussion über den Vaillant-Hardie-Antrag auf den nächsten Kongress zu verschieben.⁸ Die in Kopenhagen verabschiedete Resolution gegen den Krieg betonte besonders die Aktivität sozialistischer Parlamentarier, von denen erwartet wurde, gegen Militärausgaben zu stimmen, ein Schlichtungsverfahren zu beantragen und das Ende der Geheimdiplomatie zu fordern.

Die Sozialistische Partei Argentiniens war in dem von der Internationale gesetzten Rahmen politisch aktiv. Auf einer Konferenz nach dem internationalen Treffen in Kopenhagen stimmten Argentinien Sozialisten dem Antrag von Vaillant-Hardie⁸ zu, und in den Jahren unmittelbar vor dem Krieg war ein großer Teil ihrer Anstrengungen darauf gerichtet, die Rüstungsausgaben des Landes anzuprangern. Wie auch in Europa fand diese antimilitaristische Kampagne vor allem auf parlamentarischer Ebene statt und stand im Zusammenhang mit den wachsenden Wahlerfolgen für die Partei in Buenos Aires.⁹

Doch der Protest gegen die Militärausgaben war nicht auf die parlamentarische Bühne beschränkt. Ende 1912 begann die Parteijugend, Aktivitäten gegen den Militarismus auf der Straße zu organisieren. Ein Artikel in „La Vanguardia“ aus dieser Zeit zeigte die Spannungen, die es in der Partei gab, und zwar zwischen den Herausgebern der offiziellen Zeitung und jungen Aktivisten, die schließlich einmal den Kern der internationalistischen Opposition bilden würden. Nachdem angemerkt wurde, dass „die Aufregung der jungen Sozialisten mit Interesse betrachtet werden sollte“, da „Krieg ein Verbrechen und eine echte Geißel des Militarismus ist“, setzte der Artikel den Aktivitäten der Parteijugend schnell gewisse Grenzen: „Eine Kampagne gegen Militarismus muss proportional

8 Siehe La Vanguardia, 16.8.1914.

9 Siehe Hernán Camarero/Carlos Miguel Herrera: El Partido Socialista en Argentina: nudos históricos y perspectivas historiográficas, in: Dies. (Hrsg.), El Partido Socialista, S.9-73, hier S.17; Richard Walter: The Socialist Party of Argentina 1890-1930, Austin 1977, S.108f.

sein zur lokalen Bedeutung dieses Phänomens. Meinungen, die in anderen Ländern, wo der Militarismus das Ausmaß einer nationalen Katastrophe erreicht hat, leicht zu erklären sind, könnten bei uns als übertrieben erscheinen [...]. Antimilitaristische Agitation erfordert Weisheit und große Zurückhaltung. In jedem Fall und so auch in diesem brauchen wir Ausgewogenheit, um der Kampagne den richtigen Maßstab zu geben. Schon die geringste Verletzung dieser Prinzipien kann viel Sympathie kosten, Verdacht erregen und die Entwicklung unserer nationalen politischen Partei zum Erliegen bringen.“¹⁰

Die von der Sozialistischen Partei Argentiniens entwickelten Positionen zur Frage des Krieges müssen im Rahmen der internationalen sozialistischen Bewegung gesehen werden. Dennoch können sie weder als bloßes Spiegelbild der in Europa herausgebildeten Auffassungen betrachtet noch in Bezug auf die wesentlichen Trends, welche die Internationale zu dieser Zeit spalteten, leicht kategorisiert werden. Ende November 1912 feierte die argentinische sozialistische Presse die Resolutionen des Kongresses der Internationale in Basel, in denen die sozialistische Bewegung „den Krieg gegen den Krieg“ erklärt hatte. „La Vanguardia“ äußerte sich mit Befriedigung zum Ergebnis des Kongresses. Ein Artikel brachte die generelle Opposition gegenüber Militarismus und Krieg durch die internationale sozialistische Bewegung zum Ausdruck und enthielt Elemente einer besonderen „argentinischen Version“ des Sozialismus: „Die politisch organisierten Arbeiter der wichtigen europäischen Länder, d. h. zehn Millionen intelligenter, energiegeladener und bewusster Menschen, haben durch ihre Vertreter die unbeirrbar Absicht zum Ausdruck gebracht, um jeden Preis das abscheuliche Verbrechen eines Krieges zwischen Ländern zu verhindern. Ihre gegenwärtige historische Mission besteht darin und kann nur darin bestehen, den Fortschritt innerhalb der großen menschlichen Ideale, die moderne Völker bewegen, anzutreiben. Frieden und Wohlergehen in der Welt werden weniger gefährdet sein, wenn Frieden oder Krieg nur vom Volk abhängen. In zivilisierten Ländern betrachten die Menschen Krieg bereits als Verbrechen, welches zu begehen immer gefährlicher und schwieriger wird. Und wenn sie manchmal etwas Nachsicht bei der Einschätzung zeigen, so dann, weil sie in ihm eine legitime Absicht sehen, eine zivilisierende Absicht, die wegen ‚der ungleichen Geschwindigkeit historischer Bewegungen‘ ohne Anstrengung nicht erreicht werden kann.“¹¹

10 Propaganda anti-militarista, in: La Vanguardia, 29.11.1912.

11 Contra la guerra, in: La Vanguardia, 27.11.1912.

Die letzten Sätze des Zitats stimmen überein mit der von Juan B. Justo in den vorhergehenden Jahren entwickelten Charakterisierung, besonders in seinem 1909 veröffentlichten Buch „Teoría y Práctica de la Historia“. Darin legte er eine gründliche Analyse historischer Prozesse vor und widmete dem Problem des Krieges ein besonderes Kapitel. Seine Ideen, die sich in extenso in 'La Vanguardia' wiederholen, sind von fundamentaler Bedeutung, um das Denken des Führers der argentinischen Sozialisten in den Jahren vor dem Krieg einzuschätzen und somit auch seine weitere Entwicklung nach Ausbruch des Krieges zu verstehen.

Von Justos Perspektive aus spielte in den frühen Phasen der Geschichte Krieg eine historisch notwendige und sogar progressive Rolle, sei er doch ein „rigoroser Prozess natürlicher Selektion“ gewesen. Selbst in entwickelteren Phasen, „als die Technik Fortschritte machte und sowohl die Arbeitsteilung als auch der Warentausch zunahmen“, habe der Krieg ein progressives Element beibehalten. Er habe sich jedoch verändert, da er nicht mehr einfach Zerstörung zur Folge hatte, sondern „die Absorption oder Assimilation einiger Gruppen von Menschen durch andere, in einer permanenten abhängigen Beziehung und Arbeitsteilung“. Justo rechtfertigte also die Kriege, die zum „Ausbau der Arbeitsteilung und des Handels zwischen den Völkern“ beigetragen hatten. Die Herrschaft der Römer im antiken Mittelmeerraum wie auch die der Inkas über andere Andenvölker hätten „eine wichtige Rolle im historischen Fortschritt und Frieden“ gespielt und den Weg zu „anderen, höheren Beziehungen zwischen den Völkern“ geebnet.¹²

Allerdings wurde in Justos evolutionärer Perspektive mit dem Voranschreiten der Gesellschaft und dem Fortschritt von Technik und Handel Krieg immer weniger notwendig und tendierte folglich dazu, gänzlich zu verschwinden: „Wenn sich Geschäftsbeziehungen entwickeln, ist Krieg ruinöser und deshalb weniger häufig und weniger anhaltend. [...] Zwischen fortgeschrittenen Gesellschaften wird zunehmend Frieden gewährleistet, nicht nur wegen der kommerziellen Beziehungen, die sie verbinden, sondern auch wegen der Verbindungen jeder einzelnen Person mit den Völkern anderer Nationen, die durch einen Konflikt unterbrochen würden. [...] Die wachsende ökonomische Solidarität der Völker transformiert internationale Kriege zu internen Konflikten – und selbst diese tendieren dazu, im Laufe der Geschichte zu verschwinden.“¹³

12 Juan Bautista Justo: *Teoría y práctica de la historia* (1909), Buenos Aires 1969, S.119-125.

13 Ebenda S.126.

Die Entwicklung des Handels zwischen den Nationen, die er als einen Schlüsselfaktor für Fortschritt betrachtete, mache Kriege zunehmend schwieriger, da der Konflikt die Interessen der Bourgeoisie stören würde. Justo wies sogar darauf hin, dass bewaffnete Konflikte und Gewalt eine Gesellschaft behindern würden, da sie „für die politische Entwicklung immer weniger notwendig“ seien und deshalb Überbleibsel der Vergangenheit darstellten, die bald verschwinden würden. In der Moderne, so argumentierte Justo, hätte der Krieg zunehmend seine *raison d' être* verloren und musste verschwinden. Diese Logik hielt ihn jedoch nicht davon ab, die Art von Krieg zu rechtfertigen, die seiner Meinung nach immer noch zum historischen Fortschritt beitrug. In dem von „La Vanguardia“ zum Kongress in Basel veröffentlichten Artikel wies er darauf hin, Arbeiter und Sozialisten könnten einen bewaffneten Konflikt nur dann für eine Gesellschaft als notwendig ansehen, wenn die arbeitende Bevölkerung überzeugt sei, er habe „ein legitimes Ziel, nämlich neue Gebiete physikalisch-biologischer Prozesse für intelligentes Leben zu erschließen“. Indem er solche Kriege als Teil des historischen Fortschritts etikettierte, unterstützte Justo koloniale Überfälle europäischer Länder oder die militärische Besetzung indianischer Gebiete in Argentinien.¹⁴

Eine solche Art der Argumentation verband Justos Gedanken über den Krieg mit den Ansichten von Eduard Bernstein, welcher als Teilnehmer an der revisionistischen Kontroverse die Kolonialisierung durch europäische Staaten befürwortet hatte. In einer Arbeit aus dem Jahre 1900 mit dem Titel „Der Sozialismus und die Kolonialfrage“ hatte Bernstein auf den Nutzen des Kolonialismus verwiesen und argumentiert, dass, wenn alle anderen Bedingungen gleich seien, die am „höchsten entwickelte Kultur“ die Verantwortung und das historische Recht habe, die rückständigste zu unterdrücken.¹⁵

14 Ebenda S.136.

15 Eduard Bernstein: Der Sozialismus und die Kolonialfrage, in: Sozialistische Monatshefte, 1900, 4 (September), S.549-562, hier S.560. Als Teil der revisionistischen Kontroverse und unter Beibehaltung eines starken eurozentrischen Blicks kritisierte Karl Kautsky Bernsteins Vorschläge und betonte, dass Kolonialpolitik keine Entwicklung im historischen Fortschritt zeigt, sondern dass vorkapitalistische Sektoren wie z. B. Junker, Bürokraten und Militärs vorherrschten (Siehe Karl Kautsky: Ältere und neuere Kolonialpolitik, in: Die Neue Zeit, 16 (1898) 1, S.769-781, 801-816). Interessanterweise teilte Justo die meisten Vorschläge Bernsteins, betonte bei seiner Interpretation des Ersten Weltkrieges jedoch, wie wir sehen werden, die Idee, dass Militarismus prämoderne Elemente ausdrückt. Siehe auch Roger Fletcher: A Revisionist Looks at Imperialism: Eduard Bernstein's Critique of Imperialism and Kolonialpolitik, 1900-14, in: Central European History, 12 (1979) 3, S.237-

Kurz gesagt, Justo behauptete in seiner Geschichtsphilosophie – die in diesem Punkt mit Bernsteins evolutionistischen Theorien übereinstimmt –, dass die Anwendung von Gewalt gerechtfertigt werden könnte in Fällen, wo sie dazu beitrage, die Weiterentwicklung der zivilisierten Welt zu beschleunigen. Jedoch habe der historische Fortschritt Kriege zu einem immer weniger notwendigen Phänomen gemacht. Damit Kriege aber vollständig verschwänden, sei es von größter Wichtigkeit, dass „die Menschen Seite an Seite den Weg der Geschichte beschreiten“. Aus seiner Perspektive war Krieg das Resultat der ungleichen Geschwindigkeit verschiedener Gesellschaften bezüglich Fortschritt und Evolution.

Wie reagierte die Führung der argentinischen Sozialistischen Partei auf den Ausbruch des Krieges, der ihren gesamten, in mehr als einem Jahrzehnt entwickelten Interpretationsrahmen infrage stellte?

Juan B. Justo und der Erste Weltkrieg. Von unbequemer Neutralität hin zu einem „Internationalismus des freien Handels“ (1914/15)

Am 2. August 1914 veröffentlichte „La Vanguardia“ einen langen, unsignierten Leitartikel, der mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit von Juan B. Justo stammte. Dieser kann als erster Versuch betrachtet werden, den gerade begonnenen Krieg zu verstehen, zumal er fast die gesamte Argumentation enthielt, die Justo in seiner Beschreibung des Großen Krieges entwickeln würde.¹⁶ Der Krieg, so Justo, sei eine große Tragödie, die „für Monate oder Jahre“ die Arbeit von Millionen Menschen, aber auch die „Wirtschaftsbeziehungen zwischen benachbarten menschlichen Gemeinschaften“ sowie künstlerische und kulturelle Produktionen unterbrechen werde.

Ein solcher Schlag gegen den Fortschritt erforderte eine Erklärung. Justo sah dessen Ursachen weder in der Knappheit von Land noch in irgendeiner Art „biologischer Unverträglichkeit“ zwischen verschiedenen Völkern und nicht einmal in der Notwendigkeit, „neue Wege für den Handel zu eröffnen“. Der neue Krieg wies keines der Merkmale auf, die ihn als historisch-progressiv hätten „rechtfertigen“ können. Im Gegenteil, Justo schlussfolgerte, dass dieser „Krieg nicht erklärt werden kann als ein notwendiges Schicksal oder als ein Konflikt, der zu Fortschritt führt“.

Auch wenn Justo überzeugt war, dass die ökonomische Entwicklung vergangener Jahre die wichtigste Grundlage für andauernden Frieden bil-

271, sowie Nicholas Stargardt: *The German Idea of Militarism: Radical and Socialist Critics, 1866-1914*, Cambridge 1994.

16 Siehe [Juan B. Justo:] *La guerra*, in: *La Vanguardia*, 2.8.1914.

dete, so kam ihm nicht in den Sinn, dass die kapitalistische Entwicklung *an sich* zum Ausbruch des Krieges geführt haben könnte. Im Gegenteil, er sah den Krieg als Ergebnis *des Mangels an Entwicklung*, des Weiterbestehens archaischer Elemente, der ungleichen Evolution verschiedener Komponenten des sozialen Organismus, eines „unnötigen und vermeidbaren Zusammenstoßes von Völkern, die nichts zu gewinnen haben, wenn sie einander verwunden und verrohen“. „Archaische Regierungsformen, Eitelkeiten und Interessen von Dynastien und Kasten, die sich auf die Blindheit und die Spontaneität innerhalb großer menschlicher gesellschaftlicher Bewegungen verlassen“, hätten den Krieg verursacht. „Sie lassen die aufgeklärten Deutschen und die revolutionären Russen – und zu unser aller Befürchtung auch die intelligenten Franzosen – angesichts der Manipulationen von Außenministern und Fürsten als sanftmütig und fügsam erscheinen, als bloße Untertanen angesichts der monströsen Gier ihrer bösen Hirten nach Macht.“¹⁷

Ende August bestand Juan B. Justo in einem unsignierten Leitartikel noch einmal darauf, zwischen alten Kriegen, die historisch notwendig waren, und dem gerade begonnenen zu unterscheiden, der unverständlich sei angesichts des Fortschritts, den die Menschheit gemacht zu haben schien: „Zwischen barbarischen und primitiven Gesellschaften war Krieg eine Notwendigkeit, er war der Urinstinkt, der die Geschichte inspirierte, er wurde vom Leben selbst auferlegt, er war ein blutiger Kampf um die Existenz, war ein unbewusster Faktor der biologischen Selektion, er war in sich selbst tätige Natur. Könnte das auch zutreffen auf Völker, bei denen Wirtschaft und Technik, Kunst und Wissenschaft den Menschen ein höheres und edleres Lebensniveau bescheren? Nein, es ist nicht dasselbe. Innerhalb des breiten sozialen Bereiches, in dem Menschen und Dinge einander mit jedem Tag näher kommen, in dem wir die Ideen und Gefühle der anderen verstehen, ist Krieg eine Schande.“¹⁸

Auf der Grundlage dieses allgemeinen Verständnisses vom historischen Platz des Großen Krieges begann Justo von Ende 1914 an, zuerst zaghaft, später dann energischer, die Wurzeln des Konfliktes und die Verantwortung für diesen differenziert zu beurteilen. Wenn Krieg das Resultat noch vorhandener archaischer Elemente in Europa und im Besonderen des dynastischen Hasses der weniger demokratischen politischen Regimes war, dann fiel es leicht, den deutschen Imperialismus und Militarismus als den

17 Ebenda.

18 El gran crimen, in: La Vanguardia, 31.8.1914.

Hauptschuldigen zu sehen. Hier verwendete Justo Argumente, die denen von Karl Kautsky und jener deutschen Sozialdemokraten ähnelten, welche eine kritische Haltung zum Krieg einnahmen und dem deutschen Kaiser die Schuld daran gaben.¹⁹

Mitte Oktober 1914 veröffentlichte „La Vanguardia“ einen langen Artikel von Augusto Bunge, der Deutschland in einem günstigen Licht dastehen ließ. Bunge war ein Intellektueller, der der Partei nahestand und erst kürzlich aus Europa zurückgekehrt war.²⁰ Am nächsten Tag unterstrich ein Leitartikel den Unterschied zwischen Bunges Position und dem der Zeitung und erklärte, es sei nicht angebracht, das militärische Engagement der Mittelmächte mit dem der Alliierten gleichzusetzen, deren Kriegseintritt als defensiv betrachtet wurde: „Wenn sich die Welt gegen Deutschland oder besser gesagt gegen den deutschen Imperialismus wendet, dann tut sie das, weil dieser die Welt für sich selbst wollte. Und die defensive Reaktion gab es nicht, außer angesichts einer realen Gefahr, als deutsche Waffen von 42 cm bewiesen, dass ein zivilisiertes Land sich auch hervortun kann bei der Pflege von Barbarei, Zerstörung und Tod. [...] Obwohl wir es nicht für angemessen halten, Stärken und Schwächen der französischen Demokratie mit der von Deutschland zu vergleichen, so genügt es zu sagen, dass nur ein Regime, wo ein Angestellter des Kaisers (denn nichts anderes ist der Kanzler des Deutschen Reiches) das Parlament verhöhnen darf und die irrsinnige Konstruktion des gegenwärtigen Krieges zulassen konnte, der im Namen eines Volkes begann, das diesen nicht brauchte, um groß zu sein.“²¹

Weniger als zehn Tage später verstärkte ein weiterer Leitartikel die Kritik an Deutschland und an dessen Verantwortung für den Krieg. Gleichzeitig positionierte er sich, allerdings noch nicht offen, dahingehend, dass Argentiniens Sozialisten einen Sieg der Alliierten begrüßen würden: „Da der Krieg nun einmal stattfindet, kann uns dessen Ausgang nicht gleichgültig sein. Wir glauben auch nicht, dass die Welt mit dem Sieg des einen oder anderen Kriegsteilnehmers noch dieselbe sein wird [...]. Wir wollen den Sieg, der uns weniger bedroht, der weitere Kriege sicherer verhindern wird. [...] Der Sieg der Staaten, die den Militarismus gebracht haben und wo der Sozialismus, trotz seiner Stär-

19 Siehe Karl Kautsky: *The Guilt of William Hohenzollern*, London 1920, <http://www.archive.org/details/guiltofwilliamho00kautiala>.

20 Siehe [Augusto] Bunge: *El significado de la guerra*, in: *La Vanguardia*, 14.-15.10.1914.

21 *El tema inagotable de la guerra*, in: *La Vanguardia*, 16.10.1914.

ke und machtvoller Organisationen, weniger politischen Einfluss hat, muss uns als sehr gefährlich erscheinen.“²²

Erst gegen Ende des Artikels erwähnte der Autor explizit Deutschland: Mit „dem Triumph des deutschen Imperialismus“, schrieb er, werde das Wettrüsten weiter angeheizt werden, denn es könne weder „der Versuchung, die Unterwerfung der am Tag zuvor besiegten Völker zu vollenden“, widerstehen noch „an Härte gegenüber den Feinden im eigenen Land, d. h. der Sozialdemokratie, nachgeben“. Der Artikel machte deutlich, dass man den deutschen Imperialismus deshalb besiegt sehen wollte, weil die deutsche Sozialdemokratie „den besten Beitrag für Frieden und soziale Gerechtigkeit“ leisten würde.²³

Gegen Ende des Jahres 1914 bezog „La Vanguardia“ klar Position für die Alliierten und gegen die Mittelmächte. Diese „Bewegung“ wurde erreicht, indem ein Argument immer öfter wiederholt wurde: die Verteidigung des freien Handels Argentinien.²⁴ Artikel, die bereits im Dezember 1914 veröffentlicht wurden, führten schon viele der Argumente an, welche Justo 1917 verwendete, als er den Abbruch der Beziehungen zu Deutschland verteidigte. „Der europäische Krieg ist nicht nur ein gefühlsmäßiges Problem für uns. Er hat starke Auswirkungen auf unsere Handelsbeziehungen, beschränkt den Markt für den Verkauf argentinischer Produkte und grenzt die Zahl der Orte ein, die uns mit benötigten Importgütern versorgen können. Und nicht weniger schwerwiegend ist, dass er es schwierig macht, Getreide, Fleisch und Wolle aus diesem Land in andere Länder zu transportieren, die neutral sind oder sich im Krieg befinden und Hilfe brauchen. Deutsche Kriegsschiffe sind im Grunde genom-

22 La guerra, in: La Vanguardia, 25.10.1914.

23 Ebenda.

24 Freier Handel wurde traditionell von der internationalen Sozialdemokratie als Möglichkeit betrachtet, Reallöhne gegen protektionistische Maßnahmen zu verteidigen, die zu höheren Nahrungsmittelpreisen führten. Man sollte jedoch beachten, dass im 20. Jahrhundert eine Spaltung innerhalb des revisionistischen Lagers erfolgte, als Autoren wie Richard Calwer, Karl Leuthner, Max Schippel, Gerhard Hildebrand, Ludwig Quessel und andere an den „Sozialistischen Monatsheften“ Mitwirkende begannen, den Protektionismus und antibritische Standpunkte zu verteidigen und so gegen Eduard Bernstein opponierten, der ein Unterstützer des freien Handels blieb. Im Verlaufe des Krieges näherten sich die Positionen von Bernstein und Kautsky an, als beide den freien Handel verteidigten und sich gegen Militarismus und deutschen Expansionismus aussprachen. Einige Revolutionäre verteidigten auch den freien Handel wie z. B. Alexander Parvus (eigentlich Helphand – die Red.) Siehe Parvus: Die Kolonialpolitik und der Zusammenbruch, Leipzig 1907 (russische Ausgabe: Kolonial'naja politika i krušenie kapitalističeskogo stroja, St. Petersburg 1907).

men Piratenschiffe, stationiert in der Nähe unserer Schifffahrtswege mit der Absicht, die Fracht auf dem Weg in dieses Land hinein oder aus diesem heraus zu stehlen oder zu zerstören.“²⁵

Patricio Geli und Leticia Prislei wiesen darauf hin, dass die kritischen Ereignisse in der Mitte der 1910er-Jahre – das heißt, die Machtübernahme durch die Radikalen in Argentinien 1916 und der Ausbruch des Ersten Weltkrieges zwei Jahre zuvor – bei Justo eine anfängliche Bestürzung auslösten, die sich schnell „legte, als er sie mithilfe seiner schon vorher existierenden Vorstellungen interpretierte“.²⁶ Das wird klar bei seinem Ansatz zur Frage des Krieges. Nach 1915 wurde er nicht nur kompromissloser in seiner Unterstützung für die Alliierten, sondern er überprüfte auch den neuen internationalen Kontext im Rahmen seiner alten Sichtweise. Denn wenn Krieg nicht ein Resultat interner Entwicklungen des modernen Kapitalismus, sondern auf archaische Überreste zurückzuführen war, dann sollten Sozialisten eine Strategie herausbilden, welche eine allmähliche Entwicklung westlicher Modernität förderte. „Wenn der Frieden zurückkehrt, sollten zwei alte bürgerliche Wahrheiten wieder geltend gemacht werden, die etwas in Vergessenheit geraten sind und deren Wert nicht ganz gewürdigt wird: freier Handel und die republikanische Form der Regierung, das heißt eine parlamentarische Republik, in der wichtige Entscheidungen, von denen Frieden und Wohlstand der Völker abhängen, nicht von einzelnen Personen getroffen werden. Wenn die Interessen der Menschen nicht durch die Launen oder den Stolz derer mit ‚göttlichen‘ Machtbefugnissen ignoriert werden können und wenn nur Freiheit und Gleichheit den Handel und die Arbeit in allen Ländern schützen können, dann werden die Hauptursachen des Krieges verschwinden und Frieden wird fest etabliert bleiben.“²⁷

Nachdem Italien in den Krieg eingetreten war, unterstrich Justo Mitte Mai 1915, selbst wenn dies eine Ausweitung der Feindseligkeiten und einen größeren Konflikt bedeute, „können wir den Moment jedoch nicht verfluchen“. Aus seiner Perspektive könnte die Intervention Italiens dazu beitragen, die Dauer des Krieges „zu verkürzen“ oder zu einer „generellen und permanenten Lösung“ führen. Interessanterweise begann Justo, ohne offiziell seine formale Position der Neutralität aufzugeben, Argentiniens Eintritt in den Krieg aufseiten der Alliierten als einen positiven

25 [Juan B. Justo:] *La neutralidad argentina debe ser vigilante y consciente*, in: *La Vanguardia*, 6.12.1914.

26 Geli/Prislei, *Una estrategia socialista*, S.35.

27 [Juan B. Justo:] *Los nuevos problemas que plantea la guerra*, *La Vanguardia*, 5.3.1915.

Schritt zu untersuchen. „Möglicherweise hielten es die Italiener in diesem internen Kampf, der Europa in Stücke reißt, für nötig, auch dem Aufruf zum Kampf Folge zu leisten. Vielleicht haben sie im Kampf einen Kompromiss zwischen den großartigen Prinzipien der Menschlichkeit und der Politik gesehen und nicht bloß die Überlegenheit bestimmter Landesteile. Vielleicht hoffen sie zu ihrer eigenen Gesundheit und einem besseren Leben beizutragen, indem sie ihren jetzigen Seelenfrieden opfern für den Triumph von Frieden und Solidarität unter den Völkern Europas. Wir hoffen inbrünstig auf einen Triumph der Italiener, falls das die Gründe dafür sind, die sie in den Krieg geführt haben!“²⁸

Ein paar Tage später hielt es „La Vanguardia“ für an der Zeit, ihre Ansichten zur Debatte, die die italienischen Sozialisten spaltete, deutlich zu machen, und untermauerte die im vorhergegangenen Artikel eingenommene Position. „A priori‘ und in Friedenszeiten wird Krieg von uns immer verurteilt. Wir wissen, dass das Proletariat daraus keinen Nutzen zieht. [...] Wenn ein Krieg erst einmal stattfindet – ein Krieg, von dem Sozialisten trotz ihrer politischen Macht nicht wussten, wie sie ihn verhindern sollten oder nicht in der Lage dazu waren –, verändern sich die Dinge. In Kriegszeiten fühlt oder denkt man anders als in Friedenszeiten. [...] In Italien hat das zu überschäumenden Temperamentsausbrüchen und Tumulten geführt, was unterschiedliche Meinungen unter den Sozialisten zur Folge hatte. [...] Nun, angesichts der Intervention Italiens nach zehn Monaten schrecklicher Gefechte, die Europa verwüsteten, werden wir ihn verurteilen? [...] Der jetzige Krieg wird zwangsläufig enden und unser Ziel sollte nicht so sehr darin bestehen, ihn zu beenden, sondern ihn gut zu beenden.“²⁹

Mitte Juli 1915 kritisierte ein Artikel Justos die europäischen Sozialisten, weil sie „im Moment scheinbar nicht in der Lage sind, die Zukunft des Konfliktes vorherzusehen“. Er warf den französischen Sozialisten vor, sie würden „für Demokratie eintreten, um dynastische Kriege zu vermeiden“, und das Problem auf ein rein politisches reduzieren. Sie sprächen nicht die dem Konflikt zugrunde liegenden Ursachen an, dies sollte aber getan werden, um einen dauerhaften Frieden, das heißt Handelsbeziehungen zwischen den Staaten, zu gewährleisten. Ein Jahr nach Ausbruch des Krieges gab Justo eine Erklärung der Ursachen, die voll in seine Analysen vor dem Konflikt passt: Protektionismus hätte zum Krieg

28 [Juan B. Justo:] La lucha eterna, La Vanguardia, 21.5.1915.

29 [Juan B. Justo:] Enseñanzas de la guerra, La Vanguardia 25.5.1915.

geführt und folglich sollte jegliche Art des Wiederaufbaus in der Nachkriegsperiode auf freiem Handel basieren. „Selbst wenn als Ergebnis des Krieges alle europäischen Nationen Republiken würden, so wäre dieser politische Wechsel nicht ausreichend, um Frieden zwischen ihnen zu konsolidieren. [...] Der gegenwärtige schreckliche Krieg ist eine Folge bevölkerungsreicher Nationen, eingesperrt in kleine, angrenzende Gebiete mit modernen industriellen Arsenalen und einer Wirtschaftsstruktur, die so komplex ist, dass jede Nation gedacht hatte, es sei unerlässlich, die Welt auf der Suche nach Märkten zu bereisen. Es sind Nationen, welche es vorzogen, sich voneinander abzukapseln und die Handelsbeziehungen durch barbarische und absurde Gesetze auf ein Minimum zu reduzieren. [...] Es wird keinen Frieden in Europa geben, bevor nicht freie Handelsbeziehungen verbreitet und konsolidiert sind, bis hin zu einem Binnenmarkt, der den ganzen Kontinent umfasst.“³⁰

Protektionismus, früher als Hindernis und als Folge der mangelnden Entwicklung verstanden, wurde so als Ursache des Konfliktes gesehen. Um ihn zu überwinden, befürwortete Justo den freien Handel. Doch er bemerkte nicht, dass Protektionismus nicht im Widerspruch zur sich verstärkenden Konkurrenz unter den Handelsrivalen in der entwickelten Welt stand, sondern vielmehr eine Konsequenz daraus war. Justo betrachtete als Überrest der Vergangenheit, was in Wirklichkeit neu war, und klammerte sich mehr als zuvor an seine alte Interpretation, selbst als die Lichter des „langen 19. Jahrhunderts“, das seine Zeit gewesen war, schon ausgegangen waren.

Schlussfolgerung

Wie Javier Franzé bemerkte, war in Justos Vorstellung die soziale Transformation „ein sich entwickelnder und fortschrittlicher Prozess“. Das bedeutete nichts weniger als „den Ersatz des negativ-dialektischen Gedankengutes bei Marx durch ein positivistisches kausales Modell, in welchem von keinem Element mehr abgeleitet werden kann, als dasselbe enthält – niemals das Gegenteil“.³¹ Diese positivistische Komponente der Ideen Justos hilft uns, seine Position zum Großen Krieg zu verstehen: Da er die widersprüchliche und entfremdete (d. h. fetischisierte) Komponente der kapitalistischen Entwicklung ignorierte, verstand er die marxisti-

30 [Juan B. Justo:] Las bases de la paz internacional, La Vanguardia, 17.7.1915.

31 Zit. nach: Javier Franzé: El concepto de política en Juan B. Justo, Buenos Aires 1993, S.79.

sche Vorstellung nicht, dass dieselben dynamischen Kräfte des Kapitalismus, die den „Fortschritt“ fördern, auch die Saat seiner Zerstörung in sich tragen. „Marx und Engels“, argumentierte Justo, „behaupteten, dass der Kapitalismus eine notwendige Folge des wachsenden Elends, der Unterdrückung, Knechtschaft, Erniedrigung der Arbeiterklasse war, die deshalb zu solch einer großen historischen Mission bestimmt war. Dieser Widerspruch zwang sie auf Winkelzüge aus der Metaphysik zurückzugreifen, um die von ihnen vorausgesagte soziale Revolution zu erklären und zum Beispiel zu sagen, dass die Gesellschaft transformiert werden wird von ihrer eigenen, inneren und unvermeidlichen Dialektik oder durch die ‚Negation der Negation‘. Arbeitern und der Wissenschaft sagen diese Formeln nichts. Ich selbst habe sie niemals verstanden und habe in eine andere Richtung geschaut, um die Erklärung zu finden, die sie mir nicht gaben [...] Die Bourgeoisie war nicht erfolgreich, weil sie die unterdrückte Klasse war, sondern, weil sie in der englischen und in der französischen Nation die stärkere, gewitztere und ökonomisch leistungsfähigere Klasse war. Das ist die Situation der Arbeiterklasse heute - aber eben nicht, weil sie unter dem reifenden Kapitalismus katastrophal unterdrückt wird, sondern, weil sie nun die revolutionäre Entwicklung vorantreibt.“³²

Solange Justo die Idee ablehnte, dass dieselben Gesetzmäßigkeiten, die zur Entwicklung des Kapitalismus führten, auch seinen Zusammenbruch bewirken würden, konnte er innerhalb der Dynamik des Kapitalismus nicht die widersprüchlichen Trends erkennen, die das soziale System, welches vorher „Frieden“ gesichert hatte, in den Krieg geführt hatten. Die Artikel, die in den Wochen unmittelbar nach Kriegsausbruch in „La Vanguardia“ erschienen, zeigen in erster Linie Unverständnis angesichts einer Katastrophe, die im Rahmen der in den Jahren zuvor entwickelten Interpretation nicht zu verstehen war.

Im Laufe der Monate nahm Justo eine intellektuelle Operation vor, um den Krieg innerhalb der Prinzipien seiner vorherigen Weltsicht zu verstehen – eine Sicht, die auf den Überzeugungen von „Liberalen und Evolutionisten“ aus einer verschwindenden historischen Periode basierte. Indem er den Kriegsausbruch auf das Weiterbestehen von Protektionismus und eine ungenügende Entwicklung des freien Handels zurückführte, bewegte sich seine Interpretation von einer ersten Annäherung, die die Kriegursachen im Primat „archaischer Regierungsformen, Eitelkeiten und dynastischen Interessen und Kasten“ fand, hin zu einer, die völlig in seine frü-

32 [Juan B.] Justo: Cooperación obrera, zit. nach: Franzé, El concepto, S.78.

heren Interpretationen passte. In beiden Fällen ist die Interpretation jedoch in dem kognitiven Rahmen seiner Geschichtsphilosophie platziert: Es sind der Mangel an Entwicklung, der ungleiche „Fortschritt“ der verschiedenen Nationen oder das Überleben archaischer Elemente, die zum Krieg führen. Justo zog niemals in Betracht, dass es möglicherweise nicht die „nicht vorhandene“, sondern die „exzessive“ Entwicklung gewesen ist, welche einen weltweiten Zustand von Barbarei und Tod hatte verursachen können.

Die Betonung des freien Handels erfolgte zudem zur selben Zeit, als die Schwierigkeiten des Handels Argentiniens offensichtlich wurden. Justos intellektuelle Operation erlaubte ihm so, sein Verständnis von Krieg in seine vorherige Weltsicht zu integrieren und gleichzeitig eine neutrale Position aufzugeben, bei der er sich immer unwohl gefühlt hatte und die sich gegen die Interessen der herrschenden Klasse Argentiniens zu richten begann. Dies ermöglichte es Justo intellektuell, die Führung der Sozialistischen Partei von der Konfusion zu befreien, die durch den Ausbruch des Krieges entstanden war, und eine Pro-Alliierten-Position zu erreichen, die nicht im Widerspruch stand zu den vorher eingenommenen neutralistischen Positionen. Die Kosten dieser Operation waren trotzdem sehr hoch. Sie führte zum größten Bruch, den die Sozialistische Partei jemals erlitt – zur Gründung der Kommunistischen Partei. Und sie war, was noch wichtiger ist, die Ursache dafür, dass die Partei in die mit dem Weltkrieg und der Revolution in Russland begonnene neue historische Periode mit demselben konzeptionellen Ballast eintrat, der für eine Ära entwickelt worden war, die gerade für immer beendet war.

Aus dem Englischen von Rosemarie Eichler

Die Antikriegsproteste der deutschen Arbeiter am Vorabend des Ersten Weltkrieges und ihre Entwaffnung durch die SPD-Führung

Jörn Wegner

„Augusterlebnis“ und der „Geist von 1914“ sind Begriffe, die das Geschichtsbild vom Ausbruch des Ersten Weltkrieges bis in die Gegenwart prägen: Massenhaft habe patriotische Begeisterung die Bevölkerung erfasst, vor allem in Deutschland. Soziale und ökonomische Grenzen hätten keine Rolle mehr gespielt, politische Ideologien seien bedeutungslos geworden, wenn es um das „Vaterland“ ging. Die wenigen erhaltenen Filmaufnahmen der Zeit scheinen dieses Bild zu bestätigen: Jubelnde Menschenmengen auf den Bahnhöfen des Reiches verabschieden sich siegesicher zeigende Soldaten, und ganze Bataillone marschieren blumengeschmückt aus den Städten hinaus. Statt Angst und Verzweiflung schien Freude, Abenteuerlust und der Optimismus vorzuherrschen, nach einem siegreichen Feldzug bis Weihnachten wieder zu Hause zu sein.

Neben einigen anderen hat im Jahre 2000 besonders umfassend Jeffrey Verhey dieses Bild korrigiert. Der US-amerikanische Historiker schrieb von der „Erfindung der Volksgemeinschaft“ und untersuchte die vermeintliche Kriegsbegeisterung im August 1914 auch im Hinblick auf Klassenzugehörigkeiten und ihre jeweiligen kulturellen Wirkmächtigkeiten. Verhey ging dabei am Anfang seiner Studie auf ein Problem ein, das bei der Beschäftigung mit dem Ausbruch des Krieges auftritt: die Quellenlage und deren die Entstehungsgeschichte. Bei den Dokumenten, die das Bild der Juli- und Augusttage von 1914 bis heute bestimmen, handelt es sich vorwiegend um Memoiren, deren Verfasser selbst von der nationalistisch-chauvinistischen Inszenierung der letzten Tage vor Ausbruch des Krieges geprägt waren. Zudem fehlen persönliche Aufzeichnungen – Briefe, Tagebücher, Notizen¹ – aus der Arbeiterschaft, einem weitgehend schriftlosen Milieu. Entsprechend schwierig ist es, eine Antwort auf die Frage nach den tatsächlichen Haltungen der Arbeiter zum Weltkrieg in den letzten Tagen vor dem 4. August 1914 zu finden, dem Tag der fol-

1 Siehe Jeffrey Verhey: Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft, Hamburg 2000, S.30.

genreichen Entscheidung der SPD-Fraktion im Reichstag, den Kriegskurs der Reichsregierung zu unterstützen.

Dass in Teilen Europas ein Krieg drohte und die Phase der relativen Sicherheit ein Ende hatte, war seit dem 25. Juli 1914 überdeutlich geworden. Diesen Eindruck erwecken zumindest Artikel in den zeitgenössischen sozialdemokratischen Zeitungen. In den Straßen der Städte versammelten sich Menschenmengen, die den Verkäufern die Extrablätter der Zeitungen aus den Händen rissen, um das Neueste von den Entwicklungen in der Julikrise zu erfahren. Am Abend des 25. Juli waren es, wie der „Vorwärts“ berichtete, Tausende, die in Berlin auf Nachrichten warteten und lebhaft Diskussionen führten: „Wenns losgeht in meiner Familie müssen 7 mit, und ich habe 4 kleine Kinder.“ Eine dumpfe Erbitterung, wie sie aus diesen Worten klang, durchzitterte am gestrigen Abend viele Tausende“;² beschrieb das SPD-Zentralorgan einen Passanten zitierend die Stimmung vieler Menschen in Berlin, gut eine Woche vor der Kriegserklärung Deutschlands.

Noch am selben Abend fanden sich aber schon Gruppen zusammen, die mit chauvinistischen, nationalistischen und antisozialistischen Parolen durch die Straßen marschierten. Der „Vorwärts“ berichtete aus Berlin von zehn Studenten, die zum Reichskanzlerpalais in der Wilhelmstraße gezogen waren und „Nieder mit den Sozis“ skandiert hatten.³ In diesen Tagen kam es vielerorts zu Übergriffen auf Kriegsgegner bzw. auf diejenigen, die dafür gehalten wurden. Besonders ausgeprägt war die nationalistische Stimmung in den Universitätsstädten.⁴ Sozialdemokratische Zeitungen beschrieben die chauvinistische Meute immer wieder als Studenten und Kleinbürger.

Die aufgeheizte Stimmung dokumentiert ein Zwischenfall in München: Im Café Fahrig, einem der größeren Kaffeehäuser der Stadt, verbot der Inhaber nach einer Schlägerei zwischen Serben und Deutschen seinen Gästen, weiterhin Lieder mit nationalistischen Inhalten zu singen, damit sein Lokal nicht weiteren Schaden nehmen würde. Kriegsbefürworter und Nationalisten interpretierten das Verbot allerdings dahingehend, dass der Wirt selbst Serbe sei. Das reichte aus, dass dieser selbst Opfer der Schläger wurde.⁵ Wer sich solchen Gewaltausbrüchen entziehen wollte, blieb zu

2 Vorwärts, 26.7.1914.

3 Ebenda.

4 Siehe Roger Chickering: *Imperial Germany And The Great War 1914-1918*, Cambridge 2004, S.13.

5 Siehe Vorwärts, 28.7.1914.

Hause, war dort allerdings auch von den neuesten Informationen abgeschnitten. Um nationalistischen Exzessen zu entgehen, blieb daher vielen nichts anderes übrig, keinen Verdacht aufkommen zu lassen, sie würden auch nur leiseste Sympathien für Serbien, Russland und zunehmend auch Großbritannien oder Frankreich hegen.

Antikriegsproteste am Vorabend des Weltkriegs

Die Sozialdemokratie versuchte, solchen Erscheinungen mit Protesten gegen den drohenden Krieg entgegenzutreten. Am und um den 28. Juli herum organisierten die meisten sozialdemokratischen und Arbeiterparteien Europas Demonstrationen und Versammlungen. Sie waren die Konsequenz aus dem Beschluss des Baseler Kongresses der Internationale, im Fall eines drohenden Krieges „alles aufzubieten“, um den Krieg zu verhindern. In Deutschland waren für den 28. Juli 1914 reichsweit Versammlungen angekündigt, für die in Extraausgaben der sozialdemokratischen Zeitungen, auf öffentlichen Plakaten, in Gewerkschaftsorganen oder mit Flugblättern geworben wurde. Allein in Berlin waren für den Aktionstag 27 Kundgebungen geplant. Die Aktivitäten der SPD riefen sofort die politische Rechte auf den Plan, die nach Verboten der Veranstaltungen verlangte – oft erfolgreich.⁶ Auch die Gewerkschaften, die Tage später die ersten sein sollten, die in das Burgfriedensbündnis einstiegen, beteiligten sich an den Manifestationen für den Frieden. Auf dem Leipziger Gewerkschaftsfest Ende Juli versammelten sich nach Angaben der Veranstalter 37.000 Menschen, um gegen den Krieg zu protestieren. Sie sangen den Sozialistenmarsch und bekundeten die weit verbreitete Sorge, dass im Kriegsfall Armut und Arbeitslosigkeit noch steigen werden.⁷ Der Holzarbeiterverband, der gerade einen Arbeitskampf auszufechten hatte, verschob kurzfristig seine für den 28. Juli angesetzte Streikversammlung, um den Arbeitern die Teilnahme an den Friedenskundgebungen zu ermöglichen.⁸

Ebenso kurzfristig und entschlossen reagierte die Staatsmacht in vielen Städten, vor allem in Berlin. Dort verbot Polizeipräsident Traugott von Jagow kurzerhand sämtliche angekündigten und spontanen Demonstrationen. Er untersagte nicht nur die sozialdemokratischen Veranstaltungen, sondern auch die chauvinistischen Märsche in der Innenstadt. Zuvor allerdings war die preußische Polizei in der Hauptstadt vor allem dadurch

6 Siehe ebenda.

7 Siehe ebenda, 27.7.1914.

8 Siehe Mitteilung der Gewerkschaft, in: Vorwärts, 28.7.1914.

aufgefallen, dass sie den kriegsbegeisterten Mob hatte gewähren lassen. Trotz der Verbote herrschte am 28. Juli in Berlin keine Ruhe. Im Gegenteil sorgten die vielen Proteste gegen den Krieg, die sich ihren Weg durch die Stadt bahnten, für einen Ausnahmezustand.

Bereits ab 8 Uhr morgens besetzte die Polizei die Innenstadt und riegelte sie weiträumig ab. Sie ging davon aus, dass die Arbeiter aus den Vororten und den mit Ausnahme des Westens ringförmig um die Innenstadt angeordneten Arbeitervierteln sternförmig in Richtung Brandenburger Tor, Wilhelmstraße und Unter den Linden strömen würden. Demonstrierende Arbeiter trafen am 28. Juli auf das vom grassierenden Chauvinismus aufgestachelte Kleinbürgertum. Aufgehetzte Nationalisten und Kriegsbefürworter griffen die Arbeiter an, sodass die Polizei an vielen Orten in der Stadt beide Seiten voneinander trennen musste.⁹ Ein Polizeibericht beschreibt, dass es den Arbeitern immer wieder gelang, in die Innenstadt vorzudringen, wo sie sich unter Spaziergänger mischten und ständig neue spontane Demonstrationen bildeten. Demonstranten waren vorrangig diejenigen, die keinen Einlass mehr in die Säle der zahlreichen sozialdemokratischen Protestversammlungen gefunden hatten. Die „Internationale“ und andere Arbeiterlieder erklangen auf der Prachtstraße Unter den Linden, immer wieder beantwortet durch nationalistische Gesänge von Gegendemonstranten.¹⁰ Die „Wacht am Rhein“, die Preußenhymne „Heil Dir im Siegerkranz“ und auch „Deutschland, über alles“¹¹ stießen auf den gesungenen Internationalismus der Arbeiter, wobei die preußische Polizei sichtbar befriedigt feststellte, dass die kriegsbegeisterten Töne lauter waren als jene der Arbeiter.¹² Obwohl jegliche Demonstrationen formal verboten waren, gewährten Polizeipräsident Jagow und die preußische Polizei der Minderheit der Chauvinisten einen öffentlichen Raum, der keineswegs ihrer tatsächlichen Bedeutung entsprach. Auf diese Weise sorgten die staatlichen Repressionsorgane dafür, dass sich vor den Objekten der Fotografen und Kameralente nicht die wütenden Arbeiter aus Friedrichshain, Prenzlauer Berg, Neukölln, Kreuzberg und Wedding aufhielten, sondern Studenten und Kleinbürger aus den Villenvierteln des Westens und den Neubausiedlungen in den Randbezirken.

9 Siehe ebenda, 29.7.1914.

10 Polizeibericht vom 28. Juli 1914, Landesarchiv Berlin (LAB), A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 15805, Bl. 176.

11 Zur Bedeutung siehe z. B. Theodor Schieder: Das Deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat, Göttingen 1992, S.84.

12 Polizeibericht vom 28. Juli 1914, Bl. 72, 76.

Die Polizei verzeichnete am 28. Juli Demonstrationen im gesamten Berliner Stadtgebiet – von jeweils einigen hundert bis über 1.000 Teilnehmern – und hatte große Mühe, der unübersichtlichen Lage Herr zu werden. An vielen Orten fehlte ihr das Personal, um die Demonstrationen zu unterbinden oder gar aufzulösen.¹³ Die starke Polizeirepression widersprach wie schon zuvor das Demonstrationsverbot Zusagen aus dem preußischen Innenministerium, war doch bei einem Treffen zwischen Hugo Haase und Otto Braun seitens der SPD sowie Regierungsvertretern am 26. Juli versprochen worden, die sozialdemokratischen Proteste nicht zu behindern.¹⁴ Dies sollte ein Zeichen einer sich anbahnenden Kooperation sein, schließlich hatte die SPD beteuert, ihre Demonstrationen und Versammlungen im Rahmen zu halten.

Das allgemeine Chaos am 28. Juli auf den Straßen Berlins war auch darauf zurückzuführen, dass die Säle der Protestversammlungen oft überfüllt waren und dass es vorher und nachher bei vielen Menschen ein großes Bedürfnis gab, ihre Gegnerschaft zum Krieg nach draußen zu tragen. Straßendemonstrationen waren für die damalige Protestkultur ungewöhnlich und passten kaum in das Konzept der disziplinierten „Arbeiterheer“ der SPD, die auf Konfrontationen mit der Polizei verzichteten. Die sozialdemokratischen Vorstellungen von Demonstrationen waren Teil des in den SPD-Medien allgegenwärtigen Diskurses, der klassenübergreifend Unordnung, Zügellosigkeit und Chaos verurteilte.¹⁵ Demgegenüber galt es als Zeichen der sittlich-moralischen Überlegenheit des Proletariats, Ordnung und Disziplin zu wahren. Bei den vielen spontanen Friedensdemonstrationen im Juli und August 1914 kündigten die Demonstranten „ihrer“ Partei dieses Konzept einfach auf.

Für den 28. Juli 1914 gab die Polizei hinsichtlich der Saalveranstaltungen in Groß-Berlin, zu dem auch viele Städte und Gemeinden des Umlandes gehörten, eine offizielle Zahl von 27.400 Teilnehmern an.¹⁶ Diese Zahl war für die damaligen baulich begrenzten Möglichkeiten vergleichsweise hoch, folgt man aber den Zahlen, die etwa der „Vorwärts“ veröffentlichte, so dürften es noch einige mehr gewesen sein. Im „Volks- haus“ in Charlottenburg kamen nach diesen Angaben 5.000 Menschen

13 Ebenda., Bl. 121, 124.

14 Siehe z. B. Willibald Gutsche: *Der gewollte Krieg. Der deutsche Imperialismus und der 1. Weltkrieg*, Köln 1984, S.115.

15 Siehe Thomas Lindenberger: *Straßenpolitik. Zur Sozialgeschichte der öffentlichen Ordnung in Berlin 1900-1914*, Bonn 1995, S.398.

16 Polizeibericht vom 29. Juli 1914, LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 15805, Bl. 164.

zusammen, nach Ende der Versammlung waren sogar 10.000 Personen vor Ort, welche versuchten, eine Straßendemonstration durchzuführen. Dies wurde allerdings von der Polizei unterbunden, die mit großer Brutalität und dem Einsatz von Säbeln gegen die Protestierenden vorging. Nach einer Versammlung in Neukölln sollen es Zehntausende gewesen sein, die einen Demonstrationzug formierten. In Steglitz fanden sich 4.000 Menschen zu einer Versammlung und anschließenden Demonstration ein, unter ihnen Angehörige des Bürgertums. Auch hier ging die Polizei mit großer Gewalt vor, blockierte die Straßen und nahm zahlreiche Verhaftungen vor. In Pankow, vom SPD-Zentralorgan als „bürgerlich durchsetzter Vorort“ beschrieben, war das recht große Lokal „Zum Kurfürsten“ mit Menschen überfüllt, zusätzlich wurde der Garten geöffnet. Ähnlich berichtete der „Vorwärts“ aus Treptow von über 1.000 Menschen in einem überfüllten Saal, aus Köpenick von 6.000 im überfüllten Stadttheater oder aus Spandau, wo sich 2.000 Menschen versammelten. In Oberschöneweide hätten die 4.000 Menschen im Saal nur den kleineren Teil derjenigen ausgemacht, die eigentlich an der Versammlung teilnehmen wollten und entsprechend vor der Tür warteten. Selbst im dörflichen Eichwalde-Schmöckwitz, fernab der Arbeiterviertel, fanden sich noch 500 Personen zu einer Versammlung ein.¹⁷ Wenn man diesen Zahlen auch nur vorsichtigen Glauben schenkt, so dürften sich allein in den Sälen im Umkreis der Berliner Innenstadt mehr als 50.000 Menschen versammelt haben. Gemeinsam mit der deutlich größeren Menge, die sich an den zahlreichen spontanen Versammlungen und Demonstrationen auf der Straße beteiligte, lässt sich eine sechsstellige Teilnehmerzahl allein für Demonstrationen und Versammlungen in Berlin und Umgebung abschätzen, die kaum den Eindruck einer übergroßen Kriegsbegeisterung bestätigt.

Unweigerlich stellt sich die Frage, was es wohl für die Inszenierung des „Augusterlebnisses“ und für das Geschichtsbild des August 1914 bedeutet hätte, wären die Veranstaltungen und Demonstrationen in der Berliner Innenstadt nicht verboten worden. Nicht unwahrscheinlich, dass noch einmal einige zeh-, vielleicht hunderttausend Menschen mehr mobilisiert worden wären. So blieb der legale Protest auf die damals noch eigenständigen Orte um Berlin herum beschränkt, während die spontanen Demonstrationen in der Berliner Innenstadt nur aufgrund der Überforderung der Polizei hingenommen wurden.

17 Alle Angaben nach: Vorwärts, 29.7.1914.

Aber nicht allein Berlin versetzte die Bewegung der Arbeiter gegen den Krieg in einen regelrechten Ausnahmezustand. Auch in anderen Städten des Reiches gab es große Demonstrationen. „Auf dem Altmarkte gröhlete nachts wieder eine Kolonne unreifer Burschen“, vermeldete zum Beispiel der „Vorwärts“ vom 28. Juli aus Dresden.¹⁸ Die damit gemeinten kriegsbegeisterten Kleinbürger, über die in dieser Zeit in den sozialdemokratischen Medien regelmäßig Häme und Spott ausgegossen wurden, waren die Nachhut eines großen Protesttages in der sächsischen Großstadt. Zehn Versammlungen hatte die SPD in Dresden gegen den Krieg organisiert, zu denen insgesamt 35.000 Menschen geströmt waren, so das Zentralorgan. Die Meldungen von überfüllten Sälen und vom teilweise eingestellten Straßenbahnverkehr deuten darauf hin, dass sich in den Straßen, ähnlich wie in Berlin, sehr viel mehr Menschen aufhielten und die Stadt in eine Ausnahmesituation brachten.¹⁹ Im nahen Leipzig musste sich die Arbeiterbewegung im Vorfeld der Proteste ebenfalls mit Versammlungsverboten auseinandersetzen. Der Stadtrat untersagte kurzfristig die geplanten Friedenskundgebungen des 28. Juli, was zur Folge hatte, dass diese auf den 29. verlegt wurden. Die „Leipziger Volkszeitung“ schätzte die Gesamtzahl der Teilnehmer auf mindestens 50.000 und beschrieb wieder das schon aus anderen Orten bekannte Bild der überfüllten Säle, riesigen Massen und der daraus folgenden Verkehrsstörungen. Nach sozialdemokratischen Zahlenangaben waren also ähnlich wie in Dresden etwa zehn Prozent der Gesamtbevölkerung auf der Straße. In Leipzig fand zwar auch eine Gegenkundgebung von Kriegsbefürwortern statt, die aber laut „Leipziger Volkszeitung“ auf gerade 60 Teilnehmer kam.²⁰ Sachsen meldete darüber hinaus aus Zwickau, Reichenbach, Plauen und Meißen zahlreiche überfüllte Versammlungen.²¹

Aus Köln wurde berichtet, dass die Stadt noch nie eine so große Kundgebung erlebt habe. Spontan mussten Parallelversammlungen organisiert werden, da laut „Vorwärts“-Bericht der Andrang deutlich größer als die geplanten Räumlichkeiten gewesen sei. Trotz Repressionen der Polizei und zahlreicher Verhaftungen im Vorfeld, wollten nach der offiziellen Versammlung etwa 10.000 Menschen unangemeldet durch Köln ziehen. Die Polizei versuchte dies zu verhindern, schützte aber gleichzeitig eine kleinere Demonstration von kriegsbegeisterten „Hurraschreibern“, wie sie

18 Ebenda, 30.7.1914.

19 Zahlen nach: Vorwärts, 30.7.1914.

20 Siehe Leipziger Volkszeitung (LVZ), 28. und 30.7.1914; Vorwärts, 30.7.1914.

21 Siehe Vorwärts, 31.7.1914.

der „Vorwärts“ bezeichnete, die aber nach dessen Angabe gerade 1.000 Personen umfasste.²² Solche Ungleichbehandlungen waren also nicht nur in Berlin Teil der Strategie, um den Eindruck einer großen kriegsbegeisterten Masse zu erwecken.²³ Zudem wurde von Versammlungen in Bielefeld und Minden mit 7.000 bzw. 500 und in Barmen mit 6.000 Teilnehmern berichtet. Dort griff die Polizei nach der Versammlung die nach Elberfeld heimkehrenden Arbeiter unvermittelt an und setzte brutale Gewalt ein.²⁴

Weitere Zentren der Proteste waren Hamburg und Altona. Dort fanden insgesamt 19 Versammlungen statt, die ebenfalls alle überfüllt waren. Ein Zwischenfall wurde aus „Sagebiels Fährhaus“ vermeldet, das über 1.000 Plätze allein im Garten bot. Dort störten „nationalistische Handlungsgehilfen“ die Versammlung.²⁵ Die Umgebung Hamburgs, die norddeutschen Industrie- und vor allem Werftstädte, sahen noch eine Reihe weiterer großer Veranstaltungen. In Bremen fanden sieben Versammlungen mit insgesamt 10.000 Teilnehmern statt. Auf Teilnehmer einer Demonstration in die Innenstadt im Anschluss an die Versammlung prügelte die Polizei mit harter Gewalt ein, ließ aber gleichzeitig eine nationalistische Demonstration gewähren. Der damals junge linke Sozialdemokrat Wilhelm Eildermann erinnerte sich an überfüllte Versammlungen, an denen sowohl Arbeiter als auch Angehörige des Kleinbürgertums in „größter Erregung“ gegen die Kriegsgefahr protestierten und den Referenten ständig durch Zustimmungsrufe unterbrachen.²⁶ Der Werftarbeiter Sepp Miller war auf einer Saalveranstaltung in Bremen, auf der zum Bürgerkrieg aufgerufen wurde, sollte ein Krieg ausbrechen.²⁷ In Bremerhaven fanden sich 3.500 Personen auf einer Versammlung ein, wohlgemerkt in einer Stadt, die 1914 gerade einmal um 20.000 Einwohner zählte. Zudem wurde berichtet, dass Tausende umkehren mussten, da die Polizei die Zugänge zum Versammlungslokal abriegelt hatte. In Lübeck waren es immerhin noch 3.000 Teilnehmer, die zu einer Versammlung strömten. Weitere

22 Siehe Vorwärts, 30.7.1914.

23 Siehe auch Nicholas Stargardt: *The German Idea Of Militarism. Radical And Socialist Critics 1866-1914*, Cambridge 1994, S.142.

24 Siehe ebenda.

25 Ebenda. Gemeint sind Angehörige des kleinbürgerlichen, rassistischen und antisemitischen Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbands (DHV).

26 Memoiren Wilhelm Eildermann, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), SgY 30/0188/2, Bl. 393.

27 Memoiren Josef Miller, SAPMO-BArch, SgY 30/0640, Bl. 5.

größere Menschenmengen fanden sich mit 8.000 in einem überfüllten Saal in Braunschweig und in Jena im „Volkshaus“ mit 2.500 Menschen ein. In Nürnberg versammelten sich 2.000 Menschen im größten Saal der Stadt, zudem musste wegen des Andrangs eine Parallelveranstaltung organisiert werden. In Rüstringen, heute ein Teil von Wilhelmshaven, zählte man 3.000 Teilnehmer.²⁸ In Düsseldorf wurden zwölf allesamt überfüllte Versammlungen mit 15- bis 20.000 Menschen veranstaltet, und in Mannheim fanden sich mehr als 10.000 Menschen ein.²⁹ In Königsberg kamen trotz Verbotes 5.000 Menschen zusammen, Halle meldete drei Versammlungen mit 6.000 Teilnehmern, in Brandenburg an der Havel waren es 4.000, in München 5.000, in Görlitz 2.000 und in Kiel 6.000. Die Versammlungslokale sollen allerorts überfüllt gewesen sein. Darüber hinaus gab es Protestveranstaltungen in vielen anderen Städten, für die keine Zahlen vorliegen.³⁰ Bereits am 26. Juli kamen in Chemnitz 7.000 Menschen zu einer Versammlung auf dem Sportplatz Scheibe, und am selben Wochenende verabschiedete die SPD in Württemberg auf Antrag von Clara Zetkin eine eindeutige Resolution gegen den Krieg.³¹

Am 28. und 29. Juli 1914 fanden praktisch in jedem größeren Ort im gesamten Reich meist sehr gut besuchte Protestversammlungen statt. Als sicher und durch überlieferte Angaben zu den Teilnehmerzahlen einzelner Versammlungen nachgewiesen gelten Zahlen, wonach reichsweit mindestens eine dreiviertel Million Menschen beteiligt gewesen waren.³² Überschlägt man die möglichen Zahlen für die Orte, zu denen keine Angaben vorliegen, dürfte eine Gesamtteilnehmerzahl jenseits einer Million realistisch sein. In Großbritannien sprach man gar von drei Millionen in ganz Deutschland.³³ Dort, wo die Protestierenden die Tradition der sozialdemokratischen Saalveranstaltungen ablegten und meist spontan auf die Straße gingen, sorgte dies für großes Chaos. Viele Städte, allen voran Berlin, befanden sich sogar in einem regelrechten Belagerungszustand

28 Angaben nach: Vorwärts, 30.7.1914.

29 Siehe LVZ, 31.7.1914.

30 Nach: Vorwärts, 29.7.1914.

31 Siehe ebenda, 27.7.1914.

32 Siehe Wolfgang Kruse: Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedenschlusses 1914/15, Essen 1994, S.30-32; Kevin J. Callahan: The International Socialist Peace Movement At The Eve Of World War I Revisited: The Campaign of „War against War!“ and the Basle International Socialist Congress in 1912, in: Peace and Change, Jg. 29, 2004, Nr. 2, S.147-168, hier S.168.

33 Siehe Labour Leader, 6.8.1914.

und zeigten damit eindrucksvoll auf, welche Angst die Polizei vor den Demonstrationen der Arbeiter hatte. Wohl können aus den Zahlen der Protestversammlungen und Demonstrationen keine endgültigen Urteile über massenhafte Einstellungen zum Krieg gefällt werden, jedoch lassen solche teils gewaltigen Protestbewegungen kaum den Schluss einer allgemeinen und alles übergreifenden Kriegsbegeisterung zu. Vielmehr geben sie einen Hinweis auf starke Auseinandersetzungen zwischen den Lagern der Kriegsgegner und Kriegsbefürworter. Vor allem aber zeigen sie, dass es auch Ende Juli 1914 in Deutschland eine relevante Zahl von Menschen gab, die mit großem Engagement gegen den drohenden Krieg protestierte, in dem sie keinerlei persönlichen Nutzen sondern vielmehr Gefahr und Leid sah.

Die Entwaffnung der Proteste

Einen Hinweis auf die letztlich fatale Rolle der SPD-Führung in den Juli- und Augusttagen 1914 gibt ein Vorfall in Berlin vom Abend des 28. Juli. Nachdem sich Hugo Haase und Otto Braun zuvor noch im Innenministerium getroffen und die Beteuerung der Behörden entgegengenommen hatten, nichts gegen die Proteste zu unternehmen, sorgten sie am Abend des großen Protesttages selbst für eine Schwächung der Demonstrationen: Als sich etwa 2.000 Menschen vor dem Redaktionsgebäude des „Vorwärts“ versammelten, um gegen die Kriegsgefahr zu protestieren, wurden sie nicht nur von der Polizei auseinandergetrieben, sondern auch von Vertretern des Parteivorstandes aufgefordert, nach Hause zu gehen.³⁴ Am selben Tag – dem Tag internationaler Antikriegsproteste der sozialdemokratischen und Arbeiterparteien Europas – hatte sich bereits Albert Südekum mit dem Reichskanzler getroffen und dort versprochen, „keinerlei wie immer geartete Aktionen“ durchführen zu wollen.³⁵

Das in der SPD seit Jahren fest verankerte Bestreben nach öffentlicher Ordnung und disziplinierten Demonstrationen paarte sich nun mit dem Vertrauen in die Regierung und der gewachsenen Überzeugung, mit dieser gemeinsam für die Sache des „Vaterlandes“ einzutreten. Vor diesem Hintergrund ist auch der Erklärungsversuch des konservativen Historikers und ehemaligen bayrischen Staatsministers Hans Maier zu sehen,

34 Siehe Fritz Klein u. a.: Deutschland im Ersten Weltkrieg, Bd. 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis Ende 1914, Berlin (Ost) 1970, S.267.

35 Hans-Joachim Bieber: Gewerkschaften in Krieg und Revolution. Arbeiterbewegung, Industrie, Staat und Militär in Deutschland 1914-1920, T. 1, Hamburg 1981, S.74.

wonach sich die „Ideen von 1914“ – jenes bildungsbürgerliche und pathosbeladene Gebilde – auch mit dem Sozialismus decken würden.³⁶ Maier's antisozialistisch konnotierte Fehlinterpretation, wonach Sozialismus gleichbedeutend mit Unterordnung und Gleichmacherei sei, basiert angesichts der Sehnsucht der Sozialdemokratie nach Disziplin, Ordnung und Gemeinschaft – eben jenen Eigenschaften, die Maier mit den „Ideen von 1914“ gleichsetzte – auf einem gewissen Fundament. Intensiver beschäftigte sich Stefan Berger mit dem Problem der Militarisierung der Arbeiterbewegung: Neben der verbreiteten Verwendung von Rängen (General und Parteisoldaten) war auch die umfangreiche Vereinswelt der SPD von militarisierter Sprache durchdrungen, und sozialdemokratische Kulturvereine taten oftmals nichts anderes, als bürgerliche Hochkultur und damit auch deren gesellschaftliche Werte zu adaptieren.³⁷ Wehrpflicht und eine allgemeine Militarisierung, wie sie kein anderer europäischer Staat erlebte, hinterließen auch bei Sozialdemokraten ihre Spuren. Diese Identifikation mit dem Soldatendasein und der nationalen Solidarität dürfte 1914 ganz massiv zur Entwaffnung der vielfältigen Antikriegsproteste durch die SPD-Spitze und die Reichstagsfraktion geführt haben.

Das Versagen der SPD-Fraktion und der Parteiführung im Sommer 1914 war so vielschichtig, dass dessen Ursachen nicht vollständig erfasst werden können. Eines der Hauptprobleme bildete, dass die Partei zwar stets einen hohen Anspruch an die wissenschaftliche Fundierung ihrer Politik stellte, gerade in der Frage der Nation aber kaum auf eine entsprechende Grundlage zurückgreifen konnte. Lässt man die damals noch jungen Auseinandersetzungen mit der Thematik in den Schriften von Kautsky, Luxemburg, Bernstein und anderen aus und begibt sich zu den Wurzeln, so findet sich etwa im Werk von Karl Marx nur Rudimentäres zur Nationenfrage.³⁸ Generell stand die Außenpolitik nicht im Zentrum sozialdemokratischer Politik und nahm vielmehr eine Randstellung ein. Außenpolitik zu betreiben galt gar als gleichbedeutend mit imperialen Ambitionen. Äußere Angelegenheiten wurden in der SPD lange als autonom angesehen, und es herrschte die Ansicht vor, dass sie durch gänzlich an-

36 Siehe Hans Maier: Ideen von 1914 – Ideen von 1939? Zweierlei Kriegsanfänge, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 38, 1990, H. 4, S.525-542, hier S.528.

37 Siehe Stefan Berger: British and German Socialists Between Class and National Solidarity, in: Ders./Angel Smith (Hrsg.): Labour, Nationalism and Ethnicity, 1870-1939, Manchester 1999, S.31-63, hier S.44f.

38 Siehe ebenda, S.40.

dere Faktoren bestimmt werde als Wirtschafts- oder Sozialpolitik.³⁹ Die zu Beginn des 20. Jahrhunderts aufkommende These vom Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Deutung des nationalen Befreiungskampfes als Element progressiver Bewegung machten es der Sozialdemokratie eher schwerer als einfacher, auf die Herausforderungen der Konflikte des Imperialismus zu reagieren. Stattdessen verharrte auch die SPD auf einem Nationenverständnis, wie es 1848 vorherrschte, als die nationale Frage immer auch im Zusammenhang mit der Befreiung vom Feudalstaat gestellt wurde. Dass die Identifikation mit der Nation im frühen 20. Jahrhundert längst eines der wichtigsten Instrumente der Reaktion geworden war, verstand die Sozialdemokratie zwar praktisch anhand der Existenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie oder anderer chauvinistischer Verbände. Sie war aber nicht in der Lage, die Nationen-Problematik in der eigenen Programmatik zu lösen. Auch vermochte sie nicht, dem viel propagierten proletarischen Internationalismus mehr praktische Relevanz zu geben, als er sich in gegenseitigen Besuchen oder Auftritten ausländischer Persönlichkeiten auf SPD-Veranstaltungen äußerte.

Vor allem die von der Sozialdemokratie oft mit Verachtung bedachten Anarchisten hatten das Problem des Verhältnisses zwischen politischer Linken und Nation deutlich entschiedener gelöst. Massiver und oft auch militanter Widerstand gegen den Krieg entwickelte sich 1914 und danach vor allem aus diesen Kreisen, die eine Identifikation mit der Nation – in welcher Form auch immer diese definiert war – abgelegt hatten. In den Ländern West- und Südeuropas, in denen der Anarchismus einen viel größeren Einfluss auf die traditionellen Arbeiter- und sozialdemokratischen Parteien ausgeübt hatte, war der Schwenk zur Unterstützung des Krieges – der dort tatsächlich viel überzeugender als Verteidigungskrieg kommuniziert werden konnte, als es in Deutschland der Fall war – mit wesentlich mehr Diskussionen und innerparteilichem Widerstand verbunden.

Die mangelhafte theoretische Fundierung des Nationen- und Kriegsproblems äußerte sich vor allem im Russland-Diskurs der Sozialdemokratie. Die Nachrichten von der Generalmobilmachung des russischen Militärs am 3. August 1914 markierten den Dambruch in der Reichstagsfraktion der SPD. Heiner Karuscheit hat sich in seiner Studie zum Kriegsausbruch der Haltung Kautskys zugewandt. Für den damals führenden Parteitheoretiker war die Generalmobilmachung Anlass zu einer völlig-

39 Siehe Roger Fletcher: *Revisionism and Empire: socialist imperialism in Germany 1897 - 1914*, London 1984, S.34-36.

gen Kehrtwende. Noch Tage zuvor ein glühender Kriegsgegner, begründete Kautsky nun die Unterstützung der deutschen Kriegspolitik mit einem progressiven Element, das er in einem Feldzug gegen das reaktionäre Russland sah, und untermauerte diese Position mit einem Verweis auf Marx' und Engels' Haltung zum deutsch-französischen Krieg von 1870. Karuscheit stellt zu Recht fest, dass es 1914 kein progressives Ziel gab, wie es die Reichseinigung einst gewesen war.⁴⁰

Auf der Seite der Kriegsgegner blieb eine zersplitterte Parteilinke. Wie der übergroße Rest der Partei hatte auch sie die Kriegsgefahr in weiten Teilen unterschätzt. In den Jahren zuvor hatten viele ihrer Vertreter die Eskalationspolitik der deutschen Regierung und des Kaisers oftmals als politische Aufregung abgetan und als Teil der „Kriegspartei“ eingeordnet.⁴¹ Dass sich die Appelle der Antikriegsproteste des Juli 1914 bei allem überraschenden Ungehorsam und aller Spontaneität häufiger an die Reichsregierung richteten als an das international vereinte Proletariat, ist ein deutlicher Hinweis auf die fatalen Fehleinschätzungen einer Sozialdemokratie, die sich in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts mehr und mehr im politischen System des Kaiserreiches eingerichtet hatte. Während dem SPD-Vorstand die kriegstreibende Rolle der deutschen Regierung spätestens ab dem 26. Juli bewusst gewesen sein musste,⁴² schrieb die Parteipresse noch immer davon, dass die Proteste auf die Reichsleitung einwirken würden.⁴³ Während die Arbeiter in den deutschen Städten protestierten, war die Parteiführung längst dabei, sie zu entwaffnen. Die Aufforderung eines Parteifunktionärs an die Arbeiter, die vor dem „Vorwärts“-Redaktionsgebäude protestierten, nach Hause zu gehen, war nur das vielleicht deutlichste Symbol der Schwächung der Antikriegsdemonstrationen.

Ein abschließendes Urteil über die Haltung einer zwar ökonomisch definierten, aber kulturell heterogenen Gruppe wie die der Arbeiter zum Krieg zu fällen, ist kaum möglich. Das verhindert bereits die unbefriedigende Quellensituation. Diese sorgt aber gleichzeitig dafür, dass auch ehemals dominierende Behauptungen, die Arbeiterschaft hätte sich mit Begeisterung in den Krieg gestürzt und „ihre“ Partei zum patriotischen

40 Siehe Heiner Karuscheit: Deutschland 1914. Vom Klassenkompromiss zum Krieg, Hamburg 2014, S.239.

41 Das war selbst zeitweilig bei Rosa Luxemburg der Fall. Siehe Georges Haupt: Der Kongreß fand nicht statt. Die sozialistische Internationale 1914, Wien-Frankfurt/Main-Zürich 1967, S.165.

42 Siehe Kruse, Krieg, S.47f.

43 Siehe Vorwärts, 31.7.1914.

Schwenk gedrängt, nicht haltbar sind. Im Gegenteil geben die massiven Proteste am Vorabend des Weltkriegs einen Hinweis auf gänzlich andere Einstellungen. Hinzu kommt, dass die wenigen Quellen, die nicht unter dem Einfluss der herrschenden bürgerlichen Hegemonie entstanden sind, ein Bild zeichnen, das eher von Angst und Sorge vor dem kommenden Krieg zeugt. Die Furcht vor dem Tod, dem Ausfall des Familienernährers oder vor Versorgungsmangel war für die Mehrheit der Bevölkerung sehr viel lebensnäher als die pathetischen Schlachtgemälde bürgerlicher Intellektueller und deren Fantasien vom Weltenbrand. Trotzdem zeigte die Inszenierung des „Augusterlebnisses“ von 1914 bis weit in das 20. Jahrhundert hinein ihre Wirkung. Die beständigste Auswirkung dieser Inszenierung des konservativ-nationalen Bürgertums ist, das Versagen der Sozialdemokratie zu rechtfertigen, umzudeuten und dadurch zu legitimieren.

Der Kampf der Berliner SPD-Basis im ersten Kriegsjahr gegen die Kriegskreditbewilligung

Ottokar Luban

Am 4. August 2014 jährt sich zum 100. Male die Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD-Fraktion im Reichstag, für die Historikerin Susanne Miller „ein Markstein in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, an dem sich bis heute die Geister auch der Historiker scheiden“.¹ Diese Abstimmung leitete die Abkehr von einer klassenkämpferischen Fundamentalopposition zur reformistischen Arbeiterpartei ein, im Ersten Weltkrieg geprägt von der Zusammenarbeit mit der kaiserlichen Regierung, die sogenannte Burgfriedenspolitik. Mit ihrer einmütigen Zustimmung zu den Kriegskrediten im Parlament befand sich die SPD-Fraktion – nach Miller – „im Einklang [...] mit der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes“ und „mit der ihrer übrigen Parteimitglieder“. Das „starke pazifistische Potential, das in den sozialdemokratischen Massen steckte und sich in den Antikriegsdemonstrationen zwischen dem 26. und 30. Juli manifestiert hatte“, schlug mit der Verhängung des Kriegszustandes am 31. Juli „in einen patriotischen Verteidigungsenthusiasmus“ um.²

Dagegen kommt der Historiker Wolfgang Kruse in einer umfassenden, detail- und materialreichen Studie zu ganz anderen Ergebnissen. Aus seiner eingehenden Analyse des Verhaltens der Parteibasis zieht er die Schlussfolgerung, dass das bei sozialdemokratischen Mitgliedern und Anhängern vorhandene Protestpotenzial gegen den Krieg in den allerletzten Julitagen 1914 wesentlich größer war, als in den Standardwerken der alten Bundesrepublik dargestellt.³ Auch in der Zeit von der Erklärung des Kriegszustandes am 31. Juli, der Verhängung des Belagerungszustandes am 1. August bis zu den Kriegserklärungen in den ersten Augusttagen und der Reichstagsabstimmung am 4. August wie auch in den Fol-

1 Susanne Miller: Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974, S.31.

2 Ebenda, S.68. Die weiteren Hauptmotive können hier nur kurz erwähnt werden: Vermeidung der drohenden staatlichen Unterdrückung, Hoffnung auf politische und gesellschaftliche Akzeptanz und Integration mit entsprechenden Gesetzesänderungen nach dem Krieg.

3 Siehe Wolfgang Kruse: Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses 1914/15, Essen 1994, S.30-41.

gemonaten kann Kruse in der deutschen Arbeiterschaft keine *allgemeine* große Kriegsbegeisterung feststellen, wie sie von vielen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten als wichtige Begründung für ihre Kriegskreditbewilligung angeführt worden ist. Kruse betont stattdessen die – trotz „Schwäche des zugrunde liegenden Quellenmaterials“ – „deutlichen Hinweise darauf, daß die sozialdemokratisch orientierte Arbeiterschaft [...] dem Krieg weiterhin eher distanziert bis ablehnend als zustimmend oder gar begeistert gegenüberstand“.⁴ Zwar konstatiert er für die erste Kriegszeit „auch in Teilen der Arbeiterschaft unbestreitbar Formen nationalistischer Kriegsbegeisterung, doch hatten diese nicht nur enge quantitative und qualitative Grenzen, sondern sie basierten auch in hohem Maße auf der positiven Stellung zum Krieg, die die führenden Gremien der SPD und viele ihrer Presseorgane bezogen.“⁵ Diese von Susanne Miller und Wolfgang Kruse repräsentierten gegensätzlichen Positionen – vor allem in Bezug auf die Stimmung und Aktionen auf den Ebenen unterhalb der SPD-Führungsgremien – sollen im Folgenden mit dem Schwerpunkt Berlin untersucht werden.

Erste Sammlungsversuche der Kriegskreditgegner

Schon aus formal-rechtlichen Gründen war eine weitere sozialdemokratische Versammlungs- und Pressekampagne gegen den Krieg ab dem 31. Juli (Verhängung des Kriegszustandes) und erst recht seit dem am 1. August in Kraft getretenen Belagerungszustand, der die Pressezensur und die Einschränkung der Versammlungstätigkeit einschloss, nicht mehr möglich. Gleichzeitig erfasste die Arbeiterschaft einschließlich der Mitglieder und Funktionäre der SPD nach Kriegsausbruch angesichts der schweren psychischen Belastung, des drohenden Verlustes von Familienangehörigen an der Front und der Ungewissheit über die wirtschaftliche Entwicklung häufig eine tiefe fatalistische Lähmung. „Das Parteileben, das früher in Berlin im Vordergrund stand, ist fast ganz erloschen. Die Sozialdemokratie ist nicht mehr aktionsfähig, da fast die Hälfte ihrer Funktionäre zur Fahne eingezogen ist und die hiergebliebenen wenig Interesse zeigen.“ So die nüchterne Feststellung der Politischen Polizei am 26. August 1914.⁶

⁴ Siehe ebenda, S.54-61, Zitate: S.55, 60.

⁵ Ebenda, S.57.

⁶ Dokumente aus geheimen Archiven. Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin, bearb. von Ingo Materna und Hans-Joachim Schreckenbach unter Mitarb. von Bärbel Holtz, Weimar 1987, S.4.

Die Haltung ihrer Abgeordneten kannten die meisten Sozialdemokraten wochenlang nur durch die für viele unerwartete Information über die geschlossene Zustimmung der Fraktion zu den Kriegskrediten im Reichstag und die Erklärung des Fraktionsvorsitzenden Hugo Haase im Plenum mit dem patriotischen Satz: „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht in Stich.“⁷ Dass sich 14 SPD-Abgeordnete fraktionsintern gegen die Bewilligung der Kriegskredite ausgesprochen und sich bei der Abstimmung im Plenum nur der Fraktionsdisziplin gebeugt hatten, blieb der großen Masse der Parteimitglieder zunächst unbekannt.

Ein kleiner Teil der Linken fühlte sich trotz des Schocks des letztendlich unerwarteten Kriegsausbruchs und der überraschenden Kriegskreditbewilligung durch die SPD-Reichstagsfraktion an die Resolution der Sozialistischen Internationale von 1907 gebunden, die auf den Kongressen von 1910 und 1912 bestätigt worden war. Diese verpflichtete die sozialdemokratischen Parteien im Falle des Ausbruchs eines Krieges, „für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen“.⁸

Zur Sammlung der Kräfte des linken Flügels der Partei raffte sich sehr schnell der in Berlin ansässige engere Kreis um Rosa Luxemburg und Franz Mehring auf. Er kam sofort nach der Bewilligung der Kriegskredite am Abend des 4. August zusammen und ließ nach einer emotional geladenen Debatte am folgenden Tag an bekannte Linke in Berlin und im ganzen Reiche 300 Telegramme mit der Bitte um Zustimmung zu einem gemeinsamen Protest gegen die Kriegskreditbewilligung hinaus schicken. Doch als Ergebnis musste die Luxemburg-Gruppe eine vollständige Paralyse des linken Flügels feststellen. Denn von den angesprochenen Genossinnen und Genossen traf keine einzige Zusage ein. Auch Karl Liebknecht und sogar Clara Zetkin lehnten zu diesem Zeitpunkt eine Unterstützung ab.⁹ Trotz dieses ersten Rückschlages versuchte der Kreis

7 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II: 1914-1945, Bd. 1: Juli 1914-Oktober 1917, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, 2. durchges. Aufl., Berlin [Ost] 1958, S.22f., Zitat: S.23.

8 Ebenda, S.3.

9 Siehe Annelies Laschitzka: Die Liebknechts. Karl und Sophie. Politik und Familie, Berlin 2007, S.239; Dies.: Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie, Berlin 1996, S.467, mit der irrtümlichen Angabe über Zetkins Zustimmung nach: Hugo Eberlein [Erinnerungsbericht] in: Karl und Rosa. Erinnerungen. Zum 100. Geburtstag von Karl

um Rosa Luxemburg weiterhin mit potenziellen Gegnern der Kriegskreditbewilligung in Berlin und im Reiche in direkten Kontakt zu kommen. Nachdem nach den intensiven Truppentransporten bei und nach Kriegsausbruch Anfang September der Eisenbahnverkehr wieder für die zivilen Nutzer möglich geworden war, trafen sich noch im September Rosa Luxemburg und der sich ihrer Gruppe anschließende Karl Liebknecht in Süd- und Westdeutschland mit verschiedenen Gegnern der Kriegskreditbewilligung aus Stuttgart, Frankfurt am Main, Duisburg, Düsseldorf und Hanau.¹⁰ Doch aus Zeit- und Geldmangel musste diese politische Reisetätigkeit nach einiger Zeit aufgegeben werden, wobei die Bemühungen um Kontaktaufnahme zu den Linken im Reiche weiterliefen.¹¹ Ein informelles Treffen der Rosa-Luxemburg-Gruppierung mit linken Parteiaussschussvertretern und Redakteuren der Parteizeitungen am Vorabend der vom Parteivorstand zum 27. und 28. September nach Berlin einberufenen Konferenzen brachte ebenfalls keine Zustimmung zu Protestmaßnahmen gegen die Kriegskreditbewilligung.¹²

Nunmehr verstärkte der Kreis um Luxemburg und Liebknecht seine agitatorischen Bemühungen zur Sammlung der Kriegskreditgegner in der Groß-Berliner Parteiorganisation. Ende August war Liebknechts Antrag auf Protestversammlungen gegen Annexionen noch abgelehnt worden.¹³ Doch Ende September war das Drängen aus der Parteiorganisation Berlins auf Mitgliederversammlungen offensichtlich so stark geworden, dass Parteiveranstaltungen für den Oktober in Aussicht genommen wurden. Nunmehr versuchte der Berliner Zentralvorstandsvorsitzende Eugen Ernst auf einer Versammlung am 25. September die Referenten für die anstehenden Parteiversammlungen auf einen Burgfriedenskurs einzuschwören und plädierte dafür, die Referate sollten keine polemischen Diskussionen provozieren. Dagegen setzten sich Luxemburg und Liebknecht auf diesem Tref-

Liebknecht und Rosa Luxemburg, Berlin [Ost] 1971, S.57. Aus dem Brief Zetkins an Luxemburg vom 5.8.1914 geht eindeutig ihre Ablehnung hervor, abgedruckt in: Jürgen Kuczynski: Der Ausbruch des ersten [sic!] Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie, Berlin [Ost] 1957, S.97f.

10 Siehe Laschitzka, Lebensrausch, S.470.

11 Brief Luxemburgs an Paul Levi vom 17.11.1914, in: Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe, Bd. 5, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Leitung der Redaktion: Annelies Laschitzka, Günter Radczun (im Folgenden: GB 5), 2. Aufl., Berlin [Ost] 1987, S.458.

12 Siehe Wilhelm Pieck: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I: August 1904 bis Januar 1919, Berlin [Ost] 1959, S.239f.

13 Siehe Laschitzka, Die Liebknechts, S.241.

fen vehement dafür ein, den Krieg konsequent vom Standpunkt des Klassenkampfes aus zu behandeln, und kritisierten die Kriegskreditbewilligung. Dabei wurden sie vom Berliner Reichstagsabgeordneten Georg Ledebour und dem „Vorwärts“-Redakteur Heinrich Ströbel unterstützt.¹⁴ Ledebour war es auch, der auf einer Parteiversammlung in Berlin Anfang Oktober 1914 aktuelle Probleme wie den Mietwucher zu radikalen Polemiken gegen die Regierung nutzte.¹⁵ Die SPD müsse Forderungen an die Regierung stellen und Zusagen verlangen. Die Politische Polizei vermerkte, dass Ledebour großen Beifall für seine Ausführungen erhalten habe und dass insgesamt „die ganze Versammlung einen äußerst scharfen sozialdemokratischen Charakter trug“.¹⁶ Als auf einer anderen Berliner Mitgliederversammlung Anfang Oktober der zu den Befürwortern der Kriegskreditbewilligung zählende Reichstagsabgeordnete Richard Fischer als Referent Zugeständnisse der Regierung nach dem Krieg als zwangsläufig darstellte, „brach ein großer Lärm aus, wobei gerufen wurde, Fischer hat keine Ahnung, wir werden später noch mehr geknechtet und rechtlos gemacht, als es bis jetzt geschehen ist, wir wollen nichts mehr hören“.¹⁷ Während die Politische Polizei von weiteren Mitgliederversammlungen Ende Oktober keine besonderen Aktionen der Gegner der Kriegskreditbewilligung meldete, kam es Mitte November auf einer Reihe von Parteiveranstaltungen zu heftiger Kritik am revisionistischen Kurs der Parteiführung und zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen Linken und Rechten.¹⁸ Die meisten dieser und späterer Versammlungen bestätigten die Einschätzung, die Eduard David, Verfechter eines nationalistischen Standpunktes und geschickter Organisator des rechten Lagers in der Reichstagsfraktion, schon Ende September von seinen in der Berliner Parteiorganisation verwurzelten Kollegen zugetragen worden war: Die Anhänger von Ledebour, Liebknecht und Luxemburg „sollen bereits die Mehrheit der Berliner Vertrauensleute hinter sich haben“.¹⁹

14 Siehe Dies., *Im Lebensrausch*, S.472f.; *Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918*, in *Verbindung mit Erich Matthias* bearb. von Susanne Miller, Düsseldorf 1966, S.42f.

15 Siehe 11. Stimmungsbericht vom 12.10.1914, in: *Dokumente aus geheimen Archiven*, S.19.

16 Polizeibericht vom 7.10.1914, Landesarchiv Berlin (LAB), A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 15807, Bl. 71-74 Rück., Zitat: Bl. 74 Rück.

17 Polizeibericht vom 7.10.1914, in: *Dokumente aus geheimen Archiven*, S.17.

18 Siehe Stimmungsberichte vom 26.10. und 23.11.1914, in: ebenda, S.21, 26.

19 *Kriegstagebuch Eduard David*, S.43.

Zeigte sich zumindest unter den aktiven Mitgliedern der Berliner Sozialdemokratie ab Ende September offensive Kritik am Kurs der Reichstagsfraktion und Parteiführung, so machten sich in der Arbeiterbevölkerung im Verlaufe der ersten Kriegsmonate deutliche Anzeichen einer breiten patriotischen Gesinnung bemerkbar, z. B. anhand der starken Beflagung in den proletarischen Wohnquartieren, wie die Politische Polizei mehrfach mit großer Befriedigung konstatierte. „Kriminalbeamte, die dienstlich viel in Arbeiterkreisen zu tun haben, wollen es kaum glauben, daß es dieselben Leute sind, die noch vor kurzem in Protestversammlungen die Internationale hochleben ließen und jetzt patriotisch überschäumen.“²⁰ Dass diese Polizeiaussagen nicht der ansonsten häufig in den Stimmungsberichten anzutreffenden Schönfärberei entsprangen, zeigte sich auf einer Kreis-konferenz Anfang September, als der Vorstand des 6. Berliner Wahlkreises „vor einem Beflaggen der Arbeiterviertel“ warnte, denn „im Westend flagge man auch nicht“.²¹ Auf anderen Parteiveranstaltungen wurde sogar von einer zu bekämpfenden „Fahnenseuche“ gesprochen.²²

Wolfgang Kruse macht vornehmlich die sozialdemokratische Parteiführung und die Reichstagsfraktion verantwortlich, mit ihrer Politik und der entsprechenden Agitation „die Voraussetzungen dafür geschaffen [zu haben], daß der Krieg in weiten Teilen der Arbeiterschaft akzeptiert werden konnte“.²³ Die Orientierung an der Parteiführung und dem von ihr vorgegebenen politischen Kurs war im wilhelminischen Staat mit seiner Autoritätsgläubigkeit für die sozialdemokratische Mitgliedschaft zweifellos ein starkes Moment für die Meinungsbildung. Vor allem war die gesamte Medienlandschaft von einer patriotischen Begeisterung beherrscht. Kritik an der Regierung, insbesondere im antimilitaristischen Sinne, war in der Presse – auch für SPD-Zeitungen mit linken Redakteuren – unter den Zensurbedingungen des Belagerungszustandes unmöglich. Dagegen hatten Parteizeitungen, die wie die bürgerliche Presse eine nationalistische bis chauvinistische Propaganda betrieben,²⁴ keinerlei Schwierigkeiten mit der Zensur. Von der Parteiführung wurden nationalistische Übertreibungen zwar gerügt, dennoch trat sie „nachdrücklich dafür ein, in der Partei-

20 Stimmungsberichte vom 29.8., 5.9., 26.10., 19.12.1914, in: Dokumente aus geheimen Archiven, S.5, 20, 34, Zitat: S.7 (5.9.1914).

21 Polizeibericht vom 9.9.1914, LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 15807, Bl. 4 Rück.

22 Stimmungsbericht vom 10.9.1914, in: Dokumente aus geheimen Archiven, S.9.

23 Kruse, Krieg, S.60.

24 Siehe Miller, Burgfrieden, S.75.

presse den ‚Willen zum Sieg‘ zum Ausdruck zu bringen“.²⁵ So beschwor z. B. der Vorsitzende der Reichstagsfraktion Philipp Scheidemann in seinem Wahlkreisaufruf zu Neujahr 1915 den „unerschütterlichen Willen zum Durchhalten bis zum Siege!“²⁶

Innerparteiliche Agitation gegen die Kriegskreditbewilligung

Da den Gegnern der Kriegskreditbewilligung eine Kritik an der Parteiführung und der Reichstagsfraktion in den SPD-Zeitungen wegen der Zensur verwehrt war, konzentrierten sie sich auf eine intensive innerparteiliche Agitation auf den Mitgliederversammlungen. Wichtig waren als Meinungsmultiplikatoren die in der Bildungsarbeit tätigen Referentinnen und Referenten. Schon am 25. September hatten sich Luxemburg, Liebknecht, Ledebour und Ströbel auf dem bereits erwähnten Berliner Referententreffen für eine grundsätzlich klassenkämpferische und kritische Behandlung des Krieges eingesetzt.²⁷ Unter beträchtlichem Zuspruch aus der Mitgliedschaft – 80 Männer und 120 Frauen – kam es am 17. November offenbar auf Drängen der Berliner Linken zu einer Zusammenkunft der Referenten und Leiterinnen der Frauenleseabende mit der Referentin Käte Duncker²⁸ zum Thema „Die Ursachen des heutigen Krieges“. Die Politische Polizei maß den Frauenleseabenden der SPD eine beträchtliche Bedeutung bei und beobachtete diese intensiv bereits vor 1914 und besonders in der Kriegszeit.²⁹ Käte Duncker, die zum Kreis um Rosa Luxemburg gehörte und 1916 die Spartakusgruppe leitete, war eine viel gefragte Referentin auf diversen Parteiveranstaltungen, vor allem der sozialdemokratischen Frauen und Jugendlichen.³⁰ Sie argumentierte auf der internen Parteiveranstaltung im November 1914 gegen die nationalistischen Argumente zweier Gewerkschaftsvertreter, die auf heftigen Widerspruch bei der Mehrheit der Teilnehmer/innen stießen und zu einer turbulenten Diskussion führten. In einem offensichtlich integrierend wirkenden Schlusswort gelang es Käte Duncker, die Zuhörer/innen mit einem grundsätzlich marxistischen Standpunkt zu vereinen. Die Grundlage bildeten die

25 Kruse, Krieg, S.95.

26 Zit. nach: ebenda.

27 Siehe Anm. 14.

28 Käte Duncker (1871-1953), Lehrerin, wegen ihres Engagements für die SPD entlassen, bis 1908 in Stuttgart Redakteurin der Frauenzeitschrift „Gleichheit“.

29 LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 15850/1, Nr. 15851, 15852, 15853.

30 Siehe Ruth Kirsch: Käte Duncker. Aus ihrem Leben, Berlin [Ost] 1982, S.129-131.

von ihr vorgelegten, für die Frauenleseabende als Richtschnur gedachten Leitsätze „Die wirtschaftlichen Ursachen des Weltkrieges“.³¹ In diesen Leitsätzen waren Aussagen enthalten, die im krassen Gegensatz zu allen Begründungen für die Politik der Kriegskreditbewilligung standen: „Das deutsche klassenbewußte Proletariat bekämpft den Kapitalismus als Todesfeind der sozialistischen Befreiung der Arbeiterschaft, es kann daher in der Förderung des deutschen Imperialismus keine Förderung der proletarischen Klasseninteressen sehen [...] So fordern die Lebensinteressen des Proletariats den unermüdlichen Kampf gegen den Imperialismus.“³² Dieser Text wurde zwar nicht förmlich zur Abstimmung vorgelegt, enthielt aber die radikalsten Formulierungen, die in den ersten Kriegsmonaten an Mitglieder verteilt wurden.

In der Folgezeit wechselte die Stimmung sowohl in der allgemeinen Bevölkerung wie in der Arbeiterschaft und an der Berliner Parteibasis. Berichtete die Politische Polizei noch am 11. Dezember 1914, dass in „den breiteren Volksschichten [...] eine baldige Beendigung des Krieges [...] herbeigesehnt wird“, so stellte der Stimmungsbericht vom 19. Dezember fest, dass „der bedeutende Erfolg im Osten einen so begeisterten Jubel erweckt, wie ihn Berlin bisher nur in den Tagen der ersten großen Siege dieses Krieges erlebt hat“. Vermerkte der Stimmungsbericht vom 30. Januar 1915 einen reichen Fahnschmuck zum Kaisergeburtstag selbst „in den Arbeitervierteln“, so konstatierte der Berliner Polizeipräsident am 6. Februar 1915: „Die fortgesetzte Hetze von Liebknecht & Genossen droht jedoch trotz aller parteioffiziellen Abschüttelung dieser Volksverführer, den tätigen Teil der Berliner Sozialdemokratie allmählich der nationalen Sache abspenstig zu machen.“³³

Zunächst gingen die antimilitaristischen Aktivitäten von prominenten linken Sozialdemokraten aus. Doch bald kam es zu einer Reihe von Initiativen von der Parteibasis aus. Paul Schwenk, Otto Gäbel und Martha Arendsee, Funktionäre des zur Groß-Berliner Parteiorganisation gehö-

31 Polizeibericht vom 19.11.1914 über die Versammlung, LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 15808, Bl. 121-124 RückS.

32 Leitsätze in: ebenda, Bl. 128f., sowie abgedruckt in: Heinz Deutschland (Hrsg.): „Ich kann nicht durch Morden mein Leben erhalten“. Briefwechsel zwischen Käthe und Hermann Duncker 1915 bis 1917, Bonn 2005, S.165f., nach dem Erstabdruck in: Heinz Wohlgemuth: Burgkrieg, nicht Burgfriede! Der Kampf Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und ihrer Anhänger um die Rettung der deutschen Nation in den Jahren 1914-1916, Berlin [Ost] 1963, S.228f.

33 Dokumente aus geheimen Archiven, S.32, 34, 40, 41.

renden Kreises Niederbarnim, hatten für ihren Bildungsausschuss schon längere Zeit vor dem Krieg allgemeine politische Materialien an SPD-Mitglieder in Berlin und im Reich versandt. Nach der Kriegskreditbewilligung diskutierten sie untereinander, ob sie nicht linke Stellungnahmen zu der Burgfriedenspolitik der Parteiführung und der Reichstagsfraktion verschicken könnten, hatten aber keinen Zugang zu entsprechenden Schriften und fühlten sich auch selbst nicht in der Lage, entsprechende Artikel zu verfassen. Als sie das in der Parteibildungsarbeit tätige Ehepaar Käte und Hermann Duncker daraufhin ansprachen, vermittelte dieses ein Gespräch mit dem Literatur- und Parteihistoriker Franz Mehring, der versprach, entsprechende Texte zu schreiben. Seit Ende 1914 sorgten die Niederbarnimer Funktionäre zusammen mit dem Jugendgenossen Georg Kaßler, der einen Hektografierapparat besaß, für eine Vervielfältigung der Texte und den Versand an mehrere hundert Adressaten. Nach Einberufung der Hauptakteure Mitte 1915 zum Heer wurden die Adressenlisten an Hugo Eberlein von der Gruppe um Rosa Luxemburg übergeben, der für eine weitere Verschickung, wenn auch in unregelmäßigen Abständen, sorgte. Diese Niederbarnimer Gruppe hatte auch Kontakt zu Rosa Luxemburg und zu einem Oppositionskreis in Berlin um den linken Reichstagsabgeordneten Joseph Herzfeld.³⁴

Hugo Eberlein, als Vorsitzender des Ortsvereins von Berlin-Mariendorf ein Mann der Basis, gehörte zum Kreis von linken Berliner Funktionären um Fritz Ohlhoff und Ernst Meyer, die seit Februar 1915 als Hauptorganisatoren Verabredungen für das Auftreten auf Parteiversammlungen mit von ihnen vorbereiteten Resolutionen trafen. Vertrauenswürdige fähige Genossen sollten Resolutionen gegen die Lebensmittelerhöhung und für Friedensinitiativen einbringen und argumentativ vertreten. Ein Entwurf sollte vorher auf einem Treffen besprochen werden.³⁵ Aus diesen Kontakten scheinen sich die regelmäßigen Treffen der Berliner Opposition beim Reichstagsabgeordneten Joseph Herzfeld entwickelt zu haben, an denen sowohl die Herausgeber des Niederbarnimer Referentenmaterials, soweit sie noch nicht eingezogen worden waren, wie auch die Mitglieder des Ohlhoff-Kreises seit dem Frühjahr 1915 teilnahmen. Dieser informelle Zirkel von Parteilinken sorgte – zeitweilig beeinträchtigt durch Verhaftungen ihrer Hauptorganisatoren – dafür, dass sowohl auf Berliner wie auf Reichsebe-

34 Siehe Paul Schwenk: Lenin, Mehring und das Niederbarnimer Referentenmaterial, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1960, Nr. 1, S.158-163; Bundesarchiv (BArch), NY 4017, Nr. 11 (Martha Arendsee), Bl. 69f.

35 BArch, NY 4092/4 (Nachlass F. Ohlhoff), Bl. 2-17.

ne eine gewisse Koordination der von den Gegnern der Kriegskreditbewilligung initiierten Aktivitäten zustande kam und dass das bestehende Informationssystem aufrechterhalten und noch ausgebaut wurde.³⁶

Eine weitere Gruppe von Gegnern der Kriegskreditbewilligung kam mit 15 bis 20 Personen alle zwei Wochen als Lesergemeinschaft der von Julian Borchardt herausgegebenen linken Wochenzeitung „Lichtstrahlen“ zusammen. Bei diesen Treffen erhielten die Teilnehmer interne Informationen und debattierten über die politische Lage.³⁷ Diese Gruppierung tagte halboffiziell als „Berliner Arbeiterbildungsverein“, der schon im November 1914 von Borchardt und seinem Freund Karl Radek ins Leben gerufen worden war.³⁸ Daher meldete sich Borchardt mit dem Anspruch, die einzige Oppositionsgruppe in Berlin zu vertreten, als Delegierter der „Internationalen Sozialisten Deutschlands“ für die erste internationale Tagung der Kriegsgegner in Zimmerwald an. Das führte zu einer lebhaften Auseinandersetzung mit der „Gruppe Internationale“ um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.³⁹ Wie das Beispiel des gleichzeitig für den Luxemburg-Liebknecht-Kreis aktiven Jacob Walcher zeigt, waren Mitglieder der Lichtstrahlen-Gruppierung aber keineswegs auf den Borchardt-Zirkel festgelegt, sondern hielten Kontakt auch zu Personen aus anderen Oppositionsgruppen.⁴⁰

Eine weitere Antikriegsbewegung entwickelte sich aus der sozialdemokratischen Arbeiterjugend heraus. Im September 1914 weigerten sich die Berliner Jugendfunktionäre, die Zeitung „Arbeiterjugend“ zu verteilen, weil ihnen der Gedenkartikel für den als Kriegsfreiwilliger gefallenen Reichstagsabgeordneten Ludwig Frank zu heroisch ausgefallen war. Im Laufe des Jahres 1915 kam es unter der Leitung von Neuköllner Jugendfunktionären zu gesonderten informellen Zusammenkünften der Gegner der Kriegskreditbewilligung, die sich zu einem Treffpunkt der Berliner

36 Siehe Franz Mehring an einen unbekanntenen Hamburger Genossen, 19.9.1915, BAArch, NY 4043/8, Bl. 144f.; Käte an Hermann Duncker, 5.12.1915 bzw. 12.1.1916, BAArch, NY 4445/132, Bl. 224, bzw. NY 4445/133, Bl. 43; Franz Mehring bzw. Karl Liebknecht an Josef Herzfeld, jeweils 19.2.1916, in: Dokumente und Materialien, S.312-314.

37 Jacob Walcher: Erinnerungsbericht, S. 8, Bezirksparteiarchiv der SED Berlin, V5 / 011, (jetzt im LAB).

38 Polizeibericht vom 30.4.1915, in: Dokumente aus geheimen Archiven, S.58 (Zitat); Mitteilungsblatt des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgebung, Nr. 8, vom 11.11.1914, LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 15830, Bl. 9.

39 Siehe Heinz Wohlgenuth: Die Entstehung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Überblick, 2. Aufl., Berlin [Ost] 1978, S.118.

40 Walcher, Erinnerungsbericht, S.7, 10.

Basis der „Gruppe Internationale“, später Spartakusgruppe genannt, entwickelten. Gleichzeitig wurde hierdurch der Anstoß zur Gründung einer selbstständigen linken Arbeiterjugendorganisation gegeben.⁴¹ Die Mitglieder dieser oppositionellen Arbeiterjugend stellten als Verteiler der illegalen linken Flugschriften sowie als Agitatoren auf den Parteiversammlungen einen wichtigen Faktor in der Antikriegsbewegung dar.

Unbeirrt von den von Kriegs- und Ernährungslage abhängigen wechselnden Stimmungen setzten die Linken ihre Bemühungen um eine Abkehr von der Burgfriedenspolitik fort und konnten in einer ganzen Reihe von Mitgliederversammlungen die Mehrheit für ihre Position gewinnen wie auf zwei Versammlungen in Berlin-Neukölln Ende Januar 1915.⁴² Diese Erfolge der Linken spiegelten sich auch in einem Brief Luxemburgs von Anfang Februar 1915 wider, die nach einer Mitgliederversammlung in Berlin-Charlottenburg mit linker Mehrheit⁴³ sich ziemlich optimistisch äußerte: „Die Stimmung ist mit jedem Tag günstiger.“⁴⁴

Auch die Politische Polizei stellte in einem Bericht vom 4. März 1915 fest, dass all diese Aktivitäten der Linken durchaus Wirkung erzielten: „In allen Mitgliederversammlungen und Zusammenkünften der Sozialdemokratie wird immer mehr dem Friedenswunsche Ausdruck gegeben. Auch die Fraktion wird bei der nächsten Plenarsitzung des Reichstages am 10. März d. J. eine dahin gehende Erklärung abgeben.“⁴⁵ In einem weiteren Polizeibericht vom 16. April 1915 ist von der Bildung von „Friedensgruppen“ (radikale Genossen)⁴⁶ in den sozialdemokratischen Berliner Ortsvereinen die Rede.⁴⁶

Das als Unterschriftenflugblatt von Liebknecht und weiteren Abgeordneten und Funktionären initiierte und konzipierte öffentliche Protestschreiben an den Vorstand der Partei und der Reichstagsfraktion vom 9. Juni 1915 gegen die Burgfriedenspolitik konnte sich also auf eine breite

41 LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 15981, Bl. 288; BArch, R 30.03, C 87/17, Bd. 1, Bl. 47f., 55-57, Bd. 2, Bl. 38-40; Käte an Hermann Duncker, 22.3.1915, BArch, NY 4445/133, Bl. 231. Siehe auch Ottokar Luban: Die Auswirkungen der Jenaer Jugendkonferenz 1916 und die Beziehungen der Zentrale der revolutionären Arbeiterjugend zur Führung der Spartakusgruppe, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XI, 1971, S.187-189; Ders.: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913-1919, Leipzig 2008, S.59f., 175f.

42 Siehe Kriegstagebuch Eduard David, S.98f.

43 LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 15381, Bl. 193-195, 205.

44 GB 5, S.42.

45 Dokumente aus geheimen Archiven, S.47.

46 LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 15810, Bl. 113.

Antikriegsstimmung in der Berliner Mitgliedschaft und deren Verlangen nach einem aktiven Vorgehen in der Friedenspolitik stützen. Das zeigte sich auch daran, dass von den knapp 1.000 Unterschriften, die veröffentlicht wurden, 248 aus dem Berliner Raum kam. Auch zwölf linke Reichstagsabgeordnete unterzeichneten den Protest. Liebknecht hatte den Text zusammen mit führenden linken Genossen aus Berlin verfasst und an fast alle Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre im Lande mit der Bitte um Zustimmung geschickt. Nach einer ausführlichen Begründung wurde gefordert, „daß Fraktion und Parteivorstand [...] den Burgfrieden aufsagen und auf der ganzen Linie den Klassenkampf nach den Grundsätzen des Programms und der Parteibeschlüsse, den sozialistischen Kampf für den Frieden eröffnen.“ Die kurzfristige Terminsetzung ließ wahrscheinlich die Zahl der Unterschriften geringer ausfallen als bei einem späteren Rücksendezeitpunkt. Die Unterschriften wurden an Parteivorstand und Reichstagsfraktion weitergeleitet. Vor allem wurde die Petition mit den Namen der Unterzeichner als Flugblatt weit verbreitet.⁴⁷ Diese Aktion gab offenbar den Anstoß dazu, dass der Partei- und Fraktionsvorsitzende Hugo Haase, der Parteitheoretiker Karl Kautsky und der Reichstagsabgeordnete Eduard Bernstein in einer relativ zurückhaltend formulierten gemeinsamen Stellungnahme an die Parteiführung und die Fraktion ebenfalls zur Änderung der Burgfriedenspolitik aufforderten. Wurde das Unterschriftenflugblatt formal als parteiinternes Anliegen ausgegeben, so zielte der Aufruf von Haase, Kautsky und Bernstein durch den Abdruck unter der Überschrift „Das Gebot der Stunde“ in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 19. Juni 1915 von vornherein auf eine breite Öffentlichkeitswirkung.⁴⁸

Mit diesen beiden Protestaktionen gegen die Burgfriedenspolitik wurden die Argumente der Gegner der Kriegskreditbewilligung zum ersten Mal einer breiten Parteiöffentlichkeit bekannt gemacht. In der Groß-Berliner Parteiorganisation hätte es höchstwahrscheinlich schon Mitte 1915 eine linke Mehrheit gegeben. Doch da innerparteiliche Wahlen wegen des Krieges aufgeschoben wurden, kam es erst am 25. Juni 1916 auf der Generalversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgebung zur Neuwahl der zentralen Parteigremien der Reichshauptstadt, bei

47 Siehe Karl Liebknecht: *Gesammelte Reden und Schriften*, Bd. IX: Mai 1916 bis 15. Januar 1919, Berlin [Ost] 1968, S.283f.; *Protestschreiben mit Unterschriften*, in: *Dokumente und Materialien*, S.169-185, Zitat: S.173; *Begleitbrief*, in: ebenda, S.186.

48 Siehe Miller, *Burgfrieden*, S.109f.; *Wortlaut der Stellungnahme*, abgedr. in: Eugen Prager: *Das Gebot der Stunde. Geschichte der USPD*, mit einem Vorwort von Ossip K. Flechtheim, 4. annotierte Aufl., Berlin-Bonn 1980, S.68-70.

denen die Linken eine überwältigende Mehrheit errangen.⁴⁹ Trotz Zensur und staatlicher Repressionen hatten in der Groß-Berliner SPD-Organisation die Gegner der Kriegskreditbewilligung eine eindeutige Mehrheit in der Mitgliedschaft gewonnen.

49 Siehe Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 1: Von den Anfängen bis 1917, Berlin [Ost] 1987, S.603f.

„Unter Anführung eines 13jährigen Mädchens“.
Gewalt und Geschlecht in unorganisierten Protestformen
in Wien während des Ersten Weltkrieges

Veronika Helfert

Wien, September 1916: „Der andauernde Mangel gerade an den wichtigsten Lebensmitteln, wie Brot und Kartoffeln, Mehl etc. hat, wie im letzten Stimmungsberichte vorausgesagt wurde, in einigen Bezirken zu äusserst erregten Sturmszenen der Unbefriedigten und zu Demonstrationsumzügen kleineren Stils geführt. Am 25. d.M. z.B. blieben bei der Mehlfirma Hafner von 4000 Wartenden um ½ 10 Uhr vormittags 2600 Personen unbefriedigt. 6000 [sic!] davon, durchwegs Frauen und Kinder, setzten sich unter Schreien und Johlen gegen den Stadtbezirk in Bewegung. Die Sicherheitswache zerstreute dieselben vor den Viadukten. Ein anderer, aus Buben und Mädchen unter Teilnahme von nur wenig Frauen zusammengesetzter Demonstrationzug bewegte sich durch die Laxenburgerstrasse unter Anführung eines 13jährigen Mädchens, das ein weisses Taschentuch in der Luft schwang und die Passanten [...] zum Mitgehen aufforderte. Auch dieser Ruhestörung wurde noch im Bezirke durch Sicherheitswache ein Ende gemacht. Kleineren Gruppen von Frauen gelang es trotzdem, um 3 Uhr nachmittags vor dem Kriegsministerium aufzutau-chen, wo dieselben von der Wache zerstreut wurden. [...] Im Verlaufe dieses Tages wurden durch die Demonstranten im X. Bezirk 2 Auslagescheiben, eine davon angeblich im Werte von ca 400 Kronen, zertrümmert. Arretiert wurden 2 Frauen, 1 Mann, das vorerwähnte 13jährige Mädchen und ein 13jähriger Knabe.“¹

Dieser Auszug aus einem Stimmungsbericht der k.k. Polizeidirektion in Wien aus dem dritten Kriegsjahr 1916 veranschaulicht die Ernährungs-krise und die Situation auf den Märkten und Straßen der Residenzstadt. Im „Hungerwinter“ 1916/1917² spitzte sich die Situation zu, Demonstra-

1 Stimmungsbericht vom 28.9.1916, Archiv der Bundespolizeidirektion Wien (AdBPW), K. Stimmungsberichte (Stb.) 1916 2 Bücher, Stimmungsberichte aus der Kriegszeit (Stb.a.d.K.) IV. 1916, o. Bl.

2 Christa Hämmerle: Der Erste Weltkrieg aus frauen- und geschlechtergeschichtlicher Perspektive. Forschungsthemen und -desiderate in Österreich, in: Österreich in Geschichte und Literatur mit Geographie (ÖGL), 2012, H. 3, S.218-230, hier S.225.

tionen und Ausschreitungen waren fast schon Alltag in einer Stadt, in der von Kriegsbegeisterung keine Rede mehr zu sein schien. Bereits mehr als ein halbes Jahr vor dem großen Maistreik 1917, bei dem bis zu 60.000 ArbeiterInnen für einige Tage ihre Arbeit niedergelegt hatten,³ wurde in einem Stimmungsbericht notiert: „Als weitere bedenkliche Erscheinungen wären die Drohungen mit Arbeitseinstellung seitens der Arbeiter mehrerer grosser Unternehmungen zu verzeichnen, da sie kein Brot bekämen. Solche Fälle ereigneten sich [...] bei der allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft Union in Floridsdorf, wo die Arbeiter erklärten, ihre Frauen beim Fetteinkaufe unterstützen zu wollen.“⁴

Die Massenstreiks der Jahre 1917 und 1918 entstanden an der organisierten Arbeiterbewegung mit ihren Gewerkschaften und ihren Vertrauensmännern⁵ in den Betrieben „vorbei“, die im Kontext der Krise als zunehmend machtlos erlebt wurden (trotz kleinerer Verhandlungserfolge und der Lockerung der „Kriegsdiktatur“ 1917).⁶ Die Forderungen der Streikenden zielten vor allem auf die Verbesserung der Ernährungslage, Lohnerhöhungen, und in den Streikbewegungen im Jänner und Juni 1918 erklangen zudem Friedensforderungen.⁷ Diese, vor allem ab 1916 einsetzende und sich in den großen Massenstreiks 1917 und 1918 verdichtende Welle an Krawallen, spontanen Kundgebungen und Ausständen trug ihren Teil zur Destabilisierung des Habsburgerreiches und zu seinem schlussendlichen Zusammenbruch 1918 bei.⁸

3 Siehe Berthold Unfried: Arbeiterprotest und Arbeiterbewegung in Österreich während des Ersten Weltkrieges. Ungedruckte Dissertation, Universität Wien 1990, S.55-67.

4 Stimmungsbericht vom 28.9.1916, o. Bl.

5 Trotz der teilweise recht hohen Zahlen an Arbeiterinnen waren die meisten Gewerkschaftsfunktionäre Männer, mit einigen Ausnahmen wie Anna Bock oder Maria Presel, Vertrauensperson in der Kapselabrik Roth, in Wien Landstraße. Siehe Versammlung des österreichischen Metallarbeiterverbandes, 20.7.1917, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Allgemeines Verwaltungsarchiv (AVA), Ministerium des Innern (MdI), Präsidium 15/3, K. 1646 1917, k.k. Polizeidirektion Wien, Pr.Z. 47608, Gz. 14028/MLI., o. Bl.

6 Siehe Unfried, Arbeiterprotest, S.57-72.

7 Rudolf Neck weist darauf hin, dass die Streiks im Jänner 1918 – im Gegensatz zu den Ereignissen im November desselben Jahres, als die Republik ausgerufen worden war – eine „echte revolutionäre Bewegung“ gewesen wären. Siehe Rudolf Neck (Hrsg.): Österreich im Jahre 1918. Berichte und Dokumente, Wien 1968, S.17.

8 Siehe Gabriella Hauch: Sisters and Comrades. Women's Movements and the „Austrian Revolution“. Gender in Insurrection, the Räte Movement, Parties and Parliament, in: Ingrid Sharp/Matthew Stibbe (Hrsg.): Aftermaths of war. Women's movements and female activists, 1918-1923, Boston 2011, S.221-243; Ernst Hanisch: Der lange Schatten des

In den Wiener Protesten der Jahre 1916 bis 1918 spielten Frauen – und auch Jugendliche⁹ – eine große und vor allem sichtbare Rolle. Sie kamen während des Krieges in einem zuvor nicht da gewesenen Ausmaß mit Einrichtungen und Repräsentanten des Staats in Kontakt, wie Maureen Healy feststellte.¹⁰ Innerhalb von Frauenorganisationen waren die Versorgungsschwierigkeiten schon früh ein Thema und mit Friedensforderungen sowie den Vorstellungen von einer anderen Gesellschaft verknüpft worden.¹¹ Das gilt für die bürgerlichen Aktivistinnen ebenso wie für Frauen innerhalb sozialdemokratischer Vereine und Organisationen. So wurde bereits im November 1915 eine Versammlung sozialdemokratischer Frauen verboten, denn die Behörden befürchteten offenbar Proteste: „Der ‚Allgemeine Verein sozialdemokratischer Frauen und Mädchen‘ und die Ortsgruppe X/1 dieses Vereins hatten für den 17. d[des] M[onats] abends in das sozialdemokratische Verbandsheim, VI. Königseggasse 10 respektive in das Arbeiterheim, X. Laxenburgerstrasse 8-10 je eine Vereinsversammlung mit der Tagesordnung ‚Lebensmittelpreise und Unterhaltsbeiträge‘ einberufen. Da die Polizeidirektion in Erfahrung gebracht hatte, dass diese beiden Versammlungen den Beginn einer gegen die Approvisionierungspolitik¹² gerichteten und auf die Erhöhung der Unterhaltsbeiträge

Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Wien 1994, S.263-278; Helmut Konrad/Wolfgang Maderthaner (Hrsg.): Das Werden der Ersten Republik. ...der Rest ist Österreich, 2 Bde., Wien 2008; Margarete Grandner: Hungerstreiks, Rebellion, Revolutionsbereitschaft, in: Alfred Pfoser/Andreas Weigl (Hrsg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wie im Ersten Weltkrieg, Wien 2013, S.558-565; Manfred Rauchensteiner: Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie 1914-1918, Wien u. a. 2013. Zu den am meisten diskutierten Neuerscheinungen im Gedenkjahr zum Ausbruch des Krieges 2013/2014 gehört sicherlich Christopher Clark: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, München 2013. Für die Erforschungen der Geschlechterverhältnisse im Krieg siehe Christa Hämmerle: Heimat/Front. Geschlechtergeschichte/n des Ersten Weltkriegs in Österreich-Ungarn, Wien u. a. 2014.

9 In den zeitgenössischen Quellen wird die Beteiligung von Jugendlichen und Kindern bei Protesten betont – zeigt sie doch besonders deutlich die Störung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Sehr selten ist allerdings daraus abzulesen, ob und in welchem Anteil Mädchen beteiligt waren. Dies ist auch auf erwachsene Frauen bezogen ein Problem, denn die Quellen sprechen nicht immer explizit von „Frauen“.

10 Siehe Maureen Healy: Vienna and the Fall of the Habsburg Empire. Total war and everyday life in World War I, Cambridge 2004, S.163-210, 300-313.

11 Siehe dazu auch Ines Rebhan-Glück: Die österreichische Frauenbewegung und der Krieg, in: Pfoser/Weigl (Hrsg.), Im Epizentrum, S.82-87.

12 Mit Approvisionierung ist die (städtische/staatliche) Versorgung mit Lebensmitteln benannt.

hinzielenden Aktion der sozialdemokratischen Partei bilden sollten, wurde die Abhaltung dieser [...] untersagt.“¹³

Im Zentrum der nachfolgenden Ausführungen steht indes nicht die organisierte Frauenbewegung. Stattdessen wird der Spur revoltierender und widerständiger Frauen in spontanen Protestaktionen nachgegangen und dazu das umfangreiche Aktenmaterial der k.k. Polizeidirektion in Wien, das sich im Archiv der heutigen Landespolizeidirektion Wien befindet, analysiert. Dazu gehören die täglichen, formalisierten Berichte der k.k. Polizeidirektion in Wien, die sogenannten „Kriegs-Tagesereignisse“. Zum anderen finden sich dort gebundene, maschinengeschriebene wöchentliche Stimmungsberichte, die einen Fokus auf die „Stimmung“ der Bevölkerung und die Ernährungssituation legen. Schließlich gibt es Meldungen zu größeren und kleineren Vorfällen, zur Briefzensur und über Versammlungen.¹⁴ Herausgearbeitet wird, wie Protestformen, an denen viele (bzw. überwiegend) Frauen beteiligt waren, zeitgenössisch (und später auch vonseiten der Wissenschaft) als unpolitisch dethematisiert wurden. Anhand der Schwerpunktsetzung auf den Winter 1916/1917 wird gezeigt, dass diese Protestformen aber als politisch zu verstehen und konsequent mit arbeiterInnen- und frauenbewegten (kollektiven) Aktivitäten zusammenzudenken sind, auch wenn sie mit diesen nicht in eins gesetzt werden können.

In diesem Kontext ist anzumerken, dass die Präsenz von Frauen in öffentlichen politischen Manifestationen nach dem Ende des Krieges offenbar merklich zurückging¹⁵ – ein Faktum, das angesichts der Einführung formaler politischer Rechte für Frauen, wie dem passiven und aktiven allgemeinen Wahlrecht, nicht allein mit der sogenannten Normalisierung einer Gesellschaft im Frieden erklärt werden kann.¹⁶ Eine Antwort darauf ist in den Verflechtungen von Politik, Gewalt und der Geschlechterordnung zu suchen, wie sie unter anderem in den Berichten der staatlichen

13 Allgemeiner Verein sozialdemokratischer Frauen und Mädchen-Vereinsversammlung. Untersagung, 17.11.1915, ÖStA, AVA, MdI, Präsidium 15/3, K. 1645 1915–1916, k.k. Polizeidirektion in Wien, Pr.Z. 19472, Gz. 24265/M.I., o. Bl.

14 Das Quellenmaterial hierzu stammt aus den Beständen des Ministeriums des Innern.

15 Siehe zum Beispiel Karen Hagemann: *Men's Demonstration and Women's Protest: Gender in Collective Action in the Urban Working-Class Milieu during the Weimar Republic*, in: Fiona Montgomery/Christine Collette (Hrsg.): *The European Women's History Reader*, London u. a. 2002, S.314-328.

16 Siehe Karin Maria Schmidlechner: *Die neue Frau? Zur sozioökonomischen Position und kulturellen Lage*, in: Konrad/Maderthaner, *Werden*, S.87-102.

Überwachungs- und Verfolgungsinstanzen zu Tage treten. Damit soll ein Beitrag zu einem besseren Verständnis der Entwicklungen im und kurz nach dem Ersten Weltkrieg geleistet werden.

„Exzesse“ und wilde Demonstrationen: Wiens unorganisierte Protestformen im Ersten Weltkrieg

Die Habsburgermonarchie war bereits ab dem ersten Kriegsjahr von Krise und Mangel geprägt, Wien war besonders hart betroffen. Healy drückt es sogar so aus, „dass die Stadt noch vor dem militärischen und diplomatischen Kollaps des Staates zusammenbrach. Dieser ‚Zusammenbruch‘ war kein Einzelereignis, sondern ein Verfallsprozess, der von Hunger, Gewalt und einer Verschlechterung sozialer Standards charakterisiert war und Wien nahezu unregierbar machte“.¹⁷ Die Bevölkerung vor allem der großen Städte¹⁸ spürte die wirtschaftliche Rezession durch steigende Arbeitslosigkeit infolge der Betriebseinstellungen und durch eine empfindliche Störung der Nahrungsmittelversorgung. So fiel etwa 1917 die Mehlerzeugung auf weniger als die Hälfte der Vorkriegszeit.¹⁹ Erschwert wurde die Ernährungssituation durch eine der höchsten Teuerungs- und Inflationsraten unter den kriegsführenden Staaten. Dem standen geringe Löhne entgegen.²⁰ Am Ende des Krieges hatten erwachsene WienerInnen, die keine Zulagen aufgrund schwerer körperlicher Arbeit erhielten, ein Anrecht auf 830 Kalorien am Tag. Oft konnten sie nicht einmal diese Mangelrationen beziehen.²¹

Wie dramatisch sich die Ernährungssituation im Einzelfall auswirken konnte, zeigt ein Vorfall vom 2. November 1916: „Eine Frau, die am 2.

17 Healy, Vienna, S.3.

18 Hunger und Lebensmittelmangel führten die Bevölkerung auch außerhalb der großen Städte in Bedrängung und eröffneten etwa in Salzburg Konfliktlinien zwischen den AnwohnerInnen der industrialisierten und der bäuerlichen Gemeinden. Siehe dazu Ingrid Bauer: Frauen im Krieg. Patriotismus, Hunger, Protest – Weibliche Lebenszusammenhänge zwischen 1914 und 1918, in: Brigitte Mazohl-Wallnig (Hrsg.): Die andere Geschichte 1. Eine Salzburger Frauengeschichte von der ersten Mädchenschule (1695) bis zum Frauenwahlrecht (1918). Unter Mitarb. von Gunda Barth-Scalmani u. a., Salzburg 1995, S.285-310.

19 Siehe Unfried, Arbeiterprotest, S.15-32.

20 Hans Hautmann spricht bei nur gering ansteigenden Löhnen von einer Steigerung der Lebensmittelkosten von 1.200 bis 2.000 Prozent im Zeitraum Juli 1914 bis Oktober 1918. Siehe Hans Hautmann: Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918-1924, Wien 1987, S.33-57.

21 Siehe Healy, Vienna, S.31. Die Rationierungen waren nach Alter, Geschlecht, aber auch der Möglichkeit zur Selbstversorgung oder Bedürftigkeit nach organisiert.

Nov[ember] Vorm[ittag] mit ihren 2 Kindern im Kinderwagen zum Mehlgeschäfte Wagner im 14. Bez[irk] Mariahilferstr[abe] gekommen war u[nd] infolge der großen Zahl der angereisten Kunden nicht in das Geschäft Einlass gefunden hatte, stürzte sich in ihrer Aufregung auf die Strassenbahngleise, um sich überfahren zu lassen; sie wurde rechtzeitig angehalten u[nd] nach Beruhigung entlassen.“²²

Dieser Zwischenfall wurde in einem der täglichen Berichte der k.k. Polizeidirektion in Wien gemeldet. Sie und die Stimmungsberichte sind von der Lebensmittelkrise geprägt und beinhalten Schilderungen der Situation auf den Märkten in ganz Wien, wie auch Aufzeichnungen über illegale Praktiken, die mit der Nahrungsversorgung zusammenhingen (wie etwa Preistreiberei, Schwarzmarkt, Ausgeben von rationierten Lebensmitteln in Cafés etc.). Die Berichte geben einen guten Einblick in den Alltag Wiens im Ersten Weltkrieg, auch wenn in Rechnung gestellt werden muss, dass hier wohl vor allem Auffälligkeiten festgehalten worden sind. Der Inhalt des von den Sicherheitswachen hergestellten Materials änderte sich zwischen 1916 bis 1918 nur leicht. Beschwerden über Nahrungsmittelknappheit und damit zusammenhängende größere oder kleinere „Vorkommnisse während den Anstellungen“, bis hin zu „Exzessen“, Demonstrationen und Streiks waren ab Mitte des Jahres 1916 nahezu tägliche Routine. Von Oktober bis Dezember 1916 kam es etwa an einem Drittel der Tage zu „Arretierungen beim Lebensmittelkauf“.

Die in den Polizeiberichten verzeichneten Unruhen und Demonstrationen folgten immer demselben Muster. Die im Eingangszitat dargestellten Situationen sind dafür als exemplarisch zu nehmen: Auch nach unzähligen Stunden des Anstehens konnten aufgrund des Mangels oft nicht alle Wartenden die ihnen zugeteilten Rationen an bestimmten Lebensmitteln erstehen – trotz der bereits 1915 beginnenden Versuche, die Lebensmittel mithilfe von Lebensmittelmarken und über „Verschleißstellen“ besser zu verteilen.²³ Hunderte, zuweilen Tausende, meist Frauen,²⁴ blieben „unbefriedigt“, wie es in den Quellen heißt. In dieser heiklen Situation löste nicht selten der Verkaufsstopp – oder auch eine Intervention der Sicherheitswachen – „Vorkommnisse“ aus. Von lautstarken Beschwerden und wüsten Beschimpfungen bis hin zu „Exzessen“ wie dem Einwerfen von

22 Kriegstagesereignisse (KTE). 3.11.1916, AdBDW, K 1916 Okt.-Dez. KTE, M. 1916 versch. Akte November, Pr.Z. 34704, o. Bl.

23 Siehe z. B. Hämmerle, *Der Erste Weltkrieg*, S.224f.

24 Aus den Kriegstagesereignissen geht hervor, dass nicht nur Frauen, sondern auch Männer und schulpflichtige Kinder um Lebensmittel anstanden.

Schaufenstern oder gewalttätigen Angriffen und Demonstrationen konnte alles Mögliche unter diesen Begriff fallen. Entstanden Protestzüge aus Unmutsszenen, zogen die beteiligten Frauen und Jugendlichen oft an Orte der lokalen oder staatlichen Macht – wenn sie nicht zuvor von Sicherheitswachen auseinander getrieben worden waren. Bezirksmagistrate, das Rathaus oder auch das Kriegsministerium waren Ziel der Demonstrationen. Dort verlangten die Protestierenden Einlass, und es gelang ihnen bisweilen, ihre Beschwerden vorzubringen. Diese schwierige Situation auf Wiens Plätzen, Märkten und Straßen wurden von der Polizei nicht nur genau überwacht und durch diverse Maßnahmen (etwa das Verbot, sich vorzeitig vor Geschäften anzustellen²⁵) zu kontrollieren versucht. Die protokollierten Vorkommnisse wurden zudem an den Statthalter Niederösterreichs sowie an das Ministerium des Innern weitergegeben.²⁶

Die Berichte wurden vor der Weiterleitung mitunter stark redigiert, was sich an den im Archiv der Polizeidirektion aufbewahrten Entwürfen nachvollziehen lässt. Im folgenden Beispiel wurde der Teil gestrichen, in dem auf die revoltierenden Frauen aufmerksam gemacht wird: „Die Ansammlungen der Kunden halten an und ein grosser Teil bleibt unbefriedigt. So stellen sich beispielsweise im III. Bez[irk] in der Viktualienmarkthalle, wo der Verkauf erst um 7 Uhr früh beginnt, täglich ab 12 Uhr nachts Käufer an, deren Zahl in kurzer Zeit bis auf ungefähr 1200 wächst. Nur etwas mehr als die Hälfte derselben kann Mehl bekommen. *Wiederholt suchen Frauen in erregter Weise bei den den Einlasse zu den Geschäften regelnden Wachorganen mit der Begründung Abhilfe, dass sie nicht mehr wüssten, wie sie ihre Familien verköstigen sollen. Die in diesem Belange wahrgenommene Verzweiflung fordert dringende Vorkehrungen, da namentlich in den äusseren Bezirken Ausschreitungen nur schwer hintangehalten werden könnten.*“²⁷ Die Streichungen scheinen die Berichte zu entschärfen bzw. zu versachlichen; teilweise entsteht der Eindruck, dass politische Stellungnahmen der Beamten und ihre Parteinahme für die hungernde Bevölkerung bereinigt wurden, wie ein anderes Beispiel zeigt: „Über den Mangel an Fett [...] wurde allgemein [in herben Worten]

25 Teilweise begannen die Menschen sich schon am Abend zuvor bei den Verkaufsstellen anzustellen.

26 Wien war bis 1920/21 ein Teil Niederösterreichs. Zur „administrative road map“ der staatlichen Stellen, die für die Wiener Bevölkerung spürbar waren, siehe Healy, Vienna, S.11-13.

27 KTE 1.7.1916, AdBDW, K. 1916 Mai-Sept. KTE, M. 1916 versch. Akte Juli, Pr.Z. 29325. Kursiver Text gestrichen, Worte in der eckigen Klammer im bereinigten Bericht ergänzt, o. Bl.

geklagt. *In herben Worten bespricht die Bevölkerung die Gleichgültigkeit, mit der die Regierung den Machenschaften der Viehhändler gegenübersteht und erblickt darin einen Beweis der Ohnmacht gegen das wucherische Treiben einiger weniger. Der Not des Volkes in diesem Belange wenigstens einigermaßen abzubelfen, wird zum zwingenden Gebot, wenn es nicht zu Ausschreitungen kommen soll.*²⁸

Die Nahrungsmittelunruhen in der zweiten Hälfte des Ersten Weltkrieges gefährdeten die sogenannte „Heimatfront“ ernsthaft, zeigten sie doch, trotz der Deklaration des Haushaltes zum „wirtschaftliche[n] Schützengraben“²⁹, die Grenzen auf, wieweit die Bevölkerung mobilisiert werden konnte, um das gesamte Hinterland für den Krieg zu nutzen. Die Proteste, die in Wien³⁰ im „Hungerwinter“ 1916 einsetzten, wurden vor Beginn der großen Streikwellen im Mai 1917 und Jänner 1918 in Gemeinderatssitzungen, Versammlungen von Gewerkschaften wie der Metallarbeiter, sozialdemokratischen Vereinen oder Frauenorganisationen diskutiert.³¹ In den Tageszeitungen dagegen wurde kaum über die Proteste berichtet. Ein Grund dafür war die Kriegszensur.³² Denn die Tumulte auf

28 KTE 12.8.1916, AdBDW, K. 1916 Mai-Sept. KTE, M. 1916 versch. Akte August, KTE 12.8.1916, Pr.Z. 31416, Bl. 5f. Kursiver Text gestrichen, Worte in der eckigen Klammer im bereinigten Bericht ergänzt.

29 Bauer, Frauen, S.305.

30 Ähnliche Proteste gab es auch in anderen Städten im westlichen Teil der Monarchie, wie etwa in Graz (siehe Unfried, Arbeiterprotest, S.72-80), Salzburg (siehe Bauer, Frauen) oder Linz und Steyer bereits im Oktober 1915 (siehe Gabriella Hauch: Frauen.Leben.Linz. Eine Frauen- und Geschlechtergeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Linz 2013, S.167-174). Gabriella Hauch spricht für Oberösterreich von einer Zäsur bereits im Herbst 1915.

31 Exemplarisch: Sozialdemokratischer Verein für Bruck a.d.M. und Umgebung. Vereinsversammlung in Kapfenberg, 28.7.1917, ÖStA, AVA, MdI, Präsidium 15/3, K. 1646 1917, Präsidium der k.k. steiermärkischen Statthalterei, Pr.Z. 1800, Gz. 14898/M.I.; Österr. Metallarbeiterverband. Versammlung, 6.10.1916, ÖStA, AVA, MdI, Präsidium 15/3, K. 1645 1915-1916, k.k. Polizeidirektion in Wien, Pr.Z. 33557, Gz. 23074/M.I.; Frauen Reichskonferenz in Wien [der Reichsorganisation der Hausfrauen Österreichs – d. A.], 27.10.1916, ÖStA, AVA, MdI, Präsidium 15/3, K. 1645 1915-1916, k.k. Polizeidirektion in Wien, Pr.Z. 33723/1, Gz. 25018/M.I.

32 Zu den repressiven Maßnahmen, mit denen die k.u.k. Monarchie Opposition zum Krieg zu verhindern bzw. Stabilität zu erhalten suchte, gehörten neben der Zensur von Presse und (privatem) Briefverkehr auch das Verbot von politischen Versammlungen sowie das Regieren per Verordnung, sodass der Reichsrat bis 1917 nicht zusammentrat. Siehe Sabine Schmitner: Sabotage?! Passive Resistenz von Rüstungsarbeiterinnen in der k.u.k. Munitionsfabrik Wöllersdorf während des Ersten Weltkriegs, in: ÖGL, 2012, H. 3, S.259-271; Tamara Scheer: Das k.(u).k. Kriegsüberwachungsamt und die Zensurfrage. Ein Beitrag zur Sicherung der Heimatfront, in: Journal for Intelligence, Propaganda and Security Studies, 2007, H. 2, S.70-82.

den Märkten und Straßen bildeten schon alleine durch ihr Zurschaustellen staatlichen Unvermögens eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und für die Monarchie mit ihrem „Ernährungsregime“³³.

Die Hungerproteste waren allerdings indirekt in den Zeitungen präsent. So wurden etwa die Gefahren des Anstellens lange und ausführlich besprochen. Ebenso wie die sorgsam verzeichneten Proteste und Unruhen eine Gefahr für die Ruhe an der Heimatfront darstellten, untergruben sie das Geschlechterverhältnis, das dafür sorgte, dass die Männer für ihre Familien und das Vaterland in den Krieg zogen, während die Frauen zu Hause mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen das Weiterleben sicherten.³⁴ Ein in der „Arbeiterzeitung“ geschilderter Fall vom 29. September 1916 zeigt den Druck, dem Frauen ausgesetzt waren. Er macht auf dramatische Weise deutlich, wie die Nichtbewältigung der Zwangslage, Nahrungsmittel zu aufwendig organisieren zu müssen, dazu führte, die Versorgungspflichten gegenüber den Kindern nicht immer adäquat erfüllen zu können: Eine Mutter ließ ihr Kind unbeaufsichtigt mehrere Stunden zu Hause, während sie um Essen anstand. Das Kind spielte mit Zündhölzern, zündete sich dabei selbst an und starb einige Tage später im Spital.³⁵ So war denn auch die Verwahrlosung der Jugend ein gängiger Topos der öffentlichen wie der internen Berichterstattung.

Der öffentliche Raum: kein Raum für Frauen?

Die zeitgenössische Beurteilung der Ausschreitungen und Demonstrationen infolge der Approvisierungsschwierigkeiten hing mit dem Verständnis von Politik als institutionalisiertem männlichem Handlungsfeld zusammen, das Öffentlichkeit ebenfalls als ausschließlich männlich besetzten Aktionsraum für politisches Handeln begriff. Die Geschlechterdifferenz war eine politische, in dem Sinn, dass das politische Zusammenleben in bürgerlichen, kapitalistischen Gesellschaften entlang dieser Differenz strukturiert wurde: den Männern die „öffentliche“ politische Arena, den Frauen das „private“ Familienleben.³⁶ Karen Hagemann

33 Siehe Auf der schiefen Ebene, in: Arbeiter-Zeitung, 27.9.1916, S.1f., hier S.2.

34 Siehe Healy, Vienna, S.258-299.

35 Die Mutter stellt sich an – das Kind verbrennt, in: Arbeiter-Zeitung, 30.9.1916, S.4.

36 Siehe Eva Kreisky: Gegen „geschlechthalbierte Wahrheiten“. Feministische Kritik an der Politikwissenschaft im deutschsprachigen Raum, in: Dies./Birgit Sauer (Hrsg.): Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft. Eine Einführung, Frankfurt/Main u. a. 1995, S.27-62.

wies in ihrer Studie zu männlichen und weiblichen Protestformen während der Weimarer Republik darauf hin, wie wirkmächtig die Zuordnung von „öffentlich=männlich“ und „privat=weiblich“³⁷ war und wie sehr Öffentlichkeit und Politik miteinander zusammenhingen.³⁸ Demzufolge kann nicht nur die Militarisierung von politischen Manifestationen in den 1920er- und 1930er-Jahren als Grund dafür genannt werden, dass so wenige Frauen sichtbarer Teil von Demonstrationen waren. Vielmehr sei, so Hagemann, der grundsätzlich männlich definierte Charakter von Öffentlichkeit mitverantwortlich gewesen. Die Hungerdemonstrationen im Ersten Weltkrieg hingegen hätten in weiblich konnotierten Bereichen des öffentlichen Raums stattgefunden, nämlich in jenen, die der reproduktiven Arbeit gewidmet waren.³⁹ So scheint sich auch in den historischen Analysen der Protestformen zu spiegeln, was das bürgerliche Geschlechterkonzept auszeichnete: Gewaltförmiges Protest-Handeln von Frauen wurde verdeckt.

In eine ähnliche Richtung argumentiert Lynne Taylor, die in ihrem Aufsatz „Food Riots Revisited“ feststellt, dass sich Hungerdemonstrationen im frühen 20. Jahrhundert durch drei Eigenschaften auszeichneten: Erstens, während an ähnlichen Protesten in Europa vom 17. bis ins frühe 19. Jahrhundert Männer und Frauen gleichermaßen beteiligt waren, hätten sich die Männer im 20. Jahrhundert aus solchen Protesten herausgezogen. Erklärt werden könne das mit der Zuständigkeit von Frauen für alle Aufgaben des Haushalts genauso wie mit der Entstehung organisierter

37 Die Unordnung der Geschlechterverhältnisse im Ersten Weltkrieg lässt sich auch daran erkennen, dass sich die Trennung der Sphären nicht aufrechterhalten ließ: „(D)er Erfolg ihrer (der „guten Hausfrau“ – d.A.) Wirtschaftlichkeit entscheidet sich nicht in der Kammer und am häuslichen Herde, sondern durch hartnäckige Geduld auf dem Bürgersteig! Mehr als der Mann ist da die Frau ein ‚öffentliches Wesen‘ geworden!“ Die Sorge des Haushalts, in: Arbeiter-Zeitung, 24.9.1916, S.1.

38 Die Debatte um die Konzeptionalisierung privater und öffentlicher Sphären ist freilich vielschichtig. So weist etwa Leonore Davidoff darauf hin, dass eine schlichte Ingleichsetzung des Privaten mit Haus bzw. Familie und die Gedankenfigur der primären Vergesellschaftlichung von Frauen über die Familie den historischen Realitäten nur ungenügend gerecht würden (siehe Leonore Davidoff: „Alte Hüte“. Öffentlichkeit und Privatheit in der feministischen Geschichtsschreibung, in: L'Homme. Z.F.G., 1993, H. 2, S.7-36). Sabine Lang macht darauf aufmerksam, dass auch die Gleichsetzung von öffentlich mit politisch nicht immer treffend sei (siehe Sabine Lang: Öffentlichkeit und Geschlechterverhältnis. Überlegungen zu einer Politologie der öffentlichen Sphäre, in: Kreisky/Sauer (Hrsg.), Standpunkte, S.83-121).

39 Siehe Hagemann, Men's Demonstration.

und formalisierter Orte von politischer Beteiligung, wie etwa die Gewerkschaften, die trotz relativ hohen Anteils an arbeitenden Frauen bis weit in die Zweite Republik eine Männerdomäne blieben.⁴⁰ Diese Diagnose trifft aber auf die Hungerdemonstrationen im Ersten Weltkrieg nur zum Teil zu. Immer wieder waren bei Ausschreitungen und Krawallen auch Männer beteiligt.

Zweitens würden diese Proteste, Taylor zufolge, an Orten entstehen, an denen sich „natürlicherweise“ Menschen versammeln und sich nur selten an Orte institutionalisierter Politik verlagern. Damit hinge auch der spontane Charakter derartiger Protestformen zusammen.⁴¹ Auch dieser Befund ist nur teilweise für die untersuchten Proteste im Wien der Kriegsjahre festzustellen: So gibt es Anzeichen für verabredete Störaktionen,⁴² ebenso wie sich diese regelmäßig vor und in institutionalisierten Orten von Politik abspielten.

Nicht zuletzt verweist Taylor darauf, dass drittens die Proteste durch pragmatische Forderungen (ökonomische und soziale) charakterisiert seien, die in Reaktion auf Missstände artikuliert wurden.⁴³ Doch zeigte sich, dass während des Ersten Weltkrieges Friedensforderungen, also politische, schon früh im Rahmen dieser Protestformen artikuliert wurden.

Über die bisherigen Überlegungen hinausgehend, müssen folglich für den Wiener Fall Besonderheiten festgehalten werden: Dadurch, dass die Demonstrationen über die Marktgrenzen hinweg zu den Repräsentanten von Staatlichkeit und Macht getragen wurden, wurde öffentlicher – und damit auch politischer – Raum von den beteiligten Frauen sichtbar zu dem ihren gemacht. Weiter lässt sich anhand der Stimmungsberichte zeigen, dass die Proteste, wie aus den Polizeiberichten hervorgeht, sehr wohl als für den Staat gefährlich verstanden und behandelt wurden.

Als weiteres Moment in den Hungerprotesten ist neben dem Überschreiten zugewiesener Räume die Transgression der dem weiblichen bür-

40 Siehe auch Gabriella Hauch: „Arbeite Frau! Die Gleichberechtigung kommt von selbst“? Anmerkungen zu Frauen und Gewerkschaften vor 1914, in: Dies.: Frauen bewegen Politik, Österreich 1848-1938, Innsbruck u. a. 2009, S.105-127.

41 Den beschreiben auch andere AutorInnen. Siehe Healy, Vienna, S.31-86; Unfried, Arbeiterprotest, S.71-79; Hagemann, Men's Demonstration; Belinda J. Davis: Home fires burning. Foods, politics, and everyday life in Berlin in World War I Berlin, Chapel Hill 2000.

42 Siehe Healy, Vienna, S.31-86.

43 Siehe Lynne Taylor: Food Riots Revisited, in: Journal of Social History, 1996, H. 2, S.483-496.

gerlichen Geschlechtscharakter eingeschriebenen Verhaltensweisen⁴⁴ zu nennen. Denn, wie Hanna Hacker in ihrer Studie „Gewalt ist: keine Frau“ feststellte, signalisiert(e) Gewaltbereitschaft in vielen sozialen Kontexten Männlichkeit.⁴⁵ Die Beschreibung von Gewalt und gewaltförmigem Handeln von Frauen lässt sich in den Polizeiberichten indes zahlreich finden. So beschimpften Frauen Wachmänner etwa als „Gfraster, ausgefressener Kerl“ oder drohten mit „reisst den ausgefressenen Wachter herunter“.⁴⁶ Frauen riefen zu Gewalttaten auf und begingen sie; sie stürmten Geschäfte und schlugen Fensterscheiben ein, warfen Steine auf die Sicherheitswachen und verletzten andere bzw. wurden bei Raufhändeln selbst verletzt. Im Stimmungsbericht vom 5. Oktober 1916 heißt es etwa: „Weiters haben sich Fälle ereignet, dass bei unvorhergesehenen Lebensmittelverkäufen sich plötzlich Menschenmengen angesammelt haben, wobei es unter den Nicht-Befriedigten zu größeren Exzessen gekommen ist, so dass die Sicherheitswache einschreiten musste. Solches ereignete sich am 3. d[es] M[onats] im XIX. Bez[irk], wo am Schlusse eines Mehlverkaufes die Abgewiesenen in das Geschäftslokal einzudringen suchten und den 17jährigen Sohn der Geschäftsfrau misshandelten und schliesslich untereinander in eine Rauferei gerieten, wobei 4 Frauen leicht verletzt wurden.“⁴⁷ Dies war kein Einzelfall, wie die Polizeiberichte zeigen.

In den Massenausständen 1917 und 1918 spielten Frauen eine lautstarke Rolle. Das hing sicherlich auch mit dem ansteigenden Anteil von Arbeiterinnen an Belegschaften in kriegsindustriellen Bereichen zusammen – auch wenn dieser in manchen Betrieben schon vor dem Krieg relativ hoch war.⁴⁸ Arbeiterinnen waren zudem nicht in demselben Maße wie die Männer vom Kriegsleistungsgesetz betroffen, das de facto arbeitsrechtliche Errungenschaften wieder aufgehoben hatte und mit dem z. B. widerständige Arbeiter „einrückend gemacht“ (also eingezogen) werden konn-

44 Siehe Karin Hausen: Die Polarisierung der „Geschlechtscharaktere“. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben, in: Werner Conze (Hrsg.): Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas, Stuttgart 1976, S.363-393.

45 Siehe Hanna Hacker: Gewalt ist: keine Frau. Der Akteurin oder eine Geschichte der Transgressionen, Königstein am Taunus 1998, S.18-20.

46 Stimmungsbericht vom 28.9.1916.

47 Stimmungsbericht vom 5.10.1916, AdBDW, K. Stb. 1916 2 Bücher, Stb.a.d.K. IV. 1916, Bl. 3.

48 Siehe dazu die grundlegende Studie: Sigrid Augeneder: Arbeiterinnen im Ersten Weltkrieg. Lebens- und Arbeitsbedingungen proletarischer Frauen in Österreich, Wien 1987.

ten.⁴⁹ Interessanterweise wurden Arbeiterinnen von der Polizei als radikaler wahrgenommen, obwohl der über die Kriegsjahre gestiegene Anteil von Streikenden unter den Arbeiterinnen 1917 immer noch unter dem bei ihren männlichen Kollegen lag (23,6 Prozent gegenüber 26,7 Prozent). Berthold Unfried führt dies auf besonders auffällige Verhaltensformen der Arbeiterinnen während der Streiks zurück, die z. B. mit lautem Schreien vor den Betrieben die Streiks auslösten.⁵⁰ Als auffällig galten widerständige Frauen meines Erachtens aber schon alleine deswegen, weil sie durch das Überschreiten zugeschriebener Verhaltensweisen geräuschvoll in die politische Öffentlichkeit einbrachen.

Intersektionalität: Klasse, Geschlecht und Ethnifizierung der Protestierenden

Allein, die historische Beurteilung von Frauen und deren Handlungsräumen im Rahmen der Protestbewegungen ist nicht nur entlang des Geschlechterverhältnisses zu interpretieren. Die grundlegende Relationalität historischer sozialer Kategorien ist in den Debatten der letzten Jahre vor allem unter dem Stichwort der „Intersektionalität“⁵¹ erörtert worden. Unter diesem Aspekt ist zu prüfen, ob und wieweit seitens der Polizei bei der Beurteilung weiblichen Protestverhaltens auch Kategorien sozialer, ethnischer und religiöser Zugehörigkeit zum Tragen kamen.

Auffallend ist z. B., dass in den Berichten eher tschechische Frauen und nicht die deutschsprachigen als besonders rebellisch und aufrührerisch beschrieben werden: „Nach mehreren Meldungen benützen besonders die czechische Weiber jede Gelegenheit, um ihre Notlage in den krassesten Farben zu schildern und auf ihre Umgebung aufreizend zu wirken.“⁵² Jüdische Flüchtlinge aus Galizien, die als KonkurrentInnen um die knappen

49 Siehe Unfried, Arbeiterprotest, S.62, sowie Schmitner, Sabotage?, S.260-262. In einigen Punkten wurden Arbeiterinnen dann schließlich 1917 den Arbeitern gleichgesetzt.

50 Siehe Unfried, Arbeiterprotest, S.58-71.

51 Der Begriff geht zurück auf: Kimberlé Crenshaw: Demarginalizing the Intersection of Race and Sex. A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory, and Antiracist Politics, in: University of Chicago Legal Forum, 1989, S.139-167; als Beispiel für rezente Theoriedebatten siehe: Cornelia Klinger/Gudrun-Axeli Knapp: Überkreuzungen: Fremdheit, Ungleichheit, Differenz, Münster 2008. Der zeitgenössische Begriff der „Klasse“ soll hier als Analysekategorie verwendet werden. Den Begriff „Ethnifizierung“ ziehe ich hier dem der „Ethnie“ vor, da Zugehörigkeiten und Abgrenzungen in den Quellen der k.k. Polizeidirektion mithilfe von Zuschreibungen bestimmter Eigenschaften erst hergestellt wurden.

52 Stimmungsbericht vom 5.10.1916, Bl. 1.

Lebensmittel angesehen und denen antisemitische Ressentiments entgegengebracht wurden, werden auf stereotype Weise als besonders hinterlistig beschrieben: „Im II. und XX. Bezirke macht sich eine gewisse Animosität gegen die jüdischen Flüchtlinge geltend, welche den ganzen Tag in den Strassen herumstreichen und jede Gelegenheit benützen, um alles Erreichbare zusammenzukaufen. Durch ihr rücksichtsloses Vorgehen geben sie häufig Anlass zu sehr erregten Szenen, die von der Wache nur mit Mühe beigelegt werden können. Es ist der Wunsch der einheimischen Bevölkerung, dass für die Flüchtlinge eigene Abgaben geschaffen werden.“⁵³

Dies fügt sich in Healys Beobachtung ein, wonach die Hungerproteste nicht von einem Kollektiv von Frauen geführt wurden, sondern dass dem ethnische Konflikte und antisemitische Ressentiments entgegenstanden.⁵⁴ Die nach Nahrung anstehenden Menschen waren auch sozial keine homogene Gruppe, wie anhand eines Hinweises auf den Ungerechtigkeit produzierenden Zeitfaktor beim Anstellen deutlich wird: „Infolge verspäteter Zufuhr kommt es, wie beispielsweise im XVI. Bez[irk] vor, dass der Kartoffelverkauf erst in den Nachmittagsstunden beendet wird. Dadurch werden die dem Arbeiterstande angehörigen Frauen besonders hart betroffen, da der mit dem Einkaufe verbundene Zeitverlust sie hindert, ihrem Erwerbe nachzugehen.“⁵⁵ Personen aus wohlhabenderen Schichten fanden zusätzliche Wege, die Lebensmittelversorgung sicherzustellen, und waren daher nicht im selben Maße betroffen.

Nicht zuletzt lässt sich anhand der Berichte der k.k. Polizeidirektion in Wien nachvollziehen, wie sehr die Legitimität und der Erfolg von Protestformen und der gewählten Mittel mit der gesellschaftlichen Positionierung der jeweiligen AkteurInnen zusammenhingen. Politisches Agieren war mit einem Set an bürgerlichen Verhaltensweisen und Eigenschaften verbunden, welche ebenfalls entlang des Geschlechterverhältnisses strukturiert waren. Eigenschaften, wie etwa Rationalität, Vernunft und Stärke waren im Allgemeinen männlich konnotiert, wo solche Eigenschaften Frauen nicht zugebilligt wurden, stellte sich ihr Protest auch nicht als politischer dar. Nicht immer war die Nivellierung des politischen Aspekts der Proteste so offensichtlich wie im folgenden Zitat: „[...] als wiederholte Aufforderungen ohne Erfolg blieben und die Arretierung angedroht wurde, fingen die Frauen an zu schimpfen, zu schreien und zu quietschen;

53 KTE 11.11.1916, AdBDW, K. 1916 Okt.-Dez. KTE, M. 1916 versch. Akte November, Pr.Z. 35057, Bl. 5f.

54 Siehe Healy, Vienna, S.1-27.

55 KTE 18.3.1916, AdBDW, K. 1916 Jänner-April KTE, M. versch. Akte März, Pr.24963, Bl. 6.

eine warf sich zu Boden, schlug mit Händen und Füßen um sich“.⁵⁶ Die ohnmächtige Wut der anstehenden Frauen wurde in den Stimmungsberichten immer wieder lächerlich gemacht und der Protest gegen die gesellschaftlichen Zustände damit in den Bereich unpolitischer (weiblicher) Emotionalität verschoben.

Nicht selten endeten Demonstrationen, die sich aus den „Vorkommnissen während der Anstellungen“ ergaben, mit direkten Vorsprachen einer kleinen Anzahl an Frauen vor Repräsentanten der Stadt bzw. der Monarchie. Dabei handelte es sich um eine Strategie des Bittstellens: eine Form der politischen, sozialen und persönlichen Einflussnahme von UntertanInnen.⁵⁷ Diese Form des politischen Agierens galt innerhalb anerkannter gesellschaftlicher Grenzen von Anstand und Würde als zulässig und deswegen für Frauen als eher geeignet.⁵⁸ Der Aspekt der Würde darf nicht unterbewertet werden; er war auch insbesondere innerhalb der ersten bürgerlichen Frauenbewegung integraler Bestandteil politischen Handelns. Alexia Bumbaris zeigt in ihrem Artikel zur ersten Frauentagsdemonstration am Wiener Ring, in welchem Ausmaß dieser Aspekt unter dem Blickwinkel der Wirksamkeit politischer Aktionen debattiert worden war.⁵⁹

Auch die staatlichen Verfolgungsinstanzen griffen das Argument der Würde auf. Im folgenden Beispiel wurde allein das Androhen „nicht würdevollen“ Verhaltens einer Wienerin mit polizeilicher Intervention geahndet: „Die in Wien, V. Margarethenstrasse Nr. 125 wohnhafte Viktualienhändlerin Marie K., die in dieser Versammlung als Rednerin auftrat und im Verlaufe ihrer Rede die Absicht äusserte, Seiner k. und k. apostolischen Majestät, wie sie es bereits einmal getan, eine Bittschrift zu überreichen und sich diesmal, um sicher gehört zu werden, vor dem Wagen Seiner k. und k. apostolischen Majestät niederzulegen, wurde vom k.k. Bezirks-Kommissariate Margarethen entsprechend verwarnt.“⁶⁰

56 Stimmungsbericht vom 28.9.1916.

57 Vor allem, wenn bedacht wird, dass 73 Prozent der Wiener Bevölkerung nicht wahlberechtigt waren. Siehe Healy, Vienna, S.24.

58 Ebenso verweist es auf den Bereich der Fürsorge: Der Herrscher gewährt allenfalls Bitten, um soziale Not zu lindern; ein gesetzlicher Anspruch (wie im modernen Sozialstaat) besteht dabei nicht. Mit Dank an Elisabeth Berger für den Hinweis.

59 Siehe Alexia Bumbaris: Das Aufbrechen hegemonialer Raumordnungen? Lesarten städtischen Raumes und der Demonstrationszug zum Wiener Frauentag 1911, in: Ariadne – Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte, 2012, Nr. 61, S.14-21.

60 Versammlung des demokratischen Wählervereins, 23.2.1918, ÖStA, AVA, MdI, Präsidio-

Resümee

Aufgrund der schlechten Versorgungslage kam es in Wien 1916 bis 1918 zu fast alltäglichen Hungerunruhen und Demonstrationen von Frauen. Diese Proteste nahmen die Behörden und Politiker als potenzielle Gefährdung der Geschlechterordnung und der Stabilität der Heimatfront wahr, wie sich aus den Polizeiberichten schließen lässt.

Mit Blick auf Polizeiberichte über politische und gewerkschaftliche Versammlungen während des Krieges wird evident, was eingangs angesprochen wurde. Die (un)organisierten Streiks als kollektive Handlungsformen der ArbeiterInnenbewegung korrespondierten mit den Hungerprotesten, auch wenn diese keine Vorläufer und keinen Ersatz für Streiks als Kampfmittel von ArbeiterInnen darstellten, zumal Streiks unter den Kriegsbedingungen nahezu unmöglich waren. Aber aufgrund ihrer Verbindungen mit Streikbewegungen oder auch mit Frauenorganisationen, die wiederum mit der Friedensbewegung verbunden waren, erhielten die Hungerproteste größere Sprengkraft. Die Streiks und die Proteste sind also nicht als isolierte Phänomene zu betrachten. Der Protest gegen den Nahrungsmittelmangel, der sich zuerst auf den Märkten und Straßen bemerkbar machte, war auch Anlass für Streikdrohungen und Ausstände, die sich formal streckenweise durchaus ähnelten.

Um die Stabilität in der Residenzstadt der Habsburgermonarchie zu gewährleisten, wurden die Proteste von den Sicherheitswachen beobachtet, protokolliert und zu kontrollieren versucht. Die vor allem von Frauen getragenen Proteste und deren besondere Protestformen werden in den Polizeiakten überwiegend als apolitisch beschrieben. Auch in der Forschungsdebatte über derartige Protestformen lassen sich ähnliche Argumentationsmuster finden, die eine Differenz zwischen politischem und sozialem bzw. ökonomischem Protest ausmachen.

Diese Klassifizierung berührt mehrere Dimensionen: Die Hungerdemonstrationen und -unruhen entstanden spontan aus Frustration und existenziellen Ängsten heraus und waren nur in Ausnahmefällen mit organisierter oder parteipolitischer Rahmung versehen. Zudem war (und ist) politisches Handeln mit Vorstellungen von (männlich zugewiesener) Öffentlichkeit und formalen, institutionellen Organisationsformen verbunden. Und nicht zuletzt wurde das gewalttätige und den üblichen Vorstellungen nicht adäquate Verhalten von Frauen der bürgerlichen Geschlech-

terdichotomie folgend als irrationaler Ausdruck von Gefühlen interpretiert und nicht als Form politischer Artikulation.

Abgesehen davon, dass es auch Berichte über abgesprochene Hungerproteste gab, ist allein das Faktum, dass tumultartigen Szenen oft Demonstrationen und Kundgebungen an Orten der staatlichen Macht folgten, ein Indiz dafür, dass diese als politisch verstanden werden müssen. Politisch in dem Sinne, dass Mittel und Wege gesucht wurden, eigene Anliegen gegenüber dem Staat zu artikulieren und gesellschaftliche Verhältnisse zu beeinflussen.

Krise als Emanzipationsschub?

Beschäftigungsbedingungen für Arbeiterinnen am Beispiel mecklenburgischer Rüstungsbetriebe 1914 bis 1918¹

Antje Strahl

Während der industriellen Revolution, die sich in Deutschland am Ende des 18. und im Verlauf des 19. Jahrhunderts ihre Bahn schlug,² setzte mit dem maschinellen Fortschritt auch ein Wandel im Berufsbild der außer Haus und lohnabhängig beschäftigten Frauen ein. Zunächst weniger im Maschinenbau oder in der Hüttenindustrie als vielmehr in den verarbeitenden Branchen, vor allem in Textilfabriken, mussten immer mehr ledige und verheiratete Frauen die Einkommen ihrer Familien stützen.³ Die Frauenrechtlerin und Sozialdemokratin Clara Zetkin wertete diese Entwicklung 1889 als Neuorientierung. Sie schrieb: „Die in die Fabrik verlegte Thätigkeit der Frau vernichtete das übliche Familienleben, legte aber auch den ersten Grundstein zu der ökonomischen Unabhängigkeit, damit überhaupt zu der Emanzipation des weiblichen Geschlechts.“⁴

Folgt man streng dieser Auffassung, so müsste der Erste Weltkrieg als Emanzipationsschub für die Frau in der Gesellschaft gewirkt haben: Durch die Mobilisierung von Millionen arbeits- und leistungsfähiger Männer für die Schlachtrgräben an der Front avancierte die Arbeitskraft der Frauen zu einem hohen Gut für die Wirtschaft; insbesondere die mit umfangreichen Heeresaufträgen versehenen Rüstungskonzerne konnten ohne Arbeiterinnen ihre Produktionsauflagen nicht mehr einhalten. Es gilt zu prüfen, in welchem Maße die Umstände des Krieges tatsächlich zu

1 Der vorliegende Aufsatz stützt sich teilweise auf Forschungsergebnisse der von der Autorin an der Universität Rostock eingereichten Dissertation „Von der Friedens- zur Kriegswirtschaft. Das Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin im Ersten Weltkrieg (1914-1918)“.

2 Siehe allgemein etwa Hans-Werner Hahn: Die industrielle Revolution in Deutschland, München 2005; Friedrich-Wilhelm Henning: Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Bd. 2: Die Industrialisierung in Deutschland 1800 bis 1914, Paderborn 1993; David S. Landes: Der entfesselte Prometheus. Technologischer Wandel und industrielle Entwicklung in Westeuropa von 1750 bis zur Gegenwart, München 1983.

3 Siehe Jürgen Kocka: Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen. Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert, Bonn 1990, S.121-124, 462-473.

4 Clara Zetkin: Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart, Berlin 1889, S.9.

einer Gleichstellung von Arbeiterinnen mit ihren männlichen Kollegen führten, und ob diese Entwicklung als ein Schritt auf dem Wege ihrer Emanzipation gewertet werden kann.

Den Forschungsraum der folgenden Untersuchung bilden nicht die großen deutschen Industriekonzerne etwa im Ruhrgebiet oder im Süden des Landes. Eine Reihe von wissenschaftlichen Studien, die die Arbeiterschaft und ihre Entwicklung während des Ersten Weltkrieges zum Forschungsgegenstand gewählt hat, stützt sich bereits auf die typischen Zentren der Industrialisierung,⁵ die in Großstädten, Ballungsgebieten und eben den Abbaugebieten von Kohle lokalisiert sind. Weitestgehend unerforscht sind indessen die im Abseits gelegenen mittelständischen Betriebe und kleineren Fabriken, die aber nichtsdestotrotz vor den gleichen Problemen standen wie die großen Unternehmen, vor allem infolge des Arbeitskräftemangels. Der vorliegende Aufsatz soll dazu beitragen, dieses Desiderat zu beheben.

Arbeitskräftemangel in rüstungsrelevanten Betrieben

Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts wies kein Bundesstaat des Deutschen Reiches eine so geringe Bevölkerungsdichte wie die beiden Großherzogtümer Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz auf.⁶ Beide Länder waren als ostelbische Flächenstaaten agrarisch geprägt, und nur in den mittelgroßen Städten – Großstädte fanden sich hier nicht – ging die Bevölkerung auch industrieller Beschäftigung nach. Gelegen an der Peripherie des Reiches, nicht ausgestattet mit natürlichen Rohstoffvorkommen und ohne bedeutsame Handelsknotenpunkte fehlten Mecklenburg die Voraussetzungen für einen industriellen Aufschwung. Doch

5 Siehe etwa Ute Daniel: Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft. Beruf, Familie und Politik im 1. Weltkrieg, Göttingen 1989; Gerald D. Feldman: Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914 und 1918, Berlin-Bonn 1985; Gunther Mai: Kriegswirtschaft und Arbeiterbewegung in Württemberg 1914-1918, Stuttgart 1983; Volker Ullrich: Die Hamburger Arbeiterbewegung vom Vorabend des Ersten Weltkrieges bis zur Revolution 1918/19, 2 Bde., Hamburg 1976; Reinhard Rürup (Hrsg.): Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Studien zur Geschichte der Revolution 1918/19, Wuppertal 1975.

6 Nach der letzten statistischen Erhebung vor Kriegsbeginn, im Jahre 1907, lebten in Mecklenburg-Schwerin 48,8 Einwohner pro Quadratkilometer, in Mecklenburg-Strelitz sogar lediglich 36,3. Der Reichsdurchschnitt lag bei 120 Einwohnern pro Quadratkilometer. Siehe Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, hrsg. vom Kaiserlichen Statistischen Amte, Berlin 1914, S.1.

die sich rasant entwickelnde Industrialisierung im Deutschen Reich war auch am ländlichen Mecklenburg nicht gänzlich spurlos vorübergegangen, wengleich sie sich hier verzögert und in einem weitaus geringeren Maße vollzog als in anderen Bundesstaaten. Zwischen 1895 und 1907 war die Zahl der in der Industrie Beschäftigten von fast 185.000 auf mehr als 203.000 Personen angewachsen, während sie in der Landwirtschaft von etwa 345.000 auf 331.000 sank. Es dominierten die Agrarwirtschaft und ihr verwandte Arbeitsbereiche wie etwa die Forstwirtschaft den Arbeitsmarkt. Im Ganzen fanden sich in Mecklenburg 1907 lediglich 20 Großbetriebe mit mehr als je 200 Arbeitern. Der größte war die Neptunwerft in Rostock, wo 962 Personen beschäftigt waren.⁷

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges traf die Unternehmen und Betriebe in unterschiedlicher Weise: Auf der einen Seite standen vor allem landwirtschaftliche Arbeitgeber sowie kleinere und mittelständische Handwerksbetriebe, die teilweise in doppelter Weise belastet wurden. Als unqualifiziert eingestufte Arbeitskräfte wie Landarbeiter galten als abkömmlich und entbehrlich und wurden in größerer Zahl zum Militär eingezogen als Männer, die an Maschinen und modernen Arbeitsgeräten ausgebildet waren und nun für die Rüstung produzierten.⁸ Ähnlich erging es Handwerkern, Gesellen und Lehrlingen. Da sie häufig in einem kleineren Familienunternehmen tätig waren, stellte ihr Fortgang durch Einberufung oder freiwillige Meldung den Betrieb vor enorme Schwierigkeiten: Zum einen stagnierte durch das sich schlagartig einstellende Gefühl der Unsicherheit mit Kriegsbeginn der Abschluss neuer Produktionsaufträge, bereits bestehende wurden vielfach storniert, zum anderen waren die noch abgeschlossenen Verträge kaum ausführbar, wenn kein Personal mehr vorhanden war. Kredite wurden kaum noch gewährt.⁹ Nicht wenige Handwerksbetriebe waren genötigt, im Laufe der Monate und Jahre zu schließen.¹⁰

7 Siehe 3. Mecklenburgische Landes-Gewerbe- und Industrie-Ausstellung, Schwerin 1911, S.51.

8 Siehe Jürgen Kocka: Klassengesellschaft im Krieg, Göttingen 1978, S.85f.

9 Schreiben des Reichskanzlers an das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten Schwerin, 25.8.1914, Landeshauptarchiv Schwerin (LHAS), 5.12-3/1, Nr. 11.464, Bl. 7.

10 Bei Kriegsausbruch verzeichnete die Statistik für beide Mecklenburg insgesamt 19.000 selbstständige Handwerksbetriebe. Allein während der ersten 14 Kriegsmomente standen fast 3.900 mecklenburgische Handwerker im Kriegsdienst, und 2.464 Betriebe waren stillgelegt worden. Bis 1916 erhöhten sich diese Zahlen auf annähernd 5.800 Kriegsdienstleistende und mehr als 3.700 geschlossene Werkstätten. Das entsprach einer Stilllegungsrate von fast 20 Prozent. Siehe Hermann Schwabe: Das mecklenburgische Handwerk im Kriege, in: Mecklenburg im Kriege. Der Heimat und ihren Kämpfern gewidmet von der Mecklenburgischen Zeitung Schwerin, Schwerin 1918, S.139-143, hier S.140, 143.

Dagegen erhielten Unternehmen, die durch ihre Spezialisierung in den Bereichen Maschinenbau, chemische oder Stahlindustrie zu sogenannten Rüstungsbetrieben, also zur Kriegsindustrie,¹¹ gehörten und den enormen Bedarf an Kriegsmaterial und Ausrüstung für das Heer decken sollten, umfangreiche Produktionsaufträge durch die Heeresverwaltung. Dennoch trafen Einberufungsbescheide auch Arbeiter in jenen Betrieben, die für die Kriegsführung von großer Bedeutung waren. Zu diesen gehörte die Rostocker Neptunwerft. Bis Kriegsausbruch hatte sich die Zahl der hier angestellten Arbeiter auf 2.200 erhöht. Anfang November 1914 standen 40 Prozent von ihnen laut Angaben der „Mecklenburger Nachrichten“ im Heeresdienst.¹²

Inwieweit in der Werft mit der Beauftragung zum Bau von zunächst sechs Minensuchbooten im Dezember 1914¹³ das Personal wieder aufgestockt wurde, ist nicht bekannt. Es ist aber wahrscheinlich, da Einberufungen von der Relevanz eines Betriebes für die Heeresführung abhingen. So entlastete man die Eisenbahnen, die während der ersten Kriegswochen durch umfangreiche Truppen-, Material- und Provianttransporte an die Fronten von höchster Bedeutung waren, besonders von Einberufungen. Im August 1914 beschäftigte die mecklenburgische Friedrich-Franz-Eisenbahn etwa 6.000 Beamte und Arbeiter, doch nur 250 (4,2 Prozent) wurden einberufen. Bis 1917 wandelte sich dieses Bild. Mit 2.150 (35,8 Prozent) eingezogenen Mitarbeitern hatte sich die Zahl der im Kriegsdienst Stehenden bis dahin fast verzehnfacht.¹⁴

Insbesondere die größeren Rüstungsbetriebe, die bereits in der Vorkriegszeit in geschäftlichen Beziehungen zum Militär standen, besaßen

11 Gerhard Bry schlug 1960 eine Einteilung von Wirtschaftsbetrieben in drei Gruppen vor: „predominantly civilian industries“, vertreten durch die Nahrungsmittel-, Bekleidungs-, Textil- und Papierdruckindustrie, „war industries“ mit den Branchen Metall-, Maschinen-, chemische und Elektroindustrie sowie die „intermediate group“, zu der die Holz-, Papier-, Leder- und Steinverarbeitende Industrie zählte (siehe Gerhard Bry: *Wages in Germany 1871-1945*, Princeton NJ 1960, S.193f.). Ute Daniel übernahm diese Einteilung mit den deutschen Begriffen Friedensindustrie, Kriegsindustrie sowie Zwischengruppe zwischen diesen beiden Industrien (siehe Daniel, *Arbeiterfrauen*, S.284, Anm. 8).

12 Siehe *Mecklenburger Nachrichten*, 5.11.1914.

13 Siehe Hans Mehl: *Der Kriegsschiffbau auf der Neptunwerft Rostock 1914-1945*, in: *140 Jahre Eisenschiffbau in Rostock*. Symposium am 31. März 1990 in der Schiffswerft Neptun/Rostock, hrsg. von der Pressestelle der Schiffswerft Neptun/Rostock, Berlin 1991, S.78-82, hier S.78.

14 Siehe *Die Großherzoglich Mecklenburgische Friedrich-Franz-Eisenbahn in den Kriegsjahren 1914-1917*, in: *Mecklenburg im Kriege*, S.152-156, hier S.153.

günstigste Voraussetzungen zur Erlangung weiterer Aufträge. Von Rüstungsaufträgen profierten etwa die Firma R. Dolberg, Maschinen- und Feldbahnfabrik in Rostock, die komplett auf den Bau von Militärfahrzeugen umstellte,¹⁵ und die Van Tongelschen Stahlwerke in Güstrow,¹⁶ die nach ihrer Stilllegung im August 1914 bereits im November desselben Jahres schon wieder Stahlgussgranaten für die Königliche Geschossfabrik in Spandau herstellten.¹⁷ In den ersten beiden Kriegsjahren nahm die Heeresverwaltung auch die Sprengstoffwerke in Dömitz, die Wagenbau-AG in Wismar und die ebenfalls dort ansässige Paul Heinrich Podeus in Wismar, Automobil- und Wagenfabrik,¹⁸ die Geschossfabrik Wilhelm Müller in Teterow¹⁹ und die Maschinenfabrik Heinrich Voß in Güstrow unter Vertrag.²⁰

Wenngleich diese Firmen durch ihren Status als kriegswichtige Betriebe weiterhin mit einer relativ großen Arbeiterschaft tätig sein konnten, machte sich in Mecklenburg erstmals 1915 der Arbeitskräftemangel bemerkbar. Zunächst war es allerdings nicht die Rüstungsindustrie, die von einer Produktionseinschränkung bedroht war. Vielmehr deutete sich 1915 in den Zuckerfabriken bei den Planungen für die arbeitsintensivste Zeit, die Verarbeitung der geernteten Zuckerrüben, auch Kampagne genannt, an, dass zu wenige männliche Arbeitskräfte zur Verfügung stehen würden. Die Zuckerfabrik Teterow wandte sich im September an die Deutsche Arbeitszentrale in Berlin, um über diese Stelle arbeitslose sächsische Textilarbeiter anzuwerben, erhielt jedoch den Bescheid, dass von „dort keine Arbeiter zu erwarten sind“. Außerdem würden zu hohe Löhne verlangt, und es stünden bei den Arbeitsagenturen fast ausschließlich Frauen für die

15 Aktenvermerk ohne Datumsangabe, Archiv der Hansestadt Rostock (AHR), 3.18., Nr. 33, o. Bl.

16 Siehe Helmut Schmidt: Van Tongelsche Stahlwerke G.m.b.H. zu Güstrow, in: Mecklenburgische Monatshefte, 4 (1928) 11, S.631-633.

17 Schreiben der Van Tongelsche Stahlwerke Güstrow an Hofmarschallamt Sr. Ks. Hoheit Berlin, 18.1.1916, LHAS, 5.2-1, Nr. 1.308, Bl. 5.

18 Bericht an das Großherzogliche Ministerium des Innern Schwerin (Mdi Schwerin), 11.11.1915, LHAS, 5.12-3/1, Nr. 20.662, Bl. 1.

19 Beispielsweise hatte das Unternehmen am 8. Februar 1915 einen Vertrag zur Lieferung von 60.000 Granaten an die Geschossfabrik in Spandau abgeschlossen. Schreiben des Magistrats der Stadt Teterow an das Mdi Schwerin, 26.2.1916, LHAS, 5.12-3/1, Nr. 20.667, Bl. 15.

20 Siehe u. a. Heinrich Voß: Maschinenfabrik, Güstrow. Die Kraft des Wollens, in: Mecklenburg im Kriege, S.129. In der Fabrik wurden vornehmlich 15-cm-Stahlgussgranaten hergestellt. Schreiben der Heinrich Voss Maschinenfabrik Güstrow an das Mdi Schwerin, 21.6.1916, LHAS, 5.12-3/1, Nr. 12.158, o. Bl.

Vermittlung zur Verfügung.²¹ Die Großherzogliche Gewerbe-Inspektion von Mecklenburg-Schwerin beschäftigte sich ebenfalls mit dem Arbeitskräftemangel in den Zuckerfabriken und teilte dem Ministerium des Innern in Schwerin mit, dass die in jedem mecklenburgischen Zuckerwerk²² fehlenden 100 bis 150 Arbeiter höchstens zu zwei Dritteln durch Kriegsgefangene ersetzt werden könnten. Einen Ausweg erblicke sie nur noch in der Anstellung polnischer Arbeiter, wobei dies administrativ und organisatorisch schwierig wäre und längere Zeit in Anspruch nehmen würde. Außerdem wäre ein Erfolg nicht garantiert. Es hieß, die Fabrikleitungen ihrerseits wären ungeachtet dessen an der Einstellung von Polen auch nicht interessiert, da bereits eine erhebliche Anzahl vornehmlich russischer Kriegsgefangener in Arbeit stehe. Unruhe und Unmut wären unter diesen Umständen zu befürchten.²³

Einen Ausweg sahen sowohl die Direktoren der Zuckerfabriken als auch die Gewerbe-Inspektion in der Einstellung von Frauen. Zwar arbeiteten Frauen bereits in den Werken, doch, und auf diesen Punkt zielte die Intervention der Direktoren und der Gewerbeaufsicht beim Ministerium, stünden die gesetzlich beschränkten Arbeitszeiten weiblicher und jugendlicher Arbeitskräfte einer umfangreicheren Verpflichtung von Arbeiterinnen im Wege. Die Zulassung von Nacharbeit für Frauen war für die Fabriken die einzige Möglichkeit, eine optimale Produktion zu garantieren.²⁴

21 Schreiben des Magistrats der Stadt Teterow an das MdI Schwerin, 21.9.1915, LHAS, 5.12-3/1, Nr. 20.651, Bl. 49.

22 In Mecklenburg-Schwerin befanden sich Zuckerfabriken in Güstrow, Lübz, Malchin, Rostock, Stavenhagen, Tessin, Teterow, Waren sowie Wismar. Der geplante Bau einer Fabrik in Parchim wurde zugunsten des Standortes Lübz aufgegeben. Siehe Georg Vierus: Aus der Geschichte der Zuckerfabrik Lübz, in: Material für den Heimatkundeunterricht im Kreis Lübz, hrsg. vom Rat des Kreises Lübz, Lübz 1955, S.23f., hier S.23. In Mecklenburg-Strelitz warteten die Städte Friedland und Woldegk mit einer Zuckerfabrik auf, wobei die Fabrik in Woldegk bereits 1915 ihren Betrieb einstellte, diesen im darauffolgenden Jahr unter schwierigen Bedingungen und durch die Einstellung von „Arbeiterinnen auf allen möglichen Posten“ wieder aufnahm, aber spätestens 1918 erneut schloss. Siehe Jahresbericht des Gewerbe-Aufsichtsbeamten des Großherzogtums Mecklenburg-Strelitz für 1913, Berlin 1914, S.6-11, sowie Jahresbericht des Gewerbe-Aufsichtsbeamten des Staates Mecklenburg-Strelitz für die Jahre 1914 bis 1918, Berlin 1919, S.5.

23 Brief der Großherzoglichen Gewerbe-Inspektion an das MdI Schwerin, 29.9.1915, LHAS, 5.12-3/1, Nr. 20.651, Bl. 51; Brief der Zuckerfabrik Lübz an die Gewerbe-Inspektion Schwerin, 1.10.1915, ebenda, Bl. 52.

24 So ganz ausdrücklich die Werksleitung der Zuckerfabrik Stavenhagen an den Magi-

Die Gewerbeordnung für das Deutsche Reich legte mit Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 26. Juli 1900 u. a. fest, dass weibliche Arbeitskräfte „nicht in der Nachtzeit von achteinhalb Uhr Abends bis fünf-einhalb Uhr Morgens und am Sonnabend sowie an Vorabenden der Festtage nicht nach fünf-einhalb Uhr Nachmittags beschäftigt werden“. Arbeiterinnen über 16 Jahre durften maximal elf Stunden, an den Vorabenden von Sonn- und Feiertagen maximal zehn Stunden arbeiten.²⁵ Mit ihren Gesuchen um eine Aussetzung dieser Bestimmungen verwiesen die Direktoren der Zuckerfabriken auf eine Verordnung vom 4. August 1914, mit der „Ausnahmen von Beschäftigungsbeschränkungen gewerblicher Arbeiter“ möglich wurden.²⁶

Das Großherzogliche Ministerium des Innern in Schwerin entschloss sich am 29. September 1915, einer Beschäftigung von Frauen in den Nachtstunden auf Antrag der einzelnen Zuckerfabriken zuzustimmen. An diese Aussetzung bestehender Arbeitsschutzbestimmungen knüpfte es indessen die Auflage, dass die Frauen im Drei-Schicht-Wechsel (acht Arbeitsstunden) mit drei Belegschaften arbeiteten.²⁷

Während diese Ausnahmen vom Nachtarbeitsverbot für Frauen lediglich für einzelne Zuckerfabriken und ausschließlich für die Zeit der Kampagne zwischen Oktober und Januar galten, waren Rüstungsbetriebe an einer erweiterten, möglichst unbefristeten Ausnahmegenehmigung interessiert. Das ihnen überwiesene Auftragsvolumen überforderte die Leistungsfähigkeit ihrer Belegschaften. Es drohten Arbeitsverzögerungen und Produktionsausfälle, sollten die eingestellten Frauen nicht den Männern gleichrangig, also vor allem unter Einbeziehung der Nachtarbeitszeit, beschäftigt werden. Verspätete oder unvollständige Auslieferungen wiederum konnten den Entzug von staatlichen Aufträgen bedeuten und das Unternehmen gründlich erschüttern.²⁸

strat der Stadt Stavenhagen, Brief des Magistrats der Stadt Parchim an das MdI Schwerin, 8.9.1915, LHAS, 5.12-3/1, Nr. 20.651, Bl. 46.

25 Siehe Ernst Neukamp: Die Gewerbeordnung für das Deutsche Reich in ihrer neuesten Gestalt (Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 26. Juli 1900) nebst Ausführungsvorschriften und das Gesetz betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben, Berlin 1903, S.373-375, § 137. Das Zitat befindet sich auf S.373.

26 Siehe Gesetz, betreffend Ausnahmen von Beschäftigungsbeschränkungen gewerblicher Arbeiter. Vom 4. August 1914, in: Reichsgesetzblatt (RGBl.), Nr. 53, 4.8.1914, S.333f, hier S.334, § 1.

27 Bericht der Gewerbe-Inspektion Schwerin an das MdI Schwerin, 29.9.1915, LHAS, 5.12-3/1, Nr. 20.651, Bl. 51.

28 So geschehen etwa bei den Van Tongelschen Stahlwerken in Güstrow, die nach der Er-

Da sich das Ministerium des Innern in Schwerin sperrte, die bestehenden Arbeitsschutzbestimmungen für Frauen aufzuheben, fanden Unternehmen vereinzelt Schlupflöcher in der Gesetzgebung, um dieses Hindernis zu umgehen. Die Maschinenfabrik Wilhelm Wiechert in Güstrow vereinbarte mit der Geschosfabrik Spandau Anfang des Jahres 1916 einen Vertrag über die Herstellung von 15-cm-Pressstahlgranaten. Da kaum noch männliche Arbeitskräfte zur Verfügung standen, übernahmen Frauen das Drehen, Bohren und Fräsen. Wie die Großherzogliche Gewerbe-Inspektion feststellte, arbeiteten diese Frauen entsprechend einem „Nothfall-Paragrafen“, durch den Ausnahmen vom Sonn- und Feiertagsarbeitsverbot möglich wären, wenn Arbeiten „in Nothfällen oder im öffentlichen Interesse unverzüglich vorgenommen werden müssen“.²⁹ So konnte der Unternehmer die fehlende Nachtarbeitszeit wenigstens teilweise durch die Beschäftigung an Sonn- und Feiertagen kompensieren – ob, wie die Gewerbe-Inspektion bemerkte, „durchweg berechtigterweise, kann zweifelhaft sein“. Zumindest für die beiden unter 16 Jahre alten Lehrlinge empfahl die Gewerbeaufsicht ein Verbot der Arbeit an gesetzlich freien Tagen. Für Frauen über 21 Jahre empfahl sie eine Aussetzung der eingeschränkten Arbeitszeiten. Diese durften nur im Drei-Schicht-Wechsel und lediglich während der Kriegszeit beschäftigt werden.³⁰

Eine allgemeine Regelung war damit nicht getroffen worden. Zwar wurde es Unternehmern nach entsprechender Antragstellung und Begutachtung durch die Gewerbeaufsicht erlaubt, Frauen rund um die Uhr zu beschäftigen. Doch da sie weiterhin in einem anderen Arbeitszyklus arbeiteten als Männer – Frauen acht, Männer oftmals mehr als zehn Stunden –, traten durch die Verschiebung der Schichten Störungen im Produktionsablauf ein. So klagte die Maschinenfabrik L. Baumann AG in Lübz, dass unter den gegebenen unterschiedlichen Arbeitsbedingungen

langung eines Auftrages auf Herstellung von monatlich 6.000 Stück Stahlgussgranaten im Herbst 1915 bis März 1916 in keinem Monat das Liefervolumen erfüllen konnten, sodass ab April der Lieferumfang fast halbiert (3.500 Stück monatlich) wurde. Auch diese wesentlich geringere Menge vermochte das Werk nicht herzustellen und zu liefern. Unvollständiges Liefervolumen, unwirtschaftliches Arbeiten sowie mangelhafte Qualität der Waren veranlassten die Heeresverwaltung dazu, den Auftrag zu entziehen. Schreiben des Kriegsministeriums Berlin an die Großherzogliche Mecklenburgische Gesandtschaft Berlin, 5.9.1916, LHAS, 5.12-3/1, Nr. 1.308, Bl. 7.

²⁹ Neukamp, Gewerbeordnung, S.254, § 105 c.

³⁰ Schreiben der Gewerbe-Inspektion Schwerin an das Mdi Schwerin, 3.4.1916, LHAS, 5.12-3/1, Nr. 12.158, o. Bl.

für Männer und Frauen das Produktionsvolumen an Geschossen wöchentlich um einen Tag verringert würde, da die Maschinen teilweise stillstünden.³¹ Derartige Beschwerden mehrten sich vor allem in der zweiten Hälfte des Jahres 1916,³² nachdem das im Sommer bekannt gegebene Hindenburgprogramm,³³ das eine massive Ausweitung der bisherigen Produktion an Kriegsmaterial vorsah, zum Tragen kam.

Das Dilemma, mit dem der Staat sich konfrontiert sah, lag auf der Hand: Einerseits herrschte weiterhin die Auffassung, dass die Frau sich um Heim und Familie kümmern sollte, während es dem Mann oblag, das Einkommen durch Lohnarbeit zu sichern. Gingen Frauen trotzdem einer Beschäftigung nach, so sollte das nur unter Einschränkungen geschehen. Weibliche Erwerbsarbeit sollte sich auch formell (organisatorisch) klar von männlicher unterscheiden. Selbst während des Krieges, als derartige Überlegungen immer weiter in den Hintergrund rückten, damit die Versorgung der kämpfenden Truppe gewährleistet werden konnte, sollten möglichst nur in Einzelfällen an die Betriebe Ausnahmegenehmigungen erteilt werden. Die kriegswirtschaftliche Situation Deutschlands machte es indessen notwendig, immer öfter derartige Ausnahmen zu gewähren.

Rüstungsunternehmen klagten nun in immer größerem Umfang über die einschränkenden gesetzlichen Regelungen der Frauenarbeit. Die Werksleitung des Rostocker Unternehmens R. Dolberg zeigte sich verärgert über die im September 1916 erteilte Ablehnung der Nacharbeit für ihre Arbeiterinnen und drohte, nur noch diejenigen Frauen weiterzubeschäftigen, die an solchen Maschinen tätig waren, „an welchen die Arbeit in Tagschicht allein bewerkstelligt werden kann“. Alle anderen würde man entlassen, hätte man sie doch ohnehin nur aus Mildtätigkeit eingestellt, um Kriegerfamilien zu unterstützen.³⁴

31 Schreiben der Maschinenfabrik L. Baumann Lübz an das MdI Schwerin, 29.6.1916, LHAS, 5.12-3/1, Nr. 12.158, o. Bl.

32 Siehe etwa: Schreiben der Heinrich Voss Maschinenfabrik Güstrow an das MdI Schwerin, 21.6.1916; Schreiben der Maschinenfabrik Jürgens und Rüter Lübz an das MdI Schwerin, 17.7.1916; Schreiben der Maschinenfabrik Helm. Bauer Parchim an das MdI Schwerin, 29.8.1916; Schreiben der Van Tongelsche Stahlwerke Güstrow an das MdI Schwerin, 4.10.1916, alle: LHAS, 5.12-3/1, Nr. 12.158, o. Bl.

33 Siehe etwa Feldman, *Armee*, S.134-148; Wilhelm Deist: *Die Kriegführung der Mittelmächte*, in: Gerhard Hirschfeld u. a. (Hrsg.): *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*, Paderborn u. a. 2004, S.249-271, hier insbes. S.261.

34 Schreiben der R. Dolberg Maschinen- und Feldbahnfabrik Rostock an das MdI Schwerin, 2.10.1916, LHAS, 5.12-3/1, Nr. 12.158, Bl. 228.

Mit der Bemerkung, „daß wir im Heeresinteresse Bedenken haben müssen, wenn die Fabrikation an solch wichtigem Kriegsmaterial eingeschränkt wird“, beugte sich am 8. Oktober 1916 auch die mecklenburgische Gewerbeaufsicht.³⁵ Weitere maßgebliche Stellen zementierten die Gleichstellung von Mann und Frau hinsichtlich der Arbeitszeit: Nur zwei Wochen später stellte die Berliner Feldzeugmeisterei fest, dass die Erhöhung der Munitions- und Heeresgeräteproduktion nur mit einem erhöhten Arbeitseinsatz von Frauen erreichbar sei, und am 23. November hebelte das stellvertretende Generalkommando des IX. Armeekorps in Altona, dem auch beide Mecklenburg unterstanden, die letzten noch verbliebenen Zweifel am uneingeschränkten Arbeitseinsatz von Frauen aus: „Rücksichten auf das weibliche Geschlecht können nur soweit genommen werden, als die Leistungsfähigkeit der Institute dadurch nicht geschädigt wird. Die Hauptsache bleibt höchste Steigerung der Leistung an Munition. [...] Alle Bestimmungen, welche die volle Entfaltung der Leistungen beeinträchtigen könnten, schädigen die Schlagfertigkeit des Heeres und müssen unterlassen oder beseitigt werden.“³⁶

Kriegsbedingter Arbeitskräftemangel als Chance für Frauen-Berufstätigkeit

Die Zahl der Arbeiterinnen vor allem in der Rüstungsindustrie stieg während des Krieges rasant an. In Mecklenburg-Schwerin waren 1910 im Bereich „Maschinen, Instrumente und Apparate“ lediglich 16 Frauen beschäftigt, im letzten Kriegsjahr registrierten die Behörden 1.359. Auch im Bereich Chemische Industrie stiegen die Zahlen der Arbeiterinnen in diesem Zeitraum enorm an: von 97 (1910) auf 1.339 (1918). Da die Lebensmittelversorgung ausschlaggebend für Moral und Arbeitsleistung sowohl an der Front als auch in der Heimat war, vergrößerte sich auch in den zur Nahrungsmittelindustrie gehörenden Unternehmen die Zahl an weiblichen Arbeitskräften. Die Rohzuckerfabriken Mecklenburg-Schwerins, die 1913 107 Frauen beschäftigten, verdoppelten deren Anzahl bis 1918 auf 215. Noch deutlicher wird der Zuwachs an Arbeiterinnen in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie in Mecklenburg-Schwerin, in der 1913 lediglich 173 Frauen angestellt waren. 1918 waren es bereits 967.³⁷

35 Schreiben der Gewerbe-Inspektion Schwerin an das MdI Schwerin, 8.10.1916, LHAS, 5.12-3/1, Nr. 12.158, o. Bl.

36 Anweisung des Stellvertretenden Generalkommandos des IX. Armeekorps Altona an das MdI Schwerin, 23.11.1916, LHAS, 5.12-3/1, Nr. 12.158, o. Bl.

37 Siehe Jahresbericht des Gewerbe-Aufsichtsbeamten des Großherzogtums Mecklenburg-

Im Gegensatz zu Mecklenburg-Schwerin verfügte Mecklenburg-Strelitz nur über wenige kriegswichtige Betriebe. Eine im August 1917 zusammengestellte Liste von Betrieben, die in der Rüstungsindustrie tätig waren oder sich mit im Sinne der Kriegs- und Volkswirtschaft wichtigen landwirtschaftlichen Fabrikations- oder Lagerprozessen beschäftigten, umfasst 104 Unternehmen. Die äußerst niedrige Anzahl an Maschinen oder Stahl verarbeitenden Werken, denen eine große Zahl von holzverarbeitenden Firmen gegenübersteht,³⁸ macht den stark agrarisch geprägten Charakter des Landes deutlich. Gerade die geringe Größe der Betriebe, für deren kleines Produktionsvolumen eine Bereitstellung der immer knapper werdenden Kohlen ineffektiv war, führte insbesondere in der zweiten Kriegshälfte zu Schließungen. Unter diesem Aspekt ist auch die Frauenarbeit zu betrachten. Zwar stieg die Zahl der Betriebe in der Metallverarbeitungsbranche zwischen 1913 und 1918 von zwölf auf 16, und es waren im letzten Kriegsjahr zwölf Personen mehr angestellt (insgesamt 161), die Zahl der Arbeiterinnen blieb indessen mit fünf konstant. Dagegen halbierte sie sich in diesem Zeitraum in der Industrie der Steine und Erden von 119 auf 50. Allerdings waren mit nur noch 147 Arbeitskräften fast 230 weniger beschäftigt als im letzten Vorkriegsjahr. Lediglich im Bereich der Holz- und Schnitzstoffe nahm die Frauenbeschäftigung zu, indem sich die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte von 22 auf 80 fast vervierfachte.³⁹

Es waren unterschiedliche Gründe, die die Frauen in Scharen bewogen, einen Arbeitsplatz vornehmlich in der Rüstungsindustrie anzunehmen. In den meisten Fällen war es die wirtschaftliche Not nach dem Fortgang des Ehemannes in den Kriegsdienst. Die Sozialbeihilfen reichten vor allem vor dem Hintergrund der rasch steigenden Inflation, der Lebensmittelknappheit und der wachsenden Mieten und Abgaben nicht aus. So verfasste etwa der Ortsausschuss für die Unterstützung der Familien zum Heere Einberufener in Neustadt bereits Ende September 1914 an die Großherzo-

Schwerin für 1910, Berlin 1911, S.12; Jahresbericht des Gewerbe-Aufsichtsbeamten des Großherzogtums Mecklenburg-Schwerin für 1913, Berlin 1914, S.16; Jahresbericht des Gewerbe-Aufsichtsbeamten des Staates Mecklenburg-Schwerin für die Jahre 1914 bis 1918, Berlin 1919, S.20-25.

38 Bericht des Großherzoglichen Ministeriums, Abteilung des Innern Neustrelitz, an das Stellvertretende Generalkommando des IX. Armeekorps Altona, 29.8.1917, LHAS, 4.12-3/1, Nr. 4534, Bl. 5.

39 Siehe Jahresbericht Mecklenburg-Strelitz 1913, S.6-11, sowie Jahresbericht Mecklenburg-Strelitz 1914 bis 1918, S.12-17.

gin Alexandra von Mecklenburg-Schwerin ein Bittgesuch, in dem er seine „grosse Sorge“ über die Kriegerfamilien der Stadt zum Ausdruck brachte. „Es soll Miete gezahlt werden und das Geld dazu ist vielfach nicht vorhanden. Wenn der unterzeichnende Ausschuss auch beschlossen hat, Mietsbeihilfe zu gewähren, so reichen die hierzu zur Verfügung stehenden Mittel noch bei Weitem nicht aus, da diese in der Hauptsache für laufende Unterstützungen bestimmt sind.“ Von den erbetenen 300 Mark für die Neustädter wurden zwar 100 Mark bewilligt,⁴⁰ doch mehrten sich derartige Anträge im weiteren Verlauf des Krieges in so hohem Maße, dass Bewilligungen immer seltener vorkamen und immer kleiner ausfielen. Ein Ermittlungsbeamter aus Rostock brachte es genau zwei Jahre später, im September 1916, auf den Punkt: „Die Gewährung einer Beihilfe, die an sich wohl angebracht wäre, würde zweifellos eine Flut gleichartiger Gesuche nach sich ziehen“⁴¹ – und die finanziellen Mittel von Städten, Gemeinden, Bundesstaaten und dem Reich reichten bei Weitem nicht aus.

Neben der wirtschaftlichen Not ist ein weiterer, vor allem in ländlichen Gebieten zu beobachtender Grund erkennbar, warum sich Frauen, die ja ausdrücklich nicht zu Hilfsdienstarbeiten verpflichtet werden konnten,⁴² für die Aufnahme einer Tätigkeit in der Rüstungsindustrie entschieden. Wo es nicht vorrangig die Angst vor Armut und Hunger war, waren die Frauen vielfach vom Wunsch nach besseren Arbeitsbedingungen getrieben. In diesem Fall handelte es sich meist um Frauen vom Lande, die der beschwerlichen und langen Arbeit auf dem Feld entkommen wollten.

So teilte die Geschäftsführung der Maschinenfabrik L. Baumann in Lübz, in der eine Reihe von Frauen arbeitete, im Sommer 1916 der Gewerbeaufsicht Mecklenburg-Schwerin mit, dass „die Frauen diese Arbeit, die sie hier ausführen, lieber machen als Feldarbeit, weil sie dann wenigstens mittags ihre Stunde zuhause sein können, sowie morgens spä-

40 Schreiben des Ortsausschusses für die Unterstützung der Familien zum Heere Einberufener Neustadt an das Sekretariat der Frau Großherzogin Alexandra von Mecklenburg-Schwerin, 31.9.1914, LHAS, 5.2-1, Nr. 6434, o. Bl.

41 Schreiben des Ermittlungsbeamten Klau in Rostock an das MdI Schwerin, 20.9.1916, LHAS, 5.2-1, Nr. 6434, o. Bl.

42 Das Hilfsdienstgesetz vom 5. Dezember 1916 bezieht sich ausdrücklich auf Männer zwischen dem vollendeten siebzehnten und dem vollendeten sechzigsten Lebensjahr, die zum vaterländischen Hilfsdienst „bei Behörden, behördlichen Einrichtungen, in der Kriegsindustrie, in der Land- und Forstwirtschaft, in der Krankenpflege, in kriegswirtschaftlichen Organisationen jeder Art oder in sonstigen Berufen oder Betrieben, die für Zwecke der Kriegführung oder der Volksversorgung unmittelbar oder mittelbar Bedeutung haben“, verpflichtet werden konnten. RGBl., Nr. 276, 6.12.1916, S.1333-1339, hier S.1333.

ter zur Arbeit kommen und abends früher nachhause gehen können“.⁴³ Diese Entwicklung suchten die Leiter der Rüstungsbetriebe zu unterstützen und weiter voranzutreiben. Mit verstärkten Werbeaktionen im ländlichen Umfeld industrieller Standorte zogen sie sich den Unwillen der landwirtschaftlichen Arbeitgeber zu. Im Februar 1917 hatte etwa das Artilleriedepot Schwerin in Holthusen in „mehreren Dorfgemeinden der weiteren Schwerin’er Umgebung“ ein Plakat zur öffentlichen Bekanntgabe zugesandt, mit dem es für die anstehenden „grösseren Munitionsarbeiten“ nach Arbeitskräften suchte. Der Ausschuss für die Beschaffung von Landarbeitern Güstrow bemerkte daraufhin, „daß durch dieses Vorgehen schon recht üble Folgen gezeitigt sind“. Vornehmlich junge Burschen zwischen 15 und 18 Jahren würden, gelockt mit einem höheren Verdienst, ihren landwirtschaftlichen Arbeitgebern kündigen oder den Arbeitsvertrag brechen, um in der Rüstungsindustrie anzufangen.⁴⁴ Ähnliches galt für junge, ungebundene Frauen, die keine Kinder hatten. Die Landwirte litten ohnehin seit Kriegsbeginn unter einem erheblichen Arbeitskräftemangel. Alle Arbeiter, und seien es auch „nur“ weniger kräftige Frauen und noch ungelernete junge Burschen, waren für die Feldarbeit von Bedeutung. Mit Inkrafttreten des Hilfsdienstgesetzes galt zwar, dass „Hilfsdienstpflichtige, die vor dem 1. August 1916 in einem land- und forstwirtschaftlichen Betriebe tätig waren, [...] aus diesem Berufe nicht zum Zwecke der Überweisung in eine andere Beschäftigung im vaterländischen Hilfsdienst herausgezogen werden“ durften.⁴⁵ Durch diesen Paragraphen sollte die Versorgung des Heeres und der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln sichergestellt werden. Allerdings zeigt die Beschwerde des Güstrower Ausschusses für Beschaffung von Landarbeitern, dass die kleinen landwirtschaftlichen Familienbetriebe wohl vielfach keine realen Möglichkeiten besaßen, die „geflüchteten“ jungen Leute wieder aus den mächtigen Rüstungsbetrieben heraus und zurück in die ländliche Wirtschaft zu holen. So blieb den Landwirten und ihren Interessenvertretungen lediglich die „Gegenwerbung“ mit Plakaten, mit denen sie an Patriotismus und Verantwortungsgefühl appellierten: „Unsere Brüder an der Front draussen und in den Fabriken daheim verlassen sich auf Euch! Seid stolz darauf!“ Gleichzeitig warnten sie: „Wer um wenige Groschen Mehrverdienst vom Pfluge weg

43 Schreiben der Maschinenfabrik L. Baumann Lübz an das MdI Schwerin, 29.6.1916, LHAS, 5.12-3/1, Nr. 12.158, o. Bl.

44 Bericht des Ausschusses für die Beschaffung von Landarbeitern Güstrow, 20.2.1917, LHAS, 5.12-3/1, Nr. 20.698, Bl. 1/3.

45 Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst, S.1333, § 2.

zur Stadt eilt, begeht Fahnenflucht! Haltet solche Weichlinge mit Vorbild und Wort zurück!“⁴⁶

Ungebundenen Frauen auf dem Lande, die ja nicht in den Hilfsdienst eingeschlossen waren, eröffnete sich durch den Kampf um Arbeitskräfte zwischen Industrie und Landwirtschaft eine neue Perspektive: Höhere Löhne, bessere Arbeitszeiten und verbesserte Arbeitsbedingungen in den Rüstungsbetrieben gaben ihnen eine Alternative zur Landarbeit.

Die Löhne legten die Arbeitgeber selbst fest und überboten sich dabei weiter und weiter, um junge Leute aus anderen Unternehmen zu einem Arbeitsplatzwechsel zu bewegen. Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen machten nun sowohl Konzernleitungen als auch das Kriegsministerium als ausschlaggebendes Element aus, um insbesondere Frauen an die Drehbänke und andere Maschinen zu bewegen.

Im Februar 1917 brachte es das Kriegsministerium auf den Punkt. Es ließ in den Amtlichen Mitteilungen und Nachrichten des Kriegsamts veröffentlichen, dass „die Frauen in der Kriegswirtschaft auf allen Gebieten“ während des Krieges eine „hervorragende Rolle“ eingenommen hätten. Es seien die Frauen, die die „weitaus größte Reserve an Arbeitskräften, die in der Heimat für kriegswirtschaftliche Zwecke nutzbar gemacht werden können“, stellten. Neben der fachlichen Qualifikation sei indessen zu berücksichtigen, dass Pflichten im Haushalt und als Mutter neben der Tagesarbeit erfüllt werden müssten.⁴⁷

Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für weibliche Arbeitskräfte

Um die Lohn- und die Familienarbeit besser in Einklang zu bringen, sei die „Frauenarbeitszentrale“ errichtet worden, ließ das Kriegsamt verlauten. Zu den Aufgaben der Zentrale gehörte es, „Maßnahmen in die Wege zu leiten, die die Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit der weiblichen Arbeitskräfte jeder Art fördern mit dem Ziele höchster Produktionssteigerung“. Hindernisse, die diesem Ziel im Wege stünden, sollten beseitigt werden. Zu wichtigen Maßnahmen zählten

- a) „Schutz der Gesundheit.
- b) Bereitstellung geeigneter Erholungsräume, Wohn- und Schlafgelegenheiten.

46 Vorlage für ein Plakat, vermutlich Februar 1917, LHAS, 5.12-3/1, Nr. 20.698, Bl. 1/4. Unterstreichung im Original.

47 Schreiben des Kriegsministeriums, Kriegsamt Berlin an den Reichskanzler, 2.2.1917, LHAS, 4.12-3/1, Nr. 4553, Anlage zu Bl. 2976 b.

- c) Beschaffung angemessener Berufskleidung.
- d) Verbesserung der Beförderungsverhältnisse und Verkehrsmittel.
- e) Verbesserung der Organisation der Nahrungsmittelbeschaffung und -verteilung für die Frauen“.⁴⁸

Um möglichst vielen Frauen den Zugang zur Lohnbeschäftigung in den Fabriken tatsächlich zu ermöglichen, mussten auch Betreuungseinrichtungen für Babys und Kleinkinder geschaffen werden. Die Zahl der in Mecklenburg-Schwerin verfügbaren Kindertageseinrichtungen war während des Krieges aber verschwindend gering. Zwar bestanden Krippen etwa in Rostock und Schwerin,⁴⁹ doch boten sie nur einigen Dutzend Kindern einen Platz. Andererseits scheuten Mütter davor zurück, ihre Kinder in fremde Obhut zu geben. Die Ursache der geringen Inanspruchnahme von Kinderbetreuungsplätzen lag vielfach in zu hohen Betreuungskosten, die die Erwerbstätigkeit der Mutter kaum noch rentabel machten. Einen Ausweg fanden die Frauen häufig darin, Nachbarn, Verwandte oder größere Kinder während ihrer Arbeitszeit mit der Aufsicht der Kleinkinder zu betrauen. Weiterhin fürchteten viele Mütter die erhöhte Ansteckungsgefahr bei Krankheitsausbrüchen in den engen Räumlichkeiten der Krippen. Oft waren unflexible Öffnungszeiten der Einrichtungen nicht in Einklang mit den Arbeitszeiten zu bringen.⁵⁰

Vor allem 1918 machten die Arbeitsvermittlungsstellen für Frauen bei den Städten, Gemeinden und Vereinen auf die zur Verfügung stehenden staatlichen Finanzhilfen aufmerksam, um den Bau von Krippen und Kindergärten voranzutreiben. Die Kriegsamtsstelle Altona hatte mithilfe der Frauenarbeitshauptstelle Schwerin für Mecklenburg-Schwerin im September 1918 festgestellt, dass in Goldberg und Lübtheen Mütterberatungsstellen und Kindertageseinrichtungen „dringend erforderlich“ seien und durch die vielen hier beschäftigten Frauen in Landwirtschaft und Fabriken auch die Voraussetzung für eine Förderung durch das Kriegsam in Berlin vorlag. Für Teterow waren sogar schon 300 Mark zur Einrichtung einer Krippe bewilligt worden, und in Wismar stand die Frauenarbeitshaupt-

48 Ebenda.

49 Siehe Marianne Beese: Familie, Frauenbewegung und Gesellschaft in Mecklenburg 1870-1920. Situation der Frauen und weibliche Lebensläufe. Laura Witte (1869-1939). Anna von Maltzahn (1856-1895), Rostock 1999, S.242; Carl von Mettenheimer: Geschichte der Schweriner Säuglingsbewahranstalt (Krippe) in den ersten fünf Jahren ihres Bestehens. Ein Beitrag zur Geschichte der öffentlichen Wohlthätigkeit und Gesundheitspflege in Mecklenburg, Ludwigslust 1881, S.18-22, 39.

50 Siehe Daniel, Arbeiterfrauen, S.104.

stelle in Verhandlungen mit dem Kriegsamt zur Eröffnung einer städtischen Krippe.⁵¹

Eine weitere Entlastung von Kriegerfamilien, zu deren Merkmal bei kriegsbedingter Abwesenheit des Mannes vielfach die Berufstätigkeit der Frau zählte, stellten Kostkinderheime dar. Ursprünglich errichtet zur Aufnahme von Kindern mit leichter körperlicher oder geistiger Beeinträchtigung, entwickelte sich das Mecklenburgische Kostkinderheim in Güstrow nach Kriegsbeginn zu einer Art Aufpäppelungsstelle für Kinder von Kriegsteilnehmern. Aufgrund des großen Andrangs öffnete 1915 ein zweites Heim in Brunshaupten.⁵² Ähnlich sind die Landkinderheime zu bewerten, die in erster Linie die Kinder von Schwer- und Schwerstarbeitern aus deutschen Großstädten und Industriegebieten zur Erholung aufnehmen sollten. Allein bis Mai konnten für das Jahr 1917 bereits 9.000 Kinder in Mecklenburg vermittelt werden, wobei freilich die meisten von ihnen privat in Familien auf dem Lande unterkamen.⁵³ Doch auch Kinder aus mecklenburgischen Städten, vornehmlich aus Rostock, wurden in die Kinderverschickung aufgenommen. 1917 registrierten die Behörden 111 Jungen und 214 Mädchen, viele aus Kriegerfamilien stammend und mit einer berufstätigen Mutter, die wegen Kränklichkeit oder Mangelernährung aufs Land gesandt wurden.⁵⁴ Im letzten Kriegsjahr stand Rostocker Kindern in Kessin ein eigens für diesen Zweck hergerichteter Landkinderheim zur Verfügung, in dem 175 Volksschüler zeitweise aufgenommen wurden.⁵⁵

Auch von einer Verbesserung der in den Fabriken herrschenden Bedingungen versprachen sich die Behörden eine Steigerung der Arbeitsfähigkeit und der Arbeitswilligkeit der Fabrikarbeiter. Insbesondere an neu errichteten Werken ist erkennbar, dass dem Arbeitsumfeld zumindest bei der Planung ein größeres Gewicht beigemessen wurde.

Für das Artilleriedepot Holthusen ist ein längerer Bericht überliefert, aus dem derartige Veränderungen hervorgehen. Während der ersten Kriegshälfte produzierte das Werk noch in Hallen in Schwerin. Wahrscheinlich bildete die günstigere Verkehrsanbindung nach Berlin und Hamburg den

51 Schreiben der Kriegsamtstelle Altona an den geschäftsführenden Ausschuss des Alexandra-Werkes Schwerin, 5.9.1918, LHAS, 9.2-14, Nr. 3, o. Bl.

52 Siehe Mecklenburger Nachrichten, 15.10.1915, 23.10.1915, 31.10.1916, 16.2.1917.

53 Siehe ebenda, 14.5.1917.

54 Siehe Mecklenburgische Volkszeitung, 24.1.1918.

55 Siehe ebenda, 1.9.1918.

Grund für einen Neubau im nicht weit entfernten Holthusen,⁵⁶ in dem Mitte 1917 der Betrieb aufgenommen wurde. Durch eine Erweiterung des Auftragsvolumens war eine Vergrößerung des Geländes und der Gebäude notwendig geworden. Im Entwurf war für eine Unterkunft geplant: „Die Räume sind aus rohem Holz mit Klappfenstern im Dach, mit doppelten Wänden, Füllöfen u. elektrischem Licht versehen. Auch die Bettstellen sind aus rohem Holz, immer 2 übereinander. Je 2mal 2 stehen dicht nebeneinander, dann kommt ein schmaler Gang.“ Pro Raum war die Unterbringung von 24 Frauen vorgesehen. Ursprünglich hatten während der Bauphase des Lagers doppelt so viele Männer in der Unterkunft geschlafen. In dem frei gewordenen Teil „kann jede Frau ihren Koffer stehen haben, Haken werden für die Sachen angebracht, jede bekommt ihre Waschgelegenheit. Wir haben um Schemel gebeten statt eines Brettes für die Waschbecken, damit sie dieselben auch zum Sitzen benutzen können. Jede Frau bekommt einen Schrank mit Fächern, der mit einem Vorlegeschloss zu schliessen ist. In der Bettstelle liegt ein Strohsack und Kopfkissen, die Bezüge von beiden werden gewaschen u. mit frischem Stroh gefüllt. Ausserdem gehören je 2 wollene Decken dazu. Die Männer haben so darin geschlafen, die Frauen bekommen Laken u. Bezüge, die ebenso wie die Handtücher dort gewaschen werden.“ An den Schlafsaal schloss sich ein „Wohnraum mit Tischen und Bänken“ an, in dem die Frauen beispielsweise nähen konnten. „Damit die Frauen sich ihre Privatwäsche waschen können, werden Waschzuber beschafft u. Warmwasser geliefert. Für alles das sind 15 Pf. täglich zu bezahlen. Die Frauen können dort Besuch haben u. vergnügt sein. Die Aborte sind vorschriftsmässig angelegt. Eine Kantine, die sehr gut geleitet scheint (die Suppe schmeckt sehr gut, alles war sauber, Vorräte waren da,) steht den Frauen zur Verfügung. [...] Das Mittagessen kostet ohne Fleisch 40, mit Fleisch 60 Pfg., Abendsuppe 15-20 Pfg., alles wird zum Selbstkostenpreis berechnet. Jede Frau hat ein Schränkchen, in dem sie ihre Essvorräte einschliessen kann. Es ist auch ein Verkauf von Lebensmitteln vorgesehen u. zwar können die Frauen während der Arbeitszeit kaufen, damit es kein Gedränge u. keinen Zeitverlust gibt. In einen Herd mit Heisswasserröhren können die Frauen ihr mitgebrachtes Essen stellen, um es heiss zu machen. – Die Küche mit den riesigen Kesseln, Vorratsräume mit Tausenden von Einmachegläsern u. anderes gehören natürlich auch dazu.“ – Da nicht alle Arbeiterin-

56 Siehe Norbert Credé: Granaten für Holthusen. Das Artilleriedepot Schwerin, in: Gesine Kröhnert/Wolf Karge (Hrsg.): Mecklenburg und der Erste Weltkrieg. Beiträge zur Geschichte in Mecklenburg, Schwerin 2010, S.125-140, hier S.127f.

nen auf dem Werksgelände wohnten, war von Schwerin eine Zugverbindung „bis vor die Tür der Fabrik u. zurück“ eingerichtet worden. „Er hält am Schlachthof u. wenn genügend Bedarf vorliegt, auch in Görries. Die Fahrt ist unentgeltlich. Eine Krankenschwester wird in der Fabrik wohnen, eine Fabrikpflegerin den Tag über dort sein.“⁵⁷

Inwieweit diese geplanten Wohnverhältnisse im Artilleriedepot Holthusen realisiert und beibehalten wurden, ist nicht bekannt. Ein kurzer Vermerk vom Oktober 1917 besagt lediglich, dass Arbeiterinnen, die für ihre Familien Lebensmittel besorgen mussten, hierdurch keine zeitlichen Schwierigkeiten hatten, weil sie in Holthusen einkaufen konnten.⁵⁸ Die Absicht, jeder im Lager wohnenden Frau Bettwäsche zukommen zu lassen, musste hingegen von Anfang an fallen gelassen werden. Wegen des Rohstoffmangels konnten Bettlaken nicht zur Verfügung gestellt werden. Stattdessen wurden die Arbeiterinnen angehalten, „zu ihrer Bequemlichkeit Bettzeug und Bettwäsche mitzubringen“.⁵⁹

Ähnlich wie in Holthusen boten auch andere große Unternehmen ihren Arbeitern eine Verpflegung mit warmen Mahlzeiten durch eine betriebseigene Großküche an. Betriebsküchen, die ausschließlich die in den Werken beschäftigten Arbeiter versorgten, bestanden auch auf dem Militärflugplatz Görries bei Schwerin, bei den Deutschen Futtermittelwerken in Jessenitz und in Rostock in der Dolbergschen Fabrik sowie auf der Neptunwerft. Gleich zwei Betriebsküchen wiesen die Sprengstoffwerke R. Nahnsen in Dömitz auf,⁶⁰ vermutlich wegen der Einteilung in eine Dynamitfabrik und eine Sprengkapsel­fabrik, die räumlich getrennt waren und eigene Küchen benötigten.⁶¹ Die Möglichkeit, während der Arbeitspausen die Betriebsküchen zu nutzen, entlastete Rüstungsarbeiterinnen und -arbeiter insofern, als sie kostengünstig, zeitsparend und garantiert eine warme Mahlzeit bekamen, während Arbeiter und Angestellte in kleineren Betrieben entweder in öffentlichen Volksküchen aßen oder sich von

57 Bericht über die Munitionsfabrik Holthusen, ohne Angaben zu Verfasser und Datum, vermutlich 1. Hälfte 1917, Abschrift, LHAS, 9.2-14, Nr. 6, o. Bl.

58 Schreiben der Fürsorgevermittlungstelle Schwerin an die Kriegsamtsstelle Altona, 20.10.1917, LHAS, 9.2-14, Nr. 3, o. Bl.

59 Schreiben des Artilleriedepots Schwerin an die Zentralstelle für Frauenarbeit Schwerin, 15. 8.1917, LHAS, 9.2-14, Nr. 6, o. Bl.

60 Bericht der Landesbehörde für Volksernährung Schwerin an das MdI Schwerin, 30.10.1917, LHAS, 5.12-3/1, Nr. 17.421, Bl. 611.

61 Schreiben des Bürgermeisters von Dömitz an das Kabinett in Schwerin, 16.10.1916, LHAS, 5.2-1, Nr. 1.300, o. Bl.

zu Hause etwas mitbrachten. Volksküchen in der Stadt und eigene Zubereitung kosteten mehr Zeit. Zwischen 1914 und 1918 verschlechterte sich selbst im agrarisch geprägten Mecklenburg die Lebensmittelversorgung dermaßen, dass zudem in Städten öffentliche Massenspeisungen, auch Kriegsküchen genannt, eingerichtet wurden. Im Oktober 1918 existierten in Mecklenburg-Schwerin 20 solcher Einrichtungen, die insgesamt mehr als 14.000 Menschen versorgten.⁶²

Trotz vermeintlich günstiger Arbeitszeiten, besserer Arbeit und höherem Lohn sowie sozialer Maßnahmen insbesondere für Arbeiterinnen in den Rüstungsbetrieben schuf die Beschäftigung von Frauen Probleme. Von den Sprengstoffwerken in Dömitz ist bekannt, dass die dort beschäftigten Frauen in unhygienischen Massenquartieren untergebracht waren. Die Frauenarbeitsmeldestelle in Rostock berichtete der Kriegsamtsstelle in Altona, dass die Arbeiterinnen „viel über Ungeziefer [klagen], auch soll das Essen mangelhaft sein“. Die Sprengstoffwerke hätten einen „sehr schlechten Ruf“.⁶³

Da sie auf die weiblichen Arbeitskräfte angewiesen waren und es sich nicht leisten konnten, dass diese abgeworben würden, reagierten die Geschäftsleitungen vieler Unternehmen und stellten Fabrikpflegerinnen ein. Sie fungierten als eine Art Sozialarbeiterinnen und sollten für Arbeiterinnen die erste Anlaufstelle werden, um Schwierigkeiten, die die Arbeitsfähigkeit der Frau einschränkten, abzuwenden. Hierzu gehörte etwa die Suche nach Kindergartensplätzen oder Unterkunftsmöglichkeiten in der Nähe der Arbeitsstelle, Unterstützung in Krankheitsfällen, in behördlichen Fragen oder dergleichen.⁶⁴ Da diese Fürsorgerinnen von der Geschäftsleitung der Betriebe eingestellt und bezahlt wurden,⁶⁵ standen sie in einem einseitigen Abhängigkeitsverhältnis. Sie konnten bei der Offenlegung von Missständen lediglich auf das Entgegenkommen der Direktoren hoffen.

Aufgrund ihrer geringen Qualifizierung und kurzen Einarbeitungszeit, wohl aber auch durch die schlechte Versorgung mit Ersatzteilen und das

62 Bericht der Landesbehörde für Volksernährung Schwerin an das MdI Schwerin, 5.10.1918, LHAS, 5.12-3/1, Nr. 17.421, Bl. 660.

63 Schreiben der Kriegsamtsstelle Altona an die Zentralstelle für Frauenarbeit Schwerin, 9. 5.1917, LHAS, 9.2-14, Nr. 1, o. Bl.

64 Tätigkeitsanweisung für Fabrikpflegerinnen ohne nähere Angaben zum Verfasser und zum Datum, vermutlich erste Hälfte 1917, Abschrift, LHAS, 9.2-14, Nr. 3, o. Bl.

65 Aufnahmebedingungen für Fabrikpflegerinnen, ohne nähere Angaben zum Verfasser und zum Datum, vermutlich herausgegeben vom Kriegsamtsamt, Abschrift LHAS, 9.2-14, Nr. 3, o. Bl.

vermehrte Arbeiten mit gefährlichen Stoffen liefen Arbeiterinnen gerade während des Krieges öfter Gefahr, sich während der Arbeit zu verletzen. Der Arbeitsschutz fehlte teilweise schon bei der Einrichtung der Arbeitsplätze, wie in Mecklenburg-Strelitz festgestellt wurde. Die Geschäftsleitungen wurden von der Gewerbeaufsicht zwar ermahnt, „hinsichtlich fehlender Geländer, Isoliermatten vor elektrischen Schaltbrettern, Verkleidungen an elektrischen Auslassern, Schaltern und Schmelzsicherungen, unverkleideter Zahnrädergetriebe und Antriebsriemen, beschädigter Stahlschienen an den Tischen der Abrichtmaschinen und schlechter Fußböden“ für Besserung zu sorgen. In dem Großherzogtum wurden aber 1917 mit 48 Unfällen doppelt so viele Unglücksfälle an Arbeitsmaschinen registriert wie noch im Jahr zuvor (23 Unfälle). Sie seien vor allem in zwei Wollreißereien, einer Faserstofffabrik und einer Mosaikplattenfabrik, die mit der Herstellung von Zündladungskapseln beauftragt war, vorgekommen und betrafen „namentlich Arbeiterinnen“. ⁶⁶ In den Sprengstoffwerken Dömitz kam es zwischen 1914 und 1918 zu 45 Explosionen, die zwei Menschenleben, darunter eine 25-jährige Arbeiterin, forderten. ⁶⁷ Es ist nicht auszuschließen, dass Unfälle mit Maschinen auch auf falsche Arbeitskleidung zurückzuführen waren. In Mecklenburg-Strelitz trat die Gewerbeaufsicht „in einigen Fällen“ erfolgreich für die Ausstattung der Arbeiterinnen mit enganschließenden Arbeitskleidern ein. ⁶⁸

Insgesamt bekräftigte die Gewerbeaufsicht Mecklenburg-Schwerin, „daß trotz ungeübter Arbeitskräfte, beschleunigter Arbeit, längerer Arbeitszeit, Nacht- und Sonntagsarbeit, Fehlen ausreichender Aufsicht und mangelhafter Ernährung eine Zunahme der Unfallzahl nicht stattgefunden hat“. Als Begründung führte sie an, dass dies auf das „Fehlen jeglicher geistiger Getränke zurückzuführen sein“ mochte. Es sei auch nicht ausgeschlossen, „daß gelegentlich seitens der zur Meldung verpflichteten Ortsbehörden infolge starker Arbeitsüberlastung und nicht eingearbeiteten Aushilfspersonals Mitteilungen unterblieben sind“ ⁶⁹ – ein Umstand, der bei der Bewertung der Anzahl von Arbeitsunfällen durchaus nicht zu unterschätzen ist.

66 Jahresbericht Mecklenburg-Strelitz 1914 bis 1918, S.7.

67 Siehe Jahresbericht Mecklenburg-Schwerin 1914-1918, S.10. Zur Angabe des 25-jährigen Todesopfers: Bericht Dynamitfabrik Dömitz an das MdI Schwerin, November 1916, LHAS, 5.12-3/1, Nr. 13.149, o. Bl.

68 Jahresbericht Mecklenburg-Strelitz 1914-1918, S.8.

69 Jahresbericht Mecklenburg-Schwerin 1914-1918, S.10.

Arbeiterinnen am Ende des Krieges – Resümee

Während von den Rüstungsarbeiterinnen vielfach die Leistungsfähigkeit des Unternehmens abhing, wandelte sich ihr Wert in dem Moment, als Produktionsaufträge ausblieben und eine Stilllegung drohte. Im Dezember 1917 erreichte das Strelitzsche Ministerium, Abteilung des Innern, von der Berliner Ausgleichsstelle der Bundesstaaten für Heereslieferungen die Mitteilung, dass zur Einsparung von Kohlen und Arbeitskräften den „kriegsunwichtigen Betrieben keine Heeresaufträge mehr zukommen“ würden.⁷⁰ Für die auf der Liste der zu schließenden Betriebe in Mecklenburg-Strelitz stehende Dampfschneidemühle Th. Weiland & Sohn setzte sich der Magistrat der Stadt Strelitz vor allem mit dem Argument ein, dass zu den 120 bis 150 Arbeitern „sehr viele weibliche, insbesondere Kriegerfrauen, die lohnenden Verdienst finden“, zählten.⁷¹ Die Mecklenburgische Handelskammer hob ebenfalls im Dezember 1917 hervor, dass die Firma Joh. Falk in Rostock 77 Arbeitskräfte beschäftigte, davon 58 weibliche, von denen die Hälfte Kriegerfrauen waren.⁷² Als Argumente gegen Schließungen von Betrieben führten Fürsprecher wie städtische Magistrate, industrielle Interessenvertretungen oder die Gewerbeaufsicht die Spezialisierung auf Rüstungsproduktion, den geringen bis keinen Bedarf an Kohlen für die Aufrechterhaltung der Betriebstätigkeit sowie, wenn dies der Fall war, die hier in Beschäftigung stehenden Frauen an. Auf diese Weise machten sie subtil auf die soziale Verantwortung aufmerksam, die sie als Arbeitgeber von Kriegerfrauen trugen, und stellten den Betrieb als einen wichtigen regionalen Arbeitgeber dar, der die Gemeindekassen entlastete. Damit setzten sie die Frauen aber auch als moralisches Druckmittel gegen die drohende Stilllegung ein. Geholfen hat es den fraglichen Betrieben nicht. Zur Schließung kleinerer oder unwirtschaftlicher Rüstungsbetriebe gab es keine Alternative.

Clara Zetkin forderte in ihrer Broschüre von 1889 das Recht der Frauen auf Arbeit, das sie als Bedingung einer eigenverantwortlichen und unabhängigen Existenz ansah: „Die Frauenarbeit abschaffen oder auch nur beschränken wollen, das läuft darauf hinaus, die Frau zu dauernder ökonomischer Abhängigkeit zu verurteilen.“

70 Geheime Anweisung der Ausgleichsstelle der Bundesstaaten für Heereslieferungen Berlin an alle Bundesstaaten, 22.12.1917, LHAS, 4.12-3/1, Nr. 4537, Bl. 1.

71 Schreiben des Magistrat der Stadt Strelitz an das Ministerium, Abteilung des Innern Neustrelitz, 29.12.1917, LHAS, 4.12-3/1, Nr. 4537, Bl. 2.

72 Schreiben Mecklenburgische Handelskammer Rostock an das MdI Schwerin, 31.12.1917, LHAS, 5.12-3/1, Nr. 20.733, Bl. 32.

mischer Abhängigkeit, zur gesellschaftlichen Knechtung und Aechtung, zur Prostitution in- und außerhalb der Ehe zu verurteilen.“⁷³ Der Erste Weltkrieg nötigte vielen Frauen den Eintritt in die Lohnarbeit auf, da die staatliche Unterstützung und der spärliche Sold des eingezogenen Mannes nicht für den Lebensunterhalt ausreichten. Fortschrittlich wirkten sich zwar soziale Maßnahmen wie die Einstellung von Fabrikpflegerinnen, verstärkte Anstrengungen staatlicherseits zur Einrichtung von Kinderbetreuungsstätten und Betriebskantinen aus. Dennoch dienten diese Maßnahmen in erster Linie dazu, zur Stabilisierung der Rüstungsproduktion die weibliche Arbeitskraft in Abwesenheit der Männer zu erhalten und weitestgehend auszunutzen. Einzig diesem Zweck dienten auch die Aufweichungen von Arbeitsschutzbestimmungen wie dem Nachtarbeitsverbot und von kürzeren Arbeitszeiten für Frauen und Jugendliche, wie sie noch vor Kriegsbeginn und während der ersten zwei Kriegsjahre bestanden.

Allein das Eingehen eines Lohnverhältnisses und das Erlangen eines eigenen Einkommens kann noch nicht als Ausdruck von Emanzipation der Frau gewertet werden. Erkennbar ist indessen ein Modernisierungsschub.

Zur vollständigen Klärung der Frage, ob das Lohnarbeitsverhältnis und seine Begleitumstände die weiblichen Arbeitskräfte in der ländlichen Region selbstbewusster und in der Öffentlichkeit aktiver machten, sind weitere Untersuchungen notwendig, die etwa das politische Engagement von Frauen, ihre Selbstbehauptung innerhalb der Familie oder die Protestbewegung gegen den Paragraphen 218 in den Mittelpunkt rücken.

Der Arbeitskräftemangel in der Industrie dauerte nur eine kurze Periode an, denn nach Kriegsende strömten bald Soldaten von der Front, Flüchtlinge aus den abgetretenen deutschen Gebieten und entlassene Kriegsgefangene zurück nach Deutschland und suchten nach Arbeit. Die Gewerbeaufsicht von Mecklenburg-Strelitz schätzte, dass die „meisten Betriebsinhaber [...] es sich angelegen sein lassen [werden], ihre früheren, als Feldzugteilnehmer abwesenden Arbeiter und damit auch die Kriegsbeschädigten auf passende Posten wieder einzustellen“.⁷⁴ Für die vielen Rüstungsarbeiterinnen war nun kein Platz mehr in den Fabriken. Sie verloren ihre Arbeitsstelle oder nahmen diese nach dem Krieg nicht wieder auf und wurden abermals „in ihrem Haushalt und, soweit vorhanden, im Garten tätig“, so resümierend die mecklenburg-schwerinsche Gewerbeaufsicht für das Jahr 1921.⁷⁵

73 Zetkin, Frauenfrage, S.13.

74 Jahresbericht Mecklenburg-Strelitz 1914 bis 1918, S.9.

75 Jahresbericht des Gewerbe-Aufsichtsamtes des Staates Mecklenburg-Schwerin für das

Zwar bestimmten heftige Diskussionen über die Frauenerwerbstätigkeit das Klima der Weimarer Republik, die nach der Eroberung des Frauenwahlrechtes mit dem Streben nach weiteren politischen Rechten und größerer sozialer Verantwortung für die Frauen einhergingen. Auch setzten sich typische Frauenberufe wie Stenotypistin oder Volksschullehrerin durch. Doch das während des Weltkrieges bröckelnde Bild des männlichen Industriearbeiters war in den 1920er-Jahren bereits wieder hergestellt, und die wenigen Frauen, die in diesem Bereich arbeiteten, „faszinierte[n] die Öffentlichkeit“ eher, als dass hier ein gesellschaftlicher Wandel des Frauenbildes vonstatten ging.⁷⁶

Jahr 1921, Berlin 1922, S.6.

⁷⁶ Detlev J. K. Peukert: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt/Main 1987, S.101-106. Das Zitat befindet sich auf S.102.

Der Beginn der gegenseitigen Entfremdung. Arbeiter und Deutscher Metallarbeiter-Verband im Chemnitzer Maschinenbau 1914 bis 1918

Marco Swiniartzki

1. Einleitung

Als die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands am 2. August 1914 erklärte, für die Dauer des bevorstehenden Krieges auf das Mittel des Streiks zu verzichten, und damit eine Grundlage für die Burgfriedenspolitik schuf, war Chemnitz eine der Hochburgen der freien Gewerkschaften und das Zentrum der Metallarbeiterbewegung in Sachsen. 1910 hatte die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Vereins (DMV) sogar die bevölkerungsreicheren Städte Leipzig und Dresden in der Mitgliedsstärke überholt und überschritt 1911 die 50-Prozent-Grenze im Organisationsgrad der Metallarbeiter. Im gleichen Jahr gelang es, massive Streik- und Aussperrungsbewegungen erfolgreich zu beenden und damit Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen für Tausende Beschäftigte abzuwehren.¹ Gemeinsam mit der Sozialdemokratie, die in dieser Region traditionell stark und mit den Gewerkschaften personell bestens vernetzt war, bildete der Metallarbeiterverband in Chemnitz eine mächtige Interessengemeinschaft, die trotz (oder gerade wegen) des scharfen Widerstandes der sächsischen Behörden auf eine beeindruckende Entwicklung seit Auslaufen des Sozialistengesetzes 1890 zurückblicken konnte. So hatten das Chemnitzer Gewerkschaftskartell vor Kriegsbeginn etwa 40.000 und die SPD im Chemnitzer Wahlkreis 20.000 Mitglieder, die „Volksstimme“ 60.000 Abonnenten.²

Der Ausbruch des Krieges machte dieser Entwicklung ein schnelles Ende. Von Beginn an standen große Teile der Arbeiterschaft der Aufgabe klassengesellschaftlicher Haltungen zugunsten der nationalen Integration skeptisch bis ablehnend gegenüber. Obgleich diese Prozesse vielschichtig

1 Siehe Geschäftsbericht für das Jahr 1910, Hrsg. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Chemnitz, Chemnitz 1911; Geschäftsbericht für das Jahr 1911, Hrsg. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Chemnitz, Chemnitz 1912.

2 Siehe Karlheinz Schaller: Radikalisierung aus Verzweiflung. Geschichte der Chemnitzer Arbeiterschaft vom Ersten Weltkrieg bis zur Inflation (1914 bis 1923), Bielefeld 2003, S.12.

und uneinheitlich abliefen, lässt sich doch von einer Kriegsbegeisterung der Arbeiter im Reich wie in Chemnitz nicht ausgehen.³ Vielmehr erlebten viele Arbeiterfamilien gerade in den ersten Kriegsmonaten Arbeitslosigkeit, Angst um die Angehörigen an der Front und willkürliche Entlassungen sowie Lohnsenkungen oder -einbußen in den Betrieben. Daher bedeutete der gewerkschaftliche und politische Kurs ab August 1914 auch einen tiefen Einschnitt in althergebrachte Deutungsmuster, revolutionäre Rhetorik und nicht zuletzt in das Selbstverständnis vieler Mitglieder. Die Tatsache, dass es sich bei den deutschen Gewerkschaften seit jeher um Verbände handelte, die ihre Wirksamkeit aus einer bedingten Integration in das wirtschaftliche System gewannen, spielte für die Gewerkschaftsmitglieder angesichts ihrer Erfahrungen der Unterdrückung und Verfolgung im Kaiserreich keine Rolle.

Der Eintritt in den Burgfrieden (ohne die Befragung der Basis) stellte die Gewerkschaften vor ein Dilemma, das im Spagat zwischen reformistischer Praxis der Führung bei anhaltender revolutionärer Rhetorik schon zuvor angelegt war. In diesem Kontext mochte die wachsende Einbindung in Sozial- und Arbeitsmarktstrukturen für die Ortsverwaltung und den Vorstand des DMV Ausdruck einer ganz neuen Bedeutung der Gewerkschaften gewesen sein und als wünschenswerte und logische Konsequenz vergangener Bemühungen gegolten haben. Für viele Mitglieder und Vertrauensleute auf Betriebsebene sah dies jedoch ganz anders aus. Die durch die Kriegsproduktion induzierten Veränderungen der Arbeit und der Arbeitsbeziehungen, die weiterhin defizitäre politische Mitbestimmung sowie die seit 1915 wachsende Unzufriedenheit über die Versorgungslage veranlassten Teile dieser Basis dazu, die Haltung des Vorstandes vermehrt zu kritisieren.⁴ Konfrontiert mit rascher betrieblicher Arbeitsintensivierung und steigenden Unternehmensgewinnen in einem andauernden Krieg wurden diese Stimmen allmählich stärker und bildeten die Grundlage für den Bruch, der in Chemnitz wie auch im Reich spätestens seit 1916 die SPD und den DMV in zwei Lager spaltete und die Organisationsarbeit im Metallarbeiterverband im weiteren Verlauf des Krieges und nachfolgend in der Weimarer Republik schwer belastete.⁵

3 Siehe Wolfgang Kruse: *Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses 1914/15*, Essen 1993, S.158-164; Schaller, *Radikalisierung*, S.27f.

4 Siehe Jürgen Kocka: *Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918*, Göttingen 1978, S.33-57.

5 Siehe Heinrich Potthoff: *Gewerkschaften und Politik zwischen Revolution und Inflat-*

Im Folgenden soll dieser schrittweisen Entfremdung zwischen der Gewerkschaftsführung und der Gewerkschaftsbasis in den Chemnitzer Maschinenbaubetrieben nachgegangen werden. Die Überlegungen setzen bei den betrieblichen Konditionen des DMV in den Chemnitzer Maschinenbetrieben vor 1914 an, um dann zu veranschaulichen, wie diese Stützen mit dem Übergang zur Kriegsproduktion beschädigt wurden. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf dem Mitgliederschwund, einer wachsenden Opposition der verbliebenen Vertrauensleute und einer Veränderung der Arbeitsorganisation, die in einigen Aspekten bereits die Rationalisierungswelle ab 1924 vorwegnahm.

2. Betriebliche und außerbetriebliche Bedingungen der Arbeit des DMV vor 1914

Die positive Organisationsentwicklung und die starke Durchsetzungsfähigkeit des DMV in den Lohnkämpfen der Chemnitzer Metallarbeiter lagen bis 1914 vor allem in der günstigen regional-industriellen Konstellation und im entwickelten Arbeiterselbstbewusstsein begründet. Der Verwaltungsaufbau und die Taktik des örtlichen Metallarbeiter-Verbandes hatten sich an wechselnde rechtliche Restriktionen und Verfolgungspraxen⁶ bei anhaltendem betrieblichem Widerstand der Maschinenbauunternehmer⁷ angepasst und als durchaus erfolgreich erwiesen. In Sachsen, wo sich die gesellschaftliche Polarisierung in besonderer Schärfe zeigte, konnte der Verband von einer vielgestaltigen und breit ausgebauten Ausrichtung seiner Aktionen auf Arbeiterbedürfnisse und Arbeiterinteressen stark profitieren. Betrieblich war diese Stärke in hohem Maße auf die frühe und flächendeckende Einführung des Werkstattvertrauensmänner-Systems zurückzuführen. Dieses Instrument kam seit dem Übertritt des Berliner Lokalvereins der Metallarbeiter in den DMV (1897) zum Einsatz und

on, Düsseldorf 1979.

6 Bis 1908 war der Aufbau von Verwaltungsstellen in Sachsen verboten, die Metallarbeiter waren als Einzelmitglieder organisiert und wurden von öffentlich gewählten Vertrauensleuten vertreten. Aber auch nach dem Reichsvereinsgesetz hielt die Verfolgung durch die Polizei an.

7 Chemnitz war ein Zentrum der Werkvereinsbewegung, „Gelbe“ Gewerkschaften existierten im Maschinenbau unter anderem in der Sächsischen Maschinenfabrik vorm. Richard Hartmann AG, bei Kappel, Schimmel und Haubold. Sie waren ein unentwegter Beschwerdepunkt für den DMV. Siehe Deutsche Metallarbeiter-Zeitung (DMZ), 1914, Nr. 11, 13, 21, 26. In den größeren Werken weigerten sich die Unternehmer außerdem bis 1914, die Gewerkschaften als Vertretung der Arbeiterschaft anzuerkennen.

etablierte sich im Chemnitzer Maschinenbau vermutlich um die Jahrhundertwende.⁸ Es fungierte als Schlüssel zum Betrieb, indem es eine Vermittlung zwischen den Orts- und Werkstattstrukturen herstellte, war gleichzeitig auch eine neue Organisationsoption und in gewisser Weise Ersatz für den in Sachsen illegalen örtlichen Verwaltungsaufbau. Der größte Vorteil dieses Systems lag in der unmittelbaren Verbindung zur Basis, zu jedem einzelnen Metallarbeiter mit seinen persönlichen Eigenheiten und individuellen Bedürfnissen. Werkstattvertrauensleute mussten die Kollegen (nicht nur die Mitglieder) jederzeit ernst nehmen, ständig als „Gewerkschaft zum Anfassen“ erfahrbar sein und zur wirksamen Erfüllung ihrer Aufgaben auch Teil der Sozialbeziehungen in der Werkstatt, der Kooperation am Arbeitsplatz, der Spiele, Neckereien und des „Eigen-Sinns“⁹ der Arbeiter sein. Sie bedurften, wollten sie einen bleibenden Einfluss gewinnen, des Respekts der Kollegen und der Einbeziehung in alltägliche soziale Abläufe. Dies setzte voraus, dass sie sich der betrieblichen Dynamik (und widersprach sie teilweise noch so stark verbandlicher Dogmatik) nicht entzogen, „eigen-sinniges“ Verhalten und alltägliche Arbeiterinteressen kannten und in Rechnung stellten.¹⁰ Gelang das, so bot dies dem DMV die einmalige Möglichkeit, betriebliches Arbeiterverhalten und die Sozialbeziehungen in der Werkstatt zu kanalisieren und „die Gepflogenheiten der Kollegen einer Werkstatt“¹¹ zu nutzen. Die Werkstattvertrauensleute wandelten dabei angesichts der Diskrepanz zwischen gewerkschaftlicher Disziplinierung und alltäglicher Arbeiterspontaneität auf einem schmalen Grat. Doch waren sie als Vermittlungsinstanz und Informationsbeschaffer unentbehrlich. Darüber hinaus konnte ein funktionierendes System die Auswirkungen der Migration und Fluktuation entschärfen, indem es die wandernden Arbeiter immer wieder mit der Or-

8 Siehe Der Deutsche Metallarbeiter-Verband im Jahre 1904. Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder, Hrsg. Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart 1905.

9 Verwendet im Sinne von Alf Lüdtke: Lohn, Pausen, Neckereien. Eigensinn und Politik bei Fabrikarbeitern in Deutschland um 1900, in: Ders. (Hrsg.): Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus, Hamburg 1993, S.138-143.

10 „Eigen-Sinn“ umfasste ein breites Repertoire an Verhaltensweisen, die weder auf das Verständnis der Unternehmer noch auf jenes der Funktionäre des DMV trafen. Dazu zählten vor allem Bier und Schnaps in die Werkstatt schaffen und während der Arbeit trinken, Leichtsinn an den Maschinen, Diebstahl, Zuspätkommen und Zufrühgehen, Bummeln, Herumlafen oder verstecktes Schlafen.

11 Die Werkstattvertrauensmänner und ihre Aufgaben. Winke zur Einführung des Werkstattvertrauensmänner-Systems. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Stuttgart 1904, S.6.

ganisation in Kontakt brachte und den Zahlungsrückstand (eine Hauptaustrittsursache) eindämmte.

Neben der betrieblichen Verankerung beschritt der Chemnitzer DMV aber auch andere Wege, auf denen der Kontakt zu den Metallarbeitern und deren Familien hergestellt wurde. Dazu gehörte vor allem das Arbeiter-Sekretariat des Gewerkschaftskartells, in dem Arbeiter und Arbeiterinnen eine juristische Beratung erhalten konnten. Dieses Angebot, das trotz einiger inhaltlicher Unterschiede sowohl Organisierte wie auch Unorganisierte nutzen durften, entfaltete laut der Geschäftsberichte eine durchaus integrative Wirkung.¹² Die Beratung erstreckte sich über ein weites Feld, betraf aber meistens Versicherungs-, Lohn- oder Unterhaltsfragen. In den zehn Jahren vor dem Ersten Weltkrieg erlebte das Büro einen regelrechten Ansturm: Hatten 1905 noch 2.077 Personen um eine Beratung gebeten, fragten 1914 bereits 11.301 Arbeitnehmer an. Insgesamt wurde das Sekretariat in diesem Zeitraum von 73.380 Personen frequentiert, von denen etwa 34.000 als Metallarbeiter und Metallarbeiterinnen beschäftigt waren.¹³ Wie erfolgreich das Arbeiter-Sekretariat konzipiert war und angenommen wurde, bewies auch der Versuch der Stadt Chemnitz, sich 1907 mit der Gründung eines eigenen Rechtsauskunftsbüros vom Gewerkschaftskartell abzugrenzen. Die „bürgerliche Kopie“ erlangte jedoch nie die quantitative Bedeutung des Sekretariats.¹⁴

Zu den von Arbeitern gern genutzten Einrichtungen des Kartells zählte das Volkshaus, in dem neben den Büros der meisten Verbände und des Arbeiter-Sekretariats auch die Arbeiterherberge eingerichtet war. Seit 1908 konnten wandernde Arbeiter hier für eine gewisse Zeit unterkommen und sich über die Arbeitsmöglichkeiten im Umkreis informieren. 1913 wurde dieses Angebot von 7.364 Arbeitern genutzt, die insgesamt 15.097-mal übernachteten.¹⁵ Weiterhin organisierte seit 1908 ein Bildungsausschuss ein breites Repertoire kultureller und familiärer Angebote: Vorträge, Ausstellungen, Bühnenstücke, Sommer- und Kinderfeste, Sonderfahrten für Mitglieder nach Helgoland und Konzerte. Auch wurde die Bildung einer

12 Siehe Bericht auf das Jahr 1901. Hrsg. Gewerkschafts-Kartell Chemnitz, Chemnitz 1902, S.22; Bericht auf das Jahr 1902. Hrsg. Gewerkschaftskartell Chemnitz, Chemnitz 1903, S.5.

13 Berechnung des Vf. nach den Geschäftsberichten des Gewerkschaftskartells Chemnitz 1905-1914.

14 Siehe Bericht für 1907. Nebst dem Bericht des Arbeiter-Sekretariats, Hrsg. Gewerkschaftskartell Chemnitz, Chemnitz 1908, S.64f.

15 Siehe Die Gewerkschaftsbewegung in Chemnitz im Jahre 1913. Hrsg. Gewerkschaftskartell Chemnitz, Chemnitz 1914, S.48.

Jugendorganisation forciert. Das Kartell widmete sich sogar Problemen, gegenüber denen man zunächst gewerkschaftliches Engagement kaum erwarten würde: So wehrte es im Sommer 1906 im sogenannten „Chemnitzer Bierkrieg“¹⁶ mit einem Streik und einer Boykottaktion eine erhebliche Preiserhöhung der Brauer beinahe zur Gänze ab – ein Vorgehen, bei dem die Arbeiter geschlossen hinter den Gewerkschaften standen und diese eine beträchtliche Reputation gewannen.

Alles in allem waren der Chemnitzer DMV und das Gewerkschaftskartell in den Vorkriegsjahren gut in das Arbeitermilieu integriert. Sie waren finanziell schlagkräftig genug, um neben dem gewerkschaftlichen „Butter und Brot-Gewerbe“ zahlreiche Unterstützungseinrichtungen zu unterhalten und attraktive Freizeitaktivitäten anzubieten. Auf diese Weise generierte man ständig Erfahrung auf der betrieblichen wie der außerbetrieblichen Ebene, machte Organisationshandeln erlebbar und entfaltete eine nicht zu unterschätzende Werbewirkung.

Ein Garant für diese Entwicklung war die enge Verbindung zur örtlichen Sozialdemokratie, die seit Ende der 1860er-Jahre bestand und sich zwischen 1878 und 1890 stark verfestigt hatte. In ihrer Zusammenarbeit und ihrer Wirkung waren SPD und Metallarbeiterverband kaum zu trennen, da eine weitgehende Personalunion herrschte und viele Veranstaltungen gemeinsam durchgeführt wurden. Ihren bis 1914 immensen Einfluss in Chemnitz verdankten diese „durch die Gewerkschaftsarbeit geprägten Reformisten“¹⁷ nicht zuletzt der Kontrolle über die „Volksstimme“, das mit Abstand wichtigste Presseorgan der Sozialdemokratie in der Region und mit über 60.000 Abonnenten eine der erfolgreichsten Zeitungen des Landes.

Die Entwicklung schien den Arbeiterorganisationen Recht zu geben: Seit 1890 hatte die SPD im Wahlkreis keine Reichstagswahl verloren, und die Gewerkschaften waren auf dem besten Weg zu Massenorganisationen. Die strukturelle und programmatische Problematik dieser Entwicklung blieb aufgrund des Wirtschaftswachstums lange verborgen, offenbarte sich mit dem Kriegseintritt aber schlagartig: Denn de facto waren die Gewerkschaftsführungen schon lange nicht mehr am ökonomischen Systemwechsel interessiert, wie es die Verbindung mit der Sozialdemokratie nahelegen mochte. Das wichtigste Ziel der reformistischen Leitungen war der Erhalt der Organisation, und man war nicht bereit, den gewon-

16 Siehe Bericht auf das Jahr 1906. Hrsg. Gewerkschafts-Kartell Chemnitz, Chemnitz 1907, S.5f.

17 Wolfram Wette: Gustav Noske. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1988, S.63.

nenen Einfluss aufs Spiel zu setzen. In der Stuttgarter Verbandsleitung um Alexander Schlicke und im Chemnitzer Gewerkschaftskartell um Max Heldt hatte man sich ganz mit der innerkapitalistischen Funktion der Gewerkschaft abgefunden. Der Fokus lag hier auf der Lohn- und Arbeitszeitproblematik. Von einem „Doppelcharakter“¹⁸, der vorausgesetzt hätte, die Existenz der Organisation zu hinterfragen, konnte daher keine Rede sein.

Der Moment des Kriegseintritts, der diesen Widerspruch zwischen Theorie und Praxis, zwischen Führung und Teilen der Basis sichtbar machte, hatte langfristige Auswirkungen auf den DMV. In den folgenden vier Jahren waren die Lebens- und Arbeitsumstände der Basis immer weniger mit der Haltung der SPD- und Gewerkschaftsführung zum Krieg zu vereinbaren. Arbeiter und Gewerkschaftsführung wurden einander fremd. Obgleich niemals in absolutem Gegensatz stehend, drifteten der Erfahrungshorizont der Arbeiter und die Vorstellungen ihrer Gewerkschaftsführer von den Verbandszielen so weit auseinander, dass die DMV-Führung in den letzten Kriegsmonaten kaum noch über betrieblichen Einfluss auf die Metallarbeiter verfügte.

3. Die betrieblichen Veränderungen unter der Kriegsproduktion

Die erste und zu Beginn schwerstwiegende Folge der Mobilmachung war ein rasches Ansteigen der Arbeitslosenzahlen in Chemnitz. Im August waren mit 4.924 organisierten Metallarbeitern 27,5 Prozent der DMV-Mitgliedschaft arbeitslos gemeldet.¹⁹ In dieser Lage erreichten die Chemnitzer Gewerkschaften und allen voran der von der Arbeitslosigkeit am stärksten betroffene DMV einen kurzfristigen Erfolg, indem sie am 31. August 1914 gemeinsam mit der Stadt das sogenannte „Genter System der Arbeitslosenunterstützung“ installierten.²⁰ Allen reichsdeutschen Mitgliedern des DMV wurde, soweit sie vom Verband Arbeitslosenunterstützung bezogen, unabhängig vom Geschlecht pro Werktag ein öffentlicher Zuschuss von 50 (für Verheiratete) bzw. 30 Pfennig (für Ledige) gezahlt.²¹ Obgleich

18 Siehe Rainer Zoll: *Der Doppelcharakter der Gewerkschaften. Zur Aktualität der Marx-schen Gewerkschaftstheorie*, Frankfurt/Main 1982, S.134f.

19 Siehe Geschäfts-Bericht für das Jahr 1914. Hrsg. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Chemnitz, Chemnitz 1915, S.485.

20 Siehe Schaller, *Radikalisierung*, S.56.

21 Siehe *Die Unterstützung der Erwerbslosen durch das Reich, die Bundesstaaten, Versicherungsanstalten sowie durch die Gemeinden*. Hrsg. Vorstand des Deutschen Metallarbei-

auch unorganisierte Arbeiter und Arbeiterinnen Zuschüsse erhielten, war diese Regelung aus Sicht der DMV-Führung aus zweierlei Sicht erfreulich: Zum einen wurden die Mitglieder stärker bezuschusst, wodurch ein nicht zu unterschätzender Organisationsanreiz geschaffen war, und zum anderen entschärfte das System die Fluktuationsproblematik, da es einen ununterbrochenen Wohnsitz in Chemnitz und die Annahme aller angemessenen Erwerbsmöglichkeiten voraussetzte. Dennoch blieb der Zuschuss nur Episode. Dies war darauf zurückzuführen, dass sich die beiden wichtigsten Industriebranchen der Stadt im Übergang zur Kriegsproduktion stark veränderten: Während die Textilbranche in den folgenden Jahren einen schweren Einbruch erlebte,²² waren im Maschinenbau nach einer kurzen und harten Umstellungsphase ab 1915 eine beispiellose Kriegskonjunktur und andauernde Vollbeschäftigung zu verzeichnen. Dementsprechend sanken ab Herbst 1914 auch die Arbeitslosenzahlen wieder: Im Monatsdurchschnitt waren von allen Chemnitzer Metallarbeitern 1915 nur 54 arbeitslos.²³ Neben Werkzeugmaschinen zur Herstellung von Kriegsgütern produzierten die Maschinenfabriken, allen voran die Wanderer-Werke und die Sächsische Maschinenfabrik (vorm. Richard Hartmann AG) rentabel Geschütze und Munition. Aber auch die Hermann und Alfred Escher AG meldete nach den ersten Betriebseinschränkungen im Sommer 1914 eine absolute Auslastung und 1916/17 eine nochmalige Erhöhung der Produktion, die etwa dem Doppelten der Friedensproduktion entsprach.²⁴ Ähnlich gestaltete sich die Entwicklung bei der J. E. Reinecker AG in Chemnitz-Gablenz: Da schon Vollbeschäftigung herrschte und ein „guter Absatz der Waren“ gegeben war, kam es 1916/17 durch „einen beispiellos hohen Beschäftigungsgrad“ zum Bau neuer Betriebs-einrichtungen und zum Ankauf einer eigenen Gießerei. Als drängendstes Problem meldete das Unternehmen den anhaltenden Mangel qualifizierter Arbeitskräfte.²⁵

Insgesamt war man auf Seiten der Unternehmer gut auf die Kriegsproduktion vorbereitet gewesen und fuhr, auch weil die zuständigen Äm-

ter-Verbandes, Stuttgart 1915, S.103, 140f.

22 Siehe Kocka, Klassengesellschaft, S.21; Schaller, Radikalisierung, S.54f.

23 Siehe Die Gewerkschaftsbewegung in Chemnitz während der Kriegsjahre 1914 und 1915. Hrsg. Gewerkschaftskartell Chemnitz, Chemnitz 1916, S.27.

24 Geschäftsberichte 1905-1929, Hermann und Alfred Escher AG, Sächsisches Staatsarchiv (StA) Chemnitz, 31026, Nr. 75.

25 Geschäftsberichte 1912-1916 und 1915-1917, J. E. Reinecker AG, StA Chemnitz, 31007, Nr. 224 und 225.

ter für kriegswichtige Lieferungen beinahe jeden Preis akzeptierten, im Laufe des Krieges beträchtliche Gewinne ein. Dies war einerseits auf die Entwicklung zurückzuführen, die der Werkzeugmaschinenbau technisch und ökonomisch seit etwa 1895 genommen hatte, und lag andererseits an den veränderten Möglichkeiten formeller Subsumtion der Arbeitskräfte unter das Kapital. So waren die zehn Vorkriegsjahre nicht nur von einer kaum unterbrochenen günstigen konjunkturellen Entwicklung geprägt, sondern auch von der Vollendung des „zweiten Umbruchs in der Fertigungstechnik“.²⁶

Genauere und leistungsfähigere Bohr- und Schleifmaschinen sowie ein weiterentwickeltes betriebliches Messwesen ermöglichten in dieser Zeit erstmals die Maschinisierung der Passarbeit und lösten damit den Engpass in der Produktion von Werkzeugmaschinen zusehends auf. Auf diese Weise machte man nicht nur einen großen Schritt hin zur Produktion austauschbarer Teile, der technologische Umbruch löste auch Veränderungen in den Belegschaften und im Arbeitsalltag aus. In dem Maße, wie sich die Maschinenparks in den mechanischen Werkstätten verbesserten und neue Werkanlagen errichtet wurden, sank tendenziell das qualifikatorische Niveau: Passarbeiten, für die zuvor hoch qualifizierte Schlosser notwendig gewesen waren, fielen vermehrt weg und machten der Bedienung von Maschinen Platz. Allerdings traf dieser Prozess auch in Chemnitz den allgemeinen Maschinenbau wesentlich härter als den Werkzeugmaschinenbau. Während dort unqualifizierte Arbeiter und Arbeiterinnen beispielsweise mehrere Revolverdrehmaschinen bedienten, stieg hier der Anteil der angelernten Arbeitskräfte zwar stark an, der Facharbeitereinfluss blieb aber konstant bestehen. Auch wenn der Maschinenbau im Allgemeinen ohnehin eine höhere formale Qualifikation voraussetzte als etwa die Eisen- und Stahlindustrie zu dieser Zeit, beschleunigten sich die obigen Prozesse durch die Kriegsproduktion weiter. Der Maschinenbau entwickelte sich immer stärker in Richtung einer Massenproduktion. Hinzu kam, dass Chemnitzer Firmen wie die Wanderer-Werke schon vor Kriegsausbruch mit der Einführung neuer Arbeitsmethoden experimentiert und Elemente des Taylor-Systems in den Drehereien erprobt hatten.²⁷ Solche arbeitsorganisatorische Regelungen ließen sich unter den Bedingungen der massenhaften Herstellung einer relativ monotonen Produktionspalette viel

26 Siehe Volker Benad-Wagenhoff: *Industrieller Maschinenbau im 19. Jahrhundert. Werkstattpraxis und Entwicklung spanabhebender Werkzeugmaschinen im deutschen Maschinenbau 1870-1914*, Stuttgart 1993, S.358-390.

27 Siehe Korrespondenzen. Chemnitz, in: *DMZ*, 1914, Nr. 32, S.257.

leichter realisieren als mit der typenreichen Friedensproduktion. Des Weiteren forcierte die Herstellung von Rüstungsgütern die Anstrengungen, welche die Ingenieure vor 1914 in die Vereinfachung, Normung und Typisierung der Teile und Produkte investiert hatten. Die wachsende Gleichförmigkeit und die Verringerung der Typenzahl bei Rüstungsgütern begünstigten die Normierung und schlugen sich in der Gründung des Normenausschusses der Deutschen Industrie 1917 nieder.²⁸

Alles in allem boten die technisch-organisatorischen Neuerungen und die stabile Kriegskonjunktur die Möglichkeit, die Arbeit im Maschinenbau zu beschleunigen und zu intensivieren. Die Instrumente, diese Entwicklung zu zähmen, hatten die Gewerkschaften allerdings zum größten Teil aus der Hand gegeben. Gleich zu Beginn des Krieges wurden die Schutzgesetze zur Beschränkung der Überstunden und der Nacharbeit kassiert²⁹ und der Streik als schärfste Waffe zurückgestellt. Gegen das politische Leitbild der „Arbeit für den deutschen Sieg“ kamen Bedenken hinsichtlich der Verlängerung der Arbeitszeit und der wachsenden Zahl von Unfällen kaum an. Die Tatsache, dass die Unternehmer ihre „alten“ Methoden einsetzten, um dem wachsenden Einfluss der Gewerkschaften entgegenzuwirken, und dabei steigende Gewinne machten, ließ die Arbeiterschaft schließlich aufmerken und an den patriotischen Losungen zweifeln. Spätestens seit 1916 ging man in der Chemnitzer Arbeiterschaft dazu über, Lohnsenkungen, Arbeitszeitverlängerungen und aggressiv auftretenden Werkvereinen wieder mit dem Mittel des Streiks zu begegnen. Dies war vor allem in hoch qualifizierten und damit unentbehrlichen Bereichen der Produktion wie den Drehereien möglich.³⁰

Die oben skizzierten technischen Prozesse und der Einzug vieler Arbeiter zum Militär führten außerdem zum stark steigenden Einsatz von Frauen in der Produktion. Chemnitz entwickelte sich zu einem Zentrum der Frauenarbeit im Maschinenbau: Arbeiteten im August/September 1916 in 63 Chemnitzer Betrieben und 21 Betriebsabteilungen 4.648 Frauen, so waren es vor dem Krieg lediglich 503 gewesen.³¹ Mit dieser

28 Siehe Markus Haas: *Spanende Metallbearbeitung in Deutschland während der Zwischenkriegszeit (1918-1939)*, Hamburg 1997, S.286.

29 Siehe Kocka, *Klassengesellschaft*, S.20.

30 Kurze Streiks aufgrund der Teuerungszulagen fanden etwa bei Zimmermann und Hartmann statt. Siehe Berichte. Chemnitz, in: *DMZ*, 1916, Nr. 47, S.195.

31 3.337 Frauen arbeiteten in „Kriegsindustrien“, 1.311 in „Friedensindustrien“. Einen Lohnzuschlag für Überstunden und Sonntagsarbeit erhielten im September 1916 2.982 Frauen, die Schutzbestimmungen wurden für 1.511 Frauen eingehalten, für 1.014 wurden

Entwicklung konnte die patriarchalisch-männliche Führung des örtlichen DMV zu keiner Zeit umgehen. Es mangelte an Ideen, wie mit der Tatsache der Frauenarbeit im Betrieb und dem daraus resultierenden Verhältnis zu ihren männlichen Kollegen umgegangen werden sollte. Das Problem des ungleichen Lohnes für gleiche Arbeit wurde kaum thematisiert. Es scheint, als ob man den auf Frauenarbeit bezogenen Eingaben an Reichstag, Gewerbeaufsicht und Militärbehörden nicht die gleiche Bedeutung beimaß wie dem Einsatz für die männlichen Metallarbeiter. Vorstellungen und Handeln des Verbandes blieben dem Konzept des männlichen Familiernährers verhaftet;³² die Funktionäre betonten wiederholt die bloße Ersatzfunktion weiblicher Metallarbeiter bis zur Heimkehr der Männer.³³ Dass diese Haltung keinen Organisationsanreiz bot, belegt der geringe weibliche Organisationsgrad im DMV in Chemnitz eindrücklich.³⁴

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die betriebliche Sphäre im Chemnitzer Maschinenbau in den Kriegsjahren einem rasanten Wandel unterworfen war. Während sich die Arbeiter darüber im Klaren gewesen sein dürften, dass ihre Arbeitgeber am Krieg gut verdienten, erlebten sie selbst eine stetig steigende Arbeitsbelastung. Die Einführung effizienterer Arbeitsmethoden und die Forcierung von Rationalisierungsanstrengungen enthielten bereits Elemente der Rationalisierungsbewegung der 1920er-Jahre. Die technisch-organisatorische Weiterentwicklung veränderte das Qualifikationsprofil der Belegschaften und bedrohte qualifizierte Positionen. Die verstärkte Beschäftigung von Frauen und auch von Kriegsgefangenen³⁵ fügte der qualifikatorischen Zuspitzung der Probleme

sie aufgehoben. Siehe *Die Frauenarbeit in der Metallindustrie während des Krieges*. Hrsg. Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart 1917, Anhang.

32 Siehe Brigitte Kassel: *Der „männliche Familiernährer“*. Zur Lohn- und Tarifpolitik des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes 1891-1919, in: *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, 1998, H.3-4, S.364-380; Dies.: *Frauen in einer Männerwelt. Frauenerwerbsarbeit in der Metallindustrie und ihre Interessenvertretung durch den Deutschen Metallarbeiter-Verband 1891-1933*, Köln 1997.

33 Die große Mehrheit der Frauen zweier Chemnitzer Firmen, in denen die Kriegsamtstelle Leipzig im Mai 1918 eine Befragung durchführte, gaben an, am liebsten im gleichen Beruf weiterarbeiten zu wollen. Siehe Ute Daniel: *Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft. Beruf, Familie und Politik im Ersten Weltkrieg*, Göttingen 1989, S.123.

34 1914 waren 179 Frauen im Chemnitzer DMV organisiert. Dass sich diese Zahl während des Krieges bedeutend erhöht hat, ist aufgrund der massiven Austritte aus der SPD und des Vorgehens des DMV nicht anzunehmen.

35 Kriegsgefangene arbeiteten in Chemnitz unter anderem bei Hartmann, Wanderer, Germania, Reinecker und Sondermann & Stier. Siehe André Neubert: *Zur Geschichte des*

noch eine Geschlechter- und nationale Polarisierung hinzu. Die Vorkriegsmuster der von männlich-qualifizierter Arbeitserfahrung geprägten Sozialbeziehungen am Arbeitsplatz wurden zunehmend zurückgedrängt. Damit erodierten genau die Muster, über die der DMV mit „seinen“ Werkstattvertrauensmännern Anschluss an die Belegschaften hergestellt hatte. All diese Prozesse beschnitten die Dispositionsspielräume des Metallarbeiterverbandes. Da zudem die soziale und politische Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft wuchs, führte das zu dramatischen und sich seit 1915 verschärfenden Defiziten bei der Vermittlung zwischen gewerkschaftlicher Organisation und Basis, die den Kern gewerkschaftlichen Erfolgs in Chemnitz trafen.

4. Probleme gewerkschaftlicher Organisation während des Krieges

Im Gegensatz zu einigen anderen deutschen Städten entzündete sich an der integrativen Haltung der DMV- und SPD-Führung in Chemnitz in den ersten Kriegsmonaten kein offener Konflikt. Vielmehr blieb das Heft des Handelns bis in die letzten Kriegsphasen hinein in ihren Händen. Chemnitz gehörte damit zu einer der Hochburgen der reformistischen Strömung innerhalb der Sozialdemokratie. Ein Garant dessen war die weitere Kontrolle über die „Volksstimme“, in der man schon am 1. August 1914 auf den kommenden Krieg eingeschworen hatte, womit das Blatt einen geradezu spektakulären Bruch mit seiner Vorkriegsausrichtung vollzog. Hatte die Zeitung zuvor aufgrund ihrer antimilitaristischen Berichterstattung unter der Beobachtung von Stadt- und Landespolizei gestanden³⁶ und waren einige Redakteure ob ihrer Artikel sogar zu Gefängnisstrafen verurteilt worden,³⁷ so schienen mit dem Beginn des Krieges alle Friedensrufe vergessen. Die „Volksstimme“ war sogar eines der wenigen sozialdemokratischen Organe, die Vergeltungsmaßnahmen an der Zivilbevölkerung guthieß. Der Einzug in das Burgfriedenslager stieß auf Pro-

Kriegsgefangenenlagers Chemnitz-Ebersdorf 1914-1921, in: Beiträge zur Heimatgeschichte von Karl-Marx-Stadt, 29 (1987), S.23, zit. nach: Schaller, Radikalisierung, S.84.

36 Sendung der antimilitaristischen Artikel der Chemnitzer „Volksstimme“ an das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten, Polizeiamt der Stadt Chemnitz, 1912-1913, Hauptstaatsarchiv (HStA) Dresden, 10717, Nr. 4802.

37 Bericht über die politische und gewerkschaftliche Bewegung in Chemnitz im Jahre 1913, Polizeiamt der Stadt Chemnitz, Politische Abteilung, 1914, HStA Dresden, 10736, Nr. 11065, Bl. 41f.

test der Bevölkerung³⁸ und fand die Kritik Lenins.³⁹ Eine weniger scharfe, aber in ihrer Ausrichtung ähnliche Kriegspropaganda betrieb auch die Redaktion der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“, ehe sie von der Mehrheit der Generalversammlung zur Mäßigung verpflichtet wurde.⁴⁰

Mithilfe ihrer publizistischen und nicht zuletzt auch der finanziellen Kontrolle sowie über ihre betriebliche Verankerung war die Führung des DMV in der Lage, die Stimmung in der Arbeiterschaft zu beeinflussen. Untergründig regten sich in Betrieben und selbst in der „Volksstimme“ zwar nonkonforme Stimmen, doch offener Widerstand war zunächst kaum möglich. Als einziges Mittel blieb der Austritt aus der Gewerkschaft – ein Weg, den viele Metallarbeiter wählten, doch blieb dessen Umfang immer deutlich hinter den Abgängen zum Militär zurück. Für die betriebliche Organisationsarbeit war die Unterscheidung zwischen beiden sekundär, da sowohl die Einberufungen als auch die freiwilligen Austritte das Fundament des DMV beschädigten. So reduzierte die Mobilmachung nicht nur die Mitgliederzahl unter den jugendlichen Arbeitern massiv, sondern entzog den Betrieben auch viele Werkstattvertrauensmänner gerade in einer Zeit, die wie keine zuvor einer Vermittlung zwischen gewerkschaftlicher Führung und Werkstatt bedurft hätte. Über diesen Verlust der betrieblichen Verankerung war man sich im DMV-Vorstand im Klaren. Im 1915 erschienenen Jahrbuch des Verbandes für 1914 heißt es: „Es sind vor allem die durch den Krieg in vielen Betrieben verloren gegangenen Verbindungen, die das Ausscheiden so vieler Mitglieder aus dem Verband zur Folge hatten. Viele Mitglieder bleiben nur bei dem Verband, wenn die Verbandsbeiträge regelmäßig von Woche zu Woche vom Vertrauensmann oder Einkassierer bei ihnen abgeholt werden und das feinmaschige Gefüge der Organisation nicht gelockert wird. Gar mancher muß immer und immer wieder an seine Pflichten gegen den Verband erinnert werden, wenn er nicht verloren gehen soll. In diesem Punkte aber haben monatelang die Einrichtungen der Organisation in vielen Betrieben und Orten versagt. Es hat an geschulten und erfahrenen Vertrauensleuten als den Bindegliedern zwischen den Mitgliedern und der örtlichen Verwaltung ge-

38 Die Redaktion der Zeitung war vor allem das Ziel empörter Frauen. Bericht über die Unruhen in Chemnitz, Erster Staatsanwalt bei dem Landgerichte Chemnitz, HStA Dresden, 10736, Nr. 11069/T. 2, Bl. 237.

39 Lenin bezeichnete die „Volksstimme“ als „eines der offensten und extremsten Organe der deutschen Sozialimperialisten“. Zit. nach: Schaller, Radikalisierung, S.21.

40 Siehe Protokoll der 12. Ordentlichen Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart 1915, S.46-50.

fehlt. Dieser Umstand ist neben der großen Arbeitslosigkeit in den ersten Kriegsmonaten die Hauptursache des Mitgliederrückganges.“⁴¹

In Chemnitz war dieser Mitgliedsschwund in den ersten beiden Kriegsjahren enorm. Die Zahl der Organisierten reduzierte sich von 18.753 (1913) auf 10.629 (1914) und erreichte Ende 1915 mit 7.132 Mitgliedern die Talsohle. Damit verlor der DMV beinahe 62 Prozent seiner Chemnitzer Mitglieder. 1916 (7.522) und 1917 (9.041) trat wieder eine langsame Stabilisierung ein.⁴²

Die vergleichsweise gute Lohn- und Versorgungslage bei den für die Rüstung arbeitenden Metallern verhinderte in den ersten Kriegsjahren, dass die punktuell auflodernden Ausschreitungen auf diese übergriffen. Sie beteiligten sich auch kaum an den Tumulten im Rahmen des „Chemnitzer Butterkrawalls“⁴³ im Oktober 1915. Vor allem die Schwerstarbeiter-Zuschläge, Lohnerhöhungen und die gelegentlich bewilligten Teuerungszulagen spielten für die Belegschaften der Maschinenfabriken in dieser Phase eine wichtige Rolle und lenkten von den gestiegenen Arbeitsanforderungen und der voranschreitenden Inflation ab. Auch gelang es dem DMV fast immer, die Lohnauseinandersetzungen ohne große Zwischenfälle erfolgreich zu beenden. Nichtsdestotrotz begann sich die Spaltung der SPD seit 1916 auch auf die Chemnitzer Gewerkschaften auszuwirken. So meldete die Polizeidirektion Dresden im Februar 1917: „In Chemnitz sind gleichfalls keine Wahrnehmungen gemacht worden, die auf eine beabsichtigte Gewaltbetätigung der sozialdemokratischen Minderheit deuten könnte. Letztere hat auch dort eine Anzahl Anhänger, deren Führer der Bevollmächtigte des deutschen Bauarbeiterverbandes Friedrich Heckert ist. [...] Das dortige Parteiorgan ‚die Volksstimme‘ steht voll und ganz auf dem Standpunkt der Mehrheit, warnt die Arbeiterschaft vor unüberlegten Schritten und bekämpft die Betätigung der radikalen Minderheit auf das schärfste. Demzufolge hat die dortige radikale Minderheit bis jetzt nur einen verhältnismäßig geringen Anhang zu verzeichnen.“⁴⁴

41 Der Deutsche Metallarbeiter-Verband im Jahre 1914. Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder, Hrsg. Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart 1915, S.21.

42 Siehe Jahr- und Handbücher für die Jahre 1913-1917. Hrsg. Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart 1914-1918.

43 Siehe Stefan Pfalzer: Der „Butterkrawall“ im Oktober 1915. Die erste größere Antikriegsbewegung in Chemnitz, in: Helga Grebing/Hans Mommsen/Karsten Rudolph (Hrsg.): Demokratie und Emanzipation zwischen Saale und Elbe. Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1933, Essen 1993, S.196-201.

44 Lageeinschätzung zu Chemnitz, Polizeidirektion Dresden, 6.2.1917, HStA Dresden,

Vor allem die immer unzureichendere Versorgung bewirkte im Laufe des Jahres 1917 eine Verschärfung der Lage und führte zu einer Ausweitung der Kritik am DMV auf politische Aspekte. Dass sich das wachsende Protestpotenzial artikulieren konnte, war besonders der Ortsgruppe der USPD unter Friedrich Heckert und Heinrich Brandler zu verdanken, die sich im Mai 1917 konstituiert hatte und ihren größten Rückhalt im Bauarbeiterverband und bei einer wachsenden Zahl großbetrieblicher Rüstungsarbeiter besaß. Weil sie polizeilich verfolgt wurde und über kein eigenes Organ verfügte, verlegte sich diese kleine Gruppe auf ein erfolgreiches betriebliches Vorgehen, das genau dort ansetzte, wo die Stärke des DMV vor 1914 gelegen hatte, nämlich in der Werkstattvertrauensleutearbeit. Die Chemnitzer Polizei fasste diese Methodik wie folgt zusammen: „In den hiesigen Rüstungsbetrieben haben die ‚Unabhängigen‘ Vertrauensleute, welche angehalten werden, für den Anschluß an ihre Partei eifrig zu werben und für deren Ziele Stimmung zu machen. Von jeher haben sie Arbeitseinstellungen warm befürwortet und sie sind auch jederzeit bemüht, die aus Anlaß der Ernährungsschwierigkeiten erregte Stimmung der Arbeiterschaft zu schüren und für ihre Zwecke auszunützen [...] Immerhin haben sie, hauptsächlich in letzter Zeit, durch die infolge der bestehenden Ernährungsschwierigkeiten hervorgerufene und von ihnen künstlich geschürte Unzufriedenheit der Arbeiterschaft, erheblichen Zulauf erhalten. Sie haben sich auch zur Aufgabe gemacht, die Arbeiter aus den Gewerkschaften herauszuziehen und die Gewerkschaftsführer in Mißkredit zu bringen. Wenn ihnen dies bisher auch noch nicht gelungen ist, so haben sie doch erreicht, daß die Gewerkschaftsleiter nicht mehr auf ihre Mitglieder den Einfluß haben wie früher.“⁴⁵

Mit dem offensiven Abwerben von DMV-Mitgliedern in den Betrieben durch die USPD hatte der Bruch in der Arbeiterbewegung auch die Chemnitzer Gewerkschaften erreicht und ließ sich von nun an nicht mehr zudecken. In offener Diskussion wurden Auseinandersetzungen über die fundamentalsten gewerkschaftlichen Fragen geführt, wobei die Konfrontationslinie direkt durch den Metallarbeiter-Verband verlief.

Die erste Welle von Streiks erreichte die Chemnitzer Maschinenbetriebe schließlich im April 1917, als bei Escher, Wanderer, Haubold und Pornitz gestreikt wurde, sich die Arbeiterausschüsse von Germania, Hartmann und Sondermann & Stier beim Stadtrat einfanden und zahlreiche

10736, Nr. 11071, Bl. 2f.

45 Geheimer Bericht über die Chemnitzer USP-Organisation, Polizeiamt der Stadt Chemnitz, Politische Abteilung, HStA Dresden, 10736, Nr. 10996, Bl. 9f.

Belegschaften in Versammlungen ihren Unmut über die Lage ausdrückten.⁴⁶ Dieser Unmut betraf zunächst weniger die politische Situation (dieses Element trat erst infolge der Streiks hinzu), sondern entzündete sich an der Versorgungslage und vor allem an der ungleichmäßigen und als ungerecht empfundenen Schwerstarbeiter-Einstufung zwischen den einzelnen Werken. Vor diesem Hintergrund kam es zu einigen Austritten aus dem DMV, „weil die Leute der Meinung sind, daß der Verband die Aufgabe hat, in erster Linie für ihre Magenbedürfnisse Sorge zu tragen“.⁴⁷ Im Großen und Ganzen gelang es der DMV-Führung aber, Herr der Lage zu bleiben, indem vor allem die Sekretäre Beckert und Krause während der Versammlungen beschwichtigend zu den Arbeitern sprachen und diese vor den Folgen einer weiteren Eskalation für deren Familien und die Versorgung warnten.⁴⁸ Arbeiter und DMV trennte jedoch mittlerweile ein Interessengegensatz, der noch dadurch verschärft wurde, dass die als solche empfundene Zweckkoalition zwischen DMV-Führung, Staat und Unternehmern von den Arbeitern nun offen hinterfragt wurde.

Dennoch konnte ein Übergreifen der Streiks im Januar und Februar 1918 auf Chemnitz gänzlich verhindert werden. Das liegt wahrscheinlich darin begründet, dass Gustav Noske (jetzt „Chefredakteur“ der „Volksstimme“) nur zum Schein mit der USPD zusammengegangen war. Er hatte versprochen, einen Streikaufruf der Unabhängigen und deren Vertrauensleute zu veröffentlichen, den er aber im Angesicht des Berliner Streikverlaufs am 4. Februar nicht drucken ließ.⁴⁹ Dieses Vorgehen war betrieblich nicht vermittelbar und brüskierte die mehrheitssozialdemokratischen DMV-Sekretäre. Noskes Taktik, bei der er mit der Zustimmung der DMV-Führung rechnen konnte⁵⁰, entzog der betrieblichen Interessenvertretung die Vertrauensgrundlage und vertiefte die vorhandene Spaltung der Chemnitzer Arbeiterbewegung noch weiter. Wie stark sich die mehrheitssozialdemokratische Politik nicht nur aus Sicht vieler Arbeiter zu einer Stütze des Krieges und des Obrigkeitsstaates entwickelt hatte, beweist die geheime Anweisung des Generalkommandos XIX im April 1918, einen DMV-Verbandstag unter allen Umständen zu verhindern: „Zweck des einzube-

46 Arbeitsniederlegungen und Versammlungen in Chemnitz 1917, Polizeiamt der Stadt Chemnitz, Politische Abteilung, HStA Dresden, 10736, Nr. 11071, Bl. 168-174.

47 Berichte. Chemnitz, in: DMZ, 1917, Nr. 32, S.135.

48 Arbeitsniederlegungen und Versammlungen, Bl. 169.

49 Siehe Schaller, Radikalisierung, S.107f.

50 Die Gewerkschaftsführung verurteilte die „Streikpropaganda“ der USPD-Vertrauensleute entschieden. Siehe DMZ, 1918, Nr. 10, S.34.

rufenden außerordentlichen Verbands-Tages würde die Erzwingung eines Vorstandswechsels im Verbands sein, um den gesamten Verband als dann in die Arme der U.S.P.D. zu treiben. In Übereinstimmung mit dem Kgl. Kriegsministerium wird gebeten, sobald Wahrnehmungen über eine derartige Tätigkeit innerhalb der Ortsgruppen des Deutschen Metallarbeiterverbandes im dortigen Bereich gemacht werden sollten, einzuschreiten und diese Tätigkeit ebenso wie die Abhaltung einer etwa geplanten General-Versammlung zu verbieten.⁵¹

Schlaglichtartig wird hier deutlich, wie weit sich die Interessen der Organisationsführung, bestärkt durch das Hilfsdienstgesetz von 1916, Lohnerhöhungen und neue Mitspracherechte von der Kriegserfahrung der Basis entfernt hatten. Zudem widersprach der Umgang mit den zur USPD tendierenden Kollegen dem Anspruch innergewerkschaftlicher Demokratie. Der Charakter der politischen Richtungsgewerkschaft wirkte sich in dieser Phase des Bruchs innerhalb der SPD verheerend aus. Die DMV-Führung hatte jeden Kredit bei den Arbeitern verspielt und den Einfluss auf die Betriebe weitgehend verloren. In den Ereignissen der Revolution und im Frühjahr 1919 spielte sie keine entscheidende Rolle mehr.⁵²

5. Schlussbetrachtung – Der lange Schatten des Burgfriedens

Auf der Generalversammlung des DMV 1919 rechnete man mit dem Kurs der alten Führung ab, wählte Robert Dißmann (USPD) zum Vorsitzenden und vollzog einen Linksruck des Verbandes, der zum frühen Austritt aus der Zentralarbeitsgemeinschaft führte.⁵³ In diesem Jahr begann eine Mitgliederexplosion: Die Zahlen der im DMV Organisierten stiegen in Chemnitz von 17.804 (1918) auf 38.858 (1919), um mit 41.582 (1920) ihren Höhepunkt zu erreichen. 1921 (41.409) und 1922 (40.082) stabilisierten sie sich auf diesem hohen Niveau.⁵⁴ Nach dem in der Revolution erkämpften Achtstundentag setzte der DMV beträchtliche Lohnerhöhungen für die Metallarbeiter durch, war als Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt und betrieb ab 1920 die Integration der Betriebsräte in die Gewerkschaft.

51 Stellvertretendes Generalkommando XIX, Presseabteilung, 16.4.1918, HStA Dresden, 10736, Nr. 11149, Bl. 17.

52 Siehe Schaller, Radikalisierung, S.111.

53 Siehe Fritz Opel: Der Deutsche Metallarbeiter-Verband während des Ersten Weltkrieges und der Revolution, Köln 1980, S.97-109.

54 Siehe Jahr- und Handbücher für die Jahre 1918-1922. Hrsg. Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart 1919-1923.

Der Erfolg verdeckte allerdings zwei wesentliche Tendenzen. Zum einen bestand der größte Teil der Neumitglieder nach der Revolution aus jungen, gewerkschaftlich unerfahrenen und teilweise radikalisierten Männern, die dem DMV ein eher instrumentelles Verständnis entgegenbrachten, den Verband vor allem als Mittel zur Erhöhung der Löhne betrachteten und betrieblich kaum zu disziplinieren waren.⁵⁵ Zum anderen blieben die Gewerkschaftsmitglieder politisch entzweit, da sich das Bündnis zwischen sächsischer SPD und KPD als solches auf Zeit herausstellte und deren Dachorganisationen bald stärkeren Einfluss auf ihre jeweiligen Chemnitzer Lokalstellen erlangten.⁵⁶ Mit dem Scheitern der linken Regierung in Sachsen im Herbst 1923 und der damit einhergehenden wachsenden Distanz zwischen SPD und KPD, mit dem Ende der Hochkonjunktur im Zuge der Inflation 1921 bis 1923 und der lohnpolitischen Erfolge des DMV fielen die Grundlagen der gewerkschaftlichen Scheinblüte in sich zusammen. Waren 1923 noch 30.649 Mitglieder zu verzeichnen, stürzte der DMV in Chemnitz 1924 auf einen Mitgliederstand von 10.492 ab und erholte sich davon erst ab 1928 langsam wieder.⁵⁷ Das ganze Ausmaß der Burgfriedenspolitik der Gewerkschaften, ihrer Rolle im Krieg und in der anschließenden Zeit „ungenutzter Gelegenheiten“⁵⁸ offenbarte sich erst in dieser Phase. In den fünf Jahren nach der Revolution hatten die Ereignisse „Zwangsläufigkeiten“ geschaffen, auf die die DMV-Sekretäre durch ihre ständige Überarbeitung höchstens reflexartig, aber ohne „Eigeninitiative“⁵⁹ reagieren konnten. Der Verband galt daher vielen Arbeitern auch nach dem Bruch mit der alten DMV-Führung als Erbe einer weiterhin kapitalistischen Ordnung, der sie zwischen ideologischer Ablehnung und realistischen Nützlichkeitsabwägungen höchst ambivalent gegenüberstanden. Die Verbindung zum DMV hielt nur solange, wie dieser der Basis Vorteile gewähren konnte, und reduzierte sich in der Krise meist schlagartig auf den „harten Kern“ derjenigen, die meist schon vor 1914 Mitglieder gewesen waren.

55 Siehe Ludwig Preller: Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1978, S.29.

56 Die „Chemnitzer Richtung“ in der SPD und die in Chemnitz pragmatisch vorgehende KPD waren die Stützen des „linksrepublikanischen Experiments“ in Sachsen zwischen 1920 und 1923, hatten aber mit Widerständen der Reichs-SPD und der KPD-Führung zu kämpfen, denen sie später erlagen.

57 Siehe Jahr- und Handbücher für die Jahre 1923-1928. Hrsg. Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart 1924-1929.

58 Schaller, Radikalisierung, S.123.

59 Georg Berger: Krise der Gewerkschaften, in: DMZ, 1924, Nr. 32, S.104.

Berliner Syndikalisten im Streik 1914 bis 1916 (Dokumentation)¹

Helge Döhring

Die folgenden Dokumente sind der Presse der syndikalistischen „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ (FVdG) entnommen und hier in chronologischer Reihenfolge angeordnet. Hierbei handelt es sich um interne „Mitteilungsblätter“ und „Rundschreiben“ der FVdG-Geschäftskommission mit Sitz in Berlin, die als Ersatz für die bei Kriegsausbruch verbotenen Zeitungen „Die Einigkeit“ und „Der Pionier“ erschienen. „Mitteilungsblätter“ und „Rundschreiben“ werfen in ihren „Vereinsnachrichten“ einen Blick auf die Widerstandsbewegungen in Form von (Lohn-)Streiks gegen die Folgen der Inflation. In der syndikalistischen Presse war es unter „Vereinsnachrichten“ üblich, über eigene Kämpfe zu berichten oder über solche, an denen auch Mitglieder beteiligt waren. Berichte über Aktivitäten ohne syndikalistische Beteiligung waren anderen Rubriken vorbehalten. Die syndikalistischen Quellen versiegen mit dem Verbot des FVDG-Rundschreibens im Sommer 1917.

Aufgrund des Arbeitskräftemangels, vor allem in der Rüstungsindustrie, befanden sich die Streikenden in strategisch günstigen Verhandlungspositionen. Die bestreikten Betriebe (u. a. AEG, Schwartzkopff, Goerz) bargen im Besonderen auch die Streikaktivitäten der späteren „Revolutionären Obleute“. Denn bei diesen Arbeitsstätten handelte es sich um große und kriegswichtige Rüstungsbetriebe mit einer traditionell verankerten klassenkämpferisch orientierten Arbeiterschaft. Die Berufsgruppen der Dreher und Werkzeugmacher stellten die treibenden Kräfte dar. Diese Arbeiter waren aufgrund ihrer fachlichen Qualifikation und ihrer Arbeitserfahrung an den Maschinen nur schwer durch adäquate und wirtschaftsfriedliche Kräfte zu ersetzen. Sowohl Syndikalisten als auch „Obleute“ streikten gegen den Willen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) an dessen Führung vorbei und mit Erfolg.

Die FVdG war seit 1897 die Dach-Vereinigung aller lokalen Gewerkschaftsgruppen, die die Zentralisierung der Arbeiterbewegung auf dem Gewerkschaftskongress zu Halberstadt im Jahre 1892 nicht mitgemacht

¹ Die Geschichte der FVdG von 1914 bis 1918 wird erstmals ausführlich dargestellt in Helge Döhring: Syndikalismus in Deutschland 1914-1918. „Im Herzen der Bestie“, Lich 2013.

und sich nicht der „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ unterstellt hatten, sondern sich föderalistisch, klassenkämpferisch und konsequent antimilitaristisch organisierten. Auf dem Nürnberger Parteitag der SPD im Jahre 1908 erfolgte der Unvereinbarkeitsbeschluss der Mitgliedschaft lokal organisierter Gewerkschafter in der Partei. Die FVdG hatte bei Kriegsbeginn reichsweit etwa 6.000 Mitglieder, vornehmlich in Berlin. Während des Krieges waren ihre Tätigkeiten weitgehend eingeschränkt. Sie konzentrierten sich in erster Linie auf den organisatorischen Zusammenhalt, auf Solidaritätsleistungen und – wie hier illustriert wird – auf den Widerstand in den Betrieben. Zusammen mit den revolutionären Obleuten standen die Syndikalisten im November 1918 in den ersten Reihen der revolutionären Erhebungen. So konstatierte der Obmann der FVdG-Geschäftskommission Fritz Kater: „Der Geist, der in unserer Bewegung gepflegt wurde, war es, der einen großen Teil der Berliner Genossen in die Revolutionsbewegung hineingebracht, die von Anfang bis zum Schluß mittätig waren innerhalb der Bewegung der revolutionären Betriebsvertrauensleute in Berlin. Syndikalisten neben Sozialdemokraten waren es, die am 9. November offen ihren Mann gestanden haben, um das Militär aus den Kasernen, die Arbeiter von den Schraubstöcken, die Frauen und Mädchen aus den Fabriken zu holen. Das war der Niederschlag dessen, was wir seit Jahren gepredigt hatten.“² 1919 konstituierte die Organisation sich mit nunmehr etwa 100.000 Mitgliedern neu als „Freie Arbeiter-Union Deutschlands“ (FAUD).

Dokument 1

[1914]

Freier Verband der Metallarbeiter Deutschlands. Berlin u. Umg.

„Hinter jedem Streik lauert die Hydra der Revolution“. Dieser Ausspruch des preußischen Ministers von Puttkamer im Jahre 1886 scheint sich jedenfalls auch der Leitung der Firma C.P. Goerz, Friedenau, bemächtigt zu haben, als in vergangener Woche ca. 250 Dreher dieses Werkes die Arbeit niederlegten, um einen der Zeit entsprechenden „Kriegslohn“ zu fordern – in Höhe von 10 Prozent Aufschlag auf jeden Akkordsatz.

Bisher verrechneten die Kollegen bei 8 Stunden Arbeitszeit 1,05 Mk. pro Stunde.

2 Protokoll über die Verhandlungen vom 12. Kongreß der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, abgehalten am 27., 28., 29. und 30. Dezember 1919 zu Berlin in der Aula der Luisenstädtischen Oberrealschule, Dresdener Straße 113, S.21.

Nach 1 ½ tägigem Streik nahmen alle Kollegen die Arbeit geschlossen wieder auf unter der Bedingung, daß sofort auf alle Arbeiten so viel zugelegt wird, daß pro Stunde 1,15 Mk. berechnet werden kann.

Dieser glänzende Erfolg wurde erzielt ohne die Mitwirkung der Verbandsleitung des D.M.V. Bezeichnenderweise hatte diese sofort gewünscht, ausgeschaltet zu werden. Die Kollegen sollen es auf ihr Risiko unternehmen.

Möchten doch alle Berliner Kollegen hieraus lernen und sich ihrer augenblicklichen Macht bewußt werden. Trübe, arbeitslose Zeiten bekommen wir alle in reichlicher Fülle auszukosten, sobald die Kriegslieferungen nachlassen.

An alle unsere Kollegen richten wir den Mahnruf: Bleibt unserer Organisation treu!

Aus: Mitteilungsblatt der Geschäftskommission der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, Nr. 14, 14.11.1914

Dokument 2

[1915]

Wie bereits berichtet ist, erzielten die Dreher bei der Firma C.P. Goerz-Friedenau vor einiger Zeit eine durchgehende Erhöhung aller Akkordpreise um 10 Prozent. Jetzt soll [die] dritte, also Nachtschicht, eingestellt werden. Dafür verlangen aber die Kollegen einen Aufschlag von 50 Proz. als Entschädigung. Bisher wurden Nachtschichten dort mit 25 Proz. Aufschlag vergütet. Die Firma zahlt nun zwar nicht die verlangten 50 Prozent Aufschlag für die Nachtschicht, aber 25 und dazu wöchentlich noch eine Vergütung von 5 Mk.

Die Kollegen der Firma Schwartzkopff, Scheringstraße, erhalten einen Akkordzuschlag von 10-15 Proz. Die Werkzeugmacher und Einrichter in der A.E.G. Voltastraße stellten ebenfalls eine Forderung um 10 Pf. Zuschlag pro Stunde. Auch hier mußten die Herren Elfes, Auerbach usw. sich bequemen, freilich erst, nachdem die Arbeit 16 Stunden geruht hatte, die Forderung zu erfüllen.³ Vier Mann, die nicht mitgestreikt hatten, blieben von der Lohnerhöhung ausgeschlossen. Alle diese Erfolge waren aber nur möglich, weil die Herren Beamten des „großen“ Deutschen Metallar-

³ August Elfes war Direktor der AEG.

beiterverbandes hübsch zu hause blieben. Möchten doch hieraus auch die übrigen Kollegen die Lehre ziehen, daß die Zeit zum Fordern außerordentlich günstig ist. Nicht durch Ueberstunden- und Sonntagsarbeit wollen wir unser Einkommen erhöhen, sondern durch Aufbesserung der Akkord- und Stundenlöhne. Auch die Arbeiter müssen „das Eisen schmieden, solange es warm ist“. Es ist aus diesem allen ersichtlich, daß, wenn die Politikanten bei allen wirtschaftlichen Aktionen der Arbeiter ausscheiden, und die Arbeiter sich die Unabhängigkeit bewahren, gleichzeitig ihr Selbstbewußtsein steigt und auch die Kraft zur Erringung weiterer Erfolge. Fort mit aller Knechtschaft und mit dem Kadavergehorsam, mit denen der „Deutsche Metallarbeiterverband“ in der Lage war, die Arbeiter jahrzehntelang durch elende Tarifverträge und Vereinbarungen niederzuhalten und sie für einige Konzessionen und Almosen an das Unternehmertum auszuliefern. Lernet selbständig denken und handeln!

Aus: Mitteilungsblatt der Geschäftskommission der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, Nr. 23, 16.1.1915

Dokument 3

Freier Verband der Metallarbeiter Deutschlands.

Berlin. [...] Bei der Firma „Argus“, Motorenfabrik, forderten 140 Dreher die Aufbesserung ihrer Akkorde um 10 bis 15 Prozent, so daß sie, anstatt wie bisher pro Stunde 1,25 Mk. [...] 1,35 Mk., verdienen könnten, bei 8 resp. 9 Stunden Arbeitszeit. Nach wochenlangem Verhandeln waren die Kollegen gezwungen, ihrer Forderung etwas mehr Nachdruck zu geben, indem sie die Arbeit niederlegten. 8 Mann, Hirsch-Dunckersche und Unorganisierte, bleiben stehen. Die Firma bemühte sich darauf, in allen Berliner Zeitungen, so auch im „Vorwärts“, arbeitswillige Dreher zu ergattern, aber mit negativem Erfolg. Auch die Drohung mit dem „Schützengraben“ hatte nicht den gewünschten Erfolg. Darauf sah sich die Firma gezwungen, die Forderung der Kollegen zu erfüllen. [...]

In zirka dreiwöchigem Verhandeln befinden sich die Dreher des Torpedobaues der Firma Schwartzkopff, Scheringstraße. Auch hier verlangen die Kollegen einen Aufschlag von 10 bis 12 Prozent, also eine recht bescheidene Forderung. Bisher wurden 1,20 Mark verrechnet, der Satz soll auf 1,35 Mk. erhöht werden. Schlosser erzielen einen Stundenverdienst von 1,15 Mk. Nachdem bereits fünfmal verhandelt wurde, stellte sich die Direktion, um am Burgfrieden festzuhalten, auf folgenden Standpunkt:

1. Die Generaldirektion lehnt eine generelle Lohnerhöhung von 10 bis 12 Prozent ab.
2. Dieselbe ist sich der Tragweite ihrer Handlung vollkommen bewußt und zieht hieraus die Konsequenzen.
3. Der Beschluß der Generaldirektion erfolgte einstimmig.

Jedem Kollegen ist die Antwort der General-Direktion ohne weiteres so klar, da jegliches Mißverständnis ausgeschlossen ist. Hierauf legten am Freitag, den 19. 3., von zirka 170 Drehern 160 die Arbeit nieder. Nunmehr ließ sich die Fabrikleitung herbei, den Kollegen, die am Gradlauf sowie der Steuermaschine arbeiten, die Preise ein wenig aufzubessern, so daß dieselben bei diesen präzisen Arbeiten etwas ruhiger 1,20 Mk. verrechnen können. Das empfanden die Arbeiter als größten Hohn auf ihre Forderung. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Auch bei Schwartzkopff, Zinnowitzer Straße, geht die Fabrikleitung mit Maßregelung der Arbeiter vor, weil die Arbeiten angeblich zu teuer sind.

Die Kollegen der A.E.G., Voltastraße, befinden sich in Lohnforderungen. Auch hier erklärte der Herr Direktor Elser,⁴ die Werkzeugmacher mögen nur, wollten sie vielleicht auch wieder mit Forderungen kommen, diese sogleich aufstellen und einreichen lassen, damit die Firma auf wenigstens $\frac{1}{4}$ Jahr Ruhe habe!! Dieses Ruhebedürfnis hat aber auch der besoldete Bezirksleiter J. des D.M.-V. Denn, nachdem nun die Werkzeugmacher ihre Forderung eingereicht hatten, dahingehend, ihren Lohn von 1 Mk. auf 1,20 Mk. zu erhöhen, stellt der Beamte J. dieselben Kollegen als Egoisten hin, die keine Rücksicht auf die übrigen Berufe nehmen. Sie sollen mit 1 Mk. bis 1,05 Mk. zufrieden sein. Die Kollegen hatten dafür jedoch wenig Verständnis. Sie nehmen an, daß ihre Tätigkeit mit der damit verbundenen Verantwortung, im Verhältnis zu der eines Saalfegers denn doch zu unterscheiden wäre, und daß es zum mindesten Pflicht jedes ungelerten Arbeiters sei, sich ebenfalls Schulter an Schulter mit den Werkzeugmachern bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen. Die Mehrzahl der Metallarbeiter kennt andererseits diesen besoldeten Herrn Bezirksleiter J. zu genau, um seine Handlungsweise richtig zu bewerten. Die Werkzeugmacher sind hier die einzige Gruppe die nunmehr außer einer Vereinbarung steht. Und mit Recht. Niemand von uns kann heute übersehen, wie es mit den Lebensmitteln usw. nach einem Vierteljahr aussehen wird. [...]

Aus: Mitteilungsblatt der Geschäftskommission der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, Nr. 33, 27.3.1915

⁴ Vermutlich ein Satzfehler im Original. Es müsste heißen: Elfes.

Dokument 4

[1916]

Über die Lage der deutschen Metallarbeiter, speziell der Berliner, schreibt die Organisationsleitung uns [der Redaktion] folgendes:

Der Arbeitsmarkt ist so gut wie abgegrast. Nur einige Berufe sind zu verzeichnen, in denen auch jetzt noch ständig Nachfrage nach qualifizierten Arbeitern ist. Es sind dies die Dreher und Einrichter respektive Werkzeugmacher. Alle übrigen Arbeitsplätze, die bisher ausschließlich von Männern besetzt waren, werden jetzt von Frauen und Mädchen eingenommen, und zwar für Entlohnungen, die der Zeit der Teuerung absolut nicht entsprechen. Tonangebend sind hier, wie immer schon, die A.E.G.-Werke.

Der Höchstlohn der Arbeiterinnen durfte bisher im Akkord 60 Pf. pro Stunde nicht übersteigen. Akkordabzüge sind hier dauernd zu verzeichnen und das bei Aufträgen, für die der Staat resp. dessen Verwaltung nachweislich sehr hohe Preise an die Firma zahlt.

In verflossener Woche wurde den Arbeiterinnen an den Maschinen nun wieder mitgeteilt, daß nicht mehr wie bisher 60 Pf., sondern nur noch 55 Pf. pro Stunde, bei achtstündiger Arbeitszeit, verrechnet werden dürfen. Die Akkordpreise werden dementsprechend reduziert. Wenn man bedenkt, daß die Arbeiter dieser Werke, besonders im Zünder- und Granatenbau, zirka 80 Proz. weibliche sind, wo noch obendrein die Betriebsleiter mit der Stoppuhr in der Hand dafür sorgen, daß jede Arbeiterin sich nach dem „Taylorsystem“ bewegt, dann weiß man auch, welche Riesenprofite hier herausgewirtschaftet werden.

Aber auch bei der Firma Schwartzkopff, Schering- und Zinnowitzer Straße, bleibt für die Arbeiter noch recht viel zu wünschen übrig, trotzdem diese Firma bis jetzt noch von der Einstellung weiblicher Arbeitskräfte abgesehen hat. Hier erfordert die Präzisionsarbeit ganz besondere Aufmerksamkeit und Sorgfalt des Arbeiters.

Vor einigen Wochen kamen hier die Dreher überein, einen der Teuerung entsprechenden Lohnaufschlag von 10 Proz. zu fordern. Die Kommission wurde dieserhalb am 8. Februar vorstellig, jedoch vom Ober-Ingenieur auf Donnerstag, den 10. vertröstet. Die Firma aber lehnte die Forderung ab. Nur den Arbeitern im Setzmaschinenbau – dem kleinsten Teil der Beschäftigten –, die bisher 20 Pf. pro Stunde weniger verdienten, als die im Torpedobau, bewilligte sie eine Zulage. Dieses „Zugeständnis“ wurde seitens der Arbeiter zurückgewiesen. Die Kommission, die der Direktion den Bescheid überbringen sollte, wurde im Auftrage des Herrn

Ober-Ingenieurs durch den Portier vom Hof entfernt. Eine solche Behandlung der Beauftragten trug dazu bei, daß am gleichen Tage 400 Dreher die Arbeit niederlegten. Ihnen wurden die Entlassungspapiere, jedoch ohne den „Kriegsschein“,⁵ zur Verfügung gestellt, die sie aber nicht abholten. Im Gegenteil beschloß eine am Sonntag, den 13. Februar, bei Franke, Badstraße, stattgehabte Betriebsversammlung, daß sich auch die Schlosser und Maschinenbauer der Forderung der Dreher anschließen. Eine weitere Kommission unterbreitete das Resultat am Montag. Auch diese Forderung wurde von der Firma abgelehnt. Die Folge war, daß am Dienstag früh auch die Schlosser, Fräser usw. geschlossen die Arbeit niederlegten, jedoch ohne dazu die Sanktion der Verwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu haben.

Doch am selben Tage wandte sich einer der Herren Direktoren an den Industrieverband und an den Kriegsausschuß. Letzten Endes wurde der Streikleiter – ein Absolvent der sozialdemokratischen Parteischule – nach dem Bureau des Deutschen Metallarbeiterverbandes in der Linienstraße bestellt und ihm eröffnet, daß die Arbeit am nächsten Morgen unbedingt wieder aufzunehmen sei.

Und die Verbandsdisziplin hat obgesiegt. Der Streikleiter, der bis dahin der „felsenfesten Überzeugung“ von der Richtigkeit der Handlung seiner Kollegen war, war nun, wie schon öfter, der noch felsenfesteren Überzeugung, daß die Arbeit wieder aufgenommen werden müsse. Wenn auch kein finanzieller, so sei doch ein moralischer Erfolg zu verzeichnen. Und siehe da, seine Verbandskollegen sprachen es ihm wacker nach.

Die moralischen Erfolge bestehen darin, daß die Firma eine von den Arbeitern aufgestellte Akkordliste über die schlechten Preise zur Einsicht nehmen wird. Die Arbeit wurde darauf am Mittwoch, den 16. Februar, geschlossen wieder aufgenommen.

Wieder „ein großer Sieg!“

Aus: Rundschreiben an die Vorstände und Mitglieder aller der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften angeschlossenen Vereine, Nr. 18, 1.3.1916

5 Der „Kriegsschein“, auch „Abkehrschein“ genannt, berechtigte den Arbeiter dazu, nach dem Ende seines Beschäftigungsverhältnisses in einem anderen Betrieb eingestellt zu werden. Erwerbslose ohne „Kriegsschein“ wurden bevorzugt zum Militärdienst eingezogen. Klassenkämpferischen Arbeitern drohte bei Entlassung die Verweigerung der Ausstellung des „Abkehrscheins“.

Kriegsbeginn 1914 – ein Dorfmadchen in der Mark Brandenburg notiert

Christian Stappenbeck

Verfasserin der folgenden Tagebucheintragungen war die 15-jährige Johanna Trapp aus dem kleinen märkischen Dorf Lütte bei Belzig, südwestlich von Potsdam, ein Ort mit damals ca. 670 Einwohnern. Dort wuchs sie als jüngstes von vier Geschwistern im Pfarrhaus auf, ihr Vater hatte seit elf Jahren die Pfarrstelle inne. Die Schulferien 1914 verbrachte sie zum Teil in Steglitz und Zehlendorf – damals noch Vororte von Berlin und mit Lütte durch die neue Städtebahn verbunden. Die Ereignisse vor Kriegsbeginn, genauer die Zeit vom 24. bis 31. Juli 1914, erlebte die Schülerin in und bei Berlin. Bemerkenswert ist, dass nach den Worten ihres Tagebuchs bei den „kleinen Leuten“ im Dorf Lütte nicht jene Kriegsbegeisterung zu spüren war, die man von Studenten, Studienräten, Feldpredigern und Alldeutschen hörte und die sich bei dem Mädchen bildungsbürgerlicher Herkunft als eine Art ängstlicher Ergriffenheit zeigte. Die Leute „standen vor ihren Häusern und weinten“, notierte sie. Die Pfarrerstöchter hatten nicht wie sonst am Sonntag weiße Kleider an. Eine gedrückte Stimmung herrschte. Im Kontrast dazu steht allerdings, was Lüttes Dorflehrer Kremzow in seiner fortlaufenden Schulchronik, rückblickend auf den Monat August 1914, etwa ein Jahr später eintrug: „Sonabend wurde der Ausbruch des Krieges bekannt. Gegen Abend wurden die Glocken geläutet, und der Ausrufer Barbier Paul gab die Ereignisse bekannt und lud alle männlichen Personen in den Gasthof ein. Der Herr Pastor leitete die Versammlung mit einem Kaiserhoch ein. Ich verlas die Mobilmachungsurkunden. Unsere Reservisten, Wehrmänner und Landstürmer waren sehr gefasst, wie es die Starken sind, die des Sieges gewiß sind oder doch entschlossen, in Ehren zu sterben für Weib und Kind, für König und Vaterland.“¹ Der letzte Satz des Schulmeisters dürfte eine zeittypische patriotische Phrase gewesen sein, die mit der inneren Gemütsverfassung der Einberufenen nichts zu tun hatte. Johanna schrieb, teils im Rückblick, in ihr Tagebuch:²

1 Zitiert aus: „Mein liebes Dorf Lütte“. Aufzeichnungen aus zwei Jahrhunderten, Teil I, hrsg. von der Gemeinde Lütte, Wittenberg o. J. (1995), S.70.

2 Das originale Tagebuch befindet sich im Familien-Privatarchiv Stappenbeck, Berlin. Eigene Namen sind für den Abdruck anonymisiert.

„Lütte, den 4. August 1914 (nachmittags 2 Uhr)

Wir befinden uns in einer sehr ernsten Lage. Am Freitag, dem 24. Juli 1914 waren Herr Prof. und Frau Prof. Richter (ich war seit Mittwoch bei ihnen zu Besuch in Steglitz), Hanna und ich in Lehnitz bei dem Bruder von ihm, der dort als Generaloberarzt a. D. eine Villa hat, zu Besuch. Er las uns sofort vor, daß die Österreicher eine Note an Serbien abgesendet hatten, in der sie Sühne für den furchtbaren Mord von Sarajewo forderten. Die Serben aber lehnten diese Note ab. Am Sonnabend nach dem Abendbrot gingen wir alle [...] zum Bahnhof, wo wir diese neueste Nachricht von der Ablehnung der Note erfuhren. Herr Prof. Richter sprach auch schon die Befürchtung aus, daß heute in 8 Tagen der ‚Weltbrand‘ schon begonnen haben könnte.

Und wirklich. Am Mittwoch Vormittag fuhr ich zu Schulzes nach Zehlendorf. Am Nachmittag waren Eva und ich zum 1. Geburtstag von Fritz M., des jüngsten Bruders von Magda M. (Freundin von Eva Schulz) eingeladen. Es wurde fast nur von Politik geredet. Einige glaubten, daß Rußland sich zu den Ereignissen Serbiens ruhig verhalten würde, andere dagegen befürchteten das Gegenteil. Am Donnerstag lasen wir schon, daß Rußland teilweise mobil gemacht habe. Ich war auf diese Nachricht hin schon ziemlich aufgeregt. Am Nachmittag fuhren wir nach Berlin ‚Unter den Linden‘. Es war furchtbar voll. Da erfuhren wir, daß Rußland überall mobil gemacht hätte und wir nicht. Eva und ich waren eigentlich etwas ärgerlich, daß wir noch nicht mobil gemacht hatten. Donnerstag Abend gingen Onkel Max, Tante Hete, Eva und ich zur Bahn, um die neuesten Nachrichten zu erfahren, da die Lage doch schon sehr kritisch war. Wir gingen dann in den ‚Fürstenhof‘, ein Bierlokal, mit Hellmuth Z. (Vater Oberst), einem Freund von Eva. Überall war man sehr gespannt. Magda erzählte, daß schon über Nacht um 12 Uhr die Mobilmachung angeordnet werden sollte. Eva und ich hatten Angst und schliefen deshalb in einem Zimmer. Freitag Vormittag stand jedoch nichts besonderes in der Zeitung, sodaß man eigentlich wieder ziemlich beruhigt war. Am Nachmittag fuhren wir mit der Bahn bis Steglitz und dann mit der Elektrischen bis zum Zoologischen Garten. Güntherli war von den vielen Tieren sehr begeistert, während Eva und ich mit Angst an den bevorstehenden Krieg dachten. Um 6 Uhr gingen wir zum Konzertplatz. Die Kapelle spielte sehr schön. Plötzlich brach die Musik im ‚Freischütz‘ ab und spielte mit voller Begeisterung Vaterlands-Lieder. Ganz besonders ergreifend war das Lied: ‚Vater, ich rufe Dich‘. Der Beifall war großartig. Wie man in solchen Zeiten den Wert eines Vaterlandsliedes erst kennen lernt! Als wir wieder bei der Heimfahrt in der Elektrischen saßen, erzählte uns eine Dame, daß der Kaiser eine wegweisende Rede vom Balkon seines Schlosses gehalten habe, deren letzte Worte waren: ‚Lebt wohl, ihr Treuen, auf Wiedersehn im Schlachtfeld.‘ Wirklich, ich mußte fast mit den Tränen kämpfen. Ganz Berlin war ergriffen. Am Freitag Abend 7 Uhr, dem 31. Juli 1914 wurde Prinz Oskar mit Ina von Bassewitz getraut. Sonnabend 7.58 Uhr vormittags reiste ich von Zehlendorf ab. In der Städttebahn saß mir gegenüber eine junge Braut, die auch sehr mit den Tränen kämpfte. In

Brandenburg stieg Frau von York aus Golzow ohne Hut und Gepäck mit ihrem kleinen Mädchen, das noch vollständig im Strandanzug war (Spielsachen u.s.w.), ein. Vater holte mich in Lütke ab. Ich brachte ihnen die neuesten Nachrichten aus Berlin mit. Mit dem Zuge 12.12 [Uhr] kamen Mar[ianne] und Lena unerwartet aus Danzig. Ich war und wir alle [waren] sehr dankbar, daß wir wieder gesund beieinander waren. Sonnabend Nachmittag verlief sehr ruhig. Plötzlich um 1/2 8 Uhr, wir saßen gerade beim Abendbrot, kam Wilke angerannt und schrie: ‚Krieg, Krieg.‘ Auf einem Zettel war die Mobilmachung bekannt gegeben. Abends um halb 9 Uhr – Lena und ich waren an der Holzpforte und wollten noch das nötigste Einkaufen – da läuteten die Glocken. Es bedeutete den KRIEG. Unsere lieben Glocken, die schon zu so vielen Hochzeiten, Taufen, zur Einsegnung (5. April 1914) geläutet hatten, sie mußten den Krieg verkünden! Alle Leute standen vor ihren Häusern und weinten. Am Sonntag war für diejenigen, die in den Krieg ziehen mußten, Abendmahl angesetzt. Es waren auch 59 Männer da. Außer Plötz und Hüfn[er] O. Rettig alle. Da Vater auch eine sehr wegweisende Predigt hielt, weinten alle. Wir hatten nicht wie sonst sonntags weiße Kleider an, sondern dunkle Röcke und nur helle Schuhe.

Um 11 Uhr kam Armgard sehr aufgeregt...“

Hier bricht das Tagebuch ab. Dorfflehrer Kremzow hielt fest, dass bald nach Kriegsbeginn etwa 50 Reservisten und Wehrleute das Dorf verließen, „um an die Grenze zu eilen, zur ‚Wacht am Rhein‘. Die Zahl der Kriegsteilnehmer hatte sich nach einem Jahr auf etwa 80 erhöht“, während 13 „Kämpfer“ zu diesem Zeitpunkt bereits als tot gemeldet waren. „Über die Heldentaten unseres Heeres werden die Geschichtsbücher berichten.“³

3 Mein liebes Dorf, S.70f.

Proletarischer Internationalismus vor 1914. Internationale Konferenz (Bericht)

William A. Pelz

Die Konferenz „Workers' Internationalism before 1914“ („Proletarischer Internationalismus vor 1914“) fand vom 15. bis 16. Februar 2014 statt. Sie wurde von der School of History der University of East Anglia veranstaltet und von der Zeitschrift „Socialist History“ sowie dem Institute of Working Class History (Chicago) gefördert. An dem akademischen Zusammentreffen in Norwich (Großbritannien) nahmen rund 50 Teilnehmer aus sieben verschiedenen Nationen teil. Ein lebhafter Austausch von Ideen und Informationen hatte eine Konferenz zur Folge, die wesentlich intensiver war als eine normale wissenschaftliche Zusammenkunft. Da eine komplette Wiedergabe aller Einzelheiten und der Diskussion aus Platzgründen nicht möglich ist, kann hier nur ein Abriss über die Redebeiträge präsentiert werden. Einige Vorträge der Konferenz werden in künftigen Ausgaben der „Socialist History“ publiziert. Zur Eröffnung hob der Organisator *Francis King* (Socialist History) hervor, dass diese Veranstaltung in direktem Gegensatz steht zu den zahlreichen Tagungen, die aktuell in der westlichen Welt stattfinden und die das „edle Schlachten in den Gräben“ feiern. Dies verschaffte der Konferenz durchgängig den Ton eines herausfordernden Internationalismus. In der ersten Sitzung referierte *Thomas Davies* (City University, London) über „Robert Owen und der proletarische Internationalismus vor dem Marxismus“. Davies argumentierte, dass Owen ein Wegbereiter der transnationalen Form der Arbeitermobilisierung im frühen 19. Jahrhundert war, und hob „den Einfluss von Owens Arbeit auf den späteren sozialistischen Internationalismus und die wichtigen Unterschiede zwischen seinem und späteren Denkansätzen hervor“. Owen strebte, im Gegensatz zu anderen wie etwa Marx, die Vereinigung aller Klassen an, mit dem Schwerpunkt auf Harmonie statt einer sozialen Auseinandersetzung. Davies argumentierte, dass Owen zwar auf kurze Sicht wenig gewonnen habe, aber doch Konzepte einführte, die schließlich die Gesellschaft beeinflussten.

Jürgen Schmidt (Humboldt-Universität, Berlin) behandelte das Thema „Transnationale Tendenzen im nationalen Rahmen? Die frühe deutsche Arbeiterbewegung als Akteur der bürgerlichen Gesellschaft in den 1830er- bis 1860er-Jahren“. Seine Hypothese war, dass die deutsche Arbeiterbewegung durch die Verbindung von im Exil lebenden Intellektuellen und wan-

dernden Handwerkern, die sich u.a. in Frankreich und der Schweiz trafen, entstand. In dieser von Männern dominierten Welt waren gedruckte Materialien besonders wichtig, was sich an den nicht weniger als 73 Exilzeitschriften zeige. Schmidt vermerkte: „[...] zwei Konzepte wurden vorherrschend. Auf der einen Seite wuchs allmählich die Vorstellung von einer entstandenen Arbeiterklasse, nicht im Sinne einer ‚lohnabhängigen Arbeiterklasse‘, aber im Sinne einer Arbeiterklasse, die verschiedene handwerkliche Berufszweige zusammenbringt. Der andere Aspekt war der Kampf für die Anerkennung als deutscher Bürger mit gleichen Rechten und der Möglichkeit, in Gesellschaft und Staat mitzuwirken.“

William A. Pelz (Institute of Working Class History) sprach sich in seinem Beitrag für die anhaltende Bedeutung der Ersten Internationale aus. Der Beitrag trug den Titel „Die Emanzipation der Arbeiterschaft ist weder ein lokales noch ein nationales, sondern ein soziales Problem“, die Rolle der Internationalen Arbeiterassoziation bei der Förderung des Internationalismus 1864-1874“. Pelz hob die Bedeutung einer vielseitigen politischen Organisation hervor, die darum kämpfte, ein Verständnis für Internationalismus in den unteren sozialen Schichten zu schaffen. Und zwar sowohl durch konkrete Solidaritätsbezeugungen als auch durch politische Bildung. Darüber hinaus argumentierte er, dass eher die Repression als persönliche Konflikte zum Niedergang der IAA (*Internationale Arbeiterassoziation, Erste Internationale*) geführt haben.

Die Frage der internationalen Bewegung wurde auch von *Mark Lause* (University of Cincinnati) in seinem Beitrag „Internationalisierung mit Waffen 1870-71: die Legenden von Garibaldi’s ‚Armée des Vosges‘“ angesprochen. Für Garibaldi war eine vereinigte Front basierend auf militärischen Aktionen der geeignetste Weg, die Franzosen vor Bismarcks Armee zu verteidigen. Dass seine vielgestaltigen Truppen der Radikalen einen der wenigen Siege über die Streitkräfte des Deutschen Reichs erzielten, ist ein Fakt, den die Masse der französischen Führungsschicht zu vergessen wünscht. Lause erklärte: „Geschichte, wie man sie weitgehend kennt und versteht, repräsentiert immer einen Konsens darüber, was akzeptabel ist für die, die ein berechtigtes Interesse daran haben, unser Verständnis für die Vergangenheit zu formen. Jede Ähnlichkeit mit dem, was wirklich passierte, könnte sich sicherlich als rein zufällig herausstellen.“

Deborah Lavin (London) untersuchte in ihrem Vortrag „Cherchez la femme! Die zwei getrennten Veranstaltungen der Zweiten Internationale, Paris August 1889“ die Widersprüche und die Konfusion, die die Gründung der Zweiten Internationale umgaben. In diesen kollidierenden Kongressen sieht sie die Ursprünge, die letztendlich die vereinigte Organisati-

on zum Scheitern verurteilten. Sie behauptete „betreffs der Hauptforderungen von 1889, dass der 1. Mai noch immer kein kohärenter Feiertag ist, von dem man nicht genau weiß, ob er gefeiert werden soll, wenn Arbeiter weiter kämpfen, in imperialistischen Bürgerkriegen einander verstümmeln und töten, und die Durchsetzung des 8-Stunden-Arbeitstages scheiterte. Es scheint, dass das trostlose Ende der Zweiten Internationale bereits in ihren verworrenen Anfängen enthalten war.“

Jamie Melrose (University of Bristol) behauptete in „Neulektüre des sozialdemokratischen Marxismus: Die Schaffung einer Wissenschaft“, dass die frühzeitige Kodifizierung des Marxismus als rationaler Determinismus tiefgreifende Konsequenzen nach sich zog. Sozialdemokratischer Marxismus würde mehr anerkannt werden, wenn man von intellektuellen kritischen Abhandlungen zu mehr konkreten Beiträgen übergehen würde. Melrose denkt, dass seine Arbeit „eine neue Sicht auf einen marxistischen Diskurs gibt, einen Denkansatz zu einer intellektuellen Geschichte, die den sozialdemokratischen Marxismus anerkennt als das Ergebnis einer Methode, die dem Marxismus Autorität verlieh.“

Robert Brier (Deutsches Historisches Institut, Warschau) stellte in seinem Beitrag „Nationalismus und internationale Gesellschaft: Die Polnische Frage und die Repräsentationspolitik der Zweiten Internationale“ dar, dass diese Beziehung eine sehr wichtige Bedeutung für den Sozialismus im 19. Jahrhundert hatte. Darüber hinaus diskutierte Brier das komplexe und außerordentlich nuancierte Verhältnis zwischen Nationalismus und Internationalismus. Unter den vielen Standpunkten stechen zwei hervor: Erstens, dass Internationalismus der Wegbereiter der Globalisierung ist, und zweitens ist Internationalismus die Abweichung von der allgemeinen Regel der Vorherrschaft des Nationalismus. Wie andere auf der Konferenz behauptete auch dieser Redner, dass „der Zusammenbruch der Zweiten Internationale 1914 eine Folge ihrer internen Struktur war“.

Die gleichen Beziehungen, aber durch eine andere historische Sichtweise betrachtet, präsentierte *Axel Fair-Schulz* (State University of New York – Potsdam) in „Zwischen Internationalismus, Nationalismus, und Verrat: Ost- und Westdeutsche Debatten zur Arbeiterbewegung im Deutschen Kaiserreich“. Er debattierte die zwei verschiedenen und ideologisch unterschiedlichen Herangehensweisen an die deutsche Geschichte vor dem Ersten Weltkrieg. Während Westdeutschland und die Deutsche Demokratische Republik darum konkurrierten zu zeigen, dass sie das „gute Deutschland“ vertraten, ist es nach Fair-Schulz Meinung interessant, dass die beste Arbeit über die Arbeiterbewegung im Deutschen Kaiserreich aus dem Osten kam.

Am 16. Februar wurde die Konferenz mit weiteren konstruktiven Beiträgen fortgesetzt, beginnend mit *James Owen* (Research Fellow, History of Parliament), der sich zu „John Burns, Tom Mann und die Kultur der sozialistischen Politik in England 1884-1887“ äußerte. Während er feststellte, dass sich Historiker zu oft nur darauf fokussiert hätten, wie sich die Social-Democratic Federation (SDF) herausgebildet hat, präsentierte er eine andere Darstellung, indem er mehr auf deren politische Kultur schaute. Die SDF hielt an einer Strategie fest, die ihren Glauben an den Parlamentarismus reflektierte, und betrieb eine Politik des Entsendens von „Missionaren“ aus London in die Regionen, um für Unterstützung zu werben. Dieses „notwendige Zusammenspiel mit dem lokalen politischen Umfeld erfordert in Darstellungen von Historikern über das Scheitern (der SDF) auch die Notwendigkeit einer Analyse des lokalpolitischen Umfelds – etwas, das sehr oft in der Historiografie der Organisation fehlte“.

Eine Organisation, die als ein Typ der 1½. Internationale angesehen werden kann, präsentierte *Steven Parfitt* (University of Nottingham) in „Das Wirken der Knights of Labour (Ritter der Arbeit) in Großbritannien in den 1880er-/1890er-Jahren“. Er schätzte ein, dass die Knights sehr oft Unterstützung fanden, während die Gewerkschaften scheiterten oder zu schwach waren. Der Great Upheaval (Große Umbruch) in den USA (1885-1887) verlieh der Vereinigung internationale Bekanntheit. Ihre oft kritisierte Politik der Geheimhaltung wurde in diesem Beitrag verteidigt mit der Argumentation, dass es nützlich war, in einer Zeit mit wenig Schutz der Arbeiter ihre Unterstützer davor zu bewahren, entlassen zu werden. Besonders herauszustellen ist, dass die Knights of Labour als flexible Organisation gebildet worden war.

Ramin Taghian (Wien) untersuchte in seinem Vortrag „Die transnationale Dimension der frühen iranischen sozialistischen Bewegung (1906-1911)“ das Zusammenwirken der frühen sozialistischen Bewegungen im Iran und argumentierte, dass dies gefördert wurde durch das Zusammenspiel mit dem zu Russland gehörenden Kaukasus. Dies fand statt infolge der großen iranischen Arbeitsmigration während des frühen 20. Jahrhunderts. Tatsächlich entwickelte sich die wichtigste linke Organisation, die Sozialdemokratische Partei Irans, auf der „Basis eines transnationalen Netzwerks von Gruppen die sowohl im Norden Irans als auch im russischen Kaukasus agierten, während sie dabei revolutionäre Bewegungen auf beiden Seiten der Grenze beeinflussten. Diese transnationale Dimension und das Spannungsverhältnis zwischen den gesellschaftlichen Schichten im Iran und im russischen Kaukasus formten ihre Politik, Strategie und soziale Struktur.“

Das Thema Proletarischer Internationalismus fortführend, präsentierte *Ian Birchall* (London) „La Vie Ouvrière: ein Signal des Internationalismus“. Er führte detailliert aus, wie „La Vie Ouvrière“ sich für internationale Solidarität als ein Gefühl einsetzte, das kultiviert werden müsste. Das Journal war kämpferischer Kriegsgegner und antimilitaristisch. „Als die europäische Arbeiterbewegung im Grunde 1914 zusammenbrach, war es nicht nur die Zweite Internationale, die daran scheiterte einzugreifen, um den Krieg zu verhindern. Es gab einen ähnlichen Zusammenbruch unter den revolutionären Syndikalisten. [...] Dennoch existierte eine kriegskritische Minderheit unter den Syndikalisten. Eine der bedeutsamsten Gruppierungen war jene um die Zeitschrift ‚La Vie Ouvrière‘ (Arbeiterleben), die in Frankreich zwischen 1909 und 1914 wirkte.“ „La Vie Ouvrière“ wurde 1914 eingestellt, aber ihre Mitarbeiter und Leser waren unter den ersten, die gegen den Krieg kämpften, viele traten später der Französischen Kommunistischen Partei bei. „La Vie Ouvrière“ hatte einen beträchtlichen Einfluss und bewies, was ernsthafte radikale Arbeiterpresse bewirken kann.

Alice Pate (Kennesaw State University) behauptete in ihrem Beitrag „Internationalismus und die radikale Presse in Russland 1906-1914“, dass der Marxismus vielfältige Wege zum Sozialismus bietet und dass dies widerspiegelt wurde in der radikalen Presse im Vorkriegsrußland. Weiterhin argumentierte sie, dass der linke Block in Russland im Grunde in den Monaten vor dem Ersten Weltkrieg vereint war. Die große Anzahl von Artikeln in der Arbeiterpresse, die Fehlschläge und Erfolge in der Arbeiterbewegung genau beschreiben, reflektiere diese vielfältige Einheit.

Tim Wätzold (Katholische Universität, Eichstätt-Ingolstadt) stellte in „Migration und die Transplantation der Kultur der Arbeiterbewegung: der libertäre Atlantik, kulturelle und transnationale Aspekte der Massenimmigration, Klassenbildung und Arbeiterklassenidentität in Südamerika“ fest, dass Anarchisten und Syndikalisten nicht nur innerhalb eines bestimmten Staatenverbundes operierten, sondern auch transnational. Es bildeten sich in der ganzen atlantischen Welt parallele Typen einer Arbeiterklassenkultur und eines Klassenbewusstseins, „beeinflusst durch die Verbreitung von Methoden und Ideen. Aufgrund der Lebens- und Arbeitsbedingungen und politischer Ausgrenzung in Argentinien, Brasilien und Uruguay trugen viele Tausend Immigranten zur Entwicklung von sozialen Kämpfen bei. Besonders in den multiethnischen Ländern Amerikas gewann der internationalistische Geist zunehmend an Bedeutung.“

Anders als bei den herkömmlicheren Betrachtungen der politischen Parteien und Ideologien untersuchte *Reiner Tosstorff* (Johannes Gutenberg

Universität, Mainz) die ökonomische Organisation in „Vom Internationalen Sekretariat der Gewerkschaftsverbände zum Internationalen Gewerkschaftsbund: Der Aufstieg einer internationalen Gewerkschaft in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg“. Was als einfaches Informationsbüro begann, entwickelte sich 1914 zu einer bedeutsamen internationalen Organisation. 1913 hatte der Internationale Gewerkschaftsbund 7.390.000 Mitglieder. Er wurde aber immer noch hauptsächlich dominiert von nord-europäischen Verbänden, mit Angliederungen von einigen nordamerikanischen Gewerkschaften. Kontakte mit dem Rest der Welt waren minimal. „Es fehlte jeglicher Kontakt mit den ersten vorsichtigen Schritten der Kolonialarbeiter, die ihre eigenen Gewerkschaften gründeten, und es gab keine Diskussionen über das Problem des Kolonialismus mit seinem Einfluss auf die Arbeiter sowohl in den Kolonialmächten als auch in den Kolonien.“

Ad Knotter (Institut für internationale Sozialgeschichte, Amsterdam) beleuchtete in „Transnationale Zigarrenmacher. Grenzübergreifende Verbindungen, Streiks und Solidarität in der Zeit der Ersten Internationale (1864-1873)“ die Bedeutung derjenigen Arbeitsmärkte, die transnational organisiert waren. Zigarrenmacher waren ein wichtiger Teil der frühen Arbeiterbewegung, sie hatten jedoch nicht die gleichen Wurzeln im Handwerk wie andere frühe Radikale. Knotter betonte, dass das frühe Entstehen von Gewerkschaften und die gleichzeitige radikale politische Haltung der Zigarrenmacher durch den Wunsch nach sozialem Aufstieg erklärt werden kann. Die Zigarrenmacher mussten keinen handwerklichen „Status“ verteidigen, aber sie wollten mit ihren Arbeitgebern Arbeitslöhne und Arbeitsbedingungen aushandeln. Sie fanden früh heraus, dass diese Art des Verhandeln oftmals Kampf bedeutete und dass ihre Position in diesem Kampf von den Bedingungen des Stellenmarktes abhängig war.

In der Abschlussitzung, die von William A. Pelz und Francis King geleitet wurde, fand unter den Organisatoren und Teilnehmern eine lebhafte Diskussion über die Konferenz statt. Man war sich grundsätzlich einig, dass die Konferenz ein großer Erfolg war – weil das Niveau der Beiträge und der Diskussionen außerordentlich hoch waren. Außerdem deckte die Konferenz eine große Anzahl von Themen ab, die in eine Vielfalt von verschiedenen nationalen und transnationalen Kontexten eingebettet waren. Obwohl bei den Teilnehmern ein allgemeiner Überblick über die Themen vorhanden war, hatten die meisten das Gefühl, dass sie viele Dinge erfahren haben, die ihnen vorher nicht bewusst waren. Es war eine angemessene, wenn auch nicht erschöpfende Antwort auf die herkömmlichen Veranstaltungen zum Ersten Weltkrieg.

Aus dem Englischen von Monika Rank

Weitere Aufsätze

50 Jahre ITH – aus der Sicht eines Wegbegleiters

Günter Benser

Zum 100. Jahrestag der Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation (I. Internationale) fand 1964 in Wien eine internationale wissenschaftliche Konferenz zum Thema „Die Internationale und Österreich-Ungarn“ statt. Impulsgeber war die 1957 auf Anregung Bruno Kreiskys ins Leben gerufene Arbeitsgemeinschaft für Geschichte der Arbeiterbewegung. Die hier anwesenden Historiker aus mehreren europäischen Ländern waren an einem kontinuierlichen Erfahrungsaustausch interessiert. Doch hatten sie zunächst keineswegs die Absicht, eine „ständige internationale Einrichtung zu installieren“.¹ So jedenfalls formulierte es einige Jahre später Hofrat Dr. Rudolf Neck, der sich um das internationale Zusammenwirken von Historikern der Arbeiterbewegung außerordentlich verdient gemacht hat. Gleichwohl wurde 1964 der Grundstein für die Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung (ITH) gelegt.

Denn schon auf der folgenden, 1965 in Linz durchgeführten Konferenz empfahl der Begründer der Züricher Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung Theo Pinkus „über Mauern und Grenzen hinweg eine regelmäßige Bestandsaufnahme aller in Frage kommenden Institutionen, der laufenden Forschungsvorhaben und der verfügbaren Quellen. Um diese dringliche Aufgabe bis zu einer endgültigen Regelung nicht völlig ungelöst zu lassen, könne sich vielleicht schon die gegenwärtige Konferenz über die Errichtung einer vorläufigen zentralen Kontaktstelle einigen.“² Die Teilnehmer verständigten sich darauf, im kommenden Frühjahr diesen Vorschlag eingehend zu beraten. Rudolf Neck erklärte, er werde versuchen, „die Historiker im anderen Teil Deutschlands und in der

1 Zit. nach: Susanne Miller: 30 Jahre ITH, in: Christine Schindler (Hrsg.): Die Internationale der „Labour Historians“. Stand und Perspektiven der Arbeiter/Innen/Geschichtsschreibung im 30. Jahr der ITH, Wien 1995, S.9.

2 Henryk Skrzypczak: Internationale wissenschaftliche Konferenz über die Geschichte der Arbeiterbewegung. Ein Bericht, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1965, H. 1, S.3.

UdSSR für die Beteiligung an der nächsten Konferenz zu gewinnen“.³ Damit war der Weg zu den alljährlichen Linzer Tagungen der Historiker der Arbeiterbewegung eröffnet. Später kam es – nicht zur ungeteilten Freude aller Teilnehmer – zu wiederholten, sprachlich etwas verkrampften Umbenennungen der ITH, mit denen dem feministischen Trend der Zeit und dem Zug zur Sozialgeschichte Rechnung getragen wurde. Schließlich setzte sich die eingängige englische Fassung International Conferenc of Labour and Social Historians durch, in der allerdings das übliche weitverbreitete Kürzel ITH nicht mehr aufscheint.

Ist allein schon die fünfzigjährige Existenz eines Wissenschaftlerverbundes des Gedenkens würdig, so trifft dies für die ITH umso mehr zu, denn sie war und ist in vieler Hinsicht einzigartig. Ihr Entwicklungsweg zeugt nicht nur vom Werdegang der Wissenschaftsdisziplin „Sozialgeschichte“, sondern widerspiegelt wesentliche Seiten des internationalen Geschehens im letzten halben Jahrhundert. Dies detailliert in seinen tieferen Zusammenhängen und Hintergründen auszuloten und die Leistungen österreichischer und ausländischer Akteure ausgewogen zu würdigen, sei den autorisierten Gremien der ITH überlassen. Hier handelt es sich um die mehr oder weniger subjektive Sicht eines häufigen Teilnehmers der Linzer Konferenzen, der sich über viele Jahre hinweg zugleich in der Pflicht gesehen hat, die bundesdeutsche Öffentlichkeit über die Tagungen der ITH zu informieren.⁴

Zu DDR-Zeiten stellten meine persönlichen Kontakte zur ITH die Ausnahme dar. Ich besuchte Linz zum ersten Male an der Seite von Rolf Dlubek in ihrer Frühphase 1967, wo wir eine unter meiner Leitung erarbeitete Übersicht über Quelleneditionen vorlegten.⁵ Zwei Jahrzehnte später war ich dabei, als die ITH erstmals die Zäsur 1945 überschritt und die bisher wegen ihres politischen Sprengstoffes gemiedene Nachkriegsgeschichte thematisierte. Von 1990 bis 2010 beteiligte ich mich regelmäßig an den Linzer Konferenzen. 1990 wurde ich in den Internationalen Beirat der ITH gewählt, was für die Ausübung meiner Funktion als Direktor des am 4. Januar 1990 gebildeten Instituts für Geschichte der Arbeiterbe-

3 Ebenda, S.5f.

4 Siehe die zwischen 1996 und 2010 von mir in den „Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung“, in diesem Jahrbuch und in der Zeitung „Neues Deutschland“ veröffentlichten Berichte.

5 Quellenpublikationen zur Geschichte der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung. Veröffentlichungen in der DDR in den Jahren 1960 bis 1967, ausgearb. u. Ltg. v. Günter Benser, Berlin 1967.

wegung⁶ hilfreich war. Nach Auflösung unseres Instituts trat Lutz Prieß an meine Stelle. Ich greife demzufolge für die erste Hälfte des von der ITH zurückgelegten Weges überwiegend auf gedruckte Materialien zurück und schöpfe für die zweite Hälfte darüber hinaus stärker aus eigenen Erinnerungen. Dies sei vorausgeschickt, damit sich der Leser Anliegen und Grenzen dieses Beitrages vergegenwärtigen kann.

Heute ist die ITH ein Netzwerk von Forschungsinstitutionen und Historikern, die sich schwerpunktmäßig mit Geschichte der Arbeit und der sozialen Bewegungen befassen. Der Satzung der ITH liegt das österreichische Vereinsrecht zugrunde. Ihre Organe sind der auf regelmäßigen Generalversammlungen gewählte Vorstand – zur Zeit bestehend aus dem Präsidenten, der Generalsekretärin, dem Kassier und seinem Stellvertreter sowie dem Kuratorium –, der Internationale wissenschaftliche Beirat und das Ehrenkomitee, in dem ForscherInnen von internationalem Rang vertreten sind. 1981 wurde der ITH von der UNESCO der Status „B“ einer weltweit vertretenen nicht-regierungsabhängigen Organisation (NGO) zuerkannt. Ihre nunmehr rund einhundert Mitgliedsinstitutionen sind auf allen fünf Kontinenten beheimatet. Aus der heutigen Bundesrepublik sind 13 Einrichtungen, Gremien oder Vereine in der ITH vertreten, davon sieben aus den neuen Bundesländern.⁷ Zu letzteren gehört der „Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung“, der auf den Tagungen der ITH stets vertreten ist. In dem von ihm herausgegebenen „JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ werden regelmäßige Berichte und aussagekräftige Konferenzbeiträge in deutscher Sprache publiziert.

Ihren Bekanntheitsgrad verdankt die ITH vor allem den alljährlich im September in Linz veranstalteten Konferenzen. Das lässt mitunter vergessen, dass Wien der Sitz der ITH ist. Die ITH fördert Forschungen auf dem Gebiet der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte durch die Verleihung des René-Kuczynski-Preises⁸ und – in Zusammenarbeit mit dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands – Forschungen zu NS-Verfolgung/Widerstand/Exil mit dem Herbert-Steiner-Preis. Diese Struktur und die Ausbreitung der ITH sind Ergebnis einer langen Entwicklung, in der die Statuten der ITH so manche Veränderungen erfuhren.

6 Siehe Günter Benser: *Aus per Treuhand-Bescheid. Der Überlebenskampf des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung*, Berlin 2013.

7 Siehe die Website der ITH: www.ith.or.at.

8 Dieser Preis wurde bereits 1976 von Jürgen und Marguerite Kuczynski gestiftet. Seit 2004 wird er auf Initiative von Thomas Kuczynski in Kooperation mit der ITH verliehen.

Wir aber wollen zu den Ursprüngen zurückkehren. 1965 fand im Anschluss an den in Wien durchgeführten Internationalen Historikerkongress die erste internationale Konferenz der Arbeiterbewegungshistoriker in Linz statt, mit der die Reihe der alljährlichen Tagungen eröffnet wurde.⁹ Linz bot sich an als Industriemetropole mit einer traditionsreichen Arbeiterbewegung und einer aufgeschlossenen Stadtverwaltung. An seiner Universität existierte mit dem Ludwig-Boltzmann-Institut ein leistungsfähiges Zentrum zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung. Die Arbeiterkammer Oberösterreich stellte mit ihrem Jägermayrhof die gastliche Unterkunft und eine geeignete Tagungsstätte zur Verfügung. All das kam einem in seiner Art außergewöhnlichen Unternehmen zugute. Denn Linz war in Zeiten des Kalten Krieges der einzige Ort, wo sich Historiker der Arbeiterbewegung aus den beiden Blöcken beziehungsweise aus dem sozialdemokratischen und dem kommunistischen Lager begegneten und sich so manchen Schlagabtausch lieferten. Diese Brückenfunktion war nur in Österreich denkbar, sowohl wegen der politischen Neutralität dieses Staates zwischen den beiden Militärblöcken als auch dank der von Rudolf Neck (SPÖ) und Herbert Steiner (KPÖ) vorgelebten solidarischen Zusammenarbeit und der ausgleichenden Tagungsleitung. Über Neck hat Susanne Miller überliefert, dass er immer wusste, wann eine Rauchpause angesagt war, in der sich die erhitzten Gemüter etwas abkühlen konnten.¹⁰

Die ITH erfreute sich während der ersten Hälfte ihres Bestehens großzügiger – nicht zuletzt finanzieller – Unterstützung und starker öffentlicher Aufmerksamkeit. Die österreichische Presse berichtete zu jener Zeit regelmäßig über die Linzer Konferenzen. Mit Bruno Kreisky im Hintergrund und mit der in Linz oft in Erscheinung tretenden Bundesministerin für Wissenschaft und Forschung Dr. Hertha Firnberg war die ITH eine über Fachkreise hinaus angesehene Instanz. Die Konferenzteilnehmer hielten sich in der Regel eine ganze Arbeitswoche in Linz auf. An die Tagungen schlossen sich Exkursionen an. Die Vertreter der Ostblockstaaten waren nicht nur von Tagungsgebühren befreit, sondern erhielten zudem ein stattliches Taschengeld. Mir ist noch im Gedächtnis, wie Rudolf Neck die Versammlung unterrichtete, wo er eine „Bohrung“ gemacht habe, um Finanzquellen für die ITH zu erschließen. All das lässt sich letztlich nur aus dem Interesse des Westens, dem sich Österreich selbstver-

9 Die folgenden Angaben stützen sich vor allem auf: ITH. Die ITH und ihre „Linzer Konferenzen“. The ITH and its „Linz Conferences“, Wien 1994.

10 Siehe Miller, 30 Jahre, S.12.

ständig zugehörig fühlte, erklären, auf das geistige Leben im Osten Europas Einfluss zu nehmen. Und es wird noch darzustellen sein, wie sich diese Bedingungen verschlechterten, als dieses Motiv wegfiel. Denn von ihrer einstigen Vorzugsstellung ist die ITH heute weit entfernt.

Die beiden deutschen Staaten waren in der ITH vor allem durch die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) einerseits und durch das Institut für Marxismus-Leninismus bei Zentralkomitee der SED (IML) andererseits präsent. Auch die Historische Kommission zu Berlin (West) wirkte aktiv in der ITH mit. Seit 1965 war das Institut für Marxismus-Leninismus (mit Ausnahme des durch die Intervention in der ČSSR belasteten Jahres 1968) auf allen Linzer Konferenzen vertreten. Bis 1989 besaß es als einzige Einrichtung der DDR eine Mitgliedschaft in der ITH, was allerdings nicht bedeutete, dass ausschließlich Mitarbeiter dieses Hauses nach Linz entsandt wurden. Seit den siebziger Jahren nahm der Leiter der neugebildeten Abteilung Internationale Arbeiterbewegung Horst Schumacher die Belange des IML bei der ITH wahr. Von ihm ging auch die Initiative aus, dass sich Vertreter der „Bruderinstitute“, also der gleichgelagerten Parteiinstitute sozialistischer Länder, wiederholt in Rundtischgesprächen gemeinsam auf die in Linz zur Diskussion stehenden Themen vorbereiteten. Das hat manche Erkenntnisse erbracht, die Polarisierungen innerhalb der ITH aber gewiss nicht abgebaut. Eine Zeitlang vertrat der Jenenser Geschichtswissenschaftler Dieter Fricke, zuvor Chefredakteur der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“, die DDR-Historiker im Internationalen Beirat.

In Linz traten sich Historiker Auge in Auge gegenüber, die sich bis dahin nur aus der Literatur kannten. Und es ist schon ein Unterschied, ob er oder sie auf dem Papier einen ungeliebten Autor zu zerpfücken sucht, oder ob er oder sie seine Argumente von Angesicht zu Angesicht vorzutragen hat. Da waren die aus dem Westen kommenden Historiker zweifellos debattengeübter. Aber wesentlich hing es von den Themenstellungen ab, wer die besseren Karten in den Händen hielt. Deshalb entspannen sich auf den Generalversammlungen die heftigsten Auseinandersetzungen um die Bestimmung der Themen der nächsten Tagungen. Die „heißesten Eisen“ wurden zunächst gemieden, um den in Gang gekommenen Dialog nicht zu gefährden. Vor allem jedoch wirkte das Klima von Linz Zerwürfnissen entgegen. Am Vorabend der eigentlichen Konferenz konnten sich die Teilnehmer bei einigen Gläsern Zweigelt¹¹ miteinander

11 Eine rote Rebsorte, die vor allem in Österreich angebaut wird.

bekannt machen oder ihre Bekanntschaft bekräftigen. Schon bald hatte sich ein Stamm regelmäßiger Konferenzbesucher herausgebildet, die sich kannten und wussten, was sie voneinander zu halten hatten. Hinzu traten Spezialisten einzelner Themen. Dass sich die deutsch-deutschen Beziehungen komplizierter gestalteten als andere Begegnungen, wird niemanden überraschen, der diese Zeit miterlebt hat. Bei abendlichen Treffen im nahe gelegenen Lokal „Wiener Wald“ oder später in der „Neuen Welt“ in der Linzer Altstadt ging es allerdings meist entspannter und lockerer zu als auf den Tagungen selbst.

Es kann nicht Aufgabe dieses Beitrages sein, die Konferenzthemen eines halben Jahrhunderts aufzulisten. Hier soll nur auf einige Trends hingewiesen werden. Anfangs stand die politische und Organisationsgeschichte von Arbeiterparteien und Gewerkschaften eindeutig im Vordergrund, teils mit explizitem Bezug zu Österreich-Ungarn. Die Tagungen befassten sich mit Arbeiterbewegung – Militarismus – Krieg – Frieden, Arbeiterbewegung – Faschismus – Volksfront, Arbeiterbewegung – Frauenemanzipation, Arbeiterbewegung – nationale und koloniale Frage. Anfangs wurde neben einem Sachthema in der Regel auch ein methodologisches Problem erörtert, so zum Beispiel Quellenbasis und Quellenkritik, Hilfsmittel, schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt Möglichkeiten des Einsatzes der EDV, Formen der Vermittlung von Geschichte und anderes. Später tauchten methodologische Fragestellungen nur noch integriert in Sachthemen auf.

Mit dem Debakel des „Realsozialismus“ fiel das entscheidende Motiv weg, das die ITH seit ihrer Gründung bewegt hatte: Schaltstelle im Dialog zwischen Historikern aus beiden Machtblöcken des Kalten Krieges und beiden Lagern der Arbeiterbewegung zu sein. Eine neue Sinnfindung der Linzer Konferenzen und der ITH selbst rückte auf die Tagesordnung. Zunächst aber war die ITH mit den unmittelbaren Auswirkungen der neuen Weltlage und der veränderten geistig-kulturellen Situation konfrontiert. Sie sah sich in doppelter Hinsicht gefordert: Zum einen stand sie vor der Frage, wie sie sich in der neuen Situation wissenschaftspolitisch und historisch-reflektierend positionieren sollte; zum anderen wurde ihr rasch bewusst, welche Gefahren den Überlieferungen der Arbeiterbewegung drohten, denen entgegengewirkt werden musste.

Es spricht für die verantwortlichen Funktionäre der ITH, dass sie – anders als die Mehrheit der bundesdeutschen Historikerzunft – nicht auf Ausgrenzung bisheriger Partner umschalteten. Der damalige Sekretär der ITH Barry McLoughlin schrieb uns bereits im Januar 1990, „daß unsere Freunde östlich von Wien auch weiterhin an den Linzer Konferen-

zen werden teilhaben können“.¹² Andererseits war uns im Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung völlig klar, dass die Monopolstellung des Vorgängerinstituts für Marxismus-Leninismus der Vergangenheit angehörte und wir allenfalls Mittler zwischen der ITH und den sich im Osten Deutschlands umformierenden (meist allerdings bald abgewickelten) historischen Einrichtungen sein konnten. Zu jenen Vertretern der ITH, die sich vorbildlich solidarisch verhielten, gehörten Herbert Steiner, der nach dem Tode von Rudolf Neck so etwas wie die Seele der ITH verkörperte, und sein Nachfolger im Amte des Kassiers Winfried Garscha.

1990 lief die Linzer Konferenz in den vorgesehenen Bahnen mit den geplanten Themen „Die internationale Gewerkschaftsbewegung in den Jahren unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg“ und „Arbeiterbewegung – Kirche – Religion“. Außerhalb der Tagesordnung hatte allerdings die finanzstarke und in der ITH einflussreiche Friedrich-Ebert-Stiftung den Auftritt eines Vertreters des Unabhängigen Historikerverbandes der DDR¹³ durchgesetzt, der der Abrechnung mit der DDR-Historiografie diente. Die Generalversammlung der ITH handelte ausgewogener. Sie beschloss, das Programm der folgenden Konferenzen zu stornieren, und setzte stattdessen auf die Tagesordnung: „Die Arbeiterbewegung in einer veränderten Welt. 1. Thema: Politisch-gesellschaftliche Umwälzungen in Zentral- und Osteuropa und das Geschichtsverständnis der Historikerinnen und Historiker der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung. 2. Thema: Geschichtsfälschungen und ‚weiße Flecken‘ als Herausforderung für die Geschichtsschreibung der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung.“¹⁴

Die 1991 durchgeführte Konferenz verlief überwiegend sachlich, es kamen Vertreter mit unterschiedlichen Erfahrungen und Ansichten zu Wort.¹⁵ Auch ich hatte Gelegenheit, ein Referat zu präsentieren,¹⁶ was

12 Archiv des Autors.

13 Der Unabhängige Historikerverband hatte sich im Herbst 1989 als Gegenpol zur Historikergesellschaft der DDR gegründet. Seine Mitgliederzahl hielt sich in Grenzen, doch genoss er Rückendeckung und massive Unterstützung durch den Verband der Historiker Deutschlands, der gegenüber den DDR-Historikern – Kohls Anschlusspolitik folgend – gänzlich von Kooperation auf Ausgrenzung umgeschaltet hatte.

14 Bericht über die 26. Linzer Konferenz 11.-15. Dezember 1990. I. Die internationale Gewerkschaftsbewegung in den Jahren unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg. II. Arbeiterbewegung – Kirche – Religion, Wien 1991, S.38. In diesem Bericht wird übrigens vom Auftritt des Unabhängigen Historikerverbandes keine Notiz genommen.

15 Bericht über die 27. Linzer Konferenz 1991. Die Arbeiterbewegung in einer veränderten Welt, Wien 1991.

16 Siehe Günter Benser: Zum Umgang mit Geschichte der Arbeiterbewegung im deut-

zur damaligen Zeit keine Selbstverständlichkeit war. Und natürlich wurde auch über Konsequenzen für die ITH nachgedacht, denn es lag auf der Hand, dass sie ihre Ursprungsfunktion verloren hatte.

Dass die Auseinandersetzung mit Geschichtsverzerrungen und „weißen Flecken“ in der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung ins Zentrum rückte und scharf gerügt wurde, war verständlich und berechtigt. Doch die nachdenklichen unter den Referenten fragten auch nach dem Charakter und den zu erwartenden Perspektiven der Umwälzungen, nach der künftigen Bedeutung der Marxschen Ideenwelt und des Internationalismus, nach der Identitätskrise der Linken.

Mit dem Abstand von zwei Jahrzehnten scheint mir, dass dieser Ansatz eigentlich einer Erweiterung bedurfte, hin zur Analyse: Geschichte der Arbeiterbewegung in Zeiten des Kalten Krieges. Denn die Aufarbeitung der Parteinahme westlicher Historiker zu Zeiten des Kalten Krieges aufseiten des Westblocks – auch mancher Historiker der Arbeiterbewegung – oder ihre Sprachlosigkeit angesichts des dann einsetzenden konservativen roll backs scheint mir als selbstkritische Bestandsaufnahme noch auszustehen. 2004 traf der Vorstand des in Berlin ansässigen Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung die bedenkenswerte Einschätzung: „Mit dem ‚Kollaps des Realsozialismus‘, mit der Übertragung der westlichen kapitalistischen Marktwirtschaft und der parlamentarischen Repräsentativdemokratie auf die Länder des aufgelösten Ostblocks sind keineswegs alle Ost-West-Gegensätze und historisch gewachsenen Unterschiede weggefallen. Die Tauglichkeit westeuropäischer Modelle als Lösung aller in den ehemaligen Ostblockländern angestauten Widersprüche ist keineswegs erwiesen, jedenfalls nicht in der oft unterstellten Allgemeingültigkeit. Bisher hat die ITH diese Problematik nur peripher und dann überwiegend als Außensicht oder als Sicht von Systemopfern thematisiert. Hier tut sich jedoch ein weitaus umfassenderes Untersuchungsfeld auf, dessen Bedeutung mit der EU-Osterweiterung steigt“.¹⁷

Wie angedeutet, erwachsen der ITH auch Aufgaben eher operativen Charakters. Das entsprang der Sorge um das Schicksal von Archiven (und der mit diesen meist verbundenen Bibliotheken), die in der Regel Parteinstituten der sozialistischen Staaten zugeordnet gewesen waren. Insonder-

schen Einigungsprozeß. Thesen, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG), 1991, H. 5, S.629-637.

17 Anmerkungen und Vorschläge zur Perspektive der ITH, in: Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung (MFK), Nr. 25, S.24.

heit galt dies für das in Moskau befindliche Archiv der Kommunistischen Internationale, dessen Bestand Überlieferungen der gesamten Weltbewegung enthält. So fanden sich am Rande der Linzer Konferenzen Teilnehmer zu informellen Runden zusammen und berieten, wie hier schützend eingegriffen werden könnte. Wie selbstverständlich wurde auch ich zu diesen Beratungen hinzugezogen, zumal auch wir vor der Frage standen, wie sich ein Rettungsschirm für das Zentrale Parteiarchiv der SED und eine der größten sozialwissenschaftlichen Bibliotheken im deutschsprachigen Raum spannen ließ.¹⁸ Die Maximalvariante der hier entwickelten Vorstellungen lief darauf hinaus, ein internationales Kuratorium zu bilden, das eine Vermittlerrolle spielen sollte. In einem Brief von Jürgen Rojahn vom Amsterdamer Internationalen Institut für Sozialgeschichte an Eric Hobsbawm ist zu lesen: „Was nun die Zusammensetzung des Gremiums betrifft, fiel natürlich an erster Stelle Ihr Name. Weiterhin wurde an E. Fischer als Direktor des IISG, G. Smirnow als Direktor des Moskauer IML, G. Benser als Direktor des Berliner Instituts, H. Konrad als Präsident der ITH, Francesca Gori vom Instituto Feltrinelli, jemand aus Frankreich, jemand aus China sowie – last but not least – an Leo Pinkus, von dem die ganze Idee stammte, gedacht.“¹⁹ Zweifellos ist es auch das Verdienst der ITH, dass die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf bestehende Gefahren hingelenkt wurde und dass in allen Ländern mehr oder weniger tragfähige Lösungen gefunden wurden.

Eine Bilanz ihrer Bemühungen und der eingetretenen Veränderungen zog die ITH auf ihrer 32. Linzer Konferenz im Jahre 1996, deren Thema lautete: „Quellen und Historiographie der Arbeiterbewegung nach dem Zusammenbruch des ‚Realsozialismus‘“.²⁰ Thematisiert wurden nicht nur die Situation der Archive, der Wert bisher verschlossener Quellen und veränderte Fragestellungen, sondern auch Möglichkeiten und Grenzen des bis dahin unvorstellbaren zeitnahen Zugangs zu internen Akten. Unvergesslich ist mir die Warnung von Feliks Tych haften geblieben: Beim unbegrenzten Archivzugang „handelt es sich jedoch um einen Komfort, der [...] in hohem Maße ein Scheinkomfort ist. Auf jeden Fall wird durch ihn der Weg zur historischen Wahrheit nicht kürzer.“²¹ Das war eine klare Ab-

18 Siehe Günter Benser: Was geschah mit den Archiven und Bibliotheken von Parteien und Organisationen der DDR (hefte zur ddr-geschichte, 113), Berlin 2008.

19 Kopie im Archiv des Autors.

20 Bruno Groppo u. a. (Hrsg.): Quellen und Historiographie der Arbeiterbewegung nach dem Zusammenbruch des ‚Realsozialismus‘ (ITH-Tagungsberichte, 32), Wien 1998.

21 Feliks Tych: Die ehemaligen Parteiarchive in Osteuropa als Quellenkorpus. Heuristische

sage an eine um sich greifende Goldgräberstimmung und an den grasierenden Enthüllungsjournalismus, der die Archive auf der Jagd nach Sensationen durchforstete, wie auch an jene „Forscher“, die mit geringen Vorkenntnissen, dafür beträchtlichen Vorurteilen bislang unzugängliche Archivfonds ausbeuteten, um auf bequemem Wege eine Graduierungsarbeit zu verfassen. Darüber hinaus ging es überhaupt um den Platz von Geschichte der Arbeiterbewegung in der Öffentlichkeit, in der Erinnerungskultur und bei der Strategiefindung. Letzteres geschah freilich mehr am Rande. Und die ITH wäre gut beraten gewesen, sich die Konsequenzen der nun eingetretenen konservativen Hegemonie und ungebremsten Profitmacherei deutlicher bewusst zu machen, die sie ja auch selbst zunehmend zu spüren bekam. Deren Begleiterscheinung, das Einschwenken sozialdemokratischer Parteien auf den neoliberalen Kurs, wurde in Linz – wenn überhaupt – meist nur in akademischer Distanz registriert. Henryk Skrzypczaks empörter Appell gegen das Schröder-Blair-Papier vermochte da kaum etwas zu bewegen.

In den unmittelbaren Wendejahren hatte sich die ITH einer enormen Medienaufmerksamkeit erfreuen können. Da das Interesse am deutschen Geschehen in Österreich groß war, hatte auch ich Zeitungs- und Rundfunkreportern Interviews zu geben. Doch diese Aufmerksamkeit ließ bald spürbar nach. Die früher üblichen Begrüßungsreden von Vertretern der österreichischen Bundesregierung, des Landes Oberösterreich und der Stadt Linz hielten nun deren Stellvertreter, bald die Stellvertreter der Stellvertreter und dann auch diese nicht mehr. Pressevertreter blieben den Tagungen fern. Im Foyer des Jägermayrhofes, wo früher deren Berichte ausgegangen hatten, herrscht Leere. In Deutschland wird heute meist nur noch in der ostdeutschen historischen Subkultur regelmäßig vom Wirken der ITH Notiz genommen.²² Die Finanzquellen der ITH flossen nicht mehr so reichlich, sodass sie immer mehr auf ihre abschmelzenden Rücklagen zugreifen muss. Der jährliche Rhythmus der Linzer Konferenzen wurde beibehalten, doch deren zeitliche Dauer einschneidend verkürzt. Die von den Teilnehmern geschätzten Exkursionen entfielen. Ungebrochen blieb das Engagement der Arbeiterkammer Oberösterreichs, die nach wie vor ein guter Gastgeber ist.

Ein Jahrzehnt nach der sogenannten Wende stand selbst die Auflösung der ITH zur Diskussion, wogegen sich allerdings fast alle mit der ITH ver-

Probleme, in: Ebenda, S.10.

22 Siehe die in Anm. 2 genannten Publikationsorgane.

bundenen Historiker wandten. So betonte der Vorstand des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung in seinem bereits erwähnten Positionspapier, „eine Auflösung wäre ein irreversibler Entschluß [...] Dies gilt um so mehr, wenn – wie im Falle der ITH – über das rein wissenschaftliche Anliegen hinaus auch aus den Traditionen der Arbeiterbewegung herrührende sozialpolitische und interkulturelle Ziele und Anliegen verfolgt werden. Die ITH behandelt inhaltliche Gegenstände, die sonst verwaisten oder doch in der für die ITH spezifischen Weise nicht debattiert und publiziert würden, wie das für die historischen und aktuellen Probleme der Arbeiterbewegung zutrifft. Die ITH zeichnet sich dadurch aus, daß sie im Unterschied zu den meisten vergleichbaren wissenschaftlichen Zusammenkünften einen kontinuierlichen kollegialen Zusammenhalt von Sozialwissenschaftlern repräsentiert, der auch über die jährlichen Linzer Konferenzen hinaus wirkt und in der Wissenschaftslandschaft seinesgleichen sucht.“²³

Unter den der Arbeiterbewegung und den anderen sozialen Bewegungen zugewandten Historikern und Sozialwissenschaftlern erlosch indes das Interesse an den Linzer Konferenzen nicht. Der alte Stamm – allerdings ohne so manchen langjährigen Konferenzteilnehmer aus Osteuropa – hielt der ITH die Treue, und Vertreter der nachrückenden Generation entdeckten für sich den Wert der in Linz geführten Debatten und der hier möglichen Begegnungen mit Fachleuten aus aller Welt.

Die ITH kam veränderten Interessenlagen entgegen, indem sie sich stärker der über die Arbeiterbewegung hinausgreifenden Sozialgeschichte zuwandte und deren globale Dimension thematisierte. Aus einer vorwiegend europäischen Institution wurde eine weltweit vernetzte Wissenschaftlergemeinschaft, die den bis dahin vorherrschenden Eurozentrismus kritisch hinterfragte und mit dem Blick auf Asien, Lateinamerika, Afrika, Australien den geistigen Horizont erweiterte. Das Bemühen um ein verjüngtes und weiblicheres Profil der ITH zeitigte Erfolge. Auch versuchte sie – eher mit mäßigen Ergebnissen – durch Podiumsgespräche in der Stadt Linz eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen.

Damit tat sich allerdings auch ein Spannungsverhältnis auf zwischen dem „Kerngeschäft“ der ITH, der Geschichte der Arbeiterbewegung, und der Ausdehnung hin zu einer nicht scharf definierten Sozialgeschichte. Das spiegelte sich auch in den Debatten der Generalversammlungen über Perspektiven und Orientierungen und über die Themenwahlen der ITH

23 Anmerkungen und Vorschläge zur Perspektive der ITH, S.23f.

wider. Gegenstand der Linzer Konferenzen wurden in den beiden letzten Jahrzehnten bislang vernachlässigte Fragestellungen, mit denen die ITH ihr Gespür für neue Trends in der Geschichtsforschung bewies. Dies gilt für die Arbeit selbst und ihre Formen als Auslöser von Bewegungen, für die in die Arbeiterbewegung und in andere soziale Bewegungen hineinragende Rolle von Sexualität und Genderproblematik, von Ethnos und Nationalität, von kulturellen Erscheinungen wie Mythen, Symbolen und Riten oder kollektiven Erinnerungen, für kollektivbiografische Phänomene und deren Erforschung, für die Sozialgesetzgebung.

In den letzten Jahren hat sich die ITH in mehrjährigen Zyklen globalgeschichtlichen Fragestellungen zugewandt. So befasste sich 2007 bis 2009 ein Zyklus mit grenzüberschreitender Arbeitergeschichte, mit Netzwerken und transnationalen Austauschprozessen, mit Transfers und Migrationen. Hier schloss sich ein zweiter Zyklus mit dem Dachthema „Arbeiterbewegung und soziale Bewegungen als Triebkräfte gesellschaftlicher Entwicklung“ an. Er wurde mit „Arbeiterbewegung in globalen Erinnerungsprozessen“ eingeleitet – ein Bereich, der meines Erachtens besser den Abschluss des Zyklus gebildet hätte –, um dann Praktiken internationaler Solidarität und Entwicklung zu untersuchen und schließlich einzumünden in die Erörterung sozialer und kultureller Entwicklung durch Arbeiterbewegung.

Wenn ich die Debatten in den Generalversammlungen richtig verstanden habe, war die ursprünglich diesen Zyklus auf die Tagesordnung setzende Intention – zumindest bei so manchem Teilnehmer – eine etwas andere. In einer Europäischen Union, deren Repräsentanten permanent Werte beschwören, nur nicht die vor allem von der europäischen Arbeiterbewegung erkämpften Errungenschaften, gilt es daran zu erinnern: Ein friedliches Zusammenleben der Völker zunächst Westeuropas, der noch nicht gänzlich entschwundene Sozialstaat, die Trennung von Staat und Kirche, die Gleichstellung der Geschlechter, das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht sind gegen hartnäckigen Widerstand reaktionärer, konservativer, imperialistischer, militaristischer, chauvinistischer und rassistischer Kräfte vor allem von der Arbeiterbewegung erstritten worden. Und die existenziellen Probleme der ITH erwachsen nicht zuletzt daraus, dass die neoliberale Gegenoffensive, solche Tatsachen und Einsichten zu verdrängen vermochte. Inzwischen wird die Fortexistenz der ITH zunehmend eine Frage der Kassenlage. Wohl und Wehe der ITH hängt nicht zuletzt davon ab, ob es ihr gelingt, die Öffentlichkeit wieder stärker für solche Konfliktlinien zu sensibilisieren.

Doch bleiben wir optimistisch. 50 Jahre ITH – das ist vor allem 50 Jahre rastloser Einsatz engagierter Leute, erfahrener Organisatoren und ehrenamtlicher Helfer, das ist die Bereitschaft zahlreicher Wissenschaftler, ihre neuen Erkenntnisse gerade in Linz zu präsentieren und zur Diskussion zu stellen, das ist inzwischen eine ganze Bibliothek von Tagungsberichten und -protokollen, die eine wahre Fundgrube an Informationen und Interpretationen zu hochinteressanten Themen bietet. Möge diese Pilgerstätte für der Arbeiterbewegung verpflichtete Historiker noch lange fortwirken, möge diese Quelle von Wissen und Erkenntnis noch lange fließen!²⁴

²⁴ Zur Ergänzung siehe Jürgen Hofmann: Die Historische Kommission der Linken in der ITH. Dieser „kurze Bericht“ wurde auf der Website die-linke.de unter [historische kommission/diskussionsbeitraege](http://historische-kommission/diskussionsbeitraege) eingestellt.

Über Armut. Und über Armut hinaus

Richard Albrecht

„Wer verändern will, muß Bescheid um das
Verändernde wissen. Der Nutzwert [...] besteht eben darin, das Eingreifen in die gesellschaftliche Wirklichkeit zu erleichtern.“
(Siegfried Kracauer: 1889-1966)¹

Auch in dem – global gesehen – reichen Land,² in dessen Westzipfel ich seit einem Vierteljahrhundert wohne, lebe und arbeite, gibt es *Armut*. Und dies nicht nur als Zuwanderung von Armen. Im Anfang 2013 erschienenen Beitrag „Armutsklassismus. Empirisches zur Lage an der Armutfront am Ende der ganzdeutschen Nullerjahre“ habe ich eine aktuelle Annäherung (weniger ans Armutspotenzial als vielmehr) ans realempirische Ausmaß von Armut in dieser reichen Bundesrepublik Deutschland versucht.³ In den depravierten Sozalsegmenten bei denen „da unten“ mit ihren realen „zeitgenössischen Formen und Praxen ökonomisch begründeter kultureller Ausgrenzung und sozialer Ausschließung vom vorhandenen gesellschaftlichen Reichtum und gegebenen Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung“⁴ schaut's heuer so aus: Alg2 („Hartz4“) hat den Regel(bedarfs)satz von 2013 364 € monatlich oder gerundet 12 € täglich für Erwachsene. Dazu, wenn es gut läuft, noch „Übernahme von Warmmiete“ fürs Wohnen in 2-ZKDB (Zimmer-Küche-Dusche-Bad) in entsprechenden Wohnquartieren. Derzeit verzichten hierzulande nahezu fünf Millionen Menschen oder gut ein Drittel der Berechtigten, Beschäftigte als sogenannte „Aufstocker“ eingeschlossen, auf Hartz4-Leistungen. Wobei es „immer mehr Jobcenter bewusst darauf an[legen], abschre-

1 Siegfried Kracauer: Das Ornament der Masse [1927], in: Ders.: Essays, Frankfurt/Main 1977, S.77.

2 Günter Grass/Daniela Dahn/Johano Strasser (Hrsg.): In einem reichen Land. Zeugnisse alltäglichen Leidens an der Gesellschaft, München 2004.

3 Siehe Richard Albrecht: Armutsklassismus. Empirisches zur Lage an der Armutfront am Ende der ganzdeutschen Nullerjahre, in: Hintergrund, 26 (2013) I, S.21-33.

4 Ders.: Deprivation, in: Psychologische Grundbegriffe. Ein Handbuch, Reinbek 1998, S.99, <http://soziologisch.wordpress.com/2010/10/12/deprivation/>. Dieser wie alle folgenden Links wurden am 30. August 2013 überprüft.

ckende Wirkung zu entfalten“. Dem entspricht eine Vorstandsaussage der Bundesagentur für Arbeit: „Der Erfolg unserer Anstrengungen wird in den nächsten Jahren noch mehr am Abbau des Langzeitleistungsbezugs liegen“⁵ – also, wie zitiert, am Abbau des (langzeitlichen) Leistungsbezugs von Arbeitslosen. Nicht aber der Arbeitslosigkeit.

Die staatsamtlich ermittelte *Armutsgefährdung*, begriffsbestimmt als weniger denn 60 Prozent am Median (als zentralem Mittelwert einer Zahlenreihe) des „Nettoäquivalenzeinkommens“ (NÄE) von monatlich 1,413.33 € pro Beschäftigte/n lag, mit steigender Tendenz, 2011 in Ganzdeutschland bei 15,1 Prozent. Das waren etwa 12,45 Millionen betroffene Menschen; am single-Beispiel veranschaulicht: wer 2011 über *weniger* als 848 € *netto monatlich* verfügen konnte, war *armutsgefährdet*. Und im amtlichen Sinn *arm* war, wer *weniger als 608 € netto monatlich* (oder 43 Prozent des NÄE) als „Existenzminimum“ hatte.⁶

Oberhalb der *Armutsgefährdungsgrenze* lägen im Bereich tariflich entlohnter Teilzeitbeschäftigungen sowohl eine ALDI-Mitarbeiterin als auch ein Jungwissenschaftler: ALDI-Süd, Kreis Euskirchen, bot 21 Stunden/Woche Beschäftigung zu 13,81 €/Stundenbrutto; das Institut für Zeitgeschichte, Berlin, suchte eine wissenschaftliche Hilfskraft mit M.A.-Abschluss für 19 Stunden/Woche zu 15,07 €/Stundenbrutto (jeweils Oktober/November 2012). Das ergäbe (ohne Urlaubs- und eventuelle Prämien/Weihnachtsgelder) als *Monatsbrutto* etwa 1.247 € bzw. 1.231 € und, wären beide 28 Jahre alt, ledig, kinder- und konfessionslos und ohne besondere Freibeträge in Lohnsteuerklasse III, etwa 989 € bzw. 976 € als *Monatsnetto*.⁷

Aber auch in diesen armutsfreien sozialen Bereichen lebt freilich niemand im Wohlstand, in dem sich's überall angenehm leben lässt: Wer im gegenwärtigen Ganzdeutschland vollerwerbstätig ist und ein geringes Einkommen wie etwa 900 € netto monatlich zur Verfügung hat, wird rasch erfahren: „Es ist

5 junge Welt, 2.7.2013, S.8.

6 Siehe https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2012/09/PD12_315_221.html;jsessionid=797FE89616B695AA7FF2307DADE8387F.cae2, sowie eigene Berechnungen.

7 Und doch: Wären beide vermögenslos, könnten sie nach Hinweisen der Initiative „<http://mindestlohn-10-euro.de>“ mit Gehaltseinkommen von jeweils weniger als 1.063 €/monatlich als „Aufstocker“ „aufgrund des Freibetrags für Erwerbstätigkeit in Höhe von 300 Euro“ einen monatlichen Zuschuss in Höhe 74 bzw. 87 € erhalten. Die Nettobeträge würden jeweils auf 689 bzw. 676 € heruntergerechnet und mit dem durchschnittlichen „Regelatz“ (382 plus 381 € „Warmmiete“, zusammen 763 € monatlich) abgeglichen: 763 ./ 689 bzw. 763 ./ 676 € ergäbe monatliche Stütze in Höhe von jeweils 74 bzw. 87 € monatlich als Aufstockungsbetrag.

schwer vorstellbar, dass Bürger mit einem Monateinkommen von 900 Euro netto keine Verkehrsmittel und keine Telekommunikation benutzen, weder zum Arzt noch zur Apotheke gehen. Auch ein niedriges Einkommen erfordert einen Arbeitsplatz – und damit telefonische und elektronische Erreichbarkeit. Damit sind Telefon, Internet und Bahn keine Privatsache, sondern Bedingung zur Ausübung eines 1450-Euro-brutto-Jobs. Einen PKW kann man sich mit 900 Euro monatlich nicht leisten – aber woher die 240 Euro für die Bahncard 50 abzwacken, wenn der Dispo ausgeschöpft ist? [...] Jede Vorauszahlung, jede Anzahlung ist bei diesem Einkommen nicht möglich. Man kann nur von 900 Euro leben, wenn man in einer WG, mit Freunden oder Familie lebt. Oder eine Wohnung oder ein Haus geerbt hat.“⁸

Karl Marx (1818-1883) interessierte Armut im Zusammenhang mit seiner Kritik der politischen Ökonomie und der „Sphäre des Pauperismus“ unterm Doppelaspekt der „Produktion der relativen Übervölkerung“,⁹ ihrer verschiedenen Formen und ihrer inneren Gliederung einerseits und des sich daraus ergebenden allgemeinen gesellschaftlichen Gesetzes der Kapitalakkumulation andererseits.¹⁰ Dabei geht es auch um das Modell einer Schichtung/Dreigliederung von industrieller Reservearmee als Übergreifend-Allgemeinem, Pauperismus als Besonderem und Lumpenproletariat (im engeren Sinn: „Verkommene, Verlumpte, Arbeitsunfähige“⁶) als Einzelnem. Pauper(ismus) hingegen als besondere – auch empirisch bedeutsame – Kategorie bezieht weder Einzelheiten noch Allgemeines, sondern bildet als Ausdruck des allgemeinen gesellschaftlichen Prozesses der relativen Übervölkerungsproduktion „das Invalidenhaus der aktiven Arbeiterarmee und das tote Gewicht der industriellen Reservearmee“. Marx verweist nicht nur auf die (auch ehemalige Angehörige des Industrieproletariats umfassende) pauperisierte und vom Lumpenproletariat zu unterscheidende „Lazarusschichte der Arbeiterklasse“ – sondern arbeitet, viel wesentlicher, auch „das absolute, allgemeine

8 Alexander Dill: 25 Prozent Armutssteuer? Eine Beispielrechnung, in: Telepolis, 22.10.2012; <http://www.heise.de/tp/artikel/37/37829/1.html>. Zu ganzdeutschen Vorkassepraxen Richard Albrecht: Vorkasse-Gesellschaft. Der soziologische Doppelaspekt und seine praktischen Konsequenzen, in: soziologie heute, 6 (2013) 30, S.26-29.

9 Das Irrwort „Überbevölkerung“ findet sich vor allem im von Engels bearbeiteten/veröffentlichten dritten Band des „Kapital“.

10 Siehe Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band [1867] = Karl Marx/Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 23, Berlin 1962, S.670-677; zum Zusammenhang Richard Albrecht: Pauper(ismus). Zur Geschichte und Aktualität eines Zentralaspekts von „Neuer Armut“ und „Arbeitenden Armen“, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2007/II, S.19-32.

Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“ heraus: „Der tiefste Niederschlag der relativen Übervölkerung endlich behaust die Sphäre des Pauperismus. Abgesehen von Vagabunden, Verbrechern, Prostituierten, kurz dem eigentlichen Lumpenproletariat, besteht diese Gesellschaftsschicht aus drei Kategorien. Erstens Arbeitsfähige. Man braucht die Statistik des englischen Pauperismus nur oberflächlich anzusehn, und man findet, daß seine Masse mit jeder Krise schwillt und mit jeder Wiederbelebung des Geschäfts abnimmt. Zweitens: Waisen- und Pauperkinder. Sie sind Kandidaten der industriellen Reservearmee und werden in Zeiten großen Aufschwungs [...] rasch und massenhaft in die aktive Arbeiterarmee einrolliert. Drittens: Verkommene, Verlumpte, Arbeitsunfähige. Es sind namentlich Individuen, die an ihrer durch die Teilung der Arbeit verursachten Unbeweglichkeit untergehn, solche, die über das Normalalter eines Arbeiters hinausleben, endlich die Opfer der Industrie, deren Zahl mit gefährlicher Maschinerie, Bergwerksbau, chemischen Fabriken etc. wächst, Verstümmelte, Verkrankte, Witwen etc. Der Pauperismus bildet das Invalidenhaus der aktiven Arbeiterarmee und das tote Gewicht der industriellen Reservearmee. Seine Produktion ist eingeschlossen in der Produktion der relativen Übervölkerung, seine Notwendigkeit in ihrer Notwendigkeit, mit ihr bildet er eine Existenzbedingung der kapitalistischen Produktion und Entwicklung des Reichtums. Er gehört zu den faux frais der kapitalistischen Produktion, die das Kapital jedoch größtenteils von sich selbst ab auf die Schultern der Arbeiterklasse und der kleinen Mittelklasse zu wälzen weiß. Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe des Proletariats und die Produktivkraft seiner Arbeit, desto größer die industrielle Reservearmee. Die disponible Arbeitskraft wird durch dieselben Ursachen entwickelt, wie die Expansivkraft des Kapitals. Die verhältnismäßige Größe der industriellen Reservearmee wächst also mit den Potenzen des Reichtums. Je größer aber diese Reservearmee im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter die konsolidierte Übervölkerung, deren Elend im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Arbeitsqual steht. Je größer endlich die Lazarusschicht der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus. *Dies ist das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation.* Es wird gleich allen andren Gesetzen in seiner Verwirklichung durch mannigfache Umstände modifiziert, deren Analyse nicht hierher gehört.“¹¹

11 Marx, Kapital, S.673f.

Auch Rosa Luxemburg (1871-1919) hat als marxistische Theoretikerin den Pauperismus nicht als allgemeine wirtschaftliche „Verelendung“ verstanden, sondern ihn als Erscheinungsform der Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Ökonomie und besonders ihres Lohngesetzes dargestellt. In ihrer 1910 geschriebenen, 1925 erstveröffentlichten Broschürenreihe „Einführung in die Nationalökonomie“ betonte sie den sich aus der kapitalistisch-krisenhaften Entwicklung ergebenden Schichtungszusammenhang von industrieproletarischer Reservearmee, Armut, Pauperismus und Lumpenproletariat als „Existenzbedingungen des Kapitalismus“: „Mit dem Kapital und Reichtum wächst also unvermeidlich auch die Größe der Unbeschäftigten und Unentlohnten und damit auch die Lazarusschicht der Arbeiterklasse – die offizielle Armut.“¹²

Der Stückeschreiber Bertolt Brecht (1898-1956) drückte den sozialen Grundtatbestand von Armut in einem poetischen Vierzeiler bündig so aus: „Reicher Mann und armer Mann / Standen da und sahn sich an./ Und der Arme sagte bleich:/ Wär ich nicht arm, wärst Du nicht reich.“¹³

Die Sozialfigur des Armen wie der soziale Tatbestand von Armut ist nach Georg Simmel (1858-1918) Ausdruck eines grundlegenden gesellschaftlichen Verhältnisses. Armut und Arme sind aus dieser Sicht keine nur statistisch-empirischen Phänomene, sondern gesellschaftlich produzierte soziale Beziehung von Menschen/Gruppen als Ergebnis von in verschiedenen Formen stattfindenden Vergesellschaftungsprozessen. Das bedeutet: Der Sozialtyp des „modernen Proletariers“ etwa, so das *erste Paradox*, ist wohl „arm, aber kein Armer“. Und der Arme ist als Bedürftiger „bloßes Objekt für Vornahmen der Gesamtheit mit ihm“, er bildet den „zu formenden Stoff“ sozialer Fürsorge, die, so das *zweite Paradox*, „nicht um des Armen willen, sondern um der Gesellschaft willen“ und damit systemfunktional veranstaltet wird.¹⁴

12 Zit. nach: http://www.mlwerke.de/lu/lu05/lu05_751.htm.

13 Bertolt Brecht: Gedichte [1933-1938], in: Ders.: Gesammelte Werke, Bd. 9, Frankfurt/Main 1967, S.513.

14 Siehe Georg Simmel [1906]: Zur Soziologie der Armut, in: Ders.: Aufsätze und Abhandlungen 1901-1908, Bd. II (Georg-Simmel-Gesamtausgabe, Bd. 8), Frankfurt/Main 1993, S.24-57, <http://socio.ch/sim/verschiedenes/1906/armut.htm>; Ders.: Der Arme [1908], in: Ders.: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung [7. Kapitel] (Georg-Simmel-Gesamtausgabe, Bd. 11, Frankfurt/Main 1992, S.512-555, <http://raumgegenzement.blogspot.de/2010/09/04/georg-simmel-der-arme-1908/>). Zusammenfassend Stephan Lessenich: Der Arme in der Aktivgesellschaft. Zum sozialen Sinn des „Förderns und Forderns“, in: WSI-Mitteilungen, 56 (2003) 4, S.214-220, http://www.boeckler.de/wsimit_2003_04_lessenich.pdf.

Inzwischen kann als (wenn man so will) *gesichertes sozialwissenschaftliches Wissen zur Armut* gelten: Armut ist erstens keine Erfindung von Soziologen, sondern ein gesellschaftliches Realphänomen. Bei Armut geht es zweitens immer um eine geschichtlich variable Erscheinung. Und drittens handelt es sich bei Armut immer auch um gesellschaftliche Ausschluss- oder soziokulturelle Exklusionsprozesse.¹⁵ Dies drückt auch jede sich insbesondere an die britische empirische Armutsforschung des vergangenen Jahrhunderts¹⁶ anschließende Armutskonzeption aus. Wohl wird vom sozioökonomischen Mangelstatus ausgegangen.¹⁷ Entsprechend dem Leitkonzept von allgemeiner Mehrschichtigkeit aller gesellschaftlichen Vorgänge¹⁸ geht es aber auch im Speziellen um viele Dimensionen von Armut.¹⁹

Etymologisch, von der geschichtlichen Wortbedeutung her, werden im Deutschen als *arm* und als *Armut*²⁰ allgemein Not und Mittellosigkeit sowie mittellose, bedürftige und auch bedauernswerte Menschen verstanden. Weitergehend und *Armut* präzisierend heißt es (in diesem Beispiel auch zutreffend) in der deutschsprachigen Wikipedia: „Armut bezeichnet primär mangelnde Befriedigung von Grundbedürfnissen wie Kleidung, Nahrung, Wohnung, Gesundheit. Im weiteren und übertragenen (meta-

15 Von Offe und Luhmann diskutiert als „ausgeschlossenes Nullum“ und „ausbeutungsunfähige Arme Welt“ zuerst auf der Hamburger Tagung der Theoriesektion der Deutschen Gesellschaft für Soziologie am 5. und 6. Mai 1994. Siehe Klaus Offe: *Moderne „Barbarei“: Der Naturzustand im Kleinformat?*, in: *Journal für Sozialforschung*, 34 (1994) 3, S.229-247; Niklas Luhmann: *Inklusion und Exklusion*, in: Ders.: *Soziologische Aufklärung*, 6. Die Soziologie und der Mensch, Opladen 1995, S.237-264; zuletzt Martin Kronauer: *Inklusion – Exklusion. Eine historische und begriffliche Annäherung an die soziale Frage der Gegenwart* [2010], http://www.pedocs.de/volltexte/2010/2626/pdf/Kronauer_Inklusion_Exklusion_historische_begriffliche_Annaeherung_2010_D_A.pdf.

16 Seit Benjamin Seebohm Rowntree: *Poverty. A Study in Town Life*, London 1901; aktueller Edward P. Thomson: *The making of the English working class*, New York 1963; Walter Runciman: *Relative Deprivation und Social Justice. A Study of Attitudes to Social Inequality in Twentieth-Century Britain*, London 1966; Peter Townsend: *Poverty in the United Kingdom. A survey of household resources and standards of living*, Harmondsworth 1979.

17 So in diesen enzyklopädischen Begriffsbestimmungen <http://en.wikipedia.org/wiki/Poverty>; <http://www.britannica.com/EBchecked/topic/473136/poverty>.

18 Siehe Eric J. Hobsbawm: *Working-class Internationalism*; in: *Contributions to the History of Labour & Society*, vol. I, 1988, S.3-16.

19 Siehe Peter Towsend: *Many Dimensions of Poverty* [2005], http://www.ipc-undp.org/md-poverty/papers/Peter_.pdf.

20 Siehe Wolfgang Pfeifer u. a.: *Etymologisches Wörterbuch des Deutschen* [1989], München 1995, S.60.

phorischen) Sinn bezeichnet Armut allgemein einen Mangel [...] Armut ist ein soziales Phänomen: Dabei wird ‚Armut‘ als Zustand gravierender sozialer Benachteiligung mit der Folge einer ‚Mangelversorgung mit materiellen Gütern und Dienstleistungen‘ verstanden. In dieser Form wird sie in Mythologie und Sage, in den Künsten und wissenschaftlich behandelt. Von wirtschaftlicher Armut im engeren Sinne gibt es zwei grundsätzlich verschiedene Definitionen. Zum einen ist das die absolute Armut, bei der einer Person weniger als 1,25 PPP-US-Dollar pro Tag zur Verfügung stehen, zum anderen die relative Armut, bei der ein Einkommen deutlich unter dem Durchschnitt aller Einkommen eines Landes (eines Staates) liegt. Die erste Form ist heute in Industriestaaten seltener, dominiert aber die Situation in Schwellen- und Entwicklungsländern. In diesen kann es im Extremfall vorkommen, dass eine Person zwar absolut, nicht aber relativ arm ist. Die zweite Form betrifft definitionsbedingt in praktisch jedem Staat einen Teil der Bevölkerung.²¹

Pierre Bourdieu (1930-2002) ging es nicht nur um Zustandsbeschreibungen von Armut, Deprivation und Ausgrenzung auch in entwickelten westlich-kapitalistischen Metropolengesellschaften, sondern weiterführend auch um eine handlungspraktisch wichtige Dimension zur Überwindung jener empirisch wirksamen gesellschaftlichen Strukturen ohne – angebliche und/oder wirkliche, objektive oder/und subjektive – Handlungsalternativen und ihrer vorgelagerten, antizipativen Formen „eingreifenden Denkens“ (Bertolt Brecht). Auch Bourdieu ging es um jenes „Minimum von Gestaltungsmacht über die Gegenwart“ als Voraussetzung für „jede rationale Vorwegnahme der Zukunft und [...] durchdachtes Bestreben, die Gegenwart unter Bezugnahme auf ein Zukunftsprojekt zu verändern“.²²

Und im Ausblick seines Beitrags gegen Prekarität betonte Bourdieu Ende 1997 zum neuen, auch ethnisch übergreifenden, Exploitationstyp,

21 <http://de.wikipedia.org/wiki/Armut>.

22 Pierre Bourdieu: Prekarität ist überall, in: Ders.: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion, Konstanz 1998, S.96-102, hier S.97f., <http://labournet.eu/diskussion/arbeit/realpolitik/prekaer/bourdieu.pdf>. Original: Pierre Bourdieu: La précarité est aujourd’hui partout [1997], http://scholar.google.de/scholar?q=pierre+bourdieu+precarite&hl=de&as_sdt=0&as_vis=1&oi=scholar&sa=X&ei=_O8VUoC7MYqmhAfNjYgQBw&ved=0CC8QgQMwAA. Weiterführend Richard Albrecht: Zukunftsperspektiven (I): Denkauslöser, Realitäten, planende Kreativität bei Marx, in: Forum Wissenschaft, 23 (2006) 4, S.51f.; Ders.: Zukunftsperspektiven (II): Arbeitslosigkeit – Subjekt- und Realanalyse, in: ebenda, 24 (2007) 1, S.61-63; <http://www.bdwi.de/forum/archiv/archiv/462300.html> <http://www.bdwi.de/forum/archiv/archiv/527598.html>.

zu seiner neoliberalen Ideologisierung und seiner wirksamen Praxis als sozio-destruktiver Flexploitation: „Die von der Prekarität bewirkten *Dispositionen der Unterwerfung* bilden die Voraussetzung für eine immer erfolgreichere Ausbeutung, die auf einer Spaltung zwischen einerseits der immer größer werdenden Gruppe derer, die nicht arbeiten, und andererseits, die immer mehr arbeiten, fußt. Bei dem, was man ständig als ein von den unwandelbaren ‚Naturgesetzen‘ des Gesellschaftlichen regiertes Wirtschaftssystem hinstellt, scheint es sich meines Erachtens in Wirklichkeit vielmehr um eine politische Ordnung zu handeln, die nur mittels der aktiven oder passiven Komplizenschaft der im eigentlichen Sinne politischen Mächte errichtet werden kann. Gegen diese politische Ordnung kann ein politischer Kampf geführt werden. Und er kann sich, ähnlich wie karitative oder militant-karitative Bewegungen, zunächst zum Ziel setzen, die Opfer der Ausbeutung, all die gegenwärtigen oder potentiell Prekarisierten zu ermutigen, gemeinsam gegen die zerstörerischen Kräfte der Prekarität anzugehen (indem man ihnen hilft zu leben, ‚durchzuhalten‘, einen aufrechten Gang und Würde zu bewahren, der Zersetzung und dem Verfall ihres Selbstbildes, der Entfremdung zu widerstehen). Darüber hinaus sollten sie vor allem auch ermutigt werden, sich auf internationaler Ebene, also auf derselben Ebene, auf der auch die Folgen der Prekarisierungspolitik wirksam werden, mit dem Ziel zu mobilisieren, diese Politik zu bekämpfen und die Konkurrenz zu neutralisieren, die sie zwischen den Arbeitenden erzeugen will. Der politische Kampf kann aber auch versuchen, die Arbeitenden der Logik früherer Kämpfe mit ihrer Forderung nach Arbeit oder besseren Arbeitslöhnen zu entreißen, weil sich diese Logik einzig und allein auf die Arbeit versteift und dadurch sozusagen die Ausbeutung (oder *Flexploitation*) zuläßt. An deren Stelle könnte eine Umverteilung der Arbeit (z. B. über eine massive Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf europäischer Ebene) treten, eine Umverteilung, die untrennbar mit einer Neudefinition des Verhältnisses zwischen der Zeit der Produktion und der Zeit der Reproduktion, der Erholung und der Freizeit verknüpft wäre. Eine solche Revolution müßte mit dem Verzicht auf die ausschließlich berechnende und individualistische Sichtweise beginnen, welche den handelnden Menschen auf ein kalkulierendes Wesen reduziert, das nur mit der Lösung von Problemen rein ökonomischer Art im engsten Sinn des Wortes befaßt ist. Damit das Wirtschaftssystem funktionieren kann, müssen die Arbeitenden ihre eigenen Produktions- und Reproduktionsbedingungen, aber auch die Bedingungen für das Funktionieren des Wirtschaftssystems selbst einbringen, angefangen bei ihrem Glauben an das Unternehmen, an die Arbeit, an die

Notwendigkeit der Arbeit usw. All diese Dinge klammern die orthodoxen Ökonomen à priori aus ihren abstrakten und verstümmelten Berechnungen aus und überlassen so die Verantwortung für die Produktion und Reproduktion all der verborgenen, ökonomischen und sozialen Voraussetzungen für das Funktionieren der Wirtschaft, wie sie sie kennen, stillschweigend den Individuen oder paradoxerweise dem Staat, dessen Zerstörung sie im Übrigen predigen.²³

Wer die These des US-amerikanischen Anthropologen Oskar Lewis (1914-1970) ernst nimmt und das in der Metapher „Culture of Poverty“²⁴ aufgespeicherte Sozialsyndrom (von Resignation, Fatalismus, Zukunftslosigkeit²⁵) auf den hoch entwickelten Metropolenkapitalismus, etwa der ganzdeutschen Gegenwartsgesellschaft, bezogen diskutiert, wird die aktuelle Bedeutung des Bourdieuschen Handlungsappells erkennen und zu schätzen wissen: Armut selbst ist leichter aufzuheben als jede aus ihr hervorgehende (und sich ganzdeutsch auch mithilfe von Tafeln²⁶ verfestigende) „Kultur der Armut“ mit ihren gesellschaftlichen Zuständen.

23 Bourdieu, Prekarität, S.101f.

24 Siehe Oscar Lewis: *The Children of Sánchez, Autobiography of a Mexican Family*, New York 1961; Ders.: *The Culture of Poverty* [1966], in: Ders.: *Anthropological Essays*, New York 1970, S.67-80.

25 Siehe Marie Jahoda [u.a.]: *Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langdauernder Arbeitslosigkeit* [1933], Frankfurt/Main 41982.

26 Siehe Stephan Selke (Hrsg.): *Kritik der Tafeln in Deutschland. Standortbestimmungen zu einem ambivalenten sozialen Phänomen*, Wiesbaden 2010; Stephan Lorenz: *Tafeln im flexiblen Überfluss. Ambivalenzen sozialen und ökologischen Engagements*, Bielefeld 2012.

„Material für die berühmte Spaltung innerhalb der Partei“.
Die „Sozialistischen Monatshefte“ als Blatt der Revisionisten
in der SPD 1912

Andreas Morgenstern

Die „Sozialistischen Monatshefte“ gelten als eines der bedeutendsten revisionistischen Sprachrohre aus dem Umfeld der Sozialdemokratie des Deutschen Kaiserreichs.¹ Gegen die von den „Monatsheften“ vertretene politische Linie polemisierte auf dem SPD-Parteitag 1902 der Delegierte Emanuel Wurm, Redakteur der „Neuen Zeit“, man erwarte „in jeder Nummer der ‚Sozialistischen Monatshefte‘ irgend etwas zu finden, was Material für die berühmte Spaltung innerhalb der Partei bieten könnte“. Mochten diese Worte nach dem Protokoll auch für allgemeine Heiterkeit gesorgt haben,² beinhaltet das Urteil vor allem die Aussage, die „Monatshefte“ seien das Sprachrohr des Revisionismus gewesen. Das sollte insbesondere auf dem Einfluss Eduard Bernsteins basieren, der vor dem Ersten Weltkrieg regelmäßig in den „Monatsheften“ publizierte und das breite Themenfeld des Blattes mitprägte. So verbreitet dieser Befund ist, sollte er doch einer Prüfung unterzogen und gefragt werden: Wirkten die „Monatshefte“ tatsächlich als Sammlungsorgan und im Anschluss als Sprachrohr des Revisionismus? Vertraten sie einen diametral anderen Politikanatz als die innerparteiliche Linke, die an der These einer gesetzmäßigen weiteren Zuspitzung des Konflikts zwischen Arbeit und Kapital festhielt?³ Wie fern standen die „Monatshefte“ der Mitte der SPD, die oftmals die Reformunfähigkeit des Reichs auf sein ungerechtes Wahlsystem und die beschränkte Verantwortlichkeit der Reichsregierung gegenüber dem Parlament zurückführte? Anders ausgedrückt: Traten die „Sozialistischen Monatshefte“ in der Tat für die Anerkennung einer Reformfähigkeit von Gesellschaft, Ökonomie und Politik des Kaiserreichs ein? Von der parteistra-

1 Siehe Shlomo Na’Aman: The beginnings of historical animosity between Marxism and Zionism, in: Haim Shamir (Hrsg.): France and Germany in an Age of Crises, 1900-1960: studies in memory of Charles Bloch, Leiden u. a. 1990, S.356-401, hier S.383.

2 Siehe Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in München 1902, S.263.

3 Siehe u. a. Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution? Mit einem Anhang: Miliz und Militarismus, Leipzig 1899.

tegischen Warte aus bedeutete dies „eine Taktik, die sich Vorsicht und Zurückhaltung auferlegte und sich im legal-parlamentarischen Raum hielt“⁴ – eine Adaption der Strategie aus der Zeit der Sozialistengesetze.

Die Beantwortung dieser Fragen verspricht aufzuzeigen, wie tief greifend zumindest Teile der Sozialdemokratie bereit waren, sich Bündnissen mit dem (linken) bürgerlichen Spektrum zu öffnen. Nur wenn eine ausreichende Zahl von Sozialdemokraten bereit war, solche Bündnisse zu unterstützen, hatte die SPD vor dem Ersten Weltkrieg tatsächlich eine Chance, einen reformerischen Wandel aus eigener Kraft wenigstens zu erhoffen, um ihn dann auch tatsächlich durchsetzen zu können. Der Publizistik kam hier eine wichtige Funktion zu. Andernfalls blieb bei dem tiefen Misstrauen zwischen Arbeiterpartei und Bürgerlichen nur der Weg über den politisch-gesellschaftlichen Umbruch.

Die Beantwortung der gestellten Frage erfordert zunächst, die Vorstellungen der Revisionisten noch einmal knapp in Erinnerung zu bringen. Seit 1896 schwelte in der SPD die sogenannte Revisionismusdebatte. Während der theoretische Marxismus bis dahin zwingend von einer Ablösung des kapitalistischen Systems durch die soziale Revolution ausgegangen war, entwickelte sich eine diametral entgegengesetzte Position, die einen tief greifenden Wandel auf dem Weg von Reformen auf allen Ebenen zu erreichen trachtete und die vor allem mit Eduard Bernstein verbunden war. Grundsätzlich bedeutete dieser Unterschied, dass die Letzteren den herrschenden kapitalistischen Verhältnissen des Kaiserreichs die Fähigkeit zu Selbstreformierung zuschrieben, während die Ersteren dies verneinten. Nur die Revisionisten konnten so in Bündnissen mit Bürgerlichen einen eigenen Wert als Wegmarke sehen. Für ihre Gegner legitimierten Kooperationen lediglich ein System nachträglich, das keine Spur Legitimität besaß. Bekanntlich unterstützte diese Position nicht nur die innerparteiliche Linke, sondern auch die Mitte der SPD mit Persönlichkeiten wie Karl Kautsky und dem Vorsitzenden August Bebel.⁵

Es unterliegt keinem Zweifel, dass die revisionistischen Positionen in den „Sozialistischen Monatsheften“ nachgewiesen werden können, da wie erwähnt beispielsweise Eduard Bernstein regelmäßig in den Heften schrieb. Zu klären ist indes, ob es sich bei solchen Äußerungen um Einzel-

4 Ursula Ratz: Arbeiteremanzipation zwischen Karl Marx und Lujo Brentano. Studien zur Arbeiterbewegung und der Bürgerlichen Sozialreform in Deutschland, Berlin 1997, S.164.

5 Karl Kautskys Replik auf Bernsteins Buch „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“ (Stuttgart 1899) erschien unter dem Titel „Bernstein und das Sozialdemokratische Programm: Eine Antikritik“ (Stuttgart 1899).

meinungen handelte oder ob sich diese durch die Mehrzahl der Beiträge zogen und so die Linie der „Sozialistischen Monatshefte“ bestimmten.

Eine solche Untersuchung kann in diesem Rahmen nur für eine eingegrenzte Zeit und bestimmte Themenfelder erfolgen. Ausgewählt wurde das erste Halbjahr 1912.⁶ Hinsichtlich der Innenpolitik konzentriert sich die Darstellung auf die Bündnisfrage, während außenpolitisch die Verwicklungen mit den westlichen Großmächten England und Frankreich im Gefolge der zweiten Marokko-Krise 1911 im Blickfeld stehen. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges stellte sich die Frage nach der Kompromissfähigkeit der herrschenden kapitalistischen Klasse untereinander, aber auch der gegenseitigen Solidarität der internationalen Arbeiterbewegung. Einen weiteren Aspekt zur SPD-internen Charakterisierung der „Monatshefte“ liefert schließlich der auch in der Zeitschrift geführte Disput um Gerhard Hildebrand. An diesem Fall lässt sich exemplarisch aufzeigen, wie sich SPD und „Sozialistische Monatshefte“ mit einem innerparteilich umstrittenen Theoretiker auseinandersetzten. Da die „Monatshefte“ nach ihrem eigenen Verständnis ein offenes Organ waren, mussten sie Hildebrand ein Forum geben. Aber teilten und unterstützten sie seine (Minderheits-)Position oder tolerierten sie diese lediglich?

SPD in den Parlamenten

Zu Beginn des Jahres 1912 gewann die SPD bei den Reichstagswahlen 110 Mandate (ein Plus von 57 Sitzen), das bis dahin beste Ergebnis ihrer Geschichte. Eine Mehrheitsbildung im Parlament gegen die Sozialdemokratie war erschwert, deren Bündnisfähigkeit dementsprechend gefordert.

Vom daraus resultierenden gewachsenen Selbstbewusstsein ebenso wie von der Orientierung auf Bündnisfähigkeit, ja Bündnisnotwendigkeit zeugt bereits der erste Beitrag des neuen Jahres in den „Monatsheften“. Darin erklärte Leo Arons angesichts des sich nach dem zweiten Wahlgang abzeichnenden Wahlerfolgs: „Die politische Reife des liberalen Bürgertums in Deutschland wird sich daran messen lassen, wie es die von der Sozialdemokratie gebotene Gelegenheit ausnutzt [...] Nicht um den Umsturz handelt es sich in diesen Tagen, sondern um den ersten Schritt zu einer freiheitlichen Entwicklung.“⁷ Arons stammte aus bürgerlichen Ver-

⁶ Anders als die Bezeichnung „Monatshefte“ vermuten lässt, erschien die Zeitschrift damals im 14-Tages-Rhythmus.

⁷ Leo Arons: Die Bedeutung der Stichwahlen zum Reichstag 1912, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 1, S.3-5, hier S.4f.

hältnissen, hatte aber 1900 aufgrund seines politischen Engagements seinen universitären Arbeitsplatz verloren. Seine Botschaft sandte er nach zwei Seiten aus. Von seinen oftmals niedergedrückten, nun offensichtlich erfolgreichen Genossen forderte er Verantwortungsbewusstsein ein, das gleiche Verantwortungsbewusstsein verlangte er aber auch von den bürgerlichen Schichten, die die SPD nicht fundamental ablehnten. Mit dem letzten Satz sollte bürgerlichen Wählern die Angst vor den als „Revolutionäre“ verschrienen Genossen genommen werden. Es würde eben keinen abrupten Umsturz, sondern „nur“ einen Schritt in einem evolutionären Wandel geben.

Doch wo konnte ein solcher Wandel stattfinden? Als Ort dafür wurden – angesichts der inzwischen zahlenmäßig starken Vertretungen der SPD – der Reichstag und die Landtage ausgemacht. Auf den Punkt brachte dies Hugo Lindemann: Mandate seien sogar noch wichtiger als die eigentliche Stimmenzahl in den Wahlen.⁸ Erklärlich wird dies auch aus seiner eigenen Biografie. Im Vorjahr 1911 hatte er den Stuhl des Stuttgarter Oberbürgermeisters nur um Haaresbreite verpasst und somit auf einem entscheidenden Posten ein Sozialdemokrat beinahe den Weg durch die Institutionen erfolgreich abgeschlossen. Das kaiserliche System bot also scheinbar Möglichkeiten, die es nun zu nutzen galt. Nicht die mehr oder minder organisierte Masse der Parteibasis und -wähler brächte den Wandel voran, sondern die Arbeit der Abgeordneten in den Gremien. Beschleunigen würde dies auch den ohnehin bereits eingeschlagenen sozialistischen Weg des Reichs.⁹ Als Beispiel für diesen recht befremdlichen Befund in einer noch sehr obrigkeitstaatlich geführten Monarchie führte Lindemann an: Die Energiewirtschaft sei bereits reif für die Sozialisierung. Gerieten dagegen unreife SPD-Revolutionäre in die Vorderhand, brächte ihr von vornherein zum Scheitern verurteilter Revolutionsversuch einen empfindlichen Rückschlag.¹⁰ Stattdessen waren die Erfolge der SPD-Parlamentarier für Lindemann ein Beleg für die These, dass das Kaiserreich bereits auf dem Weg in den Sozialismus sei. Hier würde nicht einfach geredet, in den Gremien würde gehandelt. Zugleich implizierte dieser Befund aber auch, dass ein Grundvertrauen der übrigen Parlamentarier in die Sozialdemokratie, oder zumindest bestimmte Teile von ihr, vorhanden sein musste.

Das heißt jedoch nicht, dass sich die „Monatshefte“ mit dem System insgesamt arrangiert hätten. Symptomatisch für viele Autoren versprach

8 Siehe Hugo Lindemann: *Aufbauender Sozialismus*, in: ebenda, S.24-30, hier S.26.

9 Siehe ebenda, S.27.

10 Siehe ebenda, S.30.

Conrad Schmidt, Wirtschaftswissenschaftler und Bruder von Käthe Kollwitz, der historische Materialismus nach Karl Marx sei und bleibe das Vorbild¹¹ auch der Parlamentarier, die unverändert Sinn für die Notwendigkeit des Klassenkampfes aufbrächten. Die angestrebten Sozialisierungsmaßnahmen, so wichtige Wegmarken sie im Einzelnen auch seien, stellten doch nichts anderes dar als Etappen im Klassenkampf, und auch Marx „galt der geschichtliche Prozeß als ein Prozeß“.¹² Klassenkampf wurde als Aufeinanderfolge einzelner Auseinandersetzungen angesehen, durch die sich „ein allmählicher Fortschritt zum Vollkommeneren, zu einer Ordnung durchsetzt, in der die Menschheit alle ihre Anlagen in Freiheit wird entwickeln können“.¹³ Einzelne Maßnahmen wurden zu Schritten auf dem Weg zu einer fundamentalen Veränderung der Gesellschaftsverhältnisse geädelt.

Die Sozialdemokratie des Kaiserreichs hatte sich durchaus nicht mit der Monarchie versöhnt. Die unterschiedlichen Flügel unterschieden sich eher in den Mitteln als im Ziel hin zum sozialistischen Zukunftsstaat. Erklärlich wird dies durch einen im Grunde ungebrochenen Optimismus. Conrad Schmidt betonte die evolutionäre Entwicklung der Menschheit, der sich die gesellschaftliche Entwicklung automatisch anschließe.¹⁴ Gefördert werde dies noch durch den Umstand, dass die SPD die junge Zukunftspartei par excellence sei, die, allen Hindernissen und temporären Rückschlägen zum Trotz, im Laufe der Zeit gemeinsam mit der liberalen Deutschen Fortschrittspartei und sogar den Nationalliberalen eine Reformmehrheit bilden würde. Die Bürgerlichen seien zwar unzuverlässig, doch, so Max Schippel, spiele die Zeit für die Sozialdemokratie und ihre Vorstellungen.¹⁵ Diese These mag überraschen, doch hatte ihr Verfasser, ein sächsischer Gewerkschaftsfunktionär und langjähriger Reichstagsabgeordneter, erlebt, dass die Sozialdemokraten inzwischen nicht mehr als die Reichsfeinde früherer Jahrzehnte galten, obwohl viele von ihnen angestrebte Veränderungen unerfüllt geblieben waren. Gefordert wurde die Öffnung gegenüber Wählern jenseits der Arbeiterschaft. Doch selbst für die Arbeiterschaft konstatierte Eduard Bernstein durch den Verzicht

11 Siehe Conrad Schmidt: Sozialwissenschaften, Geschichtsphilosophie (Rundschau), in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 1, S.63-67, hier S.66.

12 Ebenda, S.67.

13 Ebenda.

14 Siehe ebenda, S.63.

15 Siehe Max Schippel: Die Reichstagswahlen, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 2, S.75-81.

auf dogmatische Festlegungen eine höhere Zustimmung zur Sozialdemokratie.¹⁶ So und nur durch diesen Reformismus sei der Sozialismus für die Mehrheit der Bevölkerung ein attraktives Angebot.¹⁷ Die Autoren der „Monatshefte“ verkannten die Verharrungskräfte in den bürgerlichen Parteien nicht, setzten diesen aber die immer weiter wachsenden Kräfte der Zukunft entgegen.

Mit eben diesen Verharrungskräften, zumindest aber mit den die Verharrungskräfte nicht entschieden stützenden Parteien, den Fortschrittlichen und den Nationalliberalen, wollten, ja mussten diese Sozialdemokraten aber kooperieren. Auf die Probe gestellt wurde dies bei den Anfang 1912 anstehenden Neuwahlen des bayerischen Landtags. Dort hielt die katholische Zentrumspartei eine klare absolute Mehrheit, die nur durch die Zusammenarbeit aller anderen Gruppierungen gebrochen werden konnte. Die SPD stellte sich dieser Allianz zur Verfügung, werde sie doch, so die selbstbewusste Aussage von Eduard Bernstein, bei den Wählern und in den Parlamenten inzwischen als sehr wichtig genommen.¹⁸ Das Erreichen der eigenen, weitgreifenden Ziele sei so durchaus nicht mehr utopisch, hätten doch selbst Marx und Engels der Arbeit in den Gremien ihren eigenen Wert zugesprochen, auch wenn sich die Partei der Arbeiterklasse selbstverständlich nicht allein darauf beschränken dürfe: „So scharf diese Denker den Parlamentarismus kritisierten, haben sie es doch stets für richtig gehalten, daß die Arbeiterpartei sich eine möglichst starke Position im Parlament zu sichern suchte.“¹⁹ Darüber hinaus sahen sich die Genossen hinsichtlich des Zentrums zum Kampf gegen die klerikale Partei aufgefordert, die von der Sozialdemokratie härter als die anderen bürgerlichen Konkurrenten angefasst wurde. August Erdmann warf dem Zentrum für Köln gar eine „wahre Gewaltherrschaft“ in der Besetzung der Gemeindeämter und „Terrorismus“ vor, ohne diese Brachialvorwürfe näher zu erklären.²⁰ Doch selbst in dieser Situation sei ein geduldiger Kampf gegen die Reaktion auf der Tagesordnung.²¹ Der Glaube an

16 Siehe Eduard Bernstein: Bedeutung und Aufgaben des Sieges, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 3, S.141-147, hier S.142.

17 Siehe Wilhelm Schröder: Lehrjahre der Partei, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 2, S.81-84, hier S.84.

18 Siehe Bernstein, Bedeutung, S.142.

19 Ebenda, S.142f.

20 Siehe August Erdmann: Das Zentrum nach den Wahlen, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 3, S.150-154, hier S.153.

21 Siehe ebenda, S.154.

die Reformierbarkeit des Systems und den bevorstehenden Triumph der eigenen Ideen war unbezungen.

Das heißt aber nicht, dass der Glaube an die Veränderungsmacht in und über die Parlamente uneingeschränkt war. Gerade im für die Sozialdemokratie so wichtigen sozialpolitischen Bereich blieben reale Erfolge ein Mangel. Da auch die umworbenen Liberalen sich hier Reformen verschlossen, blieb für August Erdmann nichts anderes als der harte Arbeitskampf, denn „in der Sozialpolitik wird man gut tun keinen Umschwung zu erwarten [...] Im Kampf um die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiterklasse wird die gewerkschaftliche Organisation nach wie vor von ausschlaggebender Bedeutung sein. Hier muß also die Arbeiterschaft mit den wirtschaftlichen Kampfmitteln das zu erreichen suchen, was die Gesetzgebung ihr versagt.“²² Vorstellungen, ein sozialreformerisches Programm mittels der Parlamente realisieren zu können, und Ideale einer weitgehenden Kooperation mit bürgerlichen Parteien waren fern der Realität in einer, in vielleicht der Grundfrage der Arbeiterbewegung. Wie sollte ohne spürbare und belastbare Verbesserung der sozialen Lage die gewollte gesellschaftliche Emanzipation gelingen? An einem entscheidenden Punkt hatte die Reformagenda keine Basis für eine Mehrheit – und dem Autor war dies bewusst. Erdmann konstatierte mit Bezug auf die eigentlich gewonnenen Wahlen zu Reichstag und bayerischem Landtag: „Aber die Vorgänge des Januar und Februar haben doch die Besiegbarkeit der Reaktion im Reich wie in den Einzelländern ergeben. Der erste Ansturm genügte nicht. Nun gut, bereiten wir den zweiten und, wenn auch der nicht hinreichen sollte, den dritten vor.“²³

Dennoch konnte man in den „Monatsheften“ auch von weitreichenden Reformplänen innerhalb des präferierten parlamentarischen Systems lesen. Gefordert wurde das „imperative Mandat“,²⁴ um einen „Staatssozialismus“ zu befördern.²⁵ Derlei „Welteroberung“²⁶ verlange

22 Ebenda, S.153; ebenso Robert Schmidt: Die Sozialpolitik im neuen Reichstag, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 3, S.154-157.

23 Erdmann, Zentrum, S.154.

24 Siehe Gertrud David: Genossenschaftsbewegung (Rundschau), in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 3, S.184.

25 Wilhelm Schröder: Staatssozialismus, Lohnämter (Rundschau), in: ebenda, S.187f., hier S.187.

26 Franz Scheffel: Ist die Sabotage ein gewerkschaftliches Kampfmittel?, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 4, S. 239-241, hier S.241.

aber die Einhaltung fester theoretischer Vorgaben. Schließlich erzeuge Wandel wiederum Wandel, eine Dynamik der Veränderung.²⁷

Die „Welteroberung“ fand für Ludwig Quessel, auch er veröffentlichte regelmäßig in den „Monatsheften“, sehr rasch ihre Grenzen. So verwies er darauf, dass der Reichstag erst der Monarchie zu verdanken sei. „Man sollte nicht vergessen, daß auch der deutsche Reichstag historisch eine von der Monarchie ins Leben gerufene Institution ist.“²⁸ Und weiter: „Sobald in einem Staat das parlamentarische Regierungssystem einmal durchgeführt ist, ist aber auch durch den Gang der historischen Entwicklung der prinzipielle Gegensatz zwischen Monarchie und Republik endgültig aufgehoben.“²⁹ Verantwortliche und verlässliche Politik führe auf diesem Weg voran. Allerdings sei ein solches parlamentarisches System in Deutschland längst noch nicht eingeführt. Letztlich wurden nach Erdmann die von ihm unbestrittenen parlamentarischen Erfolge erst als Gabe der althergebrachten Machthaber möglich – die SPD, welche unbedingt über die Parlamente Reformen anstoßen sollte, mutierte so zu einer quasi kaiserlich-parlamentarischen deutschen (Sozial-)Demokratie.³⁰ Dass die Perspektive für Veränderungen immer weiter nach hinten rückte, überrascht da wenig.

Mitten in der Diskussion um eine engere Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokratie und Bürgerlichen verlangte Edmund Fischer, dass die Sozialdemokratie für eine Koalition mit den etablierten Mächten zunächst selbst den Status quo anerkennen müsse. Durch Kooperation und den angestoßenen und begleiteten Wandel der Gesellschaft sei der Sozialismus zu erreichen, das Gerede von Revolutionen habe noch keine Regierungsverantwortung erzeugt. Allerdings schränkte Fischer den Wert einer solchen Kooperation selbst ein, erwartete er doch, dass der Wandel mehrere Generationen andauern würde.³¹ Auch wurde erneut die Frage nicht beantwortet, wie dieser Wandel in und durch die Gesellschaft tatsächlich voran gebracht werden könnte. Die Hoffnungen blieben vage und durch den Verweis auf ihre in eine ferne Zukunft verschobene Perspektive illu-

27 Paul Kampffmeyer: Ziele und Mittel der sozialdemokratischen Agitation, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 4, S.234-239, hier S.238.

28 Siehe Ludwig Quessel: Sozialdemokratie und Monarchie, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 5, S.271-275, hier S.275.

29 Ebenda, S.273.

30 Siehe ebenda, S.275.

31 Siehe Edmund Fischer: Sozialdemokratie und Regierungsgewalt, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 5, S.275-280, hier S.279, 277.

sionär. Der eigentlich unterstützten Zusammenarbeit wurde so der praktische Wert genommen, durften doch kaum tatsächliche Verbesserungen erwartet werden, lediglich die Aufweichung der ideologischen Distanz, das Abbauen traditioneller Feindbilder war so zu erreichen. Doch dämpften die „Monatshefte“ anschließend selbst ihre Hoffnungen und Erwartungen. Zunächst war es Max Schippel, der die oft angenommene strukturelle linke Reichstagsmehrheit (SPD und liberale Parteien) wegen der zahlreichen ungelösten Streitfragen abhakte.³² Dann erteilte der eben noch die Reichstagsbildung der Monarchie zuschreibende Quessel jeglichen Veränderungserwartungen aus dem Parlament heraus eine Absage, sei das Reich doch nicht demokratisch regiert, da hinter der Reichsregierung eben keine Mehrheit der Abgeordneten stünde.³³ Die Aussage war letztlich die Kehrseite des kaiserlichen Einflusses auf die Parlamentsbildung, auf den er früher verwiesen hatte. Wenn der Reichstag seine Existenz der Monarchie verdanke, dann zahlte das Parlament eben den Preis, auf wirkliche Gestaltungs- oder Kontrollfunktionen verzichten zu müssen. Wie sollten dann aber die Reformen angestoßen werden? Auch diese Frage blieb unbeantwortet.

Trotzdem herrschte ungebrochener Optimismus, nicht allein hinsichtlich der sozialistischen Vision, sondern auch im innerparteilichen Wettbewerb mit den Parteilinken. Bernstein reklamierte die Relevanz des Revisionismus. „Dessen Lebenskraft braucht nicht erst bewiesen zu werden. Er ist nach allen literarischen und sonstigen Einsargungen immer nur kräftiger in die Erscheinung getreten.“³⁴ Mut gaben auch die Blicke in die sozialdemokratische Lebenswelt anderer Länder, denen die „Monatshefte“ Raum gaben. Das führende Mitglied der niederländischen Sozialdemokraten Hendrik Spiekman konnte von einer erfolgreichen Programmdiskussion berichten, ohne dass die Parteirechten einen dogmatischen Marxismus mit der Akzeptanz der „Verelendungstheorie“ hätten schlucken müssen.³⁵ Im nordwestlichen Nachbarland war so der Weg frei für einen

32 Siehe Max Schippel: Politik, Finanz- und Wehrvorlagen (Rundschau), in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 6, S.369f., hier S.369; ebenso Eduard Bernstein: Vom Parlament und vom Parlamentarismus, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 11, S.650-656, hier S.653.

33 Siehe Ludwig Quessel: Zerstörung der linken Mehrheit?: zum nationalliberalen Parteitag, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 8, S.463-469, hier S.464.

34 Eduard Bernstein: Politische Schwarzmalerei, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 9, S.538-544, hier S.539.

35 Siehe Hendrik Spiekman: Das neue Programm der holländischen Sozialdemokratie, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 10, S.589-594, hier S.594.

reformistischen Weg, wie ihn die Revisionisten auch für Deutschland anstrebten. Quasi als „Friedensangebot“ für die als revolutionär gesinnt bekämpften innerparteilichen Gegner schloss Eduard Bernstein die Diskussion für das erste Halbjahr 1912 mit der These ab, der Befreiungskampf der Arbeiterklasse habe in den Parlamenten seinen Platz gefunden, da diese selbst die evolutionäre Form der Revolution darstellten.³⁶

Disput um Hildebrand

Sollte und konnte eine Volkswirtschaft vollständig vergesellschaftet werden? Gab es nicht insbesondere im landwirtschaftlichen Sektor zu massive Beharrungsgründe, die dies ausschlossen und so einer sozialistischen Gesellschaft Grenzen verliehen? Diese Fragen stellte sich der junge sozialdemokratische Journalist Gerhard Hildebrand aus Solingen in seinem 1910 erschienenen Band „Die Erschütterung der Industriegherrschaft und des Industriesozialismus“.³⁷ In seinem Ortsverband schrillten daraufhin die Alarmglocken. War seine Einstellung noch vereinbar mit einer Mitgliedschaft in der Parteiorganisation, wenn er grundlegende Ziele der SPD augenscheinlich nicht teilte? Erschien dies zunächst als Kampf eines Einzelnen gegen eine ganze Funktionärsschicht, boten sich die „Sozialistischen Monatshefte“ zur Diskussion seiner Thesen an. Für die Zeitschrift war ein Grundelement für ihre Existenzberechtigung, Plattform divergierender Positionen unter dem Dach der Sozialdemokratie zu sein. War sie aber für alle Mitglieder da, dann konnte aus einer persönlichen Äußerung Hildebrands nicht auf die Einstellung der „Sozialistischen Monatshefte“ insgesamt geschlossen werden. Boten sie gerade deshalb Raum, weil sie meinten, die Sozialdemokratie müsse ganz unterschiedliche, sich teilweise widersprechende Vorstellungen und Ziele aushalten können? Waren die „Monatshefte“ aber Vertreter und nicht nur Plattform solcher Positionen?

Gerhard Hildebrand durfte sich unter dem Titel „Wegen groben Verstoßes gegen Grundsätze des Parteiprogramms“ in den „Monatsheften“ äußern. An dieser Stelle sollen nicht in erster Linie seine inhaltlichen Auffassungen interessieren, sondern die Argumentationskette, mit der er und andere sich in den „Monatsheften“ gegen einen Maulkorb für Parteimitglieder wandten. Zunächst trennte Hildebrand zwischen der politischen

36 Siehe Bernstein, Parlament, S.656.

37 Gerhard Hildebrand: Die Erschütterung der Industriegherrschaft und des Industriesozialismus, Jena 1910.

und der ökonomischen Ebene.³⁸ Er habe sich lediglich mit Letzterer auseinandergesetzt. Der SPD drohe, durch ideologischen Doktrinarismus nicht nur in wirtschaftlichen Fragen den Anschluss zu verlieren, sondern auch politisch in einem selbstgezimmernten Theoriengebäude zu erstarren. Das Verabsolutieren einer Ideologie koste die Partei ihre Bewegungsfreiheit und am Ende ihre Basis für die eigene Weiterentwicklung.³⁹

Nachdem Hildebrand angesichts des ihm für solche Thesen drohenden Parteiausschlusses ausbleibende Meinungsfreiheit in der SPD anprangerte, stützten ihn verschiedene Autoren der „Monatshefte“. Wolfgang Heine sprach von einem „Glaubensgericht“⁴⁰ in mittelalterlicher Tradition gegen Hildebrand. Stattdessen müsse die grundlegende Offenheit von Wissenschaft, wie sie der angegriffene Solinger für sich beanspruche, auch innerhalb der Partei gesichert werden. Mit den Thesen Hildebrands selbst setzte sich Heine bewusst nicht auseinander, gestand er doch gleich zu Beginn, er sei in den ökonomischen Fragen kein Experte und habe das Buch Hildebrands auch nur angelesen. Im Fokus stand Meinungsfreiheit als Wert an sich, nicht die Unterstützung einer bestimmten Meinung. Jenseits konkreter Inhalte waren Hildebrand und sein drohender Ausschluss zu einem Symbol avanciert.

In die gleiche Kerbe wie Heine schlug Paul Kampffmeyer: „Die Wissenschaft darf eben niemals vor der Heiligkeit irgendeines Parteigrundsatzes demutsvoll in die Knie sinken.“⁴¹ Auch er erhob den Konflikt auf eine quasi religiöse Ebene, verhielten sich die Gegner innerparteilicher Meinungsvielfalt doch geradezu pharisäerhaft. Ein Grund für die entschiedene Parteinahme für Hildebrand lag sicherlich in der Selbstpositionierung der „Sozialistischen Monatshefte“ innerhalb der SPD. Sie hatten selbst die Zurückweisung ihres Anspruchs auf Gleichrangigkeit mit der „Neuen Zeit“ erleben müssen und nahmen in der Partei nur eine Randposition ein.⁴² Warnung vor der drohenden Gefahr der Tyrannei (Eduard

38 Siehe Ders.: Wegen groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 9, S.523-531, hier S.524.

39 Siehe ebenda, S.529.

40 Wolfgang Heine: Autodafé, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 9, S.531-538, hier S.531.

41 Paul Kampffmeyer: Meinungsfreiheit innerhalb der Partei, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 10, S.599-605, hier S.602.

42 Siehe ebenda, S.604f. So kann es auch nicht verwundern, dass Kampffmeyer noch eine Spitze gegen das Parteiorgan „Vorwärts“ losließ, dieses ermögliche lediglich unfruchtbare Kritik.

Bernstein)⁴³ und die Voraussage des Verlusts der politischen Heimat vieler Sozialdemokraten (Edmund Fischer)⁴⁴ waren weitere Grundaussagen, mit denen Hildebrand in den „Monatsheften“ auch noch nach seinem tatsächlich vollzogenen Parteausschluss verteidigt wurde. Gerade mit der These Fischers hofften die Autoren der „Monatshefte“ auf Verständnis. Sie argumentierten, der Einzelne sei nur in begrenztem Maße frei in seiner Entscheidung über den Anschluss an die Arbeiterklasse und deren Partei. Stattdessen bestimme vielfach die soziale Herkunft den politischen Weg. Stoße die Partei ein nicht immer mit deren Hauptlinie übereinstimmendes Mitglied aus, jage sie dieses fort aus seiner natürlichen politischen Umgebung. Die Partei sei „eben keine Sekte mehr“, sondern auf dem Weg, „einen Staat im Staate: die werdende neue Gesellschaft, die sich in die alte hineinschiebt, vorwärts, aufwärts strebend, bis sie selbst die Gesellschaft geworden ist“ zu bilden.⁴⁵ Dann aber müsse sie die entstehende Heterogenität aushalten und nutzen, nicht aber den einzelnen Abweichler mit Ausschluss abstrafen.

Schließlich durfte sich Hildebrand noch einmal selbst zu Wort melden. Er nutzte die Plattform der „Monatshefte“, seine Position inhaltlich zu untermauern. So betonte er, dass der Kapitalismus durchaus nicht am Absterben sei und deshalb gerade auch die Arbeiterklasse Grenzen brauche.⁴⁶ Ein allgemeines Absterben, ein Verschmelzen der Klassen werde nicht stattfinden. Daher müsse die Sozialdemokratie auch das Bürgertum ansprechen, um neue Allianzen zu schmieden. Hildebrand bewegte sich so auf der Linie der „Sozialistischen Monatshefte“. Er fundierte sie gar mit einer Aussage, die geradezu als Sinnbild des Revisionismus dienen konnte: „Das sittliche (meinetwegen das energetische) Ideal ist die Entwicklung in gerader Linie, nicht die Entwicklung in Gegensätzen. Eine politische Partei, die grundsätzlich nur die Möglichkeit der Entwicklung in Gegensätzen anerkennt (seien es nationale, seien es Klassegegensätze), würde damit grundsätzlich den Gedanken einer allumfassenden, sittlich und intellektuell einheitlichen menschlichen Vernunft aufgeben.“⁴⁷ Gefordert sei pragmatisches Handeln, denn nur dieses bringe die Gesellschaft

43 Siehe Bernstein, Parlament, S.656.

44 Siehe Edmund Fischer: Parteijustiz, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 11, S.656-661, hier S.660.

45 Ebenda.

46 Siehe Gerhard Hildebrand: Die Entfaltung der Produktivkräfte als Angelpunkt sozialdemokratischer Politik, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 11, S.661-675, hier S.666.

47 Ebenda, S.661.

voran auf dem Weg zum utopisch erscheinenden Ziel.⁴⁸Verteidigung und praktischer Kampf eines aus der Partei Ausgeschlossenen gingen in dieser Debatte Hand in Hand mit der weiteren Ausarbeitung der Theorie des Revisionismus. Die „Monatshefte“ fungierten als Stachel im Fleisch der SPD, gerade weil sie sich nicht auf die Ebene der inhaltlichen Diskussion um die Aussagen Hildebrands begaben. Sie verteidigten entsprechend ihrer Grundposition Meinungsfreiheit und innerparteilichen Pluralismus an sich.

Außenpolitische Konfliktlinien

In welch schwerem Gewässer sich die deutsche Außenpolitik befand, darüber konnte bei den Lesern der „Sozialistischen Monatshefte“ kein Zweifel bestehen. So konstatierte der aufrüttelnde Beitrag „Die Weltherrschaft der Angstneurose“: „Dem Krieg fehlt der Anlaß, der Friedenszuversicht nach wie vor die entgegenkommende Stimmung des französischen Volkes. Sie fehlt dem Frieden bereits 42 Jahre, gleichwohl sind diese 42 Jahre die längste Periode der Waffenruhe, die über Mitteleuropa je gewaltet hat. Das Bewußtsein der Kräftegleichheit hält die Schwerter in der Scheide. Doch ein äußerer Anlaß könnte das nie erloschene Revanchegefühl in Taten aufflammen lassen. Welche französische Regierung vermöchte den Frieden am Rhein zu behaupten, wenn England seine Flotten gegen Hamburg aussendet und die Landung eines englischen Hilfskorps zu einem konkreten Anerbieten wird?“⁴⁹ Das deutsche „Gespenst“ triebe den Nachbarn den Angstschweiß in die Stirn und habe Großbritannien in die komfortable Rolle eines Schiedsrichters zwischen den beiden Streithähnen links und rechts des Rheins gebracht. Doch eine kritische Auseinandersetzung mit der deutschen Haltung während der Marokkokrise – vergeblich hatte die kaiserliche Flotte eigene Ansprüche durchsetzen wollen, dabei aber polternd Größe demonstriert – durch den Autor Karl Leuthner blieb aus. Die hauptsächliche Verantwortung für die schwierige internationale Situation wurde vor allem bei den anderen Staaten abgeladen und, da zwischen Staat und Menschen nicht unterschieden wurde, beim gesamten französischen Volk, also auch den Arbeitern und ihrer Bewegung.

Die Argumentation, dass Deutschlands Regierende ihre eigenen Aufrüstungsbestrebungen mit der antideutschen Stimmung in Frankreich be-

48 Siehe ebenda, S.664.

49 Karl Leuthner: Die Weltherrschaft der Angstneurose, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 1, S.6-13, hier S.6f.

gründen konnten, klang bei dem „Monatshefte“-Autor zumindest partiell an. Davon zeugt Leuthners recht unkritische Wiedergabe der vom Alldeutschen Verband unterstützten Thesen Friedrich von Bernhardt,⁵⁰ welcher die französische Erbfeindschaft betonte, zugleich aber eine allgemeine antideutsche Allianz ausschloss.⁵¹ England warf Leuthner aggressives Verhalten aufgrund seiner irrationalen Invasionsfurcht vor, und Frankreich blieb seiner Meinung nach trotz der Einigung mit dem Reich in der Marokkokrise kriegslustig. Er steigerte sich gar in die Aussage hinein, praktisch jeder Franzose sei militarisiert und überall herrsche ein gallisches Überlegenheitsgefühl.⁵² Furcht vor einem kriegerischen Zusammenprall vermochten diese Worte nicht zu nehmen. Im Gegenteil mussten sie die der anderen Seite vorgeworfene Angstneurose in Deutschland eigentlich schüren. Nicht zuletzt konterkarierte dies jede Hoffnung oder gar Erwartung einer internationalen Solidarität der Arbeiter und ihrer Parteien für den Fall einer akuten Kriegsgefahr.

Eduard Bernstein und andere Autoren der „Monatshefte“ konstatierten immer wieder, dass die Schuld für die international angespannte Lage nicht allein bei Reichsregierung und Kaiser liege. Das erforderte, eine differenzierte Position zu den massiv steigenden Wehrausgaben – die nächste Wehrvorlage für den Reichstag für 1913 stand bevor – zu entwickeln. Deutschland war nicht einfach nur ein potenzieller Aggressor, sondern hatte durchaus auch Grund, seine Verteidigungsfähigkeit auszubauen, rüsteten doch die miteinander verbündeten Nachbarn in Ost und West ebenso. Ludwig Quessel sah dieses Dilemma und versuchte, die SPD auf seine Weise daraus zu befreien. Seine letztlich aber nur sehr ausweichende Lösung: Da der Reichstag für die Verabschiedung der Wehrvorlage nicht auf die SPD angewiesen sei, könne sich diese doch aus der Diskussion heraushalten, um die anderweitigen Kooperationen nicht in Gefahr zu bringen: „Von welcher Seite man daher auch die politische Lage betrachtet, so bleibt eine liberal-soziale Kooperation das einzige Mittel, um der Freiheit und dem Fortschritt in Deutschland eine Gasse zu bahnen.“⁵³ (Anti-)Rüstungspolitik und gesellschaftliche Veränderungen waren so gesehen nicht die beiden Seiten der gleichen Medaille. Demokratisierung soll-

50 Siehe Friedrich von Bernhardt: *Deutschland und der nächste Krieg*, Stuttgart 1912.

51 Siehe Karl Leuthner: *Vom Seekrieg zum Landkrieg*, in: *Sozialistische Monatshefte*, 1912, H. 6, S.347-351, hier S.351.

52 Siehe ebenda, S.347f.

53 Ludwig Quessel: *Die Sozialdemokratie in der neuen Parteikonstellation des Reichstags*, in: *Sozialistische Monatshefte*, 1912, H. 3, S.147-149, hier S.148f.

te auch dann funktionieren, wenn dem Militär eine aus Sicht der Sozialdemokratie größtmögliche Gestaltungsfreiheit gewährt wurde. Dahinter stand womöglich die Erwartung oder vielleicht eher Hoffnung auf einen Wandel der Armee im Rahmen bzw. in der Folge ziviler Veränderungen als ferne Perspektive.

Eine als gewachsen empfundene Gefährdung des Reichs konnte für die „Monatshefte“-Autoren aber auch keine andere Reaktion zulassen. Einerseits vertrauten sie auf die Reformfähigkeit des Deutschen Reichs, andererseits mussten sie die weitere Stärkung der Beharrungskräfte durch die außenpolitisch fragile Stellung des Landes konstatieren. Max Schippel zeigte sich desillusioniert von den Briten, sehe ein bedeutender Teil der britischen Gesellschaft Deutschlands Existenz doch als eine Gefahr an. Das Reich hingegen sei zwar durchaus friedliebend, aber eben auch keine „holländische Idylle“.⁵⁴ Verteidigungsbereitschaft müsse man da schon von den Deutschen erwarten. Andererseits betonte er den Vorbildcharakter Englands, dessen koloniale Tradition sich wohlthuend von dem „radikal-spießbürgerlichen Kleindeutschtum“ abhebe.⁵⁵ Man sollte dem Autor nicht einfach vorwerfen, er habe sich mit seiner Befürwortung des Kolonialismus von den Wurzeln des Marxismus entfernt. Schippel selbst sah sich durchaus in dessen Tradition und erinnerte zur Begründung seiner Position daran, dass selbst das Kommunistische Manifest sich positiv zum Kolonialismus geäußert habe, wenn es auf den Wert der „Urbarmachung ganzer Welteile“ verweise.⁵⁶

Dem Trommler für eine Stärkung der deutschen Rüstung, Karl Leuthner, boten die „Monatshefte“ weiterhin ein Forum. Leuthner betonte die Notwendigkeit eines festen Zusammenhalts des Reichs mit seinem österreichischen Nachbarn, der einen russischen Angriff „sehr unwahrscheinlich“ mache. Diese enge Kooperation saturierter Mächte bürge für den Frieden in Europa, den die anderen Mächte, allen voran das revanchistische Frankreich, infrage stellen würden.⁵⁷ In eine ähnliche Kerbe schlug Ludwig Quessel. Für ihn stand der potenziell größte Friedensfeind aber nicht in Paris, sondern in London. Das Empire sei nicht kolonial gesättigt. Immer weiter strebe es die Arrondierung seines Besitzes an. Habe es

54 Schippel, Politik, S.371.

55 Siehe Max Schippel: Britisches Weltreich und Reichsgedenktag, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 11, S.643-650, hier S.644.

56 Ebenda, S.645.

57 Siehe Karl Leuthner: Wozu – Wohin?, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 10, S.596-598.

aber erst einmal Fuß gefasst, verhalte es sich typisch englisch wie ein „geschäftskundiger Kaufmann“. Das Empire fordere Unterwerfung, bringe dafür aber auch eine Pax Britannica.⁵⁸ Quessel verurteilte die britische Kolonialpolitik als grundsätzlich aggressiv, vergaß aber nicht, auch die besitzende Klasse im Reich in Mitverantwortung für die schwierige Situation zu nehmen. Die Ausbreitung des britischen Kolonialbesitzes schmälere den Einfluss dieser Klasse und fördere den Hass mancher Deutscher auf das Empire.⁵⁹

Ludwig Quessel zeigte sich gar als Anhänger imperialen Verhaltens. Rassistische Ausbrüche, die jedoch durchaus im Rahmen zeitgenössischen Denkens lagen, schleuderte er den Chinesen entgegen. Dort lebe ein „zahlreiches Lumpenproletariat“, der „durch Opiumgenuß und andere Laster entmenschte Abschaum der Städte“.⁶⁰ Da überrascht es wenig, wenn er die Kontrolle über diese derartig deklassierten Menschengruppen forderte. Dass die Europäer hierfür geeignet seien, stellte Quessel nicht in Abrede. Zwar seien während des Boxerkriegs „unerfreuliche Erscheinungen“ aufgetreten und die westlichen Truppen wohl zu hart vorgegangen, doch blieben Asien und auch Afrika wichtige Absatzräume der westlichen Industrien. Das Agieren westlicher Unternehmen in den Kolonien sei nicht zu verurteilen, da es, so Quessel, gar keinen Wirtschaftsimperialismus geben könne.⁶¹

Die Autoren der „Sozialistischen Monatshefte“ konnten 1912 noch nicht wissen, mit Sicherheit nicht einmal erahnen, dass 1914 der Erste Weltkrieg ausbrechen würde, aber die Spirale hin zur Julikrise 1914 hatte sich schon zu drehen begonnen. Italien okkupierte unter stillschweigender Duldung der westlichen Entente-Mächte Libyen. Der bisherige Landesherr, das Osmanische Reich, konnte sich gegen diesen Vorgang nicht wehren. Für Christopher Clark war dies das Signal für die Staaten des Balkans, ebenfalls gegen die Osmanen in den Krieg zu ziehen.⁶² Krieg folgte auf Krieg, bis in den Sommer 1914 hinein. Nach dem Kriegsausbruch in Libyen schrieb in den „Monatsheften“ der bekannte italienische Sozialist

58 Siehe Ludwig Quessel: Die ökonomische Bedeutung des Imperiums, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 12, S.707-715, hier S.710f.

59 Siehe ebenda, S.715.

60 Ludwig Quessel: Die Furcht vor dem Imperialismus, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 9, S.549-555, hier S.552.

61 Siehe ebenda, S.555.

62 Siehe Christopher Clark: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, München 2013, S.318-407.

Ivanoe Bonomi, ein Befürworter des Krieges. Zu lesen war, dass der Mittelmeerstaat als reise- und auswanderungsfreudiges Land gegenüber dem Kolonialismus positiv gestimmt sei.⁶³ So gesehen war dies also kein Ausbruch aus einer bisher zurückhaltenderen Politik, sondern setzte den Willen breiter Bevölkerungsteile nur konsequent um. Das so berühmt-umstrittene Wort des Reichskanzlers Bernhard von Bülow vom „Platz an der Sonne“ hatte offensichtlich auch in zahlreichen anderen Nationen seine Anhänger. Natürlich waren die italienischen Sozialisten nicht einhellig dieser Meinung. So verhehlte Bonomi auch nicht die Möglichkeit einer Trennung zwischen den grundsätzlichen Kriegsgegnern und solchen, die situationsbedingt Kriegseinsätze für notwendig erachteten. Seine Begründung: Der latente innerparteiliche Konflikt würde die Partei zerreißen und insgesamt schwächen.⁶⁴ Zu einer solchen Spaltung kam es bekanntermaßen nicht nur in Italien, sondern auch in Deutschland und anderen Ländern.

Praktisches Handeln

Pragmatismus und aktive Partei- und vor allem Parlamentsarbeit mit dem Ziel einer schrittweisen Reformierung des herrschenden Systems, dies war die eine Option, welche die Autoren der „Sozialistischen Monatshefte“ für das Wirken der Sozialdemokratie ausmachten. Die andere Option sahen sie in der destruktiven Ablehnung der Arbeit unter den aktuell gegebenen politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen, bis hin zu einer Obstruktionspolitik mit revolutionärer Perspektive. Selbstredend ordneten sie sich der ersten Gruppe bei und sparten nicht mit Polemik gegenüber dem innerparteilichen Gegenüber.

Die wichtigste, oft wiederholte Forderung der „Monatshefte“ war, die Sozialdemokratie müsse auf das Handeln orientiert sein und könne sich nicht allein auf Worte beschränken. Nur der eigene Kampf um konkrete Verbesserungen, die dann auch einmal den Charakter von gewährten Zugeständnissen haben durften, stand im Fokus der Autoren; Ideologie, Theorien waren zweitrangig. Orientierung bot die Realität, sie gab die Handlungsprämisse vor. Paul Kampffmeyer brachte dies auf den Punkt: Das praktische Handeln lasse die Propaganda der Theorie geradewegs verschwinden.⁶⁵ Die aus einem solchen Handeln erwachsenden Hoffnun-

63 Siehe Ivanoe Bonomi: Der Tripolisfeldzug und die italienische sozialistische Partei, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 8, S.469-474, hier S.471.

64 Siehe ebenda, S.473.

65 Siehe Paul Kampffmeyer: Ziele und Mittel der sozialdemokratischen Agitation, in: Sozi-

gen waren groß. So erhoffte sich Ludwig Quessel von Kompromissen ein besseres Einverständnis mit den bürgerlichen Parteien, obwohl er selbst tatsächliche Gewinne an sozialer bzw. gesellschaftlicher Freiheit kaum erwartete.⁶⁶

Kompromissbereit zeigte man sich auch hinsichtlich der Arbeitskämpfe. Zwar forderten Tarifaueinandersetzungen durchaus harte Bandagen, aber zugleich empfahl sich nach Auffassung Emil Döblins eine gewisse Flexibilität, um durch Zugeständnisse an der einen Stelle Fortschritte an einer anderen zu erreichen.⁶⁷ Noch deutlich weiter ging die Anpassungsbereitschaft von Robert Schmidt. Er bemerkte, eine zu große Entschiedenheit im Arbeitskampf schwäche die Geschlossenheit und lade zu Gegenschlägen des Gegenübers ein.⁶⁸ Was nach innen galt, keine Übersteigerung des Kampfes zuzulassen, galt aber nicht nach außen: Gegenüber den konkurrierenden christlichen Gewerkschaften brauche es Härte und Entschlossenheit, seien diese doch zu eng mit den herrschenden Kreisen verbandelt.

Grundlegende Kampfmittel der Sozialdemokratie, wie das Streikrecht, standen aber nicht zur Disposition. Selbst Robert Schmidt ließ keinen Zweifel aufkommen, dass die „Lammsgedul“ der Arbeiterschaft während der Arbeitskämpfe irgendwann zu Ende gehe.⁶⁹

Genaugenommen gäbe es „die“ Arbeiterschaft aber gar nicht. Paul Kampffmeyer betonte den Individualismus, der Selbsterhaltungstrieb führe zu produktivem Eigennutz. Die sogenannte „Herrenklasse“ stelle für ihn denn auch lediglich die Übertreibung des insgesamt positiven Strebens nach eigenem Nutzen dar.⁷⁰ Das kapitalistische System war somit natürlich nicht mehr das Böse an sich. Es seien dessen Auswüchse, denen der Kampf angesagt werden müsse. Gefährlich sei Erfolg zulasten der Arbeiterschaft, verleite dieser doch zu immer rigoroserem Handeln.

Aber auch die Autoren der „Monatshefte“ lösten sich nicht von der traditionellen Theorieorientierung der Sozialdemokratie jener Zeit. Ed-

alistische Monatshefte, 1912, H. 4, S.234-239, hier S.235.

66 Siehe Quessel, Sozialdemokratie, S.149.

67 Siehe Emil Döblin: Lehren der Tarifvertragsverhandlungen, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 2, S.97-102, hier S.99f.

68 Siehe Robert Schmidt: Der deutsche Bergarbeiterstreik 1912, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 6, S.356-359, hier S.357.

69 Siehe Ders.: Aus dem Abgrund der sozialen Gegensätze, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 12, S.739-746, hier S.743.

70 Siehe Paul Kampffmeyer: Mensch und Milieu: zum sozialen Umwälzungsproblem, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 7, S.414-417, hier S.416.

mund Fischer, 1912 wieder für den sächsischen Wahlkreis Zittau in den Reichstag gewählt, hob die Notwendigkeit der Bildung gerade der jungen Menschen hervor.⁷¹ Belehrung zu Freiheit, Toleranz und Gerechtigkeit sollte einen neuen Menschen erzeugen, Ideale des Sozialismus in den Menschen verwurzeln. Die immer wieder durchscheinenden Berufungen auf die Schriften von Karl Marx offenbarten, wie tief dessen Gedanken gut selbst in den Autoren der „Monatshefte“ verankert war. Auch wenn sie bereit waren, mit den Vertretern der bürgerlichen Parteien weitgehende Kompromisse einzugehen – vergessen hatten sie ihr auf die Theorien der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts aufgebautes Fundament keinesfalls.

Fazit

Parlamentarismus besaß nach der Vorstellungswelt der Autoren der „Monatshefte“ einen Wert für sich. Hier konnten für sie tief greifende Veränderungen angestoßen und begleitet werden. Um diese zu erreichen, sei es nötig, die Mehrheit der Gesellschaft mitzunehmen. Anstelle des revolutionären Avantgardismus sollte Tagespolitik den Weg in den Sozialismus ebnen. Doch fehlten der SPD einerseits die dafür zwingend geforderten Partner. Freiheitliche Fortschrittspartei, aber vor allem die Nationalliberalen waren schon in vielen Fragen gesellschaftlichen und sozialen Fortschritts unsichere Kantonisten, bei den geforderten Sozialisierungen jedoch geradezu Gegner der Sozialdemokratie. Dies zu konstatieren, darum kamen auch die Autoren der „Monatshefte“ nicht umhin. Andererseits bedeutete eine weitgehende Fokussierung sozialdemokratischer Politik auf die Parlamente, selbst jene Richtung einzuschlagen, die sie ihren innerparteilichen Gegnern immer wieder vorwarfen, – auf dem Weg hin zu einer von der breiten Bevölkerung abgekapselten Avantgarde zu sein. Das galt zumindest dann, wenn die angestrebten Verbesserungen ausblieben, insbesondere in den Bereichen, die die alltägliche Lebenswelt der Arbeiterschaft darstellten. Sozialpolitik war aber der Bereich mit den geringsten Erfolgsaussichten, wie den Autoren der „Sozialistischen Monatshefte“ auch bewusst war. Beschränkung auf und Vertrauen in die Arbeit der Abgeordneten, verbunden mit der selbst eingestandenen sehr fernen Perspektive für den angestrebten fundamentalen Wandel hin zur sozialisti-

71 Siehe Edmund Fischer: Parteijustiz, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 11, S.656-661, hier S.657.

schen Gesellschaft, ließen die sozialistische Utopie neben der Alltagspolitik verkümmern.

Hinsichtlich der außenpolitischen Linie ist zu spüren, dass die Autoren der „Sozialistischen Monatshefte“ versuchten, jeden Anschein eines Handelns als „Reichsfeinde“ zu vermeiden, sondern sie wollten als deutsche Patrioten wahrgenommen werden. Und genau das waren sie auch. Diese Position charakterisiert die feste Verankerung der Autoren in ihrer Heimat. Mochte das Reich noch bei Weitem nicht ihren noch immer sozialistischen Idealen entsprechen, so war es doch für sie das Land, in dessen Rahmen sie arbeiteten und sozialen sowie gesellschaftlichen Fortschritt durchzusetzen trachteten.

Im Disput um die wirtschaftspolitischen Thesen Gerhard Hildebrands fällt auf, dass beinahe durchgängig eine inhaltliche Positionierung ausblieb. Der Hinweis, das betreffende Buch sei nicht einmal richtig gelesen worden, erscheint da als vorsichtige Distanzierung. Ein Ende hatte es mit dieser Vorsicht aber in dem Moment, als die „Monatshefte“ den innerparteilichen Freiraum bedroht sahen. Hier kannten sie keine Kompromisse – sprachen dabei aber indirekt einem über bisherige Grenzen hinausreichenden Pluralismus das Wort. Folgen sollten daraus eine Öffnung der Partei, eine größere Meinungsvielfalt und der Gewinn neuer Mitglieder und Unterstützer jenseits der klassischen Klientel.

Verkürzt man die Politik und Strategie der Revisionisten in den Reihen der SPD auf die Vorgabe, für sie sei quasi der Weg zum Ziel geworden, die sozialistische Utopie im Kampf um die praktischen Fortschritte zurückgetreten, so verkennt man mit Sicherheit die Position der Autoren der „Sozialistischen Monatshefte“, also die Generallinie des Blattes auch jenseits der Beiträge von Eduard Bernstein. Für sie war das Ziel weiterhin unumstritten. Mochten die Ausgangsbedingungen auch nicht ideal, im kaiserlichen Obrigkeitsstaat vielleicht sogar so schlecht sein, dass ein Erfolg praktisch auszuschließen war, mochten die Autoren der „Monatshefte“ auch bereit sein, die (links-)bürgerlichen Liberalen als verlässliche Bündnispartner zu gewinnen und gegebenenfalls Kompromisse mit dem Staat einzugehen, das Ziel des sozialistischen Gemeinwesens blieb ihnen allen ganz selbstverständlich. Aber was den Weg betraf, den sie zum Ziel einschlagen wollten, wandelten sie eindeutig auf den Pfaden des Revisionismus.

Die „Sozialistischen Monatshefte“ waren ein Theorieorgan. Natürlich boten sie auch Raum zur Reflexion des tagtäglichen Handelns, gerade für die zahlreichen Funktionäre und Mandatsträger der Partei. Was an politisch-gesellschaftlichen Fortschritten potenziell in den Parlamenten zu erreichen war, das war das aktuelle Ziel der Autoren. Dieses Ziel blieb aber

eine Zwischenetappe. In dieser Frage unterschieden sich die untersuchten Aufsätze in keiner Weise von den Aussagen Eduard Bernsteins. Ohne Zweifel kann so von den „Sozialistischen Monatsheften“ als einem Organ der Revisionisten gesprochen werden. Die in zahlreichen Aufsätzen zu ganz unterschiedlichen Themenfeldern erkennbare Generallinie des Blattes zeigt eine nüchterne, an den gegenwärtigen Machtkonstellationen und daher an mancher Stelle vielleicht auch sehr zaghafte Orientierung an den kleinen Wegmarken des Fortschritts. Das große Ziel der sozialistischen Utopie verschwand dabei aber keineswegs.

Diskussion

Reformismus und Kapitalismus im Deutschen Kaiserreich

Karsten Heinz Schönbach

Ein großes Defizit in der Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung besteht m. E. darin, dass man sich bei historischen Ereignissen einseitig auf die Ziele, Konzeptionen und das Handeln der Arbeiterorganisationen konzentriert. In den Darstellungen von namhaften Historikern dieses Bereichs sind in den verwendeten Quellen fast nie die Nachlässe der zeitgenössischen Industriellen, die Akten ihrer Konzerne oder die Tagungsberichte der großen Industriellenverbände zu finden. Eine Untersuchung des Denkens, der Strategien und des konkreten politischen Handelns der „Kapitalisten“ gegen die Arbeiterbewegung erfolgt selten und kommt dabei kaum über Randbemerkungen hinaus.

Als „Kapitalisten“ werden folgend alle diejenigen Personen betrachtet, die im Vorstand eines Großunternehmens der damaligen Zeit tätig waren oder zumindest mittlere und kleine Fabrikbesitzer darstellten. Auch Bankiers werden von diesem Begriff eingeschlossen. Alle diese Personen übten die unmittelbare Verfügungsgewalt über das Kapital aus. Alle diese Personen waren die unmittelbaren Gegner der Arbeiterbewegung, da diese damals hauptsächlich das Ziel verfolgte, den Arbeitern mehr Rechte, bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne von den „Kapitalisten“ zu erstreiten. Die Personen der Kapitalisten war folglich unbestreitbar die Antagonisten der Arbeiter – sowohl einzelnen als auch als gesamte Gruppe.

Es finden sich bis heute zu wenige dezidierte Untersuchungen dieses gesellschaftlichen Hauptgegners der Arbeiterbewegung: der Kapitalisten. Das führt oftmals zwangsläufig dazu, alle Handlungen der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen nicht in einer gesellschaftlichen Interaktion zwischen Kapitalisten und Arbeitern abzubilden, sondern sie kontextlos zu behandeln.¹

Die Geschichte des Reformismus in der Arbeiterbewegung bildet einen hervorragenden Ausgangspunkt, um zu zeigen, dass die Kapitalisten im

¹ Siehe dazu z. B. Arbeiten von K. Tenfelde, K. Schönhoven, M. Schneider und D. Peukert in: Ulrich Borsdorf (Hrsg.): Geschichte der Deutschen Gewerkschaften von den Anfängen bis 1945, Köln 1987.

hier behandelten Zeitabschnitt weitreichende gesellschaftliche Strategien entwarfen und politisch umsetzten. Dabei wurde der Reformismus in der Arbeiterbewegung z. T. von ihnen selbst initiiert, geschickt manipuliert und bewusst gegen die revolutionäre Arbeiterschaft eingesetzt.

Um dies darzustellen, wird in drei Schritten verfahren: Es erfolgt erstens eine kurze Einführung in die historischen Rahmenbedingungen der Entstehung des Reformismus; zweitens die Darstellung der politischen Strategien *der Kapitalisten* zum Reformismus, und drittens folgt ein Fazit.

1. Historische Rahmenbedingungen der Entstehung des Reformismus

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts bildete sich in Deutschland der Kapitalismus heraus. Er kennzeichnete sich durch einen zunehmenden Anteil der Fabrikproduktion am gesellschaftlichen Gesamtprodukt. Die Maschinenleistung Deutschlands vergrößerte sich innerhalb der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts um mehr als das Hundertfache,² und bis zum Jahre 1907 arbeiteten 42,4 Prozent aller Arbeiter in Großbetrieben mit mindestens 50 Beschäftigten.³

Die Herausbildung kapitalistischer Verhältnisse schuf neue soziale Gruppen und Klassen. Die wesentlichste Erscheinung war das Gegenüberstehen von Arbeiterschaft auf der einen und Kapitalisten auf der anderen Seite. Die Kapitalisten versuchten, auf Kosten der Arbeiterschaft ihre Gewinne durch möglichst lange Arbeitszeiten und niedrige Löhne zu steigern. Die offiziellen Angaben des „Preußischen Statistischen Bureaus“ sprechen von einem 11- bis 12-stündigen Arbeitstag ausschließlich der Pausen, woraus sich folglich insgesamt ein 13- bis 14-stündigen Arbeitstag ergibt, und bezüglich der Textilindustrie ist sogar von einem 16-stündigen Arbeitstag die Rede.⁴

Natürlich versuchte man in Auseinandersetzung mit der Arbeiterbewegung die Arbeitszeiten gesetzlich zu senken. Oftmals lag dem jedoch lediglich ein statistisches Make-up zugrunde, welches bis heute bei Historikern den Eindruck sinkender Arbeitszeiten während der Kaiserzeit erweckt. Beispielsweise wurde entgegen der Statistik noch im Jahre 1892

2 Siehe Werner Sombart: Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert und am Anfang des 20. Jahrhundert. Eine Einführung in die Nationalökonomie, Darmstadt 1954, S.152f.

3 Siehe Karl Erich Born: Wirtschafts- und Sozialgeschichte des deutschen Kaiserreiches (1867/71-1914), Stuttgart 1985, S.50.

4 Siehe Jürgen Kuczynski: Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland, Berlin 1949, Bd. 1, S.131.

die tatsächliche tägliche Arbeitszeit durch den Metallarbeiter-Verband mit durchschnittlich zehn Stunden angegeben – abzüglich der üblichen Überstunden, denn es wurde über die vertraglich vereinbarte Arbeitszeit hinaus oft bis in die Nacht hinein weitergearbeitet, und in einigen Bereichen wurde sogar am Sonntag durchgearbeitet.⁵ Man kann also m. E. davon ausgehen, dass die hier beschriebenen Zustände hinsichtlich der realen Arbeitszeiten in den meisten Wirtschaftszweigen bis 1900 unverändert blieben. Nach Polizeiakten hielten diese Zustände in der Textilindustrie z. T. sogar bis in die Dreißigerjahre des 20. Jahrhunderts an.⁶

Um für entsprechend höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten und bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen, organisierte sich die Arbeiterschaft in Deutschland während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch Gründung von Arbeitervereinen und Gewerkschaften.⁷ Bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren in Deutschland 850.000 Menschen gewerkschaftlich organisiert.⁸ Die offiziellen Zahlen zeigten einen deutlichen Anstieg der Kampfaktivität der Arbeiterbewegung bis zur Jahrhundertwende. Allein in den sechs Jahren von 1899 bis 1905 konnten nicht weniger als 9.000 Streiks mit fast einer Million Teilnehmern gezählt werden.⁹

Die politischen Rahmenbedingungen wurden im Kaiserreich jedoch von einer wohlhabenden Minderheit gegen die Interessen der Arbeiterschaft gestaltet. Noch im Jahre 1912 bestand ein Drittel aller Reichstagsabgeordneten aus Großgrundbesitzern, Industriellen, Geschäftsleuten oder Personen, bei denen man allein schon wegen ihrer gesellschaftlichen Herkunft davon ausgehen musste, dass sie eindeutig prokapitalistische und letztlich gegen die Arbeiterschaft gerichtete Interessen vertreten würden.¹⁰ Das Bündnis zwischen Großindustrie und Großgrundbesitz im Reichstag fußte in dieser Frage auf einer Verbürgerlichung des deutschen

5 Siehe Metallarbeiter-Verband Berlin (Hrsg.): Ergebnis der statistischen Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Berlin 1893, S.15.

6 Akten des Polizeipräsidiums zu Berlin, Akte Martin Mutschmann, Bundesarchiv, NS 26, Nr. 1362.

7 Siehe Klaus Tenfelde: Die Entstehung der deutschen Gewerkschaftsbewegung vom Vormärz bis zum Ende des Sozialistengesetzes, in: Borsdorf (Hrsg.), Geschichte, S.15-165, hier S.48-59.

8 Siehe Klaus Schönhoven: Gewerkschaften als Massenbewegung im wilhelminischen Kaiserreich von 1890 bis 1918, in: Borsdorf (Hrsg.), Geschichte, S.167-278, hier S.202.

9 Siehe Dieter Fricke: Der Ruhrarbeiterstreik von 1905, Berlin 1955, S.55.

10 Siehe Buero des Reichstages (Hrsg.): Reichstags-Handbuch, 13. Legislaturperiode, Berlin 1912, S.196-414.

Großgrundbesitzes,¹¹ selbst in den ostdeutschen Gebieten waren schon im Jahre 1880 zwei Drittel aller Großgrundbesitzer bürgerlicher Herkunft.¹² Zudem wurde 1912 auf der Tagung des Centralverbandes Deutscher Industrieller (CDI) offen verkündet, dass darüber hinaus noch 41 weitere Abgeordnete des Reichstages von der Großindustrie finanziert waren und die politischen Interessen der Industrie zu vertreten hatten.¹³ Die im Solde der Großindustriellen stehenden und die direkt aus Großgrundbesitz und Industrie oder der sonstigen Geschäftswelt stammenden Abgeordneten umfassten somit insgesamt die Hälfte aller Reichstagsmandate, während diese Bevölkerungsgruppen zusammen höchstens 0,6 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten.¹⁴

Die Arbeiterschaft musste somit auch politisch aktiv werden, um Einfluss auf die Gesetzgebung zu erlangen, wenn sie ihre Ziele verwirklichen wollte. Bereits 1863 vereinten sich Teile der deutschen Arbeiterschaft zum Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV), und 1869 vereinigte sich ein noch größerer Teil der deutschen Arbeiterschaft zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP). Die Delegierten des Gründungskongresses repräsentierten bereits über 155.000 Arbeiter.¹⁵ Vor allem auf diese Arbeiterpartei reagierte die deutsche Oberschicht sehr aggressiv. SDAP und ADAV schlossen sich 1875 in Gotha zur Sozialistischen Arbeiterpartei zusammen. Als die Sozialisten im Jahre 1877 bereits 9,1 Prozent der Wähler auf sich vereinten und 13 Reichstagsmandate errangen, erließ der kaiserliche Staat das sogenannte Sozialistengesetz. Es verbot alle Vereine, „in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen“ beheimatet waren.¹⁶ Das betraf natürlich in erster Linie die Sozialistische Arbeiterpartei. In dieser Zeit erfolgte eine „umfassende Zusammenarbeit“ zwischen Behörden und Kapitalisten „mit dem Ziele, auch noch

11 Siehe Alexander Frank: Die Entwicklung der ostelbischen Gutswirtschaften im Deutschen Kaiserreich und in den Anfangsjahren der Weimarer Republik, Regensburg 1994, S.1.

12 Siehe Friedrich-Wilhelm Henning: Die Industrialisierung in Deutschland 1900-1914, Paderborn 1984, S.190.

13 Siehe Geschäftsbericht des Centralverbandes Deutscher Industrieller für 1912, S.4.

14 Die Werte zur Berechnung dieser Angabe stammen aus: Frank, Entwicklung, S.1; siehe auch Heinrich Best: Interessenpolitik und nationale Integration 1848/49. Handelspolitische Konflikte im frühindustriellen Deutschland, Göttingen 1980, S.55; Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. II, München 1989, S.145.

15 Siehe Dieter Fricke: Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869-1917, Berlin 1987, Bd. 1, S.20.

16 Tenfelde, Entstehung, S.146.

den letzten Sozialisten ausfindig zu machen und seiner Existenz möglichst durch Kündigung zu berauben“.¹⁷

Diese Maßnahmen erwiesen sich jedoch als Fehlschlag, denn die sozialistische Arbeiterbewegung erhielt in dieser Zeit starken Rückhalt in der Bevölkerung und steten Zufluss von neuen Mitgliedern. Zudem „kann kein Zweifel daran bestehen“, dass „in der Zeit des Sozialistengesetzes auch für Gewerkschaftsmitglieder der Marxismus eine identitätsstiftende Kraft entfaltete. Die Verschärfung sozialer Spannungen und die Ausnahmegesetzgebung gegen die Arbeiterbewegung bewiesen schlagend, daß der bürgerliche Staat als Werkzeug der herrschenden Klasse handelte und beabsichtigte, das Proletariat ökonomisch und politisch zu unterdrücken.“¹⁸ Auch spätere lokale Neuauflagen des Sozialistengesetzes, wie z. B. 1895 in Berlin durch Schließung der sozialdemokratischen Wahlvereine und Kriminalisierung des SPD-Parteivorstandes, erwiesen sich als politischer „Bumerang“.¹⁹

Die Sozialdemokratie nahm bis zum Ersten Weltkrieg eine progressiv-ansteigende Entwicklung, und nichts deutete darauf hin, dass ihr Siegeszug ein baldiges Ende nehmen würde. Die führenden deutschen Großindustriellen waren nach ihren eigenen Worten der Ansicht, dass die Sozialdemokratie die gesellschaftliche Ordnung „systematisch zu untergraben“ gedenke, um den Kapitalismus und das Privateigentum abzuschaffen.²⁰ Daher sahen die Kapitalisten damals in der Sozialdemokratie den Hauptfeind. Im Geschäftsbericht des CDI für 1911 hieß es: „Ein jeder Parteitag der Sozialdemokraten liefert doch den bündigen Beweis dafür, dass das Endziel dieser Partei die Beseitigung der Monarchie, des bestehenden Staatsverbandes und die Enteignung der bürgerlichen Gesellschaft ist“.²¹

2. Politische Strategien der Großindustriellen zum Reformismus

Um der „Gefahr der Sozialdemokratie“ Herr zu werden, bildeten sich bereits während der letzten zehn Jahre des 19. Jahrhunderts in der damaligen gesellschaftlichen Oberschicht aus Industriellen, Bankiers, Geschäftsleuten, Großgrundbesitzern und hohen Staatsbeamten zwei politische Konzeptionen: Die eine Konzeption bestand aus der alten Konfron-

17 Ebenda.

18 Schönhoven, Gewerkschaften, S.191f.

19 Fricke, Handbuch, S.232.

20 Geschäftsbericht des Centralverbandes Deutscher Industrieller für 1911, S.4.

21 Ebenda, S.4f.

tationshaltung gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung. Wie in der Bismarckära wurde eine geradezu militante Polizeistaatspolitik als Lösung bevorzugt. Die andere Konzeption stellte jedoch etwas Neues dar. Sie beinhaltete den Versuch, reformistische Strömungen in der Arbeiterbewegung zu begünstigen, um durch Zugeständnisse die Arbeiterbewegung zu spalten, zu schwächen, politisch zu entwaffnen und letztlich zu vernichten.

Hauptträger dieser beiden unterschiedlichen Konzeptionen waren im Kaiserreich zwei einander gegenüberstehende Industriellenverbände. Es war dies einerseits der erwähnte Centralverband Deutscher Industrieller sowie andererseits der Bund der Industriellen (BdI). Weil diese beiden Verbände die Hauptträger und Urheber beider Konzeptionen waren, stehen sie im Fokus der folgenden Untersuchung, während andere Vereinigungen der Industrie und Bankwelt demgegenüber unberücksichtigt bleiben.

Im 1895 entstandenen BdI vereinten sich mehrere lokal oder nach Branchen organisierte Industriellenverbände: angefangen von den deutschen Schokoladenfabrikanten, über den Verband der Chemieindustrie, die zentralen Unternehmen der Elektroindustrie, bis hin zu den Lokalverbänden der bayrischen und der sächsischen Industriellen. Kennzeichnend für diesen Industriellenverband war, dass er überwiegend klein- und mittelständische Industrie zusammenschloss. Dem BdI gehörten die frühen Chemie- und Elektrounternehmen, die damals noch in den Anfängen steckten, und fast der gesamte Bereich der Konsumgüterindustrie an. Der bereits 1876 gegründete CDI hingegen umfasste deutschlandweit vor allem die Schwerindustrie, in der bereits zur Jahrhundertwende die Großindustrie dominierte. Dieser Unterschied machte sich auf den Tagungen deutlich bemerkbar: Auf einer CDI-Tagung waren im Durchschnitt zwischen 150 und 200 Industrielle vertreten, die etwa zwei Drittel des deutschen Industriekapitals repräsentierten. Auf einer BdI-Tagung waren hingegen zwischen 3.000 und 4.000 Industrielle anwesend, die jedoch bestenfalls ein Drittel des deutschen Industriekapitals vertraten.²²

Der CDI war der Träger der Konfrontationsstrategie im Kampf gegen die politisch organisierte Arbeiterbewegung. Auf einer Konferenz der Schwerindustrie im Jahre 1909 wurde dazu offen erklärt: „[...] die Sozialdemokratie [...] bringt eine Gefahr hervor, die enorm ist, eine Gefahr, die später nur mit vielem Blutvergießen wieder beseitigt werden kann“.²³

22 Die Zahlen zu beiden Verbänden gehen aus den Angaben der Geschäfts- bzw. Jahresberichte des CDI bzw. des BdI aus den Jahren von 1905 bis 1914 hervor.

23 Protokoll einer Geheimkonferenz führender Vertreter der Zechenherren, 06.01.1909, in:

In dieser Hinsicht fanden die Schwerindustriellen die Unterstützung eines wesentlichen Teils des Staatsapparates. Das Reichsjustizamt empfahl beispielsweise in Übereinstimmung mit der Linie dieser Industriellen „die Machtmittel des Staates“ gegen „die Führer und Organisatoren der Arbeiterbewegung“ zu richten, da nur auf diesem Wege „eine aussichtsvolle Repression zu erwarten“ sei.²⁴ Auch Kaiser Wilhelm II. vertrat diese Linie. Beispielsweise erklärte er einmal: „Wir brauchen ein Gesetz, wonach es genügt, Sozialdemokrat zu sein, um nach den Karolinen verbannt zu werden.“²⁵

Diese Konfrontationshaltung kam in einem sehr verwegenen Plan zum Ausdruck, der das Denken dieser Industriellen bis in die Zeit der Weimarer Republik bestimmen sollte. Die Großindustriellen der deutschen Schwerindustrie schmiedeten den Plan, alle einzelnen bürgerlichen Parteien, deren Existenz sie seit Jahrzehnten mit horrenden finanziellen Mitteln sicherstellten, zu einer einzigen „Industriepartei“ zu vereinen und mit dieser eine offene, direkte Konfrontation mit der Sozialdemokratie zu suchen. Sie hofften, durch ihre finanzielle Kraft in einigen furiosen Wahlkämpfen die Sozialdemokratie aus dem Reichstag hinauszählen zu können. Dieser Plan stammte aus dem Jahre 1908 und ging auf den Funktionär des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller (VDESI) Alexander Tille zurück.²⁶

Die erste Phase dieses Plans bestand darin, die relativ große Anzahl regionaler Fonds der Großindustrie für politische Gelder in einem einzigen großen Fonds aufzufangen. Diese Phase des Plans wurde tatsächlich umgesetzt. Der CDI beschloss am 17. September 1908 in Heidelberg die Auflegung dieses zentralen Gesamtfonds.²⁷ Die Kapitalisten der Schwerindustrie, d. h. aus dem CDI, waren fest von einem Erfolg dieser Bemühungen überzeugt.²⁸ Es gelang ihnen bei der Reichstagswahl 1912 in der

Dieter Fricke (Hrsg.): *Dokumente zur deutschen Geschichte 1905-1909*, Frankfurt/Main 1977, Dok. Nr. 99.

24 Schreiben des Staatssekretärs des „Reichsjustizamtes“ an den Staatssekretär des Inneren, 02.02.1906, in: Fricke (Hrsg.), *Dokumente 1905-1909*, Dok. Nr. 25.

25 Bernhard Fürst von Bülow: *Denkwürdigkeiten*, Berlin 1930, 1. Bd., S.549, u. Dokumentenanhang, S.220.

26 Siehe Vortrag von Alexander Tille auf einer Tagung des VDESI am 27. Juni 1908, in: Fricke (Hrsg.), *Dokumente 1905-1909*, Dok. Nr. 81.

27 Rundschreiben des CDI an seine Mitglieder, 17.07.1909, Borsig Zentral GmbH, Landesarchiv Berlin, A Rep. 226, Nr. 27, Bl. 20.

28 Schreiben der Kommission zur Sammlung, Verwaltung und Verwendung des industriellen Wahlfonds an Arnold v. Borsig, 07.03.1912, ebenda, Nr. 4, Bl. 38.

Tat, die Anzahl der industriellen Direktmandate beträchtlich zu erhöhen.²⁹ Allerdings vergrößerte sich bei derselben Reichstagswahl zugleich auch die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagsmandate. Das verdeutlichte, dass der Erfolg der großindustriellen Bemühungen lediglich auf Kosten anderer bürgerlicher Gruppierungen zustande gekommen war, während sich die Sozialdemokratie weiterhin gegenüber dem bürgerlichen Lager verstärkt hatte. Daraus wurde wiederum ersichtlich, dass dieser Plan zum Kampf gegen die Sozialdemokratie langfristig ebenso in eine Sackgasse führte, wie alle anderen Konfrontationsstrategien seit der Bismarckära. Andere Kreise der gesellschaftlichen Oberschicht und vor allem der Industrie verhinderten die Auflösung der einzelnen bürgerlichen Parteien zugunsten einer „Industriepartei“, obwohl der politisch-radikale Kern der deutschen Schwerindustriellen diesen Plan tatsächlich bis in die Spätphase der Weimarer Republik immer wieder zu verwirklichen versuchte.³⁰ Aber die bürgerlichen Parteien erfüllten eine wichtige politische Mission: Denn, wie eine nichtöffentliche Unternehmerzeitschrift, die nur in den Kreisen von Großindustriellen und höchsten Staatsbeamten zirkulierte, eingestand, bestand der Sinn der vielen scheinbar so verschiedenen bürgerlichen Parteien in den Augen der Mehrzahl der gesellschaftlichen Oberschicht darin, die Herrschaft des „Wirtschaftsbürgertums“ durch „Bindung von Schichten in der Bevölkerung an sich“ zu gewährleisten, „die sozial nicht zu ihm gehören“.³¹

Die Großindustriellen aus den Reihen des CDI feierten das Fiasko der Reichstagswahl von 1912 noch als einen Sieg. Hingegen war man sich im Bdl längst klar darüber, dass der Einfluss der bürgerlichen Parteien in den tieferen Schichten der Bevölkerung seit langer Zeit zunehmend versiegt, was nicht nur den bürgerlichen Parteien sondern auch dem Kapitalismus langfristig die politische Basis entziehen musste, denn der Einfluss der

29 Siehe Geschäftsbericht des Centralverbandes Deutscher Industrieller für 1912, S.4.

30 Siehe dazu folgende Schriftwechsel und Aktenstücke: Schreiben von Fritz Springorum an Tilo Frh. v. Wilmowsky, 22.03.1932, NL Reusch, Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsarchiv (RWVA) 130-400101290/36b, Bl. 238; Schreiben von Paul Reusch an Hermann Bücher, 21.09.1931, ebenda, 130-4001012007/6b, Bl. 134; Schreiben des Wirtschaftsverbandes der Hannoverischen Industrie an Hans von und zu Loewenstein, 23.03.1931; Vertrauliche Niederschrift über die Aussprache von Mitgliedern der Geschäftsführervereinigung der landschaftlichen Industrieverbände im Reichsverband der deutschen Industrie, in Berlin am Freitag, den 30. Oktober 1931, um 11 Uhr vorm., beide in den Akten des Bergbauvereins, Bergbauarchiv Bochum (BBA), Rep. 16, Nr. 8084.

31 Karsten Schönbach: Die deutschen Konzerne und der Nationalsozialismus 1926-1941, Dissertation an der Freien Universität, Berlin 2012, S.215.

Sozialdemokratie hatte sich zu dieser Zeit sogar auf das Kleinbürgertum ausgebreitet. Der Industrielle Ernst Stephan Clauss erklärte auf einer Tagung des BdI schon im Jahre 1908: „Wenn es den Industriellen heute nicht gelingt, wieder Einfluss in den tieferen Schichten der Bevölkerung zu erlangen, so werden sie immer Offiziere ohne Soldaten bleiben.“³²

Der BdI vertrat entgegen dem radikalen CDI eine geschmeidigere Konzeption, die weniger auf eine offensichtliche Konfrontation gerichtet war und – wie erwähnt – die reformistischen Strömungen in der Arbeiterbewegung begünstigen sollte.

Der Begriff „Reformismus“ (bzw. das Adjektiv „reformistisch“) bezeichnet dabei die nicht-marxistischen Gruppen und nicht-revolutionären Gruppierungen innerhalb der organisierten Arbeiterbewegung. Die verschiedenen Ideologien des Reformismus suchten ein Arrangement mit den kapitalistischen Kreisen der Oberschicht auf dem Boden des Kapitalismus durch soziale Reformen „von oben“. Die zwei damals existierenden reformistischen Hauptströmungen der Arbeiterbewegung bestanden einerseits in einer wachsenden „opportunistischen“ Gruppe innerhalb der Sozialdemokratie und andererseits in einer nicht-antikapitalistischen Arbeiterbewegung außerhalb der Sozialdemokratie. Innerhalb der Sozialdemokratie hatte sich auf dem Parteitag in Erfurt 1891 eindeutig die marxistische Richtung durchgesetzt, wodurch sich die Masse der nichtrevolutionären Arbeiterbewegung außerhalb der Partei befand. Innerhalb der Sozialdemokratie bildete infolge des Erfurter Parteitages die nicht-antikapitalistische Gruppe eine Minderheit. Vor allem die außerhalb der Sozialdemokratie bestehende reformistische Strömung gedachten die Industriellen des BdI als Mittel zur „Aufweichung“ der sozialdemokratischen, revolutionären Arbeiterbewegung zu benutzen. Ein Kapitalist erklärte dazu auf einer Tagung des BdI: „Es haben sich aber auch erfreulicherweise andere Arbeiter-Vereinigungen gebildet, die sich auf den Boden der staats-erhaltenden Parteien stellen [...] Und diese, meine Herren, soll man nicht verkennen, sondern man soll diese unterstützen und ihnen bei ihrer Arbeit behilflich sein. Man soll ihnen Verständnis entgegenbringen und sie mit zur gemeinsamen politischen Arbeit einladen. Dann wird man auch bei ihnen mit der Zeit einen sicheren Stützpunkt finden.“³³

Einen sehr bedeutenden Teil der nicht-antikapitalistischen Arbeiterbewegung stellten die christlichen Arbeitervereine und Gewerkschaften

32 Jahresbericht des Bundes der Industriellen für 1907/1908, Erster Teil, Berlin 1908, S.56.

33 Ebenda, S.27.

dar, die älter waren als der Reformismus in der Sozialdemokratie. Sie verdankten ihre Existenz den Bemühungen einer von katholischen Industriellen 1880 gegründeten Organisation „Arbeiterwohl“, die maßgeblich am Ausbau und an der Vergrößerung der christlichen Arbeiterbewegung beteiligt war.³⁴ Das Motto der Organisation lautete: „Alles für den Arbeiter, aber mit und durch den Fabrikherrn.“³⁵ Diese christliche Unternehmerorganisation erarbeitete Anfang der Achtzigerjahre des 19. Jahrhunderts ein Konzept zur Gründung von christlichen Gewerkschaften, welches auf dem Katholikentag 1884 erörtert wurde.³⁶ Die durch diese Bemühungen beeinflusste christliche Arbeiterbewegung nahm durchaus beträchtliche Ausmaße an. 1906 wurden auf dem Katholikentag in Essen 330 Arbeitervereine mit 117 Fahnenabteilungen und 43.000 Mitgliedern gezählt und 1908 in Düsseldorf nach eigenen Angaben bereits über 700 Vereine mit mehr als 60.000 Mitgliedern.³⁷ Die politische Stoßrichtung dieser Konzeption wurde auf der 31. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands (1884) durch Franz Hinze, den Generalsekretär von „Arbeiterwohl“, enthüllt. Er erklärte: „Wir müssen der organisierten Sozialdemokratie eine christliche Organisation entgegenstellen. Wir müssen aus unseren christlichen Arbeitern eine wohlgeschulte, wohlgeordnete Armee bilden, die den Sozialdemokraten auch in die Fabrik und Werkstätten hinein folgt. Der Kampf zwischen Glaube und Unglaube wird nicht mehr auf dem Katheder, nicht mehr auf der Kanzel zum Austragen kommen, er ist in unser Volk selbst hineinzutragen. Hier wird die Entscheidung fallen.“³⁸

Es ging für die großbürgerlichen Organisatoren der christlichen Arbeiterbewegung also in erster Linie darum, die sozialdemokratische und damals noch sozialistische Arbeiterbewegung zu vernichten.

Mehr noch als die nicht-antikapitalistische Arbeiterbewegung bildete die sich zur Jahrhundertwende verstärkende Strömung des Reformismus in den Reihen der Sozialdemokratie den Ausgangspunkt zur Aufweichung und Vernichtung der sozialistischen, d. h. revolutionär ausgerichteten Ar-

34 Siehe August Erdmann: Die Christliche Arbeiterbewegung in Deutschland, Stuttgart 1908, S.204f.

35 Ebenda, S.206.

36 Siehe ebenda, S.208.

37 Siehe Dirk H. Müller: Arbeiter, Katholizismus, Staat. Der Volksverein für das katholische Deutschland und die katholischen Arbeiterorganisationen in der Weimarer Republik, Bonn 1996, S.38.

38 Ebenda, S.43.

beiterbewegung. Viele der sozialdemokratischen Abgeordneten führten längst ein gutbürgerliches Leben und verloren zunehmend das revolutionäre Ziel ihrer Wähler aus den Augen. Einen „Prototyp“ eines solchen reformistischen Sozialdemokraten stellte Ignaz Auer dar. Der Reichskanzler Bernhard von Bülow berichtete über ihn: „Ignaz Auer war eines der sympathischsten Mitglieder der sozialistischen Fraktion. [...] Der Vertreter der Kölnischen Zeitung, Herr von Huhn, erzählte mir gelegentlich, daß er bei einem gemeinsamen Mittagessen dem Abgeordneten Auer sein Erstaunen über dessen Vertrautheit nicht nur mit unserer Gesetzgebung, sondern auch mit unserer gesamten inneren Politik ausgesprochen habe. Mit einem wehmütigen Lächeln habe ihm Auer, halb im Scherz und halb im Ernst, erwidert: ‚Ich würde all mein Wissen darum geben, wenn ich genau wüßte, ob man Fisch und Spargel nur mit der Gabel oder auch mit dem Messer essen kann.‘“³⁹

Es war ebendieser Verleger Arthur von Huhn, der Bülows Aufmerksamkeit auch auf den im Exil lebenden Sozialdemokraten Eduard Bernstein lenkte.⁴⁰ Man hatte ihn wegen „sozialistischer Umtriebe“ ausgewiesen. Doch Bernstein hatte im Exil eine Wandlung durchgemacht. Er zweifelte an einem absehbaren Ende des Kapitalismus, schwor dem Sozialismus ab, griff das Kommunistische Manifest an und betätigte sich als „Marxwiderleger“. Statt des Sozialismus suchte er einen reformistischen Kompromiss mit der kapitalistischen Gesellschaft.⁴¹ Die im Grunde prokapitalistische Veränderung in Bernsteins politischem Denken führte dazu, dass der Reichskanzler persönlich seine Rückkehr nach Deutschland veranlasste, um ihn als „trojanisches Pferd“ in der Sozialdemokratie wirken zu lassen.⁴² Und diese administrative Förderung des Reformismus war durchaus erfolgreich. Der bürgerlich-liberale Parteiführer Theodor Barth äußerte sich über die Entwicklung in der Sozialdemokratie wie folgt: „[...] wohin immer man blickt, sieht man so die Zurückdrängung des Radikalismus trotz aller seiner äußeren Resolutionserfolge“, während „die revisionistischen Ideen fortgesetzt an Terrain gewinnen“.⁴³

39 Bülow, *Denkwürdigkeiten*, 1. Bd., S.468f.

40 Siehe ebenda, S.469.

41 Diese Anmerkungen zu Bernsteins Auffassung stammen aus seiner Erklärung auf dem SPD-Parteitag 1898, die in seiner Abwesenheit von August Bebel verlesen wurden. Siehe Gustav Seeber (Hrsg.): *August Bebel. Ausgewählte Reden und Schriften*, München 1995, Bd. 4, S.357-361.

42 Siehe Bülow, *Denkwürdigkeiten*, 1. Bd., S.469.

43 Theodor Barth: *Liberalismus und Sozialdemokratie*, Berlin 1908, S.14, 24.

Auf diese wachsende reformistische Gruppe in der Sozialdemokratie versuchten die Industriellen vom BdI, direkt Einfluss zu nehmen. Dies geschah auf zwei Wegen: einerseits über den von ihnen geschaffenen „Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie“ und andererseits über den „Nationalsozialen Verein“, einer von Friedrich Naumann gegründeten Partei. Einer der größten Fürsprecher beider Vorhaben war Gustav Stresemann, damals noch als Geschäftsführer des „Verbandes Sächsischer Industrieller“ und Mitglied des BdI. Mit seiner Unterstützung schuf eine Gruppe von bürgerlich-liberalen Politikern und Intellektuellen den erwähnten „Nationalsozialen Verein“,⁴⁴ der 1903 mit einem eigenen Programm zu den Wahlen antrat. Seine Redner und Gallionsfiguren predigten eine reformistische Klassenversöhnung auf nationaler Grundlage. Diese Agitation umfasste bereits die ideologischen Elemente einer Volksgemeinschaft als Gegensatz zum „Klassenkampf“, vermischt mit einer nationalsozialen ideologischen Argumentation.⁴⁵

Der Nationalsoziale Verein erlitt in den Wahlen 1898 und 1903 ein regelrechtes Debakel und schaffte es nicht, einer signifikanten Zahl seiner Kandidaten einen Wahlsieg zu ermöglichen. Das führte zum Untergang dieser Partei. Ein Teil seiner Mitglieder und seiner Führungsgruppe, u. a. bestehend aus den „Nationalreformisten“ Paul Göhre und Max Maurenbrecher, ging in die Sozialdemokratische Partei über und verstärkte dort die reformistische Strömung.⁴⁶ Göhre bekämpfte den Marxismus und versuchte, die Sozialdemokratie zu „christianisieren“.⁴⁷

Das erfolgreichste Projekt des BdI war jedoch der Hansabund. Er wurde am 12. Juni 1909 durch eine große Zahl von Industriellen gegründet. Diese Gründung erfolgte durch beide großen deutschen Industriellenverbände, d. h. sowohl durch BdI wie auch durch CDI.⁴⁸ Die deutschen Industriellen – sowohl des BdI als auch des CDI – und allen voran der Geschäftsführer des Verbandes Sächsischer Industrieller, Gustav Strese-

44 Hellmut von Gerlach: *Erinnerungen eines Junkers*, Berlin 1932, S.89. Wie diese Unterstützung aussah, wird vom Autor leider nicht weiter ausgeführt. Erfahrungsgemäß handelt es sich dabei meistens um Geldzuwendungen.

45 Siehe dazu die Redebeiträge des „Nationalsozialen Vereins“ von 1899: *Sozialdemokratisch oder National?*, Emden 1900, und die Ausführungen des zeitgenössischen, konservativen Politikers Hellmut von Gerlach, in: Gerlach, *Erinnerungen*, S.92.

46 Siehe Gerlach, *Erinnerungen* S.92-95.

47 Siehe Fricke, *Handbuch*, S.254.

48 Siehe Jahresbericht des Bundes der Industriellen für 1907/1908, Erster Teil, S.38, 41-42; Geschäftsbericht des Centralverbandes Deutscher Industrieller für 1911, S.2.

mann, sahen den Hansabund als eine Art Schnittstelle zwischen verschiedenen Gruppen des Bürgertums und der Industrie, um den Einfluss der Industrie in der Politik und im gesellschaftlichen Leben zu verbreitern.⁴⁹

In diesem Zusammenhang kritisierte Stresemann auf der Tagung des BdI 1908 den Plan der Schwerindustrie, eine „Industriepartei“ zu gründen, zumal dieses Vorhaben dem direkten gesellschaftlichem Gegenüber von Arbeitern und Kapitalisten einen politisch sichtbaren Ausdruck verliehe und das müsse um jeden Preis verhindert werden.⁵⁰ Statt die Gelder der Industrie in einem solch aussichtslosen Unternehmen wie einer „Industriepartei“ zu verschwenden, sollte der Hansabund bei Wahlen einen entscheidenden Einfluss nach Maßgabe industrieller Interessen nehmen.⁵¹

Der Hansabund sollte darüber hinaus auf demselben Wege auch den Einbruch in die Reihen der Sozialdemokratie erreichen. Bereits auf der ersten Tagung des Hansabundes wurde als Ziel verkündet, die „sozialdemokratischen Kreise zur Mitarbeit im Staatswesen, insbesondere in den Parlamenten und in der Selbstverwaltung“ heranzuziehen.⁵² Dadurch, so meinten BdI und Hansabund, könne es gelingen, die Sozialdemokratie umzukrempeln und zu „aristokratisieren“.⁵³

Hier ergab sich jedoch zunehmend eine Diskrepanz zwischen CDI und BdI, denn der radikale CDI war von dieser Strategie nicht überzeugt. Die Schwerindustriellen fanden die Theorie nicht bestätigt, dass „die Sozialdemokratie mit jedem Jahr praktischer Mitarbeit an der laufenden Staatsverwaltung ein oder zwei ihrer revolutionären Giftzähne verliere“, sodass sich die Partei „im Läuterungsfeuer des Revisionismus allmählich in eine bürgerliche Partei“ umwandeln würde.⁵⁴ Als der BdI und der Hansabund sich für eine Einbeziehung der Sozialdemokratie aussprachen, kündigte ihnen der CDI die Zusammenarbeit.⁵⁵

Der BdI war mit seiner Strategie jedoch erfolgreicher und kann als Vorreiter einer modernen, geschmeidigen Strategie der Oberschicht im Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung betrachtet werden. Das wurde vor allem auf einem Gebiet deutlich, das in den Jahren nach 1900 zuneh-

49 Siehe ebenda, S.41-50.

50 Siehe ebenda, S.38f.

51 Siehe Jahresbericht des Bundes der Industriellen für 1908/1909, Zweiter Teil, S.42, 50-52.

52 Geschäftsbericht des Centralverbandes Deutscher Industrieller für 1911, S.4.

53 Siehe ebenda, S.2-8.

54 Geschäftsbericht des Centralverbandes Deutscher Industrieller für 1912, S.9.

55 Schreiben des Centralverbandes Deutscher Industrieller an v. Borsig, 15.07.1911, Borsig Zentral GmbH, Landesarchiv Berlin, A Rep. 226, Nr. 27, Bl. 87.

mend an Bedeutung gewann: der Vorbereitung auf einen (Welt-)Krieg mit dem Griff nach der Weltmacht, der sowohl von Großindustrie als auch vom kaiserlichen Staatsapparat angestrebt wurde. Die Industriellen des BdI verlangten z. B. auf der BdI-Tagung 1908 eine noch umfangreichere Flottenrüstung und Kolonialpolitik,⁵⁶ der CDI forderte auf der Tagung 1911 bereits offen den Krieg.⁵⁷

Doch gleichzeitig entfaltete die sozialistische Arbeiterbewegung international einen unwillkommenen Kampf für den Frieden. Beispielsweise gab es allein am 17. November 1912 in fast allen Hauptstädten Europas große Antikriegsdemonstrationen unter Führung der sozialistischen Arbeiterbewegung.⁵⁸ Der BdI stellte bereits auf seiner Tagung 1908 die Frage: „Was würde werden, wenn wir einmal in eine Verwicklung gerieten und wir nicht sicher sind, dass Mann für Mann in Deutschland hinter der deutschen Fahne steht?“⁵⁹

Wilhelm II. und hochrangige Politiker blieben hier voll auf der CDI-Linie: Der Kaiser erklärte: „Wenn bei einem ernstem Konflikt nach außen die Möglichkeit gegeben ist, daß die Hälfte der Armee durch einen Generalstreik im Lande gefesselt ist, so sind wir verloren. [...] Ehe nicht die sozialdemokratischen Führer durch Soldaten aus dem Reichstag herausgeholt und fusiliert sind, ist keine Besserung zu erhoffen.“⁶⁰ Der Reichskanzler von Bülow ergänzte, indem er schrieb: „Erst die Sozialisten abschießen, köpfen und unschädlich machen, wenn nötig per Blutbad, und dann Krieg nach außen. Aber nicht vorher und nicht a tempo.“⁶¹

Die Förderung des Reformismus in der Sozialdemokratie durch eine Ermunterung zur Mitarbeit im kaiserlichen Staat und das ständige Entgegenkommen vonseiten des BdI und seiner Anhänger in politischen Belangen stärkte den Reformismus und entmachtete die einstmals so mächtige revolutionäre Sozialdemokratie. Sie schwenkte auf die Linie des Kaisers und der Großindustrie ein, indem sie den Krieg von 1914 bis 1918 durchgehend als Verteidigungsmaßnahme rechtfertigte, die Kriegskredi-

56 Siehe Jahresbericht des Bundes der Industriellen für 1907/1908, Erster Teil, S.35.

57 Siehe Geschäftsbericht des Centralverbandes Deutscher Industrieller für 1911, S.26.

58 Die Informationen zu diesem Ereignis stammen hier alle aus einem maschinenschriftlichen Papier mit dem Titel: „Das internationale Proletariat gegen den Krieg“, datiert auf den 18.11.1912, aus den Akten der SPD, Bundesarchiv, RY 20 II, 145/3 (Mikrofilm FSB 360/19396).

59 Jahresbericht des Bundes der Industriellen für 1907/1908, Erster Teil, S.55.

60 Bülow, Denkwürdigkeiten, 1. Bd., S.549 u. Dokumentenanhang, S.220.

61 Ebenda, 2. Bd., Berlin 1930, S.198.

te am 2. Dezember 1914 bestätigte und die Arbeiterschaft unter einem Hagel von Durchhalteparolen den ganzen Krieg über an die Front trieb.⁶² Als es zur Revolution kam, waren die reformistischen Führer der Sozialdemokratie, allen voran Scheidemann und Ebert, sogar bereit, die Monarchie zu verteidigen.⁶³ Auch in dieser Zeit hielt der BDI weiter an seiner Strategie fest. Der Industrielle Christian Berlin schrieb in der Zeit der revolutionären Nachkriegswirren dazu: „Ich würde unbedingt die Front von den hochkonservativen Herren bis zu den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern herstellen“.⁶⁴

Das geschah letztlich auch und fand seinen Ausdruck einerseits im Stinnes-Legien-Abkommen und andererseits im Bündnis zwischen dem Sozialdemokraten Friedrich Ebert und dem kaiserlichen General Wilhelm Groener zur Niederschlagung der Revolution.

3. Fazit

Als Fazit können hier zusammenfassend zwei Thesen festgehalten werden: *Erstens* war die politische Aktivität der Industriellen im Kampf gegen die Arbeiterbewegung damals wesentlich größer, als bisher dargestellt wird. Der Bund der Industriellen (BDI) kann in der deutschen Oberschicht sogar als Vorreiter einer modernen und moderaten Manipulationsstrategie des Reformismus betrachtet werden, die sich bereits in einer Zeit bewährte, in welcher der größte Teil der staatlichen Administration und vor allem der Großindustrie noch an der althergebrachten Konfrontationsstrategie festhielt. Die Industriellen entwickelten in jener Zeit weitreichende politische und gesellschaftliche Strategien. Die reformistische Arbeiterbewegung außerhalb der Sozialdemokratie wurde zum großen Teil von der Industrie mit initiiert und bewusst gegen die revolutionäre Arbeiterschaft eingesetzt. Das zeigt, dass die damaligen Kapitalisten

62 Siehe dazu das reichhaltige Material in den Akten der SPD. Das Material, auf das hier verwiesen wird, dokumentiert sowohl die von 1914 bis 1918 durchgehende Rechtfertigung des Krieges als Verteidigungsmaßnahme vonseiten der SPD-Führung als auch eine Unmenge an Durchhalteparolen auf Flugblättern und Anschlägen unter den Signum der SPD über die Zeit des gesamten Krieges: Bundesarchiv, RY 20 II, Nr. 145/5 (Mikrofilm FSB 360/19396), Nr. 145/7 (Mikrofilm FSB 360/19397).

63 Siehe Prinz Max von Baden: *Erinnerungen und Dokumente*, Berlin-Leipzig 1927, S.592.

64 Schreiben von Christian Berlin an Heinrich Claß, 26.01.1921, Akten des ADV, Bundesarchiv, R 8048, Nr. 207, Bl. 39.

nicht nur weitreichende politische und gesellschaftliche Strategien entwarfen, sondern sie teilweise auch umzusetzen wussten. Der Reformismus innerhalb der Sozialdemokratie wurde von maßgebenden Vertretern des Großbürgertums und der Großindustrie manipuliert und bewusst gefördert. Letztlich war es z. B. kein geringerer als der Reichskanzler persönlich, der Bernstein nach Deutschland zurückholte. Der Großindustrielle Otto Steinbrinck gab beispielsweise zu, dass der reformistische Flügel in der SPD spätestens in der Weimarer Republik zu den regelmäßigen Geldempfängern der Großindustrie gehörte.⁶⁵ *Zweitens* leisteten die Reformisten einen Beitrag zur Durchsetzung prokapitalistischer Interessen gegen die Arbeiterschaft. Sie unterstützten den Eintritt in den Ersten Weltkrieg, begünstigten die Spaltung der Arbeiterbewegung und die Niederschlagung der Revolution.

65 Verhör von Otto Steinbrinck durch das NMG am 6. August 1947, WWA, S1, Rep. 501, D 3.

Miszelle

„Zu Breslau ein Friedhof. Ein Toter im Grab. Dort schlummert der Eine der Schwerter uns gab.“ (Arbeiterlied).

Ferdinand Lassalle zum 150. Todestag

Daniela Fuchs

Als sich die Nachricht wie ein Lauffeuer verbreitete, dass der charismatische Arbeiterführer Ferdinand Lassalle – ein begnadeter Redner und Schütze – am 31. August 1864 an den Folgen eines Pistolenduellts gestorben war, waren seine Anhänger fassungslos und geschockt. Hinter diesem Waffengang stand nicht die Verteidigung einer höheren Idee, sondern es ging um eine Liebesaffäre zu der jungen bayerischen Diplomantentochter Helene von Dönniges, aber auch um verkorkste Begriffe wie Ehre und Standesdünkel. Die Kugel seines Nebenbuhlers traf den erst 39-jährigen Gründer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins am 28. August 1864 in Carouge in einem Wald bei Genf in den Unterleib. Nach drei qualvollen Tagen verstarb er im Genfer Hotel „Victoria“ in den Armen seiner lebenslangen, wesentlich älteren und für die damalige Zeit auch emanzipierten Gefährtin Gräfin Sophie von Hatzfeldt.¹

Dieser sinnlose Tod bewegte auch Karl Marx und Friedrich Engels, die mit Lassalle nicht immer einer Meinung waren, ihn aber durchaus schätzten. So schrieb Marx am 7. September 1864 an seinen Freund Engels in Manchester: „Das Unglück des L[assalle] ist mir dieser Tage verdammt durch den Kopf gegangen. Er war doch noch immer einer von der vieille souche und der Feind unserer Feinde. Dabei kam die Sache so überraschend, daß es schwierig ist zu glauben, daß ein so geräuschvoller, stirring, pushing Mensch nun maustot ist und altogether das Maul halten muß.“²

1 Über den Tod von Ferdinand Lassalle gibt es zahlreiche Darstellungen und Dokumente. Siehe dazu u. a. Hans-Jürgen Friederici: Ferdinand Lassalle. Eine politische Biographie, Berlin 1985, S.218; Gräfin Hatzfeld über Lassalles Tod, in: Vossische Zeitung (Berlin), 11.4.1913, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), NY 4061/8 (Presseveröffentlichungen über Ferdinand Lassalle), Bl. 72.

2 Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 30, S.432. Siehe auch Stefan Heym: Lassalle, Berlin 1974, S.368.

Energisch und selbstbewusst nahm Gräfin Hatzfeldt, die sich als geistige Erbin Lassalles verstand, die Organisation der Trauerfeierlichkeiten zum Ärger seiner einstigen Mitstreiter in die Hand. Am 2. September fand eine Feier in Genf statt, an der 4.000 Personen teilgenommen haben sollen. Es folgten große Trauerfeiern in Frankfurt am Main und Mainz. Die Gräfin beabsichtigte, den Toten in Berlin nach jüdischem Ritus begraben zu lassen, erinnerte sich Bernhard Becker, der von Lassalle in dessen eilig aufgesetztem Testament vom 27. August 1864 als sein Nachfolger empfohlen worden war.³ Die Gräfin schrieb am 12. September an einen Vertrauten in Berlin: „Sorgen Sie für feierlichen Empfang mit Musik und Gesang am Bahnhof, Zug zur Begleitung nach dem israelitischen Leichenhause[,] wo aber hoffentlich ein anständiger Aufenthalt für den Sarg vorbereitet ist. Das hat in allen Städten[,] wo Aufenthalt gemacht wurde[,] stat[t]gefunden. Sie werden in Berlin[,] wo er sich so abgemüht[,] nicht nachstehen.“⁴

Hatzfeldt hatte den Leichnam einbalsamieren und auf einem Rheinschiff nach Köln transportieren lassen. Nicht nur Becker, sondern auch die Mutter und Schwester Lassalles setzten alle verfügbaren Mittel ein, um den geplanten Triumphzug der Gräfin zu durchkreuzen. So wurde der Sarg Lassalles in Köln von der preußischen Polizei beschlagnahmt und unter Bewachung über Berlin nach Breslau geschafft.⁵

In der niederschlesischen Metropole war Ferdinand Lassalle am 11. April 1825 zur Welt gekommen. Sein Geburtshaus am Rossmarkt 6, in den Jahren 1929 bis 1933 Lassalleplatz, im Zweiten Weltkrieg komplett zerstört, existiert heute nicht mehr.⁶

Die Beisetzung Lassalles fand am 15. September 1864 auf dem jüdischen Friedhof in der Lohestraße, der 1856 eingeweiht worden war, statt. Bestattet wurde Lassalle im Grab der Familie, die sich „Lassal“ schrieb, an der äußersten linken Seite direkt an der Mauer gelegen.

Der genaue Termin war geheim gehalten worden, da die Polizei Demonstrationen oder sonstiges Aufsehen befürchtete. Der Augenzeuge Peter Notthjung, ein ehemaliges Mitglied des Bundes der Kommunisten von 1847/48, berichtete: „Heute Nachmittag um 3.00 Uhr ist Ferdinand Lassalle auf dem jüdischen Friedhof hierselbst unter die Erde gescharrt worden [...]. Zu er-

3 Bernhard Becker: Enthüllungen über das tragische Lebensende Ferdinand Lassalle's und seine Beziehungen zu Helene von Dönniges, Nürnberg 1892, S.220f.

4 SAPMO-BArch, NY 4061/8, Bl. 72.

5 Siehe Becker, Enthüllungen, S.222.

6 Siehe Maciej Lagiewski: Breslauer Juden 1850-1944, Wrocław 2011, S.79.

wähnen ist [...], daß ein Polizeinspektor bei dem Grabe aufgestellt war, sowie Gendarmen auf dem Wege. Die Prozedur wurde so hastig und auffallend eilig betrieben, daß sie [...] nur als Einscharrung bezeichnet werden kann.“⁷ Ein anderer Teilnehmer fand das Begräbnis kläglich, und er beneidete den Rabbiner nicht, der Lassalles Judentum aus dem Nichts hervorzaubern musste.⁸ War die Beerdigung Lassalles eher karg, so fanden in den folgenden Jahren zu seinem Todestag in Breslau und in ganz Deutschland würdige Trauerfeiern der Arbeiterschaft statt. In Archiven und Bibliotheken finden sich zahlreiche Programme, die darüber Aufschluss geben.⁹

Eine Beschreibung von Lassalles Grabstätte, erschienen zu seinem 30. Todestag 1894, erwähnt eine prächtige Fächerpalme, ein Bouquet von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Kränze der SPD, vom sozialdemokratischen Verein, von Frauen und Mädchen sowie den Gewerkschaften Breslaus. Der Grabstein zeigte zudem ein eingearbeitetes Medaillon mit dem Konterfei des Arbeiterführers, das für gewöhnlich von einer Blechkapsel verschlossen wurde, da das jüdische Ritual Bildnisse von Verstorbenen auf Grabsteinen verbietet. Die Grabinschrift stammte von Lassalles Freund, dem Gelehr-



Das Grab von Ferdinand Lassalle heute.
Foto: Daniela Fuchs

7 Zit. nach: Friederici, Ferdinand Lassalle, S.219.

8 Siehe Shlomo Na'aman: Ferdinand Lassalle. Eine sozialgeschichtliche Studie, hrsg. von der Niedersächsischen Landeszentrale für Politische Bildung, Hannover 1968, S.96.

9 Siehe SAPMO-BArch, NY 4061/8, aber auch Zentral- und Landesbibliothek Berlin (ZLB): Historische Sammlungen. Siehe ebenso Ursula Herrmann: Politikum Geschichte in den Beratungen des sozialdemokratischen Arbeitervereins Lichtenberg-Friedrichsberg (90er Jahre des 19. Jahrhunderts – anhand des Protokollbuchs des Vereins), in: Klaus Kinner/Helmut Meier (Hrsg.): Politikum Geschichte. Die Rolle der Geschichte in öffentlichen Diskussionen (Gesellschaft-Geschichte-Gegenwart. Schriftenreihe des Vereins „Gesellschaftswissenschaftliches Forum e.V.“, 39), Berlin 2009, S.189-206.

ten August Böckh: „Hier ruhet, was sterblich war von Ferdinand Lassalle dem Denker und Kämpfer.“ Berichtet wird von Polizeipräsenz am Todestag auf den Straßen und auf dem Friedhof. In den ersten Jahren durften sogar nur drei oder vier Personen gleichzeitig den Friedhof betreten.¹⁰

Auch außerhalb Breslaus wurde des Toten gedacht. Die Hamburger Gemeinde des ADAV beispielsweise traf sich am 9. September 1865 im großen Saal des Conventgartens in Hamburg zu einer feierlichen Zusammenkunft. Nach der Melodie des Luther-Chorals „Ein' feste Burg“ sangen die Anwesenden: „Ein feste Burg ist unser Bund, Wie ihn Lassalle geschaffen; Er wurzelt fest auf Felsengrund, Im Sturm ein sich'rer Hafen.“¹¹

1864 hatte der Dichter und Agitator der Arbeiterbewegung Jacob Aurdorf, Teilnehmer des Gründungskongresses des ADAV 1863 in Leipzig, das Lied „Wohlan, wer Recht und Wahrheit achtet“ nach der Melodie der Marseillaise geschrieben, das bis Ende des 19. Jahrhunderts das populärste deutsche Arbeiterlied werden sollte. Zu Ehren Ferdinand Lassalles wurde der Refrain nach seinem Tode umgeschrieben: „Nicht zählen wir den Feind, nicht die Gefahren all! Marsch, marsch, marsch, marsch. Der kühnen Bahn nun folgen wir, die uns geführt Lasalle!“¹²

Der Historiker und Lehrer Willy Cohn, der später in seinem erschütternden Tagebuch vom Untergang des Breslauer Judentums während des Holocaust Zeugnis ablegte und 1941 selbst zum Opfer wurde, hatte 1921 in seinem Buch „Ein Lebensbild Ferdinand Lassalles – der Jugend erzählt“ romantisch verklärt geschrieben: „Im hellsten Glanz wird der Name Ferdinand Lassalle erstrahlen, und das schönste Denkmal für ihn wird im Herzen des Volkes errichtet sein.“¹³

Hin und wieder hielt sich Cohn später als rassistisch Gedemütigter und Verfolgter auf dem alten jüdischen Friedhof auf. Am 9. September 1934 notierte er in seinem Tagebuch: „[...] auch am Grabe Lassalles gewesen; einige Unbekannte haben auch dieses Jahr Blumen an seinem Todestag niedergelegt!“¹⁴ Ein Zeichen des Breslauer Widerstands.

10 Lassalle's Grabstätte auf dem israelitischen Friedhofe zu Breslau, SAPMO-BArch, NY 4061/8, Bl. 28.

11 Programm zur Todtenfeier für den verstorbenen Präsidenten und Gründer des Allg. Deutschen Arbeiter-Vereins, Ferdinand Lassalle, abseits der Hamburger Gemeinde des Vereins: im großen Saale des Conventgartens am 9. September 1865, St. Pauli 1865, Zentral- und Landesbibliothek Berlin. Historische Sammlungen.

12 http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Arbeiter-Marseillaise (Zugriff 6.10.2013).

13 Willy Cohn: Ein Lebensbild Ferdinand Lassalles – der Jugend erzählt, Stuttgart 1921, S.68.

14 Ders.: Kein Recht, nirgends. Breslauer Tagebücher 1933-1941. Eine Auswahl. Köln-Wei-

Die Rückseite des Lassalleschen Grabmals zur Straßenseite hin wurde während des Reichstagswahlkampfes am 6. November 1932 stark beschmiert. Ein Foto zeigt die Losung der NSDAP „Nur Liste 1 macht dich frei“ und dazu das Hakenkreuz und auch die der KPD „Rot Front – Liste 3“ mit Hammer und Sichel.¹⁵ 1943 wurde der Friedhof geschlossen, Bestattungen fanden hier nicht mehr statt. Eine in der Nähe gelegene Gärtnerei pachtete ihn für die nächsten fünf Jahre. Als Begräbnisstätte diente für die nur noch wenigen Breslauer Juden weiterhin der bereits 1902 eingeweihte neue jüdische Friedhof in der Flughafenstraße im Stadtteil Cosel.

Der alte jüdische Friedhof, im Süden der Stadt gelegen, litt besonders während der Kämpfe um die „Festung Breslau“ im Februar 1945, als quer durch ihn die Front verlief. Deutsche Truppen und Rote Armee lieferten sich erbitterte Kämpfe, wobei mal die eine und mal die andere Seite vorrückte. Die Folgen, Kugeleinschüsse an den Grabsteinen, sind heute noch sichtbar. Auch das Grab Lassalles wurde in Mitleidenschaft gezogen.¹⁶

Nach zähen Kämpfen kapitulierte am 6. Mai 1945 die „Festung Breslau“. Am 9. Mai übergaben die sowjetischen Militärbehörden die Verwaltung der Stadt an Polen. Breslau hieß nun Wrocław und wurde nach dem Potsdamer Abkommen im August 1945 endgültig Bestandteil des polnischen Staates. Nahezu 80 Prozent der einstigen Metropole waren zerstört, und die noch verbliebene deutsche Bevölkerung musste ihre Heimat verlassen. In den Wirren dieser Zeit erinnerte sich ein junger Breslauer namens Fred Löwenberg (1924-2004) an das Grab Ferdinand Lassalles. Er selbst hatte die Hitlerdiktatur, Konzentrationslager und kurz nach dem Krieg in Wrocław Schikanen des polnischen Geheimdienstes überlebt und wirkte in der deutschen Selbstverwaltung seiner Heimatstadt. Seine Aufgabe bestand u. a. darin, die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung in halbwegs geordnete Bahnen zu lenken. Löwenberg war mit sozialdemokratischem Gedankengut aufgewachsen. Sein eigentlicher Vorname Ferdinand war eine Hommage seiner Eltern an den Gründer des ADAV gewesen. Bevor auch er im Oktober 1948 Wrocław verließ, war er Gastmitglied der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS), der polnischen Sozialdemokratie, geworden. Zusammen mit den polnischen Genossen richtete er nach eigenen Aussagen das Grab Lassalles, so gut es ging, wieder her. Bevor sie zusammen mit der Polnischen Arbeiterpartei (PPR) im De-

mar-Berlin 2008, S.41.

15 Siehe Lagiewski, Breslauer Juden, S.83.

16 Siehe Ders.: Der alte jüdische Friedhof in Breslau, Wrocław o. J., S.7.

zember 1948 in der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) aufging, würdigte die PPS Lassalle anlässlich ihres letzten Kongresses, der in Wrocław tagte. Sie widmete dem deutschen Arbeiterführer eine Tafel, die sich noch heute an seinem Grab befindet. Der Text lautet in der Übersetzung: „Ferdinand Lassalle – dem großen Sozialisten – PPS am Tag ihres 27. Kongresses am 14.12.1947.“ Der Name des PPS-Vorsitzenden und späteren Multifunktionärs der Volksrepublik Polen Józef Cyrankiewicz, der sich ebenfalls auf der Platte befand, wurde später herausgemeißelt.¹⁷

Der zerstörte alte jüdische Friedhof in Wrocław geriet in den folgenden Jahren zunehmend in Vergessenheit und verwahrloste. Diebe brachen Gräber auf, um nach vermuteten Schätzen zu suchen. In den Sechzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts soll dort sogar eine Folge der beliebten polnischen Fernsehserie „Vier Panzersoldaten und ein Hund“ gedreht worden sein.

Die deutschen Friedhöfe stellten ohnehin für die polnischen Behörden ein Problem dar. Die deutsche Vergangenheit und das deutsche Erbe wurden bis zum Ende der Volksrepublik nicht angenommen. Die Geschichte stand im Dienste der Politik. Eine Instruktion des Ministeriums für die Wiedergewonnenen Gebiete, gemeint sind die ehemaligen deutschen Ostgebiete, von 1948 wies an, die Friedhöfe in die allgemeine Entdeutschungsaktion einzubeziehen. In Wrocław wurde diese Anweisung nur teilweise umgesetzt. 1959 erfolgten am Grabmal von Ferdinand Lassalle und dessen Eltern konservatorische Arbeiten. Es war eigentlich das zweite Grabdenkmal. Wann das erste gegen das zweite ausgewechselt wurde, ließ sich nicht ermitteln.¹⁸

Anfang der Siebzigerjahre gestaltete man die deutschen Friedhöfe, die nun Brachflächen geworden waren, zu Grünflächen und Parks um. In dieser Zeit geriet die Grabstätte Lassalles in den Focus beider deutscher Staaten. SPD-Politiker der Bundesrepublik wurden bei polnischen Behörden vorstellig und versuchten, diese zur Sicherung und Restaurierung des Grabes zu bewegen. Die Ruhestätte des Arbeiterführers war nur durch Löcher

17 Siehe Daniela Fuchs-Frotscher: Zwischen antifaschistischem Widerstand und Heimatverlust – die Breslauer Familie Löwenberg, in: Cornelia Domaschke/Dies./Günter Wehner (Hrsg.): Widerstand und Heimatverlust. Deutsche Antifaschisten in Schlesien (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Texte 73), Berlin 2012, S.10-38, hier S.37.

18 Siehe Gregor Thum: Die fremde Stadt Breslau nach 1945, München 2006, S.387-392. <http://wroclawzwyboru.blox.pl/2008/11/Pamietajcie-o-cmentarzach-ktorych-nie-ma.html> (Zugriff 6.10.2013).

im Zaun und ein meterhohes Gestrüpp von Brennesseln und Unkraut zugänglich. Der Vorschlag, Lassalles letzte Ruhestätte als einen deutsch-polnischen Erinnerungsort der Arbeiterbewegung zu erhalten, fand auf polnischer Seite keine Gegenliebe. Der bundesdeutsche Diplomat Klaus Reiff erinnerte sich, dass das ablehnende Verhalten der Polen für ihn unverständlich war, zumal sich Willy Brandt und Herbert Wehner in der Volksrepublik als Wegbereiter der Normalisierung in den Beziehungen beider Länder großer Beliebtheit erfreuten. Polen aber hatte für den alten jüdischen Friedhof ganz andere Pläne. Er sollte ebenfalls eingeebnet und auf dem Gelände das Gebäude der neuen Wroclawer Wirtschaftsakademie errichtet werden.¹⁹

Auch Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung wurden in der Frage des Lassalle-Grabes aktiv. Misstrauisch heftete sich der polnische Geheimdienst an die Fersen von Alfred Nau, des Leiters der Stiftung, als dieser 1974 Polen besuchte. Einem Geheimdienstbericht zufolge wollte Nau das Lassalle-Grab besuchen, dessen sterbliche Überreste angeblich in die BRD überführt werden sollten.²⁰ Die Absicht bestand durchaus. Polnische Genossen hatten bereits im Frühjahr 1973 um eine Stellungnahme aus der DDR zum Ansinnen der Friedrich-Ebert-Stiftung gebeten. Doch mit der Antwort ließ man sich Zeit und vermutete, dass die Überführung der sterblichen Überreste im Zusammenhang mit Lassalles 110. Todestag 1974 oder seinem 150. Geburtstag 1975 stehen könnte. Am 4. Juli 1974 wurde das Mitglied des Politbüros Hermann Axen über ein Gespräch in der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED informiert. Dort war der Geschäftsträger der polnischen Botschaft Ernest Kucza vorstellig geworden, um im Auftrag des ZK der PVAP eine endgültige Antwort zum Lassalle-Grab einzufordern. Eine vorläufige Antwort besagte, dass kein Interesse an einer Überführung in die DDR bestehe und es am zweckmäßigsten wäre, das Grab in Wroclaw zu belassen. In diesem Gespräch machte Kucza deutlich, falls keine Überführung in die DDR gewollt war, die polnischen Genossen eine Überführung in die Bundesrepublik als die für sie günstigste Lösung betrachten würden.²¹ Diese Möglichkeit war für die DDR völlig inakzeptabel. Hatte man die polnischen Genossen zunächst warten lassen, war nun Eile geboten.

19 Siehe Klaus Reiff: Polen. Als deutscher Diplomat an der Weichsel, Bonn 1990, S.90-92.

20 Siehe Dorota Dakowska: Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen zwischen 1971 und der friedlichen Revolution, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 45, 2005, S.334-336. Ausgabe online.

21 SAPMO-BArch, DY 30/12435, Bl. 1-4.

Am 26. Juli 1974 wurde der Botschafter der DDR in der VR Polen, Günter Sieber, durch Hermann Axen von der Entscheidung des ZK der SED informiert, der Überführung des Grabmals von Ferdinand Lassalle aus Wroclaw in die DDR zuzustimmen. Des Weiteren habe das Politbüro beschlossen, die Gebeine auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof beizusetzen. Weiter heißt es: „Mit allen Arbeiten der Überführung ist der Minister für Kultur, Genosse Hoffmann, beauftragt worden. Er wird sich mit der Botschaft und durch Euch mit den polnischen Organen in Verbindung setzen. Wahrscheinlich werden demnächst Fachleute der Grabmals- und Denkmalspflege aus der DDR nach Wroclaw reisen, um die Grabstätte zu besichtigen, zu fotografieren, zu vermessen usw.“²² Die Aufgabe dem Kulturministerium zu übertragen lag nahe, da ihm das Institut für Denkmalpflege unterstand. Diese geplante Umbettung wäre für die DDR nicht die erste ihrer Art aus der VR Polen gewesen. Im Jahre 1971 hatten z. B. polnische Behörden der Überführung der Gebeine des preußischen Heeresreformers und Militärtheoretikers Carl von Clausewitz in seinen Geburtsort Burg bei Magdeburg zugestimmt. Clausewitz war 1831 in Breslau gestorben. Die Fläche des eingeebneten Breslauer Militärfriedhofs war zur Bebauung vorgesehen.²³

Im Oktober 1974 erfuhren die Mitarbeiter des Generalkonsulats der DDR in Wroclaw, dass die Überführung Lassalles infrage gestellt sei. In einem offiziellen Gespräch am 18. Oktober 1974 bestätigte der Vizepräsident der Stadt Wroclaw Ludwik Hauschild gegenüber dem Generalkonsul Dupke, dass die Stadt nicht gegen eine Überführung sei, es aber Schwierigkeiten auf politischer Ebene gäbe, die er jedoch nicht näher erläuterte. Der Friedhof werde seiner Meinung nach auf jeden Fall planiert und in eine Grünanlage mit Parkcharakter umgewandelt. Man könne jedoch die Grabanlage Lassalles in einer Umzäunung erhalten.²⁴ Nichtsdestotrotz beschäftigte sich am 5. Februar 1975 das Sekretariat des ZK der SED mit der Verlegung der Grabstätte in die DDR. Im Sitzungsprotokoll wurde festgelegt, einen möglichen Standort auf dem Zentralfriedhof Berlin-Friedrichsfelde zu prüfen.²⁵ Auch im Ministerium für Kultur der DDR

22 Ebenda, Bl. 5.

23 Siehe Encyklopedia Wroclawia, Wroclaw 2000, Stichwort: cmentarze wojskowe (Militärfriedhöfe), siehe auch http://de.wikipedia.org/wiki/Carl_von_Clausewitz (Zugriff: 8.10.2013).

24 SAPMO-BArch, DY 30/12435, Bl. 6.

25 Protokoll Nr. 12/75 der Sitzung des Sekretariats des ZK der SED am 5. Februar 1975, SAPMO-BArch, DY/30/2629, Bl. 11.

ging man weiterhin von einer Umbettung aus. Als Minister Hans-Joachim Hoffmann von Schwierigkeiten erfuhr, benachrichtigte er am 26. Februar 1975 die Leiterin des Büros des Politbüros Annelies Schulz. Von der Mitarbeiterin des Instituts für Denkmalpflege Dora Miethe, die persönlich beauftragt war, die Überführung des Lassalle-Denkmal aus Wroclaw in die DDR vorzubereiten, habe er von einigen ungeklärten Fragen auf polnischer Seite erfahren. Verschiedene gesellschaftliche Organisationen hätten Einspruch gegen die Überführung erhoben. Sofort habe er Botschafter Sieber in Warschau auf diese Problematik hingewiesen und um genaue Informationen gebeten.²⁶ Diesen informierte dann am 5. März 1975 das polnische Außenministerium über eine neue Lage. So hätten internationale jüdische Organisationen signalisiert, dass sie aus religiösen Gründen gegen die Einebnung und Verlegung jüdischer Gräber auftreten werden. In der Volksrepublik fürchtete man antipolnische Kampagnen, die in den Niederlanden und den USA vorbereitet werden sollten, falls es zur Einebnung jüdischer Friedhöfe in Polen kommen würde. Das polnische Außenministerium entschuldigte sich, die DDR nicht rechtzeitig über die veränderte Situation in Kenntnis gesetzt zu haben.²⁷ Der bundesdeutsche Diplomat Klaus Reiff geht davon aus, dass PVAP-Parteichef Edward Gierek ein Machtwort zum Erhalt des Friedhofes gesprochen habe.²⁸

In Wroclaw selbst gab es außerhalb aller diplomatischen und politischen Aktivitäten Menschen, die sich mit der Einebnung des alten jüdischen Friedhofs nicht einverstanden erklären konnten, die ihn als Teil ihrer Stadtgeschichte betrachteten, die es zu bewahren galt. Der heutige Direktor des Wroclawer Stadtmuseums, Maciej Łagiewski,²⁹ hatte sich jahrelang mit großem persönlichem Engagement um den Erhalt des Friedhofes bemüht, der zu seiner Lebensaufgabe wurde. Ein Erfolg war die Aufnahme dieses Objektes am 24. Mai 1975 in das Denkmalregister der Stadt. In den folgenden Jahren wurde mit den Sicherungs- und Sanierungsarbeiten begonnen.

In Vorbereitung des 120. Todestages von Ferdinand Lassalle 1984 wandte sich der SPD-Vorsitzende Willy Brandt in einem persönlichen Brief an den Ersten Sekretär des ZK der PVAP und Ministerpräsidenten Polens General Wojciech Jaruzelski. Darin bat er nicht nur um die Restaurierung des Grabes, sondern hoffte auch, es zu einer Gedenkstätte der

26 SAPMO-BArch, DY 30/9796, Bl. 6.

27 SAPMO-BArch, DY 30/9796, Bl. 8.

28 Siehe Reiff, Polen, S.92.

29 Siehe Encyklopedia Wroclawia, Stichwort: Łagiewski Maciej.

Arbeiterbewegung beider Länder werden zu lassen. Zum Todestag Lassalles am 31. August war das Grabmal pünktlich von polnischen Fachleuten saniert und rekonstruiert. Zu einem deutsch-polnischen Gedenkort wurde das Grab damals noch nicht, aber zu einem deutsch-deutschen, denn Kränze und Blumengebinde der SPD und der SED lagen nebeneinander. Zeitversetzt waren der frühere nordrhein-westfälische Ministerpräsident Heinz Kühn für die Friedrich-Ebert-Stiftung sowie Karsten Voigt vom Parteivorstand der SPD und im Auftrag des ZK der SED der DDR-Generalkonsul in Wroclaw auf dem Friedhof erschienen.³⁰

Heute ist der alte jüdische Friedhof eine Abteilung für Friedhofskunst des Stadtmuseums Wroclaw.³¹ Eine Büste Lassalles, geschaffen 1997 von Tadeusz Rodziński, befindet sich im Rathaus der Stadt in der Galerie der Großen Breslauer/Wroclauer.³² Viele Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg ist Ferdinand Lassalle im Bewusstsein der Stadt Wroclaw angekommen. Er dient auch als Namenspatron für ein im Jahre 2005 gegründetes Zentrum gesellschaftlichen Denkens, das sich die Verbreitung der Ideen von sozialer Gerechtigkeit, Frieden, Menschenrechten und nachhaltiger Entwicklung zur Aufgabe gemacht hat.³³

30 Siehe Reiff, Polen, S.92f. Siehe auch <http://library.fes.de/cgi-bin/digibert.pl?id=002697&dok=32/002697> (Zugriff: 8.10.2013).

31 Siehe Łagiewski, Der alte jüdische Friedhof, S.8.

32 Siehe Ders., Breslauer Juden, S.84.

33 Siehe Osrodek Myśli Społecznej im. F. Lassalle'a <http://lassalle.org.pl/> (Zugriff: 3.3.2013).

Berichte

Arbeiterbewegung und Digital Humanities.

44. Konferenz der IALHI

Anja Kruke

Die 44. Konferenz der International Association of Labour History Institutions (IALHI) fand vom 25. bis 28. September 2013 mitten in Budapest in der noch jungen Central European University (historisches Institut) in Zusammenarbeit mit dem gleichfalls in der ungarischen Hauptstadt angesiedelten Open Society Archives (OSA) statt. Am Beginn der Tagung stand die Generalversammlung, auf der *Geert van Goethem*, Direktor des Amsab-Institut für Sozialgeschichte in Gent, zum neuen Generalsekretär gewählt wurde, da Erik-Jan Zürcher 2012 das Institut für internationale Sozialgeschichte (IISG) Amsterdam verlassen hatte und damit auch der Posten des Generalsekretärs der IALHI frei geworden war. Der neu gewählte Generalsekretär verwies in seiner Antrittsrede auf die Tradition des Netzwerkes der IALHI, das vor neuen Herausforderungen des digitalen Zeitalters sowie der Tatsache stehe, dass das Interesse an Arbeiter(bewegungs)geschichte und der Sozialgeschichte zurückgegangen sei. Zugleich bewegten sich die Bibliotheken und Archive auf immer schmäler werdender finanzieller Basis. Gerade hier sei mit dem von der EU finanziell unterstützten Projekt HOPE (Heritage of the Peoples' Europe) ein guter Einstieg in die Erneuerung des Netzwerkes und der Sammlungsattraktivität bzw. der Langzeitsicherung gelungen. Van Goethem sah hier ein Vorbild für zukünftige solidarische Projekte der IALHI, um auch kleineren Institutionen den Schritt ins digitale Zeitalter zu erleichtern.

Die 2012 gegründete IALHI-Stiftung hat das im April 2013 beendete Projekt HOPE übernommen. Im Rahmen dieses Projektes wurde eine Million digitale Objekte in das europäische Kulturportal „Europeana“ (www.europeana.eu) geleitet, und diese Datenbankarbeit bildete die Grundlage eines Relaunches der website „labour history net“ als www.socialhistoryportal.org. Hier stehen inzwischen (Stand September 2013) 2,3 Millionen Datensätze zur Recherche bereit. Alle Mitglieder der IALHI wurden aufgerufen, sich an dem Aufbau dieser Verbunddatenbank, die nicht allein die digitalisierten Objekte verzeichnet, sondern auch Metadaten ohne Digitalisate (z.B. Findmittel zu Schriftgutbeständen) zur Recherche bereit-

stellt, mit der Einspeisung ihrer Daten zu beteiligen. Die IALHI ist bereit, Institute bei diesem Vorhaben zu unterstützen. In einem Workshop am Nachmittag wurden die Funktionsweise der Datenbank und die Nutzung des Shared Object Repository (betrieben vom IISG Amsterdam) für digitale Langzeitarchivierung vorgestellt. Daneben ist für 2014 geplant, auf der website eine Übersicht über die Aktivitäten der IALHI-Mitglieder zu veröffentlichen; es sind alle Institutionen aufgerufen, an info@socialhistory.org ihre Mitteilung zu machen.

Im Anschluss an die Generalversammlung wurden vier Projekte von IAHLI-Mitgliedern präsentiert. *Donald Weber* (Amsab/Universität Gent) präsentierte die Entwicklung einer „virtuellen Forschungsumgebung“ für sozialhistorische Forschung. Auf dieser Plattform sollen die Recherchemöglichkeiten für Historiker_innen und deren Vernetzungen „an einer Stelle“ ermöglicht werden. Dort sollen Quellen, Information, Publikationen ausgetauscht und miteinander kommuniziert werden können. So sollen Historiker in dieser Umgebung forschen können mit Blick auf data mining (Mithilfe von OCR z. B. bei den Zeitschriftenscans), Gesichtserkennung (Netzwerkforschung z. B. im Kontext der verschiedenen Internationalen) oder Verwendung von linked open data. Für die Forschungen wäre in einer geschützten Umgebung entsprechende Software zur Verfügung zu stellen. Allerdings kann dies nur funktionieren, wenn sich die Umgebung in eine Kommunikations-Praxis-Plattform verwandeln lässt – unter Beteiligung aller notwendigen Personen, Archivare/Bibliothekare sowie Forscher. Grundlage ist, dass man die Bedürfnisse der Nutzer_innen tatsächlich erfasst. *Bernhard H. Bayerlein* (Institut für soziale Bewegungen, Bochum) berichtete über ein geplantes Projekt, eine transnationale und interdisziplinäre Netzplattform zur Erforschung internationaler sozialer, politischer und kultureller Bewegungen des 20. Jahrhunderts aufzubauen. Der Ansatz beruht auf dem vormaligen Vorhaben einer internationalen Plattform zur Kommunismusforschung. Konkrete Teilvorhaben sind die Digitalisierung von Willi Münzenbergs „Die Zukunft“, die Erneuerung der online-Plattform zur Komintern (zusammen mit der Vereinigung für die Förderung des Archivwesens und weiteren Projekten zum Politbüro der KPdSU und zu den Internationalen Brigaden in Spanien) und eine Plattform zu Willi Münzenberg und seinem internationalen Netzwerk. *Piotr Wcislik* (OSA) zeigte, wie die polnischen illegalen Publikationen (Samisdat, in größerem Umfang im OSA gesammelt) digital in Kooperation mit anderen polnischen Partnern bearbeitet werden, um sie einfach institutionenübergreifend der Forschung im freien Zugang anzubieten. Es wurden die verschiedenen Metadaten von 600 Zeitschrif-

ten zusammengestellt und auf der Grundlage ihrer (mühsamen) Standardisierung der verschiedenen Verzeichnungen von Archiven und Bibliotheken im Rahmen der Europeana zur Verfügung gestellt. *Richard Temple* (Senate House Library, London) führte in die Geschichte des Trotzkiismus in Großbritannien ein, um die Vielfalt an vorhandenen trotzkistischen Materialien zu erklären, und verwies auf das Projekt, diese Materialien aus dem modern records centre und der Glasgow Caledonian University sowie den Hull University Archives gemeinsam zu präsentieren (Suchwort im Netz: „trotzkyst archive sources“). Zum Abschluss der Sektion stellte *Boris Belenkin* (Memorial, Moskau) dar, wie die neuesten politischen Entwicklungen die Arbeit von Memorial in Russland beeinflussen. Vom Frühjahr bis zum Sommer 2013 waren die Räume von Memorial unter dem Verdacht, dass die Institution ein „Agent des Auslands“ sei, wiederholt durchsucht worden. Grundlage ist ein neues russisches Gesetz, das Organisationen, die Gelder aus dem Ausland erhalten, unter den Generalverdacht der Spionage stellt. Dennoch hat Memorial es daneben vermocht, eine Ausstellung über die Geschehnisse im Herbst 1993, als Russland am Rande eines Bürgerkriegs stand, zu erarbeiten und Konferenzen in Moskau und Paris vorzubereiten.

Die Vorträge am zweiten Tag der Konferenz standen unter dem Titel „Vom Öffnen sozialhistorischer Archive – neue digitale Herausforderungen und Methoden“.¹ *Jürgen Kocka* (Berlin) gab in seiner Eröffnungsrede einen Überblick über die neueren Entwicklungen der Sozialgeschichte (in Westeuropa). Diese Form der Geschichtsschreibung mit der Geschichte der Arbeiterbewegung im Zentrum erreichte in den 1960er- und 1970er-Jahren ihre Blütezeit und entstand aus einem Geist der Kritik und auch aus politischen Fortschrittshoffnungen heraus. Insbesondere wurde die Entwicklung durch den Ost-West-Konflikt befeuert – und entsprechend finanziell stark gefördert. Seit den 1980er-Jahren sind weitere Themen (Umwelt, Religion, Gender) und Herangehensweisen (Kulturgeschichte; Erinnerung als neues Paradigma) in den Vordergrund gerückt; das Ende des Ost-West-Konflikts beschleunigte den Rückgang des Interesses an Arbeiter(bewegungs)geschichte. Das plötzliche Ende des Konflikts wirkte wie eine Befreiung auf die Geschichtswissenschaft, die sich nicht mehr an dem Systemkonflikt orientieren musste. Dies führte zu einer stärkeren Differenzierung der Arbeiter(bewegungs)geschichte und ließ zugleich die früheren Konturen verschwimmen. Allerdings brachte dies auch mit

1 Das Programm ist online verfügbar: <http://www.ialhi.org/conference-2013>.

sich, dass die Geschichte der Arbeiter(bewegung) durch die neueren Ansätze in einem komplexeren, reicherem historischen Bild aufging. In letzter Zeit haben die Globalisierung und die Krise seit 2008 ein neues Interesse an ökonomischen Zusammenhängen und an Ungleichheit befördert. Zugleich ist eine Verschiebung des Fokusses (in und für Europa) von der Geschichte der Arbeiter zur Geschichte der Arbeit zu konstatieren. Arbeit – in der semantischen Differenz zwischen Antike und Neuzeit – wird als zentrales Konzept gesellschaftlicher Vorstellungen neu betrachtet und bewertet. Für die Frühe Neuzeit habe sich dieses Konzept als wesentlicher Ansatz zur Erforschung von Lebensvorstellungen und Identität herausgebildet, die dann zusammen mit der Entwicklung des Kapitalismus zur Herausbildung der „Arbeitsgesellschaft“ (Hannah Arendt) geführt haben. Im 20. Jahrhundert wurde das Prinzip, Erwerbsarbeit als Zentrum der eigenen und gesellschaftlichen Identität zu betrachten, in Teilen zurückgedrängt und sogar das Ende der Arbeitsgesellschaft ausgerufen, auch wenn sich soziale Beziehungen insbesondere in Deutschland mit Blick auf die sozialen Systeme um Arbeit herum strukturieren. Kocka bezeichnete es als zentral, die Entwicklung der Beziehung zwischen Arbeit und Nicht-Arbeit und ihre historischen Definitionen zu untersuchen, global und über längere Zeiträume im Vergleich hinweg. Es erscheine lohnend, die Geschichte der Arbeit zum Ausgangspunkt einer neuen Perspektive auf die Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung zu machen. Ein weiterer Ansatzpunkt scheint in der globalen Herangehensweise auf, die mit transnationalen Perspektiven und einer größeren Regionalgeschichte einhergeht. Er bezeichnete Globalgeschichte als einflussreichsten neuen turn der Geschichtswissenschaft der letzten 20 Jahre, trotz vieler Missverständnisse über die Definition dieses Ansatzes. Durch Globalgeschichte werde die Durchbrechung des nationalen Rahmens provoziert und durch Fragen nach Verbindungen, Gemeinsamkeiten oder Trennendem zwischen Gesellschaften bereichert; dies schaffe ein Verständnis der wachsenden Abhängigkeit der verschiedenen Regionen der Welt. Ein solcher Ansatz wäre mit der florierenden Geschichte der Arbeiterbewegung außerhalb Europas zu verbinden; spezifisch könnten diachrone Vergleiche über Kontinente hinweg Erkenntnisgewinne bringen. Beziehungen und Verhältnisse zwischen Arbeiterschaften könnten ebenfalls global konkret unter den kolonialen Bedingungen wie auch hinsichtlich der Dekolonisierung untersucht werden. Insgesamt bedeuten diese beiden Ansätze und Fragen zur Arbeit und Globalgeschichte eine produktive Herausforderung traditionell herausgebildeter Ansichten und Bewertungen der Geschichte der Arbeiterbewegung.

In der ersten Sektion des Tages unter dem Titel „Samlungsstrategien und Forschungsinteressen wieder verbinden“ entsprach der Vortrag von *Henk Wals* (IISG) den Forderungen Jürgen Kockas, global zu denken und in einem weiteren Sinne Material zum Thema „Arbeit“ zusammenzutragen. Das IISG arbeitet seit 1999 an einem Forschungsprogramm zu einer Globalgeschichte der Arbeit 1500 bis 2000 und sammelt in einem entsprechend globalen Zuschnitt. Eine Kollektion von Daten und Texten zu den Umständen der Arbeit – in Kooperation mit anderen Einrichtungen z. B. im Kontext des EU-Projektes *clio-infra* – bildet dabei die Grundlage, um mithilfe von unterschiedlichen Auswertungsansätzen des *data mining* Fragen nach Übergängen und Veränderungen stellen zu können. *Ioana Macrea-Toma* (OSA) gab einen historiografischen Einblick darin, wie Kategorien wie Arbeiterschaft und „ordinary people“ über die Sammlungstätigkeit von Archiven geschaffen wurden/werden und wie die historischen Interpretationen dieser Quellen über die Zeit variieren und verschiedene Muster festlegen, die wiederum auf die Archive zurückwirken. *Prióska Darvasi* (Institut für Politische Geschichte, Budapest) stellte die Geschichte des Instituts der früheren ungarischen kommunistischen Partei nach 1990 vor, das seit 1998 als Stiftung existiert, als unabhängige Einrichtung forscht und einen freien Zugang zum Archiv ermöglicht. Zwar wurden 1995 viele Dokumente durch die Verstaatlichung von Teilen des Archivs entfernt, doch wächst das Archiv insgesamt durch die Übernahme der Unterlagen der ungarischen Gewerkschaften. Das Archiv befindet sich seit 2012 in einer Art Kulturkampf mit der Regierung und muss ohne öffentliche Unterstützung auskommen.

Die zweite Sektion widmete sich Fragen der Sekundäranalyse von sozialhistorischen Daten. Zunächst stellten *András Lénárt* und *Judit Gárdos* (beide Ungarische Akademie der Wissenschaften, Budapest) das Projekt ihrer Forschergruppe „Voices of the 20th century“ vor, mit dem sie versuchen, sozialwissenschaftliches Material aus qualitativen Untersuchungen in Ungarn seit den 1960er-Jahren zu einem virtuellen Archiv zusammenzutragen (<http://www.20szazadhangja.hu/english>). Damit wird sozialwissenschaftliche Forschung aus der sozialistischen Zeit erstmals veröffentlicht und steht einer neuen Analyse zur Verfügung. *Nikola Bakovic* (Internationales historisches Archiv, Čačak) stellte sein Projekt zur Arbeiterschaft Serbiens vor, die er anhand von Unterlagen aus Bankrott gegangenen Unternehmen in lokalen Archiven untersucht. Aus diesen Materialien gingen die Pensionsansprüche hervor, daher waren diese ursprünglich nicht zur längerfristigen Archivierung gedacht. Mit einem weiteren Beispiel konnte er zeigen, wie in lokalen Archiven Unterlagen liegen, auf

deren Grundlage Prozesse um Entschädigungsansprüche von ehemaligen Zwangsarbeitern geführt werden konnten. *Katarzyna Werner* und *Katarzyna Sawko* (Centrum Cyfrowe, Warschau) stellten das Projekt „offene historische Stätten“ online (project: polska) ihrer NGO vor, mit dem sie mithilfe von crowdsourcing versuchen, Informationen und Dokumente zu historischen Stätten Polens zusammenzutragen. Dies hat zur Fortsetzung einer offenen Digitalisierung der archivischen Unterlagen des Denkmalschutzes der Woiwodschaft Oppeln geführt. Dies gelingt auf der Grundlage, dass das Projekt und das Vorgehen transparent sind; verwendete Lizenzen sind creative commons.

Anschließend ging es um biografische Zugänge für Sozialgeschichte. *Eszter Zsófia Tóth* (Nationalarchiv Ungarn) präsentierte die vielfältigen privaten Medien, die das ungarische Nationalarchiv in der nach dem britischen Historiker benannten Mark Pittaway oral history-Sammlung zusammenträgt, um einen archivarischen Zugang zur Alltagsgeschichte Ungarns zu schaffen. *Helga Dörner* und *Andrea Petö* (beide Central European University) legten dar, wie sie Archive als „Labor“ für ihr professionelles Training verwenden und dabei gleichzeitig deren Lernen untersuchen. Dabei steht in besonderem Fokus die Frage, wie in Gender-Perspektive das Visual History Archive der USC Shoah Foundation an der Universität für ein multimediales Lernen über den Holocaust genutzt werden kann. Anschließend stellte *Massimo Repetto* (Biografisches Archiv der Arbeiterbewegung, Genua) das 2012 gegründete Archiv vor (www.archiviobiografico-movimentooperaio.org). Es werden 15.000 Biografien online (neben publizierten Bänden) bereitgestellt und durch Dokumente aus verschiedenen Archiven zu und von den Personen (Fotos, Urkunden, Briefe, Bücher etc.) digital ergänzt. *Alfredo Caldeira* (Stiftung Mário Soares, Lissabon) problematisierte den Umstand, dass online verfügbare Quellen nicht alle vorhandenen Quellen enthalten, dass die digitalisierte Fassung nicht der überlieferten Ordnung entspricht und dass so unter Umständen der Überlieferungskontext verloren geht. Insgesamt konstatierte er, dass der Stand der Digitalisierung und ihrer Darstellung im Netz noch nicht den archivarischen Anforderungen entspricht, sodass sich verschiedene Routinen der Recherche und des Umgangs mit Materialien herausbilden.

Die letzte Sektion der Tagung drehte sich um den Ansatz, die Geschichte des Kalten Krieges im Angesicht neuer Zugänglichkeit zu Quellen neu zu schreiben. *Andrey Sorokin* (Russisches Staatliches Archiv für sozial-politische Geschichte, Moskau) stellte vor, wie sich das auf Geheimhaltung angelegte zentrale Parteiarchiv seit 1990 durch Quelleneditionen und verschiedene online-Angebote zu einem auf Zugänglichkeit

ausgerichtetes Archiv entwickelte. Ganz neu (überarbeitet) wurde die Datenbank zu den internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg (mit 300.000 Digitalisaten im Volltext suchbar, <http://interbrigades.inforost.org>). In der nächsten Zeit ist geplant, alle Findbücher online zu stellen; zudem wurden fast alle geheimen Dokumente im Archiv deklassifiziert (Rest sind 0,5 Prozent des Bestandes). Sorokin wies auf die besondere Anfälligkeit der Geschichte zur politischen Instrumentalisierung hin, die einen offenen Umgang umso notwendiger mache. Zum Abschluss präsentierten *Irina Gordeeva* (Russische Staatliche Universität für Humanwissenschaften, Moskau) und *Olga Zaslavskaya* (OSA), wie illegale Publikationen und Organisationen der früheren Sowjetunion archivarisches rekonstruiert werden.

Am letzten Tag der Konferenz wurde der Monumenten-Park, eine private Sammlung aussortierter Monumente des real existierenden Sozialismus vor 1990, besucht. Im nächsten Jahr wird die Konferenz in New York stattfinden.

„Neues über die Arbeiterbewegung in Berlin und Brandenburg“. Eine Tagung über Schicksale und Strukturen

Tobias Kühne

Am 30. November 2013 fand im August Bebel Institut (ABI) in Berlin die wissenschaftliche Tagung „Neues über die Arbeiterbewegung in Berlin und Brandenburg“ statt, auf der neuere Forschungsergebnisse und Projekte zur Geschichte der regionalen Arbeiterbewegung präsentiert wurden. Schon in den Einführungen der Bildungsreferentin des ABI *Manuela Bauche* und des Tagungsleiters *Reinhard Wenzel* (wie die folgenden Berlin) wurde deutlich, dass eine Vernetzung und Verzahnung unterschiedlicher Forschungen und Projekte wünschenswert und notwendig ist – sowohl für die Geschichtswissenschaft als auch die historisch-politische Bildungsarbeit. Schon der call for papers hatte deutlich gemacht, dass sich zahlreiche Einrichtungen und Personen wieder verstärkt mit der Geschichte der regionalen Arbeiterbewegung beschäftigen. Zahlreiche Gäste nahmen an der Tagesveranstaltung teil und trugen in angenehmer Atmosphäre zu fruchtbaren Diskussionen bei.

Das erste Panel war Einzelaspekten der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung gewidmet. *Henning Holsten* stellte seine Forschungen zu Wahlen und Wahlrechtskämpfen in Rixdorf, dem späteren Neukölln, vor. Er konnte aufzeigen, wie schwer es der frühen Sozialdemokratie aufgrund von Zensuswahlrecht und behördlichen Schikanen fiel, selbst in einer Hochburg wie Rixdorf Einfluss auf die Kommunalpolitik zu nehmen und sich gegen die bürgerliche Konkurrenz zu behaupten. Und ebenso, wie sich das proletarische Milieu mit verschiedenen Protestformen (Klagen, Boykotten, Massenprotesten) gegen den Obrigkeitsstaat zur Wehr setzte und sich überhaupt erst als „sozialmoralisches Milieu“ integrierte. Die Rixdorfer Arbeiterbewegung und ihre Kämpfe waren zwar nicht repräsentativ für die Arbeiterbewegung in Deutschland oder in Berlin, strahlten aber ins Reich aus und hatten durch die mediale Verbreitung durchaus einen Vorbildcharakter.

Axel Weiperts Thema bildete eine wenig bekannte, aber umso aufschlussreichere Episode aus der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung: der Berliner Lehrlingsstreik von 1919. Im Kontext der Revolution und Rätebewegung 1918/19 entstand auch an den Berliner Fortbildungsschulen eine breite Streikbewegung, die sich aus der Selbstorganisation von linken, fast ausschließlich männlichen Lehrlingen entwickelte. Verbindungen

zur allgemeinen Rätebewegung gab es nur partiell, politische Forderungen konnten nur zum Teil umgesetzt werden. Dennoch zeigte sich im Lehrlingsstreik deutlich das Potenzial einer emanzipatorischen Selbstorganisation von Jugendlichen „von unten“, die auf den eigenständigen Lebenswirklichkeiten der Lehrlinge beruhte.

Mit dem Verhältnis von proletarischem und intellektuellem Radikalismus in der „Linken Opposition“ der Berliner KPD von 1921 bis 1925 beschäftigte sich *Ralf Hoffrogge*. Er wies nach, dass die „ultralinke Opposition“ keineswegs als die Unterordnung eines indifferenten proletarischen Radikalismus unter einen sektiererischen intellektuellen Radikalismus bürgerlicher Provenienz zu verstehen ist. Vielmehr gab es gerade in Berlin lange Traditionen eines linken Radikalismus bei proletarischen Arbeiterfunktionären, der eine gleichberechtigte Verbindung zu Intellektuellen wie Ruth Fischer oder Werner Scholem einging. Diese linksradikale kommunistische Strömung wurde bekanntermaßen im Zuge der Stalinisierung schließlich aus der KPD gedrängt – auch dies gehört zur Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung.

Aus allen Beiträgen und der anschließenden, von *Reinhard Wenzel* moderierten Diskussion wurde deutlich, dass die Geschichte der Arbeiterbewegung gerade in Berlin vielschichtiger ist, als es eine Fokussierung auf deren große Parteien und Organisationen nahelegt. Gerade an der Basis kam es häufig zu Orientierungen und politischen Ausdrucksformen, die mit einer starren Dichotomie von totalitärem Radikalismus und entpolitiertem Reformismus nicht hinreichend beschrieben werden können.

Das Thema des zweiten Panels war der Widerstand gegen den Nationalsozialismus aus der Arbeiterbewegung. *Dennis Egginger* stellte die Gruppe „Der Rote Stoßtrupp“ vor. Diese auch in Berlin aktive Gruppe setzte sich vor allem aus recht jungen, sowohl von der SPD als auch der KPD enttäuschten Aktivisten zusammen und entfaltete im „Dritten Reich“ eine rege Widerstandstätigkeit, die bis heute unterschätzt wird. Dies liege unter anderem daran, weil der Rote Stoßtrupp als parteipolitisch nicht klar zurechenbare Gruppe sowohl von der sozialdemokratisch als auch der kommunistisch inspirierten Geschichtsschreibung weitgehend ignoriert wurde.

Dem Roten Stoßtrupp nicht unähnlich war das Netzwerk „Neu Beginnen“, mit dem sich *Tobias Kühne* beschäftigte. Als analytisches Instrument ist der Netzwerkbegriff, so Kühne, wohl am besten geeignet, eine Kleingruppe wie Neu Beginnen zu untersuchen. Im Gegensatz zu vielen anderen Widerstandsgruppen reorganisierte sich Neu Beginnen nach 1945 in Berlin wieder neu und vernetzte sich mit den ins Exil geflohenen Leitungskadern. Die Erfahrungen der Zwangsvereinigung von KPD und

SPD in Berlin und die ideologische Neuorientierung des ehemaligen Leiters Walter Loewenheim führten dazu, dass sich die Mitglieder von Neu Beginnen in Berlin unter stark antikommunistischem Vorzeichen in der SPD engagierten und dort zum „rechten Flügel“ zählten. In den Fünfzigerjahren unterstützten sie den innerparteilichen Reformprozess und die Ambitionen Willy Brandts, im folgenden Jahrzehnt kam es angesichts gesellschaftlicher Wandlungsprozesse aber zu einer zunehmenden politischen Entleerung und Erstarrung.

In der von *Stefan Müller* vom Archiv der sozialen Demokratie in Bonn moderierten Diskussion wurden, im Anschluss an die erste Vortragsrunde, nochmals die Heterogenität und die unterschiedlichen Entwicklungsstränge innerhalb der Arbeiterbewegung in Berlin thematisiert.

Die drei Referentinnen des dritten Panels, moderiert von *Bettina Munimus* von der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft e.V. (EAF) in Berlin, beschäftigten sich mit biografischen bzw. geschlechtsspezifischen Zugängen zu der Geschichte der Arbeiterbewegung in Berlin. In ihrem Überblick zu bekannten Berliner Sozialdemokratinnen veranschaulichte *Claudia von Gélieu* (wie die folgenden Berlin) die Vielfalt der Lebenswege und die Gründe für ein politisches Engagement von Frauen in der Arbeiterbewegung, die sich zum Teil von jenen ihrer männlichen Genossen unterschieden. Aus ihrem Beitrag wurde noch einmal deutlich, dass die Rolle von Frauen in der Arbeiterbewegung bis heute zu Unrecht unterschätzt wird und weiterer Forschungen und politischer Bildungsarbeit bedarf.

Gisela Notz beschäftigte sich mit Pauline Staegemann (1838-1909), einer der wichtigsten Wegbereiterinnen der sozialdemokratischen Frauenbewegung. Der Lebensweg der aus einem Arbeiterhaushalt stammenden und früh verwitweten Pauline Staegemann macht sehr deutlich, dass Frauen in der Arbeiterbewegung keineswegs als „Anhängsel“ ihrer politisch aktiven Männer zu betrachten sind. Und auch nicht nur als Teil einer allgemeinen Frauenbewegung: Nicht allein um die Gleichstellung von Frauen und Männern ging es Sozialdemokratinnen wie Pauline Staegemann, sondern auch darum, die Erkenntnis durchzusetzen/zu vermitteln, dass eine Gleichstellung der Geschlechter nur im und durch den Sozialismus zu erreichen sei.

Die interessante politische Biografie von Franz Künstler (1888-1942), Mitglied des Reichstages und Vorsitzender des Bezirksverbandes der Berliner SPD von 1923 bis 1933, stellte *Ingrid Fricke* vor. Gerade an einer Person wie Franz Künstler würden die Ambivalenz, die Wege und die Wendungen der Geschichte der Arbeiterbewegung Berlins in der ersten Hälft-

te des 20. Jahrhunderts sichtbar. Der Vortrag von Fricke zeigte, dass die lange Zeit als veraltet geltenden biografischen Zugänge nach wie vor ein wichtiges Instrument bei der Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung sein können – insbesondere im regionalen Kontext.

In der anschließenden Diskussion wurde unter anderem die Frage thematisiert, ob Historikerinnen und Historiker unterschiedliche Zugänge zur Geschichte der Arbeiterbewegung haben, sich eher Männer mit Strukturen und Frauen mit biografischen Ansätzen beschäftigen oder in diese abgedrängt werden. Geklärt werden konnte diese Frage natürlich nicht, aber es wurde sehr deutlich, dass sich auch die Geschichtswissenschaft im Umfeld der Arbeiterbewegung permanent selbst historisieren muss.

Zum Ende der Tagung stellte *Daniela Honigmann* (Prag) das multimediale ABI-Projekt „Werkstatt Linke Lebensläufe“ (www.linke-lebenslaufe.de) vor, mit dem zahlreiche Biografien linker Berliner zugänglich gemacht werden. Nicht um eine scharfe Eingrenzung, wer „links“ ist, gehe es, so Honigmann, sondern um die Darstellung unterschiedlicher, auch widersprüchlicher Lebensläufe von Linken aus Berlin.

In der Abschlussdiskussion wurden verschiedene Fäden noch einmal aufgenommen und unter unterschiedlichen Aspekten debattiert. Als Fazit zogen viele Referenten/innen und Teilnehmer/innen, dass die Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung gerade unter regionalem Blickwinkel eine Vielschichtigkeit offenlegt, die von abgegrenzten Organisationsgeschichten bisweilen verdeckt wird. Ausgeforscht jedenfalls ist die Geschichte der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung noch lange nicht.

Demokratie und Revolution in den Werken Rosa Luxemburgs. Internationale Konferenz

Ingo Schmidt

Die von der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft in Zusammenarbeit mit Transform Europe und Espace Marx ausgerichtete Konferenz am 4./5. Oktober 2013 in Paris war mit rund 200 Teilnehmern gut besucht. Zweimal mussten die Veranstalter im Vorfeld größere Veranstaltungsräume an der Sorbonne buchen. Über die Organisatoren hinaus wurde die Konferenz von einer ganzen Reihe weiterer Organisationen und Zeitschriften unterstützt. Die Diskussionen zum Hauptthema der Konferenz – Demokratie und Revolution in den Werken Rosa Luxemburgs – wurden so auch zu einer Debatte um die Neugruppierung der französischen Linken. Mit Teilnehmern aus Argentinien, Brasilien, Deutschland, Großbritannien, Indien, Japan, Kanada, Polen und Russland war gleichzeitig eine Vielfalt unterschiedlicher nationaler praktischer Erfahrungen und Diskussionstraditionen vertreten.

Zu Beginn der Konferenz berichteten *Annelies Laschitzka* (Berlin) und *Sebastian Budgen* (Paris) über die Veröffentlichung bislang unbekannter Texte Luxemburgs in Deutsch bzw. den Stand der englischen Gesamtausgabe. Pünktlich zum 100. Jahrestag der Erstveröffentlichung der „*Akkumulation des Kapitals*“ erschien 2013 der erste von zwei geplanten Bänden mit Luxemburgs ökonomischen Schriften. Damit wird englischsprachigen Lesern erstmals der Zugang zur „Einführung in die Nationalökonomie“ ermöglicht. In der Diskussion um Demokratie und Revolution betonten *Isabel Loureiro* (São Paulo) und *Michael Krätke* (Lancaster) die Unterschiede zwischen dem von der Sowjetunion verkörperten Marxismus-Leninismus und Luxemburgs demokratischem Sozialismus. Interessant war in diesem Zusammenhang der Vortrag *Aleksej Gussens* (Moskau). Vor dem Hintergrund der sowjetischen Erfahrungen diskutierte er die Möglichkeiten einer Institutionalisierung sozialistischer Demokratie, die die Entstehung einer Parteidiktatur im Zuge revolutionärer Umwälzungen würde verhindern helfen. Ob sein Rückgriff auf die von Robert Dahl und Charles Lindblom vorgeschlagene politische Einhegung des amerikanischen Monopolkapitals in diesem Zusammenhang ein subversiver Gedanke oder eine unkritische Übernahme westlicher Theorien darstellt, bedarf allerdings noch weiterer Diskussionen. Verbindungen zwischen Luxemburg und anderen Theorien stellte auch *Philippe Corcuff* (Lyon) her, der aus einer liber-

tären Perspektive die von Andre Gorz in den späten 1960er-Jahren entwickelten Gedanken eines radikalen Reformismus mit dem Pragmatismus und der Reformpädagogik John Deweys in die Debatte einbrachte.

Während Gussev und Corcuff nach Erweiterungen zu Luxemburgs politischer Theorie suchten, um sozialistische Strategien für die Zukunft zu begründen, rekonstruierte *Jörg Wollenberg* (Bremen) einige selten wahrgenommene Wirkungen dieser Theorie in der Vergangenheit. Dabei folgte er den stark von Luxemburg geprägten Dissidenten der deutschen Arbeiterbewegung aus SAP und KPO über das Exil bis in die Bundesrepublik. Es blieb aber unklar, ob er mit seinem Hinweis auf Willy Brandt, der 1989 in der „Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte“ einen Artikel über Rosa Luxemburg veröffentlicht hatte, letztere zur Kronzeugin der Politik der Brandt-SPD machen wollte oder nicht. *Michael Löwy* (Paris) und *Ben Lewis* (London) äußerten sich da eindeutiger. Beide betonten, dass Luxemburg die Bolschewiki ebenso kritisiert habe wie die bürgerliche Demokratie und insofern für einen eigenständigen Ansatz sozialistischer Politik stehe. Unweigerlich führte die Diskussion dieser Politik zur Frage der Spontaneität, die *Pablo Slavin* (Mar de la Plata/Argentinien) als positives Unterscheidungsmerkmal gegenüber einem von oben verordneten Partei-Sozialismus verteidigte. Mit einer feinsinnigen, aber sehr wichtigen Unterscheidung zwischen Spontaneität und Kreativität machte *Ottokar Luban* (Berlin) dagegen deutlich, dass erstere Aktionen der Arbeitermassen eher als automatische Reaktionen auf politische und ökonomische Zwänge darstelle und damit die Erfahrungen und Eigeninitiative der Arbeiter und die darin zum Ausdruck kommende Kreativität verkenne.

Die Eigenständigkeit Luxemburgs betonte auch *Ingo Schmidt* (Vancouver/Kanada). Mit Blick auf ihre ökonomische Theorie wies er daraufhin, dass ihre Analyse des Kolonialismus als notwendiger Bestandteil kapitalistischer Akkumulation auch zum Verständnis der Kolonisierung von Lebenswelten und Natur herangezogen werden könnte. Damit ergäben sich auch neue Perspektiven, die Kämpfe um die Verteilung des kapitalistisch produzierten Reichtums mit den Kämpfen gegen die vollständige Kommodifizierung des Lebens zu verbinden. Diesen Punkt betonte auch *Frigga Haug* (Berlin), die in diesem Zusammenhang noch einmal ihre „Vier-in-einem-Perspektive“ für eine neue Linke vorstellte. Dabei wies sie insbesondere darauf hin, dass die vom Neoliberalismus betriebene Zerstörung des Sozialstaates einen Weltkapitalismus geschaffen habe, der dem aus Rosa Luxemburgs Tagen in vieler Hinsicht ähnlicher ist als dem Sozialstaatskapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg. Haug knüpfte bei ihren Überlegungen an ihre über Jahre entwickelte Synthese aus Marxismus und Femi-

nismus an, die auch Rosa Luxemburgs Theorien einschließt. *Sandra Reins* (Edmonton/Kanada) Vortrag hakte hier nach und fragte, auf welcher Seite dieser Gleichung Luxemburg stünde. Dabei ging sie von der These aus, dass Luxemburg stets als Marxistin positiv oder negativ wahrgenommen worden sei, dass sich ihre Texte jedoch ebenso gut als Beiträge zur feministischen Theorie verstehen lassen. Welche politischen Konsequenzen sich aus einer Interpretation Luxemburgs als Feministin ergeben könnten, ließ Rein allerdings offen.

Aus einer ganz anderen Perspektive beschäftigte sich *Sobhanlal Datta Gupta* (Kalkutta) mit den Interpretationsmöglichkeiten dieser Texte. Er wies darauf hin, dass sich der ganze Ideenreichtum von Luxemburgs veröffentlichten Texten erst vor dem Hintergrund ihres Briefwechsels erschließe. Nicht nur werde hierdurch ein Licht auf die Entstehungsgeschichte ihrer Werke geworfen, auf die sie in Briefen an Gleichgesinnte immer wieder zu sprechen kommt. Mindestens ebenso interessant sei die Behandlung politischer Fragen in rein privaten Zusammenhängen. Die Forschungen Guptas dürften gerade für die marxistisch-feministische Debatte von Interesse sein, in der das Verhältnis von Privatem und Politischem eine so wichtige Rolle spielt. Dies gilt auch für *Rory Castles* (Swansea/Großbritannien) Beitrag zur familiären Prägung Rosa Luxemburgs. Dieser Aspekt in Luxemburgs Biografie fand bisher, so Castle, wenig Beachtung, weil die entsprechenden Archive nicht zugänglich waren und Familienangehörige nicht bereit waren, Auskunft zu geben. Dies habe sich mittlerweile aber geändert, sodass nunmehr auch das Private in Luxemburgs politischem Leben genauer erforscht werden kann.

Am Rande der Konferenz stellte *Kate Evans* Auszüge ihres demnächst erscheinenden Comicbuches über Leben und Werk Rosa Luxemburgs vor, zu dem *Paul Buble* die Texte beisteuerte. Damit, so die Hoffnung Evans und Buhles, werden Luxemburgs Ideen auch Kreisen zugänglich, die nicht an akademischen Konferenzen teilnehmen können oder wollen.

Mehr Gerechtigkeit wagen. Willy Brandts globales Engagement. Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Harald Lange

Die von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) organisierte Veranstaltung am 17. Dezember 2013 anlässlich des 100. Geburtstags von Willy Brandt war sehr gut besucht. Das Publikum folgte den Ausführungen auf dem Podium mit Aufmerksamkeit und spendete mitunter lebhaften Beifall. Die Verärgerung über die Absage einiger der angekündigten internationalen Gäste und auch des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel hielt sich in Grenzen.

Zur Begrüßung sprachen *Kurt Beck* als Vorsitzender der FES und *Wolfgang Thierse* als Vorsitzender der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. Thierse konzentrierte sich bei seinem kurzen Rückblick auf Brandts Lebensweg auf dessen internationales Wirken. Brandt, so sagte er, sei „das Gesicht der Sozialdemokratie weltweit“ gewesen. Er verwies u. a. auf Brandts seinerzeitigen Einsatz für die Freilassung Nelson Mandelas.

Der erste Teil der Tagung stand unter dem Motto „Willy Brandts internationale Weggefährten im Interview“. Leider fehlten von den angekündigten Interviewpartnern die früheren Ministerpräsidenten aus Spanien und Portugal Felipe González Márquez und Mário Soares sowie Erhard Eppler. Von den angekündigten Persönlichkeiten war lediglich der ehemalige Präsident der Sozialistischen Partei Chiles, Ricardo Núñez Muñoz, erschienen. Neben ihm nahmen *Heidemarie Wiecezorek-Zeul* und *Egon Bahr* auf dem Podium Platz. Die Interviews – besser gesagt: die Moderation – übernahm *Petra Pinzler* von der Wochenzeitung „Die Zeit“. *Ricardo Núñez Muñoz* hob hervor, dass sich seine Partei seinerzeit an den Ideen von Marx und Lenin orientiert habe. Die Regierung Allende und der Widerstand nach dem von den USA maßgeblich beförderten Putsch seien besonders von der DDR, der Sowjetunion und Kuba unterstützt worden. Auch die Sozialistische Internationale (SI) habe sich unter der Führung Willy Brandts stets für die Demokratie in Chile eingesetzt. Egon Bahr äußerte sich hierzu nur mit kargen Worten. Er verwies auf den vielfach bezeugten persönlichen Mut Willy Brandts sowie auf dessen Fähigkeit, auch mit Marxisten-Leninisten sachlich zu reden und zu arbeiten. Die US-amerikanische Außenpolitik sei von Brandt keinesfalls unkritisch gesehen worden. Auch Brandt habe z. B. die amerikanische Kriegsführung in Vietnam als ein Verbrechen betrachtet. Er habe jedoch den Standpunkt vertreten, „dass man einen Freund, der in eine schwierige Situation gera-

ten ist, schonen müsse“. Brandts großes Verdienst – hob Bahr hervor – sei die neue Ostpolitik gewesen. Der unvergessene spontane Kniefall in Warschau habe ihm dann zu Recht den Friedensnobelpreis eingetragen. Brandt sei stets dem Motto gefolgt: Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts. Heute – so Bahr – könne man nicht mehr so sicher sein, ob dies noch so gesehen werde. Er bemerke Tendenzen zu einem Rückfall in den Kalten Krieg, und er befürchte ein Ausnutzen des „grenzenlosen Netzes“ für neue kriegerische Möglichkeiten. Heidemarie Wiczorek-Zeul fügte hinzu, dass Brandt es verstanden habe, seine Wertorientierung mit pragmatischem Handeln zu verbinden. Brandt habe mit seinen Visionen und dem Aufzeigen von Perspektiven eine Mehrheit der Gesellschaft erreicht. Für die SPD sei es wichtig, auch heute wieder Visionen und Perspektiven erkennbar zu machen.

In einem zweiten Panel wurde die Frage aufgeworfen, was von der Ostpolitik Brandts heute noch bleibe. Neben *Egon Bahr* saßen auf dem Podium die polnische politische Aktivistin *Maria Skóra*, die Vertreterin des tschechischen Senats beim Europäischen Parlament *Jana Maláčová* und der russische Duma-Abgeordnete *Ilja Ponomarev*. Da die Gäste aus Polen, Tschechien und Russland wiederholt eine mangelnde Unterstützung der Opposition in ihren Ländern seitens der Sozialdemokratie zu realsozialistischen Zeiten beklagten, sah Bahr sich veranlasst, deutlich auf den Brandtschen Grundsatz eines beharrlichen Ringens um Kompromisse zu verweisen. Er ging ausführlich auf seine eigene Rolle als offizieller und als geheimer Vermittler bei den seinerzeitigen schwierigen Verhandlungen mit der Sowjetunion ein. Zudem verwies er auf die Bedeutung, die man der gegenseitigen Sympathie der führenden Politiker zumessen müsse. Brežnev und Brandt – sagte Bahr – „liebten beide Wein, Weib und Gesang“. Was Russland angehe, so erinnere er an einen Ausspruch von Bush d.Ä., der einmal gesagt habe, Russland müsse sich nach seinen eigenen Traditionen entwickeln. Die russische Demokratie könne nur als eigenes Langzeitprojekt funktionieren. Und als Mahnung an politische Heißsporne fügte Bahr hinzu: Halten Sie sich an Brandts Prinzip, alle an einen Tisch zu holen und möglichst alle zu integrieren. Deutschland, sagte er abschließend mit Hinweis auf die aktuelle Lage in der Ukraine, dürfe niemals einen Vorschlag zur Teilung eines anderen Staates machen.

Als dritter Schwerpunkt der Veranstaltung wurde der Nord-Süd-Konflikt diskutiert. Auf dem Podium saßen nun *Heidemarie Wiczorek-Zeul*, *Dirk Messner*, der Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, *Viviana Piñeiro Rodríguez*, die Präsidentin der Sozialistischen Jugendinternationale, *Bibek Debroy*, ein Ökonom aus Indien, sowie als Moderato-

rin *Jule Reimer* vom Deutschlandradio. Ausgangspunkt der Diskussion war der unter der Leitung Willy Brandts ausgearbeitete sogenannte Brandt-Report (1980/1983) und die Frage, was aus den damals aufgeworfenen Problemen und vorgestellten Lösungsansätzen geworden sei. Der Befund war eindeutig: Die alten Probleme des Hungers, des Klimawandels und der grassierenden Ungerechtigkeit sind nicht gelöst, und sie verschärfen sich teilweise. Dies geschehe nicht nur zwischen Nord und Süd, sondern auch innerhalb der einzelnen Länder und Regionen. Die Teilung in Arm und Reich werde zunehmend auch im Norden ein Problem. Auf die Frage, warum der Brandt-Report nicht nur nicht umgesetzt wurde, sondern auch sehr schnell in Vergessenheit geraten sei, antwortete Dirk Messner, dass der Report „zur Unzeit gekommen“ sei, denn der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan und die „Dynamik des Neokonservatismus“ hätten andere Fragen auf die Tagesordnung gesetzt. Der Bericht habe „im Gegensatz zu den zentralen Fragen jener Jahre“ gestanden. Heidemarie Wiczorek-Zeul fügte hinzu, dass der Kampf gegen den Terrorismus ebenfalls andere Schwerpunkte gesetzt habe. Es sei dringend erforderlich, die Auseinandersetzung mit dem marktradikalen Denken zu intensivieren und den Focus der Politik weit mehr auf die unteren vierzig Prozent der Menschen in allen Ländern der Erde zu richten. Zur Zeit registriere man jedoch eher einen Rückgang der öffentlichen Mittel für Entwicklung. Die Eliten in den Entwicklungsländern würden zudem oftmals falsche Prioritäten setzen, sodass es häufig zu einer Stärkung der Eliten, aber nicht zu einer Verbesserung der Lage der Mehrheit der Bevölkerung komme. Viviana Piñeiro Rodríguez wies darauf hin, dass es in Lateinamerika inzwischen einige progressive Regierungen gebe, denen es – wie sie meinte – gelinge, die internationalen Finanzinstitutionen zu mehr Fairness zu bewegen. Auch die SI sollte gehalten sein, eine eigene Agenda für mehr Gerechtigkeit zu entwickeln. Messner betonte, dass in den letzten Jahren mehr Wissen über den Klimawandel und über andere wichtige Prozesse gewonnen worden wäre, das es objektiv erlauben würde gemeinsame Interessen herauszuarbeiten und verbindliche Entwicklungsziele zu vereinbaren. Es gebe jedoch „eine unheilige Allianz der Verweigerung“. Die Menschheit wäre durchaus in der Lage, die weltweite Armut auf zehn Prozent zu reduzieren. Doch es müssten die „Erdsystemgrenzen“ definiert werden, und es müsste endlich die Frage beantwortet werden, welches Wohlfahrtsmodell für alle gültig sein könnte. Piñeiro konstatierte eine Krise der politischen Parteien, die zu einem Verlust der Kontakte zur Gesellschaft geführt habe. Bibek Debroy war daran gelegen, auf die starken inneren Veränderungsprozesse in Ländern wie China und In-

dien hinzuweisen, wo sich eine Art „innerstaatliches Nord-Süd-Gefälle“ herausgebildet habe. So seien z. B. 50 Millionen Menschen in Indien ohne Strom. Diese Menschen hätten keine Zeit mehr, darauf zu warten, bis in anderen Teilen der Welt genügend Strom eingespart werde. Ihnen müsse jetzt geholfen werden. Die aus dem Publikum heraus gestellte Frage nach der Bildung einer wirksamen transnationalen Macht blieb unbeantwortet. Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion waren sich einig, dass es ohne eine wesentlich stärkere internationale Solidarität keine Fortschritte geben werde.

Zum Schluss antwortete der stellvertretende SPD-Vorsitzende *Thorsten Schäfer-Gümbel* auf Fragen von *Petra Pinzler*, die Probleme der Perspektive sozialdemokratischer Politik betrafen. Zu dem Zeitpunkt hatte ca. ein Viertel des Publikums – wahrscheinlich aus Enttäuschung über das Ausbleiben des Parteivorsitzenden Gabriel – die Veranstaltung schon verlassen. Schäfer-Gümbel gab sich sehr zurückhaltend und selbstkritisch. Die Auseinandersetzung mit den Marktradikalen sei noch lange nicht entschieden. Den Neoliberalen sei es gelungen, den Freiheitsbegriff für sich in Anspruch zu nehmen. Die SPD habe die Wertediskussion vernachlässigt. Sie habe sich „vom medialen Mainstream einfangen“ lassen. Auf die Frage nach einem ernsthaften Mangel am Gestaltungswillen der SPD erwiderte Schäfer-Gümbel, dass der globale Problemdruck erst allmählich wahrgenommen werde. Doch gebe es ein zunehmendes Bedürfnis in der SPD, die Themen einer nachhaltigen Entwicklung zu problematisieren. Verschiedentlich würden schon internationale Dialoge angestoßen, so z. B. zwischen der SPD und der KP Chinas über nachhaltige Entwicklung. Viele Menschen ließen sich indessen von der realen Beschleunigung der Zeit „auffressen“. Eine neue sozialdemokratische Vision sei nicht in den nächsten fünfzehn Monaten – bis zur Europawahl – zu schaffen. So endete die Veranstaltung mit einem wenig optimistischen Ausblick.

Information

Eine herausragende Enzyklopädie für die Arbeiterklasse.
Das „Volks-Lexikon“, durchgesehen nach 120 Jahren

Holger Czitrich-Stahl

Ein „Brockhaus“ stand sicherlich in kaum einem Bücherregal einer Arbeiterfamilie. Doch gaben zahlreiche Verlage im späten 19. Jahrhundert lexikalische Werke heraus, denn der Bedarf an Allgemeinwissen reichte nun in weite Kreise der wilhelminischen Gesellschaft hinein. Die Verwissenschaftlichung der Produktion um die Zeit vor der Jahrhundertwende räumte mit dem „Schuster-bleib-bei-Deinen-Leisten“-Denken in der Arbeiterschaft auf. Da die soziale Revolution nach Auffassung der Sozialdemokraten mit „Naturnotwendigkeit“ käme, galt es, die Arbeiterklasse entsprechend zu organisieren und zu schulen, könnte man an Karl Kautsky angelehnt formulieren.

Ein wirkliches Prunkstück der Arbeiterbildung ist das von Emanuel Wurm (1857-1920) herausgegebene „Volks-Lexikon. Nachschlagebuch für sämtliche Wissenszweige mit besonderer Berücksichtigung der Arbeiter-Gesetzgebung, Gesundheitspflege, Handelswissenschaften, Sozialpolitik“. Dessen erster Band erschien 1894 im Verlag von Wörlein und Comp. in Nürnberg, und es wuchs bis 1899 auf vier stattliche Bände nebst Generalregister an. Dem ersten Band wurden zur besseren Lesbarkeit wichtige Abkürzungen zur marxistischen Quellenliteratur und zu den verwendeten Enzyklopädien, Jahrbüchern und Periodika vorangestellt. Weiterhin erhielt der Leser Hinweise zur Aussprache von Fremdwörtern zum Beispiel aus dem Englischen oder Französischen sowie ein Abkürzungsverzeichnis. Der erste Band umfasst den Wissensbestand vom Buchstaben „A“ bis zum Wort „Cyniker“. Der zweite Band (1895) beginnt mit dem „D“ und schließt mit „Gyrometer“, also dem Geschwindigkeitsmesser für drehende Bewegungen. Der dritte Band (1896) wiederum, mit dem „H“ beginnend, erstreckt sich bis zu einem Ausspruch Ciceros, nämlich „Quousque tandem?“, legte also wie in den anderen Bänden großen Wert auf klassische Bildung. Der vierte Band schließlich (1897) nahm den Wissensfaden bei „R“ wieder auf und endete mit „Zyme“, aus dem sich die Enzyme ableiten. Den vier Bänden wurde 1899 ein Generalregister nebst Ergänzungen als 5. Band angefügt. Es gibt eine Ausgabe mit Goldschrift

auf Titel und Rücken in Halbleder, eine weitere Ausgabe in Halbleder, aber mit Goldschrift lediglich auf dem Rücken, die Einbände sind hier marmoriert gemustert.

An diesem sozialistischen Großprojekt der Arbeiteraufklärung arbeiteten neben Wurm viele bekannte Sozialdemokraten, Fachleute und Publizisten mit, darunter Leo Arons, Eduard Bernstein, Eduard David, Hugo Haase, Karl Kautsky, Carl Legien, Eleanor Marx, Hermann Molkenbuhr, Robert Seidel und Arthur Stadthagen. Auch Dirk Troelstra von den niederländischen Sozialisten war, wie Emanuel Wurm auf S.960 des vierten Bandes der Auflage von 1899 schrieb, am Lexikon beteiligt.

Bei der Erarbeitung kam es sicherlich zu nutzbringenden Kooperationen. Die Seiten 290 bis 323 umfasst im ersten Band das umfangreiche Kapitel zur Erläuterung der „Arbeit“ und ihrer vielfältigen Aspekte in Staat, Gesellschaft, Wissenschaft, Politik und Kultur. Der Abschnitt, der einen Überblick über „Arbeit“, „Arbeiterbewegung“ und ihre historische und politische Entwicklung gibt, dürfte aus der Feder Karl Kautskys stammen. Hier findet sich auch jener denkwürdige Ausspruch, der die gültigen Definitionen der Bezeichnungen „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ aus marxistischer Perspektive umdeutet: „Die deutsche bürgerliche Ökonomie verdreht die Begriffe, indem sie den Käufer der Arbeitskraft, den Kapitalisten, *Arbeitgeber* nennt, und den Verkäufer derselben, den Arbeiter, *Arbeitnehmer*. Umgekehrt ist es der Kapitalist, der die Arbeit des Arbeiters empfängt, nimmt, und der Arbeiter, der diesem seine Arbeitskraft hingeben muß, weil er besitzlos ist und, ohne im Besitz der Produktionsmittel zu sein, die Arbeitskraft nicht verwerten kann.“ (S.306) Ab S.324 führt das Volks-Lexikon vor allem die geltende Rechtslage aus, an die die Arbeit, der Arbeiterschutz, der Arbeitsvertrag, der Arbeitslohn, das Koalitionsrecht usw. gebunden sind. Der Autor benannte hier akribisch sämtliche geltenden Rechtsvorschriften und unterzog diese sowohl juristischen als auch politischen Kommentierungen. Ein Großteil dieses Abschnittes wird auf die Arbeiten Arthur Stadthagens, des Rechtsexperten der Sozialdemokratie jener Jahre, zurückgehen. Im Folgenden möchte ich einige weitere exemplarische Fundstellen benennen, die den Charakter dieser sozialistischen Enzyklopädie des ausgehenden 19. Jahrhundert aufzeigen.

Im zweiten Band findet der Leser unter dem Stichwort „Erde“ (S.467-481) eine populärwissenschaftlich beeindruckende Quintessenz des seinerzeitigen Wissensstandes. Die Einordnung unseres Planeten in das gesamte damals bekannte Universum ist nüchtern und frei von jeglicher Überheblichkeit der Betrachtung der menschlichen Gattung etwa als einer „Krone der Schöpfung“. Der in geografischen (preußischen) Mei-

len ausgedrückte Äquatorialumfang der Erde entspricht mit umgerechnet ca. 40.500 Kilometern weitgehend den heutigen Erkenntnissen, auch die Entfernungsangabe der Erde zur Sonne ist auch heute noch gültig, denn 20 Millionen preußische Meilen entsprechen 150 Millionen Kilometern. Der Hobbygeograf oder Hobbyastronom unter den Lesern fand in den Ausführungen des Volks-Lexikons sicherlich Wesentliches zur Ausübung seiner Leidenschaft. Die Fachbegriffe werden allgemeinverständlich erläutert, denn eine Grundbedingung der angestrebten Hegemonie des wissenschaftlichen Sozialismus bestand in seiner Vermittelbarkeit und Verständlichkeit für die Arbeiterschaft. Das Lehren naturwissenschaftlicher Erkenntnisse lag besonders dem gelernten Chemiker, Berliner Stadtverordneten und Reichstagsmitglied Emanuel Wurm am Herzen.

Im dritten Band finden wir ab S.423 eine längere Abhandlung über das „Kapital“, vermutlich auch von Kautsky verfasst. Es ist „nach dem gewöhnlichen Wortgebrauche, Geld, aber nicht Geld schlechthin, sondern Geld, welches vom Geldbesitzer irgendwie zum Zweck des Geldgewinnes verwendet wird“. Im Weiteren erfolgen die Unterscheidung zwischen „Geld“ als Kaufmittel für Gebrauchswerte, der Aufweis der verschiedenen Formen, in denen das Kapital in der Produktionssphäre auftritt (Leihkapital, Industriekapital, Handelskapital) sowie die Darlegung des Doppelcharakters einer Ware als Trägerin von Gebrauchswert und Tauschwert. Hier zeigt sich der marxistische Anspruch des Volks-Lexikons, denn weitere zentrale Kategorien der Politischen Ökonomie nach Marx werden ebenfalls erläutert, zum Beispiel das Wertgesetz, die Mehrwert- bzw. Profitrate und deren tendenzieller Fall. Diese auch heute noch erhellenden Ausführungen enden auf S.443 u. a. mit der Forderung nach einer Vermögenssteuer als dringender systemimmanenter Reform.

Der vierte Band enthält unter dem Stichwort „Socialismus und Communismus“ (ab S.357) neben einer Begriffsbestimmung eine historische Abhandlung, angelehnt u. a. an Engels' Ideengeschichte von der Utopie zur Wissenschaft. Auf fast 100 Seiten entfalten die Autoren, wahrscheinlich gruppiert um Karl Kautsky und Eduard Bernstein, eine anregende Kurzfassung der von beiden verantworteten „Vorläufer des modernen Sozialismus“, erschienen 1895. Zugleich bieten sie eine Einführung in die Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung und ihrer Parteien seit der Zeit des Vormärz, die auch heute noch eine lohnenswerte Lektüre darstellt.

Doch auch die Gaumenfreuden durften nicht zu kurz kommen. Am Ende des vierten Bandes, ab S.907, informiert das Volks-Lexikon über Wein, die Prozesse seiner Gärung und Herstellung sowie über seine In-

gredienzen und Ausprägungen. Bemerkungen über die Besteuerung des Weines, aber auch über gesetzliche Rahmenregeln werden hinzugefügt. So hatte der Käufer bzw. die Käuferin nicht nur ein politisches Lexikon zur Hand, das die Lebenswelt und die Welt des Wissens auf sozialistische Weise enzyklopädisch gliederte und erläuterte, sondern ein wirkliches Lexikon von wissenschaftlich gebildeten Sozialisten über sämtliche Wissenszweige, wie sie sich vor rund 120 Jahren präsentierten. „Wissen ist Macht“ – diese von Wilhelm Liebknecht formulierte Prämisse wurde mit dem Volkslexikon mustergültig in die Tat umgesetzt.

Buchbesprechungen

Bernard Degen u. a. (Hrsg.): Gegen den Krieg. Der Basler Friedenskongress 1912 und seine Aktualität (Beiträge zur Basler Geschichte), Christoph-Merian-Verlag, Basel 2012, 287 S., Ill., ISBN 978-3-85616-571-0

Die Aufarbeitung des Jahrhundertgrößereignisses Erster Weltkrieg erlebte mit der Würdigung des Internationalen Sozialistenkongresses zu Basel 1912 de facto einen öffentlichkeitswirksamen formalen Prolog von großer Symbolkraft. Denn vor der Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialistischen Parteien der meisten Krieg führenden Länder war die II. Internationale als wichtigste ernstzunehmende Friedenskraft ein unkalkulierbarer Risikofaktor für die Regierungen. Und die Berücksichtigung der Stellungnahmen der organisierten Arbeiterbewegung zum Krieg ist unverzichtbarer Bestandteil des Jahrhundertgedenkens an den Ersten Weltkrieg.

Die Friedensmanifestation von 1912 war im Kontext beider Balkankriege die letzte große Zeichensetzung der Belle Époque, vor ihrem Untergang. Verglichen mit dem Ende des Kommunismus 1989 scheint der des Sozialismus von 1914 heute weniger dramatisch. Aber das ist ein Trugschluss, denn beide Ereignisse stehen in unmittelbarem Wirkungszusammenhang. Und trotz dieser beiden Niederlagen der Arbeiterbewegung ist der Sozialismusgedanke als geistige Strömung Bestandteil des Freiheits-, Gleichheits- und Brüderlichkeitsversprechens eines einstmaligen revolutionären Bürgertums, das den vierten Stand nicht als Ar-

beitsvieh und Kanonenfutter, sondern mit Menschenrechten ausgestattet sah. Menschenrechts- und Sozialismusgedanke sind eine Einheit. Denn sie haben nicht nur den gleichen Ursprung, sondern auch den gleichen universalen, richtiger: globalen Anspruch. Und diese Idee, einmal in die Welt gesetzt, war, ist und bleibt Kulturerbe der Menschheit. Jene, die heute über eine perspektivische Weltordnung ohne die historisch überlebten Paradigmen der Klassengesellschaft nachdenken und diskutieren, adaptieren diese Ideen für die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft. Basel 2012 war so ein Forum.

Stiftung und Verlag haben im Vorfeld der wissenschaftlichen Tagung in ihrer stadtgeschichtlichen Buchreihe de facto ein historisches Dokument publiziert, so wie die Organisatoren der Veranstaltung ein historisches Ereignis inszeniert haben! Die im Schwarz/Weiß wie auch im Farbdruck illustrierte Publikation spiegelt mit den einleitenden Beiträgen, Bild- und Schriftdokumenten das Zeitkolorit zum Kongressgeschehen, das kulturelle und politische Umfeld der Baseler Region vor 1914. Die 15 Beiträge zur Geschichte der internationalen pazifistischen und sozialistischen Friedens- und Arbeiterbewegung reflektieren und rezipierten einen einhundertjährigen Quellenrecherche- und Denkprozess. Aus diesem Grund darf der gediegene, mit den Biografien der 67 Kongressakteure versehene und mit der Postkarte des historischen Baseler Kongresses betitelte Paperback-Bd. mit Andacht als künftige bibliophile Rarität in die Hand genommen werden.

Die Autoren und Koautoren der fünf Hauptabschnitte 1. Der Friedenskongress der Zweiten Internationale in Basel; 2. Die Entwicklung der II. Internationale und der Friedensbewegung vor dem Basler Kongress; 3. Die Folgen des Basler Kongresses; 4. Quellen sowie 5. Friedenspolitik heute und die Aktualität des Basler Friedenskongresses sind Mitarbeiter der Baseler Universität. Das sind in alphabetischer Reihenfolge: Bernard Degen, Heiko Haumann, Pascal Maeder, Ueli Mäder, Sandrine Mayoraz, Laura Polexe, Frithjov Benjamin Schenk, Hector Schmassmann sowie André Vanoncini. Aus ihrer Feder stammen auch die 67 Biografien der Kongressakteure. Der Anhang enthält ein Literaturverzeichnis, den Bildnachweis, das Verzeichnis der Kurzbiografien und ein Autorenverzeichnis.

Degen schildert in den ersten beiden Beiträgen die wegen der Grauen des Balkankrieges unter Zeitdruck erfolgte Vorbereitung des Basler Kongresses und die wohlwollende Unterstützung durch kommunale und Kirchenbehörden. Mit seiner Schilderung der eindrucksvollen Prozession der proletarischen Friedensbewegung zum Münster, wo der große Jean Jaurès von der Kanzel herab schon mit seiner paraverbalen Ausdrucksweise auch von denen verstanden wurde, die des Französischen nicht mächtig waren, lässt er die Weihe dieser Friedensfeier lebendig werden. Mit den Namen der lokalen Organisatoren und Unterstützer wird lokale Geschichte zur internationalen Geschichte. Und der Beitrag von Mayoraz, die die Frauenversammlung am Rande des Kongresses beleuchtet, weist auf das Anschwellen einer Bewegung hin, die nach dem Krieg nicht nur

politische Gleichberechtigung, sondern ein neues Frauenbild mit beförderte. Basel in ökonomischer und kultureller Vernetzung mit Elsass-Lothringen und Südbaden und die politische Ausstrahlung der Kongressvorbereitung sowie die Folgen der Kongressrezeption behandelt Maeder. Schenk sieht den Friedenskongress als Ausdruck des neuen globalen Zeitalters, das Mitte des 19. Jh. mit zahlenmäßig rasch wachsenden internationalen NGOs und deren Initiativen angebrochen war, jedoch durch den Weltkrieg unterbrochen wurde.

Der zweite Abschnitt des Bd. bündelt den Blick auf die II. Internationale und die Friedensbewegung, Haumann und Polexe informieren knapp über deren Vorgeschichte, Aufgaben und Strukturen, und gemeinsam mit Mayoraz vermitteln sie zugleich ein informatives Bild von deren nationalen Parteien. Auch wenn die Texte, die unbedingt im Zusammenhang mit den Kurzbiografien verstanden werden müssen, nicht umfangreich sind, enthalten sie doch eine Vielzahl wichtiger, weil wesentlicher Informationen. Mit Gewinn liest man zum Beispiel über die Reformismusdebatte in Agrargesellschaften – hier der Balkanvölker unter den Bedingungen der jungtürkischen Revolution. Auch die kurze, aber markante Würdigung der Vertreter der nationalen sozialdemokratischen Parteien, von denen hier nur die der Balkanvölker, insbesondere der Bulgare Janko Iwanow Sakasow, hervorgehoben werden soll, ist verdienstvoll. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die historische Einordnung der drei letzten Sozialistenkongresse in Stuttgart 1907, Kopenhagen 1910 und Basel 1912. Haumanns Abriss der Geschichte des internationalen Pazifismus zeigt

auf, dass die pazifistische Friedensbewegung (wie auch die sozialistische Internationale) viel zu sehr in der Epoche des bürgerlichen Nationalismus verhaftet war, als dass sie den objektiven globalen Erfordernissen hätte gerecht werden können.

Im dritten Abschnitt mit vier Beiträgen von Degen, Polexe, Haumann/Polexe und Vanoncini werden die großen Friedensdemonstrationen in Europa als Nachhall von Basel beschrieben und in den Kontext des Balkankrieges gestellt, wobei die nationale Frage unter imperialistischen Bedingungen als eine der wichtigsten epochalen Themen deutlich gemacht wird und weitere Diskussionsimpulse gibt. Kritisch anzumerken ist die immer noch überzogene Erwartung, die sozialistische Arbeiterbewegung hätte mit organisierten konkreten Aktionen Einfluss auf die Politik nehmen bzw. unter den Bedingungen der Mobilmachung einen Krieg verhindern können. Damit war die Arbeiterbewegung seinerzeit überfordert. Das Problem tangiert auch die historische Beurteilung der drei Friedensresolutionen zwischen 1907 und 1912. Deren Wert, Verdienst oder Substanz besteht nicht, wie suggeriert wird, in der Androhung der Kapitalismusüberwindung als vielmehr in der strategischen Orientierung auf die Ausnutzung der durch den Krieg entstehenden Krise in diesem Sinne. Diese strategische Orientierung war die einzig mögliche realistische „revolutionäre“ Friedenspolitik und widerlegt die antiquierte Behauptung (weil ja in Russland, Österreich-Ungarn und Deutschland praktiziert), die Internationale hätte keinen konkreten Maßnahmenkatalog gehabt. Das historische Verdienst der Basler Resolution ist Bekräftigung der Stuttgarter Re-

solution von 1907 in Verknüpfung mit dem demokratischen Balkanföderationskonzept und einer Öffentlichkeit mobilisierenden antiimperialistischen Aufklärung gegen die jeweilige nationale Regierung. Vielleicht war es ja nicht der inszenierte, bewegende Pazifismus, sondern gerade die Kombination von ernsthafter systemischer Infragestellung des Imperialismus und konkretem demokratischem nationalem Konzept in hochdramatischer Zeit, die Basel 1912 diese hohe Weihe verlieh und den Kongress auch in die französische Prosaliteratur eingehen ließ, wie Vanoncini am Beispiel von Louis Aragon zeigt.

Welche Aktualität diese strategische Orientierung heute besitzt, wird im fünften Abschnitt von Maeder und Schmassmann behandelt. Sind die Antworten auf diese Frage ein Indikator für die aus dem Weltkrieg gezogenen Lehren? Oder gibt es zwischen dem Zeitalter der Globalisierung mit seinen strukturellen Ungleichheiten keine Parallelen zu den Antagonismen dieser Vergangenheit? Die hier benannte Polarisierung zwischen Massenarmut und exorbitantem Reichtum und die Verteilungskämpfe um Ressourcen beschreiben die Wirklichkeit einer bevölkerungsreichen Erde, auf der eine deregulierte und sich jeder demokratischen Kontrolle der Zivilgesellschaft entziehende Wirtschaft agiert. Ist das Problem mit einem freiwilligen, kollektiven ethischen Paradigmenwechsel zu lösen? Welche strukturellen Veränderungen sind notwendig, all diesen Widersprüchen und Konflikten die Grundlage zu entziehen? Reduziert man eine der angebotenen Lösungen der heutigen aktuellen Probleme auf die zitierte Vereinigung der Menschheit, wird man

der Wahrheit insofern näher kommen, als es tatsächlich um die globale subjektive Reife für alternative, nicht profitorientierte Organisationsformen des kulturellen Fortschritts geht. Aber worin besteht diese Reife und woher soll sie kommen, solange die wenigen, die ökonomische und politische Macht haben, den Status quo erhalten wollen, während die vielen, die durch die Ausbeutung korrumpiert und manipuliert sind, das bestenfalls kritisieren und sich von den Elenden nur die wenigsten allenfalls zu Wutausbrüchen aufrufen können? Der Wert der letzten beiden Beiträge besteht in der Fragestellung, weniger in der Antwort. Diese macht dem Buch alle Ehre und ist der einzig passende Epilog zu dem darin behandelten Thema. *Hartmut Henicke*

Heiner Karuscheit: Deutschland 1914. Vom Klassenkompromiss zum Krieg, VSA-Verlag, Hamburg 2014, 252 S., ISBN 978-3-89965-591-9

Ein Gespenst geht um in Europa. Aufgeschreckt vom medialen Wirbel um das bevorstehende hundertjährige Jubiläum seiner Geburt, spukt es durch die Feuilletons aller Länder und fragt: Wer war schuld am Weltkrieg? Nachdem er jahrzehntelang im Schatten seines noch grausigeren Nachfolgers stand, steht der „Große Krieg“ von 1914/18, die „Urkatastrophe des Jahrhunderts“ (George F. Kennan) heute wieder im grellen Licht der öffentlichen Aufmerksamkeit. Die „Schuldfrage“, die insbesondere die deutsche Geschichtswissenschaft so lange umtrieb, beherrscht erneut die Debatten. Da bisher aus den hundertfach durchblätterten Akten der Großen Kabinet-

te wenig neuer Zündstoff aufgetaucht ist, entzündet sich der Streit weniger an neuen Beweisen, als an neuen Perspektiven. Gespenstisch mutet dabei an, dass die „Überwindung“ angeblich veralteter Lehrmeinungen häufig mit einer Wiederbelebung noch älterer Erklärungsmuster einhergeht. Die Frontstellung der aktuellen Bestseller von Christopher Clark (*Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*, München 2013) und Herfried Münkler (*Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918*, Berlin 2013) gegen die in Fritz Fischers Buch von 1961 (*Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18*, Düsseldorf) etablierte These von der Hauptschuld der deutschen Regierung scheint die neuen Revisionisten in letzter Konsequenz zurückzuführen auf die fatalistische Position Lloyd Georges, nach der die europäische Diplomatie 1914 kollektiv in einen Krieg „hineinschlitterte“, den niemand gewollt habe.

Entgegen dem Bild „schlafwandelnder“ Diplomaten, die blind und ahnungslos in die Katastrophe stolpern, beharrt der Publizist Heiner Karuscheit in seinem hier zu besprechenden Buch auf den grundlegenden Erkenntnissen der Fischer-Schule, die sich in den 1970er-Jahren sozialgeschichtlich erweitert zum Paradigma vom „deutschen Sonderweg“ verdichteten und seither die historiografischen Debatten um die Modernität bzw. Rückständigkeit des wilhelminischen Kaiserreiches bestimmen. Ausgehend vom „Primat der Innenpolitik“ (Eckart Kehr) sucht er die Ursachen des Krieges nicht in der Konkurrenz der Großmächte, sondern in den Klassenkonflikten innerhalb des Deutschen Reiches. Dabei löst

sich K., langjähriger Mitherausgeber der kommunistischen „Aufsätze zur Diskussion“, weitgehend von den marxistisch-leninistischen Dogmen seiner früheren politischen Publizistik. Tatsächlich ist die Arbeit so etwas wie die erweiterte Buchfassung eines erstmals 2002 veröffentlichten Selbstverständigungstextes mit dem vielsagenden Titel „Der Erste Weltkrieg und die Fehler der Leninschen Imperialismustheorie“, erschienen in: Aufsätze zur Diskussion, 24, Februar 2002, H. 71 (<http://www.kommunistische-debatte.de/imperialismus/deutschland2001.html>). Anders als Clark & Co. geht es K. weniger darum, den Zusammenbruch des internationalen Systems als die „bis dahin schwerste Niederlage der Arbeiterbewegung“ (S.7) zu erklären, ohne in die längst verstumpften Kategorien von „Verrat“ und „Opportunismus“ zurückzufallen.

Ausgangspunkt seiner politischen Strukturgeschichte des Kaiserreichs ist das, was K. den „Gesellschaftsvertrag von 1867“ nennt: Der „Klassenkompromiss“ (S.33) zwischen liberalem Bürgertum und reaktionärem Junkertum (die Arbeiterbewegung spielte noch keine Rolle), besiegelt durch den Indemnitätsbeschluss des preußischen Landtages, der die Politik Bismarcks im Verfassungskonflikt nachträglich billigte und den Weg zur kleindeutschen Nationalstaatsgründung freimachte. Im Kern beinhaltet dieser Kompromiss, dass die Liberalen nationale Einheit und wirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten eintauschten gegen die Anerkennung des aristokratischen Machtmonopols in Staat und Militär. Obwohl diese massenpolitische Legitimationsgrundlage des Kaiserreichs bis zum Ende intakt blieb, war sie von der

Reichsgründung bis zum Sozialistengesetz, vom Rücktritt Bismarcks bis zur Implantierung der Bülow'schen „Weltpolitik“ immer wiederkehrenden Krisen und Transformationen ausgesetzt, die ihren Grund im letztlich doch unauflösbaren Antagonismus der gesellschaftspolitischen Machtansprüche von Bürgertum und Militäradel hatten. Diese prekäre Machtbalance kam nun in den letzten Friedensjahren immer stärker ins Wanken, da das Junkertum politisch zunehmend in die Defensive geriet. Der schleichende ökonomische Niedergang der Grundherrschaft, der rasante Urbanisierungsprozess und die bedrohlichen Wahlerfolge der Sozialdemokratie versetzten die Konservativen in Panik und weckten auf liberaler Seite neue Hoffnungen, die unter Bismarck verspielte Parlamentarisierung doch noch durchzusetzen.

Als Wendepunkte markiert K. den Steuerkonflikt von 1909, als die Mehrheit der staatstragenden Nationalliberalen erstmals gegen die Konservativen stimmte, sowie die Reichstagswahlen von 1912, bei denen die konservativen Parteien „ein Waterloo erlebten“ (S.198) und die SPD erstmals zur stärksten Fraktion wurde. Auch in der Regierung des lavierenden Reichskanzlers Bethmann Hollweg und selbst im wankelmütigen „Industrie- und Flottenkaiser“ Wilhelm II., in dem K. „letztlich einen Kaiser der Bourgeoisie“ (S.124) sieht, fanden die Junker keinen Rückhalt mehr. Die Folge: Staatsstreichpläne und schließlich, nachdem Regierung und Nationalliberale eine Neuauflage der Bismarckschen „Sammlungspolitik“ verweigerten, „die Festigung der Überzeugung, dass nur noch ein Krieg Abhilfe gegen die drohende Demokratisierung schaffen konnte“ (S.212)

Die Nationalliberalen hatten zwar 1909 den bürgerlich-aristokratischen Klassenkompromiss gekündigt, ließen sich aber immer noch von diffuser „Sozialistenfurcht“ und einem „blinden Imperialismus“ (S.214) treiben, der sich exemplarisch in der bürgerlichen Flottenbegeisterung manifestierte. Widerstand gegen die in Militärführung und Hofgesellschaft vorpreschende Kriegspartei war deshalb nur von den Sozialdemokraten zu erwarten. Doch in der von parteiinternen Flügelkämpfen zwischen Radikalen und Revisionisten gelähmten Arbeiterpartei wurde das demokratische Potenzial der „Staatskrise“ nicht erkannt. Hier verortet K. das eigentliche theoretische und praktische Versagen der Sozialdemokratie: Statt die politische Initiative zu ergreifen, um mit dem fortschrittlichen Teil des Bürgertums die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechtes und mehr Rechte für den Reichstag durchzusetzen, verharrte die Parteiführung in ihrer passiven Haltung und wartete weiter auf den von Bebel prophezeiten „großen Kladderadatsch“ der kapitalistischen Ordnung. (S.223) Da selbst die Linke um Liebknecht und Luxemburg kein ökonomisches Interesse der vermeintlich kapitalistischen Junkerklasse an einem „Weltenbrand“ erkennen konnte, gelang es nicht, gegenüber der von innenpolitischen Standesinteressen geleiteten außenpolitischen Eskalationsstrategie der Konservativen einen inhaltlich und klassenpolitisch konsistenten Gegenstandspunkt zu formulieren. Im Juli 1914 wurden deshalb linke wie rechte Sozialdemokraten von den Ereignissen schlichtweg „überrollt“ (S.240). Als es am 4. August im Reichstag zum Schwur kam, blieb letztlich nur ein einziges Kriterium, das den Aus-

schlag für die Zustimmung zum Krieg gab: die schwer zu durchschauende „Schuldfrage“, wer Angreifer und wer Angegriffener war. In der durch die geschickte Verschleierungsdiplomatie der Reichsregierung bestärkten Überzeugung, das Vaterland gegen einen russischen Überfall verteidigen zu müssen, stimmte die SPD geschlossen für die Bewilligung der Kriegskredite. Zweifellos eine folgenreiche, fatale Fehlentscheidung. Doch fiel damit tatsächlich, wie K. behauptet, „die einzige Kraft aus, die einen Krieg noch hätte verhindern können“? (S.242) War es auf der anderen Seite wirklich nur eine kleine „preußische Herrschaftskaste“ (S.244), die das Deutsche Reich und ganz Europa aus innenpolitischen Machterhaltungsmotiven in die Katastrophe des Weltkrieges trieb? K. erwähnt selbst, dass es auch innerhalb der progressiven Parteien Kräfte gab, die sich vom Krieg eine klassenpolitische Machtverschiebung zu ihren Gunsten versprachen. Militarismus, nationales Prestigedenken und ein sozialdarwinistisches Politikverständnis waren in der wilhelminischen Öffentlichkeit weit über konservative Kreise hinaus verbreitet – und hatten ihre Entsprechungen in fast allen europäischen Ländern. Medien- und kulturgeschichtliche Dynamiken, wie sie seit bald 20 Jahren die „Neue Politikgeschichte“ in den Fokus nimmt (siehe Ute Daniel: *Einkreisung und Kaiserdämmerung. Ein Versuch, der Kulturgeschichte vor dem Ersten Weltkrieg auf die Spur zu kommen*, in: Barbara Stollberg-Rilinger (Hrsg.): *Was heißt Kulturgeschichte des Politischen?*, Berlin 2005, S.279-328), fehlen bei K. jedoch vollständig. So kommt er in seiner pointierten Zusammenfassung der Sonderwegthese im Grun-

de auch nicht über die Erkenntnisse von Fritz Fischer, Hans-Ulrich Wehler (Deutsche Gesellschaftsgeschichte, 3. Bd.: 1849-1914: Von der ‚Deutschen Doppelrevolution‘ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges, München 1995) und Dieter Groh (Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des 1. Weltkrieges, Frankfurt/Main u. a. 1974) hinaus. Als linke Gegenposition zum aktuellen diplomatiegeschichtlichen Revisionsismus, der die Forschungsergebnisse der alten „Kehr-Schule“ oft nicht widerlegt, sondern einfach nur ignoriert, hat die Studie deshalb durchaus ihren Wert. Doch neues Licht auf den deutschen „Sprung ins Dunkle“ (Bethmann Hollweg) im Juli 1914 wirft sie nicht. Das umtriebige Gespenst der Schuldfrage wird sich so kaum verschrecken lassen.

Henning Holsten

Christopher Clark: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2013, 895 S., ISBN 978-3-421-04359-7

Die Katastrophe, „aus der sich alle folgenden Katastrophen ergaben“ (S.9), nennt Christopher Clark den Ersten Weltkrieg, dessen Ursprung er untersuchen will. Dieses Zitat Fritz Sterns sowie der Titel des Buches, aber auch die konsequente Verwendung des Wortes „Kriegsausbruch“ für „Kriegsbeginn“ machen deutlich, dass in dieser Studie der Weltkrieg als ein fast naturhaftes Ereignis betrachtet wird, das sich der Kontrolle der beteiligten Politiker und Militärs entzog. Es soll nach dem Wie des Kriegsbeginns und nicht nach sei-

nem Warum gefragt werden, und die Frage nach Kriegsschuld hält C. für problematisch, da sie das Blickfeld einengen und im Extremfall „Konspirationsnarrative“ hervorbringen würde. Stattdessen soll der Blick auf den „multilateralen Prozess der wechselseitigen Beeinflussung“ gelenkt werden. (S.716) Diesen Prozess untersucht C. anhand von Regierungsdokumenten und Aufzeichnungen wichtiger Politiker der fünf beteiligten Großmächte Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich-Ungarn und Russland sowie Serbiens. Es handelt sich also um klassische Politikgeschichte. Neben der wechselseitigen Beeinflussung der Mächte sollen das Attentat auf den österreichischen Thronfolger in Sarajevo gründlich beleuchtet werden, das allzu oft „als reiner Vorwand“ behandelt worden sei (S.15), sowie die Rolle Serbiens, „einen der blinden Flecke in der Historiographie zur Julikrise“. (ebenda)

Serbien ist gleich das erste Kapitel gewidmet. In blutigen Details schildert C. zunächst den Mord am serbischen Königspaar 1903, um anschließend die Politik Belgrads als stark vom „Netzwerk der Königsmörder“ beeinflusst zu beschreiben. (S.38) Pläne für die Vereinigung aller Serben seien die „zentrale Blaupause für Serbiens Herrscher“ seit 1844 (S.47) gewesen, und die serbische Regierung habe sich eines Doppeldenkens bedient, um den Anschein zu erwecken, offizielle Außenpolitik und Irredentismus seien zwei voneinander unabhängige Phänomene. C. bezeichnet Serbien als „unruhigen und von Zeit zu Zeit zur Gewalt neigenden“ Staat (S.714), dessen Politiker mit Vorliebe verdeckt operierten, wobei sie die für den Historiker unan-

genehme Eigenschaft besessen hätten, keine schriftlichen Spuren zu hinterlassen oder diese in regelmäßigen Abständen zu vernichten.

Demgegenüber erscheint Österreich-Ungarn als schwerfälliges, aber wohlgeordnetes Land mit reformfähigen Strukturen, es wird gar als „Völkergemeinschaft“ betitelt. (S.16) Die 1908 annektierten Gebiete Bosnien und Herzegowina werden als Sonderfall bezeichnet, doch auch hier habe eine relativ „gerechte und effiziente Verwaltung“ (S.114) geherrscht. Die Diskrepanz in der Schilderung Serbiens und Österreichs ist wohl vor allem der Tatsache geschuldet, dass C. Letzterem als Großmacht eine imperiale Außenpolitik zubilligt. Nicht die Machtpolitik Österreichs sei das Problem gewesen, sondern dass man nicht akzeptierte, „dass Österreich-Ungarn wie jede andere Großmacht auch Interessen hatte, die es mit gutem Recht verteidigte“. (S.713) Von welchem guten Recht hier die Rede ist, bleibt der Fantasie des Lesers überlassen. Wien habe zwar eine zunehmend aggressive Balkanpolitik verfolgt, diese sei aber vor dem Attentat von Sarajevo nicht kriegerisch gewesen. Dass Conrad von Hötzendorf, der Chef des Generalstabes, eigentlich grundsätzlich zum Angriff riet, wird mit einer im Buch häufig angewandten Methode relativiert: der Personalisierung. Den liebeskranken Trottel habe in der zivilen Führung sowieso niemand ernst genommen.

Der zentrale Teil des Buches beschäftigt sich mit der Außenpolitik der Großmächte im nunmehr bipolaren Europa, in dem sich die Mittelmächte und die Triple Entente gegenüberstanden. Hierbei wird die Ansicht vertreten, dass die Entente nicht primär

gegen Deutschland gerichtet war und auch nicht durch dessen ungeschickte Außenpolitik zustande kam. Das Bündnis sei vor allem dem Bedürfnis entsprungen, Interessengegensätze zwischen den Beteiligten im kolonialen Raum auszugleichen. Dies habe für Großbritannien und Russland im Vordergrund gestanden, lediglich Frankreich habe eine vorrangig gegen Deutschland gerichtete Bündnispolitik verfolgt. Die Entente war jedoch keineswegs stabil und ihre Mitglieder misstrauten sich gegenseitig. Ursache hierfür sei neben den kolonialen Gegensätzen der Umstand gewesen, dass es in der Außenpolitik der Staaten viele unterschiedliche Akteure gab, sodass ständige Unklarheit über Intentionen und Ziele der Bündnispartner herrschte. In dieser Atmosphäre des Misstrauens, die auch im Dreibund geherrscht habe, sieht C. eine der Hauptursachen des Krieges.

Besondere Aufmerksamkeit wird dem französisch-russischen Bündnis gewidmet, vor allem dessen „Balkanisierung“. (S.381) Die zentrale Person in dieser Darstellung ist Raymond Poincaré, der ab Januar 1913 Präsident Frankreichs war. Dieser habe einen auf dem Balkan ausgelösten Konflikt Russlands mit Österreich als ideale Variante eines europäischen Krieges betrachtet, da das Zarenreich nur in einem solchen Konflikt auch uneingeschränkt gegen Deutschland kämpfen würde. Dies wiederum erkläre, warum Franzosen und Russen nach dem Attentat nicht mäßigend auf Serbien einwirkten, um es etwa zur Annahme des österreichischen Ultimatums vom 25. Juli 1914 zu bewegen. Der Entente wird so zumindest eine Mitverantwortung am Kriegsbeginn unterstellt. Allerdings

muss auch C. zugeben, dass das österreichische Ultimatum an Serbien lediglich ein Vorwand für den Angriff war und dass Berlin seine Unterstützung zu einer österreichischen Militäraktion schon vor Abschluss der Untersuchungen zu einer offiziellen serbischen Beteiligung am Mord gab (den sogenannten Blankoscheck). Die serbische Antwort auf das Ultimatum war also für den Kriegsbeginn irrelevant. Die These, Deutschland habe das Attentat auf Franz Ferdinand als Gelegenheit zum Krieg ergriffen, wird mit dem bemerkenswerten Argument infrage gestellt, die meisten Entscheidungsträger hätten nicht an eine russische Intervention geglaubt.

Alles in allem handelt es sich bei „Die Schlafwandler“ um eine lesenswerte, detailreiche Studie. Zahlreiche bisher unbekannte Dokumente wurden verwendet. Vor allem die Überlegungen zum Charakter der Triple Entente sind anregend. Die Versuche C.s, die Kriegsschuld Österreich-Ungarns und Deutschlands zu widerlegen, sind allerdings in ihrer Argumentation so gewunden, spekulativ und zuweilen widersprüchlich, dass der aufmerksame Leser aus ihnen eher zum gegenteiligen Schluss gelangen wird. So schreibt C. etwa, dass im Gegensatz zu den deutschen Dokumenten, in denen der Krieg als Notwendigkeit und Instrument der Politik bezeichnet wurde, in russischen und französischen Quellen von der Notwendigkeit gesprochen wurde, den Frieden zu sichern. Dieser Unterschied sei jedoch „eher graduell als substantiell“ gewesen und möglicherweise auf den Einfluss Clausewitz' auf die deutsche politische Sprache zurückzuführen. (S.623) An anderer Stelle steht zu lesen, das österreichische Ultimatum

hätte keineswegs „die Forderung eines völligen Kniefalls“ enthalten. Es sei, etwa verglichen mit den Forderungen, die die NATO 1999 in Rambouillet an Serbien stellte, harmlos gewesen. Dass hier der Unterschied in der Tat eher graduell als substantiell war, da in beiden Fällen der Angriff längst beschlossene Sache war, schreibt C. allerdings nicht.

C.s Umgang mit den Quellen schadet der Glaubwürdigkeit seiner Argumentation. Hierzu tragen auch die Personalisierungen und besonders die klischeehafte Schilderung Serbiens bei. Dass sich der Autor von Zeit zu Zeit elegant von Klischees distanziert und etwa in der Schlussbetrachtung schreibt, das in Österreich gängige Bild von Serbien als einer „Nation jugendlicher Banditen und Königsmörder“ habe „einer nüchternen Einschätzung im Wege“ gestanden (S.713), ändert daran wenig.

Jakob Müller

Oliver Janz: 14 – der große Krieg, Campus-Verlag, Frankfurt/Main-New York 2013, 415 S., ISBN 978-3-593-39589-0

Mit „14 – Der große Krieg“ will Oliver Janz einen Überblick über die „wichtigsten Akteure und Kräfte, Entwicklungen und Konstellationen“ des Ersten Weltkriegs geben. Er konstatiert, dass unsere Vorstellung von diesem Krieg vor allem von der Westfront, den Schützengräben des Stellungskrieges und den „industriellen Abnutzungsschlachten“ (S.9) geprägt ist. Dieses Bild habe durchaus seine Berechtigung, schließlich habe sich im Westen gezeigt, was diesen Krieg von vorangehenden wie späteren Kriegen unter-

schied. Trotzdem bedürfe das Bild der Ergänzung, und J. führt dafür wichtige Argumente an. So sei im Gegensatz zu West- und Nordeuropa, wo zahlreiche Staaten nicht beteiligt waren, ganz Ost- und Südosteuropa vom Krieg erfasst worden. Die Verluste waren hier höher als an der Westfront, und die Zivilbevölkerung litt stärker. Hiermit eng verknüpft ist auch die Frage nach der Periodisierung des Krieges. In vielen Regionen endete er nicht 1918, sondern die Kämpfe dauerten wie in der Sowjetunion oder der Türkei bis in die 1920er-Jahre hinein an. Auch die globale Dimension des Krieges, an dem außer Japan, den USA und China auch die Kolonien der Krieg führenden Staaten und die Dominions des britischen Empires beteiligt waren, soll beleuchtet werden.

J. erklärt zwar, die Zeit der großen Debatten über die Kriegsursachen sei vorbei, doch dies kann man unter dem Eindruck der Diskussion um Clarks „Schlafwandler“ getrost als Fehleinschätzung bezeichnen. In der Kriegsschuldfrage positioniert sich das Buch in der Mitte. Die These Fritz Fischers, Deutschland habe die Juli-Krise genutzt, um einen lange geplanten Krieg zu beginnen, wird von J. abgelehnt, auch wenn der Reichsleitung die Hauptschuld an der Auslösung des Krieges zukomme. (S.68f.)

J. schreibt, der Weltkrieg sei ein „entgrenzter Krieg“ gewesen, in dem an allen Fronten Übergriffe auf Zivilisten stattfanden. Als drastisches Beispiel nennt er den Genozid an den Armeniern. Was die deutsche Kriegsführung angeht, so sieht er hier Bezüge zum Zweiten Weltkrieg. Schon die deutschen Soldaten, die 1914 gegen Russland kämpften, hätten vielfach eine

Vorstellung vom „Osten“ entwickelt, in der sie sich selber als Kulturträger in einer barbarischen Umgebung sahen, als Soldaten in einem mythischen Kampf der Germanen gegen die Slawen. Auch die Verschleppung von Zivilisten zur Zwangsarbeit bezeichnet J. etwas nebulös als „Erfahrungsraum für den Zweiten Weltkrieg“. (S.128) Eine Kontinuitätslinie bestehe jedoch nicht, da erst die Rassenideologie das Überlegenheitsdenken in eine todbringende Ideologie verwandelt hätte.

Der Autor scheint hier den Begriff Kontinuität etwas zu eng zu fassen. Deutlich weiter geht J., wenn er die britische Blockade Deutschlands als „Schritt in Richtung Totalisierung und Dehumanisierung“ (S.129) bezeichnet und die Briten für 800.000 zivile Opfer verantwortlich macht. Das ist nicht nur befremdlich, weil Embargos und Belagerungen von jeher zu den Gepflogenheiten der Kriegsführung zählten und es immer noch tun – man denke nur an das verheerende UN-Embargo gegen den Irak 1990-2003 –, sondern auch, wie J. übrigens an anderer Stelle schreibt, weil ein großer Teil der Verantwortung für den Hunger bei den deutschen Behörden lag. Die Versorgung der Bevölkerung hatte in Deutschland, im Gegensatz zu Großbritannien und Frankreich, keine Priorität.

Hier hätte vielleicht eine Gelegenheit bestanden, den Klassencharakter der deutschen Kriegsgesellschaft zu beleuchten. Immerhin räumt J. mit dem Mythos von August-Erlebnis und Kriegsbegeisterung auf, und dies gehört zu den stärksten Stellen des Buches. Überall, auch in den bürgerlichen Eliten, habe die Sorge die Begeisterung überwogen. Die mediale Inszenierung und Übertreibung patriotischer Mas-

senkundgebungen habe vor allem der nachträglichen Legitimation gedient. Die Antikriegsdemonstrationen der SPD werden in Erinnerung gerufen, an denen sich Ende Juli 1914 reichsweit 750.000 Menschen beteiligten – ein Vielfaches der Teilnehmer an den nationalistischen Jubelkundgebungen. In keinem Land gingen mehr Menschen *gegen* den Krieg auf die Straße als in Deutschland. Zu Recht geht der Autor hier schwer mit der sozialdemokratischen Führung ins Gericht, die sich gegen ihre Basis für den Kriegskurs entschloss. Die hervorragende Skizze, die J. auf wenigen Seiten von der Sozialdemokratie am Beginn des Krieges zeichnet (S.195-202), empfiehlt sich besonders zur Lektüre.

Der These, der Krieg habe die Frauenrechte gefördert, wird widersprochen. Nur im revolutionären Russland habe es weibliche Kampfseinheiten gegeben. Die weibliche Erwerbsquote sei während des Krieges lediglich geringfügig gestiegen, die Steigerung des Frauenanteils in bestimmten Industriezweigen sei vor allem auf statistische Effekte zurückzuführen (etwa die Abnahme des männlichen Anteils durch Einberufungen). Der Arbeitseinsatz im Krieg sei zwar ein Argument der Frauenbewegung für mehr Gleichberechtigung gewesen, J. bezweifelt aber, dass die Einführung des Frauenwahlrechts nach 1918 viel damit zu tun hatte. Vielmehr hätten konservative Parteien in den weiblichen Wählern eine Stütze gegen die erstarkenden Parteien der Arbeiterbewegung gesehen. An anderer Stelle wird allerdings auf die wichtige Rolle von Frauen in der französischen Kriegsindustrie hingewiesen. Streiks gingen meistens von ihnen aus, da Männer der Militärgerichtsbarkeit unterlagen.

Das Kriegsende und seine unmittelbaren Nachwirkungen schildert J. souverän. Am 5. Oktober 1918 nahmen die Alliierten Deutschlands Angebot für einen Waffenstillstand an und machten somit den Weg zu einem Verhandlungsfrieden frei, und zwar „obwohl sich die deutsche Reichsleitung bereits mit einer bedingungslosen Kapitulation abgefunden hatte“. (S.320) In Artikel 231 des Versailler Vertrages sei Deutschland auch keineswegs die „Alleinschuld“ am Krieg gegeben worden, sondern es war lediglich vom „Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten“ die Rede. (S.326) J. schreibt, der Erste Weltkrieg habe keineswegs notwendig in den Zweiten gemündet und weist darauf hin, dass der größte Veteranenverband nicht der deutsch-nationale „Stahlhelm“, sondern das sozialdemokratische Reichsbanner war, das sich für Völkerverständigung und Frieden einsetzte. Wer die „Kriegerdenkmäler“ dieser Zeit betrachtet, kann sich das kaum vorstellen. Der Autor erklärt, dass diese vor allem von rechten Verbänden errichtet wurden. Die Sozialdemokraten plädierten hingegen dafür, die Toten „durch Unterstützung der noch lebenden Kriegsoffer zu ehren“ und nicht durch teure Denkmale. (S.358)

Obwohl Soldaten aus den britischen und französischen Kolonien zu Hunderttausenden gekämpft hatten, führte ihr Einsatz – im Gegensatz zu dem der Soldaten aus britischen Dominions – nicht zu einer Aufwertung ihres Status?. Während Letztere mit eigenen Vertretern an den Friedensverhandlungen teilnahmen, wurde dies einer indischen Delegation verweigert. Japan scheiterte mit seiner Forderung, die Gleichberechtigung aller Menschen, gleich wel-

cher Hautfarbe, zu einem Grundprinzip des Völkerbundes zu erklären, am Widerstand Australiens, Neuseelands, Kanadas und der USA.

„14 – Der Große Krieg“ ist ein solide geschriebener, gelungener Überblick auf der Höhe des aktuellen Forschungsstandes, der über den europäischen Tellerrand hinausschaut. J. gelingt es, eine Vielzahl von Themen auf sehr lesbare Weise anzuschneiden und einschlägige Legenden zu widerlegen. Hierbei formuliert er sachlich und differenziert. Ob die Covergestaltung in Horrorfilm-Ästhetik sowie die an „ZDF-History“ erinnernde Vermarktung „mit DVD und Blu-Ray“ dem ernsthaften Charakter des Buches angemessen sind, steht auf einem anderen Blatt.

Jakob Müller

Erich Mühsam: Tagebücher, Bd. 3: 1912-1914, Bd. 4: 1915, Bd. 5: 1915-1916, hrsg. von Chris Hirte/Conrad Piens, Verbrecher Verlag, Berlin 2012, 2013, 423 S., ISBN 978-3-940426-79-6, 479 S., ISBN 978-3-940426-80-2, 351 S., ISBN 978-3-940426-81-9

In der Nacht vom 3. auf den 4. August 1914 – Deutschland hatte bereits Russland und Frankreich den Krieg erklärt und begann mit dem Einmarsch in das neutrale Belgien – notiert Erich Mühsam in sein Tagebuch: „Und – ich, der Anarchist, der Antimilitarist, der Feind der nationalen Phrase, der Antipatriot und hassende Kritiker der Rüstungsfurie, ich ertappe mich irgendwie ergriffen von dem allgemeinen Taumel, entfacht von zorniger Leidenschaft“. (Bd. 3, S.140) In diesen ersten Kriegstagen nimmt M. wieder Eintragungen in sein Tagebuch vor, nach einer Pau-

se von fast zwei Jahren. Bestimmten finanzielle Sorgen M.s, die Streitigkeiten mit seinem Vater, kulturelle Zerstreuungen und seine Verhältnisse mit Frauen die letzten Aufzeichnungen vor dem Krieg, so stehen nun der Weltkrieg, das Gemetzel auf den Schlachtfeldern und die Auswirkungen des Kriegs auf das Alltagsleben im Vordergrund. Erich Mühsams Kriegstagebücher der Jahre 1914 bis 1916 bilden den dritten, vierten und fünften Bd. der von Chris Hirte und Conrad Piens in insgesamt 15 Bden. im Berliner Verbrecher Verlag herausgegebenen historisch-kritischen Ausgabe der Tagebücher M.s. Sie stellen eine außergewöhnliche alltagsgeschichtliche und kriegskulturelle Quelle der ersten zwei Jahre des Ersten Weltkriegs dar. Die Aufzeichnungen M.s von November 1916 bis zum April 1919 gelten leider als verschollen. In der Online-Edition der Tagebücher unter www.muehsam-tagebuch.de (letzter Aufruf: 22.3.2014) sind die kompletten Einträge sowie die Faksimiles der Originalhefte einsehbar; es werden Zusatzdaten, Links und Materialien zu jedem Bd. sowie ein Register zum Herunterladen bereitgestellt.

Bei Kriegsbeginn beschreibt M. die Vorgänge in München, die sofort einsetzenden Ausbrüche eines entfesselten Nationalismus: „Überall werden Spione gewittert“ (Bd. 3, S.141), Menschen werden aufgrund ihres „ausländischen“ Aussehens durch die Straßen gejagt, Gerüchte über vergiftetes Trinkwasser machen die Runde und versetzen die Bevölkerung in Hysterie. M. zeigt sich befremdet von der „bramarbasierende[n] Deuschtümelei“ (ebenda, S.157) in der deutschen Presse und meint, eine Kriegsursache identifiziert zu haben: „Deutschlands

Rüsterei, der unstillbare Ehrgeiz, die europäische Militärhegemonie zu sein, hat das Unglück verschuldet.“ (ebenda, S.149) Umso erstaunlicher sind Tagebucheinträge, in denen M. seine Fähigkeit zur kritischen Analyse verloren zu haben scheint und die von der unreflektierten Übernahme propagandistischer Meinungen und Phrasen gekennzeichnet sind. So stellt er beispielsweise die Behauptung, Deutschland führe einen Verteidigungskrieg, nicht infrage und zeigt sich sogar beeindruckt von der Zerstörungsgewalt deutscher Waffentechnik. Ein Sieg Hindenburgs an der Ostfront ist für ihn eine „fabelhafte Leistung“. (ebenda, S.200) Erschrocken gibt er die Zeitungsmeldungen über russische Soldaten wieder, die „ohne Rücksicht auf unsre Gefühle mordend und sengend, Frauen und Kinder mißhandelnd und mit unsern Kulturgütern Kosakenspäße treibend“ (ebenda, S.140) ins Land einfallen. Die deutschen Kriegsverbrechen in Belgien, von der Propaganda als Antwort auf vermeintliche Angriffe von „Franktireuren“ dargestellt, sind für M. „Notwehr“. (ebenda, S.213)

Die Haltung M.s in den ersten Kriegsmonaten beschreibt H. als die eines „halbherzigen, verzweifelten Mitläufer[s]“. (Bd. 3, Nachbemerkungen, S.416) In diesen Tagebucheinträgen drückt sich M.s ambivalente Einstellung zum Krieg aus, seine Unfähigkeit, sich angesichts des nationalen Gefühlsausbruchs auf der Straße und in der Presse zu einer eindeutigen Haltung durchzurufen. Selbst vom Kriegsdienst enthoben, kannte er den Krieg nur aus täglicher Zeitungslektüre und aus den Erzählungen seines Bekannten- und Freundeskreises. Die rigide Zensur und das Fehlen oppositi-

oneller und kritikreicher Meinungen in der Öffentlichkeit ließen M. die passive Rolle eines Beobachters einnehmen. Akribisch notiert er Pressemitteilungen, Zeitungsartikel und Gespräche, die Einblick in die hasserfüllte deutsche Propaganda geben, welche sogar Überlegungen zu Gefangenener-schießungen einschloss. Die Kriegstagebücher von 1914 und 1915 können als eine kommentierte Presseschau und als eine Dokumentation des Stimmungsbildes aus M.s Umfeld gelesen werden.

Mit Beginn des Kriegsjahres 1915 verstärkt sich die dokumentarische und einordnende Funktion des Tagebuchs. M. liest eigene Tagebuchbeiträge vom Kriegsbeginn und reflektiert seine Ansichten. Er muss bekennen, dass auch er der Kriegspropaganda teilweise Glauben schenkte: „Nun habe ich gerade in den letzten Tagen wieder gelesen, was ich in den ersten Kriegswochen ins Tagebuch schrieb, und ich war bei einzelnen Stellen ganz betroffen. Damals brachte ich über deutsche Siege geradezu Freude auf“. (Bd. 4, S.130) Auch durch diese persönliche Rückschau gewinnt M. seine kritische Distanz wieder: „Vor einem Jahr hat noch niemand die Technik der Lüge durchschaut.“ (ebenda, S.300) M. verachtet die deutschen Kriegsziele und die Mittel zu ihrer Durchsetzung, denn die anfänglich verbreitete Vorstellung eines Verteidigungskriegs war längst aggressiven Eroberungs- und Annexionsphantasien gewichen, die Politik, Militär und Presse unverhohlen propagierten. Eine deutsche Hegemonie in Europa ist für M. nicht denkbar, vielmehr könne der Krieg nur durch eine deutsche Niederlage beendet werden: „So schmerzlich der Gedanke ist [...], es bleibt nichts

andres mehr übrig für den, der ein kultiviertes Europa erhalten sehn möchte, als auf Niederlagen der Deutschen und ihrer Verbündeten zu hoffen, um den Größenwahn zu bremsen, der im Begriff ist, die Welt in unabsehbaren und irreparablen Jammer zu stürzen.“ (ebenda, S.333) Die Lebensmittelknappheit in Deutschland, die 1916 in größeren Städten zu Protesten und Plünderungen führte, begrüßt M. als ein Zeichen der bevorstehenden Erschöpfung der Mittelmächte und somit als einen Schritt in Richtung Frieden: „Allmählich wird es das Volk ja wohl [...] merken, daß Schlachtensiege und Durchhalterei es auf die Dauer nicht werden füttern können.“ (Bd. 5, S.182) Bestärkt durch diese ersten Anzeichen öffentlicher Opposition gegen den Krieg, versucht M. im Laufe des Jahres 1916 an der Formung einer Antikriegsbewegung mitzuwirken und wieder eine aktivere Rolle einzunehmen. Jenseits der konkreten Ereignisse an den Fronten und in der Heimat, ist es gerade die Sprache, die Art und Weise, wie über den Krieg, seine Opfer und vermeintlichen Helden geschrieben und gesprochen wird, die M.s kritischen Geist weckt. Er beklagt, dass insbesondere die propagandistischen Phrasen der Zeitungen die Phantasie und somit die Fähigkeit zum Mitgefühl der Menschen töten, die hinter der Auflistung von gefangenen und getöteten Soldaten nicht mehr das individuelle Schicksal im Auge haben: „Rund 600 tote Engländer liegen vor unsrer Front“. Daß nicht die ganze Welt aufschreit vor Entsetzen, ist nur mit der völligen Phantasielosigkeit der Menschen zu erklären [...]. 600 tote Engländer – als ob es sich um Heringe handelte!“ (Bd. 3, S.388) Diesen Zusam-

menhang von „Phrase“ und „Phantasie“ beschrieb ebenfalls Karl Kraus in seiner Zeitschrift „Fackel“ und beklagte die Unempfänglichkeit der Menschen für die Tatsache, „daß hinter der Generalstabsmeldung ‚Nichts Neues‘ immerhin die Begebenheit von ein paar Lungenschüssen sich abgespielt hat“ (Karl Kraus: Der begabte Czernin, in: Die Fackel, hrsg. v. Karl Kraus, Nachdruck Frankfurt/Main 1977, Nr. 474-483, 23.5.1918, S.19).

In seinen Tagebüchern von 1914 bis 1916 dokumentiert M. die besondere Brutalität deutscher Kriegspropaganda und die Verrohung vieler Menschen. Er zitiert die Phrasen, die sich, millionenfach in der Presse abgedruckt, so lakonisch wie blutrünstig über „1500 tote Franzosen“ und die Versenkung des Passagierdampfers Lusitania freuen und einen deutschen Angriff mit Giftgas als „chlorreichen Sieg“ feiern. Teils entsetzt, teils ungläubig muss er feststellen, wie sich nach jedem deutschen „Sieg“ die „Immer-feste-druff!“ und „Uns kann keener!-Stimmung“ (Bd. 4, S.180) auch bei nahen Freunden ausbreitet und wie deutschpatriotische Sprachpuristen statt Irish Stew nun „Hammelgemengsel“ auf den Speisekarten sehen wollen. Detailliert protokolliert er die chauvinistische Arroganz seiner Zeitgenossen, die es für besonders humorvoll halten, wenn bei deutschen Bombenangriffen Zettel mit „Frohe Weihnachten“ oder „Pariser, das sind eure Ostereier“ abgeworfen werden. Die Radikalisierung durch den Krieg weist dabei über die Zeit des Ersten Weltkriegs hinaus. M. erlebt eine reaktionäre Stimmung, die „sich neuerdings besonders in immer offener hervortretenden antisemitischen Tendenzen [äussert]“. (ebenda, S.446) So

berichtet M. von einem Gespräch, das er während einer Zugfahrt mit einem Münchner Magistratsrat führte: „Seine Weltanschauung kam aber in der Bemerkung zum Ausdruck: ‚Der nächste Krieg geht gegen die Juden!‘“ (ebenda)

Julian Nordhues

Klaus-Jürgen Bremm: Propaganda im Ersten Weltkrieg, Theiss-Verlag/Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2013, 188 S., ISBN 978-3-8062-2754-3

Unter dem Motto „Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit“ greift Bremm einhundert Jahre nach dem Geschehen eine für den Ersten Weltkrieg bedeutende und die Kriegsgeschichte seither mitprägende neue Facette der Kriegführung auf, den Krieg mit Worten, den manipulierenden Propagandakrieg der Kombattanten zur Rechtfertigung und Sinnstiftung ihrer jeweiligen Kriegspolitik nach innen und außen. Dabei widmet er der Außenpropaganda weitaus größere Aufmerksamkeit als jener, die auf Kriegsbegeisterung, Todesopferbereitschaft und Durchhaltewillen im Inneren gerichtet war. B. kennzeichnet die Kriegspropaganda als „Waffe, die nicht tötet“, aber den Krieg verlängern und seinen Ausgang mitbestimmen kann. Sie ist in komplexer Weise auf Wirkung nach innen, auf das neutrale Ausland und den Kriegsgegner berechnet. Während die öffentliche Meinung in den kriegführenden Staaten streng zensiert wurde, gab es freie Bahn für nationalistische Selbstverklärung, für Durchhalteparolen und die zügellose Verleumdung der Gegner.

Nach einem Überblick über die Kriegsgatation von der Antike bis in

die Mitte des 19. Jh. widmet sich der Autor zunächst den ersten Kriegsmonaten 1914/15, als alle Kriegsparteien ihre jeweiligen Rechtfertigungen formulierten, sich als von der jeweils anderen zum „Verteidigungskrieg“ gezwungen ausgaben und ihre Bevölkerungen auf einen „Existenzkampf“ einschworen. Das wilhelminische Deutschland, seit Jahren hochgerüstet für den Kampf um den „Platz an der Sonne“, spielte sich als Hüter der Weltkultur auf, welche von den degenerierten westlichen Demokratien und deren Bündnis mit dem russischen Zarismus verraten worden sei, die Entente als Verteidiger der Freiheit gegen das militaristische Preußen-Deutschland.

Nicht immer ist deutlich, wann B. von den Mythen der Propaganda schreibt oder eigenes Urteil abgibt. So wenn er von „plötzlich verfeindeten Mächten“ spricht, deren Kriegsziele eher „vage und unbestimmt“ gewesen seien, von einem „so plötzlich über die europäischen Kapitalen hereingebrochenen Ausnahmezustand“. (S.21) Von „plötzlich“ kann aber keine Rede sein, denn schon seit Jahren gab es Pulverfässer imperialistischer Rivalität, an deren Luntten auch gefährlich gezündelt worden war. Irritationen rufen auch Sätze wie diese hervor: „Auch der Krieg von 1914 war von Anfang an ein Glaubenskrieg: Das sich bis dahin als Einheit und zivilisatorische Speerspitze der Menschheit begreifende Europa hatte sich mit überraschender Vehemenz in zwei konfessionelle Lager gespalten“. (S.24) Oder: „Plötzlich war der Feind nicht mehr der traditionelle Konkurrent um strittige Territorien oder entlegene Kolonien, um Flottenstützpunkte oder Einflusszonen.“ (S.26) Standpunkt des Autors oder die

Wirklichkeit verdeckender Effekt der Kriegspropaganda?

Besonders in der Darstellung der Propagandaschlacht zwischen Deutschland und Großbritannien zeigt B. knapp und gut dokumentiert die jeder historischen Wahrheit hohnsprechenden, auf zum Teil boshafte Lügen fußenden gegenseitigen Verleumdungen, die weniger auf den Feind zielten als auf das neutrale Ausland, um dessen Anerkennung gebuhlt wurde. Dabei wird deutlich, dass die Propaganda der Alliierten sich sehr bald in der Wirkung als überlegen erwies. Die völkerrechtswidrige Besetzung Belgiens und der uneingeschränkte U-Bootkrieg boten der Entente-Propaganda ein gefundenes Fressen. Die hoch organisierte Presse Großbritanniens vermochte, die Empörung über die deutschen Gräueltaten in Belgien wirkungsvoll für die propagandistische Aufrüstung der britischen Monarchie zu nutzen, wobei keine Gelegenheit ausgelassen wurde, zu den unbestreitbaren Tatsachen neue hinzu zu erfinden. So habe sich die alliierte Propaganda letztlich als effizienter erwiesen, da die deutsche Propaganda einer „Kulturmission“ der Deutschen nur Sarkasmus hervorrufen konnte und die britische Propaganda den Begriff „deutsche Kultur“ als Synonym ihres Gegenteils verwenden konnte. Die deutsche Gegenpropaganda sei verpufft, weil sie kein Verständnis für die Psychologie moderner Massengesellschaften besessen habe und überdies von militaristisch bornierten und unfähigen Leuten geleitet worden ist. Auf den „Vorteil“ der Entente-Propaganda, dass die deutsche Kriegsmaschinerie weitgehend außerhalb ihres Staatsterritoriums wütete, geht B. nicht explizit ein.

Ausführliche Passagen des Buches sind der strukturellen Entwicklung der Auslandspropaganda in Deutschland, Großbritannien, Frankreich und den USA gewidmet. Der Leser erhält in teils komparatistisch angelegten Kapiteln Informationen über die wachsende Organisiertheit, die führenden Köpfe, die Rolle des Pressewesens, der militärischen Zensur und der Kriegskorrespondenten im Dienste der Propaganda.

Der Leser einer Zeitschrift für die Geschichte der Arbeiterbewegung wird enttäuscht sein, dass B. sein in der Einleitung (S.8) gegebenes Versprechen nicht einlöst, die Frage zu beantworten, was denn von den Behauptungen der Propaganda überhaupt die Köpfe der Menschen erreichte und wie ihre Botschaften und Parolen das Verhalten von Soldaten, Industriearbeitern und Parteipolitikern beeinflussten. Das Manko hängt vor allem damit zusammen, dass sich der Autor nur wenig mit der nach innen gerichteten Propaganda auseinandersetzt, folglich ihre Wirkungen nur andeuten kann. So wird der Zusammenbruch der Durchhaltepropaganda in Deutschland, sichtbar in der seit 1917 einsetzenden Streikbewegung, die sich in Richtung auf eine Revolution entwickelte, nur angeführt, weil sie für die britische Propaganda offengelegt habe, dass man mehr tun müsse, um Moral und Widerstandswillen der gegnerischen Bevölkerung zu schwächen bzw. zu brechen.

Während die Wirkungen des 14-Punkte-Plans des USA-Präsidenten Wilson auf die Propaganda gebührend gewürdigt werden, erfährt der Leser vergleichsweise wenig über die Wirkungen der Revolution in Russland. Überhaupt ist die Kriegspropaganda des za-

ristischen Russlands ausgeblendet, wie auch ihre Ersetzung durch das „Dekret über den Frieden“ von 1917.

Vom wachsenden Widerwillen und Widerstand in der vom Krieg gepeinigten Bevölkerung und besonders in der Arbeiterbewegung künden nur marginale Mitteilungen. Gegenkräfte kommen kaum vor. Die Presse schrieb, behauptet B., was die Leser lesen wollten: „Die Mehrheit der Bevölkerungen auf beiden Seiten verharrete weiter in den uralten romantischen Bildern von Kampf, Bewährung und freudigem Opfertod.“ (S.134) So hält denn B. die Kriegspropaganda für eine Art „Selbstläufer“, weil sie nur transportieren musste, was ohnehin Meinung der Volksmehrheit gewesen sei. Die Frage, wie denn diese Kriegsmentalität lange zuvor durch Propaganda-Organisationen, Kriegervereine, Schule und Kirche hochgezüchtet worden war, wird weder gestellt noch beantwortet.

Im Anhang bietet B. eine schmale Literaturliste, in der wesentliche Quellen und Untersuchungen zum Thema nicht genannt sind. So fehlt die mehrbändige Edition „Flugblatt-Propaganda im 1. Weltkrieg“ von Klaus Kirchner (1985/1992), die 2004 neu verlegte, von Fritz Klein verantwortete dreibändige Geschichte „Deutschland im Ersten Weltkrieg“, die überaus themenrelevanten Arbeiten von Stefan Bruendel (wie „Volksgemeinschaft oder Volksstaat“, 2004) oder die Studie von Joachim S. Heise über die betrieblichen Kriegszeitschriften im Ersten Weltkrieg (2000).

Das Buch sei kritischen Lesern empfohlen, auch als Beleg für Folgen, die aus dem weitgehenden Aussparen der Arbeiterbewegungsgeschichte erwachsen können.

Gerhard Engel

Wolfgang Niess: Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung. Deutungen von der Weimarer Republik bis ins 21. Jahrhundert, De Gruyter Verlag, Berlin-Boston 2013, 627 S., ISBN 978-3-11-028546-8

Zweifellos gehört die Revolution von 1918 zu den wichtigsten Wegmarken der deutschen Geschichte im vergangenen Jh. In mittlerweile fast einhundert Jahren Geschichtsschreibung ist eine wahre Flut an Publikationen zu diesem Thema entstanden, die selbst Experten oft nicht mehr überblicken können. Der vorliegende Bd., 2011 als Dissertation an der Universität Stuttgart eingereicht, möchte hier Orientierung bieten. Es versteht sich von selbst, dass auch diese voluminöse Studie nicht alle Forschungsleistungen erfassen kann. Dennoch bietet sie einen sehr guten Einstieg, indem sie eine große Auswahl an Werken, Autoren und Deutungen vorstellt.

Chronologisch gegliedert werden die Arbeiten aus Weimarer Republik, Drittem Reich und Exil, BRD, DDR und schließlich aus dem vereinten Deutschland behandelt. Dabei kommt nicht nur die Historiografie im engeren Sinn zur Sprache, vielmehr wird sie stets in den gesellschaftlichen und geschichtspolitischen Kontext eingebettet. Das liest sich sehr interessant, führt streckenweise aber weit vom eigentlichen Thema weg. Beispielsweise, wenn ausführlicher auf die Verstrickung von prominenten Historikern in die NS-„Ostforschung“ eingegangen wird. Dennoch erweist sich dieser Ansatz insgesamt als verständnisfördernd und macht an einem konkreten Gegenstand deutlich, in welchem Um-

fang die Themen und Interpretationen der Geschichtswissenschaft von äußeren Faktoren beeinflusst werden. Der Autor schreibt in diesem Zusammenhang völlig zutreffend: „Welche Bedeutung der Revolution jeweils zugeschrieben wurde, war stets in höchstem Maße zeit- und standortgebunden.“ (S.9)

Um nur ein paar der von N. geschilderten Punkte herauszugreifen: Für den Nationalsozialismus stellte die Revolution einen zentralen, wenngleich negativen Bezugspunkt dar; entsprechend klar verurteilten Historiker im Dritten Reich das Geschehen. Überraschenderweise führte das aber nie zu einer verbindlich formulierten Gesamtinterpretation. Die u. a. von Karl Dietrich Erdmann seit den 1950er-Jahren vertretene These, es habe sich bei der Revolution um eine Entscheidung entweder für eine konservativ konnotierte Demokratie oder eine bolschewistische Diktatur gehandelt, wird plausibel auf die Frontlinien des Kalten Krieges zurückgeführt. Das zeitweise große Interesse an den revolutionären Räten und die damit verbundene Neubewertung der Revolution seit den 1960er-Jahren wiederum stand in direktem Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Aufbruch und der antiautoritär ausgerichteten Studentenbewegung jener Zeit. Die unter Kohl eingeleitete und durch die Ereignisse ab 1989 noch befeuerte konservative Wende schließlich führte zu einem erheblichen Rückgang der Forschung und der öffentlichen Aufmerksamkeit insgesamt. Revolutionäre Traditionen waren nun offenkundig nicht mehr gefragt, sozialistische noch viel weniger. Damit einher ging eine – allerdings kaum durch Quellen gestützte – Neuinterpretation des Geschehens: Die Revolution wurde jetzt

weniger als verpasste Chance der Demokratisierung Deutschlands verstanden, sondern der real eingeschlagene Weg als weitgehend notwendig und richtig dargestellt.

In Ostdeutschland erwiesen sich N. zufolge geschichtspolitische Implikationen als mindestens ebenso wirksam. Die grundlegende Charakterisierung der Ereignisse wurde von der SED-Führung bis in einzelne Formulierungen hinein vorgegeben. Zugleich sorgte man aber auch für eine umfangreiche, quellengestützte Forschung besonders auf regionaler Ebene. Beides geschah vor dem Hintergrund einer Indienstnahme der Revolution als wichtiger Bestandteil der Traditionsstiftung der DDR. Die hier eher im Hintergrund ablaufenden Diskussionen um Deutungen standen dabei in enger Verbindung mit aktuellen Fragen: Wenn die Revolution als eine sozialistische verstanden werden konnte, bot das einen Anknüpfungspunkt für eine eigenständigere Politik der DDR in der Gegenwart. Dagegen betonten die in dieser Frage besonders moskautreuen Funktionäre um Walter Ulbricht den im Wesentlichen bürgerlichen Charakter der Umwälzung, was die Vorbildfunktion der Oktoberrevolution als einziger wirklich sozialistischer Revolution und damit den Führungsanspruch der UdSSR insgesamt unterstrich.

Über die Auswahl der vorgestellten Werke lässt sich angesichts der Fülle an Material natürlich streiten. Es ist aber doch ärgerlich, dass einige wichtige und durch ihre Interpretationen auch besonders originelle Arbeiten fehlen. In erster Linie gilt das für jene von Erhard Lucas, dessen Studie über den Arbeiterradikalismus in Hamborn und Remscheid sowie seine dreibändige Unter-

suchung zur Märzrevolution 1920 im Ruhrgebiet noch heute Maßstäbe setzen. Auch Volker Arnolds wichtige Monografie über Rätetheorien in der Revolution hat N. nicht zur Kenntnis genommen. Umgekehrt weist der Bd. zahlreiche Wiederholungen auf. So werden die nach Ansicht des Autors wichtigsten drei Dutzend Werke nicht nur zusammen mit allen anderen in der chronologischen Übersicht behandelt, sondern in einem gesonderten Kapitel nochmals vorgestellt. Hier wäre weniger mehr gewesen.

Insgesamt ist der Bd. aber uneingeschränkt zu empfehlen und wird sicher seinen Weg in die Bibliotheken als zuverlässiges Nachschlagewerk finden.

Axel Weipert

Zum Wirken von Marx und Engels und zur Editions-geschichte ihrer Werke (Beiträge zur Marx-Engels-Forschung, Neue Folge 2011), Argument-Verlag, Hamburg 2013, 247 S., ISBN 978-3-88619-758-3

Damit liegt nun schon das 19. Heft dieser seit 1991 erscheinenden, verdienstvollen, von Beginn an von Rolf Hecker als Spiritus Rector betreuten Reihe vor, die zusammen mit etwa ebenso vielen Sonderbänden und Wissenschaftlichen Mitteilungen bereits eine stattliche Spezialbibliothek bildet. In ihr ist so viel Material gesammelt, dass eine monografische Zusammenfassung dringend erforderlich scheint. Denn diese Editions-geschichte ist nicht nur ein Thema für extreme Spezialisten, sondern sie enthüllt den harten, jahrzehntelangen, an Rückschlägen und Wirrnissen reichen Kampf um die wirklich vollständige, textgetreue, im Geiste ihrer Au-

toren erläuterte Veröffentlichung eines Werkes, dessen welthistorische Bedeutung und Wirkung inzwischen außer allem Zweifel steht (Teile dieses Werkes wurden 2013 als Weltkulturerbe der UNESCO anerkannt).

Die Entstehungs- und Wirkungsgeschichte der Artikel und Bücher, Exzerpte und Briefe von Marx und Engels (die im Apparat der MEGA-Bände geboten wird) sowie die Wirkungsgeschichte bis heute sind unerlässliche Quellen für das wahre Verständnis dieser oft unter widrigen oder gar abenteuerlichen Umständen entstandenen und überlieferten Texte. Die Geschichte der Edition des Marx'/Engels'schen Werks enthüllt, dass es beim Stalinismus nicht nur um „Personenkult“ ging, sondern dass er auch zur Verhaftung und Erschießung zahlreicher Editoren, zur Einstellung der ersten Marx/Engels-Gesamtausgabe, zur Nichtveröffentlichung vieler Marxscher Texte und zu wesentlichen Fehlinterpretationen führte.

Das vorliegende Heft enthält ausgewählte und überarbeitete Beiträge dreier wissenschaftlicher Tagungen (eine in Moskau war dem 140. Geburtstag Rjanzanovs gewidmet, die zweite in Berlin dem 190. Geburtstag von Friedrich Engels, die dritte in Yokohama befasste sich mit der Marxschen Krisentheorie). Dadurch wird, ergänzt durch den Bericht von Herwig Lerouge über die Marx-Renaissance in Belgien und Frankreich, zugleich ein schöner Überblick über die aktuelle internationale Marx-Debatte ermöglicht. Inhaltlich aber geht es in beachtlicher thematischer Vielfalt um die Geschichte der ersten sowie die Arbeit an der gegenwärtig erscheinenden zweiten Marx-Engels-Gesamtausgabe MEGA.

Was die von 1927 bis 1932 (bzw. 1941) erschienene erste MEGA betrifft, sollte man sich nicht nur ihren eigentlichen Begründer, David Rjazanov, merken (das vorliegende Heft berichtet über seine Zusammenarbeit mit Boris Nikolaevskij und über die nachträgliche Erwerbung seiner persönlichen Bibliothek), sondern auch den Namen Paul Weller (1903-1941). Nachdem er infolge gesundheitlicher Probleme 1913 in ein Berliner Heilerziehungsheim, danach in eine fortschrittliche Privatschule gekommen war, zerriss der Erste Weltkrieg alle Bande zur Apothekerfamilie im Gouvernement Tambov. Völlig mittellos und zeitweilig als Hilfsarbeiter tätig, konnte er 1921 nicht das Abitur machen und kam Anfang 1924 nach Moskau. Über seine Berliner Jahre und den hochinteressanten Kreis seiner Mitschüler und Bekannten unterrichtet erstmals ein Beitrag von Rolf Hecker und Franziska Arnold. Ljudmila Vasina informiert über Wellers Arbeit an Marx' „Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie“, aber auch über russische Teil-Vorveröffentlichungen seit 1932.

Auch in Moskau zunächst als Gelegenheitsarbeiter tätig, wurde Weller wegen seiner beachtlichen Sprachkenntnisse (er konnte aber auch Marx' Handschrift wie fast kein anderer lesen) im Februar 1925 Mitarbeiter des Marx-Engels-Instituts, Ende 1926 schon Assistent des Leiters der ökonomischen Abteilung der MEGA. Seitdem beschäftigte er sich, unterbrochen von einem einjährigen Wehrdienst in der Roten Armee, mit den Marxschen „Grundrissen“. Obgleich 1937 wie alle ausländischen Mitarbeiter entlassen, gelang es ihm, als Werkvertragsmitarbeiter, Übersetzer und „selbständiger Mitarbeiter“

weiterhin am Institut tätig zu sein und die zweibändige Erstveröffentlichung der „Grundrisse“ zum Abschluss zu bringen. Der erste Bd. erschien 1939, der zweite am 28. Juni 1941, eine Woche nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion! Ihr Hrsg. fiel fünf Monate später, im November 1941, im Gebiet Smolensk.

Weller war aber nicht nur Editor ökonomischer Texte, er hat als einer der ersten energisch auf die überragende Bedeutung der Marxschen Exzerpte hingewiesen und für ihre vollständige Aufnahme in die MEGA plädiert. Seine Grundrisse-Ausgabe (die wir alle durch den Berliner Nachdruck von 1953 kennen) enthält im Anhang mehr als 100 Seiten aus Marxschen Exzerptheften von 1850/51.

Im Rahmen der 1. MEGA wurde auch über die mathematischen Exzerpte und Ausarbeitungen von Marx geforscht. Diese Arbeit ist vor allem mit dem Namen von Sofja Janovskaja (1896-1966) verbunden, worüber der Heidelberger Philosoph Oliver Schlaudt außerordentlich kenntnisreich berichtet. Sie war 15-jährig bereits illegales Parteimitglied, 1919 Politoffizier in der Roten Armee, studierte ab 1923 in Moskau Mathematik und wurde eine führende Vertreterin der mathematischen Logik. Zu einem wichtigen Teil ihrer Lebensarbeit wurde die Herausgabe der Marxschen mathematischen Manuskripte, von denen sie einen ersten Teil bereits 1932 in der Zeitschrift „Pod znamenem marksizma“ veröffentlichte, doch eine vollständige Ausgabe (Moskau 1968) hat sie nicht mehr erlebt. S. zitiert die Äußerung des antikommunistischen Dominikanermönchs Bochenski über Sofja Janovskaja: „Sie riskierte ihr Leben“

in den schlimmsten Zeiten der Unterdrückung, sie mußte sich in einem Maße erniedrigen, das sich niemand, der diese Zustände nicht kennt, vorstellen kann.“ (S.76) Das vorliegende Heft der „Beiträge“ enthält die erste deutsche Übersetzung ihres 1936 erschienenen Artikels „Über die sogenannten ‚Definitionen durch Abstraktion‘“, in dem sie auch mit Marx' mathematischen Bemerkungen operierte.

Über die Arbeit an der zweiten MEGA informieren ein Beitrag der unlängst verstorbenen Renate Merkel-Mellis anlässlich des Erscheinens von Bd. I/30 und von Gerd Callesen über das Wirken von Louise Kautsky-Freyberger, die in mehreren Bden. der Briefabteilung eine große Rolle spielt.

Die als Bd. I/26 der zweiten MEGA erschienene „Dialektik der Natur“ war die Grundlage für eine japanische Ausgabe. Die Leiterin dieses MEGA-Bandes, Anneliese Griese, erkennt an, dass die japanische Ausgabe in einigen Fällen sogar besser als die deutsche ist. Von Bedeutung für die Bearbeitung der noch ausstehenden Bde. I/4 und I/5 ist der Aufsatz des finnischen Autors Kari Väyrynen „Der junge Engels und die Entstehung der marxistischen Ökologie“. Hier besticht besonders die konsequente Orientierung an Hegel. Erhard Kiehnbaums „Anmerkungen zur Unterstützung der Londoner politischen Flüchtlinge im Jahre 1849 durch norddeutsche Demokraten“ lagen bei der Bearbeitung des MEGA-Bandes I/10 leider noch nicht vor. Es entsteht die Frage, wie nachträgliche Korrekturen, neu aufgefundene Texte (vor allem Briefe) und andere Angaben zu bereits erschienenen Bden. den Nutzern der Ausgabe praktikabel zugänglich gemacht werden könnten.

Eine wirkliche Überraschung bietet Frieda Afarys Artikel „A New Persian Translation of Capital“. Wir erfahren von der Beschäftigung mit dem „Kapital“ im Iran seit Anfang der 1960er-Jahre, anknüpfend an den armenischen Ökonomen Avetis Sultanzaleh, der 1938 in der Sowjetunion erschossen wurde, über aktuelle Debatten unter linken iranischen Ökonomen, über eine neue Übersetzung des „Kapital“ bei gleichzeitiger hoher Beachtung der „Grundrisse“ und über die erstmalige iranische Übersetzung der „Ökonomisch-philosophischen Manuskripte“ von Marx. Seit 1979 habe sich eine neue Generation iranischer Linker von stalinistischen und maoistischen Ansichten befreit und bekunde Interesse an einem humanistischen, hegelianischen, nichtdogmatischen Marxismus.

Martin Hundt

Diana Ecker: Der Freiheit kurzer Sommer. Auf Mathilde Franziska Annekes Spuren durch die pfälzisch-badische Revolution von 1849, Heidelberg-Obstadt/Weiher-Basel, Verlag Regionalkultur 2012, 247 S., Abb., ISBN 978-3-89735-727-3

Im Mai 2014 jährt sich zum 165. Mal die badisch-pfälzische Revolution – eine volkstümliche Revolution. Das preußische Militär schlug diesen volksdemokratischen Versuch brutal nieder. Die Erinnerung an solche Aufstände und Volksregierungen blieb bei wachen politischen Kräften und Strömungen stets lebendig, obgleich immer wieder versucht wurde, die Geschichte systemkonform zu vereinnahmen. Erinnerung sei an die Gedenkfeiern zur 130. Wiederkehr des Pfälzer Volks-

aufstandes in Kirchheimbolanden mit der Publikation von Konrad Lucae: Kirchheimbolanden und die Revolution von 1848/49, und der Dokumentation: „[...] fordern wir, das was des Volkes Recht ist!“ 130 Jahre Pfälzer Volksaufstand, DKP-Nachrichten aus dem Donnersberg, Juni 1979. Ein solches Zurückholen der fortschrittlichen Heimatgeschichte hat jetzt auch Diana Ecker unternommen.

In zwei großen Abschnitten „I. Pfälzische Revolution“ und „II. Badische Revolution“ folgt die Autorin ganz persönlich – und gerade deshalb reizvoll – unter Zuhilfenahme von Karl Geibs „Reise-Handbuch“ aus dem Jahr 1841 und den tagebuchartigen Memoiren einer Frau aus dem badisch-pfälzischen Feldzug von 1848/49, Mathilde Franziska Anneke, den Spuren der Revolution zu den historischen Orten: „An jedem Ort habe ich in der Jetzt-Zeit immer auch ein bisschen die alte Zeit angehalten. Geholfen haben Abbildungen und Gemälde, Karten und Aufzeichnungen historischer Zeitgenossen“ (S.5), von denen einige in das Bändchen aufgenommen wurden. Das Buch verfolgt mit Abschnitt „III. Abschiede. Mathilde Franziska Anneke in Amerika“ auch das weitere Schicksal der erwähnten Augenzeugin. Eine Karte zum pfälzisch-badischen Feldzug im Mai/Juni 1849 macht das Geschehen anschaulicher.

Wie ihre Protagonistin beginnt auch E. ihre Zeitreise (von ihrem Wohnort Bad Dürkheim kommend) in Ludwigs-hafen, damals lediglich Rheinschanze mit Lagerhäusern, vom Freischärlerführer Ludwig Blenker aus Worms kontrolliert. Dort war Mathilde per Schiff am 22. Mai 1849 angekommen, um ihren Mann Fritz zu treffen. Fritz

Anneke, ein ehemaliger preußischer Leutnant, bot seine Dienste Anfang Mai der provisorischen Regierung der Pfalz in Kaiserslautern an und wurde zum Kommandanten der Pfälzer Artillerie ernannt. Von Ludwigshafen begab sich Mathilde nach Neustadt und Frankenstein, wo sie bald ihren Mann, der sich schon im Abwehrkampf gegen die vorrückenden Preußen befand, traf. Am 15./16. Juni sammelten sich die pfälzischen Truppen in Neustadt/Weinstraße, um den Generalmarsch nach Baden anzutreten. Dort sollten sie sich mit den badischen Revolutionären vereinigen, um gegen die preußischen Truppen zu kämpfen.

E. folgt der Route über Edenkoben, Edesheim und Landau, wo Blenker erfolglos die Festung einzunehmen versuchte, über Kandel und Wörth, wo der „mütterliche Zweig meiner Familie seit Generationen hier ansässig“ (S.130) war, nach Karlsruhe. An allen diesen Orten bleibt sie auf historischen Spuren. Sie spricht mit Bewohnern. Sie erfreut sich an der lieblichen Landschaft und kritisiert, dass Ehrensymbole „immer nur an die Großen der Geschichte erinnern und die vielen kleinen Schicksale vergessen“ werden. (S.90f.)

Wilma Ruth Albrecht

Helga Grebing/Siegfried Heimann (Hrsg.): Arbeiterbewegung in Berlin. Der historische Reiseführer. Chr. Links Verlag, Berlin 2012, 136 S., 3 Karten, ISBN 978-3-86153-691-8

In der Reihe der historischen Reiseführer über Berlin ist nun auch ein Heft zur Arbeiterbewegung erschienen. Die Autoren wollen „mit ihren Beiträgen die Vielfalt der Geschichte der sozia-

len und demokratischen Arbeiterbewegung“ widerspiegeln. (S.5) Diese Zielsetzung, ebenso wie der Titel, ist eine Fehlinformation, ein Etikettenschwindel, denn dargestellt wird vielmehr vornehmlich der sozialdemokratische Teil der Berliner Arbeiterbewegung, andere Strömungen werden kaum mehr als gestreift. Die DDR wird gar völlig aus der Arbeiterbewegung ausgeblendet. Die Hrsg. machen aus diesem Ansinnen auch keinen Hehl. In ihrer Einleitung schreiben sie, der Blick sei „konzentriert auf die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Berlin“; die „Orte der Erinnerung an die kommunistische und die anarchistische Arbeiterbewegung werden beispielhaft einbezogen, da es dazu bereits einige umfassende Darstellungen gibt“. (S.4f.) Zu Letzteren liegen „umfassende Darstellungen“ in Stadtführern also vor, zur Sozialdemokratie bislang aber nicht – eine doch etwas merkwürdige, nicht zu belegende Schutzbehauptung.

Der Bd. ist in sechs chronologisch angelegte Kapitel gegliedert. Orientierungspunkte bilden Straßen und Plätze und vor allem Gebäude als Orte historischer Ereignisse, als Wirkungsstätten oder Wohnorte von Personen, Organisationen und Einrichtungen der Arbeiterbewegung. In den einzelnen Kapiteln beginnen die Unterabschnitte mit namentlich gezeichneten Einführungen. Oft auf eine Druckseite verknüpft, führen sie in den jeweiligen Zeitabschnitt ein. Das erste Kapitel umfasst „Die Anfänge (1848-1875)“ einschließlich der Revolution von 1848/49 (Rüdiger Hachtmann bzw. Grebing). Es folgt das Kapitel „Aufstieg im Kaiserreich (1875-1914)“ mit vier Unterabschnitten (Grebing, Marion Goers, Gisela Notz) und – etwas überraschend

hier – „Politischer Antisemitismus“ (Reinhard Rürup). Ein extra Kapitel ist „Krieg und Revolution (1914-1919)“ mit der Spaltung der Arbeiterbewegung (Heimann) und der Revolution (Rürup) gewidmet. Das für die behandelte Zeit umfangreichste Kapitel betrifft die „Weimarer Republik (1919-1933)“ (Grebing, Peter Lösche und Goers). Das Kapitel „NS-Diktatur“ konzentriert sich auf „Widerstand und Verfolgung“ (Hans Rainer Sandvoß). Der Zeit nach Kriegsende: „Das geteilte und wieder vereinte Berlin (1945 bis heute)“ ist mit der „Zwangvereinigung“, der SPD in Ostberlin, dem Aufstand vom 17. Juni 1953 (jeweils Heimann), und einem – etwas anmaßend – mit „Die Berlin-Partei“ überschriebenen Beitrag zur SPD (Benno Fischer) nur insgesamt ein Kapitel gewidmet. Innerhalb der Kapitel sind die Texte zu den einzelnen Gedenkorten in fortlaufender Nummerierung dargeboten und teilweise mit Fotos versehen. Leider erfährt der Leser nicht, von wem die jeweiligen Stichworte verfasst sind. Da im Autorenverzeichnis weitere Namen aufgeführt sind, kommen auch sie als Stichwortgeber in Betracht.

So lobenswert der Versuch ist, die Geschichte der Arbeiterbewegung nicht aus der Berliner Stadtgeschichte verbannen zu lassen, so kritikwürdig sind die Mängel des vorliegenden Bd. Zu nennen wäre, zum Ersten, die bereits erwähnte, starke Eingrenzung auf die Sozialdemokratie. Und innerhalb der SPD-Geschichte fallen nicht erklärliche Ungleichgewichtigungen ins Auge. So erhielt das Leben Karl Kautskys, erst im Abschnitt zur Nachkriegszeit im Zusammenhang mit dem Luise-Karl-Kautsky-Haus vorgestellt, nur sechs Zeilen, während Eduard Bern-

steins auf 33 Zeilen ausgebreitet ist. Dies sei nur am Rande erwähnt, charakterisiert aber die insgesamt bestehenden Disproportionen.

Mit der Konzentration auf die Sozialdemokratie sind, zum Zweiten, einseitige inhaltliche Wertungen verbunden, wie auch durch Weglassungen verzerrte Fakten. Zur Gedenkstätte der Sozialisten wird behauptet, sie wäre durch SED bzw. PDS und Die Linke nur auf die Wahrnehmung der Toten von KPD und SED reduziert worden (S.31), zugleich heißt es aber, es wären auch „alte Sozialisten“ wie Haase, Legien oder Singer dort begraben. Zur „Zwangsvereinigung“ wird erklärt, bei der Ur-Abstimmung der Westberliner SPD vom 31. März 1946 hätten „82 Prozent der Abstimmenden [...] eine Vereinigung abgelehnt“. (S.108) Weggelassen wird hier einfach, dass sich dies auf die Frage nach der „sofortigen“ Vereinigung bezog und eine Zusammenarbeit beider Parteien mehrheitlich befürwortet wurde. Bei Siegfried Aufhäuser wird dessen Wirken im SPD-Exilvorstand und bei den Revolutionären Sozialisten vollständig ignoriert. (S.89) Etliche Stichworte sind vergleichsweise substanzlos, z. B. im Text zum Internationalen Gewerkschaftsbund. Drittes: Wichtige Zusammenhänge und Ereignisse der Arbeiterbewegung werden ausgespart, da bestimmte Kategorien von Erinnerungsstätten wie Gedenktafeln, Grabstätten, aber auch die Namensgebung von Straßen und Plätzen nur selektiv erfasst und bezüglich der Auswahlkriterien und Zuordnung unklar präsentiert sind oder gar völlig fehlen. Rosa Luxemburg ist mit einer ihrer Wohnstätten in die Kaiserzeit „gelegt“, Karl Liebknecht aber in das Unterkapitel „Revolution“. Nach wel-

chen Kriterien und warum nur fünf Widerstandskämpfer – und warum gerade Reichwein, Leber, Leuschner, Käthe Schuftan, Ella Trebe – aus der Arbeiterbewegung ausgewählt sind, bleibt das Geheimnis der Hrsg. Die Gruppe um Herbert Baum ist wie viele andere nicht erwähnt. Die dritte Säule der traditionellen Arbeiterbewegung, die Genossenschaftsbewegung, ist vollkommen unterrepräsentiert. Lediglich auf die Konsumgenossenschaft wird Bezug genommen. Während Neu Beginnen mit einem Büro zumindest Erwähnung findet, fehlen andere linkssozialistische Gruppen wie Roter Stoßtrupp, Internationaler Sozialistischer Kampfbund oder gar die Revolutionären Sozialisten. Auch ist der gewiss schwierige Spagat nicht gelungen, die ausgewählten Orte sowohl in ihrer Funktionalität (z. B. als Gebäude einer bestimmten Partei oder Organisation) als auch Wirkungsstätte bekannter Vertreter dieser zu präsentieren. So ist bei der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege zwar Fritz Wildung genannt, doch ohne dass auf dessen Biografie auch nur kurz eingegangen wird. Überhaupt sind die in Berlin zahlreichen Arbeitersportvereine, die zum Teil eigene Sportplätze und Vereinshäuser besaßen, sehr stiefmütterlich behandelt. Nicht aufgeführt werden das „Haus der Einheit“ (ehemals Wilhelm-Pieck-Straße, jetzt Torstraße) und das Gebäude des SED-ZK (das Haus am Werderschen Markt), dafür ist unter dem Stichwort „deutsch-deutscher Dialog“ das SED-Gäste-„Haus an der Spree“ als historischer Treffpunkt von SED- und SPD-Politikern vertreten.

Auch zwei methodische, wahrscheinlich der Gesamtreihe anzulastende Defizite seien noch erwähnt.

Die chronologische Anordnung ermöglicht es nicht, den „Reiseführer“ als solchen zu gebrauchen. Dies hätte, wie bei Stadtführern sonst üblich, eine geografische, d. h. nach Stadtbezirken und Straßen gegliederte Zuordnung der beschriebenen Erinnerungsorte erfordert. Schließlich die Beigaben: Die Umschlagseiten enthalten – teilweise ausklappbare – Übersichtskarten mit Legende sowie ein „Seitenregister zu den Haupteinträgen“. Sie erweisen sich aber zum Auffinden von „Suchpunkten“ ohne genaue Orts- bzw. Datenkenntnis in vielen Fällen als unbrauchbar. Zu ungenau ist auch häufig die jeweilige Schlagzeile. Schmerzlich vermisst wird ein Personen- und Organisationsverzeichnis.

Ein guter historischer Stadtführer zur Arbeiterbewegung Berlins lässt also weiterhin auf sich warten.

Herbert Mayer

Victor Grossman: Rebel Girls. 34 amerikanische Frauen im Porträt (Neue kleine Bibliothek, 185), Papy-Rossa-Verlag, Köln 2013, 251 S., ISBN 978-3-89438-501-9

Dieses Buch ist kein Geschichtsbuch und auch kein wissenschaftliches Buch. Den Kriterien, die an einen Biografieband zu stellen sind, entspricht es ebenfalls nicht. Und doch ist es von allem etwas. Es ist ein spannendes Buch, durch das wir vieles erfahren, was in den üblichen Geschichtsbüchern nicht steht. Die 34 dargestellten amerikanischen Frauen haben für Frauen- und für Menschenrechte gekämpft und gelitten. Sie haben allesamt ungewöhnlichen Mut bewiesen und lebenslang ehrlich zu ihrer Überzeugung gestanden.

„Rebel Girls“ – Rebellentöchter – heißt das Buch in Erinnerung an Elizabeth Gurley Flynn (1890-1964), die schon, bevor sie 16 Jahre alt war, Reden zum Thema: „Was wird der Sozialismus den Frauen bringen?“ hielt und sich Verdienste im Kampf um Frauenrechte und gegen den Krieg erwarb. Die spätere Vorsitzende der KP der USA bekam den Titel „The Rebel Girl“ von dem Gewerkschafter und Dichter Joe Hill verliehen, als sie ihn 1915 im Gefängnis besuchte. Der „Rebellentöchter“ widmete ihr sein letztes Lied „The Rebel Girl“, weil sie ihm Mut gemacht hatte, für die Freiheit zu kämpfen. Joe Hill wurde hingerichtet, sie kämpfte weiter. So wie sie bereits Anfang des 20. Jh. an der Spitze von 25.000 streikenden Textilarbeiterinnen für diese „Brot und Rosen“ forderte. Das damals entstandene Lied wird auch in Deutschland heute noch jährlich zum Internationalen Frauentag am 8. März gesungen.

Der Begriff „Rebel Girl“ trifft auch auf die 33 anderen in G.s Buch vorgestellten Amerikanerinnen zu, steht er doch „für den Geist, in dem die angeführten Frauen handelten“, wie er im Vorwort betont. (S.8) Nicht alle waren Politikerinnen, aber alle waren auf irgendeine Art und Weise politisch tätig. G. kommt das Verdienst zu, auch den unbekannteren Frauen einen Platz gegeben, sie sichtbar gemacht zu haben. Sie waren „prächtige Störenfriede, ihrer Zeit weit voraus, die mutig und engagiert kämpften und oft litten, um die Welt ein wenig voranzubringen“. (S.7)

Beschrieben werden mutige Frauen, die um Selbstbestimmung, Menschenrechte und Gleichberechtigung rangen, sich gegen Sklaverei, gegen frühindustrielle Ausbeutung, Rassismus und Krieg erhoben. Anne Hutchin-

son (1591-1643), Fanny Wright (1795-1852) und Margaret Fuller (1810-1850) waren Wegbereiterinnen der Frauenbewegung. Für sie war der Kampf um gleiche Rechte für Frauen nicht von ihren übrigen Kämpfen zu trennen. Anne Hutchinson wollte sich nicht damit zufrieden geben, dass die niedrige Stellung der Frau durch das Christentum damit gerechtfertigt wurde, Frauen seien die Quelle der Sünde. Harriet Tubman (ca. 1820-1913), selbst schwarze Sklavin von Geburt an, verhalf mit der sogenannten Untergrundbahn Sklaven aus den Südstaaten zur Flucht in den Norden. Pauline Cushman (1833-1897), eine Schauspielerin, wurde im Bürgerkrieg der 1860er-Jahre als Kundschafterin ausgesandt, konnte gerade noch vor dem Erhängen gerettet werden und trug viel dazu bei, der „richtigen Seite“ zum Sieg zu verhelfen. Das Lied „Which Side Are You On?“ haben wir Florence Reece (1900-1986) zu verdanken, die die Strophen des Liedes auf die Rückseite eines Kalenderblattes geschrieben hatte, um ihrer brennenden Wut anlässlich eines Streikes Ausdruck zu verleihen. Es wurde zu einer Art Hymne des kämpferischen Teils der Gewerkschaftsbewegung und ist es bis heute geblieben.

Einiges erfahren wir auch über Evelyn Hutchins (1910-1982), eine Tänzerin, die schon als Kind aus der Reihe tanzte. Bereits ihre Mutter war aktiv für das Frauenwahlrecht eingetreten. Hutchins wurde zur „Truckerin im Spanienkrieg“. Die Dramatikerin Lillian Hellman (1905-1984) wollte während der „McCarthy-Ära“ nicht zu Kreuze kriechen und andere denunzieren. Politische Konsequenzen nicht scheuend, bekannte sie auf dem Höhepunkt der Jagd auf KommunistIn-

nen vor dem berüchtigten McCarthy-Ausschuss Farbe. Hellman war, wie einige im Buch dargestellte Frauen, „sicher kein Engel“. Sie kämpfte gegen die Heuchelei der TrotzkiStInnen, gegen das FBI, das ihre Post und ihre Reisen überwachte, gegen die „Rotenjäger“, und auch gegenüber früheren Linken, die die Seite gewechselt hatten, bezog sie kritisch Position.

Zu den bekannteren Biografien gehört die der Jazz-Interpretin Billie Holiday (1915-1959), die sich mit ihrem Lied „Strange Fruit“ in den Kampf gegen die Lynchjustiz einbrachte. G. nennt sie „eine der größten Sängerinnen ihrer Zeit“, die ein großes Herz und das gehabt habe, „was man Seele nennen könnte“. (S.178) Er zeichnet ein feinfühliges, aber auch politisch mitreißendes Porträt dieser Frau mit dem wohl traurigsten Leben aller durch ihn Dargestellten.

Zum Kreis der „Rebel Girls“ gehört natürlich auch Angela Davis (geb.1944), die in den 1970er-Jahren die junge Generation nicht nur der DDR begeisterte. Last but not least – Jane Fonda (geb. 1937), die den meisten LeserInnen ein Begriff ist: ein Hollywood-Star, der wegen seiner resoluten Haltung gegen den Vietnam-Krieg als „Hanoi-Jane“ diskriminiert wurde. Bis heute erhebt sie ihre Stimme – nun gegen die Kriege im Irak und in Afghanistan. G. kannte sie selbst, denn 1974 konnte er anlässlich der Leipziger Dokumentarfilmwoche einen Auftritt Jane Fondas vom Englischen ins Deutsche übersetzen.

Die 34 Porträts sind lebendig und leicht lesbar geschrieben. Sie sind chronologisch angeordnet und fokussieren so ein Stück der bewegten Geschichte der Vereinigten Staaten vom 16. Jh. bis zur Gegenwart. Viele der dargestellten

Frauen sind heute zu Unrecht vergessen, andere sind in die Geschichte eingegangen. Bemerkenswert erscheint, dass die porträtierten Frauen bis ans Lebensende aktiv waren. Einige beteiligten sich noch im Alter von mehr als 80 Jahren an den Protesten gegen den Vietnam-Krieg oder den Krieg im Irak. Denn, wie es Lisa Kalvelage (1923-2009) ausdrückte: „Bis man stirbt, lebt man“ (S.223), und solange man lebt, so Alice Paul (1885-1977), muss man kämpfen, denn „wenn man einmal die Hand auf den Pflug gelegt hat, kann man nicht aufhören, bis man am Ende der Furche ankommt“. (S.171) Das Ende der Furche haben die Rebellenmädchen freilich nicht erreicht; nur Angela Davis und Jane Fonda können noch weiter kämpfen; sie sind die Einzigen, die noch leben. Wirft man am Ende der Lektüre einen Blick auf die einzelnen Beiträge, so fallen einem Namen ein, die nicht vorkommen. Man kann sich daher dem Bedauern des Autors, dass er andere aufrechte und tapfere Frauen nicht auch habe würdigen können, nur anschließen. Verständlicherweise musste die Auswahl subjektiv bleiben. Die Literaturhinweise aber ermuntern zum Weiterlesen. Mit Spannung warten wir auf den nächsten Bd. der „Rebel Girls“. *Gisela Notz*

Dario Azzellini/Immanuel Ness (Hrsg.): „Die endlich entdeckte politische Form“. Fabrikräte und Selbstverwaltung von der Russischen Revolution bis heute, ISP Verlag GmbH, Köln 2012, 540 S., ISBN 978-3-89900-138-9

Auf doppelte Weise zeigt der vorliegende Sammelbd. sehr nachdrücklich,

wie international verbreitet das Phänomen der Arbeiterselbstverwaltung war und ist. Denn die Autoren der 22 Aufsätze, allesamt ausgewiesene Experten und meist auch selbst politisch aktiv, kommen von verschiedenen Kontinenten und decken zugleich ein weites Feld historischer Forschung ab. Den Auftakt bilden mehrere eher theoretisch angelegte Beiträge. Die im Anschluss untersuchten konkreten Beispiele erstrecken sich von der revolutionären Periode am Ende des Ersten Weltkriegs in Russland, Deutschland und Italien über die staatssozialistischen Länder Polen und Jugoslawien, die postkolonialen Kämpfe in Indonesien und Algerien bis hin zu aktuelleren Fällen vornehmlich in Lateinamerika. Angesichts dieser Fülle kann es hier nicht darum gehen, jeden einzelnen Beitrag zu behandeln. Vielmehr sollen lediglich einige übergreifende Charakteristika herausgearbeitet werden.

Generell wird bei der Lektüre deutlich: Es handelt sich um eine weltweit verbreitete Form politischer Aktivität, die seit über hundert Jahren bis heute in hochentwickelten Gesellschaften ebenso anzutreffen ist wie in Entwicklungs- und Schwellenländern. So unterschiedlich die jeweiligen Kontexte sind, so variantenreich gestalten sich auch die konkreten Umsetzungen von Arbeiterselbstverwaltung. Die Besetzung von British Columbias Telephone in Kanada 1981 (S.424-444) betraf beispielsweise nur ein einzelnes Unternehmen, während anderswo ganze Branchen, Regionen oder Produktionsketten involviert waren. Die Einflussmöglichkeiten variierten sehr stark von Mitbestimmung bezüglich einzelner Fragen der Lohngestaltung und der Arbeitsbedingungen über Produk-

tionskontrolle bis hin zur vollständigen Übernahme und Leitung der Betriebe.

Besonders interessant ist der Vergleich der Ziele der Akteure. Denn oft waren die Beschäftigten keineswegs revolutionär eingestellt, häufig ging und geht es um bescheidenere defensive Ziele. Die Arbeiter indischer Teeplantagen wollten 1974 vor allem ihre durch Konkurs bedrohten Arbeitsplätze sichern, genauso wie die Beschäftigten der brasilianischen Zuckerindustrie in den 80er- und 90er-Jahren oder der schottischen Werften in den 70ern. Selbst für die Fabrikkomitees in der Revolution in Russland bestand eine der Hauptaufgaben darin, die maroden Betriebe funktionsfähig zu halten. Anders ausgerichtet waren die revolutionären Obleute in Deutschland während und nach dem Ersten Weltkrieg, die Protagonisten der portugiesischen Nelkenrevolution 1974 oder aktuelle Bestrebungen in Venezuela. Hier stand und steht die umfassende, offensive Transformation eines fragwürdig gewordenen Gesellschaftssystems auf der Tagesordnung. In vielen Beiträgen wird deutlich, dass Ansätze zu einer Arbeiterselbstverwaltung oft dann auftreten, wenn die tradierte innerbetriebliche oder gesellschaftliche Ordnung in eine Krise gerät und dadurch an Legitimität verliert.

Der Interaktion mit anderen Kräften kam durchgängig eine wichtige Rolle zu. Während die Eigentümer der betroffenen Unternehmen verständlicherweise hartnäckigen Widerstand leisteten, muss das Agieren von Gewerkschaften, Parteien und Staat differenzierter betrachtet werden. Deren Haltung hing von den jeweiligen Umständen ab und konnte sowohl fördernd – etwa teilweise in Venezuela, Jugoslawien oder Spa-

nien – als auch distanziert und mitunter offen feindlich ausfallen. Das vielleicht wichtigste Hindernis der Räte waren aber meist bürokratisch-hierarchische Strukturen generell. Sie standen und stehen in ihrer Auffassung von Verwaltung und Politik basisdemokratischer Selbstorganisation diametral entgegen. Und das ganz unabhängig davon, ob sie nun gewerkschaftlicher, wirtschaftlicher oder politischer Natur sind. Bestand die Selbstverwaltung über längere Zeit, entwickelte sie sogar selbst gewisse bürokratische Strukturen und lähmte so die unabdingbare Voraussetzung ihrer Funktionalität, die permanente Einbindung der Basis in Entscheidungsfindungsprozesse. Das ging und geht oft Hand in Hand mit einer schrittweisen Reintegration in kapitalistische Marktprozesse und deren Erfordernisse. Diese Gefahren schildert u. a. Marina Kabat in ihrer Analyse der seit 2001 besetzten argentinischen Betriebe sehr überzeugend. Für viele der in dem Bd. beschriebenen Versuche gilt, dass sie immer dann scheiterten, wenn sie nicht mehr ausreichend von einer breiten und aktiven Bewegung inner- und außerhalb der Unternehmen getragen wurden. Die Erfolge waren unterschiedlich, aber zumindest manchmal gelang es den Beschäftigten, erstaunlich gut und effizient zu wirtschaften. Zu beachten ist dabei, dass Erfolg hier nicht nur an ökonomischen Kennzahlen zu messen ist. Vielfach machen die zitierten Aussagen von Beteiligten deutlich, dass es insbesondere die veränderten Arbeits- und Entscheidungsprozesse, ein gesteigertes Selbstwertgefühl, Solidarität und andere immaterielle Verbesserungen waren, die für sie den Kern der Selbstverwaltung ausmachten.

Insgesamt ist es den Hrsg. gelungen, eine beeindruckende Bandbreite von Themen der Arbeiterselbstverwaltung in inhaltlich hoher Qualität zu behandeln. Einzig ein gründlicheres Lektorat wäre angebracht gewesen, denn die zahlreichen kleinen Fehler stören bisweilen arg den Lesefluss. Wie die Hrsg. selbst einräumen, fehlen in dem Bd. viele wichtige Beispiele. Ein zweiter Bd. ist jedoch bereits angekündigt und wäre absolut wünschenswert.

Axel Weipert

Kateřina Čapková/Michal Frankl: Unsichere Zuflucht. Die Tschechoslowakei und ihre Flüchtlinge aus NS-Deutschland und Österreich 1933-1938 (Reihe Jüdische Moderne, 13), Böhlau-Verlag, Wien-Köln-Weimar 2012, 327 S., ISBN 978-3-412-20925-4

Die Vf., die sich bereits in mehreren Publikationen mit der Problematik der jüdischen bzw. deutsch-jüdischen Geschichte im 20. Jh. beschäftigt haben, greifen im vorliegenden Buch die Thematik des jüdischen Exils nach der diktatorischen Hitler-„Machtergreifung“ 1933 in Deutschland auf. Sie gehen davon aus, die Tatsache, dass eine Reihe europäischer Staaten mit demokratischen Systemen Flüchtlinge aufnahm (Belgien, Schweiz, Großbritannien, Frankreich u. a.), sei allgemein bekannt. In der bisherigen Historiografie ist in dieser Frage besonders die bürgerlich-demokratische Tschechoslowakei als vorrangiges Land des Exils in den 1930er-Jahren dargestellt worden. In vier Kapiteln sowie einer Einleitung und einem Epilog nehmen die Vf. einen Forschungsstrang auf, der

bisher tatsächlich in der Emigrationsbewegung der von den Nationalsozialisten verfolgten Deutschen, auch aus Österreich, weniger Beachtung gefunden hat: das Schicksal verfolgter jüdischer Bürger in den Asylländern. Diese Flucht ins Exil geschah besonders nach dem Erlass der faschistischen Rasse-Gesetze nach 1935 – falls diese Flüchtlinge nicht bereits zuvor, z. B. aus politischen Gründen oder weil sie als prominente deutsche Hitlergegner in hervorgehobenen Positionen (Kulturschaffende, linke Parteifunktionäre etwa von KPD oder SPD, kirchliche Amtsträger usw.) standen, das Nazi-Reich durch Flucht in die Tschechoslowakei verlassen hatten. Die Vf. kritisieren, dass bisherige Veröffentlichungen der Erinnerungs- und Exilliteratur einseitig und vorrangig die Sichtweise prominenter und nichtjüdischer Emigranten (z. B. Thomas und Heinrich Mann) bzw. führender Hitlergegner wiedergeben. Bei diesen Autoren dominiere die Hervorhebung der uneigennütigen Hilfe der ČSR und ihrer Behörden und Hilfskomitees für die politischen Exilanten, besonders für linke Intellektuelle. Dem stellen die Vf. die geringe Unterstützung gegenüber, die die vielen unbekannteren Flüchtlinge, besonders jüdischer Herkunft, von der tschechoslowakischen Regierung erhielten. Sie gerieten bald in eine Zeit der „finanziellen Misere und völligen Perspektivlosigkeit“. (S.8)

Eine umfangreiche Arbeit in Archiven (Israel, Deutschland, Tschechien, Österreich, USA, Schweiz) sowie ausführliche Literatur- und Presseauswertung zeugen vom Historikerfleiß der Vf. Das Literaturverzeichnis umfasst fast lückenlos thematische Veröffentlichungen der vergangenen Jahrzehnte

te, einschließlich der Arbeiten von Historikern der ČSSR und der DDR. In den genannten vier Kapiteln wird detailliert die Situation geschildert, in die die Tschechoslowakei als europäisches demokratisches Staatswesen und als Nachbarstaat des aggressiven Deutschland geriet. Hervorgehoben werden die mehreren Flüchtlingswellen, die in den 1930er-Jahren die ČSR erreichten. Da die politischen und linken Intellektuellen, zumeist Künstler, Schauspieler und Schriftsteller, oft partnerschaftliche Verbindungen in Gestalt von Verbänden, linken Parteien u.a.m. zu parallelen Institutionen in der Tschechoslowakei hatten bzw. zu diesen aufnahmen, erhielten sie von diesen auch rasch Unterstützung. Dies war nichtorganisierten jüdischen Flüchtlingen nicht unbedingt möglich. Dazu kamen für prominente Flüchtlinge besonders aus dem Bereich der Kultur wie Schriftsteller (Thomas und Heinrich Mann) und andere Künstler günstige Bedingungen dadurch, dass tschechische führende Intellektuelle wie F. X. Šalda, Oskar Kokoschka, Egon Erwin Kisch, Adolf Hoffmeister, Josef Čapek u. a. Hilfskomitees gründeten.

Die jüdischen Emigranten waren eine besondere Klientel des Exils, die zumeist auf eine andere Realität in der ČSR traf. Da sie durch die Rassengesetze in Deutschland enteignet worden waren, nahmen Teile der tschechoslowakischen Gesellschaft diese Exilanten als Wirtschaftsflüchtlinge wahr. Die Behörden befürchteten, dass durch diese Einwanderung ein Problem der Arbeitsbeschaffung entstehen und den tschechischen Arbeitslosen damit Arbeitsplätze entzogen würden. Es war das Bestreben der tschechoslowakischen Ämter, die jüdischen Emigran-

ten, die man als Zionisten usw. einstufte, rasch weiterreisen zu lassen und die ČSR für sie als „Durchgangsland“ zu betrachten. Diese Weiterreise lag aber weit entfernt von der Wirklichkeit, denn das bürokratische Geflecht der potenziellen europäischen bzw. überseeischen Exilländer (Visa, Aufenthaltsgenehmigungen, Pässe usw.) ließ dies für die Emigranten in den wenigsten Fällen zu. So saßen die jüdischen Flüchtlinge „in der Falle“, als sich 1938 die Beziehungen zwischen Hitlerdeutschland und der Tschechoslowakei im Vorfeld des nahenden Münchener Abkommens verschlechterten. Die im September/Okttober 1938 erfolgte Besetzung des tschechoslowakischen Grenzlands und die völlige Zerschlagung der „Rest-ČSR“ im März 1939 brachte die tschechische Flüchtlingspolitik insgesamt zum Zusammenbruch.

Die Vf. würdigen die Arbeit der von jüdischen tschechoslowakischen Staatsbürgern in Prag gegründeten Hilfsorganisationen. Hierzu gehörte an hervorragender Stelle das 1936 gegründete „Hilfskomitee für jüdische Emigranten“ HICEM. Seine Leiterin war Marie Schmolka, die mit ihren Mitarbeitern übermenschliche Anstrengungen zur Unterstützung der jüdischen Emigranten unternahm. Sie versuchte, auch internationale jüdische Instanzen für die Hilfe einzubinden. Alle Mühen scheiterten letzten Endes an den historischen Gegebenheiten Ende der 1930er-Jahre.

Die Publikation ist verdienstvoll, denn ein bisher selten bearbeitetes Thema wird der Öffentlichkeit vorgestellt. Mühevoll zusammengetragene biografische und fotografische Darstellungen von Schicksalen jüdischer, in der ČSR weilender Emigranten aus Deutsch-

land und Österreich, die dann doch in den Konzentrationslagern ihr Leben verloren, illustrieren die Thematik. Die Vf. versuchen eine theoretische Untersuchung der damals gebräuchlichen Begriffe „Flüchtling“, „Emigrant“ und „Asylant“, um daran die Verhaltensweise der tschechoslowakischen amtlichen Politik zu messen. Nachzuweisen, dass die tschechoslowakischen Behörden „zweierlei Flüchtlingspolitik betrieben“ (S.98), ist indes schwierig, zumal sich die Grenzen verwischen, wenn der Emigrant als Prominenter zugleich jüdischer Herkunft war. Beim Vergleich mit der Flüchtlingspolitik anderer europäischer Staaten, z. B. der Schweiz oder Belgiens, die weitaus restriktiver gegenüber deutschen antifaschistischen oder jüdischen Flüchtlingen handelten, ist festzustellen, dass die tschechoslowakische Politik toleranter war. Trotzdem konnte die ČSR nur „unsichere Zuflucht“ sein. Ihre Rolle als Drehscheibe, Kreuzung, Brücke oder Station auf der Flucht hat sie, so lange es politisch möglich war, bis Ende der 1930er-Jahre bei aller Berücksichtigung der staatlichen, juristischen oder finanziellen komplizierten Fragestellungen übernommen. Zu Recht stellen die Vf. angesichts der aggressiven Politik der Hitlerregierung nicht ohne Vorwurf die Hauptfrage: Warum hatten die demokratischen Staaten ihre Grenzen für deutsche Flüchtlinge dicht gemacht?

Das Buch liegt in fließender deutscher Übersetzung aus dem Tschechischen vor. Eingestreute historische Reminiszenzen und Zahlenmaterial zu speziellen Problemen bereichern die Publikation. Dazu gehört ein Exkurs in die Flüchtlingsthematik als internationales Problem. (S.71) Wiederholungen vertretener Auffassungen in den einzel-

nen Kapiteln führen aber zu vermeidbaren Längen im Text. Ungenauigkeiten, wie die Bezeichnung des „Völkerbundes“ einerseits als solchen, andererseits an anderer Stelle als „Vereinte Nationen“, die erst nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet wurden, sind marginal.

Veronika Arndt

Michael Berger/Gideon Römer-Hillebrecht (Hrsg.): Jüdische Soldaten – Jüdischer Widerstand in Deutschland und Frankreich, Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn u. a. 2012, 572 S., ISBN 978-3-506-77177-3

Der Bd. ist Bestandteil eines umfassenden Projekts des „Bundes jüdischer Soldaten“, dem die beiden Hrsg. angehören. Er führt damit seit 2006 erschene Bücher (u. a. „Juden und Militär in Deutschland“ und „Eisernes Kreuz, Doppeladler, Davidstern“) fort. In den Teilen A bis F, im Einführungsteil (mit dem in Deutsch, Englisch und Französisch abgedruckten Vorwort des Schirmherrn Burkhard Schwenker, dem Geleitwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Christian Schmidt, mit Prolog und Einführung) und im Anhang sind insgesamt 36 Beiträge von 19 Autoren enthalten. Ein ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis und eine Auswahlbibliografie beschließen den Bd.

Teil A behandelt allgemein „Jüdische Soldaten und Militärseelsorge“ in Deutschland/Österreich-Ungarn und Frankreich, Teil B thematisiert „Gedenken und Erinnerung“. Teil C ist dem jüdischen Widerstand gewidmet, Teil D enthält „Seitenblicke“ mit einem Abschnitt „Jüdische Soldaten in

den Armeen der Alliierten im Zweiten Weltkrieg“. Teil E ist überschrieben „Gegenwart“ (es geht hier ausschließlich um die Bundeswehr), Teil F gibt „Ausblicke“ und stellt Juden als Vordenker einer europäischen Einheit und der Zukunft Europas vor.

Im Folgenden sollen einige Beiträge, vor allem aus den Teilen C und D, charakterisiert werden.

Im Prolog I behandelt Berger am Beispiel des SPD-Reichstagsabgeordneten Ludwig Frank, der sich 1914 freiwillig zum Kriegsdienst meldete und kurz danach in Lothringen fiel, die Hoffnung der deutschen Juden auf Gleichberechtigung trotz ihrer faktisch fortgesetzten Ausgrenzung aus der deutschen Gesellschaft. Römer-Hillebrecht kommt in Prolog II hinsichtlich des jüdischen Widerstands in Deutschland und Frankreich zum Schluss, dass dieser gegenüber dem Bevölkerungsanteil und der Anzahl von Widerstandskämpfern überproportional stark war. Er betont: „Deutsche und französische Juden wurden in- und außerhalb ihrer Herkunftsländer Teil des internationalen jüdischen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus.“ (S.68) Es werde geschätzt, dass etwa 1,4 Millionen Juden in regulären Armee-Einheiten der Alliierten und am Partisanenkampf teilnahmen, das wären „etwa jede(r) zehnte Jude/Jüdin“. (S.68)

In seiner kurzen Einführung zum Teil C arbeitet B. heraus, dass deutsche und österreichische Juden, die in den Interbrigaden im Spanischen Bürgerkrieg, als Mitglieder der Résistance, im italienischen Widerstand und in den Partisanenarmeen auf dem Balkan und in Osteuropa kämpften, „zusammen mit zahllosen jüdischen Emigranten, die in die Armeen der Alliierten einge-

treten waren, einen wesentlichen Beitrag zur Befreiung Europas von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft geleistet haben. (S.239) In einem weiteren Beitrag widmet sich B. den Juden, die unter den ca. 7.000 Deutschen und Österreichern waren, die im Spanischen Bürgerkrieg für die Republik kämpften. Er schätzt ihre Zahl auf etwa 500, insgesamt gab es 8.000 bis 10.000 jüdische Bürgerkriegsteilnehmer. Nachdrücklich weist der Autor auf die bis heute ungesühnten Kriegsverbrechen der Legion Condor hin. Im folgenden Aufsatz von B. steht der General der Republikanischen Armee Julius Deutsch im Mittelpunkt, der bereits zuvor eine herausragende Rolle im österreichischen Schutzbund und in den Wehrverbänden der internationalen Sozialdemokratie gespielt hatte.

Rainer Hoffmann untersucht den Widerstandskampf von Juden in Deutschland am Beispiel der Gruppe um Herbert Baum, einschließlich des Brandanschlags auf die antisowjetische Ausstellung „Das Sowjetparadies“. Er stellt heraus, dass die Gruppenmitglieder bis 1941 – mit zwei Ausnahmen – alle jüdischer Herkunft waren und konstatiert hinsichtlich heutiger Kontroversen, ob kommunistische oder jüdische Widerstandsgruppe: Sie waren „deutsche Juden und deutsche Kommunisten“. (S.258)

In einem längeren Aufsatz zeigt Peter Fisch ausführlich die Rahmenbedingungen des Widerstandskampfes gegen die deutschen Besatzer und die französischen Kollaborateure, um dann einen Einblick in die Beteiligung deutscher Juden an der französischen Résistance zu geben. Besondere Aufmerksamkeit widmet er Besonderheiten des jüdischen Widerstands, den Re-

pressionen der deutschen Militärverwaltung wie auch der Einbindung der deutsch-jüdischen Emigranten in die Einheiten der Résistance. Als Fallbeispiele skizziert er die Schicksale von Norbert Kugler, Leo Kneler, Gerhard Leo und Peter Gingold, deren Biografien bereits durch einschlägige (auto)biografische Arbeit bekannt sind.

Stefan Braun richtet den Blick auf den jüdischen Widerstand in Polen, dessen unterschiedliche politische Motivierung, Ziele und Entwicklung er herausarbeitet. Berger befasst sich sodann mit den Warschauer Aufständen im Ghetto 1943 und im August/September 1944. Er leitet aus ihrer Geschichte zwei Forderungen ab: die während der Aufstände von deutscher Seite begangenen Kriegsverbrechen genauer zu untersuchen und den jüdischen Widerstand in Polen differenzierter darzustellen. Von besonderem Interesse sind im Abschnitt D die Aufsätze zu jüdischen Soldaten in den Armeen der Alliierten im Zweiten Weltkrieg. Benny Michelsohn behandelt die Geschichte jüdischer Freiwilliger in der Britischen Armee in Palästina, die sogar eine eigene Jüdische Brigade bildeten. Im ebenfalls in Englisch verfassten Beitrag von George H. Heart steht sein Vater Henry Herz im Mittelpunkt, der vor den Nazis aus der Tschechoslowakei geflohen war und in der US-Armee gegen Nazi-Deutschland kämpfte, stellvertretender Militärgouverneur in Bad Hersfeld und dann Direktor von Radio Free Europe war. Gerhard Jochem informiert über jüdische Emigranten aus dem Raum Nürnberg-Fürth, die in den Armeen der Alliierten dienten. Neben Einsätzen in der britischen und US-Armee ist hier auch der einzig bekannte Fall eines Nürnberger Rotarmisten erwähnt: David Schneebalg.

In der britischen Armee dienten während des Zweiten Weltkriegs etwa 10.000 deutschsprachige jüdische Flüchtlinge, fast ebenso viele (9.500) in der US-Armee. Hier erweist es sich als ein Mangel, dass Beiträge zum Einsatz von Juden in der Roten Armee – es dürfte sich um mehr als 500.000 handeln (siehe S.68) – und in den Partisanenarmeen Osteuropas fehlen. Deutlich wird in vielen Beiträgen, dass es den jüdischen Widerstandskämpfern gegen die faschistischen Regimes in Spanien, in Deutschland und in den besetzten Ländern nicht nur um die Erhaltung der eigenen Existenz, sondern vielfach auch um die Verwirklichung der Idee von einer gerechten Gesellschaft ging.

Herbert Mayer

Axel Ulrich: Wilhelm Leuschner. Ein deutscher Widerstandskämpfer: Für Freiheit und Recht, Einheit der Demokraten und eine soziale Republik. Mit einem Vorwort von Helga Grebing, Thrun-Verlag, Wiesbaden 2012, 331 S., Ill., ISBN 978-3-9809513-9-5

Axel Ulrich, geb. 1951, Dr. phil., Politologe, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Stadtarchivs Wiesbaden, Vorsitzender der Historischen Kommission der SPD im Land Hessen und Autor zahlreicher Publikationen vor allem zum antinazistischen Widerstand im Rhein-Main-Gebiet.

Er bietet mit seiner Arbeit einen tiefen Einblick in das antifaschistische Wirken des sozialdemokratischen Gewerkschaftlers Wilhelm Leuschner und seiner Mitstreiter aus der Gewerkschaftsbewegung sowie dem progressiven Bürgertum und Militär nach der

Machtübertragung an den Nationalsozialismus und schildert – sehr gut recherchiert – den gefährvollen Weg zum Umsturzversuch vom 20. Juli 1944. Wilhelm Leuschner, geboren am 15. Juni 1890 in Bayreuth, ermordet am 29. September 1944 in Berlin-Plötzensee, gehörte zu den führenden Köpfen des Widerstandes. Obgleich die Arbeit nicht auf eine Gesamtbioografie Leuschners zielt, die auch noch zu schreiben wäre, vermittelt sie ein Lebensbild mit allen essenziellen patriotischen und intellektuellen Eigenschaften Leuschners. Es ist Helga Grebing beizupflichten, die einleitend kritisch anmerkt, dass von Anfang an die „Wahrnehmung des antifaschistischen Widerstandes der demokratischen Arbeiterbewegung durch die Wissenschaft und breite Öffentlichkeit [...] in der Bundesrepublik defizitär“ (S.7) gewesen sei. Es wäre zu ergänzen, dass das heute auch für die neuen Bundesländer zutrifft. U. habe „ein strukturiertes und keinesfalls zufälliges Netzwerk der Widerstandsbereitschaft, das Wilhelm Leuschner anstrebte, rekonstruiert [...] bis hinein ins bürgerlich-konservative Lager, zu den christlichen Gewerkschaftsführern, einigen Militärs und bis an den Rand des kommunistischen Widerstandes“. Damit sei „die These von der Selbstlähmung des Widerstandes aus der Arbeiterbewegung widerlegt und das Urteil der Wissenschaft korrigiert, man könne sich, da Konspiration selten an Nachlass denkt, angeblich mangels authentischer Quellen aus dem Widerstand auf den exklusiven Rückgriff auf Aussagen und Materialien der Verfolger verlassen“. (S. 8) Im Weiteren habe der Autor mit der Darstellung der Widerstandstätigkeit von Leuschner und dessen Mitstreitern bewiesen, dass der

Widerstand aus der Arbeiterbewegung „nicht beschränkt auf kleine Kreise“ war, sondern „seinen Unterbau in der Gesellschaft“ hatte. So sei die Legende von der „Volksgemeinschaft“ auch aus dieser Sicht falsch, „aber andererseits auch kein Gegenbild der massenhaften ‚Volksopposition‘ konstruiert“. (ebenda)

Der Autor schildert, wie tief Leuschner in der Erinnerungskultur des Landes Hessen verankert ist, das sich als dessen Testamentvollstrecker verpflichtet sieht. Aus dieser Sicht skizziert er die wissenschaftliche und politische Vielfalt des Umgangs mit dem Thema. Er beschreibt nicht nur Leuschners Karriere in Gewerkschaft, Partei und Staat, den antinazistischen Abwehrkampf in Hessen, das Ende der Republik und den frühen Widerstand gegen die Diktatur, Nazi-Haft, den erneuten Widerstand mithilfe von Außen (Sozialistische Arbeiter-Internationale), Bemühungen zur Schaffung einer antinazistischen Auffangorganisation sowie den Widerstand christlicher Gewerkschafter. Untersucht werden ferner „Leuschners Basis in Berlin“ sowie die ausgedehnten Widerstandsnetzwerke der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in etlichen Regionen des Deutschen Reichs. Aus der Vielzahl der mit Leuschner in Kontakt stehenden und in die Vorbereitung des Umsturzversuches involvierten Persönlichkeiten werden die Spuren u. a. von Jakob Kaiser, Hermann Maaß, Dr. Julius Leber, Dr. Carl Goerdeler, Paul Löbe, Carl Severing, Theodor Leipart, Dr. Albert Südekum, Dr. Carlo Mierendorff, Gustav Noske, Dr. Otto Suhr, Dr. Theodor Haubach und vieler weiterer Widerständler sowie deren Wirken im Netzwerk bis hin zu den Köpfen des

militärischen Widerstandes sowie des Kreisauer Kreises aufgehellt.

Der Autor nennt außerdem Quellen für die Finanzierung entsprechender Handlungen: Goerdeler sei beispielsweise „bei seinen gegen das NS-Regime gerichteten Aktivitäten durch einige Industrielle gefördert worden. Außerordentlich großzügig“ habe „sich diesbezüglich der auch sonst auf imponierende Weise sozialpolitisch wie speziell in der Judenhilfe engagierte, liberaldemokratisch gesinnte Stuttgarter Unternehmer Robert Bosch“ gezeigt, „der ihm mit einem Beratervertrag zugleich noch ein exzellentes Alibi für sein oppositionelles Agieren verschafft“ habe. (S.82) Im Abschnitt „Entwurf einer einheitlichen Volksgewerkschaft sowie Grundzüge einer sozialen Demokratie“(S.172-197) geht der Autor in die Spur von Überlegungen über das Selbstverständnis der Gewerkschaftsführer im Hinblick auf ihren Platz im antinazistischen Widerstand vor, während und nach dem Umsturzversuch. Es gäbe Hinweise, die auf ein „Fortbestehen fragmentärer politischer ebenso wie gewerkschaftlicher Organisationsstrukturen über die Schar der jeweiligen konspirativen Führungskader hinaus“ schließen lassen. (S.172) In diesem Zusammenhang wird auf Belege für eine gut strukturierte, subversive Gewerkschaftsbewegung in den großen Betrieben sowie auf ein Geheimtreffen deutscher Gewerkschaftsführer 1942 verwiesen. Leuschner habe selbst davon gesprochen, dass nach einem gelungenen Aufstand der Generalstreik auszurufen sei. Bei dem „politisch außerordentlich breit aufgestellten Widerstandsverbund“ habe es sich um „eine überparteiliche Gemeinschaft“ gehandelt. (S.177) Zu den Zu-

kunftsvorstellungen Leuschners habe gehört, die „Deutsche Gewerkschaft“, die er als „Einheitsgewerkschaft“ sah, selbst zu leiten. Auch sollten Sozialversicherung und Sozialverwaltung in die Selbstverantwortung der Arbeiterschaft überführt werden. Die konzeptionellen Überlegungen sollen auch die Sozialisierung der Bodenschätze und wichtiger Wirtschaftsbereiche eingeschlossen haben.

Im Weiteren schildert der Autor, wie sich die Akteure des Widerstandes den Übergang zur Demokratie bzw. Parteiendemokratie erhofften. Am Schluss werden die Umsturzbasis und das Scheitern des Widerstandes sowie Leuschners Erbe und der Umgang mit diesem in Erinnerung gerufen. Hier werden noch einmal Erfahrungen und Schlussfolgerungen auf den Punkt gebracht, die dem Vermächtnis der ermordeten Widerständler entsprachen und die es nach 1945 zu berücksichtigen galt. Es sei besonders der Christdemokrat Jakob Kaiser, einer der engsten Mitstreiter Leuschners, gewesen, der wie dieser in einer „gesunden Synthese von Sozialismus und Freiheit den richtigen Weg für das deutsche Volk“ (S.274) gesehen habe. Dass die „Freiheitsrechte nicht für die erwiesenen Feinde der Freiheit gelten sollten“ (ebenda), sei bei allen NS-Gegnern, ob sie sich nun im Untergrund oder vom Exil aus antinazistisch betätigt hatten, völlig unstrittig gewesen. Auch von Wilhelm Leuschner sei „niemals anderes zu vernehmen gewesen. Aus diesem Grund meinten die Väter und Mütter unserer Verfassung von 1949 auch Vorsorge für alle Zeiten getroffen zu haben, als sie darin den durch kein Grundrechtsänderungsverfahren korrigierbaren und ebenso wenig eliminierbaren Artikel

139 verankerten, welcher für uns das Fortgelten der alliierten Entnazifizierungsvorschriften für alle Zeiten fixiert und aus dem das kategorische Verbot jedweder faschistischen bzw. neonazistischen Betätigung herzuleiten“ sei. (ebenda)

Das Buch regt zur politischen Auseinandersetzung mit den vielfältigen Erscheinungsformen von Neonazismus in der Bundesrepublik und darüber hinaus in einigen Staaten der Europäischen Union an, und es verleitet auch zur Frage, warum die Mächtigen der Demokratie – die politisch herrschenden demokratischen Parteien in der Bundesrepublik – so unsicher mit einem längst notwendigen Verbot neonazistischer Parteien und deren Gliederungen umgehen und stattdessen immer wieder ihre scheinbar rechtsstaatlich begründete Ohnmacht zur Schau stellen.

Den Anmerkungen am Schluss folgt eine Auswahlbibliografie mit Archivhinweisen.

Horst Klein

Sabine Friedrich: Wer wir sind. Der Roman über den deutschen Widerstand; Sabine Friedrich: Wer wir sind. Werkstattbericht, mit Bildern (dtv, 21403), Deutscher Taschenbuchverlag, München 2012, 2027 S., ISBN 978-3-423-28003-7, 127 S., ISBN 978-3-423-21403-2

Die Autorin nimmt die Leser mit auf eine spannende und gleichermaßen bewegende Reise in die nationalsozialistische deutsche Vergangenheit. Anhand miteinander verwobener Lebensgeschichten zumeist namentlich bekannter Persönlichkeiten des Widerstands gegen das Naziregime schuf sie ein be-

achtenswertes Buch, das Emotionen zu wecken vermag.

Ob es sich wirklich um „eine Enzyklopädie des deutschen Widerstandes in der Hülle eines Romans“ handeln würde, wie von einem Rezensenten des „Spiegel“ bezeichnet, wagte ich zu bezweifeln. Doch ich ließ mich beim Lesen rasch überzeugen: Es ist eine literarische Darstellung „vom Leben und Sterben der Frauen und Männer des deutschen Widerstandes“ in den Jahren der Naziherrschaft und dem schwierigen Überleben der Angehörigen – verwoben mit belastbaren Fakten, ganz intimen Episoden und Briefzitatzen. Die Handlung berührt grundsätzlich und zeitübergreifend Fragen nach den Bedingungen menschlicher Existenz, denen keine Generation ausweichen kann.

F. ist es gelungen, ein schwieriges zeitgeschichtliches Thema mittels einer überraschend guten Handlungsführung überzeugend nachzuzeichnen. Entstanden ist ein Netzwerk bewegender Liebesgeschichten und ein Historienbild zugleich, welches die Leser(innen) regelrecht in die Handlung hineinzieht und bald die weite Lesestrecke vergessen lässt. Über die verschlungenen Schicksale beispielsweise der Familien Coppi, von Moltke, Kuckhoff, Harnack, Schulze-Boysen, von Stauffenberg, von Treskow, Leber, Reichwein und vieler anderer mehr oder weniger Beteiligter am Widerstand gegen das NS-Regime sind zwar bereits viele Bücher und Dokumentationen geschrieben worden, aber in dieser originellen literarischen Gestaltung eben noch nie. Es wird allerdings auch deutlich, dass es sich hier vornehmlich um namhafte Vertreter des bürgerlichen Widerstandes dreht, deren aktives Handeln in

den Treffen des Kreisauer Kreises und den Aktionen der sogenannten Roten Kapelle geistig wie organisatorisch vorbereitet wurde – mit klarem Wissen um die Risiken eines solchen Tuns. Dies ist kein Manko, denn das entspricht den Tatsachen. Den Widerstand der sogenannten kleinen Leute vermochten die Nazis bekanntlich schon im Anfangsstadium durch grausamen Terror zu ersticken.

Die Nachgeborenen, die Kinder und Enkel, stellen dazu jetzt unbefangene neue Fragen. Da kommt dieser Roman zur rechten Zeit, der auf dokumentarisch verbürgter Basis ein Zeitpanorama lebendig werden lässt und vor allem die Entwicklungen und Entscheidungen menschlich nachvollziehbar darbietet. Die Quellenhinweise am Buchende runden den positiven Eindruck von der engagierten, akribischen Arbeitsweise der Autorin ab. Und außerdem hält der materialmäßig neuartige Schutzumschlag eine lang dauernde wiederholte Lektüre dieses gewichtigen Buches sehr wohl aus.

Über die Höhen und Tiefen ihrer Arbeit an diesem Werk, ihre Zweifel an solcherart Eintauchen in die Lebens- und Gedankenwelt ihrer Protagonisten gewährt die 1958 in Coburg geborene und wieder dort lebende Autorin in dem gesondert edierten „Werkstattbericht“ berührende Einblicke. Durch Studium der Anglistik und Germanistik, Promotion und publizistische Tätigkeit schuf sie sich eine solide Basis für solcherart Thematik: beispielsweise 2007 mit dem Buch „Immerwahr“ über die Frau des Nobelpreisträgers Fritz Haber, die 1900 als erste Frau den Dokortitel für Chemie errang, aber daran zerbrach, dass ihr Mann die Entwicklung von Giftgas als Kriegs-

waffe leitete. Nun aber ändert F. den Blickwinkel von den Motiven der Mörder zu den Schicksalen der opferbereiten Gegenspieler mit der Aufforderung: „Starrt nicht immer nur auf die Mörder! [...] Verachtet sie einfach. Da! Schaut euch lieber diese hier an, stellt euch dem wirklichen Rätseln: Wie kommt das Gute in die Welt?“ (letzte Umschlagseite) In diesem broschierten Begleitheft, welches aber auch als eigenständige Publikation zu empfehlen ist, erläutert die Autorin weiter ihre Arbeitsschritte und Überlegungen, die letztendlich zu der umfanglich nicht weiter reduzierbaren Fassung des Romans führten. Die emotionalen Erschütterungen und Belastungen während ihrer sechsjährigen Arbeit an dieser gewaltigen Thematik, die zeitweilig auch F.s Familienleben beeinflussten, werden durch die teils tagebuchartigen Aufzeichnungen ebenfalls auf berührende Art verständlich. Zum Nachdenken und Nachfragen bietet also der „Werkstattbericht“ eine gute Basis. Die Reiseschilderungen zu historischen Stätten (einschließlich der schwarz-weißen Abbildungen) und die ausführlichen Literaturhinweise im Anhang animieren außerdem zur weiterführenden Beschäftigung mit dieser Thematik.

Helga W. Schwarz

Jochen Hellbeck: Die Stalingrad-Protokolle. Sowjetische Augenzeugen berichten aus der Schlacht, S. Fischer Verlag, Frankfurt/Main 2012, 608 S., ISBN 978-3-100-030213-7

Der 70. Jahrestag der Schlacht um Stalingrad hat Ende 2012/Anfang 2013 ein großes Echo auf dem Buchmarkt und in den Medien gefunden. Auch

wenn es die Werbetexte verheißen, mit wirklich Neuem konnte anlässlich dieses Jubiläums kein Verlag aufwarten. Eine Ausnahme bildet das Buch von Jochen Hellbeck. Der Slawist und Historiker, der an der US-amerikanischen Rutgers-Universität lehrt, setzt hier einen wichtigen neuen Akzent in der Forschung zum Zweiten Weltkrieg allgemein und zur Schlacht um Stalingrad im Besonderen. In seinem Vorwort kritisiert er den bisherigen Diskurs als eine „germanozentrische Geschichte, mehr noch, die Geschichte eines deutschen Opfergangs“. (S.19) Hier wäre zu ergänzen, dass sich H. dabei maßgeblich auf *westdeutsche* Sichtweisen bezieht, die er zu Recht kritisiert. Vieles, was er korrigiert, betrifft frühere Betrachtungen des Themas in DDR-Publikationen nicht. H.s Anliegen ist es, „sowjetische Soldaten und andere Kriegsteilnehmer als denkende und fühlende Menschen vorzustellen“. (S.11)

H. förderte umfangreiche Materialien zu Tage, die über Jahrzehnte in sowjetischen, später russischen Archiven unbearbeitet lagerten. Einige der Schilderungen im Bd., z. B. die Berichte des berühmten Scharfschützen Wassilij Sajzew oder die Erinnerungen von Armeegeneral Wassili Tschuikow, sind allerdings so oder ähnlich auch schon früher in der Sowjetunion publiziert worden. Es ist also nicht alles neu. Neu allerdings ist die Zusammenschau der vielfältigen Dokumente und dass solches Material von einem größeren (west)deutschen Publikum zur Kenntnis genommen wird. Publikationen aus der Sowjetunion spielten in der BRD des Kalten Krieges nur eine marginale Rolle in der Geschichtsbetrachtung bzw. wurden nicht als seriöse Quellen angesehen. Es ist ein Verdienst H.s und

seines renommierten Verlages, das dies – spät genug – nun überwunden wird.

H. räumt mit einigen westlichen Propaganda-Mythen des Kalten Krieges auf. So hieß es einst, die sowjetischen Soldaten hätten allein aus Angst vor dem stalinistischen Terror und nur für ihre Familien oder die geliebte Heimat gekämpft. Wie hartnäckig sich diese überholten ideologischen Ansichten in der Geschichtswissenschaft halten, zeigt die Monografie, die Jörg Barberowski fast zeitgleich vorgelegt hat: „Verbrannte Erde: Stalins Herrschaft der Gewalt“. Die Stalingrad-Protokolle zeigen dagegen sehr überzeugend: Nicht wenige Rotarmisten kämpften aus tiefer Überzeugung für die sozialistische Sache, motiviert durch die Kommunistische Partei der Sowjetunion und den Jugendverband Komsomol. Eine andere wichtige Motivation bezogen sie aus der außerordentlich brutalen Art der Kriegsführung durch die Wehrmacht. Das ganze Ausmaß deutscher Verbrechen war allerdings zur Zeit der Schlacht um Stalingrad noch nicht bekannt.

Nicht in Abrede gestellt werden soll, dass in der Roten Armee auch deutlich Zwang ausgeübt wurde, dass es große Angst vor den Sonderabteilungen des NKWD gab, die Soldaten wegen Desertion und Feigheit auch erschossen. Die in diesem Zusammenhang durch die Geschichtsschreibung geisternde Zahl von 13.500 weist H. energisch zurück und geht mit nachvollziehbaren Analysen von unter 300 aus.

Mit alter westdeutscher Interpretation bricht auch die differenzierte Sicht auf die Politikommissare und die Rolle der Partei. „Die Partei war in der Armee allgegenwärtig – als institutionelles Netz, in Gestalt von politischen Füh-

rungsoffizieren und in Form von inhaltlichen Appellen.“ (S.27) Die Politarbeiter wollten überzeugen. Sie waren überall auf den Schlachtfeldern, wo sie „predigten, anspornten, nötigten, beruhigten, seelsorgten, erklärten, Sinn stifteten“. (S.27) Nicht zuletzt nahmen sie neben der ideologischen Schulung auch Aufgaben wahr, die in Armen bürgerlicher Staaten bis heute von Priestern und Pfarrern erfüllt werden. „Wiederholt betonten Politoffiziere im Gespräch, wie häufig sie Einzelgespräche mit Soldaten führten. Jeder Rotarist sollte von der Notwendigkeit des Kampfes gegen die Deutschen überzeugt werden, jeder sollte ‚politisch bewusst‘ – das heißt aus eigenem Antrieb – handeln.“ (S.58)

Das Quellenmaterial, die Stalingrad-Protokolle, waren das Ergebnis unmittelbarer und umfangreicher Befragungen von Teilnehmern der Schlacht durch eine sowjetische Historikerkommission unter Leitung des damals renommierten Geschichtsprofessors Isaak Minz, der sehr professionell arbeitete, mit Methoden und Verfahren, die z. T. bis heute in der Demoskopie üblich sind. Da die Dokumente nach Kriegsende nicht mehr der von Stalin gewünschten Interpretation der Ereignisse entsprachen, kamen sie, wie viele andere Dokumente auch, ins Archiv und lagerten dort über Jahrzehnte unbearbeitet. Es ist die Zusammenschau der Ereignisse aus verschiedenen Perspektiven, während und kurz nach den blutigen Kämpfen an der Wolga, die den Bd. so interessant und innovativ machen. Da die Kommission sehr gewissenhaft und akribisch gearbeitet und mehrere Zeugen zu den gleichen Vorgängen befragt hatte, ist das entworfene Gesamtbild auch sehr fundiert und

repräsentativ. „Die Prozesse der individuellen Aneignung von ideologischen Appellen lässt sich so präzise den Stalingrader Gesprächen entnehmen, weil diese aus der zeitlichen Nahperspektive, ja fast zeitgleich die Schlacht dokumentieren. Ebendarin liegt ihr besonderer Quellenwert begründet. Wie mit einer Sonde taucht der Leser in eine verschüttete Zeit und erfährt die Gedanken, Stimmen und Emotionen von sowjetischen Menschen im Krieg.“ (S.84)

Auch Gespräche mit bzw. Verhöre von deutschen Gefangenen finden sich in den Protokollen. Hierbei ist interessant, dass die Soldaten der Roten Armee bei den befragten Wehrmachtsangehörigen erstaunt deren ideologische Festigkeit vermissten – eine Wahrnehmung, die durch die Analyse deutscher Feldpostbriefe aus dem Stalingrader Kessel gestützt wird. Um der mangelnden ideologischen Standhaftigkeit zu begegnen, führte Hitler Ende 1943 auch in der Wehrmacht mit dem NS-Führungsoffizier eine Position ähnlich der des sowjetischen Kommissars ein – übrigens kurz nachdem diese in der Roten Armee abgeschafft wurde.

H. interpretiert das von ihm entdeckte Material sehr sensibel und beweist ein tiefgründiges Verständnis für das Funkzionieren, das Selbstverständnis und die Wertvorstellungen des sowjetischen Systems. Quellenauswahl und editorische Prinzipien werden vom Hrsg. für den Leser nachvollziehbar erläutert.

Jens Ebert

Jan Foitzik (Hrsg.): Sowjetische Interessenpolitik in Deutschland 1944-1954. Dokumente (Texte und Materialien zur Zeitgeschichte, 18), hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, Oldenbourg Verlag, München 2012, 629 S., ISBN 978-3-486-71452-4

Mit dieser umfangreichen Publikation werden dem Benutzer 141 Dokumente überwiegend internen Charakters unterbreitet, die hier zum größten Teil erstmals in deutscher Sprache veröffentlicht sind. Dadurch erschließen sich Einblicke in zahlreiche bislang verborgene Tatsachen, Zusammenhänge und Hintergründe der sowjetischen Deutschlandpolitik, zumal in Fußnoten en masse nützliche Zusatzinformationen geboten werden. Die Dokumente entstammen vorwiegend den Beständen des Russischen Staatsarchivs für sozialpolitische Geschichte und des Staatsarchivs der Russischen Föderation, mitunter auch weiteren russischen und deutschen Archiven, vereinzelt wurden zeitgenössische oder neuere Veröffentlichungen herangezogen. Von jenen Zeugnissen sowjetischer Deutschlandpolitik, die bereits 1968 von den Außenministerien der DDR und UdSSR in dem Bd. „Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945-1949“ herausgegeben wurden, taucht bei F. kein einziges auf. Daran wäre nichts zu bemängeln, wenn er beide – in ihrer editorischen Akribie und Kommentierung zweifellos nicht gleichwertigen Editionen – irgendwie miteinander verknüpft hätte. (Die in der DDR erschienene Edition taucht nur ganz vereinzelt in Fußnoten auf.) Somit bleiben wesentliche geschichtswirksame Befehle und Maß-

nahmen, mit denen von sowjetischer Seite Sorge für das Überleben der deutschen Bevölkerung getragen, das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben wieder in Gang gesetzt, die Liquidierung der Überreste des Naziregimes betrieben wurde, unbenannt, und sie fallen fast gänzlich aus seinen Betrachtungen und Wertungen heraus.

Die Spannbreite der dargebotenen Dokumente ist groß. Sie reicht von Dienstanweisungen für Mitarbeiter der SMAD bis zu Verhandlungsdirektiven des Politbüros der KPdSU(B) zu Außenministerkonferenzen. Entsprechend der im Buchtitel ausgewiesenen „Interessenpolitik“ dominieren Papiere, die sich mit Besatzungskosten, Reparationen, Demontagen, Vermögensaneignung, Ausbeutung wissenschaftlich-technischen Know-hows befassen. Sie belegen, wie knallhart die UdSSR ihre Interessen wahrgenommen und ihre Ansprüche befriedigt hat, und zwar nicht nur durch Demontagen und Reparationen, sondern auch durch Inbesitznahme deutscher Patente und Inanspruchnahme deutscher Spezialisten. Die gängige Vorstellung, dass es auf diesem Felde chaotisch zugegangen sei und niemand einen Überblick besessen habe, ist nicht aufrechtzuerhalten. Berichte und Analysen belegen, dass Entnahmen und Leistungen penibel registriert wurden, womit noch nicht gesagt ist, dass diese auch wertmäßig angemessen veranschlagt worden sind. Zahlreiche Dokumente befassen sich mit den Vorgehensweisen, mit Absicherungen gegenüber Reaktionen der westlichen Alliierten, vor allem aber mit erreichten Resultaten. Zu erfahren ist so manches über die innere Ordnung und die Arbeitsweise der durchaus zu Selbstkritik fähigen Orga-

ne der SMAD, die bisweilen Interessen „ihrer“ Besatzungszone gegenüber Moskauer Zentralinstanzen durchzusetzen suchten.

Dazwischen finden sich immer wieder Dokumente, die grundsätzliche Aussagen zur sowjetischen Deutschland- und Besatzungspolitik enthalten, insonderheit zur Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland und zur deutschen Einheit oder grundsätzliche Stellungnahmen zu Anfragen und Positionierungen der SED und der DDR. Besonderes Interesse verdienen die im Umfeld der DDR-Gründung, der sogenannten „Stalin-Note“ vom März 1952 und der Juniereignisse 1953 entstandenen Papiere.

Der Präsentation der Dokumente ist eine ausführliche, von hoher Sprachkompetenz und immensem Fleiß zeugende Einleitung des Hrsg. vorangestellt, die tief ins Detail vordringt. Sie beginnt mit dem Verweis auf methodologische Schwierigkeiten, die u. a. daraus erwachsen, dass sowjetisches Recht, sowjetisches Besatzungsrecht, alliiertes Vertragsrecht, deutsches Recht und das Recht anderer nationaler Staaten sich nicht zur Deckungsgleichheit bringen ließen, dass sich in den Dokumenten völkerrechtliche, politische und moralische Argumentationen durchdringen, dass die einerseits aus der diktatorischen sowjetischen Staatsordnung und andererseits aus dem westlichen parlamentarischen System abgeleiteten Interpretationen und Praktiken kollidierten. Nach Meinung des Hrsg. sind solche Aspekte bisher von der Geschichtsbetrachtung völlig vernachlässigt worden. So arbeitet er eine Fülle von Widersprüchen im sowjetischen Handeln heraus, zwischen Rechtsvorschriften, zwischen Interpretationen

internationaler Vereinbarungen, zwischen Positionierungen zu unterschiedlichen Zeiten und in unterschiedlichen Zusammenhängen. Das sei schon vor Ausbruch des Kalten Krieges zum Tragen gekommen. Das mag zutreffen, verkennt aber, dass viele solcher Normen für die durch Faschismus, Zweiten Weltkrieg, Völkermord, Shoa und die Verwüstung halb Europas charakterisierte Extremsituation nicht geschaffen waren. Auch sind Wendungen in der Deutschland- und Besatzungspolitik bei allen Siegermächten in Erscheinung getreten und keine sowjetische Besonderheit. Erschwernisse erwachsen nicht zuletzt – auch das sei noch vermerkt – aus der wenig professionellen Aktenführung in den Registraturen sowjetischer Institutionen.

Ohne Zweifel hat F. den Beweis erbracht, dass viele Erwägungen, Entscheidungen, Durchführungen der sowjetischen Seite wesentlich komplizierter und widersprüchlicher abgelaufen sind, als sich das in der vorliegenden Literatur widerspiegelt. Das gilt nicht zuletzt auch für die Beziehungen zwischen sowjetischer Besatzungsmacht und SED. Zwar erhärten die Dokumente, wie massiv die sowjetische Oberhoheit wirkte und wie intensiv die Einflussnahme (auch noch nach Auflösung der SMAD und Bildung der Sowjetischen Kontrollkommission) war, aber sie belegen auch, dass es Interessenkonflikte zwischen Besatzungsmacht und KPD/SED gab und dass Reibungen nicht nur auftauchten, sondern auch ausgetragen wurden.

Inwieweit F. mit seinen Interpretationen immer im Recht ist beziehungsweise den Kern der Problematik trifft, kann wohl letztlich nur beurteilen, wer

ebenso tief in die Quellen und die Sekundärliteratur eintaucht, wie der Autor selbst. Gegen andere Sachkenner der Materie – vor allem was die Bewertung der sogenannten „Stalin-Note“ von 1952 durch Wilfried Loth und Rolf Steininger betrifft – zieht F. unter Berufung auf gründlichere Quellenkenntnis emsig zu Felde. Aber seine Argumente vermögen nicht in jedem Falle zu überzeugen. So schließt er zum Beispiel aus der Tatsache, dass seit Dezember 1951 eine zweite Parteikonferenz der SED angesteuert wurde, damit sei – unabhängig vom Ausgang der Auseinandersetzungen um einen deutschen Friedensvertrag – bereits Kurs auf die Errichtung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR genommen worden. Aber dem war nicht so. Die Quellen weisen aus, dass erst unmittelbar vor dieser Konferenz im Juli 1952 Stalin mit dieser Orientierung konfrontiert und sein Einverständnis eingeholt und selbst das Zentralkomitee erst am Vorabend der Konferenz-eröffnung auf den von der Vorbereitungsphase der Konferenz abweichenden Kurs eingestimmt wurde. Man kann es drehen und wenden wie man will, der Westen muss seine Gründe gehabt haben, das sowjetische Friedensvertragsangebot nicht auf einer internationalen Konferenz der am Krieg gegen Hitlerdeutschland beteiligten Staaten auszuloten. Und der Politiker, der sich als erster und am entschiedensten widersetzte, hieß nun einmal Konrad Adenauer.

Eigentlich hätte die von F. unterbreitete Wertung sowjetischer Deutschlandpolitik auch eine Auseinandersetzung mit den vor allem von Rolf Badstübner vorgetragenen – quellenmäßig ebenfalls gut belegten – Chan-

cen einer Kooperation der Siegermächte, zumindest in der unmittelbaren Nachkriegszeit, und den Ursachen ihres Scheiterns geboten. Hierzu schweigt er sich jedoch aus.

Und damit stellt sich grundsätzlich die Frage nach der Sichtweise auf diese geschichtlichen Quellen. So sehr F.s Kritiken im Einzelnen berechtigt sein mögen – offenbar ist er nicht bereit, der UdSSR, die mit Abstand die größten Opfer bei der militärischen Zerschlagung der deutschen faschistischen Welteroberer erbracht hat, dasselbe Recht zur Wahrnehmung ihrer Eigeninteressen (oder was ihre Führung darunter verstand) einzuräumen, das die Westmächte – insonderheit die USA – damals für sich beanspruchten und bis heute weltweit beanspruchen. Sonst wäre an so manchen Stellen eine etwas andere Diktion angebracht gewesen. Nicht nur diverse Aussagen, auch der Stil zeugen von Voreingenommenheit des Autors. So manche Dokumente lassen sich auch anders lesen, als F. dies tut, vor allem wenn sich der Leser etwas in den von F. allenfalls am Rande behandelten weichenstellenden Maßnahmen der Westmächte auskennt, auf die sowjetischerseits zu reagieren war. Nicht jeder Nutzer wird im Dokumententeil das dominierend finden, worauf ihn die Einleitung einzustimmen sucht. Was ihm regelmäßig als eine frühzeitige Abkehr von der deutschen Einheit und als eine Separierung der SBZ vorgestellt wird, kann vielfach auch als Reaktion auf vom Westen geschaffene vollendete Tatsachen verstanden werden, als ein Konzept der Festigung des eigenen Machtbereiches, des Ausbaus eigener Positionen in bevorstehenden Auseinandersetzungen um die angestrebte Einheit eines militärisch neut-

ralisierten Deutschlands, hinter dem so etwas wie eine ostdeutsche „Magnettheorie“ stand.

Eine wesentliche Bereicherung unserer Kenntnisse ermöglicht diese Publikation auf jeden Fall und in beträchtlichem Maße, und wenn ihr Hrsg. auch Kritik herausfordert, so zählt dies ebenfalls zu ihren Vorzügen.

Günter Benser

Martin Morgner: DDR-Studenten zwischen Anpassung und Ausrasten. Disziplinarfälle an der Friedrich-Schiller-Universität Jena von 1965 bis 1989, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2012, 403 S., CD-ROM, ISBN 978-3-86583-709-7

Die vorliegende universitätsgeschichtliche Publikation wurde 2011 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena (FSU) als Dissertation eingereicht. Diese empirische Studie versteht sich als ein Beitrag zur oppositionellen Studentenforschung in der DDR am Beispiel der FSU Jena.

Der Bd. ist klar in zwei Teile gegliedert, die es dem Leser einfach machen, sich in der dichten Materialfülle zurechtzufinden. Um die reichhaltig recherchierten Materialien in ihrer Gesamtheit zu berücksichtigen, entschied sich der Autor und der Verlag dazu, dem Buch eine CD-ROM beizulegen, auf der alle Disziplinarfälle Berücksichtigung fanden, die in der gedruckten Studie unerwähnt blieben.

Im ersten Teil wird die für eine wissenschaftliche Arbeit grundlegende Ausgangssituation erläutert. Er bietet eine klare Darstellung des Forschungsprojektes und die Verortung der Arbeit im aktuellen Forschungsstand zur Uni-

versitäts- und Studentenforschung der DDR.

Die Thesen der Arbeit sind gründlich durchdacht und werden im weiteren Verlauf immer wieder aufgegriffen. Des Weiteren gibt M. einen detaillierten Überblick, was unter Studiendisziplin und deren Verletzung an der FSU zu verstehen war. So werden die Rechte und Pflichten von Studenten nach dem sozialistischen Idealbild ausgebreitet und erörtert.

In diesem Teil der Arbeit verdient die beachtlich umfassende und aktuelle Darstellung des Forschungsstandes zur Hochschul- und Studentenforschung in der DDR besondere Erwähnung. Auf über fünfzig Seiten werden Publikationen aus ost- und westdeutscher Perspektive von vor 1989 und aus gesamtdeutscher Forschung seit 1990 aufgearbeitet und in die Forschungslandschaft eingeordnet. Abgerundet wird dieser Teil der Arbeit durch eine Einführung in die Methodik, welche sich auf die Auswertung des Aktenmaterials und eine Betrachtung der Disziplinarordnungen und deren Wandel bezieht. Der Autor betont, dass die ausgewählten Fälle nur die Spitze des Eisberges sind, da von den Zeitgenossen nur aktenkundig gemacht wurde, was auch zu einer disziplinarischen Maßregelung durch die Hochschulleitung führte. Weitere unbekannte Fälle werden vom Autor nicht ausgeschlossen. Auch die Rechtsprechenden, die über das Schicksal der einzelnen Studenten entschieden, werden mit Kurzbiografien vorgestellt.

Der zweite Abschnitt, welcher den Hauptteil der Arbeit ausmacht, überzeugt durch seine klare Gliederung. M. unterteilt die archivalisch verfügbaren Disziplinarfälle in vier Gruppen: 1. In-

neruniversitäre Disziplinarvergehen/„Studienangelegenheiten“, 2. Verstöße gegen die „Sozialistische Moral“, gegen Weisungen und Bestimmungen im universitären Umfeld, 3. Politische Opposition als Disziplinarvergehen/politische Verfolgung und 4. Kriminelle Handlungen und Vergehen verschiedener Art. Insgesamt stellt er 35 Konflikte in der gedruckten Publikation und noch einmal rund 80 in digitaler Version vor. Diese Zahlen sind vor dem Hintergrund von etwa 300 archivierten Disziplinarakten doch sehr bemerkenswert.

Eindrucksvoll zeigt sich in vielen der dargestellten Fälle, wie eng die Zusammenarbeit der universitären Disziplinierungsorgane mit den staatlichen Behörden und Organen war. Zudem wird auch der Einfluss des „Kollektives“ auf das Strafmaß der Disziplinarfälle deutlich. In vielen Akten fanden sich Stellungnahmen der Seminargruppe mit Einschätzungen zum Verhalten des Studenten im Studium und in der gesellschaftlichen Arbeit. Auf die einzelnen Fälle kann in dieser Besprechung nicht eingegangen werden. Es ist aber hervorzuheben, dass M. eine anschauliche Auswahl getroffen hat, die viele verschiedene Facetten des Aufbehrens abbildet. Das Strafmaß für – aus heutiger Sicht – Bagatelldelikte ist zum Teil erschreckend, zeigt aber zugleich, wie sehr das System der DDR auch im Hochschulbereich auf Repression und Bestrafung ausgerichtet war.

Positiv zu erwähnen sind die Diagramme, die einen sehr guten visuellen Eindruck vom nonkonformen Verhalten an der Universität Jena geben. Die Aufteilung nach einzelnen Universitätssektionen und Fachrichtungen erscheint dabei zwangsläufig, nicht aber

die Unterscheidung zwischen weiblichen und männlichen Studenten, welche der Studie auch in genderhistorischer Hinsicht Bedeutung verleiht. Dem Verlag ist es zu danken, dass die Illustrierungen in Farbe und somit sehr leserfreundlich und anschaulich gehalten sind, was bei der Publikation einer Dissertation nicht selbstverständlich ist.

Weiterhin ist die Kommentierung der Akten durch den Vf. hervorzuheben. Sie ist kenntnisreich und detailliert, teilweise nicht ohne einen ironischen Unterton, was aber keineswegs den Gesamteindruck dieser umfassenden wissenschaftlichen Arbeit schmälert.

M. ist mit dieser Publikation ein überaus facettenreicher Überblick über das Rechtssystem an der FSU Jena gelungen, welche in den 1970er-Jahren ein Zentrum des studentischen Widerstandes in der DDR darstellte. Vor allem die akribische Archivarbeit hat dieser Studie eine hervorragende Quellengrundlage geschaffen. Es wäre wünschenswert, wenn ähnliche Studien auch für andere Universitäten der ehemaligen DDR entstehen könnten, damit ein makroskopischer Überblick über das Rechtssystem an den Hochschulen der DDR erwachsen kann.

Christoph Meißner

Daniel Limberger: Polen und der „Prager Frühling“ 1968. Reaktionen in Gesellschaft, Partei und Kirche, Peter Lang Internationaler Verlag der Wissenschaften, Frankfurt/Main u. a. 2012, 590 S., ISBN 978-3-631-62259-9

Das Jahr 1968 war eine Zäsur im Westen, aber auch im Osten. Neue Pro-

duktivkräfte, ein noch vager Wandel in der Systemauseinandersetzung ließen Gesellschaften und ihren sensibelsten Teil, Intellektuelle und besonders Studenten, unruhig werden. Sie forderten neue Gestaltungsmöglichkeiten und Freiheiten. Während dies für Westeuropa und Nordamerika recht gründlich aufgearbeitet ist, bleiben Untersuchungen zu Osteuropa fragmentarisch. Mit der Ausnahme des „Prager Frühlings“, der nun ausgerechnet keine Basisbewegung, sondern eine Reform von oben war, die von der Bevölkerung, zumindest den Intellektuellen, meist positiv aufgenommen wurde. Überlagert wurde dieser Reformversuch von der Blockkonfrontation, der massiven Präsenz der BRD und den Aktivitäten antisozialistischer Kräfte innerhalb der ČSSR. Die KPČ-Führung um Alexander Dubček unterschätzte diese Bedrohungen, suchte die Verbündeten zu beruhigen. Aber nicht nur aus Moskauer Sicht spielte man in Prag mit der Macht, anstatt in kleinen Reformschritten Wirtschaftsprobleme zu bewältigen.

Limbergers Verdienst besteht darin, hinsichtlich Polens und der polnischen Gesellschaft Licht ins Dunkel der Haltung zum „Prager Frühling“ gebracht zu haben, und zwar vor dem Hintergrund innerpolnischer Gesellschaftskonflikte. Mit Blick auf weiße Flecken heutiger Forschung resümiert er nüchtern, „dass sich dieses Thema kaum zur Bestätigung der Legende von den Polen als eines Volkes in permanenter moralischer Opposition zum kommunistischen Regime eignet und es daher für polnische Historiker weniger interessant erscheint“. Dabei trüge „zur Erhellung der Geschichte“ gerade die Erforschung „ambivalenten Verhal-

tens der in Interessen und Zwänge verstrickten Menschen“ bei. (S.11)

In einer umfangreichen, detailverliebten Studie, aus einer Dissertation an der Universität Freiburg (Breisgau) hervorgegangen, bietet L. begründete Analysen und umfangreiches Material. Seine sorgfältige Gesamtschau auf die Vorgänge in Polen und in der ČSSR vornehmlich im 1. Halbjahr 1968 ist erhellend. Regelrecht bahnbrechend muss seine Rekonstruktion der Reaktionen der Gesellschaft insgesamt, der Stimmung in der Parteibasis und schließlich der Reaktionen von Klerus und katholischen Organisationen aus den Akten der polnischen Staatssicherheit SB (Służba Bezpieczeństwa) und der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) genannt werden.

L. entwickelt ein differenziertes Bild. Er stellt die Stimmungsbilder, die oft sehr barschen Einschätzungen einfacher Bürger, systemkritischer Intellektueller, Kleriker, auch von mehr oder minder kritischen oder loyalen Parteimitgliedern vor und in Kontrast zu den wenigen Protestaktionen und Sympathiebekundungen für den „Prager Frühling“, die während des sowjetischen Einmarsches kurzzeitig kulminierten. Das weitgehende Ausbleiben von Sympathiebekundungen für den „Prager Frühling“ korrespondierte mit der eher skeptischen Sicht auf die Ereignisse beim Nachbarn.

Zunächst weist L. auf die Widersprüche im polnischen Sozialismusversuch unter Führung des Hoffnungsträgers von 1956, Parteichef Władysław Gomułka, hin. Er konzentriert sich auf jene Ereignisse, die im Frühjahr 1968 im Lande eine Krisensituation entstehen ließen: Da waren einerseits die antisemitisch ausartenden Säuberungen

unter Intellektuellen und Parteimitgliedern, insgesamt eine latente antisemitische Stimmung im Lande, die auf einem tief verwurzelten Antirussismus und Antisowjetismus aufbauten. Während des Sechstagekrieges 1967 und dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Israel lagen bei vielen Polen, zumal bei denen mit jüdischem Hintergrund, die Sympathien aufseiten Israels: „Die polnischen Juden haben die russischen Araber geschlagen“, habe es geheißt. (S.44) Die Niederlage der Araber wurde als eine Ohrfeige für Moskau verstanden. Diese Stimmungen wurden im gleichzeitig stattfindenden Machtkampf innerhalb der PVAP instrumentalisiert.

Zu allem Überdruß verschränkte sich diese Auseinandersetzung mit den Reformforderungen aufbegehrender Studenten, besonders in Warschau. Seit Jahren machten reformsozialistische Ideen die Runde, inspiriert von Westeuropa und seit Kurzem auch aus Prag. Auf einmal wurde in Warschaus Straßen „Polen wartet auf seinen Dubček“ skandiert. Nicht zu übersehen war, dass sich die Rufe nach einem besseren Sozialismus bald mit denen nach dessen Abschaffung vermengten. Nach kurzem Zögern waren sich alle Fraktionen der PVAP-Führung einig, diese Bewegung niederzuschlagen, auch mit der Gewalt mobilisierter Arbeiter und Milizen. Studenten wurden relegiert, sympathisierende Hochschullehrer verloren Lehramt und Parteimitgliedschaft. Ein Exodus auch marxistischer Professoren setzte ein.

Für L. hatten diese Repressionen unmittelbare Folgen für die Wahrnehmung des „Prager Frühlings“. Denn außer einigen Intellektuellen blieben sowohl die polnische Gesellschaft ins-

gesamt als auch der Klerus passiv. Das lag, so der Autor, weniger an mangelnder Information über diese Vorgänge, denn während Polens Medien ein dezidiert negatives Bild der Prager Ereignisse lieferten, waren ČSSR-Sender in Teilen Polens gut zu empfangen. Vor allem Radio Freies Europa verbreitete, wie L. meint, ein „realistisches Bild“ der Vorgänge. Die Unruhen in Prag wurden als Bewegung für politische Freiheiten und Pluralismus, Demokratieausweitung, Herstellung von Öffentlichkeit und kritischen Umgang mit der Geschichte verstanden, in bestimmter Weise auch in der PVAP. Die enge Verzahnung politischer Reformen mit den bereits vor 1968 eingeleiteten Wirtschaftsreformen thematisiert L. allerdings nicht.

Polens Führung handelte indes absolut eigennützig, d. h. gegen „Prag“, zugleich in eigenen Reformsinne konsequent. Denn sie hatte gerade im Lande für „Ordnung“ gesorgt. „Gomulka agierte als einer der aktivsten Befürworter der Intervention“, so L. (S.59) Dabei lenkte er mit seiner Polemik gegen die Prager Reformer von eigenen Schwierigkeiten ab. Mit seiner Ablehnung von jeglichem „Revisionismus“ bekräftigte er die Forderung nach ungeteilter Macht der Partei und wies Polen als Garant des Blocks aus. Abgesehen davon, dass Gomulka zwei Jahre später selbst von einer sich in ökonomischen Forderungen der Arbeiter manifestierenden Krise eingeholt wurde, ist durchaus bemerkenswert, dass in Polen fast alle politischen Gruppierungen 1968 klaglos die sowjetische Intervention in das Nachbarland hinnahmen. Zwar ließen sie sich zu Hamsterkäufen angesichts der möglichen Kriegsgefahr hinreißen, sahen aber an-

sonsten die Intervention als politisch legitim an. Es fehlte wirkliche Sympathie für die Tschechen und Slowaken. Selbst die Parallele zum Einmarsch von 1938 in die damalige ČSR bewegte nur wenige. L. macht eher Neid und Schadenfreude gegenüber den benachbarten „Glückskindern“ der Geschichte und des Wohlstandes aus. Selbst unbittliche Gegner der Kommunisten wie Kardinalprimas Stefan Wyszyński oder der Erzbischof von Kraków Karol Wojtyła nahmen kaum Anstoß am Vorgehen gegen den Nachbarstaat.

L.s. Fazit bleibt spekulativ: „Ohne Invasion hätte sich die Demokratisierung von der CSSR auf die Bündnisländer ausbreiten können – der Versuch eines demokratischen Sozialismus hätte seinen Anfang nehmen können, es hätte letztlich zu einer Konvergenz zwischen Ost und West führen können: Der ‚Osten‘ wäre politisch demokratischer geworden, der ‚Westen‘ eventuell gleichermaßen wirtschaftlich demokratischer. Doch dazu hätte es Einsicht, Weitsicht und einer kritischen Selbstreflexion bedurft, die auf den Wahrheitsanspruch des bis dahin vertretenen Standpunkts verzichtet hätte.“ (S.93)

Stefan Bollinger

Dieter Schiller: Einzelheiten und Beispiele. Gelesenes und Geschriebenes aus vierzig Jahren (Erkundungen – Entwürfe – Erfahrungen, 10), Edition Schwarzdruck, Gransee 2012, 517 S., ISBN 978-3-935194-54-9

Dieses Buch setzt fort, was der Vf. 2008 mit dem Bd. „Im Widerstreit geschrieben. Vermischte Texte zur Literatur 1966-2006“ begonnen hatte. Die Bilanz eines Forscherlebens geht in

die zweite Runde – eine künftige dritte ist nicht auszuschließen. Auch hier wieder besticht die Breite des Wissens. Als junger Mann hatte sich der heute Achtzigjährige die Literatur des 18. Jh. zu seinem Spezialgebiet gewählt, Forschungs- und Oberseminare dazu an der Humboldt-Universität durchgeführt und eine Dissertation über Goethes frühe Lyrik begonnen. Dann jedoch musste er sich jungen Lyrikern der DDR zuwenden und wenig später jenen Schriftstellern, die der faschistische Terror aus ihrer Heimat vertrieben hatte. Sch. wurde zu einem international anerkannten Erforscher deutscher Exilliteratur. Auch wenn er seinen Traum, eine Geschichte deutscher Literaturentwicklung vom 18. Jh. bis zur Gegenwart zu schreiben, nicht erfüllen konnte, das Vertrautsein mit deutscher Literatur seit Lessing prägte ihn, ist allen Einzelarbeiten abzulesen und macht Besonderheit und Wert seiner Texte aus. Beherrschendes Thema dieses Buches ist die Frage, wie Künstler unterschiedlicher weltanschaulicher und künstlerischer Konfessionen auf die Katastrophen des 20. Jh., vor allem auf die verhängnisvolle faschistische Entwicklung in Deutschland reagierten. Sch. analysiert Romane von Rainer Maria Rilke, Johannes R. Becher, Klaus Mann, Elisabeth Langgässer, auch von Hans Grimm, erinnert in Einzeldarstellungen an Arbeiten von Erich Mühsam, Kurt Tucholsky und John Heartfield und stellt die Literaturauffassungen von Rosa Luxemburg vor. Namen wie Walter Oehme, Kurt Caro, Konrad Heiden und Ernst Ottwalt werden der Vergessenheit entrissen – wie es überhaupt das Anliegen Sch.s ist, auf Menschen und ihre antifaschistischen Anstrengungen erneut aufmerksam zu

machen, die im Wirbel der Geschichte verloren gegangen sind.

Das kann er auch mit dem kurzen Essay über das „Institut zum Studium des Faschismus“ (INFA) in Paris 1934/35, das von dem Kunsthistoriker Oto Bihalji-Merin (Deckname Otto Biha bzw. Peter Merin) unter Mitarbeit von Arthur Koestler und Manès Sperber geleitet wurde. Ziel war es damals, „Zweck, Entwicklung, Wesen und gesellschaftliche Wirkung des Faschismus in seinen verschiedenen nationalen Spielarten“ wissenschaftlich zu erforschen. (S.400)

Besonders bedeutsam ist die Würdigung Klaus Manns. Zumeist steht dieser Schriftsteller im Schatten seines Vaters. Zu Unrecht. Die Vertreibung aus Deutschland, auch die widrigen Bedingungen des Exils konnten ihn nicht zum Verstummen bringen. Mit seiner Exilzeitschrift, die den programmatischen Titel „Die Sammlung“ trug und deren erste Nummer bereits im Herbst 1933 erscheinen konnte, tat er das, was damals am wichtigsten war: Angeregt und bestärkt von seinem Onkel Heinrich Mann, versuchte er, „eine gemeinsame Haltung und ein gemeinsames Handeln von intellektuellen Hitlergegnern und der sozialistischen Arbeiterbewegung im Kampf gegen den Hitlerfaschismus herbeizuführen“ (S.105f.) Wie einstmals Heinrich Heine sah Klaus Mann „mit Grauen und mit Hoffnung“ einer notwendigen sozialen Umwälzung auch in Deutschland entgegen (S.130) – und befürwortete sie dennoch, da er sie für notwendig und zukunftsfruchtig hielt. Es stimmt noch heute traurig, dass viele Kommunisten, die demselben Ziel zustrebten, diese leisen Töne, die doch Angebot und Hilferuf waren, nicht zu hören, auf sie nicht einzugehen vermochten.

Auch in den Aufsätzen, in denen Sch. nach dem Frankreich-Bild deutscher Schriftsteller, nach linken Europa-Ideen in der deutschen Literatur und nach dem Zusammenhang von Volksfront und Europa-Gedanken fragt, kommen Namen ins Spiel, die heute nur noch wenig bekannt sind: Iwan Goll, Arthur Hollitscher, Walter Mehring, Annette Kolb, Rudolf Olden, Bruno Frank, Alfons Paquet, René Schickele und andere. Gerade die Bücher, Reden, Aufsätze der fast Vergessenen lassen erkennen, dass – anders als zu Beginn des 20. Jh. – in den Zwanzigerjahren Stimmung und Auffassung weit verbreitet waren, wonach nur eine Verständigung mit Frankreich als Beginn eines europäischen Zusammenschlusses das Tor in eine lebenswerte Zukunft öffnen würde. Nach den Erfahrungen der mörderischen Materialschlachten des Ersten Weltkrieges wollten auch Schriftsteller versuchen, „den Frieden zu organisieren“, als „Ingenieur des Friedens“ zu wirken, wie Fritz von Unruh schrieb. (S.291) Politiker wie Aristide Briand und Gustav Stresemann schienen ihnen dafür den Boden zu bereiten und Wege zur Vermeidung proletarischer Revolutionen nach dem Muster der Oktoberrevolution in Russland zu weisen. So unterschiedlich die Auffassungen linksbürgerlicher Schriftsteller auch waren, die Suche nach neuen Lebensmöglichkeiten führte viele von ihnen dazu, über Alternativen gesellschaftlicher Entwicklung nachzudenken, sich öffentlich damit auseinanderzusetzen. Die politische Realität wurde „zum Gegenstand literarischer Kommunikation“. (S.274)

Am ausführlichsten geht Sch. auf Arbeiten Heinrich Manns ein, der „zu den frühesten Verfechtern eines wirt-

schaftlich und politisch vereinten Europa“ gehörte (S.288) und mit Richard N. Coudenhove-Kalergi befreundet war, dessen Buch „Pan-Europa“ 1923 erschien und viel diskutiert wurde. Mit seinen Arbeiten „Reich über den Reichen“ (1923), „VSE“ (d. h. Vereinigte Staaten Europa, 1924), „Paneuropa – Traum und Wirklichkeit“ (1927) und „Bekenntnis zum Übernationalen“ (1932) versuchte Heinrich Mann, „linksgerichtete, demokratische Schriftsteller und Intellektuelle zu einem einheitlichen Vorgehen zu bewegen, um ein Gegengewicht zum erneut vordringenden rabiaten Nationalismus und Chauvinismus zu schaffen“. (S.290) Doch anders als bei Coudenhove-Kalergi, der den gesellschaftlichen Status quo erhalten wollte, wurden seine Europa-Vorstellungen von einer antikapitalistischen Grundhaltung bestimmt. 1927 warnte er davor, dass das geeinte Europa „in die Hände von Imperialisten kommen“ und „eine Machtorganisation“ werden könne, möglicherweise sogar „zur Bekämpfung gerade derer, die es als erste ersehnt haben“. (S.289) „Das Europa-Projekt war Bestandteil seines politischen Denkens und ist es geblieben“, schreibt Sch. „Auch später hat er keinen Gegensatz zwischen seinem Engagement als Präsident des Volksfront-Ausschusses und den Motivationen seines bisherigen Denkens und Handelns gesehen.“ Manns Versuch, „im Übernationalen die Gemeinsamkeit der Demokraten und aller von Hitler bedrohten Schichten und Völker zu beschwören, gehört zu den zukunftsweisenden, damals freilich nicht ausgeschöpften, sondern gerade von seinen kommunistischen Freunden immer wieder abgewiesenen Angeboten für ein neues antifaschistisches Denken“. (S.300)

Ab 1933 musste das Engagement für einen Zusammenschluss Europas in den Hintergrund treten. Preisgegeben wurde es nicht. Doch jetzt war die dringlichste Gegenwartsaufgabe zu lösen. Der breiteste und tatkräftigste Widerstand gegen den deutschen und den sich international ausbreitenden Faschismus musste organisiert werden. Die französischen Volksmassen führten vor, wie. Ihre Anregungen wurden von deutschen, nach Paris emigrierten Hitlergegnern aufgenommen. Doch eine deutsche Volksfront kam nicht zustande. Der Parteienhader der Deutschen konnte nicht überwunden werden. Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde nicht verhindert. Dennoch: Der Gedanke eines europäischen Zusammenschlusses lebte weiter, obwohl mit Krieg und Ausbreitung faschistischer Herrschaft die historischen Bedingungen, unter denen gearbeitet werden musste, immer bedrückender, die Isolierung der Autoren immer schmerzhafter wurden. Sch. skizziert nur einige Arbeiten und Schicksale – von Lion Feuchtwanger, Klaus Mann, Heinrich Mann, Alfred Döblin und Arnold Zweig, macht damit aber sichtbar, wie gerade dieses Thema, das doch immer auch mit Vorstellungen über eine lebenswerte Zukunft des deutschen Volkes verbunden ist, die Tragik deutscher Geschichte offen legt. Ein sachlicher Dialog zwischen Hitlergegnern verschiedener Herkunft und Weltanschauung kam nicht zustande. Arnold Zweig z. B. schrieb im Exil in Palästina von 1939 bis 1942 an seinem „Alpenbuch“, das schließlich den Titel erhielt „Die Alpen oder Europa“. Trotz aller Bemühungen des Autors fand es keinen Verleger, damals nicht und später nicht. Auch nicht in der DDR. Erst

1997 wurde es in die Berliner Werk-
ausgabe aufgenommen. Europa werde
zur Bedeutungslosigkeit herabsinken,
schrieb Zweig, wenn es „seine
Kleinstaaterei nicht endlich überwindet
und eine große Wirtschaftseinheit
schafft, die es den Vereinigten Staaten
von Nordamerika, dem Bündnis der
Sowjetrepubliken ebenbürtig macht“.
(S.316f.) Ein Europa wollte er, das anders,
aber gleichberechtigt war anderen
Zusammenschlüssen gegenüber, das
selbstbewusst und selbstständig handelte.
„Das Land, für das Arnold Zweig
sich 1948 entschied, hatte für solche
Herausforderungen keine Verwendung“,
urteilt Sch. „Im Westen Europas aber
war man im Schatten der USA zur
konfrontativen Integration gegenüber
der Sowjetunion und ihrem politischen
Lager entschlossen.“ (S.317)

Sch.s Buch ist Teil einer Bilanz seines
Arbeitslebens, zumeist in der DDR.
In diesem Zusammenhang muss auch
etwas über die „Edition Schwarzdruk“
gesagt werden, die es herausbrachte.
Der junge Verleger Marc Berger hat
in das Programm seines von ihm 1990
begründeten und seitdem geleiteten
Verlages eine Buchreihe aufgenommen,
die er „Erkundungen – Entwürfe –
Erfahrungen“ nennt. Mehr als zehn
Titel sind bereits erschienen, darunter
Arbeiten von Ralf Schröder, Georg
Wenzel, Peter Diezel, Christel Berger,
alle ebenfalls mit bedenkenswerten
Anregungen. In der Begründung für
diese Reihe heißt es: „Indem mehr
und mehr Ostdeutsche sich ihrer
Lebenserfahrungen und Lebensleistungen
mit Hochs und Tiefs, Gelungenem
und Missratenem erinnern und selbst-
kritisch damit umgehen, widersetzen
sie sich der offiziellen, zum Ritual
erstarrten Einseitigkeit der Beurteilung

von DDR-Geschichte. [...] Scheitern ist
kein Grund, die Entwürfe und Erfah-
rungen anderen Lebens und Arbeitens
nicht aufzubewahren.“ Und zu nutzen,
füge ich hinzu. Damit nicht noch
einmal ein geistiger Überschuss unge-
braucht verharret. *Sigrid Bock*

**Denis Goldberg – Freiheitskämpfer
und Humanist zum 80. Geburtstag**,
hrsg. von der Stiftung Umwelt und
Entwicklung Nordrhein-Westfalen,
Peter Hammer Verlag, Wuppertal 2013,
221 S., ISBN 978-3-7795-0472-6

Neben Nelson Mandela, der im Jahr
2013 im Alter von 95 Jahren verstarb,
ist hierzulande wohl der im selben
Jahr seinen 80. Geburtstag feiernde
Denis Goldberg der bekannteste
Anti-Apartheid-Aktivist Südafrikas.
Das hat wohl damit zu tun, dass er
eine gewisse Affinität zu Deutschland
hat. Denn seine zweite Frau kam
ursprünglich aus der DDR, und er
erlernte die deutsche Sprache. „Wenn
Du mit einer deutschen Frau verheiratet
bist, dann mußt Du zwangsläufig
dieser Sprache mächtig sein“, erklärte
er einmal verschmitzt dem Rezensenten.
Oft hielt er sich nach dem Ende der
Apartheid in Deutschland auf, wo er auf
unzähligen Versammlungen, in Schulklassen,
vor Studierenden und vor ehemaligen
Unterstützern des Anti-Apartheid-
Kampfes sprach und diskutierte. Für
seine Verdienste um die deutsch-süd-
afrikanischen Beziehungen und seinen
Einsatz für eine gerechtere Welt erhielt
er 2011 das Bundesverdienstkreuz.

Mehr als 20 deutsche Frauen und
Männer aus Ost und West, und nicht
nur aus Deutschland, die Denis Gold-
berg in seinem außergewöhnlichen Le-

ben in der einen oder anderen Weise begegnet sind, haben zum Teil sehr persönliche Erinnerungen an ihn zu Papier gebracht. Einige Freunde der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen haben die Zeugnisse zusammengetragen und daraus ein Buch gemacht, welches ihm vom südafrikanischen Botschafter in Deutschland, Makhenkesi Stofile, anlässlich einer Geburtstags(nach)feier in Berlin im Beisein vieler Gäste überreicht wurde.

Denis Goldberg war einer der wenigen „Weißen“ in der Führungsriege der südafrikanischen Befreiungsorganisation ANC. Er war der einzige Weiße, der im Rivonia-Prozess 1963/64, in dem Mandela und seine Mitkämpfer zu lebenslanger Haft verurteilt wurden, auf der Anklagebank saß. Nach 22 Jahren kam er 1985 frei und wurde im Exil ANC-Sprecher für Europa, die USA und Kanada.

Die Eltern von Denis waren Londoner, die nach Südafrika ausgewandert, wo er 1933 geboren wurde. Sie, Kommunisten, waren entsetzt über die rassistischen und diskriminierenden Strukturen in ihrer neuen Heimat. Dadurch sensibilisiert, wurde Denis schon als junger Mann politisch aktiv. Im ANC erhielt er die Aufgabe, Waffen zu beschaffen. Als Kämpfer der Untergrundorganisation Umkonto We Sizwe, als Gefangener des Apartheidregimes, als hochrangiger Vertreter des ANC-Exils und später in verschiedenen Regierungsfunktionen war er anderen Menschen ein Vorbild. Sein Leben war der Befreiung Südafrikas vom Joch des Rassismus und der Apartheid gewidmet.

War sein Ziel mit der Übernahme der Macht durch den ANC, nunmehr

eine Partei, erreicht? Konnte er sich zurücklehnen und die Früchte seines und des Kampfes anderer genießen? Mitnichten!

Bis heute engagiert sich Denis Goldberg für die immer noch sozial benachteiligte schwarze Bevölkerungsmehrheit in Südafrika. Als anscheinend nimmermüder Optimist greift er in Diskussionen sogar auf das Argument zurück, dass es ja erst knapp zwei Jahrzehnte her ist, dass Südafrika frei ist. In dieser Zeit könne man nicht eine ganze Gesellschaft umkrempleln. Dabei verschließt er nicht die Augen vor den gegenwärtigen Zuständen im Land am Kap, auf die eine der Beiträgerinnen, Elisabeth Quart, eingeht: „Mit Sorge sehen viele Bürger Südafrikas und mit ihnen Freunde des ANC, dass heute eine Reihe gesellschaftlicher Phänomene die erklärten Ziele des ANC torpedieren und den nationalen Frieden gefährden. Dazu zählen Korruption auf allen Ebenen der Gesellschaft, verbreitete Unfähigkeit von Verwaltungen, maßlose Bereicherung durch einige führende Funktionäre, Vetternwirtschaft, Ignoranz oder Beschönigung anhaltender Probleme. Diese und zunehmende Mängel, etwa bei der Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen (Energie, Gesundheitswesen), untergraben die Glaubwürdigkeit des ANC.“ (S.98)

Mit Sicherheit beschäftigen diese und ähnliche Probleme den Jubilar ganz außerordentlich. Als Optimist wird er wissen, dass Optimismus allein nicht reichen wird, um den errungenen Sieg, für den er sein Leben lang gekämpft hat und für den viele Tausende mit dem Leben bezahlt haben, nicht zu verspielen.

Ulrich van der Heyden

Markus Meckel/Steffen Reiche (Hrsg.): „Nichts muss bleiben, wie es ist“. Gedanken zur Gründung der Ost-SPD, Vorwärts-Buch GmbH, Berlin 2010, 146 S., ISBN 978-3-86602-480-9

Dem Titel des hier leicht verspätet anzuzeigenden Büchleins kann man nur zustimmen, zumal er auch für das bisherige, sehr kursorische Bild von der nur knapp ein Jahr relativ selbstständig existierenden SDP der DDR zutreffend sein dürfte. „Bis heute gibt es keine Geschichte der Ost-SPD, die das Entstehen der Partei und ihre Rolle in diesem für die deutsche Geschichte so schicksalsreichen Jahr darstellt“ betonen die Hrsg. in ihrem Vorwort und beklagen, dass „die Ost-SPD nur als Anhängsel zur Rolle der West-SPD im Einigungsprozess gesehen“ (S.12) würde. Es trifft zweifellos zu, dass es bis jetzt in den einschlägigen Darstellungen entweder zur traditionellen SPD-Geschichte oder in Sammelbden. zum Untergang der DDR stets nur auf ganz wenigen Seiten auch knappe Erwähnungen der Ost-SPD gibt (so bei Christoph Kleßmann, Bernd Faulenbach oder Peter Brandt/Detlef Lehnert, auf die Vereinigungsfrage konzentriert bei Daniel Friedrich Sturm), was aber nicht primär Ausdruck von Geringschätzung seitens dieser Historiker sein dürfte, eher der dürftigen Bilanz des Wirkens dieser „Kopfgeburt“ des Herbstes 1989 entspricht. Sicher dürfte es auch der bescheidenen Quellenlage geschuldet sein. (So steht z. B. nicht einmal die genaue Zahl der Gründungsmitglieder fest, die zwischen 46 und 43 oder auch nur um 40 schwankt, während die offizielle Gründungsurkunde sogar nur 39 Unterschriften hat. Eine

bei Bernd Faulenbach/Andreas Helge in „Menschen, Ideen, Wegmarken. Aus 150 Jahren deutscher Sozialdemokratie“ wiedergegebene Gruppenaufnahme von der Gründung zeigt nur 30 Personen und wird zudem mit „7. Dezember 1989“ auch noch falsch datiert.) Auch nur marginal ergänzt wird dieses unscharfe Gesamtbild durch solche regionalen Darstellungen wie die zur Geschichte der Sozialdemokratie in Mecklenburg und Vorpommern (Werner Müller/Fred Mrotzek/Johannes Köllner), wo im Vorwort Harald Ringsdorf, der erste sozialdemokratische Ministerpräsident, der eine Koalition mit der Linken wagte, gleich eine generell geltende wesentliche Ursache für die scheinbare Geringschätzung der Zeitgeschichtsschreibung benennt: „Viele der Gründungsmitglieder, die sich 1989 daran machten, die SPD wieder zum Leben zu erwecken, taten dies nicht aus sozialdemokratischer Tradition heraus, sondern aus Protest gegen den Allmachtsanspruch der SED.“ (S.5) Wohl auch deswegen hinterließen sie nur sehr bescheiden weiterwirkende Spuren in der gesamtdeutschen SPD.

Das vorliegende Sammelbändchen schließt die Lücke nicht und kann sie auch nicht schließen, handelt es sich doch um zwölf sehr differenziert und meist unscharf Auskunft gebende Zeitzugenerichte (plus einem Geleitwort von Norbert Gansel) mit all den Problemen und Schwächen 20 Jahre alter Erinnerungen, darunter von neun Theologen bzw. von zwei aus Pfarrfamilien Stammenden, alle nach eigenem Eingeständnis ohne irgendeine Beziehung zur traditionellen Sozialdemokratie, höchstens mit Sympathien für Willy Brandt und Helmut Schmidt. Trotzdem war die Wahl des Parteinamens

mens durch Meckel und Martin Gutzeit ein zweifellos raffinierter taktischer Schachzug, waren doch die medial vermittelte Aura des westdeutschen Sozialstaats wie auch die an den SPD-SED-Dialog geknüpften Hoffnungen in der verunsicherten DDR-Bevölkerung lebendig.

Die durchweg diplomierten Akteure erzählen ihre meist schon im Elternhaus prädestinierte und sich dann in der Umwelt- und Friedensbewegung in der kriselnden DDR der 80er-Jahre fortsetzende Politisierung, alle hofften sie seinerzeit – mit Ausnahme der zwei Gründungsväter Meckel und Gutzeit – auf eine reformierbare sozialistische Gesellschaft, bestärkt durch Gorbatschows Verheißungen. Herausgekommen ist ein Text, der nicht mit einer wissenschaftlichen Maßstäben genügenden Rezension beurteilt werden kann. Was er leistet, wenn auch eher für den lesenden Mitzeitzeugen als für nachgeborene Leser, ist die Heraufbeschwörung jener konvulsiven Periode des weitgehend chaotischen Zusammenbruchs mit der Grenzöffnung. Darüber hinaus vermittelt er jenen damaligen Akteuren beim Lesen, die sich von sozialistischen Positionen aus auch für die Reform und Bewahrung ihres Staates einsetzten, z. T. recht schmerzhaft Einblicke in die politische Sozialisation jener anfänglich nur nach Hunderten oder wenigen Tausenden zählenden Gruppe von in der DDR aufgewachsenen Menschen, die – ursprünglich keine Gegner der DDR-Gesellschaft – erst zu Protagonisten, dann oft zu Spielbällen eines so nicht gewollten Prozesses wurden. (Zwei der Autoren sind schon längere Zeit nicht mehr SPD-Mitglied.) Durchweg in der BRD etabliert, fällt es ihnen heute schwer,

Fehler und Ursachen ihres Scheiterns zu benennen, obwohl Eingeständnisse ihrer damaligen Naivität und falschen Frontbildung zwar anklingen, aber nicht im historischen Kontext gewertet werden. Hervorzuheben ist der vor allem bei M. zu beobachtende Drang zur nachträglichen Heroisierung sowie die Betonung ihres machtpolitischen und ideologischen Anspruchs, was ihn von den meisten anderen unterscheidet. „Wir stellten“, so M., „mit der Parteigründung faktisch die Machtfrage und wollten eine parlamentarische Demokratie westlichen Musters.“ (S.15) Dieses Alleinstellungsmerkmal gegenüber den anderen Gruppierungen und sich organisierenden Zusammenschlüssen zu betonen, ist ihm besonders wichtig.

Auffallend ist auch, dass neben dem Geleitwort von G. nur M., Stephan Hilsberg und teils Reiche die gängigen Stereotype der offiziösen Geschichtsschreibung bedienen. Andere legen den Titel des Sammelbd. insofern sehr weit aus, als sie sich den drängenden Problemen und Krisenfaktoren der Gegenwart zuwenden und nun auch die Zukunftsfähigkeit des siegreichen Systems infrage stellen. Hier sticht der abschließende Beitrag R.s, der seit seinem Rückzug aus der brandenburgischen Politik wieder als Pfarrer arbeitet, besonders hervor. Zumindest deshalb ist es schon ein lesenswertes Büchlein.

Heinz Niemann

Michael Zeuske: Kuba im 21. Jahrhundert. Revolution und Reform auf der Insel der Extreme, Rotbuch Verlag, Berlin 2012, 221 S., ISBN 978-3-86789-151-6

Dieses Buch bietet Vielen sehr Vieles, doch in bestimmten Punkten bleiben alle etwas ratlos zurück, einiges ist auch einfach ärgerlich.

Mit „Insel der Extreme. Kuba im 20. Jahrhundert“, erschien schon 2000 im Rotpunktverlag Zürich ein ähnlicher Titel des Vf. Um welche Extreme es sich handelt, erfährt man weder in diesem noch im hier anzuzeigenden Buch des ausgewiesenen Kuba-Kenners. Bezieht sich „Extreme“ auf die Feststellung: „Kuba ist die Insel der Revolution par excellence in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts?“ (S.138) Oder ist gemeint, Kuba sei heute „das Extrem“ gegenüber dem allgemein herrschenden Neoliberalismus?

Der potenziell fruchtbare Ansatz, von einer Rückschau auf das 20. Jh. im Jahre seines „Ablaufens“ und zugleich einer Vorausschau auf das neue Jh., auszugehen, wird indirekt angekündigt, aber nicht praktiziert. Es genügt eben nicht, sich auf die Formel von Hobsbawms „kurzem“ 20. Jh. zwischen 1914 und 1990 als Jh. der Extreme zu stellen und Aufkommen und Untergang des „Kommunismus“ als Rahmenkonstellation zu übernehmen. Schon in seinem ersten Buch hat Z. viel zum unglaublichen Überleben Kubas nach dem Zerfall der UdSSR und des RGW zu sagen versucht. Und kein anderer kann so wie Z. über Kuba und seine Geschichte schreiben; das ergibt sich schon aus seinem ganz einzigartigen Lebensweg als Sohn eines aus der DDR kommenden Professors, der mit seiner Familie viele Jahre in Kuba lebte. Doch das als Plauderei über Kuba gedachte Buch enthält neben interessanten Beobachtungen viel Banales, leider auch Plattitüden bzw. Trivialitäten, oft wiederholt. Daran muss man sich erst

einmal gewöhnen! Der inzwischen als Professor an der Universität in Köln wirkende Z. reflektiert Einwände und subtile Schmähungen ebenso wie die ewigen Vorhersagen des „Zusammenbruchs des Castro-Regimes“ sehr emotional. Doch wozu in Reaktion darauf mit dem Pseudobegriff des „Castroismus“ operieren? Lassen wir also Kuba mal „castristisch“ sein – was wissen wir da mehr? Vor allem: über die Gegenwart?

Auf die Frage „Wie wird es Kuba im 21. Jahrhundert ergehen?“ suchen Linke in aller Welt Antworten. Ein Historiker kann dazu wichtige Hinweise liefern. Daher nehmen wohl die Jahre bis 1990 ungeachtet des Titels den größten Raum im Buch ein. „Als einzige Revolution in der kubanischen Geschichte“ war die Revolution von 1933 in Kuba Z. zufolge „eine wirkliche Massenrevolution“. (S.163) Der aber Batista mit seiner „Revolte der Unteroffiziere“ den Wind aus den Segeln nahm. Später, 1952, habe Fidel Castros „Putsch“ wirklich demokratische Wahlen verhindert. Man kann nicht übersehen, dass mit derartigen Behauptungen Fidel Castros Entscheidung, den Weg des bewaffneten Kampfes zu nehmen, die sich ja aus der eisernen Batista-Diktatur als einziger Weg ergab, diskriminiert wird.

Dass Z. einige bekannte Sünden der Revolution aus dem Jahr 1959 nennt – geschenkt. Seltsam erscheinen jedoch seine Schlussfolgerungen bezüglich der Agrarreform: „Die bedeutendste Reform [...] war die reforma agraria von 1959 und 1962.“ Aber: „Eine wirkliche Agrarreform im Sinne einer Bodenbewirtschaftungsreform [...] fand nicht statt.“ (S.48f.) Was stimmt? Erstaunlicherweise setzte das Land jedoch Z. zufolge „seit 1960 auf industrielle und

chemisierte (man muss ergänzen: voll mechanisierte) Exportlandwirtschaft“ (S.165) Damit wurde übrigens der Großmaschineneinsatz 1990-1992 die Achillesferse der Landwirtschaft, als es urplötzlich weder Kraftstoff noch Ersatzteile noch Dünger noch Pestizide gab. Z. meint, es sei ein „staatlicher Lafundismus“ (S.48) entstanden, schon vor 1959 traf aber dieser Begriff für den seinerzeit wichtigsten Zweig der Wirtschaft nicht mehr zu, der damals schon ein kapitalistischer, agroindustrieller Komplex geworden war. Konnte bzw. sollte man die großen Zuckerfabriken etwa zerschlagen? In Teilbereichen kam es zweifellos zu einem gewissen „Gigantismus“, der aber – siehe Milchviehhaltung – durchaus nicht nur auf den Export orientierte, als er Groß- und Großbetriebe entstehen ließ. Z. verweist auf die „gescheiterte Zehn-Millionen-Tonnen-Zuckerernte“, ferner den „gigantische Fehlschlag“ der eigenen F-1-Rinderzucht. Historische Einbettungen fehlen aber. Hinterher ist man bekanntlich immer schlauer.

Heute sei Kuba „der erste Sozialstaat Lateinamerikas“ (S.160) Aber: „Es gibt auch und gerade heute Hunger auf Kuba.“ (S.81) Den Beweis bleibt Z. uns schuldig. Unstrittig sei eine Verarmung, ein Niedergang der Alltagskultur. Z. interpretiert: „Das Land hat (kulturell) die Stadt erobert. [...] Das ist Kultur der Armut. Armut, aber kein Elend.“ (S.81) Z. spricht vom „Scheitern der Reformen der neunziger Jahre“ – „unter [dem] Schutz des castristischen Staates“ (S.109) Dass sich Reformen nicht durchziehen lassen, wenn große Teile der Bevölkerung dagegen sind, kann nur für einen Westeuropäer deren „Scheitern“ bedeuten. Aber Z. sagt zugleich: Kuba ist keine Diktatur!

Wir erfahren: Es gibt auch positive Veränderungen: „Kein Bereich verändert sich in Kuba zurzeit so rasch wie der Dienstleistungssektor.“ (S.81) Die Direktlieferungen der Bauern an die Hotels seit 2011 kämen voran. Also kein „Teufelskreis des realen Sozialismus“ (S.68) – sondern wirtschaftspolitische Fehler. Auch die Hauseigentumsreform wird so eingeordnet: Von der „neu geschaffenen Möglichkeit, Hauseigentum zu veräußern und den Verkauf notariell absichern zu lassen“, profitieren laut Z. vor allem die, die bisher schon staatlichen Wohnraum in großem Maße an sich bzw. ihre Familien gebracht haben. (S.109) Um diese Problematik ohne einen Blick auf jene Alt-Eigentümer zu betrachten, die von Florida und Spanien aus seit über 50 Jahren auf ihre Hauseigentümer-Urrechte pochen, muss man schon recht blauäugig sein. Dabei geht Z. auf diesen „konsolidierenden Faktor“ an anderer Stelle kurz ein. Offensichtlich geht es aktuell um die juristische Entwirrung einer Situation, bei der in den Städten Zehntausende nicht in ihren eigenen Wohnungen wohnen. (Das ist inzwischen geklärt worden.)

Z. gibt sich klar und hart: „Es gibt weder Gegenwart noch Zukunft der kubanischen Revolution, sondern nur Gegenwart und Zukunft der kubanischen Gesellschaft in ihrer gegenwärtigen politischen Form. Die wirkliche Revolution ist lange zu Ende.“ (S.160) Seit wann? Seit 1959, wie Wikipedia meint? Z. scheut sich, eine Jahreszahl anzugeben. Das ist verständlich, denn wenn man die Weiterentwicklung und Konsolidierung ihrer Ergebnisse oder auch die Rücknahme von Überspitzungen bzw. subjektiver Fehleinschätzungen als ganzheitlichen revolutionären

Prozess betrachtet, dann ist diese Aussage spitzfindig bzw. falsch. Erst wenn es zu konterrevolutionären Prozessen käme, analog den Vorgängen in Osteuropa, wäre die Revolution wirklich zu Ende. Einen Schwebezustand gibt es nicht.

Für Z. bleibt „die Langlebigkeit der Herrschaft Fidel Castros [...] schwer erklärbar“. (S.168) Zugleich erklärt er: „Auf Kuba sind Reformen in der Tradition der revolutionären Veränderungen der sechziger Jahre (! – V. W.) unbedingt nötig. Es müssen große Reformen sein.“ (S.171) Aber noch immer sei „keine klare Aussage über die Zukunft Kubas, weder als nachrevolutionäre Gesellschaft noch in Bezug auf entschlossene Reformen, zu machen, obwohl neue Dynamiken nicht zu übersehen sind [...] Sicherlich ist es Zeit für Neues auf Kuba. Die Zukunft ist offen, auch für neue Sozialismuskonzepte.“ (S.178) Der Historiker Z. sieht „Dynamiken“, also „neues Grün“ – aber er zweifelt am Frühling. Das ist erklärlich: Er befürwortet im Grunde nicht den „chinesischen Weg“, sondern den „russischen Weg“ bzw. einen „„kleinen‘ russischen Weg“, - was immer das sein mag. Nur die „Entwicklung eines kubanischen Unternehmertums“ böte Zukunft, doch Z. vermisst „die entscheidenden Einschnitte“, die „einen wirklich tiefgreifenden Wandel“ (S.176) bewirken könnten. Genauer wird er hier nicht. „Es wird unter der Herrschaft des Castroismus keine schnelle Demokratisierung nach westlichem Muster (Wahlen, Mehrparteiensystem) geben, eher eine Verhärtung des bisherigen politischen Systems.“ (S.178) Welche schnell errichtbare „Demokratie“ könnte Kuba erwarten, wenn es sich den USA unterwürfe?

Würden nicht Eigentumsstrukturen, Sozialsystem, innere Sicherheit und nationale Verteidigung damit zerschlagen werden, sodass Kuba im Grunde wieder bei 1952 angelangt wäre? Das bleibt im Ungewissen – aber: „Ich bin sicher, dass es keinen Zusammenbruch geben wird“, schreibt Z. (S.137)

Am Ende der Lektüre dürften sowohl die verbissenen Gegner des sozialistischen Kubas als auch seine unerschütterlichen Freunde in aller Welt eine klare Position des Vf. vermissen. Doch wir wissen: „Der Dichter steht auf einer höher'n Warte als auf den Zinnen der Partei“, so Ferdinand Freiligrath. Damit sind dann alle Seiten irgendwie unzufrieden. Doch das ist offenbar beabsichtigt und beruht auf der tiefen Skepsis von Z. gegenüber allen Revolutionstheorien. Nicht zu ändern – lassen wir's dabei. *Volker Wirth*

Autorenverzeichnis

- Richard Albrecht*, PhD, Bad Münstereifel
Wilma Ruth Albrecht, Dr., Bad Münstereifel
Veronika Arndt, Dr. habil., Magdeburg
Günter Benser, Prof. Dr., Berlin
Sigrid Bock, Prof. Dr., Berlin
Stefan Bollinger, Dr. habil., Berlin
Holger Czitrich-Stahl, Glienicke
Helge Döbring, Institut für Syndikalismusforschung, Bremen
Jens Ebert, Dr., Berlin
Gerhard Engel, Prof. Dr., Am Mellensee
Daniela Fuchs, Dr., Berlin
Veronika Helfert, Doktorandin, Universität Wien
Hartmut Henicke, Dr., Berlin
Ulrich van der Heyden, PD Dr., Berlin
Henning Holsten, Doktorand, Freie Universität Berlin
Martin Hundt, Prof. Dr., Schwielowsee
Horst Klein, Dr. sc., Strausberg
Tobias Kühne, Redaktionsleiter der Zeitschrift „perspektiven ds“, Berlin
Anja Kruke, Dr., Leiterin des Archivs der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
Harald Lange, Prof. Dr., Berlin
Annelies Laschitzka, Prof. Dr., Berlin
Ottokar Luban, Berlin
Herbert Mayer, Dr. sc., Berlin
Christoph Meißner, Doktorand, Freie Universität Berlin
Andreas Morgenstern, Dr., Städtische Museen/Archiv, Schiltach
Jakob Müller, Doktorand, Freie Universität Berlin
Heinz Niemann, Prof. Dr., Bergfelde
Julian Nordbues, Justus-Liebig-Universität, Gießen
Gisela Notz, Dr., Berlin
William A. Pelz, Dr., Direktor des Institute of Working Class History, Chicago
Lucas Poy, Dr., Universität Buenos Aires
Ingo Schmidt, Dr., Athabasca University, Kanada
Karsten Heinz Schönbach, Dr., Berlin
Helga W. Schwarz, Bad Breisig
Christian Stappenbeck, Dr., Berlin
Antje Strahl, Dr. des., Universität Rostock

Marco Swiniartzycki, Doktorand, Universität Jena
Jörn Wegner, Dr. des., Wernigerode
Axel Weipert, Berlin
Volker Wirth, Dr., Berlin

Anzeige

**Vor 100 Jahren
BEGINN DES ERSTEN WELTKRIEGES
Ursachen und Wertungen**

Internationales Symposium der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e.V. und des Vereins der Berliner Freunde der Völker Russlands e.V. mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Fördervereins für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung.

Am Mittwoch, 11. Juni 2014
10.00 Uhr bis 18.00 Uhr,
im Haus für Wissenschaft und Kultur Russlands,
Friedrichstraße 176-179,
10117 Berlin.

Impressum

ISSN 1610-093X

Herausgeber:

Förderverein für Forschungen zur
Geschichte der Arbeiterbewegung

Redaktion:

Helga Brangsch, Dr. Ralf Hoffrogge,
Dr. Christa Hübner (V.i.S.d.P.), Bärbel
Kontny, Dietmar Lange, Dr. Herbert
Mayer, Dr. Ulla Plener, Dr. Elke
Scherstjanoi, Dr. Daniela Schnitter, Dr.
Carola Tischler, Axel Weipert

Postadresse der Redaktion:

Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin

Email-Adresse der Redaktion:

redaktion@arbeiterbewegung-jahr-
buch.de

Email-Adresse der Redaktion für
Buchbesprechungen:

rez-kon@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Website

www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Das „JahrBuch“ erscheint dreimal jähr-
lich (Januar, Mai, September) in der
NDZ GmbH, Weydingerstraße 14-16,
D-10178 Berlin, im Gesamtumfang
von ca. 660 Seiten. Jahresabonnement
30,- € (Inland) bzw. 40,- € (Ausland),
einschl. Porto; Einzelheftpreis 11,- €,
zzgl. Porto.

In der Zeitschrift werden nur Beiträge
veröffentlicht, die außer dem JahrBuch
nicht anderweitig zur Veröffentlichung
angeboten wurden oder bereits publi-
ziert sind (Druck und Internet). Wird
ein Manuskript für die Publikation

angenommen, gehen die Veröffentli-
chungsrechte an die Redaktion, ein-
schließlich einer möglichen On-
line-Publikation auf der Website der
Zeitschrift.

Manuskripte können per Email oder
auf CD bzw. USB-Stick, vorzugswei-
se als word-Datei, eingesandt wer-
den. Beiträge sollten 40.000, Berich-
te 10.000 und Buchbesprechungen
8.000 Zeichen nicht überschreiten. Bit-
te reichen Sie stets die letzte Fassung
des Beitrages ein und beachten Sie die
im „JahrBuch“ übliche äußere Manu-
skriptgestaltung. Die Redaktionsrichtli-
nien senden wir Ihnen gern zu. Die na-
mentlich gezeichneten Beiträge geben
ausschließlich die Meinung des Autors
und nicht die der Redaktion wieder.

Beiträge für unsere Zeitschrift werden
nicht honoriert.

Abonnements- und Heftzahlungen
sowie Spenden bitte an:

IBAN: DE 75 1009 0000 5744 5610 10

BIC: BEVODEBB

Satz: Ch. Kouschil, D. Wiesenthal
Druck und Bindung: Typowerkstätten
des Giambattista-Bodoni-Museums,
www.bodoni.org, info@bodoni.org

Redaktionsschluss: 15.4.2014

Der erweiterte Heftumfang wurde mit
finanzieller Unterstützung der Rosa-
Luxemburg-Stiftung realisiert.

